**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

**Über Google Buchsuche**

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Princeton University Library
32101 073599217

1575
691
1913

Library of

Princeton University.

Printed in Germany.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutscher Ostmarkenverein
Schlesischer Landes-Ausschuss.

# Ostland

## Jahrbuch für ostdeutsche Interessen

Herausgegeben
von
Albert Dietrich · Otto Hoetzsch · Manfred Laubert
Dietrich Schäfer · Leo Wegener · Kurt Wiedenfeld
Erich Zechlin

2. Jahrgang

1913

Oskar Eulitz Verlag Lissa i. P.

Digitized by Google

Alle Anfragen und Sendungen für das „Ostland"
sind zu richten an die Schriftleitung:

**Dr. E. Zechlin, Posen, Wilhelmstraße 1**

Digitized by Google

# Inhaltsverzeichnis.

## I. Teil: Aufsätze.


Seite

Heinrich von Tiedemann-Seeheim. Zu seinem 70. Geburtstage. Von Justizrat Franz Wagner in Berlin . . . . . 3

Die Bedeutung der Grundbesitzverteilung vom nationalen Standpunkte aus. Von Regierungspräsident Friedrich v. Schwerin in Frankfurt a. O. . . . . 17

Zur Frage der ostmärkischen Städtepolitik:

Die Förderung des städtischen Realkredits. Von Landgerichtspräsident Karl Viereck, Mitglied des Abgeordnetenhauses, in Ostrowo, Bezirk Posen . . . . . 42

Die Aufgaben des Staates im zweitstelligen Realkredit zu Gunsten des Deutschtums der ostmärkischen Städte. Von Dr. iur. Oskar Stübben, Direktor der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen . . 51

Die Mittel- und Kleinstädte der Provinz Posen. Von Generalsekretär Fritz Vosberg in Posen . . . . . 63

Schule und Kirche im Sprachenkampfe der Ostmark. Von Pfarrer Richard Rassek in Tarnowitz O.-S. . . . . 104

Deutsche Volksbildungsarbeit in Oberschlesien. Von Regierungsassessor Roland Brauweiler in Oppeln . . . . . 123

Staatliche Kolonisationsversuche in der Provinz Posen unter Friedrich Wilhelm IV. Von Privatdozent Dr. Manfred Laubert in Breslau 148


## II. Teil:

## Übersichten über die einzelnen Zweige der Polenfrage und des ostdeutschen Wirtschaftslebens. 1912/13.


Seite

I. Die Polenfrage in Rußland und Österreich. (Oktober 1912 bis Juni 1913). Von Professor Dr. Otto Hoetzsch in Berlin . . . . 183

II. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission; das Polentum in Preußen. Von Dr. Erich Zechlin in Posen . . . . . 198



1575
.631
v.2
(1913)

607994

Digitized by Google

Seite

III. Die Besitzfestigung. (Mit einer Karte des Besitzfestigungsgebietes.) Von Dr. iur. Albert Dietrich in Kiel . . . . . 215

IV. Deutsches und polnisches Genossenschaftswesen. Von Dr. Friedrich Swart in Posen . . . . . 226

Va. Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Posen. Von Dr. Wilhelm Christiani in Posen . . . . . 250

Vb. Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Oberschlesien. Von Verbandsbibliothekar Karl Kaisig in Gleiwitz O.-S. . . . 254

VI. Die polnischen Organisationen. Von Generalsekretär Fritz Vosberg in Posen . . . . . 256

VII. Die ostdeutsche Landwirtschaft. Von Dr. Erich Keup in Frankfurt a. O. . . . . 266

VIII. Der ostdeutsche Handel. Von Kommerzienrat Otto Münsterberg, Mitglied des Abgeordnetenhauses, in Danzig . . . . . 274

IXa. Die deutsche und polnische Industrie in Ost-, Westpreußen und Posen. Von Dr. Wilhelm John, Syndikus des Verbandes ostdeutscher Industrieller in Danzig . . . . . 286

IXb Die oberschlesische Industrie. Von Bergassessor Georg Hoffmann in Kattowitz O.-S. . . . . 299

Digitized by Google

# I. Teil

# Aufsätze.

Digitized by Google

Digitized by Google

# Heinrich von Tiedemann-Seeheim.

## Zu seinem 70. Geburtstage.

Von **Franz Wagner.**

Heinrich von Tiedemann ist am 22. Oktober 1843 zu Dembogorsch in Westpreußen auf dem Gute seiner Eltern geboren; er vollendet in nächster Zeit sein siebenzigstes Lebensjahr.

Sein Vater war der Major Friedrich Wilhelm von Tiedemann, seine Mutter Frau Rudolphine von Tiedemann, geborene von Pape. Der Vater hat die Kriege gegen Napoleon mitgemacht in preußischen und mehrere Jahre auch in russischen Diensten. Die altadlige Familie von Tiedemann stammt aus Niedersachsen aus der Gegend von Bremen und wanderte vor etwa 500 Jahren in Westpreußen ein; seitdem ist sie dauernd in der Gegend von Danzig angesessen. Der Name Tiedemann deutet einen gezeitigten reifen verständigen Mann; das Familienwappen zeigt einen Strom, zwei aufrecht stehende Schlangen, darüber eine Taube und bedeutet: stark wie der Strom, klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben. Das Wappen findet sich in Glasmalerei im Remter des Ordensschlosses zu Marienburg in einem der hohen Bogenfenster neben den ältesten gräflichen und freiherrlichen Wappen, die schon zur Zeit der Heidenbekehrung dem Deutschen Orden angehörten.

Bald nach der Verbreitung der Reformation in Danzig und Umgegend, war ein von Tiedemann Bischof von Ermland und Pommerellen und Abt von Oliva. In dieser Zeit wurde ein junger Danziger Bürger wegen seines Übertritts vom apostolischen zum lutherischen Glaubensbekenntnis vom Magistrat verhaftet und dem geistlichen Gericht zur Verurteilung übergeben. Dies Gericht verurteilte den jungen Mann als überführten Ketzer zum Tode. Der Bischof von Tiedemann hielt indes an den versammelten Rat und das geistliche Gericht eine eindringliche ergreifende Rede, forderte auf zur Milde und Duldung in Glaubenssachen nach dem Beispiele des Erlösers, sodaß infolge der Rede der Verhaftete sofort in Freiheit gesetzt, sich vor dem Bischof niederließ, ihm knieend Dank für seine Rettung zu sagen. Diesen ergreifenden Vorgang nahm ein Künstler jener Zeit zum Gegenstand eines Gemäldes, das den Bischof in Lebensgröße und vollem Ornat darstellt, wie er liebreich den jungen Mann aufhebt, und ihn segnend entläßt. Das lebensgetreue Bildnis befindet sich im Ratssaale zu Danzig. — Derselbe Bischof von Tiedemann gründete im Ermlande, unfern Heilsberg, ein Bauerndorf, das nach ihm Tiedemannsdorf genannt ist.

Als Gustav Adolph in Pommern landete zum Schutze der Reformation gegen die Kaiserlichen und deren Anhänger, lebte in der Nähe von Danzig auf seinem Stammgute Prangschin ein Herr von Tiedemann.



Digitized by Google

Auch er war Protestant und rüstete auf eigene Kosten ein Reiter-Regiment, um solches als Obrister dem Heere Gustav Adolphs zuzuführen. Er und sein Regiment beteiligten sich während einer Reihe von Jahren ruhmvoll an Schlachten und Gefechten des Schwedischen Heeres. Mehr noch als wegen kriegerischer Taten wurde seinem Regiment Lob gespendet wegen seiner Manneszucht und seines schonungsvollen Verhaltens gegen die hart geplagten Einwohner in den Ländern, in denen der Krieg tobte. Während der Obrist von Tiedemann im Felde war, machten die Polen einen Einfall in das Gebiet des vormaligen deutschen Ordenslandes und übten Grausamkeit und Rache gegen die protestantischen Einwohner des Culmer Landes und Pommerellens. So gelangten sie, alles mit Feuer und Schwert verwüstend, auch in die Gegend von Danzig. Unter vielen Ortschaften verheerten sie auch Prangschin, verbrannten das Schloß samt dem Familien-Archiv und ließen nur das vom Dorf etwas entfernt gelegene Erbbegräbnis der Familie von Tiedemann als Überrest des Besitztums stehen.

Die Familie von Tiedemann hat stets ihren deutschen Charakter aufrecht erhalten und betont, auch zu jener Zeit, da das heutige Westpreußen fast dreihundert Jahre hindurch unter polnischer Herrschaft stand.

Aus der Familie von Tiedemann sind zahlreiche Offiziere hervorgegangen, wie das bei den adligen Familien in Alt-Preußen von jeher üblich war, zwei von den Offizieren erwarben den Orden pour le mérite.

Eine andere Familie von Tiedemann ist die des verstorbenen Regierungspräsidenten und langjährigen Abgeordneten von Tiedemann, ehemaligem Chef der Reichskanzlei des Fürsten Bismarck, der selbst erst in den Adelsstand erhoben ist und dessen Familie keinen Zusammenhang hat mit der altadligen Familie von Tiedemann, zu der Heinrich von Tiedemann gehört.

Unser Heinrich von Tiedemann verlebte seine Kindheit mit zahlreichen Geschwistern auf dem väterlichen Gute, am 10. März 1863 trat er als Avantageur in das 4. Rheinische Infanterie-Regiment Nr. 30, das damals als preußisches Kontingent zur Bundesgarnison Frankfurt a. M. gehörte. Es ist das jetzige Infanterie-Regiment Graf Werder. Das Fähnrichs- und das Offiziersexamen machte er mit Königsbelobigung. Im Oktober 1864 wurde Heinrich von Tiedemann Sekonde-Lieutenant. Er nahm teil am preußisch-österreichischen Kriege im Jahre 1866 bei der Main-Armee, wurde im Gefecht bei Helmstedt schwer verwundet und erhielt den Kronenorden mit Schwertern. Im Jahre 1869 besuchte er die Kriegsakademie. An der Vollendung seiner Studien wurde er jedoch durch den Ausbruch des französischen Krieges 1870 verhindert; er trat wieder in sein Regiment zurück, und zwar sofort als Regimentsadjutant. Sehr bald erhielt er das eiserne Kreuz. Er machte die Belagerung von Straßburg mit, das Gefecht am Dignon, die Schlachten an der Lisaine und bei Belfort. Nach dem Friedensschluß wurde er als Premier-Lieutenant zum großen Generalstabe

Digitized by Google

kommandiert; später war er Hauptmann im Infanterie-Regiment Nr. 83 in Kassel. Im Jahre 1881 nahm er den Abschied, um sich ganz der Bewirtschaftung des von ihm inzwischen erworbenen Rittergutes Seeheim zu widmen und erhielt nachträglich den Charakter als Major.

Heinrich von Tiedemann hatte am 18. September 1872 seine Gattin heimgeführt, Frau Dora von Tiedemann, geborene von Hardt, die Tochter eines Großkaufmanns in Berlin. Mit ihr lebt er bis heute in glücklicher Ehe. Aus der Ehe sind sechs Kinder entsprossen: Fritz von Tiedemann, Rittmeister und Eskadron-Chef im Garde-Kürassier-Regiment, Richard von Tiedemann, Oberleutnant der Reserve des Garde-Kürassier-Regiments, Dr jur. und Königlicher Kammerjunker auf Bergisdorf bei Sagan, Elisabeth von Tiedemann, vermählt mit dem Major z. D. Vogel von Falckenstein auf Ober-Lichtenau im Bezirk Liegnitz, Ilse von Tiedemann, vermählt mit dem Rittmeister a. D. Herwarth von Bittenfeld, auf Oberkirch in Baden, Helmuth von Tiedemann, Attaché im Auswärtigen Amt, und Joachim von Tiedemann, Kaufmann in England.

Als Heinrich von Tiedemann einige Jahre Hauptmann gewesen war, quittierte er den Dienst, um nunmehr seiner Neigung zur Landwirtschaft in umfangreicher Weise nachzugehen. Schon als er noch im aktiven Dienst war, im April 1881, hatte er das 6000 Morgen große Rittergut Seeheim erworben, das in der Provinz Posen nicht allzuweit von der Stadt Posen entfernt liegt. Seeheim, früher Jeziorki, das sehr lange Jahre in polnischen Händen gewesen war, war bei Übernahme durch Heinrich von Tiedemann stark heruntergewirtschaftet und vernachlässigt und deshalb ertraglos. Das große Gut ist durch Tiedemanns eisernen unermüdlichen Fleiß, durch Einführung eines intensiven Betriebes bei starkem Zuckerrübenbau, Viehzucht und Viehmast auf eine hohe Kulturstufe gebracht worden. Fast die gesamte Feldmark von Seeheim wurde drainiert und die Verbindungswege chaussiert. Acker, Wiese, Wald befinden sich jetzt nach jahrelanger Arbeit in einem so prächtigen Zustande, daß sie der Stolz des Besitzers und die Freude jedes Landwirts sind. Bereits im Jahre 1892 wurde auf Seeheim eine elektrische Zentrale für Beleuchtung des gesamten Hauptgutes und für ausgedehnten Motorenbetrieb einschließlich des Dreschens eingerichtet. Es war damals eine der ersten derartigen Anlagen. Für die Arbeiterfamilien wurden durchweg neue praktisch eingerichtete Wohnungen geschaffen und für die Förderung ihres Wohles in umfassender Weise gesorgt. So wurde insbesondere in Seeheim ein Volksbrausebad gebaut, in dem Beamten und Arbeitern im Winter und im Sommer allwöchentlich warme Bäder zur Verfügung stehen. Auch ein Geselligkeitshaus in großen Abmessungen für Zusammenkünfte und Festlichkeiten der Gutsarbeiter wurde in Seeheim errichtet. Durch den Bau einer katholischen und zweier evangelischer Schulen hat Heinrich von Tiedemann hervorragend für Fortbildung der Kinder beider Konfessionen gesorgt. Aus eigenen Mitteln baute er in Seeheim eine evangelische Kapelle. Erhebliche Mittel wurden für den Neubau des Herrenhauses verwendet, das von einem geschmackvollen und kunstgerecht angelegten herrlichen

Digitized by Google

Park umgeben ist. So ist aus dem durch polnische Wirtschaft heruntergekommenen Gut ein schöner deutscher herrschaftlicher Landsitz geworden und die intensive Arbeit seines Besitzers ist ein Vorbild geworden für die Umgebung. Seeheim ist jetzt der Stammsitz des besonderen Familienzweiges von Tiedemann-Seeheim.

Im August 1889 kaufte Heinrich von Tiedemann das benachbarte 4000 Morgen große Rittergut Rohrschütz, früher Trzcielino, dem er durch Neubau und Umbau fast sämtlicher Wirtschaftsgebäude und durch Einführung intensiven Wirtschaftsbetriebes gleiche Sorgfalt zuwendete wie dem Hauptgute und so das Gut, das fast nichts einbrachte, in nicht zu langer Zeit zu einem ertragreichen Grundbesitz umwandelte. Auch der Ausbau des früher grundlosen öffentlichen Weges nach dem Bahnhof Dopiewo zu einer Pflasterstraße ist lediglich den Bemühungen Tiedemann's zu verdanken.

Auf den Gütern werden zwei Brennereien, eine Mahlmühle, eine Bäckerei, eine Dampfmolkerei und eine Ziegelei betrieben. Diese Nebenbetriebe mit Ausnahme der beiden Brennereien sind erst von Tiedemann eingerichtet. Er gründete auch mit einigen Nachbarn die Zuckerfabrik in Opalenitza im Anfang der achtziger Jahre als Aktiengesellschaft und ist seit ihrer Gründung Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft.

Neben diesen beiden, in der Provinz Posen gelegenen Rittergütern besaß Heinrich von Tiedemann zehn Jahre lang, vom Jahre 1901 bis 1911, auch noch das große Rittergut Mengelsdorf, in der Oberlausitz.

Aber Tiedemann's Tätigkeit beschränkte sich nicht auf die Landwirtschaft. Im Jahre 1898 beim Tode seines Schwiegervaters Richard von Hardt, des Senioren-Chefs der Firma Hardt & Co., eines Welthandelshauses, das neben einem umfangreichen kaufmännischen Betriebe in Berlin auch Niederlassungen und Besitzungen in Manchester und unter verschiedenen Firmen auch in Amerika und Australien hat, trat er als Mitarbeiter in die Firma ein und er ist in diesem großen und umfangreichen kaufmännischen Betriebe nicht nur mit seinem Namen beteiligt, sondern auch tatsächlich als Mitarbeiter.

Schon dieser äußere Lebensgang zeigt, daß Heinrich von Tiedemann ein Mann von hervorragender Begabung und außerordentlicher Willensstärke ist, ein Mann von Schaffensfreude und von ausdauerndem Fleiße. Aber sein Lebenswille wird auch durchaus von edeln Empfindungen geleitet, die ihn hoch über die große Menge erheben.

Heinrich von Tiedemann besitzt einen zuverlässigen Charakter; Treue gegen seine Freunde, Achtung vor der Meinung Anderer, auch seiner Gegner, zeichnen ihn aus, Mäßigung in den eigenen Bestrebungen und Rücksichtnahme auf Interessen anderer bestimmen alle seine Handlungen. Er ist durchdrungen von der Liebe zu seinem deutschen Vaterlande. Das ist für ihn Familientradition, eigenes Gefühl und Überzeugung. Er steht

Digitized by Google

den slawischen Gestalten gegenüber als hochragender, blonder, echt deutscher Mann.

Bei seiner Abkunft, Erziehung und Lebensstellung ist er vorbehaltlos monarchisch gesonnen, nicht ein Fürstendiener, der dem Monarchen dient, um sich zu nützen, sondern als ein getreuer und überzeugter Untertan seines Königs und seines Kaisers. Seine politische Überzeugung wies ihn zur konservativen Partei. Er ließ sich jedoch zu keiner Zeit von Parteimeinungen bestimmen oder gar von agrarischen Übertreibungen fortreißen, sondern die Erhaltung bestehender Einrichtungen und ein von Überstürzung sich fernhaltender Fortschritt der Entwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, das war für ihn Grundlage aller politischen Betätigung.

Wer Herrn von Tiedemann nach seiner Persönlichkeit richtig einschätzt, der wünschte wohl, daß ihm ein hohes Staatsamt mit weitem Wirkungskreise verliehen sein möchte, in dem er seine Begabungen und Geisteskräfte dem Vaterlande nutzbar machen könnte. Sein Lebensweg führte nicht dahin. Er wollte auch nicht Untergebner sein, der im Dienst und unter Leitung steht; er fühlte sich stark genug, um Herr und Herrscher zu sein in dem Gebiete seiner Lebensarbeit.

Er hatte auch keine Neigung für ein Abgeordnetenmandat, das ihm Gelegenheit gegeben hätte, bei der Gesetzgebung des Reiches oder des Staates wirksam einzugreifen. Sein Geist ragte weit hinaus über das Parteigetriebe und Parteigezänk. Er schaffte sich selbst eine Stellung, in der er in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit für das Vaterland und für das Deutschtum wirken konnte: Er wurde Führer der deutschen Männer, die dem Vordringen der großpolnischen Bestrebungen und der polnischen Umtriebe in den Ostmarken der preußischen Monarchie Einhalt boten und die Ostmark vor der drohenden Vorherrschaft des Polentums schützten.

Bismarck war hier sein Meister und sein Lehrer. Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, zu einer Zeit, als der deutsche Idealismus in vollständiger Verkennung der eigenen staatlichen Interessen für die Polen schwärmte, als man in den Polen in Rußland die mit Unrecht behandelte unterdrückte Nation sah, die einen Freiheitskampf gegen den Absolutismus führte, da hatte Bismarck auf die Gefahren hingewiesen, die von Seiten der polnischen Gesellschaft unter Führung des polnischen Adels und der polnischen Geistlichkeit den preußischen Provinzen im Osten drohte. In Deutschland hatte man darauf nicht Acht, man hatte auch anderes zu tun; in allen deutschen Staaten mußte man sich in die Verfassung einleben und dann mußte man sich im neuen deutschen Reich einrichten. Unbeachtet, aber durch die Wohltaten der preußischen Verwaltung und der deutschen Schule gehoben, entwickelte sich inzwischen das Polentum. Bismarck warnte. Bismarck war es dann wieder, der endlich stärkere Maßregeln gegen die Polengefahr durchsetzte, die Ausweisung der ausländischen Polen und die Errichtung der Ansiedlungskommission zur Ansetzung von deutschen Bauern in Posen und Westpreußen. Nun war der richtige Weg zur Festigung und Förderung des Deutschtums in der Ostmark gegeben. Aber man hielt

Digitized by Google

auch diesmal, wie so oft schon früher, nicht aus. Der Nachfolger Bismarcks, Caprivi, Reichskanzler von 1890 bis 1894 versuchte es wieder mit der Versöhnung, während der Polenführer v. Koscielski sich bei dem Kaiser in günstiges Licht zu setzen wußte.

Die Kraft der Polen in Preußen wuchs, ihr Einfluß in der Ostmark wurde fühlbarer. Nicht mehr allein der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit schürten den Haß gegen alles Deutsche, in der Ostmark waren dank der preußischen Fürsorge die polnischen Knechtgestalten in freie Arbeiter und Bauern verwandelt, ein polnischer Mittelstand, den es im Polenreiche nie gegeben hatte, war entstanden, und diese aufstrebenden, früher in dumpfer Unterdrückung lebenden Volksteile vergaßen bald, wem sie ihr freieres und besseres Dasein zu verdanken hatten, sie nahmen den Haß gegen das Deutschtum, der ihnen gepredigt wurde, auf und verstärkten so ganz ungeheuer die polnischen, deutschfeindlichen Bestrebungen. Das zähe Festhalten an der großpolnischen Idee und die stille Wühlarbeit der Polen hatte den Erfolg, daß in der Ostmark das Polentum immer mehr in den Vordergrund trat und daß in aller Stille hunderttausende von Deutschen polonisiert wurden.

Die Deutschen fingen an, das polnische Joch zu fühlen, sie murrten. Es gab wohl Männer, die sich empörten und bei den Wahlen waren die deutschen Parteien wohl geneigt, sich gegen den polnischen Kandidaten zusammen zu schließen. Aber es fehlte der rechte Zusammenhang, um eine wirksame Abwehr zu schaffen. Unwillkürlich wendeten sich die Augen nach dem Alt-Reichskanzler, und die Deutschen in Posen sowie in Westpreußen machten sich auf und wallfahrteten zu dem deutschen Roland in Varzin.

Am 16. September 1894 waren die Posener Deutschen zu Bismarck gefahren, viele Tausende unter der Führung des schon damals bejahrten Landesökonomierats Kennemann aus Klenka in Posen, eine Woche später, am 23. September 1894, folgten die Deutschen aus Westpreußen. Beide Male sprach Fürst Bismarck fast ausschließlich über die Polenpolitik. Er glaubte damals, daß die deutschfeindliche Agitation von dem Adel allein und von der polonisierenden Geistlichkeit betrieben wurde, daß man aber mit dem polnischen Bauer und dem Arbeiter ganz gut auskommen könne. Er kennzeichnete als Ziel der polnischen Agitation die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staats; er wies darauf hin, daß die Polen immer von Neuem gestärkt würden durch die Schwankungen der Regierung, die nicht selten auf polnische Einflüsse am Hofe zurückzuführen seien; er sprach die Hoffnung aus, daß bei den Liberalen die immer noch vorhandene Schwärmerei für die Polen einer besseren Erkenntnis Platz machen würde. Dann aber mahnte er die Deutschen zu festem Zusammenhalten: Im Osten müsse es nur eine Partei geben, die deutsche, und das konservative Schwert müsse ebensoviel gelten, wie der fortschrittliche Speer, alle Deutschen müssen sich vereinigen, um die Wacht zu halten an der Weichsel und an der Warthe. — Die Worte des Altkanzlers fanden volles Verständnis bei den versammelten Deutschen.

Digitized by Google

In dieselbe Zeit fiel noch ein anderes Ereignis. Der Kaiser, in der Erkenntnis, daß er über die Treue der Polen arg getäuscht worden, hatte bei seinem Besuch in Westpreußen am 7. September 1894 in Marienburg und besonders am 22. September 1894 in Thorn sehr bestimmt den deutschen Charakter der Provinz betont und den Polen vorgehalten, daß sie nur dann auf seine Gnade und Teilnahme rechnen könnten, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen.

Die Deutschen in den Provinzen Posen und Westpreußen atmeten auf, der Zeitpunkt für eine Bekämpfung des Polentums in gemeinschaftlicher Arbeit war gekommen.

Das hatte Heinrich von Tiedemann-Seeheim erkannt. Er gab die Anregung für eine Vereinigung deutscher Männer zum Schutz der Ostmark. So wurde am 3. November 1894 von Heinrich von Tiedemann in Gemeinschaft mit dem Landesökonomierat Kennemann und mit Dr. Ferdinand von Hansemann der Deutsche Ostmarkenverein, der zuerst Verein zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark hieß, gegründet.

Der Boden für den Verein war gut bereitet, er war nicht ein künstliches Gebilde, sondern mit Naturnotwendigkeit aus den Verhältnissen gewachsen. Der Unwille der Deutschen in der Ostmark, die Mahnung des Fürsten Bismarck und die Kaiserworte in Thorn und Marienburg bildeten die Grundlage und den Stoff, es fehlte nur der Kopf und die Hand eines Meisters, um hieraus ein körperliches Gebilde zu schaffen. Diesen Kopf und diese Hand hatte Heinrich von Tiedemann-Seeheim. Er schuf eine Vereinigung als Mittelpunkt und Sammelpunkt für alle Deutschen, die es mit einer kräftigen Ostmarkenpolitik ernst meinten. Von der Gründung des Vereins wurde dem Fürsten Bismarck sofort berichtet. Er sprach seine Freude darüber aus und wünschte guten Erfolg.

Mit größter Klarheit und Sicherheit hatte Tiedemann dem Verein seine Stellung angewiesen und nur das eine Ziel, die „Förderung des Deutschtums in der Ostmark" hatte er ihm als Zweck gegeben.

Von dieser Richtung ließ Heinrich von Tiedemann sich nicht abwendig machen. Es wurden öfter Versuche gemacht, den Verein in das agrarische Fahrwasser zu ziehen und seine Organisation agrarischen Zwecken nutzbar zu machen. Der Verein ist diesen Verlockungen nicht gefolgt, obwohl er sich in Posen dadurch manchen Widersacher verschaffte. Es ist auch wiederholt der Versuch gemacht, in den Verein antisemitische Bestrebungen hineinzutragen, auch solches Ansinnen hat er stets abgelehnt.

Das Streben der Vereinsleitung ging dahin, nicht etwa die Polen in der Ostmark zu unterdrücken und auszurotten, sondern die deutschen Bewohner im Osten zu mehren, sie in ihrem Nationalbewußtsein zu festigen, den deutschen Einfluß zu verstärken, die Herrschaft der deutschen Sprache aufrecht zu erhalten und deutsche Art und Sitte überall zur Geltung zu bringen, damit diese Provinzen nicht nur politisch dem Deutschen Reich angegliedert, sondern wirklich deutsche Provinzen des Reiches sein und bleiben würden.

Digitized by Google

Um seine Zwecke zu erreichen, hat der Verein das deutsche Volk, zumal die Bewohner des Westens und Südens über die polnische Gefahr im Osten aufgeklärt und immer von neuem Versuche gemacht, alle Deutschen zusammenzufassen zum gemeinsamen Kampf gegen die polnische Überflutung. An diesem Kampf sollten alle Deutschen teilnehmen, ohne Unterschied der Religion und der politischen Parteirichtung, und immer hat es der Verein im Auge behalten, auch wenn er von deutscher Seite angefeindet wurde, daß der Gegner von heute der Bundesgenosse von morgen sein sollte. Niemals hat er Anlaß zu dem Verdacht gegeben, daß er die Juden, die wirklich deutsch fühlten, von seinen Bestrebungen ausschloß. Niemals ist es ihm in den Sinn gekommen, eine Protestantisierung des Ostens herbeizuführen. Das war ein bequemes Schlagwort in dem Munde der Gegner, mit dem sie auf die Masse leicht Eindruck machten. Ebenso ist der Deutsche Ostmarkenverein stets auf das eifrigste bemüht gewesen, mit der Regierung und den Staatsbehörden zusammen zu arbeiten. Er war sich stets dessen bewußt, daß die Kraft der Polen und ihre Erfolge hauptsächlich in der deutschen Uneinigkeit wurzelte, und daß eine kräftige Förderung des Deutschtums nicht anders zu erwarten war, als durch ein Zusammenarbeiten aller nationalen deutschen Kräfte.

Der Deutsche Ostmarkenverein fand überall Beifall und bereitwillige Aufnahme. Seine Mitgliederzahl wuchs schnell, seine Organisation wurde mit der Zunahme der Mitglieder und dem wachsenden Umfange seiner Arbeiten erweitert und vertieft. Der ersten Ortsgruppe in Bromberg folgte Ostrowo und viele andere. Geschäftsführer wurden sogleich in Posen und in Berlin bestellt. Die Ortsgruppen in den einzelnen Provinzen wurden im Laufe der Zeit zu Provinzialverbänden und Landesverbänden zusammengefaßt, Provinzialvorstände eingesetzt und weitere Geschäftsführer bestellt. Ein Gesamtausschuß stand an der Stelle einer Mitgliederversammlung, ein Hauptvorstand trat mehrmals im Jahre zusammen. Die hauptsächliche und regelmäßige Vereinsarbeit aber wurde geleistet von dem geschäftsführenden Ausschuß, der in Berlin saß und wöchentlich unter dem Vorsitz von Heinrich von Tiedemann eine Sitzung hatte.

Fast hat der Verein sein zweites Jahrzehnt beendet, die Zahl seiner Mitglieder hat 50 000 überschritten, sie sind in mehr als 440 Ortsgruppen über das ganze Deutsche Reich verteilt. Das Vermögen des Vereins beträgt mit den beiden von Hansemann-Stiftungen, der großen Friedrich Kruse-Stiftung und mehreren kleineren Stiftungen nahezu eine Million Mark. Die Aufgaben und die Arbeiten des Vereins sind mehr und mehr gewachsen. Heinrich von Tiedemann-Seeheim hatte von Anfang an Klarheit geschaffen über den Umfang und die Grenzen der Tätigkeit des Vereins. In der Erläuterung zur Tagesordnung für die erste Sitzung des Gesamtausschusses am 30. November 1894 ist ein Überblick über die Vereinsarbeiten gegeben, die auch für die jetzige Zeit gültig bleibt. Aber die Tätigkeit im Einzelnen ist immer umfangreicher geworden.

Bei allen gesetzgeberischen Arbeiten, die sich auf die Ostmark bezogen, hat der Verein durch zahlreiche Eingaben und Denkschriften an den Reichs-

Digitized by Google

kanzler die Ministerien und die Abgeordneten lebhaft mitgewirkt, oft in seinen Beschlüssen Anregungen gegeben, insbesondere auch bei dem Enteignungsrecht, das der Ansiedlungskommission für ihre Pläne freie Bahn schaffen sollte. Der Verein hat sodann durch zahlreiche Versammlungen, Vorträge, Zeitungsartikel und Flugschriften, die Deutschen im Osten und im ganzen Deutschen Reiche über die politische Lage in der Ostmark und über die Gefahren des polnischen Vordringens aufgeklärt und die polnischen, gegen den Bestand von Preußen gerichteten Umtriebe in das helle Licht des Tages gezogen. Der Verein hat die Wacht gehalten an der Weichsel und der Warthe, die Vereine und Versammlungen der Polen, sowie die polnische Presse, deren fremde Sprache sie der Öffentlichkeit entzog, beobachtet. Die bösartigen und deutschfeindlichen Äußerungen sind im „Polenspiegel" und im „Deutschen Osten" festgenagelt. Tatsächlichen Übergriffen und Gesetzwidrigkeiten trat der Verein entgegen. Aber auch das Verhalten der Deutschen behielt der Verein im Auge, oft hatte er Veranlassung, unwürdiges Verhalten von Deutschen, die vor dem Polentum sich beugten, zu rügen und für die Zukunft zu verhindern.

Auf wirtschaftlichem Gebiet suchte der Verein den Deutschen in der Ostmark nach Kräften zu helfen. Darlehen und Unterstützungen, die einzelnen Deutschen zur Beseitigung von geschäftlichen Schwierigkeiten oder zur Erweiterung ihres Geschäfts dienen sollten, gab der Verein aus seinen Mitteln oder verschaffte sie von anderen Stellen. Nicht selten sprang Heinrich von Tiedemann persönlich ein und gab und half. Seine offene Hand hat manche Wunde geschlossen und manchen Darniederliegenden aufgerichtet. Aus besondern Fonds wurden strebsamen jungen Deutschen, besonders Landwirten und Handwerkern, Stipendien gegeben. Der Verein sorgte auch eifrig dafür, daß die Deutschen ihre Kaufleute und ihre Handwerker möglichst berücksichtigten und setzte es durch, daß, nachdem der seit Jahrzehnten von den Polen ausgeübte Boykott gegen die deutschen Kaufleute und Handwerker stärkere Formen annahm, auch von den Deutschen die polnischen Gewerbetreibenden gemieden werden.

Zur Erleichterung des Güterverkehrs und zur Förderung der Bauernansiedelung gründete Heinrich von Tiedemann zusammen mit Dr. Ferdinand von Hansemann im Jahre 1895 die Landbank und ist bis heute Mitglied ihres Aufsichtsrats. Die Landbank hat sich selbständig entwickelt, steht aber dauernd unter seinem Einfluß. Im Jahre 1903 wurde vom Verein die Feldarbeiter-Zentrale zur Beschaffung und Verteilung von Arbeitern gegründet. Aus ihr ist eine ganz selbständige Einrichtung geworden.

Der Verein vermittelte die Niederlassung von deutschen Rechtsanwälten und Ärzten und durch seine Gewerbe-Auskunftsstelle die Ansetzung von deutschen Handwerkern. Durch die von ihm errichtete „Ostmärkische Grundstücks-Erwerbs-Genossenschaft" half er deutschen Gewerbetreibenden, Grundstücke zu erwerben, oder ihnen ihre Grundstücke durch hypothekarische Darlehne zu erhalten. Eine besondere Stelle besteht zur Errichtung von Volksbibliotheken, deren jetzt über 700 bestehen. Neben der Vereins-

Digitized by Google

zeitung „Die Ostmark" und dem Korrespondenzblatt „Der deutsche Osten" hat der Verein zahlreiche Flugblätter, Schriften und Bücher herausgegeben, auch einen jährlich erscheinenden Ostmarkenkalender und neuerdings ein Prachtwerk „Die deutsche Ostmark."

Eine so vielseitige und umfangreiche Arbeit konnte von einer Stelle, vom geschäftsführenden Ausschuß, allein nicht bewältigt werden. Heinrich von Tiedemann-Seeheim bestimmte eine Geschäftsverteilung; er bestellte innerhalb des Ausschusses für die einzelnen Landesteile der Ostmark oder auch für einzelne Angelegenheiten Berichterstatter und errichtete besondere Ausschüsse, die Stipendienfondskommission, die Preßkommission und die Finanzkommission. Aber er verlor dabei nicht die Übersicht über die gesamte Tätigkeit des Vereins und seine ungewöhnliche Arbeitskraft machte es ihm möglich, sich auch um alle Einzelheiten zu kümmern. Und niemals ist eine Sache von einiger Wichtigkeit ohne ihn entschieden worden. Sehr häufig hat er wichtige Angelegenheiten auch selbst erledigt, besonders in solchen Fällen, die eine mündliche Besprechung verlangten. Er war die Seele des Ganzen, er arbeitete unermüdlich, ja selbst die Krankheit durfte seine Tätigkeit nicht beeinträchtigen; so berief er einmal, als er erkrankt war, und das Zimmer nicht verlassen durfte, den Hauptvorstand, der in Posen tagen sollte, nach seinem Herrensitz in Seeheim. Und zu bewundern ist es geradezu, daß er bei seiner umfangreichen Tätigkeit doch fast alle Briefe mit seinen großen klaren Schriftzügen selbst schreibt.

Bei der Leitung des Vereins und der Führung der Geschäfte, zumal bei allen politischen Forderungen hatte Heinrich von Tiedemann ein sicheres Gefühl für das Mögliche und Erreichbare. Das zeigte sich auch bei seiner Stellung zu andern Vereinen. Der Alldeutsche Verband war geneigt, die Gründung des Deutschen Ostmarkenvereins als einen Einbruch in seinen Interessenkreis anzusehen. Heinrich von Tiedemann verstand es, die Alldeutschen zu beruhigen, aber völlige Selbständigkeit ihnen gegenüber zu wahren. Als das neue Vereinsgesetz vom 19. April 1908 den Frauen ermöglichte, in politische Vereine als Mitglieder einzutreten und an politischen Versammlungen teilzunehmen, wurde der Vorschlag erörtert, den Deutschen Frauenverein für die Ostmark, der neben dem Deutschen Ostmarkenverein unter dem Vorsitz der Frau Geheimrat von Hansemann, der Mutter des Dr Ferdinand von Hansemann, hauptsächlich auf dem Gebiete der Wohltätigkeit, aber doch als ausgesprochen nationaldeutsche Vereinigung bestand, mit dem Deutschen Ostmarkenverein zu fusionieren. Der Vorschlag fand viel Anklang, Heinrich von Tiedemann aber war von Anfang an dagegen und seine Meinung war entscheidend.

Große Versammlungen von Vereinsmitgliedern und Freunden des Vereins unter Teilnahme der Behörden brachte die Deutschen Tage, die anfangs jährlich, später alle zwei Jahre in der Ostmark vom Verein veranstaltet wurden. Die Städte, in denen der Deutsche Tag stattfand, ließen es sich nicht nehmen, ihr Wohlwollen durch einen großen Festzug zu zeigen, so Danzig, Marienburg, Posen, Bromberg, Gleiwitz und Kattowitz. Bei diesen Deutschen Tagen war Heinrich von Tiedemann der Mittel-

Digitized by Google

punkt der Feier und hielt jedesmal eine mit Begeisterung aufgenommene Rede an die Tausende von Anwesenden.

Natürlich hatte Heinrich von Tiedemann-Seeheim sorgsame und eifrige Mitarbeiter, Mitarbeiter, die er selbst zu den Arbeiten des Vereins herangezogen hatte, die ihm treu zur Seite standen und freudig mit ihm arbeiteten. Einer seiner besten Mitarbeiter war Dr Ferdinand von Hansemann, der kluge Kopf, ein Mann, der Feder und Rede gewachsen, der an der Gründung des Vereins und an seinen Arbeiten den größten Anteil hatte. Leider ging er im noch jugendlichen Alter am 3. Oktober 1900 dahin. Der andere Mitbegründer des Vereins, der hochbetagte Landesökonomierat Kennemann, blieb viele Jahre hindurch ein Vorbild an Patriotismus und deutscher Treue. Auch er ist nach Vollendung des vierundneunzigsten Lebensjahres dahin gegangen. Neben Heinrich von Tiedemann hat der Verfasser seit dem Jahre 1895 als sein erster Stellvertreter an der Organisation des Vereins und an seinen Aufgaben mit Eifer und Lust gearbeitet. Ebenso seit dem Jahre 1900 der zweite stellvertretende Vorsitzende, der Kaiserliche Gesandte z. D. Raschdau. Neben ihnen wirkten als Landesvorstände, als Mitglieder des Hauptvorstandes, im geschäftsführenden Ausschusse eine große Zahl ausgezeichneter Männer, deren Namen nicht alle aufgezählt werden können: hohe Militärs und Beamte außer Dienst, Universitätsprofessoren, Finanzleute, Juristen und andere Männer, die den verschiedensten Berufen angehörten.

Heinrich von Tiedemann war aber nicht nur der gewählte Vorsitzende, er wurde von allen als Leiter und Führer anerkannt. Seine Sachkenntnis, seine Persönlichkeit machten ihn dazu. Und er verstand es, durch seine Tatkraft zu ordnen und zu leiten und durch seine Liebenswürdigkeit alle Mißhelligkeiten zu vermeiden und auszugleichen.

Der Verein hatte natürlich auch seine Feinde und seine Widersacher. Selbstverständlich wurde er von den Polen auf das Heftigste angefeindet. Die Feindschaft der Polen äußerte sich in gröbsten Beschimpfungen in der polnischen Presse, die in ihrem Straßenjungenton von der „Schurkenarbeit der Hakatisten" und von „ehrloser Hetze" sprach. Dem betagten Kennemann drohten die Polen, ihn und seine Genossen in ihren eigenen Lauben aufzuhängen, und, soweit ihre Macht reichte, verfolgten die Polen alle, die dem Deutschen Ostmarkenverein als Mitglieder beitraten. Die Polen glaubten auch einen Spottnamen erfunden zu haben, als sie aus den Anfangsbuchstaben der Namen der Gründer des Vereins Hansemann, Kennemann und Tiedemann das Wort Hakate formten und den Verein als Hakateverein und seine Mitglieder als Hakatisten bezeichneten. Aber der Spott prallte von den deutschen Männern ab, das Wort wurde zum Ehrennamen, den die Vereinsmitglieder nicht ohne Stolz führten und der am Kopf jeder Nummer der Vereinszeitung „Die Ostmark" zu finden ist.

Gegner hatte der Verein auch unter den Deutschen.

Die Ultramontanen, bei derem eifrigen Streben, die Macht und den Einfluß der katholischen Kirche zu erhalten und zu mehren, gar leicht das Bewußtsein der vaterländischen Pflichten verdunkelt wird, ließen es

Digitized by Google

an Anfeindungen nicht fehlen; sie erhoben gegen den Verein den Vorwurf, er sei ein Feind der Katholiken und wolle den Osten protestantisieren. Sie hielten es mit den Polen, obwohl sie von ihnen recht oft abstoßend behandelt wurden. Das erschwerte gar sehr die Stellung des Vereins; denn es war nicht leicht, die Verdächtigung der Zentrumspresse zu widerlegen und den Katholiken ein besseres Verständnis für das Wesen des Vereins beizubringen. Der Verein benutzte jede Gelegenheit, die Katholiken zu begünstigen, so besonders die Katholiken, die sich im Osten in deutschen Vereinen zusammengefunden hatten, er unterstützte gern Katholiken durch wirtschaftliche Beihilfe, durch Darlehen und Stipendien. Auch trat er bei Wahlen ohne Vorbehalt für den Zentrumskandidaten ein, wenn er der Kompromißkandidat der Deutschen war oder wenn er in der Stichwahl mit dem Polen stand.

Die Sozialdemokraten, deren deutsche Gestalt durch ein internationales Gewand verdeckt wird und deren soziale Utopien die Liebe zum Vaterland, die Liebe zum Deutschtum ersticken, wollten natürlich vom Verein zur Förderung des Deutschtums nichts wissen.

Auch im freisinnigen Parteilager fanden sich Gegner. Viele Freisinnige in der Besorgnis, daß bei einer kräftigen Abwehr der deutschfeindlichen polnischen Mitbürger ihre in vergangenen Zeiten geborenen, aber unentwegt festgehaltenen Parteigrundsätze Abbruch erleiden könnten; sie konnten sich nicht darein finden, daß für die außergewöhnlichen Zustände in der Ostmark auch außergewöhnliche Maßregeln notwendig seien. Sie waren daher Gegner einer kräftigen deutschen Politik im Osten und, obwohl wahrlich keine Freunde der Großgrundbesitzer, verhielten sie sich sogar ablehnend gegen die Ansiedlung von Bauern in den östlichen Provinzen, eine Maßregel, die doch eine Verminderung des Großgrundbesitzes herbeiführen mußte.

Widerwillig zeigten sich auch viele Gewerbetreibende, die ihre polnische Kundschaft zu verlieren fürchteten, obwohl sie wissen mußten, daß diese polnische Kundschaft ihnen nur solange verblieb, bis am Platz ein polnischer Konkurrent sie ihnen entführte.

In den ersten Jahren seines Wirkens war der Verein auch bei vielen Beamten garnicht beliebt. Die Beamten wollten Ruhe. Wenn die Ruhe auch durch Nachgiebigkeit gegen polnische Ansprüche erkauft werden mußte, so gab es doch keine Streitigkeiten, keine schwierigen Entscheidungen, keine Beschwerden. Später jedoch waren die Beziehungen zu den Behörden durchweg sehr gute. Heinrich von Tiedemann selbst sowie die anderen Abgesandten des Vereins fanden bei den Beamten stets ein offenes Ohr und volles Verständnis. Das gute Verhältnis wurde auch dadurch nicht gestört, daß Polen und andere Gegner die Staatsregierung gegen den Ostmarkenverein einzunehmen suchten, indem sie ihn als den eigentlichen Leiter der Polenpolitik, als „Nebenregierung" bezeichneten. Das war ein billiges Schlagwort ohne jede Berechtigung. Beide gingen bei gleichem Ziel den gleichen Weg, aber in völliger Selbständigkeit und Unabhängigkeit.

Digitized by Google

Durch alle diese Schwierigkeiten setzte sich der Deutsche Ostmarkenverein unter der kräftigen und sicheren Führung seines Vorsitzenden Heinrich von Tiedemann-Seeheim durch, und der Verein ist geworden, was er nach seinem Sinne werden sollte:

Der Sammelpunkt für alle deutschen Patrioten, die das Polentum bekämpfen, der Mittelpunkt für alle nationalpolitischen Bestrebungen zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark und ein fester Damm gegen Gelüste, die deutsche Politik im Osten zu verlassen.

So hat Heinrich von Tiedemann durch eine fast zwanzigjährige rastlose hingebende Arbeit sich sein Lebenswerk gesichert. Er nimmt in der Geschichte der Ostmark als glühender Patriot und eifriger Kämpfer für deutsches Recht und deutsche Art einen ehrenvollen Platz ein.

Heinrich von Tiedemann-Seeheim fand die wohlverdiente Anerkennung. Als Führer der Deutschen gegen das deutschfeindliche Polentum ist er in ganz Deutschland bekannt und überall wird sein Name mit Achtung genannt. Alle, die ihn persönlich kennen, schätzen ihn und sind ihm zugetan. Besonders beliebt ist Heinrich von Tiedemann-Seeheim natürlich in den Ostmarkenkreisen. Und hier nicht nur wegen seiner Stellung als erster Vorsitzender des Deutschen Ostmarkenvereins und als anerkannter Führer, sondern hauptsächlich auch wegen seiner Charaktereigenschaften. Er ist zuverlässig und treu, er ist höflich zu jedermann, er erkennt gern und freudig andere Leistungen an, er achtet andere Meinungen, ja paßt sich ihnen an, wenn er sie billigt, er nimmt Rücksicht auf fremde Interessen, wofern sie nur irgendwie berechtigt erscheinen.

In Ostmarkenkreisen begegnet man ihm nicht nur mit der größten Achtung, wo er sich zeigt, sondern es hat wohl kaum eine größere Versammlung, ein Deutscher Tag stattgefunden, an dem die Versammelten ihm, wenn er abwesend war, nicht durch eine telegraphische Begrüßung ihre Hochachtung bezeugten. An der Festsitzung des Gesamtausschusses des Deutschen Ostmarkenvereins bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Vereins im Jahre 1904 wurde von Tiedemann-Seeheim gleichzeitig mit dem alten Kennemann zum Ehrenmitgliede des Deutschen Ostmarkenvereins ernannt, eine Ehre, die außer diesen beiden Mitgliedern nur noch Felix Dahn zuteil geworden ist. Nach Einweihung des Bismarckturms in Bromberg im Jahre 1913 verehrte ihm die dortige Ortsgruppe eine Nachbildung des Bismarcksstandbildes im Turm.

Auch außerhalb des Ostmarkenvereins fand Heinrich von Tiedemann-Seeheim mannigfache Anerkennung und Auszeichnung, zumal er sich auch gern an allen Bestrebungen im Sinne des Gemeinwohls und der Vaterlandsliebe beteiligte. Er ist seit langen Jahren Mitglied des Posener Bezirksausschusses, des Provinziallandtages, der Provinzial- und Generalsynode und erster Kurator der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche. Der Kaiser hat ihn wiederholt ausgezeichnet. Auch das Telegramm des Kaisers, das er auf eine

Digitized by Google

Huldigungsdepesche des Deutschen Ostmarkenvereins vom Deutschen Tage in Kattowitz sandte:

Major a. D. von Tiedemann-Seeheim.

In dankbarer Anerkennung der Bestrebungen des Deutschen Ostmarkenvereins, das Deutschtum auch in der Provinz Schlesien zu kräftigen und zu fördern, spreche ich allen zum Deutschen Tage dort vereinten Patrioten für die freundliche Begrüßung meinen wärmsten Dank aus. Möge der für die Zukunft und die Größe des Deutschen Vaterlandes so bedeutungsvollen Arbeit Gottes Schutz und Segen in reichem Maße beschieden sein.

Wilhelm I. R.

war nicht nur an die Adresse von Heinrich von Tiedemann-Seeheim gerichtet, sondern es war für ihn, als den langjährigen Führer auch eine persönliche Auszeichnung.

Wiederholt und noch ganz kurz vor seinem Tode hat Fürst Bismarck Heinrich von Tiedemann mit einem Briefe beehrt, ihn auch am 16. Juni 1897 in Friedrichsruh empfangen. Damals hat der Fürst, wie in allen seinen Briefen, seine rege Anteilnahme an den Arbeiten des Vereins ausgesprochen, und den nationalen und wirtschaftlichen Bestrebungen des Vereins weiter kräftiges Gedeihen gewünscht. Die Billigung der Bestrebungen für das Deutschtum in der Ostmark durch den größten Staatsmann des Deutschen Reichs war eine hohe Genugtuung für Heinrich von Tiedemann.

Heinrich von Tiedemann-Seeheim steht in der vollen Kraft seines Lebens. Er ist das Haupt einer hochangesehenen Familie, der gütige Herr seiner Untergebenen und Arbeiter und die Hoffnung aller ostmärkischen Deutschen. Was er seiner Familie, seinem Könige, seinem Volke war und ist, faßt man am besten mit den Worten zusammen: er ist ein echter deutscher Edelmann.

Digitized by Google

# Die Bedeutung der Grundbesitzverteilung vom nationalen Standpunkte aus.

Von **Friedrich von Schwerin.**

Reichstag und Landtag haben sich im Frühjahr dieses Jahres eingehend mit den Fragen der Grundbesitzverteilung beschäftigt. Alle bürgerlichen Parteien haben sich dabei als warme Freunde der Vermehrung des Kleinbesitzes erklärt. Die Wahlaufrufe der folgenden Landtagswahlkampagne zeigen uns ein gleiches Bild. Man sollte meinen, es müßte in diesem Punkte ein Einverständnis aller Parteien herrschen und eine energische Förderung dieses Werkes eine Folge der Einhelligkeit der Auffassung sein. Das ist aber keineswegs der Fall, wenn man näher hinsieht. Da tobt vielmehr ein erbitterter Streit und das, was zum Wohle des Vaterlandes Gegenstand ernster gemeinschaftlicher Arbeit sein sollte, wird nach leidiger deutscher Art zum Parteigezänk. Der Grund ist nicht schwer zu erkennen. Vielen der Rufer im Streite ist es bei dem Bekenntnisse zu innerer Kolonisation herzlich wenig um die Besserung nationaler und wirtschaftlicher Zustände zu tun, sondern um die Förderung parteipolitischer Ziele. So wird der Streit auf das Gebiet Großbesitz gegen Kleinbesitz, beweglicher gegen befestigten Grundbesitz gebracht. Für die einen dreht es sich bei der Forderung nach energischer Durchführung der inneren Kolonisation um die Vernichtung der verhaßten vermeintlichen politischen Vorherrschaft der Junker in unseren Ostprovinzen; für die anderen bei dem starken Betonen der Forderung nach einer gesunden Mischung der Besitzgrößen darum, es unter diesem Titel alles beim alten zu belassen. Von beiden Seiten wird die unendliche Bedeutung, die die glückliche Lösung der Innenkolonisation in absehbarer Zeit für die nationale Existenz des deutschen Volkes hat, verkannt. Die wirtschaftliche Bedeutung, die in den Landtagsverhandlungen im Vordergrunde gestanden hat und überall stark, vielleicht zu stark gegenüber der nationalen betont worden ist, soll hier einmal ununtersucht bleiben. Es soll der Versuch gemacht werden, zu zeigen, wie wenig man der Frage der richtigen Grundbesitzverteilung gerecht wird, wenn man sie parteipolitisch behandelt. Nicht weniger und nicht mehr hängt von ihrer richtigen Beantwortung und Entscheidung ab als die nationale Existenz des Deutschtums in unserem Osten und darüber hinaus die Erhaltung des Deutschen Reiches als eines Nationalstaates.

Die neueste Entwicklung der politischen Verhältnisse Europas zeigt uns, wie schwierig die Stellung Deutschlands ist und wie viel schwieriger sie mit jedem Tage wird. Gewaltig erhebt sich im Osten und Südosten



Digitized by Google

die Macht des Slawentums mit unverbrauchten Kräften, mit schnell wachsenden riesigen Volksmassen. Deutschland muß seine innere Stellung als ein einheitliches Volkstum außerordentlich festigen, wenn es diesen Anstürmen standhalten will. Wir Deutsche sind stolz auf unsere Schulbildung, gern tun wir uns etwas auf unsere Kenntnisse in der Geschichte gegenüber denen anderer Völker zugute. Überlegen belächeln wir wohl jene Amerikanerin, die bei dem Anblicke des Grabmals Friedrichs II. in Palermo in den erstaunten Ausruf ausbrach: „ich wußte nicht, daß Friedrich der Große in Palermo begraben ist!" Dabei frage ich mich aber oft, was hilft uns die Kenntnis der Geschichte, wenn wir es nicht verstehen, für uns und unser Volk daraus Folgerungen zu ziehen? „Die Geschichte der Völkerwanderung ist die Geschichte der Besiedlung Europas durch die Germanen," sagt Gustav Freytag. Einst saßen Goten von den unwegsamen Bergen des Kaukasus bis in die Südspitze Spaniens, vom Nordkap bis zum südlichen Italien. Im Weichsel- und Dnjeprtal hatten deutsche Stämme ihre Wohnsitze, alle heute germanischen Länder Europas waren von ihnen besetzt, sie herrschten in allen romanischen Ländern, Byzanz zitterte vor ihnen, nach Kleinasien waren sie eingedrungen, und Nordafrika hatten die Vandalen inne. Ihre Herrenstellung in den Mittelmeerländern kommt recht deutlich zum Ausdruck, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die heute noch übliche Bezeichnung „blaues Blut" für Adel ihren Ursprung in den südeuropäischen Ländern hat, deren dunkelhäutige Eingeborene die helle Hautfarbe der Germanen, die die blauen Adern durchschimmern ließ, mit Erstaunen sahen. Germanisches Blut wurde mit Adel gleichbedeutend. Wie bescheiden ist das, was den Germanen und insbesondere den Deutschen von dem riesigen Ländergebiet geblieben ist! Ist die Entwicklung der Zurückdrängung der Deutschen in ihren gegenwärtigen Sitzen abgeschlossen oder bewegen wir uns noch in der Linie des weiteren Rückganges? Nur wenn wir uns über die Ursachen klar werden, die den Untergang des deutschen Volkstums in den von Deutschen einst besetzten Ländern hervorgerufen haben, werden wir auch diese Frage beantworten können. Ich spreche ausdrücklich vom deutschen Volkstum in jenen Ländern, nicht von der deutschen Herrschaft. Der allmähliche Untergang der deutschen Herrschaft ist in seinen Gründen von unseren ersten Geschichtsschreibern geschildert und zur Genüge bekannt; der allmähliche Untergang des deutschen Volkstums ist in seinen einzelnen Phasen fast unbekannt. Wir sind gewöhnt, ihn allgemein mit dem politischen Untergange der betreffenden Volksherrschaften zusammenfallen zu lassen. Das ist aber sicher ein Irrtum. Das Hinsiechen des Volkstums ist ein ganz allmähliches. Aus dem 16. Jahrhundert wird uns noch von den Resten der Goten im Kaukasus berichtet. Heute sehen wir den verzweifelten Kampf einzelner deutscher Gemeinden in Südtirol gegen die Verwelschung. Aus den langobardischen Landbaronen Etruriens erwächst in Rom im 15. Jahrhundert das Geschlecht der Farnese mit seinem italienisierten Vornamen Rainer (Ranuccio) zu höchstem Glanze. Nicht anders mögen einst diese langobardischen Gutsherren gegen fremdes Volkstum angekämpft haben, wie heute unsere und ihre Stammesvettern in den russischen Ostseeprovinzen.

Digitized by Google

Die Gründe für die Nichterhaltung ihres Volkstums in den südlichen Ländern liegen ziemlich klar. Die Germanen waren als Herren ins Land gekommen, als Herren auch hatten sie Anteil an dem Grund und Boden erhalten. Nicht oder nur in verschwindendem Maße war ein seßhaftes deutsches Bauerntum in diese Länder gezogen. Inmitten fremden Volkstums hatten sich die Besitzer der großen Grundherrschaften vereinzelt nicht deutsch erhalten, die Masse hat auch hier die Nationalität bestimmt. Die Herren sind in der fremden Flut untergegangen. Ist das wesentlich anders als das Bild, das uns der einst deutsche Hochadel Böhmens heute bietet?

Verschieden davon haben sich die Verhältnisse in den weiten Gebieten germanischer Ursitze östlich der Elbe gestaltet. Die ständige Abwanderung der deutschen Urbevölkerung hat eine so starke Verdünnung derselben zur Folge, daß allmählich die slawische Flut hineindringt und unmerklich vom Lande Besitz ergreift; die zu schwach gewordene bäuerliche Bevölkerung verschwindet in dem fremden Elemente. Allein in den Gebieten, in denen eine dichte deutsche bäuerliche Bevölkerung das Land besiedelt hat, in den Ländern westlich der Elbe, ist sie imstande, sich gegen alle Stürme zu erhalten. Aus ihrer mächtig überschäumenden Volkskraft ist sie in den folgenden Jahrhunderten imstande, eine glänzende Kolonisationstätigkeit nach Osten zu üben. Die Länder bis zur Oder werden vollständig regermanisiert, über diese hinaus weite Striche des Weichselgebiets. In den kühnsten Vorstößen dringen die deutschen Ritterorden bis zu dem finnischen Meerbusen vor. Nicht in dem ganzen Gebiete gelingt es ihnen, neben der Errichtung ihrer Herrschaft das Land auch zu kolonisieren und zu germanisieren. Die unglückliche politische Entwicklung des Deutschen Reichs schneidet ihnen den Nachschub aus der Heimat ab. Trotz dieser nur unvollkommenen Erfüllung ihrer großen Aufgabe und trotzdem mehrere der von ihnen eroberten Provinzen dauernd außer dem politischen Verbande mit Deutschland geblieben sind, ist auch in ihnen der Grund und Boden zum größten Teile bis auf unsere Tage in deutscher Hand geblieben.

Bevor wir die Nutzanwendung der geschichtlichen Entwicklung auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse ziehen, erscheint es mit Rücksicht auf diese von Nutzen, noch einen Blick auf die Grundbesitzverteilung in den alten heute unter russischer Herrschaft stehenden Ordensprovinzen zu werfen. Es sind dies Kurland, Livland und Estland. Wir bezeichnen diese drei Provinzen als die deutschen Ostseeprovinzen; mit Unrecht, wenn wir an den prozentualen Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung denken; betrugen die Deutschen (1897) in den drei Provinzen doch nur 6,94 % der Gesamtbevölkerung (in Kurland und Livland je 7,57 %, in Estland 3,90 %) oder 165 627 von 2 386 115 Einwohnern. Die der Zahl nach vorherrschende Bevölkerung sind in Kurland die Letten mit 75 %; in Livland — räumlich getrennt — im Süden die Letten mit 43,40 %, im Norden die Esten mit 39,91 %; in Estland die Esten mit 88,67 %. Ganz anders stellt sich das Bild, wenn wir die Grundbesitzverteilung betrachten. Kurland hat eine Gesamtfläche von 2 427 635 Deßjätinen = 2 652 191 Hektar (1 Deßjätine = 109,25 Ar).



Digitized by Google

Hiervon entfallen

| | | | |
|---|---|---|---|
| auf Privatgüter ..... | 979 705 | Deß. | = rd. 40 %, |
| „ Kronsgüter (Domänen) .. | 525 318 | „ | = „ 22 %, |
| „ Bauerngüter ..... | 898 245 | „ | = „ 37 %, |

Livland hat eine Gesamtfläche von rd. 4 703 000 Hektar. Davon entfallen auf Landgüter des livländischen Festlandes rd. 4 125 000 Hektar (für die Inseln fehlt mir das statistische Material), hiervon sind:

| | | |
|---|---|---|
| im Eigentum der Rittergutsbesitzer | 2 100 103 | Hektar, |
| im Eigentum der Bauern ..... | 1 345 616 | „ , |
| Domänengüter sind ..... | 586 083 | „ , |

während der Rest auf sonstige Besitzkategorien entfällt (Pastorate, Patrimonialgüter usw.).

Estland hat einen Gesamtumfang von 1 762 418 Deßjätinen, davon entfallen auf den Großgrundbesitz 1 159 456 Deßjätinen = rund $^2/_3$, und 602 962 Deßjätinen = rund $^1/_3$ auf den Kleingrundbesitz.

Der Großgrundbesitz befindet sich in allen drei Provinzen zu einem so überwiegenden Teile in deutscher Hand, der Kleingrundbesitz in lettischer bzw. estnischer Hand, daß, ohne der Statistik Zwang anzutun, Großbesitz mit deutschem Besitze, Kleinbesitz mit nicht deutschem Besitze gleichgestellt werden kann. Ein Blick auf die gegebenen Zahlen zeigt, daß der größte Teil des Landes sich in deutschem Eigentume befindet. Diese vorherrschende Stellung des deutschen Großbesitzes wird noch dadurch verstärkt, daß auch die Pächter der Kronsgüter (in Kurland allein 22 % der Gesamtfläche) ganz überwiegend Deutsche sind. Können wir nun diese drei Provinzen als national deutsch bezeichnen und gewährleisten sie die dauernde Erhaltung der Deutschen als der herrschenden Klasse? Ich fürchte, wir müssen beides verneinen. Um ein vollständiges Bild der Nationalitätenverteilung zu gewinnen, muß man noch die Nationalitätenverhältnisse der Städte berücksichtigen. In ihnen ist der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung erheblich stärker als auf dem Lande. Wir haben gesehen, daß der Gesamtprozentsatz der deutschen Bevölkerung in den 3 Provinzen nur 6,94 ausmachte. In den größten Städten beträgt er aber:

| | |
|---|---|
| für Riga ..... | 25,53, |
| „ Dorpat ..... | 16,59, |
| „ Mitau ..... | 27,67, |
| „ Libau ..... | 23,80, |
| „ Reval ..... | 16,08. |

Der stärkere Anteil der Deutschen an der Stadtbevölkerung ist zum Teil aus dem Bestehen der alten deutschen Siedlungen in ihnen zu erklären; zum Teil aber auch daraus, daß bis vor wenig über einem Menschenalter alles, was aus den nicht deutschen Schichten der Bevölkerung zu höherer Bildung und zu städtischem Gewerbe hinaufwuchs, sich unmerklich aber sicher germanisierte. Mit dem Entstehen der junglettischen und jungestnischen Bewegung ist dies anders geworden. Die Bildung, die diese Kreise sich erwerben, ist auch heute noch nur auf deutscher Grundlage möglich,

Digitized by Google

konfessionelle und allgemeine Kulturunterschiede trennen diese Volksstämme zuweit vom Russentum, um einen Aufbau auf der russischen Kultur zu ermöglichen. Aber Dankbarkeit gegen ihre deutsche Nährmutter ist von Letten und Esten nicht mehr zu erwarten. Bewußt wenden sie sich vom Deutschtum ab. Die in unserm ganzen Osten so bedeutsame Quelle zur Vermehrung des Deutschtums, die Assimilierung der unterworfenen Bevölkerung, muß als versiegt betrachtet werden. Nimmt man für die vorhandene städtische deutsche Bevölkerung den Grundsatz als richtig an, daß jede städtische Bevölkerung ohne Zustrom vom Lande allmählich abstirbt, und daß dies potenziert für die höheren städtischen Bevölkerungsschichten gilt, so ergibt das für das Deutschtum in den Städten der Ostseeprovinzen eine trübe Aussicht. Für das Deutschtum auf dem Lande liegt in seinem überwiegenden Teile das Verhältnis ganz ähnlich; soweit es sich nicht um den grundbesitzenden Adel handelt, findet auch hier von unten her eine allmähliche Lettisierung oder Estnisierung, entsprechend der ausschließlichen Zugehörigkeit der Unterschicht der Bevölkerung zu diesen Nationalitäten, statt. Die deutschen „Literaten" auf dem Lande sind fast ausschließlich Ärzte und lutherische Prediger. Diese wenig zahlreichen deutschen Pastoren sind es vor allen, die den Provinzen den Charakter deutscher Kultur aufgedrückt haben. In ein oder zwei Generationen werden es wohl überwiegend Letten und Esten sein. Dieser zahlenmäßig geringe Verlust bedeutet kulturell für das Deutschtum ungeheuer viel. Es bleibt der der Zahl nach verschwindend geringe deutsche Adel. Er bildet in jeder Provinz eine juristische Körperschaft mit Vermögen und eigner Verwaltung mit dem Rechte der Aufnahme neuer Mitglieder und des Ausschlusses unwürdiger. Voraussetzung der Zugehörigkeit zum baltischen Adel ist die Aufnahme in eine der 4 provinziellen Adelsmatrikeln (die Insel Ösel, die auch sonst eine Sonderstellung einnimmt, hat eine von Livland gesonderte Adelsmatrikel). Hierdurch hat es der baltische Adel ermöglicht, sich von allen fremdartigen Elementen frei zu halten. Diese strenge Abgeschlossenheit, seine bei aller Loyalität gegen das russische Herrscherhaus unbedingt deutsche Gesinnung und Bildung und seine einheitliche lutherische Konfession, schützen ihn wohl auf lange hinaus vor einer Entnationalisierung. Das Land ist darum aber kein deutsches und sein deutscher Charakter muß sich mit Notwendigkeit immer mehr verlieren. Die Entwicklung in diesen Provinzen zeigt eine erschreckende Analogie mit der Entwicklung der langobardischen, fränkischen und normannischen Herrschaften. Sie sind das deutlichste Beispiel dafür, daß eine Nationalität sich nur halten kann, wenn der völkische Unterbau ihr angehört. Nicht die Nationalität der Regierenden, nicht die Nationalität der Grundherren, auch nicht die Nationalität der Oberschichten der städtischen Bevölkerung bestimmt die nationale Zukunft eines Landes, sondern nur die Nationalität der ländlichen, der bäuerlichen Unterschicht im weitesten Sinne. Dies lehrt uns die kurze Betrachtung des Rückgangs des Deutschtums in Europa; die Auffassung wird noch bestärkt, wenn wir zum Vergleiche Gebiete heranziehen, in denen seit alter Zeit die Deutschen in geschlossenen bäuerlichen Gemeinschaften unter fremdem Volkstum gesessen haben oder

Digitized by Google

noch sitzen. So brauchen wir nur hinzuweisen auf das Elsaß; trotz fast 200jähriger Fremdherrschaft und trotz wachsender energischer Bemühungen mindestens in den letzten hundert Jahren der französischen Sprache die Herrschaft zu verschaffen, ist der Bestand der deutsch-französischen Sprachgrenze im Wasgau im wesentlichen unverändert geblieben. Die sächsische Kultur und Sprache in Siebenbürgen und das Deutschtum in Südungarn haben sich trotz madjarischer Bedrückung erhalten; wenn dem Deutschtum in Siebenbürgen ernste nationale Gefahr droht, so stammt sie viel mehr von den aufstrebenden Rumänen der unteren Schicht als von dem herrschenden Madjarentum; oder schließlich die Gottscheer, die seit Jahrhunderten in einer Sprachinsel Krains zwischen slawischem Volkstum ihre Nationalität erhalten.

Unter dem Gesichtspunkte der zweifachen Ursachen für das Hinschwinden des Deutschtums, des Fehlens der bäuerlichen Unterschicht oder des zahlenmäßig zu schwach Werdens dieser nationalen Unterschicht, wollen wir die Verhältnisse im deutschpreußischen Koloniallande östlich der Elbe prüfen. Wesentliche Unterschiede zeigen dort das alte Kolonialland, das sind etwa die preußischen Provinzen Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und Mecklenburg, und das neue Kolonialland: Posen und Westpreußen. Übereinstimmend finden wir in beiden Gebieten dieselbe Agrarverfassung: das Vorherrschen des Ritterguts, wenn auch in den einzelnen Gebieten, ja Kreisen derselben Provinz mit großen Verschiedenheiten. In 147 Kreisen der preußischen Monarchie haben die Großbetriebe (von 100 Hektar und darüber) den Hauptanteil an der Anbaufläche (der Wald ist also hier nicht eingerechnet) sämtlicher Hauptbetriebe. Die Kreise mit überwiegendem Großbetriebe liegen, mit einer einzigen Ausnahme, in den genannten preußischen Provinzen. Der Anteil des Großbetriebes in ihnen an der Gesamtanbaufläche schwankt zwischen 84,63 % (Kr. Franzburg, Bezirk Stralsund) und 34,41 % (Naugard, Bezirk Stettin), über 50 % Großbesitz haben 85 Kreise. Ferner ist in beiden Gebieten, wenn wir von einzelnen Industriezentren absehen, übereinstimmend eine relativ dünne Bevölkerung. Während 1900 auf den Quadratkilometer im Deutschen Reiche 104, in Preußen 99 Einwohner kamen, wurde in den ostelbischen Provinzen — ohne die sächsischen Teile — in den Landkreisen die letztere Durchschnittszahl erreicht oder überschritten:

in Westpreußen nur im Kreise Danziger Höhe;
Bezirk Potsdam in 2 Kreisen (Teltow und Niederbarnim),
„ Breslau „ 9 „ von 25,
„ Liegnitz „ 4 „ „ 21,
„ Oppeln „ 9 „ „ 25.

Dagegen sinkt in allen diesen Provinzen die Bevölkerung in zahlreichen Kreisen weit unter den Durchschnitt: Die dünnste Bevölkerung in den einzelnen Regierungsbezirken haben im Bezirke Königsberg, Kreis Neidenburg mit 33,8 auf den Quadratkilometer; Bezirk Gumbinnen, Kreis

Digitized by Google

Johannisburg 28,7; Bezirk Danzig, Kreis Putzig 43,3; Bezirk Marienwerder, Kreis Deutsch Krone 29,7; Bezirk Potsdam, Kreis Beeskow-Storkow und Ostprignitz je 35,8; Bezirk Frankfurt, Kreis Arnswalde 33,5; Bezirk Stettin, Kreis Cammin 37,4; Bezirk Köslin, Kreis Rummelsburg 29,5; Bezirk Stralsund, Kreis Franzburg 37,9; Bezirk Posen, Kreis Schwerin 34,0; Bezirk Bromberg, Kreis Wongrowitz 44,1; Bezirk Breslau, Kreis Guhrau 49,2; Bezirk Liegnitz, Kreis Hoyerswerda 42,2; Bezirk Oppeln, Kreis Lublinitz 46,47. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß für die Dichtigkeit der Bevölkerung die Beschaffenheit des Bodens und das Vorherrschen des Waldes eine wesentliche Rolle spielt, so haben z. B. die Kreise Johannisburg, Deutsch Krone, Rummelsburg und Arnswalde je 30—40 % und die Kreise Beeskow-Storkow und Schwerin je 40—50 % Waldland. Das ausschlaggebende Moment ist dies aber nicht, denn auch Kreise mit ertragreichstem Boden gehören zu den am dünnsten bevölkerten. Als geeigneten Maßstab für die Fruchtbarkeit eines Kreises möchte ich die Hektarerträge an Gerste betrachten. Einen Ertrag von 2500 kg und mehr erzielten nur 11 preußische Kreise, darunter 2 ostelbische, einen Ertrag von 2100—2500 kg 67 Kreise, darunter Strelno, das nur 55,7 Einwohner auf den Quadratkilometer hat, Pyritz mit 40,9 Einwohnern, Grimmen mit 40,0 Einwohnern, Demmin mit 49 Einwohnern, Angermünde mit 49,4 Einwohnern usw. Das zeigt, daß das ostelbische Land noch einer außerordentlichen Vermehrung seiner Bevölkerung fähig ist und daß nicht die Bodenbeschaffenheit, sondern die Grundbesitzverteilung die Ursache der dünnen Bevölkerung ist. Der Umstand, daß bei der herrschenden Grundbesitzverteilung in wachsendem Maße nicht nur keine Vermehrung der Bevölkerung, sondern eine ständige Verminderung eintritt, ist so eingehend bereits erörtert und zweifelsfrei nachgewiesen, daß es nur eines kurzen Hinweises darauf bedarf. Es ist m. E. zutreffend von Sering betont worden, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb, der, von verschwindenden Ausnahmen abgerechnet, nicht in kapitalistischem Geiste geführt wird, an sich nicht entvölkernd wirkt, sondern erst seine Vorherrschaft diese Folge hat. Es ist ein Irrtum, der dadurch, daß er weitverbreitet ist und parteipolitisch ausgenutzt wird, nicht zur Wahrheit wird, daß der Großgrundbesitz durch niedrige Löhne, schlechte Behandlung, unzulängliche Wohnungen, die Menschen vom Lande forttreibe. Richtig dagegen ist, daß der Landwirtschaftsbetrieb im Kleinen mehr Arbeitskräfte beschäftigt und die Menschen mehr an die Scholle fesselt. Dazu kommt, daß die Entwicklung des Großlandwirtschaftsbetriebes ihn mehr und mehr zu einem Saisonbetriebe gestaltet hat. Der mit der intensiveren Kultur vermehrte Arbeiterbedarf findet daher nicht seinen Ausdruck in einer Vermehrung der seßhaften Bevölkerung, sondern in der verstärkten Heranziehung von Wanderarbeitern. Die in ihren Ursachen hier nicht näher zu untersuchende Tendenz der nicht seßhaften Landbevölkerung zur Abwanderung vom Lande tritt dem hinzu. Die Gutsbezirke bleiben ohnehin, da sie mit 20—30 Einwohnern als gut bevölkert anzusehen sind, und bis zu 4—12 Einwohnern auf den Quadratkilometer sinken, hinter dem Durchschnitt der Landgemeinden auch der

Digitized by Google

betreffenden Bezirke zurück. Bei der weiteren Tendenz zur Verminderung der Bevölkerung in den Gutsbezirken stehen wir in den Gebieten mit vorherrschendem Großgrundbesitz vor dem traurigen Bilde der Entvölkerung des Landes.

Diese unbestreitbare Erscheinung hat nun die Forderung hervorgerufen, durchweg den Großbesitz durch Kleinbesitz zu ersetzen und damit Zustände in Ostelbien zu schaffen, etwa wie sie in weiten Gebieten Westdeutschlands seit Alters bestehen. Demgegenüber wäre zunächst zu sagen, daß es für einen historisch denkenden Menschen ein Unding ist, sich vorzustellen, daß mittels gesetzlicher Maßnahmen geschichtlich in Jahrhunderten gewordene Zustände sich auf einmal oder in kurzer Zeit grundsätzlich ändern ließen. Am allerwenigsten ist dies der Fall auf agrarischem Gebiete, dem Gebiete, auf dem der Natur der Sache nach sich Wandlungen am schwersten vollziehen, das der Sache wie den Menschen nach am stärksten den Konservatismus erzeugt. Mit dieser Beweisführung allein wird man aber die Auffassung von der Notwendigkeit möglichst radikaler Aufteilung des Großbesitzes nicht überwinden. Hierfür die rechten Grenzen zu finden, halte ich aber für um so wichtiger, als dann das zu Fordernde um so eher auf weitgehende Billigung zu rechnen haben wird. Die Bedeutung des Großbesitzes aus sich wird daher auch unter dem nationalen Gesichtspunkte zu rechtfertigen sein. Für mich steht dabei an erster Stelle seine Bedeutung zufolge seiner geschichtlichen Entwicklung. Selbst wenn es möglich wäre, den Großgrundbesitzerstand zu beseitigen, würde ich dies für kein Glück, sondern für ein Unglück halten. Seit Jahrhunderten bildet er in von Alters her deutschen Gebieten Ostelbiens das Rückgrat unseres ländlichen sozialen Bevölkerungsaufbaus; er hat in Krieg und Frieden dem Lande in hervorragendem Maße Offiziere und höhere Beamte gestellt. Die Bevölkerung des Landes ist es gewohnt, auf ihn als den Führer zu wirtschaftlichem Fortschritte, wie auf geistigem Gebiete zu sehen. Nur Unkenntnis oder Übelwollen können dies Verhältnis als das normale für Ostelbien leugnen. Es muß als besonderer Vorzug gegenüber vielen anderen Ländern betrachtet werden, daß wir eine gebildete Bevölkerungsschicht haben, die ständig auf dem Lande lebt und aufs innigste mit seinen Interessen verwachsen und die die Trägerin politischer Überlieferung ist. Wer sollte an die Stelle des gebildeten Großgrundbesitzers treten, wenn es wirklich gelänge, ihn zu beseitigen? Das flache Land kann doch unmöglich einer gebildeten Bevölkerungsschicht entraten. Das natürliche und erwünschteste muß es sein, daß diese Schicht demselben Berufe obliegt, aus denselben Quellen seine Nahrung zieht, an denselben Freuden und Leiden teilnimmt wie die Menge der ländlichen Bevölkerung, und das ist die Landwirtschaft. Hat es irgendwo zum Glück des Landvolkes geführt, wenn ihm diese Oberschicht genommen ist? Schon Roscher sagt: „Die großen Eigentümer sind ... die natürlichen Stützpunkte der landwirtschaftlichen, überhaupt der ländlichen Interessen gegen städtische Neuerungssucht und bureaukratischen Hochmut. Man sieht in der jüngsten französischen Geschichte, wie wenig ein bloßes Bauerntum sich gegen das eine dieser Übel wehren kann, ohne dem andern zur Beute

Digitized by Google

zu werden." Jeder Blick, den wir nach Frankreich werfen, bestätigt uns die Richtigkeit dieses Ausspruchs. Wie ganz anders würde die französische Politik aussehen, wenn die Masse des friedlichen ruhigen französischen Landvolkes Organe hätte, die seine wahre Meinung in der Politik zu maßgebendem Ausdrucke bringen könnten. Wenn Frankreich heute das unruhige Element in der europäischen Politik bildet, so ist nicht in letzter Linie die politische Ausschaltung des Landvolkes schuld daran. Ein anderes Beispiel: die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Sezessionskrieg hat dem großbäuerlichen Norden der Union den Sieg bis zur Vernichtung des Großgrundbesitzerstandes des Südens gebracht. Ist damit die politische Macht, die geistige Richtung, die sittliche Auffassung, die in den Farmen der Nordstaaten lebte, zur Herrschaft in der Union gekommen? Mit nichten, sondern die städtische Intelligenz hat sich auf allen Gebieten die unbedingte Herrschaft gesichert. Politisch und sozial ist der Grundbesitzerstand zum Spielball städtischer Interessen geworden. Von der Erörterung der wirtschaftlichen Bedeutung des Großgrundbesitzes sehe ich in diesem Zusammenhange ab. Für uns muß es heißen, nicht prinzipielle Beseitigung des Großgrundbesitzes, sondern Finden einer Richtlinie, um ihn in dem für das allgemeine Interesse gebotenen Umfange zu erhalten, im übrigen aber ihn durch eine für die nationalen Interessen geeignetere Betriebsform zu ersetzen. Dazu wird zu prüfen sein, welcher Großgrundbesitz die bedeutungsvolle Stellung einnehmen kann, die wir ihm zuweisen. Es liegt auf der Hand, daß dies nur ein solcher sein kann, der mit den Interessen des Landvolkes wirklich verknüpft ist; der die Bebauung des Landes als Lebensaufgabe betrachtet und das Ziel hat, die Scholle, die er ererbt hat, oder infolge seines Fleißes und seiner Liebe zum Lande hat erwerben können, seinen Kindern und Kindeskindern zu vererben. In die Klasse des zu erhaltenden oder zu fördernden Großbesitzers gehören nicht diejenigen, die das Land als Ware betrachten, die bereit sind, ihr Gut zu verkaufen, sobald sie einen „angemessenen Preis" dafür bekommen, die Güterspekulanten oder „Güterinteressenten", wie sie sich so geschmackvoll im Kampfe gegen die den spekulativen Besitzwechsel belastenden Steuern neuerdings nennen. Nicht im Interesse einer gesunden nationalen Agrarpolitik liegt ferner der Gütererwerb seitens solcher Personen, die im städtischen Gewerbe reich geworden, im Landgute nur einen angenehmen Erholungssitz sich zu schaffen wünschen. So begreiflich menschlich dieses Vorgehen ist, so unerfreulich wirkt es in agrarpolitischer wie in sozialer Beziehung. Agrarpolitisch ist es ungünstig in der Richtung, daß der ohnehin starke Wettbewerb um den Grund und Boden durch Kaufliebhaber vermehrt wird, die keine oder nahezu keine Rücksicht auf den Ertragswert nehmen, sondern die Zinsen des Ankaufskapitals auf ihrem Vergnügungskonto ganz oder zum großen Teil verrechnen. Dieser Käuferkreis wirkt daher stark preissteigernd und entzieht mittelbar eben durch diese Preissteigerung — und unmittelbar durch den Kauf von Gütern — Land, das zweckmäßiger der Kleinsiedlung zugeführt wäre. Sozial treten diese Gutsbesitzer kaum je in eine innere Beziehung zur Landbevölkerung. Mag der

Digitized by Google

Erwerber sein Geld durch noch so großen Fleiß erworben haben und schwerer arbeiten als irgend einer seiner Landarbeiter oder der umwohnenden Bauern, wenn er vor diesen erscheint, ist er nur der Mann des Genusses, sie sehen ihn im Kreise seiner ihnen fremd gegenüberstehenden Familie, vielleicht im Kreise heiterer Freunde während weniger Sommerwochen. Einige Jagden im Winter zeigen ihnen den Gutsherrn in glänzender Gesellschaft. Trotz aller Sorge, die er um das Wohl seiner Arbeiter sich geben mag, er bleibt ihnen ein Mann aus einer anderen Welt. Die Wohltaten, die er ihnen erweist, werden als Brosamen betrachtet, die vom Tische des Reichen fallen. Diese Art von Großgrundbesitzern, mag ihr Wille ein noch so guter sein, wirkt zersetzend auf die Landbevölkerung.

Die Verlockung, die in den hohen Güterpreisen liegt, die mehr und mehr Eingang findende Erbsitte gleicher Berücksichtigung der Kinder im Erbgange und manches andere haben, wie wir wissen, zu einer starken Mobilisierung des Grundbesitzes geführt. So stellt sich z. B. das Verhältnis von Erbgang zu Verkauf in einem Jahrzehnt: im Regierungsbezirk Königsberg wie 35 : 137, Köslin 22 : 75, Frankfurt 14 : 76. Im Kreise Franzburg mit 84,63% Großgrundbesitz und 11,24% großbäuerlichem Besitz gingen in den Jahren 1896—1902 sogar weniger als 20 % der den Eigentümer wechselnden Besitzungen im Wege des Erbgangs in andere Hand über. Dieses Bild wird noch ungünstiger, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nur ein Teil des Großgrundbesitzes von dem Verkaufe überhaupt ergriffen wird. So hat sich die Klasse der „walzenden" Güter gebildet, die alle paar Jahre längstens ihren Besitzer wechseln. Wenn es gelingt, diese Güter dem Verkehre zu entziehen, sie aus dem Großgrundbesitze auszuscheiden und in den Kleinbesitz hinüberzuführen, so schafft man damit, ohne den seßhaften Großgrundbesitzer zu berühren, ausreichendes Land für die Kleinsiedlung. Der Vorschlag, für solche Güter in irgend einer Weise ein Vorkaufsrecht des Staats, der Kommunen oder gemeinnütziger Kolonisationsgesellschaften festzulegen, erscheint sehr beachtenswert. Von dem hier vertretenen Standpunkte aus ergibt sich unschwer auch die Stellung der Fideikommisse zu der inneren Kolonisation. Glaubt man, daß die Erhaltung eines leistungsfähigen Großbesitzers nicht nur erwünscht, sondern auch nötig ist, so wird man dazu kommen, daß für diesen Besitz auch die ihm geeigneten Rechtsformen gewählt werden. Dies ist aber eine solche, die es ermöglicht, den Besitz von Geschlecht zu Geschlecht der Familie zu erhalten. Sie muß die Grundlage dafür sein, daß die entstandenen Beziehungen zwischen dem Volke und den grundbesitzenden Familien erhalten werden oder sich neu zu bilden vermögen. Eine solche Rechtsform ist das Fideikommiß, mag es in seiner heutigen juristischen Fassung römisch-rechtlichen Ursprungs sein, der ihm zu Grunde liegende Gedanke, daß der Grundbesitz Familiengut ist und der Familie erhalten bleiben muß, gehört durchaus deutsch-rechtlicher Auffassung an. Dem entspricht, daß sich am frühesten und folgerichtigsten die ungeteilte Erhaltung des Guts im Erbgange bei der deutschen Bauernschaft entwickelt hat. Erst die wirtschaftlichen und politischen Verschiebungen des ausgehenden Mittelalters haben zunächst den hohen und dann den

Digitized by Google

niederen Adel dazu geführt, gegen die für seinen Bestand drohenden Gefahren ein Gegengewicht in der Fideikommißbildung zu suchen. So ist sie bis auf unsere Tage „der stärkste Schutz gegen die eigentümlichen Gefahren, welche eine von kapitalistischen Grundanschauungen getragene Rechtsordnung und die wachsende Mobilisierung des Grundbesitzes für den Wohlstand der Landwirte mit sich bringt", geblieben. „Die Fideikommisse bilden unzweifelhaft ein Sonderrecht zugunsten einzelner Familien von hervorragender sozialer Stellung." Die Voraussetzungen, die wir für die Schätzung des Werts des Großgrundbesitzes in den Vordergrund gestellt haben, müssen in erhöhtem Maße für den Fideikommißbesitzer Geltung haben, ihr Vorhandensein müßte bei Zulassung neuer Fideikommisse mit besonderer Schärfe geprüft werden. Ganz in dieser Linie bewegt sich der Beschluß des Landesökonomiekollegiums in seiner letzten Tagung, der die Zulassung neuer Fideikommisse davon abhängig gemacht wissen will, daß das Gut sich seit wenigstens 50 Jahren im Besitze der Familie befindet. Es wird damit eine Art Befähigungsnachweis verlangt; der Besitzer und seine Familie sollen erwiesen haben, daß sie aus freiem Willen dem Lande angehören, es selbst bebauen wollen und ein Gleiches von ihren Nachkommen erwarten. Im schärfsten Gegensatze dazu steht das heute vielfach herrschende Streben, im Wege des Gutserwerbs und der Fideikommißgründung die soziale Stufenleiter hinansteigen, damit in die alte Aristokratie eindringen oder eine neue künstlich bilden zu wollen.

Liegt in der Person des Fideikommißgründers schon ein starkes Moment zur Einschränkung von Fideikommißgründungen, so werden volkswirtschaftliche und nationalpolitische Gesichtspunkte in noch höherem Maße zu prüfen sein. Dahin gehört in erster Linie, daß in einzelnen Gebieten des Staates der Besitz nicht in einem dem allgemeinen, speziell aber dem Interesse der Möglichkeit weiterer Kleinsiedlung abträglichen Maße gebunden und daß nicht das Einzelfideikommiß zu groß wird — Latifundienbildung. Das Größenmaß des Fideikommisses nach oben sollte so gewählt sein, daß der Besitzer selbst die Oberleitung der Wirtschaft ohne einen leitenden höheren Beamten führen kann, nach unten dahin, daß der Besitz bei eigner Bewirtschaftung dem Besitzer die auskömmliche Existenz für eine Familie des höheren Mittelstandes gewährleistet. Inwieweit diese Voraussetzungen jetzt schon erfüllt sind, ergibt bis zu einem gewissen Grade die folgende Zusammenstellung: Über 25 % der Gesamtfläche waren fideikommissarisch gebunden (1900) in 30 Landkreisen der preußischen Monarchie, darunter fünf in westelbischen Kreisen (Wittgenstein, Plön, Oldenburg, Schmalkalden, Sigmaringen). Wenn in diesen Kreisen auch der Wald einen beträchtlichen Umfang einnimmt, so ist doch auch an reinem Landbesitze ein im allgemeinen Interesse zulässiges Maß an gebundenem Besitze wohl überschritten. Die nachfolgende der Stat. Korr. entnommene Mitteilung weist jedenfalls darauf hin, daß, so nützlich die Fideikommißbildung im Einzelfalle sein mag, es nicht wohl angängig ist, ihre Bildung in bisheriger planloser Weise vor sich gehen zu lassen.

Digitized by Google

„Alter der Familienfideikommisse in Preußen.

Von den Ende 1907 gezählten Fideikommissen Preußens waren gegründet:

| in den Jahren | Zahl überhaupt | Zahl vom Hundert | Zahl im Jahresdurchschnitt | Mit einer gegenwärtigen Fläche von ha überhaupt | Mit einer gegenwärtigen Fläche von ha vom Hundert | Mit einer gegenwärtigen Fläche von ha im Durchschnitt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| bis 1850 . . . | 519 | 43,4 | — | 1 249 376 | 54,3 | 2 407 |
| 1851—1860 . . | 90 | 7,5 | 9,0 | 174 549 | 7,6 | 1 939 |
| 1861—1870 . . | 98 | 8,2 | 9,8 | 139 935 | 6,1 | 1 428 |
| 1871—1880 . . | 110 | 9,2 | 11,0 | 196 563 | 8,5 | 1 787 |
| 1881—1890 . . | 164 | 13,7 | 16,4 | 192 183 | 8,4 | 1 172 |
| 1891—1895 . . | 53 | 4,4 | 10,6 | 120 791 | 5,3 | 2 279 |
| 1896—1900 . . | 63 | 5,3 | 12,6 | 75 881 | 3,3 | 1 204 |
| 1901—1905 . . | 61 | 5,1 | 12,2 | 104 993 | 4,6 | 1 721 |
| 1906 und 1907 . | 37 | 3,1 | 18,5 | 45 526 | 2,0 | 1 230 |
| 1851—1907 . . | 676 | 56,6 | 11,9 | 1 050 421 | 45,7 | 1 554 |
| insgesamt bis Ende 1907 . . | 1 195 | 100 | — | 2 299 797 | 100 | 1 925 |

Nahezu drei Fünftel aller Ende 1907 vorhandenen Fideikommisse mit annähernd der Hälfte der gesamten Fideikommißfläche sind mithin erst nach dem Jahre 1850 gestiftet worden. Die aus der älteren Zeit bis 1850 herrührenden Fideikommisse bildeten bei der erstmaligen Aufmachung der Fideikommißstatistik Ende 1895 noch rund die Hälfte der Gesamtzahl und etwas über drei Fünftel der Gesamtfläche des für diesen Zeitpunkt ermittelten Fideikommißbestandes, sind also seitdem verhältnismäßig erheblich zurückgetreten. Besonders bedeutend war die Gesamtzahl der im Jahrzehnt 1881 bis 1890 gestifteten Fideikommisse. Seitdem ist aber die Neigung zur fideikommissarischen Bindung von Grundbesitz keineswegs in der Abnahme begriffen, obschon im Jahrzehnt 1891—1900 nur insgesamt 116 oder durchschnittlich jährlich 11,6 und in den darauf folgenden 7 Jahren 1901—07 im ganzen nur 98 oder durchschnittlich jährlich 14,0 Fideikommisse gegen zusammen 164 oder 16,4 im Jahresdurchschnitt 1881—90 errichtet worden sind. Denn nach 1890 sind im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahrzehnten nur unbeträchtliche Zugänge durch Umwandlung von Lehen in Fideikommisse erfolgt, und andererseits hat die fideikommissarische Bindung freien Grundbesitzes in weit größerem Umfange als früher stattgefunden. Es wurden nämlich aus allodialem Besitze im Jahrzehnte 1891 bis 1900 107 Fideikommisse mit einer gegenwärtigen Gesamtfläche von 178 667 Hektar und in den sieben letzten Jahren 1901—07 96 mit 144 796 Hektar gegen 89 mit 113 604 Hektar im Jahrzehnte 1881—90, 66 mit 116 130 Hektar im Jahrzehnte 1871—80, 75 mit 100 465 Hektar im Jahrzehnte 1861—70 und 69 mit 128 529 Hektar im Jahrzehnte 1851—60 gegründet. In den letzten Jahren 1906 und 1907 hat eine sehr rege Fideikommißbildung angehalten, die mit einer Durchschnittsziffer von jährlich 18,5 Fideikommissen in der Vorzeit nicht ihres gleichen findet."

Digitized by Google

In den folgenden Jahren 1908 und 09 ist eine weitere Zunahme auf 2 378 700 Hektar erfolgt, davon sind 1 267 500 Hektar nicht Waldland, 111 200 Hektar Waldland. Im Jahre 1900 betrug die gesamte

| Fideikommißfläche | Nichtwaldland | Waldland |
|---|---|---|
| 2 177 100 ha | 1 177 200 | 1 000 000 |

Es hat also zugenommen die Waldfläche um 111 200 Hektar, die nicht Waldfläche um 90 300 Hektar.[1])

Schließlich wird als Korrelat für die Möglichkeit der Bindung des größeren Besitzes ein gesetzlicher Schutz dagegen verlangt werden müssen, daß der vorhandene oder neuzubildende Kleinbesitz vom Großbesitze aufgesogen wird. Das wachsende Streben, ländlichen Großbesitz als Luxusbesitz zu erwerben, führt zu dem Wunsche, zum Zwecke der „Abrundung," aus jagdlichen Zwecken, zur Vergrößerung von Parks und dergleichen Kleinbesitz aufzukaufen. Zu erwägen bliebe auch, ob bei Neugründung von Fideikommissen dem Begründer nicht die Verpflichtung aufzuerlegen wäre, im Verhältnisse zur Größe des zu bindenden Besitzes Ländereien zu Zwecken der inneren Kolonisation gegen Erstattung des Werts des Landes zur Verfügung zu stellen. Man hätte sich dieses zu denken als eine Analogie zu dem „Entrepriseſystem" der friderizianischen Kolonisation. Wie dort einem „Entrepreneur" eine Landfläche zur Urbarmachung vom Grundherrn überlassen wurde gegen die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von Kolonisten als seine Hintersassen darauf anzusiedeln, so hätte hier der Fideikommißgründer für das ihm staatlicherseits verliehene Recht, seinen Besitz dem freien Verkehr zu entziehen, die Sorge für die Beschaffung des zur Ansiedlung einer Anzahl kleiner Leute nötigen Landes zu übernehmen. Der Umfang des zur Verfügung zu stellenden Landes wäre in ein gewisses Verhältnis zu der Größe oder zum Werte des zur Fideikommißgründung bestimmten Besitzes zu stellen.

Das Gesamtresultat unserer bisherigen Erörterungen dürfte nun folgendes sein. Der allergrößte Teil des deutschen Ostens ist seiner agrarischen Verfassung nach Großgrundbesitzerland mit einer dünnen Bevölkerungsunterschicht. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ist sie noch weiter in der Verminderung begriffen. Das bedeutet nach unsern einleitenden Untersuchungen, daß, wenn eine fremdvölkische Unterschicht vorhanden ist, oder ein vordringendes fremdes Volkstum von außen her nachschiebt, eine ernste Gefahr für das eigene Volkstum, für den nationalen Charakter des Landes vorhanden ist. Es bleibt zu untersuchen, in wie weit diese beiden Voraussetzungen gegeben sind. Die Unterschicht der Bevölkerung im ostelbischen Deutschland ist rein deutsch außer in Mecklenburg in den hier in Frage kommenden Teilen der Provinz Sachsen. In Brandenburg spielen die Wenden des Spreewaldes und in Pommern die Kassuben einiger hinterpommerschen Kreise und die 10—20 % Polen des Kreises

[1]) Am Schlusse dieses Aufsatzes befindet sich eine Zusammenstellung der in den letzten 20 Jahren neuentstandenen Familienfideikommisse in der Provinz Posen.

Digitized by Google

Bütow keine in dieser Beziehung zunächst in Betracht kommende Rolle. Beachtenswerter sind schon die Verhältnisse Ostpreußens, dessen nordöstliche Kreise einen stark litauischen (Heydekrug 50—60 %) und die südlichen Kreise einen masurischen und polnischen Einschlag haben. (Kr. Allenstein 40—50 % Polen, Johannisburg 40—50 % Masuren). Von den schlesischen Regierungsbezirken ist der Liegnitzer bis auf verschwindende wendische Inseln als rein deutsch anzusprechen, während Breslau in den Kreisen Glatz und Strehlen einen geringen tschechischen Einschlag hat (5—10 %) und in Groß Wartenberg und Namslau je einen nennenswerten Bruchteil polnischer Bevölkerung. Der Bezirk Oppeln hingegen muß in seinem nationalen Aufbau den Provinzen Posen und Westpreußen hinzugerechnet werden, in denen die Masse der Bevölkerung der polnischen Nationalität angehört — ausgenommen sind hier nur die Kreise der Weichselniederung, die eine fast rein deutsche bäuerliche Bevölkerung aufweisen. Den stärksten Prozentsatz von Polen hat in Posen der Kreis Adelnau mit 90,66, in Westpreußen Preußisch Stargard mit 77,02. Daß diese polnische Bevölkerung eine aufsteigende Tendenz hat, braucht nicht besonders erwiesen zu werden. Die beiden letzten Menschenalter haben den polnischen Mittelstand sich aus den untersten Schichten bilden sehen. Bismarck erblickte noch im polnischen Adel und in der Geistlichkeit den zu bekämpfenden nationalen Feind. Heute steht uns ein viel gefährlicherer Gegner gegenüber, der polnische Mittelstand. Mit dem ganzen Rüstzeug an Bildung und wirtschaftlicher Organisation, das ihm deutsche Kultur geschaffen hat, kämpft er gegen das Deutschtum nicht um Gleichberechtigung, sondern um Alleinherrschaft in den vom Polentum beanspruchten Gebieten.

Weniger klar und darum weniger erkannt ist die zweite Gefahr, die vom Slawentum her droht, das Eindringen in die alten deutschen Sitze. Nicht daran denke ich, daß in einzelnen Industriegebieten im Herzen Deutschlands das Polentum zu einer im öffentlichen Leben zu beachtenden Macht geworden ist. Wenngleich dieser Zustand für deutsche Verhältnisse charakteristisch ist, scheint er mir zunächst eine nationale Gefahr nicht zu bedeuten. Bei der Isoliertheit dieser polnischen Inseln im deutschen Meere werden sie mit dem Aufhören des Zuzuges allmählich der Verdeutschung anheimfallen. Anders und viel gefahrdrohender erscheint das allmähliche Nachschieben der Polen in die landwirtschaftlichen Gebiete des Ostens. Die Polen aus Westpreußen und Posen bilden die Vorposten; die Millionen von Slawen des ferneren Ostens das Gros. Es belebt ein Wandertrieb die erwachenden Massen des Ostens wie nie zuvor; wo sie einen leeren Platz finden, dringen sie ein. Mag die Umwandlung des einst deutschen Prag in eine tschechische Stadt mehr dem Aufsteigen der eingeborenen slavischen Bevölkerung als der Zuwanderung fremder Elemente zuzuschreiben sein, aus der vor wenig über hundert Jahren italienischen Städterepublik Ragusa haben unter österreichischer Herrschaft die vordringenden Balkanslawen ein kroatisches Dubrovnik gemacht. Nur eine strenge Abschließung unseres Landes gegen das Seßhaftwerden fremder Elemente hat uns bisher davor bewahren können, daß das Slawentum in dem Maße bei uns

Digitized by Google

vordringt, wie in dem benachbarten Österreich. Wenn aber die Verhältnisse sich in bisheriger Weise bei uns weiter entwickeln, ist es unausbleiblich, daß mit dem allmählichen Abbröckeln des Rückkehrzwanges für die Polen — für die anderen Slawen besteht er schon jetzt nicht — auch hier allmählich ein Seßhaftwerden solcher Elemente stattfindet. Im Jahre 1911/12 wurden in Preußen amtlich zugelassen 729 575 ausländische Arbeiter (davon 494 665 Slaven), davon für die Landwirtschaft 54,5 %. Wieviele daneben unlegitimiert sich im Lande aufhalten, entzieht sich jeder Schätzung. Wer sich seit 20 Jahren mit der Frage in der Verwaltungspraxis befaßt, weiß, daß die Zahl nicht gering ist. Der Natur nach hält sich der Hauptteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Polen in den Gutsbezirken auf. Wie ihre Zahl gewachsen ist, ergeben folgende Zahlen. Seit 1871—1905 hat die Zahl zugenommen in den Gutsbezirken des Bezirks

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Potsdam ..... | von | 0,9 | auf | 11,9 % | der | Bevölkerung, |
| Frankfurt a. O. ..... | „ | 1,0 | „ | 8,9 % | „ | „ |
| Merseburg ..... | „ | 1,1 | „ | 14,9 % | „ | „ |
| Magdeburg ..... | „ | 3,2 | „ | 20,2 % | „ | „ |
| Stralsund ..... | „ | 0,1 | „ | 7,7 % | „ | „ |
| Stettin ..... | „ | 0,3 | „ | 5,7 % | „ | „ |
| Liegnitz ..... | „ | 10,4 | „ | 21,0 % | „ | „ |

Von einsichtigen deutschen Landwirten ist auf den inneren Zusammenhang hingewiesen, der zwischen dem Zuzuge ausländischer Arbeiter und der Abwanderung der einheimischen besteht. Ich fasse den circulus vitiosus dieser Bewegung so: „Der ausländische Arbeiter wird genommen, weil der inländische fehlt und der inländische zieht fort, weil der ausländische kommt." Nehmen wir die Zahl der auf Landgütern jetzt jährlich beschäftigten Slaven niedrig mit 300 000 Menschen an, nehmen wir ferner an, daß je 3 dieser Personen jetzt schon einer Familie angehören, so kämen für das Seßhaftwerden rund 100 000 Familien in Frage. Eine slawische Familie auf 6 Köpfe veranschlagt, was keinesfalls zu hoch veranschlagt erscheint, so würde dies eine Einwanderung von wenigstens 600 000 Slawen bedeuten, die natürlich nur den Vortrab für weitere bilden würde. Dann haben wir in kürzester Frist in einem großen Teil unserer Ostprovinzen eine slawische Unterschicht; wir erreichen in ihnen Zustände, die nicht viel günstiger sind als in den heute von Polen schwächer besetzten Kreisen Posens und Westpreußens. Nicht von heute auf morgen glaube ich an das Eintreten dieser Gefahr, sie bereitet sich aber allmählich vor. Die nationalen Schicksale der Völker vollenden sich nicht in kurzen Abschnitten; rechnen müssen wir aber damit, daß im Zeitalter der drahtlosen Telegraphie und des Luftschiffes die Entwicklung viel schneller geht auch auf dem völkischen Gebiete als zu den Zeiten, da die Wanderungen sich im Ochsenkarren abspielten.

Haben wir, frage ich nun, ein Mittel, der drohenden völkischen Gefahr, der Gefahr, die im Aufsteigen des heimischen und im Vordringen des ausländischen Slawentums liegt, zu begegnen? Ich stehe nicht an, dies unbedingt zu bejahen. Dies Mittel liegt aber ausschließlich auf dem Gebiete der

Digitized by Google

Grundbesitzverteilung, der inneren Kolonisation, deren populationistische Bedeutung auch von nationalem Standpunkte klar erkannt werden muß. Ein starker und nachhaltiger Wille der Regierenden sowohl wie des gesamten deutschen Volks muß dahinter stehen. Er muß unverrückbar das Ziel im Auge haben, im Osten ein Bauerntum so dicht und so stark zu schaffen, daß es allen völkischen Gefahren dauernd zu widerstehen vermag. Alle anderen Mittel mögen daneben ganz nützlich sein, für die Erhaltung des nationalen Bestandes spielen sie aber kaum eine nennenswerte Rolle. Einen Blick zum Schluß noch darauf, inwieweit die bisherige Arbeit auf diesem Gebiete von Erfolg begleitet und als ausreichend zu betrachten ist. In den Ansiedlungsprovinzen liegt, wie Zechlin im vorjährigen „Ostland" in Übereinstimmung mit meiner dargelegten Auffassung zutreffend ausführt, das nationale Problem nicht so sehr in der Landfrage in dem Sinne, welcher Nationalität der Eigentümer des Landes ist, als vielmehr darin, welcher Nationalität das das Land bearbeitende Volk ist. Ende 1910 waren von dem Gesamtgrundbesitz in der Provinz Posen 1 124 024 in polnischer, 1 618 680 Hektar in deutscher Hand, also fast 500 000 Hektar mehr in deutscher Hand. Für die nationale Seite der Frage und insbesondere den dauernden Bestand des Deutschtums ist dieses Überwiegen im Besitze des Landes mit Rücksicht darauf, daß dies Land fast ausschließlich mit polnischen Leuten bearbeitet wird, nicht ausschlaggebend. Darum will es mir auch scheinen, als ob zu viel Gewicht auf den Übergang des Großbesitzes von der einen auf die andere Nationalität und darauf, ob die Ansiedlungskommission von Polen oder Deutschen gekauft hat, gelegt wird. National weit bedeutungsvoller ist es, zu prüfen, um wieviel der deutsche Bauernbesitz gewachsen ist. Wie sieht es aber damit aus? Die Zahl der selbständigen evangelischen Landwirte hat in den Jahren 1895 bis 1907 um 4400 zugenommen. Da die Ansiedlungskommission in dieser Zeit an neuen deutschen Stellen 6650 ausgetan hat, ist also an anderer Stelle ein entsprechender Verlust eingetreten. Ihn wett zu machen, muß aber nicht nur die Besitzbefestigung bäuerlicher Stellen mit aller Energie arbeiten, sondern eine vermehrte Tätigkeit der Ansiedlungskommission in dieser Richtung eintreten. Eine solche scheint aber nicht erreicht zu werden. Wie die Ostdeutsche Korrespondenz berichtet, sind im Jahre 1911 noch 1443 Ansiedlerstellen vergeben, 1912 waren es nur noch 864, ein Rückgang von 40 %. Mitgezählt sind dabei 59 schon vorhandene, aber bisher nur vermietete Häuslerstellen und 244 Arbeiterstellen, so daß nur 561 Bauernwirtschaften neu ausgegeben waren. Der Ansiedlerstrom mußte zum großen Teile zurückgewiesen werden, nur die 10. Meldung konnte Berücksichtigung finden.

Und die Lage in den übrigen Provinzen des Ostens? Das Interesse für die Fragen der inneren Kolonisation ist überall rege. Wenn man die Erfolge nach der Länge der Reden darüber im Parlamente, in landwirtschaftlichen Versammlungen, auf Kongressen aller Art abmessen wollte, so müßten sie glänzend sein, und doch sind es überall im besten Falle bescheidene Anfänge. In den Provinzen Schlesien und Sachsen ist es bisher bei dem guten Willen geblieben, wenn auch zu hoffen ist, daß in absehbarer

Digitized by Google

Zeit dem Willen eine Tat folgen mag, in Schlesien allerdings stark durch die wiederholten Erklärungen eingeschränkt, daß die Besitzbefestigung die Hauptsache bleiben müsse. In den Provinzen Ostpreußen, Pommern und Brandenburg sind je eine große gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft tätig, von denen die Ostpreußische bis Ende September 1912 1194 Ansiedler angesetzt hat. Die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft hat bis Ende des Geschäftsjahres 1911: 1412 Rentengüter begründet und die Landgesellschaft Eigene Scholle in Frankfurt a. O. in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens bis 1. Juli 1912 366 Stellen. Außerdem hat die Landbank bis Ende 1912 insgesamt 3399 neue kleinere Stellen geschaffen, dem treten die Gründungen einer Reihe kleinerer Siedlungsgesellschaften und von Privatunternehmungen hinzu. Gewiß sind dies erfreuliche Leistungen, aber doch nur recht bescheidene Anfänge, wenn wir uns die Größe der Aufgabe vor Augen halten. Innerhalb eines Menschenalters etwa muß es sich entscheiden, ob unser Ostland einschließlich Posen, Westpreußen und Oberschlesien dauernd deutsch erhalten werden kann. Die Frage wird entschieden auf dem Gebiete der Grundbesitzverteilung. Ist das, was jetzt geschieht, genug, um in dieser Frist das Ziel zu erreichen? Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat in seiner bedeutungsvollen Rede vom 25. Oktober 1912 im Abgeordnetenhause gesagt: „Die Siedlungsgesellschaften können und müssen im Laufe der Zeit dahin kommen, ihre Tätigkeit — ich will einmal sagen — in jedem Jahre zu verdreifachen." Soll das geschehen — auch für die Ansiedlungskommission —, so muß sich unser gesamtes Volksbewußtsein in ganz anderer Weise dieser Fragen bemächtigen, als es bisher geschehen ist. An Stelle der besserwissenden unschöpferischen Kritik, in der sich ein großer Teil in Presse und Parlament der inneren Kolonisation gegenüber gefällt, muß das Bewußtsein dessen treten, was der Reichskanzler am Schlusse seiner Rede fordert: „Wir stehen vor einer Aufgabe, an der der Staat mit allen seinen Beamten und an der alle Parteien freudig und tatkräftig mitarbeiten sollen. Friedrich der Große sagte: Menschen erachte für den größten Reichtum! Und wie er diesen Satz verwirklicht wissen wollte, das hat er durch seine großartige kolonisatorische Tätigkeit gezeigt. Aus dem fridrizianischen Preußen mit seinen 6 Millionen Einwohnern ist ein Staat von 40 Millionen Einwohnern geworden. Sorgen wir dafür, daß immer zahlreichere Existenzen in diesem Staat mit dem heimischen Boden fest verankert werden. Damit werden wir unsern Staat gesund und stark erhalten."



Digitized by Google

## Zusammenstellung der seit 1892

| lfd. Nr. | Bezeichnung des Fideikommisses | Stiftungsjahr | Bezeichnung der zum Fideikommiß gehörigen Güter |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 1 | v. Korzbock-Lackisches Fideikommiß Neustadt bei Pinne | 1892/93 | Rittergutsherrschaft Neustadt b. Pinne, bestehend aus dem Dominium Neustadt b. P., den Vorwerken Josefowo, Gronsko, Grudno, Komorowo, Nossegerte und dem früheren Grundstück Wengielno Nr. 22. |
| 2 | von Schmidt-Wierusz-Kowalskisches Fideikommiß | 1893 | Rittergut Moschütz mit dem Vorwerke Cüstrinchen und mehreren ländlichen Grundstücken. |
| 3 | Familienfideikommiß der Fürstlichen Familie Czartorysski | 1893 | a) Rittergut Goluchow mit dem Vorwerk Przekupowo, Rittergut Scholow und mehrere bäuerliche Grundstücke in Tursko,<br>b) Rittergut Konojad mit Doly und den Vorwerken Grunowko und Dalekie,<br>c) Rittergut Sepienko mit Lagiewnik II. |
| 4 | Landesökonomierat Franz und Emma, geb. Mittelstädt-Kunkelsches Familienfideikommiß Markowo-Brunno | 1895 | Rittergut Markowo mit Vorwerk Emmingen,<br>Gut Brunno,<br>bäuerliche Grundstücke Perkowo 2, 3, 4 und 7 zugeschrieben Markowo |
| 5 | Boleslaw von Potockisches Familienfideikommiß Bendlewo-Wronczyn | 1897 | Rittergut Bendlewo<br>„ Wronczyn |
| 6 | von Wilamowitz-Möllendorffsches Familienfideikommiß-Majorat Kobelnik | 1898 | Rittergut Kobelnik<br>„ Lagiewnik<br>„ Rozniaty<br>„ Kraschitz |
| 7 | von Potockisches Familienfideikommiß Dakowy mokre und Woynowice | 1897/98 | Rittergut Dakowy mokre<br>„ Woynowice |
| 8 | Eduard Büttnersches Familienfideikommiß | 1898/99 | Rittergut Schönsee |
| 9 | Valerian Graf Kwileckisches Familienfideikommiß | 1898/99 | a) Rittergut Kobylniki nebst den Gütern Chrzan und Ponin sowie den Grundstücken Ponin Bl. 1 und 11<br>b) Rittergut Srocko nebst den Grundstücken Bieczyn Bl. 2, 5 und 8<br>c) Rittergut Pfarskie nebst den Gütern Karmin und Bielawy<br>d) Rittergut Koninko. |

Digitized by Google

## in der Provinz Posen errichteten Fideikommisse.

| Kreis | Größe ha | Name des Fideikommißbesitzers |
|---|---|---|
| 5 | 6 | 7 |
| Neutomischel | 3 110,45,19 | Graf Stephan von Korzbock-Lacki zu Neustadt b. Pinne Schloß. |
| Wirsitz | 1 517,79,66 | Emanuel von Schmidt-Wieruſz-Kowalski in Cüstrinchen. |
| Pleschen | 2 693,46,74 | Fürst Adam Ludwig Czartoryski auf Sieniawa (Galizien). |
| Kosten | | |
| Hohensalza | 983,94,41 | Emma von Kunkel in Markowo. |
| Posen West | 2 823,91,19 | Gräfin Helene Miaczynska geb. von Potocka aus Bendlewo. |
| Strelno | 2 004,69,85 | Friedrich Wilhelm Hermann Freiherr von Wilamowitz-Möllendorff auf Kobelnik. |
| Grätz | 4 596,91,29 | Frau Rittergutsbesitzerin Felicia Gräfin Mielzynska geb. von Potocka zu Bendlewo. |
| Wirsitz | 615,80,46 | Ernst Büttner auf Schönsee. |
| Kosten | 3 826,30,70 | Graf Dobislaw Kwilecki auf Kwilitsch, Kreis Birnbaum. |
| Samter | | |
| Seitenbetrag . . . | 22 173,29,49 | |



Digitized by Google

| lfd. Nr. | Bezeichnung des Fideikommisses | Stiftungsjahr | Bezeichnung der zum Fideikommiß gehörigen Güter |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 10 | Graf Ignatz Bninskisches Familienfideikommiß Dombke | 1900 | Rittergut Dombke |
| 11 | Ernst von Wentzelsches Familienfideikommiß Belencin | 1901/02 | Rittergut Belencin<br>„ Karna<br>Grundstück Belencin Nr. 2 |
| 12 | Rosesches Familienfideikommiß Bialokosch | 1904 | Rittergut Bialokosch |
| 13 | von Schenckisches Familienfideikommiß Kawentschin-Alt-Grabia | 1903/04 | Rittergut Alt-Grabia mit Kawentschin und Wygoda |
| 14 | Freiherrlich von Sternfeldtsches Familienfideikommiß Jakschitz | 1905 | Rittergut Jakschitz |
| 15 | Theodor von Bakesches Familienfideikommiß Bakerode | 1905 | Rittergut Bakerode mit Vorwerk Feldstedt |
| 16 | Nehringsches Familienfideikommiß Groß Kruscha | 1905 | Rittergüter Groß Kruscha und Niemojewko mit Lindental und Ludzisk |
| 17 | Beymesches Familienfideikommiß Rudnik. | 1905 | Rittergut Rudnik |
| 18 | Beymesches Familienfideikommiß Sielinko | 1905 | Rittergut Sielinko |
| 19 | Beymesches Familienfideikommiß Komorniki | 1905 | Rittergut Komorniki |
| 20 | Jouannesches Familienfideikommiß Malinie | 1905 | Rittergut Malinie mit Baranowek und Lassew |
| 21 | Jouannesches Familienfideikommiß Lenartowitz | 1905 | Rittergut Lenartowitz und Zawidowitz |
| 22 | Jouannesches Familienfideikommiß Schwarzwaldau | 1905 | Gut Schwarzwaldau |
| 23 | Freiherrlich von Massenbachsches Familienfideikommiß Pinne | 1906 | Rittergüter Pinne und Jakubowo und bäuerliche Grundstücke Pinne Bd. X Bl. 185 |
| 24 | von Mollard-Goraer Familienfideikommiß | 1906 | Rittergüter Herrschaft Gora |
| 25 | von Goldschmidt-Rothschildsches Familienfideikommiß Wroniawy | 1906 | Rittergut Wroniawy |
| 26 | Beckersches Familienfideikommiß | 1907 | Rittergüter Kuczkow, Jankow und Birkenau. |

Digitized by Google

| Kreis | Größe ha | Name des Fideikommißbesitzers |
|---|---|---|
| 5 | 6 | 7 |
| Übertrag . . . | 22 173,29,49 | |
| Wirsitz | 1 436,79,17 | Graf Konstantin Bninski auf Dombke in Samostrzel. |
| Bomst | 1 777,13,98 | Ernst von Wentzel auf Belencin. |
| Birnbaum | 942,26,93 | Oberregierungsrat Dr. Karl von Rose in Bromberg. |
| Hohensalza | 697,23,48 | Walter von Schenck auf Kawentschin. |
| Hohensalza | 793,75,87 | Freiherr Wilhelm von Sternfeldt auf Jakschitz. |
| Samter | 488,61,57 | Ökonomierat Theodor von Bake in Neudorf bei Wronke. |
| Strelno | 914,08,83 | Dr. phil. Karl Cords in Groß Kruscha. |
| Grätz | 671,28,63 | Heinrich von Beyme in Jastrzembnik, Kreis Neutomischel. |
| Grätz | 872,38,13 | Gustav von Beyme in Eichenhorst, Kreis Neutomischel. |
| Schroda | 540,52,78 | Ernst Friedrich von Beyme in Komorniki. |
| Pleschen | 1 059,83,54 | Jules Eugen von Jouanne auf Lenartowitz. |
| Pleschen | 1 265,59,41 | desgl. |
| Pleschen | 613,26,54 | desgl. |
| Samter | 1 397,96,76 | Karl Freiherr von Massenbach auf Pinne. |
| Jarotschin | 4 073,67,11 | Frau Hauptmann Marie Fischer von Mollard geb. von Mollard auf Gora. |
| Bomst | 2 146,11,55 | K. K. Österreichisch-Ungarischer Generalkonsul Max Freiherr von Goldschmidt-Rothschild in Frankfurt a. M. |
| Pleschen | 1 377,17,68 | Konsul a. D. Hermann von Becker auf Kuszkow. |
| Seitenbetrag . . . | 21 067,71,96 | |

Digitized by Google

| lfd. Nr. | Bezeichnung des Fideikommisses | Stiftungsjahr | Bezeichnung der zum Fideikommiß gehörigen Güter |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 27 | Lehmann-Ritschesches Familienfideikommiß Ritsche-Tarnowo | 1907 | Rittergut Ritsche mit den Vorwerken Eugenienhof und Konstantinowo, Rittergut Tarnowo |
| 28 | Carstisches Familienfideikommiß Eichenried | 1907/08 | Rittergüter Chran (Eichenried) und Dembno |
| 29 | Gierkesches Familienfideikommiß Palanowitz | 1907/08 | Rittergut Palanowitz mit Vorwerk Gustafowo |
| 30 | Rospattsches Familienfideikommiß Prittisch | 1907/08 | Rittergut Prittisch mit Eichvorwerk |
| 31 | Frankssches Familienfideikommiß Marschew | 1908 | Rittergut Marschew |
| 32 | Freiherrlich von Schlichtingsches Familienfideikommiß Wierzbiczany. | 1906/08 | Rittergüter Wierzbiczany und Ostrowo b. Argenau mit Grundstück Eigenheim |
| 33 | von Wilamowitz-Möllendorffsches Sekundogeniturfideikommiß Markowitz | 1908/09 | Rittergut Markowitz mit dem Vorwerk Möllendorf<br>Rittergut Schönwerth |
| 34 | Familienfideikommiß Radenz | 1908/09 | Rittergut Radenz mit<br>Gut Dembowitz<br>„ Galonski<br>„ Kaczagorka<br>Forst Mittenwalde<br>Rittergut Goreczki<br>„ Potarzyce |
| 35 | Wendorffsches Familienfideikommiß Mühlburg | 1909 | Rittergut Mühlburg<br>Gut Eichhof<br>Rittergut Modlin |
| 36 | von Hantelmannsches Familienfideikommiß Baborowsko | 1909 | Rittergut Baborowko<br>„ Baborowo |
| 37 | von Bussesches Familienfideikommiß Latkowo | 1909 | Rittergut Latkowo |
| 38 | Pflugsches Familienfideikommiß Brody | 1909 | Rittergut Brody |
| 39 | Scharnweber-Kagelsches Familienfideikommiß Jablonowo | 1910 | Rittergut Jablonowo mit Gut Nowen und Vorwerk Kegelsau |
| 40 | Beymesches Familienfideikommiß Orlowo | 1911 | Rittergut Orlowo |
| 41 | Lehmann-Ritschesches Familienfideikommiß Chelmno | 1911 | Rittergut Chelmno<br>Gut Koschanowo |
| 42 | Familienfideikommiß Lehfelde | 1911 | Rittergut Lehfelde<br>Rustikalstellen Lehfelde Nr. 4<br>Groß Nelke Bl. 20, 52, 55, 90. |

Digitized by Google

| Kreis | Größe ha | Name des Fideikommißbesitzers |
|---|---|---|
| 5 | 6 | 7 |
| Übertrag . . . | 43 241,01,45 | |
| Schrimm | 1 499,52,31 | Eugen von Lehmann-Nitsche auf Nitsche. |
| Kosten | | |
| Jarotschin | 1 926,32,10 | Paul Carst in Eichenried. |
| Strelno | 1 003,55,34 | Walter von Gierke auf Polanowitz. |
| Schwerin a. W. | 1 107,89,49 | Kgl. Landrat Dr. August von Rospatt in Birnbaum. |
| Pleschen | 690,77,71 | Alfred von Frank in Marschew. |
| Hohensalza | 1 493,56,47 | Freiherr von Schlichting, Kgl. Kammerherr auf Wierzbiczany. |
| Strelno | 1 319,36,33 | Oberst a. D. Klaus von Heydebreck auf Markowitz. |
| Koschmin | 4 516,29,75 | Herrmann Prinz zu Stolberg-Wernigerode auf Radenz †. |
| Jarotschin | | |
| Gnesen | 2 484,39,04 | Eduard von Wendorff auf Mühlburg. |
| Samter | 952,96,00 | Otto von Hantelmann in Baborowko. |
| Obornik | | |
| Hohensalza | 482,31,46 | Hugo von Busse auf Latkowo. |
| Neutomischel | 1 488,01,41 | Paul Emil von Pflug auf Brody. |
| Kolmar i. P. | 1 964,15,81 | Walter von Scharnweber-Kagel auf Jablonowo. |
| Hohensalza | 558,72,36 | Fritz Beyme auf Orlowo. |
| Samter | 840,49,33 | Erhard Lehmann-Nitsche auf Thelmna. |
| Bomst | 1 272,02,19 | Ernst Lehfeldt auf Lehfelde. |
| Seitenbetrag . . . | 23 590,37,10 | |

Digitized by Google

| Nr. | Bezeichnung des Fideikommisses | Stiftungsjahr | Bezeichnung der zum Fideikommiß gehörigen Güter |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 43 | Gräflich Hochbergsches Familienfideikommiß Krutsch | 1910/11 | a) Rittergut Krutsch mit Forstgut Wronke,<br>b) Rittergut Czischkowo mit Goray,<br>c) Die bäuerlichen Grundstücke:<br>Klempitz Nr. 6, Czischkowoer Wiesen Nr. 19, Hamrzysko Nr. 3, Krutschhauland Nr. 1 und 7,<br>Biala 5, 10, 20, 88, 131<br>Retschin 90, 112, 131, 147<br>Waldheim 56, 108, 111, 123—126<br>Neuwalden 37<br>Runau 263<br>d) Die Braunkohlenbergwerke:<br>Mathilde IV—XII<br>„ XIII, XXIVa<br>„ XIV—XXII<br>„ XXIIIa und<br>„ XXVa bei Miala<br>„ XXVI und XXVII<br>„ XXVIIIb<br>„ XXIXa und XXXa<br>„ XXXIa und XXXIIa |
| 44 | von Meiensches Familienfideikommiß Meienfelde | 1911 | Rittergut Meienfelde |
| 45 | Fideikommiß Heyersdorf | 1902 | Rittergut Nieder Heyersdorf<br>„ Kabel |
| 46 | Fideikommiß Schwusen, Kreis Glogau | 1902 | Rittergut Attendorf |
| 47 | Familienfideikommiß Laski | 1907 | Rittergut Laski Bl. 1<br>„ „ „ 4<br>(Vorwerk Riedhausen)<br>Vorwerk Strenze (jetzt Hirscheck) |
| 48 | Familienfideikommiß Schweinert | 1903 | Rittergut Schweinert |
| 49 | Fideikommiß Friedrichstein | 1907 | Rittergut Friedrichstein<br>„ Oberhof |

Digitized by Google

| Kreis | Größe ha | Name des Fideikommißbesitzers |
|---|---|---|
| 5 | 6 | 7 |
| Übertrag . . . | 66 831,38,55 | |
| Czarnikau | 11 549,71,48 | Reichsgraf Wilhelm Bolko von Hochberg-Krutsch in Springesee, Kreis Czarnikau. |
| Samter | | |
| Czarnikau | | |
| " | | |
| " | | |
| " | | |
| " | | |
| Filehne | | |
| Samter | | |
| " | | |
| " | | |
| Czarnikau | | |
| Czarnikau | | |
| Czarnikau und Filehne | | |
| Czarnikau | | |
| Filehne | | |
| " | | |
| Czarnikau | | |
| " | | |
| " | | |
| Czarnikau und Filehne | | |
| Schroda | 399,51,80 | Arthur von Meien-Meienfelde. |
| Fraustadt | 765,83,18 | Gilka-Bötzow auf Nieder-Heyersdorf. |
| Fraustadt | 450,09,40 | Gilka-Bötzow auf Schwusen, Kr. Glogau. |
| Kempen | 2 672,41,00 | Geh. Reg.-Rat von Loesch auf Langhelwigsdorf, Kreis Volkenhain (Schlesien). |
| Schwerin a. W. | 2 322,35,25 | Arnold von Schlüter, Kgl. Landstallmeister im Friedrich-Wilhelm-Gestüt bei Neustadt a. d. Dosse. |
| Witkowo | 729,00 | Graf Waldemar von Schwerin auf Bohrau, Kreis Öls. |
| Zusammen . . . | 85 720,30,66 | |

Digitized by Google

# Die Förderung des städtischen Realkredits.

Von Karl Viereck.

Wenn der ganze städtische Grundbesitzerstand der preußischen Monarchie durch den Mangel an Realkredit, namentlich für die über die Grenze der Mündelsicherheit hinausgehenden, sogenannten „zweiten Hypotheken" leidet, und die Sorge noch durch die derzeitige allgemeine Geldknappheit und den übertrieben hohen Zinsfuß gesteigert wird, so kommt noch in den gemischtsprachigen Provinzen Posen und Westpreußen die beunruhigende Erscheinung hinzu, daß der deutsche Grundbesitz in den Städten allmählich, aber ständig zurückweicht, während der polnische Grundbesitz sich ausdehnt. Diese Erscheinung ist zwar noch nicht statistisch erfaßt und in ihren Ursachen noch nicht wissenschaftlich geklärt, aber doch offensichtlich; man kann zugleich beobachten, daß es die wertvolleren, namentlich in den besseren Geschäftsgegenden der Städte belegenen Grundstücke sind, welche in polnische Hände übergehen. Ich habe beispielsweise nachgewiesen, daß in Ostrowo im Jahre 1910 aus polnischer Hand in deutsche 10 Grundstücke im Werte von 126 925 ℳ, umgekehrt aus deutscher in polnische Hand ebensoviele Grundstücke im Werte von 409 900 ℳ übergegangen sind, im Jahre 1911 an die Deutschen 6 Grundstücke im Werte von 185 000 ℳ, an die Polen 8 Grundstücke im Werte von 538 500 ℳ. Es sind besonders die Geschäftshäuser, auf welche sich die polnische Erwerbslust richtet. Und darum ist nicht zu leugnen, daß der Rückgang des deutschen Grundbesitzes im Zusammenhange steht mit der Verringerung der Zahl der deutschen selbständigen Gewerbetreibenden zugunsten der Polen. Daß der deutsche Gewerbestand durch den polnischen numerisch zurückgedrängt wird, ist durch Dr. Swart [1]) statistisch bewiesen und wird von Cardinal v. Widdern für Westpreußen durch eine Reihe von Berichten im einzelnen beleuchtet, übrigens auch von Prof. Mitscherlich zugegeben. Die vom Abgeordnetenhause in der vorletzten Session auf meinen Antrag geforderte „Denkschrift" über die Ursachen des Rückganges des städtischen Grundbesitzes und Gewerbestandes ist, wenngleich man von Ermittlungen hört, noch nicht vorgelegt worden. Es ist eine dringende Aufgabe, diese Ursachen wissenschaftlich auf statistischer Grundlage zu erforschen und sie durch eine konzentrische und starke Aktion zu beseitigen. Die Staatsregierung hat es bisher, indem sie die innere Kolonisation und die Besitzbefestigung auf dem Lande mit erfreulichem Erfolge gefördert hat, an einer gleichartigen zielbewußten Tätigkeit in den Städten fehlen lassen. Es soll nicht verkannt werden, daß sie für die wirtschaftliche Verkehrserschließung und Belebung und für die geistige Anregung mit reichen Mitteln gesorgt hat. Aber sie hat es doch

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung usw. Jahrgang 1912, S. 821 ff.

Digitized by Google

nicht erzielt, daß der deutsche Gewerbestand dem polnischen Vordringen Stand zu halten vermag. Die Städte können und dürfen nicht preisgegeben werden; wenn in ihnen das Deutschtum nicht seßhaft und kräftig gehalten wird, so bleibt die ländliche Kolonisation und Besitzbefestigung eine halbe Maßregel, die die von den Städten ausgehende polnische Aktionskraft nicht ausgleicht. Es bedarf vollster Klärung und einer alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens erfassenden einheitlichen Tätigkeit, um dem Übel die Wurzeln abzugraben und den deutschen Grundbesitz und Gewerbestand zu stärken.

Der Gegner ist im Kampfe erstarkt. „Die Kraft erzieht sich an der Gegenkraft." Die polnische Bevölkerung hat an Intelligenz und Wirtschaftlichkeit zugenommen, ist sparsam, genügsam und fleißig, hat einen gewerbetreibenden Mittelstand erzeugt und sich zu einem hochentwickelten Genossenschaftswesen zusammengeschlossen. Dazu kommt die wirtschaftliche Absonderung, die zum nationalpolitischen Boykott der deutschen Gewerbetreibenden ausgeartet ist, den polnischen Gewerbetreibenden aber eine feste Kundschaft sichert.

Dieser rücksichtslos vorwärtsdrängenden Kraft gegenüber muß die Widerstandskraft des deutschen städtischen Grundbesitzer- und Gewerbestandes gestärkt werden. Nicht als ob dieser die Hände in den Schoß legen und sich nur auf die preußische Staatsregierung verlassen dürfte; er selbst muß die Schwächen, die ihm anhaften, zu überwinden suchen. Die deutsche Allgemeinheit aber muß ihm nicht nur den Rücken stärken, sondern auch das Rüstzeug in die Hand geben, das ihn zur Verteidigung wehrhaft und kräftig macht.

Die Richtlinien für diese Hilfe mögen in einem Beschlusse gegeben sein, den das Abgeordnetenhaus auf meinen Antrag am 22. April 1913 gefaßt hat, und der lautet:

> die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, in den überwiegend polnischen Teilen der östlichen Provinzen den deutschen Handels- und Gewerbestand, namentlich in den Kleinstädten, wirtschaftlich zu stärken, insbesondere durch
>
> 1. beschleunigte Besiedlung der Umgebung der Städte mit deutschen Bauern und Arbeitern,
> 2. Förderung des Realkredits auch über die Grenze der Mündelsicherheit hinaus,
> 3. bessere Ausbildung der Gewerbetreibenden in den Fachkenntnissen, in der Berechnung und in der Buchführung,
> 4. Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens unter Ermöglichung des Anschlusses vereinzelter Gewerbetreibenden,
> 5. Förderung der Seßhaftmachung von Gewerbetreibenden in eigenen Wohnhäusern.

Ehe ich auf den zweiten Punkt, der den Hauptgegenstand dieses Aufsatzes bilden soll, eingehe, möchte ich nur kurz zur Erläuterung des Beschlusses einige Bemerkungen machen:

Digitized by Google

Was Punkt 1 betrifft, so ist es eine politische Streitfrage, ob die innere Kolonisation mit deutschen Bauern auf die Städte nachteilig gewirkt hat. Die Gegner der Ansiedlungspolitik behaupten, daß durch diese die Polen in die Städte gedrängt würden, und daß sie dort mit den reichlichen Kaufgeldern für ihre an die Ansiedlungskommission verkauften Güter den polnischen Gewerbestand stärken. Die letztere Behauptung ist zweifellos nicht nachweisbar, in neuerer Zeit auch schon deshalb belanglos, weil leider recht wenig Güter aus polnischer Hand erworben werden können. Aber auch die erstere Behauptung hat nur ein Körnchen Wahrheit; denn an dem Beispiele der Stadt Gnesen hat Vosberg (Ansiedlungspolitik und Städteentwicklung) nachgewiesen, daß nur ein geringer Bruchteil (in Gnesen 6 %) der zugewanderten polnischen Bevölkerung aus Ansiedlungsgütern stammt. Ich halte es mit der von der Staatsregierung vertretenen und vom bisherigen Präsidenten Gramsch in die Praxis übertragenen Auffassung, daß eine kaufkräftige deutsche Bauernschaft den deutschen Handels- und Gewerbebetrieb in den Städten belebt und kräftigt, und daß es deshalb für die Stärkung des deutschen Handels und Gewerbes kein besseres und wirksameres Mittel gibt als die Umkränzung der Städte mit Ansiedlern. Der Beschluß zu 1 schließt sich dieser Auffassung an.

Der Beschluß zu 5 will die Selbständigkeit und Seßhaftigkeit der Gewerbetreibenden durch Ansässigmachung auf eigner Scholle fördern; hierzu wird es der Tätigkeit von Genossenschaften bedürfen.

Die Forderungen zu 3 und 4 wollen die bessere Ausbildung und den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Gewerbetreibenden fördern; hier muß die Tätigkeit des Handelsministers einsetzen. Ich streife diese Forderungen nur kurz, um das Gesamtbild der erstrebten Aktion vor Augen zu führen.

Die wichtigste und schwierigste Aufgabe aber ist die unter 2 angedeutete: Förderung des Realkredits auch über die Grenze der Mündelsicherheit hinaus.

Denn gerade am Mangel an Realkredit kranken die deutschen städtischen Grundbesitzer. Eine gesetzlich geordnete Organisation, wie sie für den ländlichen Grundbesitz in den „Landschaften" besteht, fehlte bisher — abgesehen von der Pfandbriefanstalt in Danzig — in Posen und Westpreußen für den städtischen Realkredit. Die Hypothekenbanken arbeiten nur mit größeren Objekten und deshalb nur in Städten mit größeren Grundstückswerten; sie meiden aber auch die Kleinstädte, weil sie dorthin ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand ihr Vertrauensmännersystem nicht ausdehnen können, und weil dort die Nachfrage nach Grundstücken geringer und deshalb die Aussicht auf Herausbietung ihrer Hypotheken im Falle der Zwangsversteigerung durch Kaufliebhaber schwächer ist. Für die ersten Hypotheken mag ein Teil der kreditbedürftigen Grundbesitzer aus den öffentlichen Sparkassen der Kreise und der Städte Kapitalien erlangen können, die bei pünktlicher Zinszahlung nicht gekündigt werden; aber bei der Unzulänglichkeit der Barmittel dieser Kassen doch nur in beschränktem Maße. Darum ist es mit großer Freude zu begrüßen, daß die vor mehreren

Digitized by Google

Jahren in Posen als gemeinnütziges Institut für die Provinzen Posen und Westpreußen mit einem Grundkapital von 1 Million Mark errichtete „Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen" ihre segensreiche Tätigkeit rührig entfaltet und durch den letzten Staatshaushaltsetat eine staatliche Beihilfe von einer Million Mark mit der Aussicht auf weitere 4 Millionen erhalten hat. Die deutsche Pfandbriefanstalt will laut Satzung unter Ausschluß des Erwerbszwecks den Realkredit für städtischen Grundbesitz in den Provinzen Posen und Westpreußen vermitteln und erleichtern. Sie beleiht städtische Grundstücke bis zu 50 % des Taxwertes. Sie verschafft sich die Betriebsmittel zu den weiteren Beleihungen durch die Ausgabe von Pfandbriefen, die aber statutengemäß den Gesamtbetrag der Hypotheken nicht und den zehnfachen Betrag des Grundkapitals sowie die Reservefonds nur mit Genehmigung des Ministers übersteigen dürfen. Beleihungsfähig sind solche Grundstücke städtischen Charakters, deren Eigentümer Deutsche sind, auch wenn die Grundstücke nicht in einem Orte liegen, der kommunalrechtlich als Stadt gilt, sowie Erbbaurechte. Eine Besitzbefestigung für das Deutschtum, wie sie bei den ländlichen Rentengütern durch Eintragung eines Wiederkaufsrechts erfolgen kann, läßt sich mit diesen städtischen Beleihungen nicht verbinden, da das Gesetz dies nicht zuläßt. Dagegen wird der Übergang eines beliehenen Grundstückes in polnische Hand durch die Vereinbarung erschwert, daß in diesem Falle das Kapital sofort kündbar wird, daß der Anteil am Reservefonds verloren geht, und daß in den ersten 20 Jahren ¼ % für jedes abgelaufene Jahr nachgefordert werden kann. Nach einer Dotierung der Bank mit 6 Millionen Mark wird sie dauernd ihren Zwecken gerecht werden können. Die Bank beleiht vorzugsweise kleine Objekte. — Man kann gern anerkennen, daß für die Beleihung bis zu 50 % des Taxwertes durch dieses Institut ausreichend gesorgt und zugleich der Besitz in deutscher Hand einigermaßen gesichert wird.

Aber über diese Wertgrenze hinaus fehlt es an gleichartigen leistungsfähigen Einrichtungen. Gerade aber für diesen Kredit, die sogenannten „zweiten Hypotheken", in den Wertgrenzen von mehr als 50 bis 75 % ist ein dringendes Bedürfnis vorhanden. Denn nur ein ganz geringer Teil von Grundstückserwerbern ist kapitalkräftig genug, um die Hälfte des Preises bar erlegen zu können. Klagt man schon in größeren Städten, wo doch ungleich mehr Kapitalien auf den Markt kommen, über die Schwierigkeit der Erlangung zweiter Hypotheken und noch mehr über die hohen Zinsen und Provisionen, welche für sie zu entrichten sind, so ist der Geldmarkt für zweite Hypotheken in den kleinen Städten, namentlich in den gemischtsprachigen Gegenden, noch viel knapper. In wissenschaftlichen Erörterungen, in parlamentarischen Verhandlungen und besonders in Schriften und Versammlungen der Haus- und Grundbesitzervereine wird über die Möglichkeit der organisierten Beschaffung der Geldmittel und Beleihung mit zweiten Hypotheken seit Jahren gründlich beraten. Die Lösung des Problems ist aber außerordentlich schwierig. Das große Kapital, das heute schon für erstklassige Sicherheiten und gegen höhere Gewinnbeteiligungen begehrt ist, wird zu den im Range nachstehenden

Digitized by Google

und bei der Unsicherheit der Werte in kritischen Zeiten immerhin nicht ungefährdeten zweiten Sicherheiten nicht zuströmen, wenn nicht einwandsfreie Bürgschaften geschaffen werden.

Die erste Grundbedingung würde die zuverlässige Feststellung der Werte sein, die heute, wenn sie nach Feuertaxe und Nutzungen berechnet wird, eine leidliche Grundlage hat, bei Schätzungen aber, auch wenn sie gerichtlich beurkundet werden, durchaus von der Sachkunde und der Gewissenhaftigkeit privater Sachverständiger abhängt, und die im ganzen im Publikum nicht dasjenige Vertrauen hat, das die landschaftlichen Taxen ländlicher Grundstücke nach jahrzehntelanger Erprobung unzweifelhaft besitzen. Öffentliche Taxämter, die nach festen Grundsätzen und Richtlinien arbeiten und mit erprobten, eingearbeiteten und unabhängigen Sachverständigen besetzt werden, müssen die Grundlagen auch für den städtischen Realkredit schaffen. Die Staatsregierung ist diesem Gedanken jetzt näher getreten und wird voraussichtlich in der nächsten Landtagssession einen Gesetzentwurf über öffentliche Schätzungsämter einbringen.

Sodann werden Organisationen zu schaffen sein, die den Realkredit vermitteln, das Kapital beschaffen und ausleihen und für die Zinszahlung und Rückzahlung seitens der Darlehnsempfänger sowie für die Befriedigung der Geldgeber Sorge tragen. Damit ihre Handhabung das öffentliche Vertrauen genieße, wird sie der behördlichen Aufsicht zu unterstellen sein.

Das sind die formellen Voraussetzungen für die Ordnung der Beleihung mit zweiten Hypotheken. Aber für die materielle Sicherheit wird den Kapitalisten immer noch das Vertrauen fehlen. Mit einem Schlage würde die Frage gelöst werden, wenn allgemein der Staat für die Pfandbriefe die Bürgschaft übernähme. Das würde natürlich voraussetzen, daß das Aufsichtsrecht des Staates so umfassend gestaltet und so eingehend ausgeübt würde, daß dem Staate gegen jede ihm zweifelhaft erscheinende Beleihung ein Vetorecht zustände — eine Ausdehnung, die in der Praxis Unzufriedenheit auslösen und lähmend wirken würde. Aber auch bei dieser Art des Aufsichtsrechts würde das Staatsvermögen durch die Haftung so schwer belastet werden, daß ohne zwingende Gründe, die in besonderen Verhältnissen liegen müßten, weder die Staatsregierung noch das Parlament diese Belastung würden verantworten können.

Anders liegt die Sache im allgemeinen bei den Kommunalverbänden, in denen die Verhältnisse sich leichter übersehen lassen. In der Tat haben bereits einige Kommunalverbände es unternommen, Hypothekenbanken für zweite Hypotheken ins Leben zu rufen. In Kattowitz und Tarnowitz haben die Kreise Kreisbaubanken begründet und fundiert, um Grundstücke, die bebaut werden sollen, über die Grenze der Mündelsicherheit hinaus mit Hypotheken zu beleihen und dadurch die Seßhaftmachung zu fördern. Für diesen besonderen Zweck werden die Mittel der Kreise ersprießlich wirken können, ohne daß ihre Finanzkraft übermäßig in Anspruch genommen wird. Ferner haben einzelne Städte Mittel be-

Digitized by Google

willigt, die zur Beleihung städtischer Grundstücke mit zweiten Hypotheken verwendet werden sollen. Typisch ist hierfür das Verfahren der Stadt Neukölln, die zunächst eine Hypothekenbank errichtet hat, aus der Darlehen bis zu 60 % der Taxe ausgegeben werden, sodann aber aus bestimmten städtischen Sammelfonds zweite Hypotheken bis zu 75 oder 80 % gewährt. Letztere werden mit 5 % verzinst; ½ % dieser Zinsen und die Abschlußprovision von 1 % fließen in einen Sicherheitsfonds. Die Bildung desselben beruht auf der Erwägung, daß derjenige Zinsteil, der für die zweite Hypothek wegen des schlechteren Ranges mehr gezahlt wird als für die erste, eigentlich eine Risikoprämie für das Zurückrücken darstelle. Die Richtigkeit dieses Gesichtspunktes leuchtet ein. Der Reservefonds wird die Verlustgefahr der Stadt wesentlich abfangen. — Auf eine breitere Basis suchen Bestrebungen des Bürgermeisters Heuser in Myslowitz zu gelangen, der die Errichtung einer „Oberschlesischen Kommunal-Hypotheken- und Baubank" durch einen Zweckverband der Städte Beuthen O.-S., Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte, Myslowitz, Ratibor, Tarnowitz und der Landgemeinde Zabrze in Vorschlag bringt. Diese geplante Bank soll sowohl erststellige, seitens der Bank unkündbare Amortisations-Darlehne bis zu 65 % des Wertes, wie weitere Hypotheken bis zu 75 % des Wertes gegen halbjährliche Kündigung und endlich auch Baudarlehne gewähren und die Überschüsse in erster Reihe zur Bildung eines Sicherheitsvermögens und zur Tilgung der Schuldverschreibungen oder auch zur Ansammlung eines Tilgungsstockes verwenden. Bei Verlusten sollen zuerst das Sicherheitsvermögen und im übrigen die Verbandsmitglieder nach Verhältnis der Einwohnerzahl haften. Der Vorschlag ist wegen der Konstruktion der Verwaltungsorgane — auf die ich hier nicht näher eingehen kann — bemängelt, stößt aber auch wegen der Unabsehbarkeit der Haftung der Kommunalverbände für zum Teil fremde Interessen auf Widerspruch und dürfte kaum auf Realisierung rechnen können.

Mag nun aber eine Stadtgemeinde oder ein Zweckverband von Gemeinden oder ein Kreis oder gar die Provinz in anderen Gegenden als geeigneter Träger der Haftung und somit als geeignete Grundlage der Organisation der Hypothekenbeleihung angesehen werden. In den gemischtsprachigen Provinzen Posen und Westpreußen, namentlich in überwiegend polnischen Städten, ist die Kommunalhaftung für die Zwecke der Unterstützung nur des deutschen Grundbesitzes nicht möglich. Denn man wird nicht den Kredit der Städte einseitig nur für einen Teil der Grundbesitzer unter Ausschluß anderer, gleichberechtigter anspannen können; selbst da, wo deutsche Stadtvertreter die Mehrheit bilden, würde eine solche Maßnahme auf Widerspruch stoßen; sie würde die schwersten nationalpolitischen Kämpfe in die Städte tragen, die ohnehin durch den vorhandenen Gegensatz schon genug zu leiden haben. Ebensowenig ist sie bei größeren Kommunalverbänden möglich. Dieser Weg ist hier nicht gangbar.

Dagegen wird man nicht davor zurückscheuen dürfen, für den gefährdeten deutschen Grundbesitz in den Städten der gemischtsprachigen Provinzen die Hilfe des Staates — wie bei der

Digitized by Google

ländlichen Besitzbefestigung — in Anspruch zu nehmen, da der zwingende Grund des Schutzes nationaler Interessen in einem beschränkten Gebiete vorliegt. Doch nicht soweit, daß etwa der Staat allein und unmittelbar die Haftung übernähme. Ein solches volles Risiko kann dem Staate selbst bei dringenden nationalen Interessen nicht zugemutet werden. Vielmehr wird eine Einrichtung zu schaffen sein, welche die Haftung in erster Reihe den Beteiligten auferlegt und den Staat nur in zweiter Reihe heranzieht.

Diese Einrichtung muß auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit beruhen. Es läge nahe, das Verfahren nachzuahmen, welches von der Deutschen Mittelstandskasse in Posen und der Deutschen Bauernbank in Danzig bei der Besitzbefestigung angewandt wird. Diese Banken vermitteln, wie vorausgeschickt sein mag, bei der Regulierung der Hypotheken in erster Reihe vielfach ein Landschaftsdarlehen, sodann aber jedesmal ein aus staatlichen Mitteln gewährtes Darlehen gegen Eintragung einer Amortisationsrente; für die minder sicheren Jahresleistungen aber übernimmt die örtliche Spar- und Darlehnskasse die Bürgschaft; die Höhe derselben wird von der Kasse selbst bestimmt, da von ihr die Beleihungsgrenze mit festgestellt wird. Diese Bürgschaft fällt unter das Prinzip der Gegenseitigkeit, weil man davon ausgehen darf, daß die Beliehenen im großen und ganzen mit den Mitgliedern der Spar- und Darlehnskassen identisch sind. Diese Bürgschaftsmethode hat bisher zu Mißständen nicht geführt und hat den Staat schadlos gehalten. Indessen wird sich diese Methode auf die Städte kaum übertragen lassen. In diesen ist ein großer Teil der Mitglieder der Spar- und Darlehnskassen oder sonstiger Kreditgenossenschaften mit Grundbesitz nicht angesessen; andererseits werden sich die Grundbesitzer kaum zu einer solchen Genossenschaft vereinigen lassen, weil ihre gewerblichen und sonstigen persönlichen Kreditbedürfnisse allzu verschieden sind.

Man wird vielmehr einen besonderen **Kreditverband** der mit Hypotheken Beliehenen schaffen müssen. Für die ersten Hypotheken bis zu 50% des Wertes ist die Analogie mit den landschaftlichen Kreditverbänden bereits in der Deutschen Pfandbriefanstalt zutage getreten, in welcher die Beliehenen auch Mitglieder sein müssen und — wie bei den Landschaften — auch an der Haftung beteiligt sind. Im Anschluß hieran, vielleicht unter Personalunion mit dieser Anstalt, wird ein **besonderer Kreditverband der mit Hypotheken im Grundstückswerte von mehr als 50 bis 75% Beliehenen** zu errichten sein. Eine wertvolle Vorarbeit für die Organisation dieses Verbandes kann man in dem „Satzungsentwurf eines Pfandbriefinstituts für zweite Hypotheken" finden, den der preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine im Jahre 1912 im Heft 72 seiner „Mitteilungen" veröffentlicht hat. Dieser Vorschlag macht sich die Erfahrungen, die man bisher bei gleichartigen Instituten gemacht zu haben meint, zunutze. Die Sicherheit der Pfandbriefsgläubiger — für unsern Zweck ist dieser Gesichtspunkt der wichtigste und hier allein zu erörtern — soll bestehen in der Haftung des Instituts:

Digitized by Google

1. mit seinem ganzen Vermögen, insbesondere mit den als Unterlage für die Schuldverschreibungen dienenden Hypothekenforderungen und mit der Sicherheitsmasse, die aus Beiträgen der Beliehenen zu bilden ist,
2. mit den Forderungen an die Zeichner des Garantiefonds und ferner in der Haftung jedes Mitgliedes in Höhe von 10 % seines ursprünglichen Schuldkapitals mit seinem ganzen Vermögen.

Die Schaffung einer Garantiemasse ist noch nicht vorgesehen; sie wird aber für dieses — für die Provinz Brandenburg bestimmte — Institut bis zur Höhe von 1 Million Mark durch Beteiligung der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg erstrebt. Vielleicht liegt in der Haftung der Mitglieder bis zu 10 % des ursprünglichen Zinskapitals mit dem ganzen Vermögen eine Hemmung der künftigen Entwicklung; denn vor einer Haftung für andere mit dem eigenen Vermögen, wenn auch nur in begrenzter Höhe, wird mancher solvente Grundstücksbesitzer, der nur Hypothekenkredit sucht, zurückscheuen. Wenngleich nicht zu verkennen ist, daß diese Haftung für das Vertrauen der Kapitalisten und die Bewertung der Pfandbriefe nicht unerheblich sein würde, würde doch durch die Scheu der Kreditsucher vor der Haftung die erwünschte Ausdehnung der befruchtenden Tätigkeit des Instituts leiden. Vielleicht kommt man mit der Methode von Neukölln aus, welche durch die Zurücklegung von ½ % der Zinsen und die Abschlußprovision von 1 % einen Sicherheitsfonds bildet. Wenn dieser bis zu angemessener Höhe angesammelt wird, kann er den Ansprüchen der Kapitalisten an die Sicherheit genügen. Es ist allerdings bei Beginn der Geschäftstätigkeit noch kein Fonds vorhanden, welcher das Hergeben der ersten Kapitalien empfehlen könnte. Hier aber ist der Punkt, bei dem die Staatshilfe in den gefährdeten Provinzen einsetzen könnte. Möge der Staat vorschußweise Kapitalien hergeben, die den Sicherheitsfonds bilden. Wenn dieser dann durch Zinsbeiträge der Beliehenen allmählich aufgefüllt wird, bis er das für erforderlich zu erachtende Höchstmaß erreicht, so wird damit die Gefahr des Staates, mit dem Sicherheitsfonds für Verluste eintreten zu müssen, sich in gleichem Schritte verringern, schließlich kaum noch Bedeutung haben. Außer diesem Vorschuß zum Sicherheitsfonds wird der Staat auch das erste Betriebskapital gewähren müssen.

Nun wird sich in den Provinzen Posen und Westpreußen die Organisation des Realkredits für zweite Hypotheken wesentlich erleichtern, wenn sie an bereits bestehende Einrichtungen angeknüpft wird. Die Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen ist für diesen Zweck unmittelbar nicht geeignet, da ihre Tätigkeit, wenn nicht der Wert ihrer Pfandbriefe erschüttert werden soll, in klarer Scheidung auf die Beleihung innerhalb der Beleihungsgrenze bis zu 50 % des Wertes beschränkt bleiben muß. Ein Versuch, die Grenze auf 60 % zu erweitern, ist an der Schwierigkeit, die Pfandbriefe abzusetzen, gescheitert. Es kommen aber zwei Anstalten in Frage:

1. Die Ostmärkische Grundstückserwerbsgenossenschaft, E. G. m. b. H. in Berlin, die sich u. a. die Beleihung mit zweiten Hypotheken zur Aufgabe macht, aber bei ihren beschränkten Mitteln nur in geringem Umfange hat helfen können,



Digitized by Google

2. Die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer der Provinzen Posen und Westpreußen in Posen, die sich aber zur Zeit auf die Erschließung des Festungsgeländes um Posen beschränkt.

Es ist zu prüfen, ob und wie diese Anstalten auszugestalten, vielleicht auch zu verschmelzen und mit der Deutschen Pfandbriefanstalt, wenn auch nicht organisch, so doch durch persönliche Mitwirkung der Leiter dieser Anstalt, und durch das Nachrücken der zweiten Hypotheken in die amortisierten Teile des ersten Pfandbriefdarlehens in Verbindung zu setzen sein werden. Die Ausgestaltung im einzelnen muß natürlich einer eingehenden Erwägung und Behandlung vorbehalten bleiben.

Die Aussichten auf organisatorische und finanzielle Hilfe des Staates sind zur Zeit nicht ungünstig. Als die Frage des Realkredits an der Hand meines obenerwähnten Antrages am 14. April 1913 im Haushaltsausschusse des Abgeordnetenhauses behandelt wurde, gab der Landwirtschaftsminister eine bemerkenswerte Erklärung ab, in der er sich über die hypothekarischen Kreditverhältnisse im allgemeinen aussprach, besonders amortisierbare Hypotheken empfahl, und über die Pläne in den Provinzen Posen und Westpreußen folgendes mitteilte:

Augenblicklich schwebten Verhandlungen, ob ein weiterer Ausbau der Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer der Provinzen Posen und Westpreußen in Posen (welche in erster Linie die Aufgabe der Beleihung des ehemaligen Posener Festungsgeländes bis zu 75 % übernommen habe) den tatsächlich bestehenden Bedürfnissen nach Beschaffung zweitstelliger Hypotheken abzuhelfen geeignet sei; er habe sich in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern bereit erklärt, nach dieser Richtung hin in weitere Verhandlungen einzutreten. Über das Ergebnis der Verhandlungen ließen sich Mitteilungen noch nicht machen. Wenn in Frage kommen sollte, daß auch für diese Zwecke größere Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, so sei es zweifellos, daß auch diese Staatsmittel ein großes Risiko eingingen, und daß es deswegen vielleicht doch zweckmäßiger sein würde, dem Gedanken des Antragstellers näher zu treten und einen Kreditverband der beteiligten Geldbedürftigen selbst zu bilden.

Bei den Landschaften sei das leichter gewesen, weil man es da mit bestimmten und größtenteils größeren Gutsbesitzern zu tun habe. Schwieriger liege natürlich die Sache bei dem städtischen Grundbesitz, bei dem häufig ein Wechsel im Besitzer eintrete, mit Rücksicht auf den größeren oder geringeren Wert der einzelnen Grundstücke und der sich infolgedessen ergebenden Schwierigkeit, diese verschiedenwertigen Grundstücke in einer Beleihungsgesellschaft zu vereinigen. Nach dieser Richtung würden jedenfalls noch eingehende und schwierige Verhandlungen zu führen sein.

Der Vertreter des Finanzministeriums trat diesen Ausführungen bei; der Finanzminister bringe der Entwicklung der Dinge ein lebhaftes Interesse entgegen; die Schaffung geeigneter Träger bilde den Gegenstand kommissarischer Verhandlungen.

Möge eine glückliche Lösung bald gefunden werden!

Digitized by Google

# Die Aufgaben des Staates im zweitstelligen Realkredit zu Gunsten des Deutschtums der ostmärkischen Städte.

Von Oskar Stübben.

## A. Notwendigkeit der staatlichen Aktion.

Eine organisierte staatliche Aktion für das städtische Deutschtum der Provinzen Posen und Westpreußen ist bisher nur im mündelsicheren Realkredit vorhanden. Die Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen gewährt ihn. Das staatliche Grundkapital des Instituts beträgt heute 2 000 000 ℳ. Es ist dankbar zu begrüßen, daß der Finanzminister die weitere Vermehrung um 4 000 000 ℳ zugesagt hat. Die Deutsche Pfandbriefanstalt verschafft sich die Beleihungsmittel im Pfandbriefgeschäft, das sich auf Preußen sowie die mittel- und norddeutschen Bundesstaaten erstreckt. Die Hypotheken werden auf städtische Hausgrundstücke in Posen und Westpreußen gewährt. Sie übersteigen nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit 15 000 000 ℳ. Abgesehen von der nationalen Sicherung liegt ein Hauptvorzug der Tätigkeit der Deutschen Pfandbriefanstalt darin, daß sie die Mittel, die sie im Pfandbriefgeschäft vom Privatkapital hereinzieht, in eine große Zahl kleiner Kanäle im Beleihungsgeschäft zugunsten des städtischen Deutschtums im unkündbaren Amortisationskredit ableitet. Die Beleihungen verteilen sich heute schon auf 125 Städte der beiden Provinzen. Es erhellt, daß die mit der Deutschen Pfandbriefanstalt geschaffene neue Kreditquelle, die in steigendem Maße Privatgeld den beiden Provinzen zuführt, nicht unerheblich zur Hebung des städtischen Deutschtums beitragen muß. Die Beleihungen entfallen in der großen Mehrzahl auf Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute.

Es liegt aber auf der flachen Hand, daß die nationalpolitischen Aufgaben des Staates für das städtische Deutschtum nicht mit der Förderung dieses erststelligen Kredits erschöpft sind.

Die Aufwendungen des Staates für organisierte ländliche Deutschtumszwecke (Ansiedlung und Besitzfestigung) belaufen sich einschließlich der diesjährigen Gesetzesbewilligung auf rund eine Milliarde ohne Einrechnung der dem Staat seit 1886 erwachsenen Zinsverluste. Auf das ländliche Deutschtum der Provinzen Posen und Westpreußen entfielen 1910 1 415 000 Köpfe, auf das städtische Deutschtum 790 000 Köpfe. Während die Einwohnerzahl der Deutschen in Stadt und Land sich wie 1:2 verhält, betragen die organisierten nationalwirtschaftlichen Aufwendungen des Staates für den ländlichen Boden das hundertsechzigfache der Aufwendungen für den städtischen Boden der Ostmark.



Digitized by Google

Der Kenner der Verhältnisse kann keinen Zweifel darüber hegen, daß der Schwerpunkt der staatlichen Ostmarkenpolitik in der Ansiedlungstätigkeit ruhen muß, wenn anders die nationale Frage einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden soll.

Es dürfte aber ebensowenig zweifelhaft sein, daß die Besitzfestigung des soliden deutschen Handwerkers und Gewerbetreibenden, der über einen genügenden Kundenkreis verfügt, in den Städten, insbesondere in den Mittel- und Kleinstädten, ebenso wichtig ist, wie die Besitzfestigung des Bauern. Der Einfluß der Ansiedlungspolitik auf die Städte in wirtschaftlicher Hinsicht ist unbestreitbar. Dies zeigt sich unter anderem im Bevölkerungszuwachs. Jedoch ist nicht zu verkennen, daß an ihm in den Ansiedlungsstädten das polnische Element nach den letzten Zählungsergebnissen in größerem Maße als das deutsche beteiligt ist. Als typische Ansiedlungsstädte werden in der Denkschrift „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit" (1886—1906) die Orte Schönsee, Briesen, Gnesen, Janowitz, Mogilno, Wreschen, Wongrowitz aufgeführt. An der Hand der Statistik von 1885 bis 1905 werden in der genannten Denkschrift die Vorteile für das Deutschtum der genannten Städte dargestellt. Es ist interessant, die weitere Entwicklung der Bevölkerungsziffer dieser Städte für die Jahre 1905 bis 1910 zu verfolgen.

Es betrug die Zahl:

| der Einwohner | | der Polen | |
|---|---|---|---|
| 1905 | 1910 | 1905 | 1910 |
| 52 822 | 57 936 | 32 032 | 35 374 |

Der polnische Bevölkerungsteil nahm um 10,43 Prozent, der deutsche um 8,5 Prozent zu. Nach den absoluten Zahlen berechnet entfallen von dem Bevölkerungszuwachs auf das Polentum 65,3 Prozent, auf das Deutschtums 34,7 Prozent.

Die in der Denkschrift genannten acht Beispiele von Nichtansiedlungsstädten zeigen nach der Statistik der Jahre 1905 bis 1910 in der Gesamtziffer des Bevölkerungszuwachses lediglich eine Zunahme des Polentums, während das Deutschtum zurückgegangen ist. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, daß verschiedene Städte, die in den Jahren 1905 bis 1910 Nichtansiedlungsstädte waren, so Adelnau, Schubin und Schwetz, bessere Ergebnisse in dem Bevölkerungszuwachs für das Deutschtum aufweisen als die Ansiedlungsstädte. Es würde unrichtig sein, daraus eine Folge gegen den günstigen Einfluß der Ansiedlungstätigkeit auf das städtische Deutschtum herzuleiten.

Aber in dem hier ausschlaggebenden Punkte reden die Bevölkerungsziffern der in der Denkschrift genannten Ansiedlungs- und Nichtansiedlungsstädte für die Jahre 1905 bis 1910 eine klare Sprache. Die Polonisierung ist fast auf der ganzen Linie fortgeschritten. Wenn anders der Staat dieser

Digitized by Google

wachsenden Gefahr genügend begegnen will, muß die staatliche nationalwirtschaftliche Arbeit in den Städten selbst tatkräftig einsetzen. Die Ergänzung der staatlichen Wirtschaftsfürsorge auf dem Lande durch staatliche Wirtschaftsfürsorge in den Städten tut dringend not. Sie ist um so mehr erforderlich, als ein Vierteljahrhundert hindurch, abgesehen von dem erststelligen Realkredit an unmittelbaren staatlichen Maßnahmen fast nichts geschehen ist.

Der Schwerpunkt staatlicher Wirtschaftsfürsorge in den Städten muß in der Erhaltung des seßhaften Deutschtums und in der Seßhaftmachung vorhandener Deutscher liegen, die keine eigene Scholle haben. Der deutsche Gewerbetreibende, der im eigenen Hause seinem Gewerbe nachgeht, ist heute in Gefahr, dieses zu verlieren, wenn ihm die zweite Stelle gekündigt wird. Während die polnischen Volksbanken in den Städten überall als Geldgeber zur zweiten Stelle auftauchen, fehlt es an deutschen geldgebenden Stellen für diesen Zweck durchaus. Wandert die zweite Hypothek in polnische Hand, so ist der Deutsche dem Polentum preisgegeben. Soweit der Gewerbetreibende innerhalb der zweiten Stelle eigenes Geld im Hause investiert hat, werden bei Organisierung des zweitstelligen Kredits die eigenen Mittel in entsprechendem Maße frei. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird gestärkt.

Traurig ist es mit der Seßhaftmachung vorhandener Deutscher in den Städten bestellt. Dem Ansiedlersohn, der im Handwerk oder Gewerbe sich eine Brotstelle in der nahen Stadt schaffen will, hilft, abgesehen von der Beleihung zur ersten Werthälfte, keine Organisation, um ihm den Erwerb eines Grundstücks und den Aufbau eines Hauses zu erleichtern [1]).

Der deutsche Handwerker, der in gemieteten Räumen sein Handwerk betreibt, hängt in seiner Existenz vielfach vom Willen des Hausbesitzers dahin ab, ob ihm geeignete Räume in geeigneter Lage verbleiben. Bei Übergang des Grundstücks in polnische Hand wird Wohnung und Werkstatt gekündigt.

Der Erwerb eines Grundstücks aus polnischer Hand wird in der kleinen Stadt, so wie die Dinge heute liegen, fast zur Unmöglichkeit. Während dem Polen, der ein deutsches Grundstück erwerben will, die polnischen Banken weitgehend helfen, findet der Deutsche, der ein polnisches Grundstück erwerben möchte, keine Unterstützung. Die polnische Bank zieht ihr letztstelliges Geld von solchem Grundstücke zurück, falls es in deutsche Hand übergeht, bringt, wenn möglich, das Haus zur Subhastation und den Erwerber zum Ruin. Diese Dinge pfeifen in den kleinen Städten die Spatzen von den Dächern. Und während vor den Toren solcher Landstädte der Staat mit allen Mitteln und mit seinem Gelde Stelle um Stelle dafür

[1]) Der Ostmarkenverein, die ostmärkische Grundstückserwerbsgenossenschaft und und einzelne Kleinsiedlungsgenossenschaften gehen segensreich im Einzelfall vor. Aber ohne organisierten zweitstelligen Realkredit gleicht die Arbeit dem Tropfen auf einen heißen Steine.

Digitized by Google

kämpft und eintritt und sich einsetzt, daß deutscher Besitz erhalten bleibt und daß, wenn irgend möglich, polnischer in deutsche Hand übergehe, geschieht 1000 Meter Weges davon entfernt nichts, um durch zweitstelligen Realkredit den deutschen Besitz zu erhalten, nichts, um ihn zu mehren. Dabei tragen die Städte fast ausschließlich die Schäden des wirtschaftlichen Boykotts, insbesondere die Mittel- und Kleinstädte und hier wiederum vor allem die Handwerker und Gewerbetreibenden. Diese Zustände sind nicht haltbar. Bei aller Präponderanz der ländlichen Bodenfrage, bei allem Übergewicht, das der Ansiedlungstätigkeit zukommt, würde es einen nationalpolitischen Fehler bedeuten, wenn man die Dinge in den Städten so weiter treiben lassen wollte. Das laisser-faire, laisser-aller im nationalwirtschaftlichen Kampfe rächt sich nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt. Gewiß sind Nationalitätsfragen Macht- und Kraftfragen, bei denen das Schicksal des einzelnen bedauernswert, aber unvermeidlich sein kann. Aber diese Macht- und Kraftfragen sind zum guten Teil auch auf städtischem Boden auszutragen. Und es ist ein Irrtum, wenn man die Nationalitätenrechnung nur in Hektaren auflösen will.

Es könnte hier und da die Meinung bestehen, als ob die staatliche Förderung solcher städtischen Politik etwa wirtschaftlichen Bedenken begegne, wie sie gegen das starke Anwachsen der Städte bestehen. Wer eigenen Auges die ostmärkischen Städte kennt, weiß, daß es sich hier durchweg um Orte handelt, in denen der Mittelstand den Ausschlag gibt. So ist denn die ostmärkische Städtefrage im besten Sinne des Wortes auch eine nationale Mittelstandsfrage. Wie klein hie und da die Orte sind, die in Frage stehen, ergibt sich aus dem Einwand, daß zum Teil keine Städtefrage bestehe, weil eine Reihe der ostmärkischen Städte keine Städte seien. Mit solchem Einwand ist die Schwierigkeit der hier zur Rede stehenden Fragen für die betroffenen Städte in keiner Weise gelöst. Gewiß gibt es genug kleine Orte unter unseren Städten. Sie verdienen in nationalen Dingen natürlich die gleiche Unterstützung wie die größeren Orte. Um ländliche Stellen handelt es sich bei den Grundstücken dieser Zwergstädte nicht.

Der Zweck der Grundstücke, an Wert und Größe gemessen, liegt in dem Hause. Bei der Wertbemessung ist im wesentlichen vom Wert als Hausgrundstück auszugehen. Die staatliche Aktion hat sich hier der Stelle anzugliedern, deren Tätigkeit die Hausgrundstücke umfaßt, nicht etwa den Stellen, deren Beleihungskreis ländliche Werte umfaßt.

Gegen den zweitstelligen Realkredit in den ostmärkischen Städten ist eingewendet worden, der Staat laufe hier ein viel größeres Risiko als auf dem Lande, da ein Teil des städtischen Besitzes mangels genügender Kunden im Geschäft und Handwerk, mangels Konkurrenzfähigkeit des Besitzers nicht zu halten sei. Es liegt klar, daß es sich hier nur um einen Bruchteil handeln kann. In solcher Begrenzung ist der Einwand anzuerkennen. Er ist selbstredend nicht geeignet, gegen eine staatliche Aktion als solche sich durchzusetzen. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, seiner Berechtigung die staatliche Aktion anzupassen. Daraus ergibt sich, daß es Haupterfordernis der Leitung des zweitstelligen Instituts sein muß, daß es

Digitized by Google

nach kaufmännischen Grundsätzen entscheidet, ob die Voraussetzungen des Einwands im Einzelfalle bestehen. Eine Rettungsstation für Existenzen, deren Schifflein, sei es im Wettbewerbskampfe, auch im nationalen Wettbewerbskampfe, sei es mangels geeigneter Führung nach bestem geschäftlichen Ermessen dem Untergang geweiht ist, kann und darf das zweitstellige Institut nicht werden.

Die staatliche Aktion für den zweitstelligen Realkredit hat noch in anderer Richtung eine Einschränkung zu erfahren. Einmal sind von ihr auszunehmen die Städte Danzig, Elbing, Marienburg. Hier kann ein dringendes staatliches Interesse für den zweitstelligen Realkredit nicht anerkannt werden. Im übrigen hat die staatliche Aktion sämtliche Mittel- und Kleinstädte beider Provinzen zu umfassen. Insbesondere auch die heute noch vorwiegend deutschen Mittel- und Kleinstädte. Daß dies erforderlich ist, beweisen die folgenden Ziffern. In den Jahren 1905 bis 1910, also in fünf Jahren, ist der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung gestiegen in den vorwiegend deutschen Städten

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bomst | von | 13 % | auf | 16 % | der | Gesamtbevölkerung, |
| Birnbaum | „ | 13 % | „ | 14 % | „ | „ |
| Kolmar | „ | 13 % | „ | 15 % | „ | „ |
| Samotschin | „ | 4 % | „ | 8 % | „ | „ |
| Zduny | „ | 19 % | „ | 24 % | „ | „ |
| Reisen | „ | 28 % | „ | 35 % | „ | „ |
| Rakwitz | „ | 41 % | „ | 42 % | „ | „ |
| Schwetzkau | „ | 9 % | „ | 13 % | „ | „ |
| Bentschen | „ | 30 % | „ | 34 % | „ | „ |
| Betsche | „ | 21 % | „ | 26 % | „ | „ |
| Meseritz | „ | 3 % | „ | 4 % | „ | „ |
| Rothenburg | „ | 13 % | „ | 14 % | „ | „ |
| Filehne | „ | 14 % | „ | 15 % | „ | „ |
| Neutomischel | „ | 8 % | „ | 11 % | „ | „ |
| Bojanowo | „ | 8 % | „ | 11 % | „ | „ |
| Rawitsch | „ | 10 % | „ | 14 % | „ | „ |
| Sarne | „ | 17 % | „ | 19 % | „ | „ |
| Obersitzko | „ | 36 % | „ | 41 % | „ | „ |
| Schmiegel | „ | 43 % | „ | 49 % | „ | „ |
| Friedheim | „ | 6,4 % | „ | 8,4 % | „ | „ |
| Nakel | „ | 40,4% | „ | 41,7% | „ | „ |
| Schokken | „ | 49 % | „ | 52,9% | „ | „ |
| Krojanke | „ | 9 % | „ | 11 % | „ | „ |
| Vandsburg | „ | 23 % | „ | 25 % | „ | „ |
| Garnsee | „ | 3 % | „ | 5 % | „ | „ |
| Tiegenhof | „ | 1 % | „ | 4 % | „ | „ |
| Marienwerder | „ | 2 % | „ | 3 % | „ | „ |
| Neustadt | „ | 20 % | „ | 29 % | „ | „ |
| Mewe | „ | 45 % | „ | 52 % | „ | „ |

Digitized by Google

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Putzig ..... | „ | 17 % | „ | 24 % | der | Gesamtbevölkerung |
| Bischofswerder ..... | „ | 15 % | „ | 20 % | „ | „ |
| Deutsch-Eylau ..... | „ | 3 % | „ | 4 % | „ | „ |
| Stuhm ..... | „ | 32 % | „ | 46 % | „ | „ |
| Podgorz ..... | „ | 18 % | „ | 19 % | „ | „ |
| Tuchel ..... | „ | 41 % | „ | 43 % | „ | „ |
| Pr.-Stargard ..... | „ | 39 % | „ | 45 % | „ | „ |

Dieses Wachstum des polnischen Bevölkerungsanteils ist erfolgt in einem Zeitraum von fünf Jahren! Dabei sind in den vorliegenden Aufstellungen für 1905 sämtliche Katholiken als Polen gerechnet, da in dem zur Verfügung stehenden Material des statistischen Landesamts die Nationalitäten 1905 noch nicht getrennt aufgeführt sind. Tatsächlich liegen also die Verhältnisse für die deutsche Bevölkerung überall noch ungünstiger. Die Zahlen reden eine Sprache, die nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Einer besonderen Erörterung bedürfen die großen Städte beider Provinzen, soweit sie nicht als rein deutsch bereits ausgeschieden sind. Es verbleiben die großen Städte Posen, Bromberg, Thorn, Graudenz. In Posen, Thorn und Graudenz ist in den Jahren 1905 bis 1910 das Polentum in gleicher Weise wie das Deutschtum gestiegen, in Bromberg haben die Polen in stärkerem Maße zugenommen als die Deutschen. Politisch dürfte es nicht richtig sein, diese großen Städte von der staatlichen Aktion auszunehmen. Der Kenner der Verhältnisse weiß, daß in den großen Städten das Polentum die Eckhäuser, die in den Verkehrszentren gelegenen Grundstücke systematisch in polnische Hand bringt, selbst auf die Gefahr großer Risiken hin. In Posen hat sich noch in der letzten Zeit ein Fall dieser Art ereignet, der ohne die nationalpolitische Seite nicht erklärlich sein würde. Das nationalwirtschaftliche Interesse des Staates tritt aber bei dem spekulativen Hausbesitz, bei den Rentenhäusern der großen Städte, zurück. Diese Erwägungen dürften zutreffend erfaßt werden, wenn die zweitstellige Beleihung im allgemeinen innerhalb des Betrages von 20 000 ℳ sich hält, und wenn Ausnahmen hiervon nur unter besonderen Voraussetzungen zulässig sind.

## B. Ausführung der staatlichen Aktion.

Die Notwendigkeit der staatlichen Aktion für den zweitstelligen Realkredit zugunsten des städtischen Deutschtums besteht nach den vorangegangenen Ausführungen in dringendster Weise bei Innehaltung der gegebenen Einschränkungen. Es bleibt zu untersuchen, wie die staatliche Aktion zu organisieren ist. Die Organisierung des zweitstelligen Realkredits für städtische Hausgrundstücke ist allgemein von folgenden Bedingungen abhängig.

1. Das zweitstellige Institut hat sich an ein erststelliges Institut anzulehnen, das ausschließlich Amortisationsdarlehen gewährt. Die zweite Hypothek hat in die getilgten Teile der ersten Hypothek vorzurücken.

2. Die Beleihung muß mit dem dritten Wertviertel abschließen.

Digitized by Google

3. Der Tilgungsbeitrag soll 1 Prozent betragen.

Diese Bedingungen sind in der Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer der Provinzen Posen und Westpreußen erfüllt. Die Kreditanstalt gewährt nach ihrer Satzung zweitstellige Darlehen innerhalb des dritten Wertviertels. Sie lehnt sich an die Deutsche Pfandbriefanstalt an, die zur ersten Stelle ausschließlich Amortisationsdarlehen gewährt. Die Kreditanstaltsdarlehen rücken laut Satzung in die getilgten Beträge der Pfandbriefanstaltshypothek ein. Der Tilgungsbeitrag der Kreditanstaltsdarlehen beträgt 1 Prozent.

Zur weiteren Klarlegung sei kurz auf die Geschichte der Kreditanstalt eingegangen.

Die Kreditanstalt ist auf staatliche Veranlassung als juristische Person kraft staatlicher Verleihung im Jahre 1907 ins Leben gerufen worden. Sie ist ein Verein der beliehenen Hauseigentümer. Der Kreditanstalt war bei ihrer Gründung die Aufgabe der Gewährung erststelliger und zweitstelliger Hypotheken innerhalb 75 Prozent des Beleihungswertes in den Städten beider Provinzen zugedacht. Die Mittel für die erststelligen Hypotheken sollte sie sich im Pfandbriefgeschäft verschaffen, die zweitstelligen Mittel ihrem Grundkapital entnehmen. Es ist also vom Staate bereits der Versuch der Gewährung zweitstelliger Darlehen in den ostmärkischen Städten gemacht worden. Der Weg erwies sich als nicht gangbar. Die Gewährung zweitstelliger Darlehen hinderte die Absatzfähigkeit der Pfandbriefe. Zudem wäre das Institut, falls es sein Grundkapital in zweitstelligen Hypotheken festlegte, in absehbarer Zeit illiquid geworden. Aus diesen Erwägungen heraus wurde nach langen Verhandlungen durch Teilung klare Bahn geschaffen und Ende 1910 für den erststelligen Amortisationskredit die Deutsche Pfandbriefanstalt gegründet, deren Pfandbriefe Mündelsicherheit genießen. Die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer, die der Deutschen Pfandbriefanstalt bei völliger finanzieller Scheidung angegliedert ist, beschränkte sich auf die Hergabe zweitstelliger Darlehen, erhielt aber vom Staate Beleihungsmittel nur für das staatliche Stadterweiterungsgelände der Stadt Posen und für den Villenvorort Solatsch. Die Durchführung des bei der Gründung der Kreditanstalt vorhandenen Gedankens und des bewährten Grundsatzes, auf Vorhandenem aufzubauen, ergibt die Forderung, der Kreditanstalt staatliche Mittel für die zweitstellige Beleihung in den Städten beider Provinzen zur Verfügung zu stellen. Auf ihrem durch die örtliche Beschränkung der staatlichen Fonds festgelegten Gebiete hat sich die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer, die als zweitstelliges Institut seit Ende 1910 arbeitet, befriedigend entwickelt. Ihr Grundkapital betrug

nach der Bilanz per 31. Dezember 1912 ..... 160 000 ℳ
ihre Reserven rund ..... 100 000 ℳ
die eigenen Mittel des Instituts mithin ..... 260 000 ℳ

Der Reingewinn belief sich im Jahre 1912 auf 18 Prozent des Grundkapitals. Nach dem bisherigen Verlaufe des Geschäftsjahres 1913 zu urteilen, werden die Reserven am Schlusse des laufenden Geschäftsjahres auf 100 Prozent des Grundkapitals bei erhöhtem Gewinne steigen. Die Beleihungen betrugen Ende 1912 1 225 000 ℳ; sie dürften im

Digitized by Google

laufenden Jahre auf 1 800 000 ℳ anwachsen. Die staatlichen Beleihungsfonds betragen zur Zeit 2 000 000 ℳ. Das Institut hat bisher keinerlei Verluste gehabt; es hat zur Verhütung von Verlusten kein Objekt in der Zwangsversteigerung erstehen müssen. Zinsrückstände sind nicht vorhanden. Bei den von der Kreditanstalt betriebenen Baugeldgeschäften ist kein Handwerker um sein Geld gekommen. So birgt die bisherige Entwicklung des Instituts eine gewisse Gewähr für gutes Weiterarbeiten bei Ausdehnung der Beleihungstätigkeit auf die Städte beider Provinzen in sich. Im Verwaltungsrat der Kreditanstalt hat der preußische Fiskus, vertreten durch den Finanzminister, Sitz und Stimme.

Es ist hier und da erwogen worden, ob das zweitstellige Institut, also die Kreditanstalt, sich nicht die Beleihungsmittel bei Gewährung eines genügenden staatlichen Grundkapitals im Pfandbriefgeschäft verschaffen könne. Ein Markt für Pfandbriefe, denen als Deckung lediglich zweitstellige Hypotheken dienen, ist entgegen vereinzelt auftauchenden Ansichten nicht zu schaffen. Darüber gibt es unter den Bankfachleuten nur eine Stimme. Zur Erzielung der Marktfähigkeit ist daran gedacht worden, die Städte und Kreise als Garanten heranzuziehen. Das ist auf paritätischem Gebiet nicht ohne Vorgang. Die Dinge gewinnen aber ein anderes Gesicht für die Ostmark, in der es sich um das nationalpolitische Ziel der Beleihung und Festigung des deutschen Hausbesitzes handelt. Es ist von vornherein anzunehmen, daß die Entwicklung des zweitstelligen Institu ts daran scheitern würde, daß die große Mehrzahl der Städte oder Kreise auf die Garantieübernahme nicht eingehen. Bei den schwierigen Verhältnissen, die manche Kommunalverwaltungen auf nationalem Gebiete ohnehin haben, kann ihnen dies nicht ohne weiteres verdacht werden. Im übrigen liegt die Organisation des zweitstelligen Realkredits für das städtische Deutschtum im staatlichen Interesse, und sie ist zu wertvoll, als daß sie von der Kirchturmspolitik der einzelnen Stadtgemeinde abhängig gemacht werden dürfte. Es bleibt demnach übrig, der Kreditanstalt staatliche Fonds für die Beleihung in den Städten der Ostmark zur Verfügung zu stellen. Das ist für das Land bereits bei den Regulierungsbanken geschehen, die umfangreiche staatliche Mittel für die zweitstellige Beleihung von Bauerngütern und großen Gütern an der Hand haben. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die ländlichen Regulierungsbanken örtliche Risikoträger in den Genossenschaften besitzen. Das trifft zunächst für die großen Güter nicht zu. Für die Städte fehlt es im übrigen an genügender deutschgenossenschaftlicher Organisation bei zweitstelligem Realkredit. Die vorhandenen deutschen Genossenschaften sind im ländlichen zweitstelligen Realkredit hinlänglich engagiert. Da die Städte und Kreise aus bereits besprochenen Gründen als Risikoträger im erforderlichen Umfange nicht in Betracht kommen dürften, so drängt die Lösung dahin, in dem zweitstelligen Institut, der Kreditanstalt, selbst genügende Sicherheitsmomente für die aus staatlichen Mitteln entnommenen Darlehen zu schaffen.

Nach der Satzung der Kreditanstalt werden zunächst 3½ Prozent jedes Darlehns als Hypothekenreserve aufgesammelt, und zwar ½ Prozent,

Digitized by Google

das bei Darlehnsentnahme zu zahlen ist, ferner die Hälfte des Tilgungsbeitrages von 1 Prozent während der ersten sechs Jahre. Außerdem fließt der gesamte Reingewinn des Instituts satzungsgemäß bis zum Jahre 1917 in die Reserve. Daraus ist es zu erklären, daß die Anstalt Ende 1913 voraussichtlich 100 Prozent ihres Grundkapitals an Reserven aufgesammelt haben wird. Vom Jahre 1917 ab fließen weiterhin 50 Prozent des Reingewinns zur Reserve, während mit den restlichen 50 Prozent die Tilgung verstärkt wird. In letzterer Bestimmung ist das besondere Sicherungsmoment, bestehend in der beschleunigten Abtragung der zweitstelligen Darlehen, nicht zu übersehen. Zudem rücken, wie schon angeführt wurde, die Kreditanstaltsdarlehen in die getilgten Beträge der Pfandbriefanstaltshypotheken ein, verbessern sich also gleichzeitig oben und unten in Rang und Qualität. Zur Verbürgung finanziell gesicherter Arbeit dürfte es aber darüber hinaus empfehlenswert sein, zu bestimmen, daß jeder Schuldner bei der Darlehnsgewährung 5 Prozent des Darlehns als Geschäftsanteil bar einzuzahlen hat. Das geschieht in der Weise, daß der Betrag von 5 Prozent von der Darlehnsvaluta abgezogen wird. Ist demnach ein Darlehen von 20 000 ℳ bewilligt, so ist daraus der Geschäftsanteil von 1000 ℳ abzuzweigen. Es ist kein Zweifel, daß bei den auf deutscher Seite zerrütteten Verhältnissen des zweitstelligen Realkredits in den Städten der Ostmark diese Bedingung wirtschaftlich durchsetzbar ist. Der Geschäftsanteil haftet am Grundstück. Er ist zu verzinsen. Die Zinsen werden zur vermehrten Hypothekentilgung verwendet. Nach Abtragung des Darlehns bilden sie eine Grundstücksrente. Der Geschäftsanteil und die daraus fließende Rente verfallen bei Übergang des Grundstücks in polnische Hand. Verluste bei einer Hypothek sind zunächst auf den Geschäftsanteil abzuschreiben. Für darüber hinausgehende Verluste haften die Gesamtheit der Geschäftsanteile, die sonstigen Reserven und das Grundkapital des Instituts. Zur Erzielung eines Gewinns, der dem Risiko der zweitstelligen Beleihung entspricht, ist eine Zinsspannung zu nehmen, die entsprechenden Überschuß verbürgt. Die Höhe der Zinsspannung ist in das kaufmännische Ermessen der Leitung zu stellen. Bis auf weiteres dürfte der Zinsfuß der Hypotheken um 1 Prozent höher zu bemessen sein als der Zinsfuß, den die Anstalt für die staatlichen Fonds zu zahlen hat.

Mit kaufmännischen Grundsätzen ist es schlecht vereinbar, Zukunftsrechnungen aufzustellen. Aber die Veranschaulichung des hier entwickelten Planes dürfte es entschuldigen, wenn die Entwicklung des zweitstelligen Instituts an Hand solcher Ziffern geschildert wird.

Es wird davon ausgegangen, daß der Jahresbetrag der zweitstelligen Beleihungen sich beispielsweise auf 3 000 000 ℳ beläuft.

Bei drei Millionen Beleihungszuwachs im Jahre vermehren sich die Geschäftsanteile der Schuldner jährlich um 150 000 ℳ. In zehn Jahren betragen sie 1 500 000 ℳ. Zu den Reserven fließen jährlich an festen Beiträgen der Schuldner: Im ersten Jahre 30 000 ℳ (1 Prozent der Darlehen, und zwar ½ Prozent einmaliger Beitrag zur Reserve, ½ Prozent aus dem Tilgungsbeitrag).

Digitized by Google

Im zweiten bis zum sechsten Jahre 15 000 ℳ (je ½ Prozent des Tilgungsbeitrags).

Bei einem Zuwachs von jährlich 3 000 000 ℳ Hypotheken stellt sich das Anwachsen der Reserven auf zehn Jahre wie folgt:

| | 1 % erste Jahreszahlung | ½ % des Tilgungsbeitrages vom 2.—6. Jahre |
|---|---|---|
| 1914 | 30 000 ℳ | |
| 1915 | 30 000 „ | 15 000 ℳ |
| 1916 | 30 000 „ | 30 000 „ |
| 1917 | 30 000 „ | 45 000 „ |
| 1918 | 30 000 „ | 60 000 „ |
| 1919 | 30 000 „ | 75 000 „ |
| 1920 | 30 000 „ | 75 000 „ |
| 1921 | 30 000 „ | 75 000 „ |
| 1922 | 30 000 „ | 75 000 „ |
| 1923 | 30 000 „ | 75 000 „ |
| | 300 000 ℳ | 525 000 ℳ |

Im Jahre 1919 ist der Beharrungszustand für Kolonne 2 erreicht mit 75 000 ℳ. Die 3 000 000 ℳ Hypotheken des ersten Jahres scheiden dann aus, nachdem sie insgesamt 3½ Prozent gezahlt haben (30 000 ℳ im ersten Jahre und 5 × ½ Prozent in zweiten bis sechsten Jahre = 75 000 ℳ). Es bleibt am Zuwachs der Kolonne 2 jeder Jahreshypothekenzuwachs fünf Jahre beteiligt.

Nach zehn Jahren sind vorhanden:

| | |
|---|---|
| Hypotheken | 30 000 000 ℳ |
| Geschäftsanteile | 1 500 000 ℳ |
| Reserven aus Zahlungen der Schuldner | 825 000 „ |
| Das heutige Grundkapital | 160 000 „ |
| Die heutigen Reserven | 100 000 „ |
| Das eigene Vermögen der Anstalt beträgt nach zehn Jahren mithin | 2 585 000 ℳ. |

Bei dieser Berechnung wird davon ausgegangen, daß der ganze Jahresgewinn durch Jahresverluste aufgezehrt wird. Nach der bisherigen Entwickelung der Kreditanstalt ist das ein durchaus unwahrscheinlicher Fall. Sie arbeitet mit erheblichem Gewinn. Mit dem Gewinne erhöht sich die Reservebildung und dementsprechend das eigene Anstaltsvermögen.

Zum Gedeihen der Anstalt ist es erforderlich, daß ihre Entwicklung in den Provinzstädten auf mehrere Jahre sicher gestellt wird. Es ist ihr daher durch gesetzliche Bewilligung zunächst ein Darlehen von 10 000 000 ℳ zur Verfügung zu stellen. Das genügt voraussichtlich für eine Tätigkeit von drei Jahren. In dieser Zeit gewinnt der Staat gleichzeitig weiteren Überblick darüber, wohin das Schiff fährt und ob es sicheren Kurs behält. Zum guten Arbeiten des zweitstelligen Instituts ist es weiterhin erforderlich,

Digitized by Google

daß sein Grundkapital von 160 000 ℳ durch eine staatliche Beteiligung von 840 000 ℳ auf 1 000 000 ℳ erhöht wird. Es sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kreditanstalt Ende 1913 100 Prozent ihres derzeitigen Grundkapitals an Reserven besitzen dürfte.

Auf Grund des in vorstehendem entwickelten Planes sind eine vorsichtige staatliche Finanzverwaltung und ein vorsichtiges Parlament durchaus in der Lage, der Kreditanstalt ein staatliches verzinsliches und tilgbares Darlehen von vorab 10 000 000 ℳ zur Verfügung zu stellen.

Die bestehende Anlehnung der Kreditanstalt an die Deutsche Pfandbriefanstalt bringt es mit sich, daß die Kreditanstalt sich auf die Organisation der Pfandbriefanstalt, die heute bereits in 125 Städten beider Provinzen vertreten ist, und auf die Taxeinrichtungen der Pfandbriefanstalt in diesen Städten stützen kann.

Die Anlehnung der Kreditanstalt an die Deutsche Pfandbriefanstalt hat ihren besonderen Vorteil nach der nationalen Seite. Die Beleihungen der Deutschen Pfandbriefanstalt bergen die Sicherung der deutschen Hand in sich, soweit dies im Rahmen der erststelligen Beleihung möglich ist. Tritt zu diesen Maßregeln die Kündigung der Kreditanstaltshypothek und der Verfall des Geschäftsanteils bei ihr im Falle des Übergangs des Grundstücks in polnische Hand, so sind die Grundstücke für den deutschen Besitz gefestigt, soweit dies bei den städtischen Wertverhältnissen ohne übergroßes wirtschaftliches Risiko möglich ist. Einem staatlichen Wiederkaufsrechte, auszuüben durch das zweitstellige Institut, kann nicht dringend genug widerraten werden. Eine solche Maßregel würde den Keim des Verderbens in das zweitstellige Institut bringen. Die Verwertungsverhältnisse der Grundstücke, insbesondere in den Mittel- und Kleinstädten, können eine derartige Belastung nicht tragen. Auf dem Lande ist das Wiederkaufsrecht dank des Landhungers und dank der dauernden Wertsteigerung angängig.

Bei den Beratungen der zweitstelligen Realkreditfrage für die Städte der Ostmark im Abgeordnetenhause ist vereinzelt die Meinung aufgetaucht, daß es sich empfehle, die Erledigung dieser Frage bis zur Schaffung der öffentlichen Taxämter zu vertagen. Der Gesetzentwurf über die öffentlichen Taxämter ist noch nicht bekannt. Was aus ihm im Parlament wird, steht dahin. Sollte er Gesetz werden, so wird bis dahin und vor allem bis zur Umsetzung des Gesetzesgedankens in die Praxis, bis zur Schaffung und bis zu gutem Funktionieren der Taxämter ein Zeitraum verstreichen, dessen Ausdehnung noch nicht abzusehen ist. Daß die Mühlen während solchen Werdegangs langsam arbeiten werden, ist sicher. Es würde sehr unrichtig sein, mit der Erledigung der zweitstelligen Realkreditfrage für das städtische Deutschtum bis zur etwaigen Errichtung der öffentlichen Taxämter zu warten. Die Lösung dieser wichtigen nationalwirtschaftlichen Frage ist ohnehin fast zulange vertagt worden. Zudem stützt sich die Deutsche Pfandbriefanstalt, deren Taxeinrichtungen der Kreditanstalt zur Verfügung stehen, in ihrem Wertermittelungsverfahren gerade für die Mittel- und Kleinstädte auf dieselben Stellen, die für öffentliche Taxämter in Betracht kommen, behördlich empfohlene Sachverständige, Kataster-

Digitized by Google

ämter und behördliche Auskünfte. Wer demgegenüber auf öffentliche Taxämter warten will, läßt nicht nur die außerordentliche Dringlichkeit der Aktion außer acht, sondern würde nach Kenntnis der besonderen Verhältnisse dem Reiter gleichen, der auf grüner Wiese der Wolkenwiese nachjagt.

Im übrigen haben die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in diesem Frühjahr eine bemerkenswerte Einigkeit und Entschlossenheit der deutschen Parteien gezeigt, in der zweitstelligen Realkreditfrage zur Tat überzugehen. Der Antrag, der eine baldige umfassende staatliche Aktion verlangt, geht bekanntlich von freikonservativer Seite aus (Antrag Viereck); er wird von der konservativen und der nationalliberalen Partei entschieden unterstützt und auch auf linksliberaler Seite ist der Willen ausgesprochen worden, dem städtischen Deutschtum der Ostmark in seinem schweren nationalen Kampfe zu helfen. Im Herrenhause hat insbesondere das rührige Oberhaupt der Stadt Bromberg die Organisation des zweitstelligen Realkredits für die Deutschen der ostmärkischen Städte befürwortet. Zu begrüßen sind die auf den Antrag erfolgten Erklärungen vom Ministertische, in denen die Staatsregierung die Bereitwilligkeit erklärt hat, für die Förderung des städtischen Deutschtums alsbald durch die Tat einzutreten.

Die Ostmarkenpolitik ist reich an verpaßten Gelegenheiten. Nur ein Beispiel. Wären seiner Zeit die Dinge nach dem Willen des jetzigen Generaldirektors der Kruppschen Werke Dr. Hugenberg gegangen, dessen Name aus seiner Wirksamkeit in und für die Ostmark dauernden Klang behalten wird, so war die Ansiedlungskommission in früheren Jahren in der Lage, in beträchtlichem Umfange polnische Güter zur Hälfte des heutigen Preises zu kaufen. Heute sind sie für das Deutschtum selbst zu diesem Preise nicht mehr zu haben.

Die Gelegenheit zur Schaffung des zweitstelligen Realkredits für das Deutschtum der ostmärkischen Städte ist heute nach jeder Richtung vorhanden. Möge *sie* nicht verpaßt werden. Der erste Schritt zu ihrer Versäumung geschieht, wenn man die Aktion etwa von den öffentlichen Taxämtern abhängig machen würde. Das Eisen ist warm. Der Schmied, der den Hammer schwingt, wird sich dauerndes Verdienst um die nationale Sache der Ostmark erwerben. Die ideale Seite der staatlichen Aktion für das städtische Deutschtum ist nicht zu unterschätzen. Heute fühlt sich in mancher Kleinstadt der deutsche Handwerker und Gewerbetreibende als der schwächere Teil im nationalwirtschaftlichen Kampfe. Ihm fehlt die Kreditunterstützung, die auf polnischer Seite die Volksbanken weitgehend gewähren. Greift hier die starke Hand des Staates ein und sieht der deutsche Handwerker, der deutsche Gewerbetreibende den großen Bundesgenossen sich zur Seite, so wird er aufgerüttelt, frischer Mut wird erwachen und an des Staates Tatkraft wird die Tatkraft des städtischen Deutschtums sich entzünden dem Ganzen zum Wohle.

Digitized by Google

# Die Mittel- und Kleinstädte der Provinz Posen.

Von **Fritz Bosberg.**

Die Provinz Posen zählt bei einem Flächeninhalt von 28 970 qkm heute 129 Städte. Davon waren nach der Volkszählung von 1910:

| | | |
|---|---|---|
| 2 | größere Städte: | Posen mit 156 600 Einwohnern und Bromberg mit 57 000 bzw. mit Vororten über 80 000 Einwohnern, |
| 3 | Städte von | 25—27 000 Einwohnern, |
| 29 | „ „ | 5 000—20 000 Einwohnern, |
| 46 | „ „ | 2 000— 5 000 Einwohnern, |
| 42 | „ „ | 1 000— 2 000 Einwohnern, |
| 7 | „ | unter 1000 Einwohner, |
| 129 | Städte mit insgesamt | 722 076 Einwohnern[1]). |

Mehr als $^1/_8$ der Bevölkerung der Provinz Posen wohnt in den Städten.

Während in Preußen auf 274 qkm und 16 600 Seelen der Landbevölkerung eine Stadt kommt, in Ostelbien auf 333 qkm und in der Schwesterprovinz Westpreußen auf 448 qkm und 19 400 Seelen der Landbevölkerung auf eine Stadt kommen, so kommt in Posen bereits auf 224 qkm und 10 600 Seelen der Landbevölkerung eine Stadt bei einer Bevölkerungsdichtigkeit von nur 72 auf 1 qkm.

Während in Westpreußen die Städtegründungen durch den Deutschen Orden planmäßig erfolgten, daß jeder Stadt ein bestimmter Umkreis zugewiesen wurde, erfolgten in Posen die Gründungen durch den polnischen Adel auf das Geratewohl. Er erblickte in ihnen nur eine neue Einnahmequelle; die Bürgerschaft hatte ihm regelmäßige Abgaben zu zahlen. So ist es gekommen, daß die Zahl der Städte eine so große geworden ist, und die Städte oft nur wenige Kilometer von einander entfernt liegen. Auch die Städte der Provinz Posen sind deutsche Gründungen von Deutschen nach Magdeburgischem Rechte angelegt, in ihrer Mehrzahl aus dem 11. bis 14. Jahrhundert stammend. Heute sind von den kleinen Städten nur noch die Städte an der Westgrenze der Provinz deutsch: Schneidemühl, Schönlanke, Schwerin, Blesen, Meseritz, Brätz, Tirschtiegel, Fraustadt und Schlichtingsheim, während alle übrigen mehr oder weniger poloniſiert sind. Ein Blick auf die Nationalitätenkarte zeigt, daß die Umgebung dieser

[1]) Zum Vergleich seien die Städte Westpreußens angeführt: 1 Großstadt über 100 000 (Danzig), 3 Städte mit 40 000—60 000 Einwohnern, 19 Städte von 5000—20 000 Einwohnern, 28 Städte mit 2 000—5 000 Einwohnern, 4 Städte mit 1000—2 000 Einwohnern und 2 Städte unter 1000 Einwohner, zusammen 57 Städte mit 599 600 Einwohnern.

Digitized by Google

westlichen Städte Deutsche bewohnen und die Landbevölkerung überwiegend bäuerlich ist. Die Bevölkerung in den westlichen Grenzkreisen ist im Verhältnis der Nationalitäten zueinander, Deutsche zu Polen, wie 3 : 1. In den übrigen Kreisen der Provinz ist das Verhältnis umgekehrt 1 : 3,5 und steigt bis 1 : 8.

Die städtische Bevölkerung ergänzt sich durch den Zuzug vom Land nach der Stadt, von der Kleinstadt nach der Großstadt. In Preußen sind nur noch 44 Prozent der städtischen Bevölkerung am Orte geboren. Bilden die Umgebung der einzelnen Stadt in der Mehrzahl große Güter, so findet ein Zuzug überhaupt nicht statt, und die Stadt geht in ihrer Einwohnerzahl zurück. So sind z. B. Neustadt a. W. und Xions eingeschlossen von den Gütern nur eines Besitzers; die Einwohnerzahl ist seit 1895 um 7,7 % bzw. 9,6 % zurückgegangen. Ist das Land polnisch bewohnt, so ist der Zuzug von dem Land nach der Stadt polnisch, und so müssen die Städte einer allmählichen Polonisierung verfallen. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts hatten die Posener Städte ihren deutschen Charakter so ziemlich bewahrt. Von da ab beginnt die Zunahme des Polentums in ihnen. Die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind die beiden Hauptfaktoren, die die Bildung des polnischen Mittelstandes in den Städten ermöglichten. Gerade der Zunftzwang hatte wie eine Mauer um die Städte gewirkt und einen polnischen Gewerbestand nicht aufkommen lassen. Mit seinem Fall und der Einführung der Freizügigkeit wurde es dem vom Lande zuziehenden Polen möglich, ein Gewerbe zu ergreifen und aufzusteigen. Der deutsche Meister nahm den billiger arbeitenden polnischen Lehrling und Gesellen bei sich auf und zog sich damit die Konkurrenz selbst groß, die ihn später mit Hilfe des polnischen Boykotts verdrängen sollte. Bereits 1885 waren in den Städten der Provinz Posen, wenn man von den westlichen deutsch gebliebenen Städten und den beiden Hauptstädten Posen und Bromberg absieht, von je 1000 Einwohner 506 Polen und 494 Deutsche. D. h. bereits vor Gründung der Ansiedlungs-Kommission war die Majorität der Bevölkerung der typischen Posener Städte polnisch.

Der Aufschwung der Großindustrie des Westens in den 70 er Jahren zog die besten Kräfte, d. h. zunächst die Deutschen, aus der Provinz und ihren Städten ab. Der Übergang vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb, zur kapitalistischen Wirtschaftsart ließ in den 80 er Jahren eine große Zahl von Gewerben, wie überall so auch in Posen, verschwinden. Diese Gewerbe gingen in den Fabriken auf und ihre Träger verschwanden aus Posen, so die Feilenhauer, Färber, Hornschnitzer usw [1]). All das trug mit zu dem Rückgang des Deutschtums in den Städten bei. Die Provinz aber besaß nicht die Kraft, an Stelle der schwindenden Gewerbe eine Großindustrie wie im Westen zu setzen. Die Kapitalarmut, der schlechte Ruf und die Kredit-

[1]) Näheres darüber vgl. Wegener „Änderungen des deutschen Mittelstandes in den Posener Städten", in „Die Ostmark", Band 351 „Aus Natur und Geisteswelt", S. 57.

Digitized by Google

unfähigkeit verhinderten neben dem Mangel an Bodenschätzen das Entstehen einer Großindustrie. Somit fiel zugleich der hauptsächlichste städtebildende Faktor, der in rascher Entwicklung lebhafte wirtschaftliche Zentren schafft, in der Provinz fort. Bei der geringen Bevölkerungsdichtigkeit konnten aber auch andere städtebildende Faktoren, insbesondere die Eisenbahn, eine raschere Entwickelung nicht herbeiführen. Es fehlten die Menschen. Die Städte sind bis auf die wenigen größeren Orte Landstädte, d. h. in ihrer Existenz von der Kaufkraft des Landes abhängig. Erst mit der Steigerung der Bevölkerungsdichtigkeit, d. h. der Besiedlung des Landes mit Bauern, und der ihr folgenden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes, konnte sich auch ein regerer Verkehr entwickeln, und wurde dem Handel und dem Gewerbe ein neuer kapitalkräftiger Konsument zugeführt. So ist die Tätigkeit der Ansiedlungskommission ganz zweifellos ein städtebildender Faktor für die kleinen Landstädte der Ansiedlungsprovinzen geworden[1]). Dabei hat aber die Erfahrung gelehrt, daß der neue Bauer etwa fünf Jahre Zeit braucht, ehe er als guter Konsument für die Stadt in Frage kommt, und daß sich Wirkungen erst dann zeigen können, wenn durch die neuen Landgemeinden auch ein erheblicher Zuwachs der Bevölkerung der Umgebung der Städte herbeigeführt worden ist. Eine solche Entwicklung vollzieht sich aber erst im Laufe einer Reihe von Jahren, und Einflüsse auf die Entwicklung der Städte können sich namentlich anfangs nur allmählich bemerkbar machen. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Städte der Ansiedlungs-Provinzen muß sich daher stets über einen längeren Zeitraum erstrecken, mindestens bis 1895 zurückgehen. Die Betrachtung eines Zeitraumes von etwa der letzten fünf Jahre (1905—1910) muß aus den angeführten Gründen zu einem unrichtigen, mindestens unvollständigen Ergebnis führen.

## I. Die Städte nach ihrer Größe geordnet.

Den folgenden Berechnungen liegen die Angaben des Gemeindelexikons der Provinz Posen nach der Volkszählung von 1885, 1895, 1905 und 1910 und der „Statistischen Korrespondenz" von 1900 zugrunde. Um die Nationalitätenzahlen der Jahre 1895 und 1900[2]) zu ermitteln, ist das gleiche Verhältnis der deutschen Katholiken zur Zahl der gesamten Katholiken aus dem Jahre 1905 von der Zahl der gesamten Katholiken der Jahre 1895 und 1900 in Abzug gebracht und diese mit der jüdischen und evangelischen Bevölkerung als Deutsche gezählt worden. Dadurch ist die Ungenauigkeit anderer Statistiken, die die Katholiken gleich Polen setzen, und damit von der städtischen katholischen Bevölkerung 18,5 Prozent deutsche

[1]) Über die Wirkungen der Tätigkeit der Ansiedlungs-Kommission auf die Entwicklung der Städte vgl. die Denkschrift des Staatsministeriums „20 Jahre deutscher Kulturarbeit" 1906. S. 121 flg. und Bosberg „Ansiedlungspolitik und Städteentwicklung" Berlin 1910.

[2]) Eine Zählung nach Nationalitäten ist nur 1905 und 1910 erfolgt.



Digitized by Google

Katholiken = 79 000 Seelen den Polen zurechnen, vermieden[1]). Gewiß ist diese Berechnung der deutschen Katholiken nicht ganz genau, der Prozentsatz von 1895 ist höchstwahrscheinlich um etwa ½ Prozent geringer gewesen, da seitdem eine größere Zahl katholischer Beamte in die Provinz versetzt worden ist. Die so berechneten Nationalitätenzahlen von 1895 und 1900 sind somit für die Zunahme des Deutschtums von 1895 bis 1910 vorsichtiger d. h. ungünstiger als diese den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Sie sind aber auch zweifellos richtiger als die Gleichstellung der Konfessionen mit den Nationalitäten. Die Zweisprachigen sind je zur Hälfte den Deutschen und den Polen zugerechnet. Andersprachige sind fortgelassen und „andere Christen" den Deutschen bzw. den Evangelischen zugezählt, da es unter den Polen Sekten nicht gibt. Die wenigen evangelischen Polen sind den Deutschen zugerechnet, da sie mit dem Nationalpolentum nichts gemein haben, sondern sich als treue Preußen fühlen und allmählich im Deutschtum aufgehen.

Die gesamte städtische Bevölkerung der Provinz betrug nach Konfessionen und Nationalitäten:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885 | 186 087 | 255 212 | 47 617 | — | — | 488 925 |
| 1895 | 210 158 | 293 047 | 37 782 | 300 600 | 240 300 | 541 000 |
| 1900 | 233 168 | 348 502 | 33 598 | 329 400 | 285 700 | 615 268 |
| 1905 | 250 702 | 387 193 | 29 044 | 348 155 | 318 266 | 666 953 |
| 1910 | 268 959 | 427 580 | 25 294 | 369 556 | 351 385 | 722 076 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der städtischen Bevölkerung beträgt:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885 | 38,5 | 52 | 9,7 | | — |
| 1895 | 38,8 | 54 | 6,9 | 55,4 | 44,5 |
| 1900 | 37,9 | 56,6 | 5,4 | 53,5 | 46,5 |
| 1905 | 37,6 | 58 | 4,3 | 52 | 47,5 |
| 1910 | 37 | 59 | 3,5 | 51 | 48,6 |

[1]) Die deutschen Katholiken sitzen zum größeren Teil in den Städten, während sie auf dem Lande in der polnischen Umgebung ihre Nationalität rascher aufgeben und poloniſiert werden. Von der gesamten katholischen Bevölkerung der Provinz ist nur 9,6 % deutsch; die Zweisprachigen sind dabei zur Hälfte den Polen zugezählt.

Digitized by Google

Die Zunahme in %:

| | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Deutsche | Polen | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1895 | + 12,9 | +14,8 | — 20,5 | — | — | +10,6 |
| 1895—1900 | + 10,9 | +18,9 | — 11 | + 9,6 | +18,9 | +13,7 |
| 1900—1905 | + 7,5 | +11,1 | — 13,5 | + 5,7 | +11,2 | + 8,4 |
| 1905—1910 | + 7,3 | +10,4 | — 12,9 | + 6,1 | +10,4 | + 8,3 |
| 1885—1910 | + 45 | +67 | — 46,5 | — | — | +47,5 |
| 1895—1910 | + 28 | +46 | — 33 | + 23 | +46 | +33,5 |

Eine statistische Betrachtung der eingangs aufgeführten einzelnen Städtegruppen, abgesehen von den beiden größeren Städten Posen und Bromberg, zeigt folgende Entwickelung:

I. Gruppe: Städte von 25 000 bis 27 000 Einwohnern.

In Frage kommen die drei fast gleich großen Städte Gnesen (25 339) Hohensalza (25 604) und Schneidemühl (26 126).

| | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 16 551 | 21 134 | 3 886 | — | — | 41 711 |
| 1895: | 25 558 | 29 260 | 3 409 | 35 600 | 22 400 | 58 228 |
| 1900: | 28 256 | 35 928 | 2 305 | 39 500 | 27 900 | 67 489 |
| 1905: | 29 478 | 37 546 | 2 790 | 41 485 | 28 311 | 69 821 |
| 1910: | 32 756 | 41 951 | 2 304 | 45 902 | 31 098 | 77 069 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung beträgt:

| | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 39,5 | 50,5 | 9,3 | — | — |
| 1895: | 44,0 | 50,2 | 5,8 | 61,2 | 38,5 |
| 1900: | 41,9 | 53,3 | 4,9 | 58,6 | 41,4 |
| 1905: | 42,2 | 53,8 | 3,9 | 59,2 | 40,5 |
| 1910: | 42,5 | 54,5 | 2,9 | 59,6 | 40,2 |



Digitized by Google

Die Zunahme in %:

| | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Insgesamt | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1910: | + 98[1]) | + 99 | — 40,7 | + 88 | — | — |
| 1895—1910: | + 28,2 | + 43,4 | — 32,3 | + 32,3 | + 29 | + 38,3 |

II. Gruppe: 29 Städte von 5 000—20 000 Einwohnern.

| | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 61 610 | 74 678 | 19 712 | — | — | 161 096 |
| 1895: | 65 617 | 92 435 | 14 624 | 102 400 | 70 200 | 172 676 |
| 1900: | 69 178 | 101 048 | 12 424 | 105 800 | 76 700 | 182 650 |
| 1905: | 77 494 | 116 448 | 10 548 | 116 231 | 88 152 | 204 493 |
| 1910: | 81 893 | 127 771 | 9 025 | 118 689 | 99 907 | 218 596 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung dieser Städtegruppe ist:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 38,2 | 46,5 | 12,2 | — | — |
| 1895: | 38 | 53,5 | 8,5 | 59,5 | 40,5 |
| 1900: | 37,8 | 55,4 | 6,8 | 57,6 | 42,4 |
| 1905: | 37,9 | 57 | 5,1 | 57 | 43 |
| 1910: | 37,6 | 58,2 | 4,2 | 54,3 | 45,7 |

Die Zunahme in %:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Insgesamt | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1910: | + 32,9 | + 71 | — 54 | + 35,5 | — | — |
| 1895—1910: | + 24,7 | + 38 | — 38 | + 26,6 | + 16 | + 42,2 |

[1]) Die starke Zunahme ist auf Schneidemühl zurückzuführen, wo die evangelische Bevölkerung sich von 1885—1910 um 110 % vermehrte

Digitized by Google

III. Gruppe: 46 Städte von 2 000—5 000 Einwohnern:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 39 149 | 60 133 | 10 605 | — | — | 109 966 |
| 1895: | 43 531 | 69 727 | 8 810 | 60 000 | 62 000 | 122 129 |
| 1900: | 42 653 | 77 214 | 7 260 | 58 400 | 68 700 | 127 130 |
| 1905: | 45 202 | 81 863 | 5 990 | 60 896 | 72 163 | 133 059 |
| 1910: | 47 319 | 89 215 | 5 010 | 62 918 | 78 648 | 141 566 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung dieser Städtegruppe ist:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 35 | 55 | 10 | — | — |
| 1895: | 35,7 | 57,1 | 7,2 | 49,1 | 50,9 |
| 1900: | 33,5 | 60,8 | 5,7 | 46 | 54 |
| 1905: | 34 | 61,4 | 4,4 | 45,8 | 54,1 |
| 1910: | 33,5 | 63 | 3,5 | 44,5 | 55,5 |

Die Zunahme in %:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Insgesamt | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1910: | + 21 | + 48 | — 52,7 | + 28,8 | — | — |
| 1895—1910: | + 8,7 | + 28 | — 43 | 15,9 | + 4,8 | + 26,7 |

IV. Gruppe: 42 Städte von 1 000—2 000 Einwohnern:

| | Evangelich | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 17 417 | 39 612 | 4 524 | — | — | 61 559 |
| 1895: | 17 095 | 39 967 | 3 842 | 26 900 | 33 900 | 60 944 |
| 1900: | 16 627 | 41 550 | 2 771 | 26 900 | 34 400 | 61 328 |
| 1905: | 16 432 | 43 183 | 2 198 | 26 573 | 35 240 | 61 813 |
| 1910: | 17 289 | 45 045 | 1 777 | 26 765 | 37 382 | 64 147 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung dieser Städtegruppe ist:

Digitized by Google

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 28 | 64,5 | 7,3 | — | — |
| 1895: | 27,9 | 65,5 | 6,3 | — | 56 |
| 1900: | 27,3 | 67,9 | 4,5 | 44 | 56 |
| 1905: | 26,5 | 70 | 3,5 | 43 | 57 |
| 1910: | 27 | 70,2 | 2,7 | 42 | 58 |

Die Zunahme in %:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Insgesamt | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1910: | — 7,4 | +14 | — 61 | + 4,2 | — | — |
| 1895—1910: | + 1,1 | +12,7 | — 53 | + 5,2 | — 5 | + 10 |

V. Gruppe: 7 Städte unter 1000 Einwohnern:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 2 170 | 3 249 | 534 | — | — | 5 953 |
| 1895: | 2,175 | 3 458 | 437 | 3 100 | 2 900 | 6 070 |
| 1900: | 1 964 | 3 503 | 301 | 2 790 | 2 970 | 5 768 |
| 1905: | 1 860 | 3 766 | 244 | 2 675 | 3 195 | 5 870 |
| 1910: | 1 930 | 3 930 | 154 | 2 680 | 3 335 | 6 015 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung dieser Städtegruppe beträgt:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885: | 36,5 | 54,5 | 9 | — | — |
| 1895: | 36 | 57 | 7 | 51,5 | 48,5 |
| 1900: | 34 | 61 | 5 | 48,5 | 51,5 |
| 1905: | 32 | 64 | 4 | 45,5 | 54,5 |
| 1910: | 32,1 | 65,3 | 2,5 | 42 | 58 |

Die Zunahme in %:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1910: | — 11,1 | + 21 | — 71 | + 1 | — | — |
| 1895—1910: | — 11,2 | + 13,6 | — 64,4 | — 1 | — 18 | + 20 |

Eine Zusammenstellung der Zunahme oder Abnahme der Konfessionen, Nationalitäten und der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Städtegruppen gibt folgendes Bild:

Digitized by Google

1885—1910:

Die Zunahme in %:

| Städte von | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|
| 25—27 000 Einw. | + 98 | + 99 | — 40,7 | + 88 |
| 5 000—20 000 „ | + 32,9 | + 71 | — 54 | + 35 5 |
| 2 000— 5 000 „ | + 21 | + 48 | — 52 7 | + 28,8 |
| 1 000— 2 000 „ | — 7 4 | + 14 | — 61 | + 4,2 |
| unter 1 000 „ | — 11,1 | + 21 | — 71 | + 1 |

1895—1910.

Die Zunahme in %:

| Städte von | Evangel. | Katholisch | Jüd. | Deutsch | Poln. | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 25000—27000 Einw. | + 28,2 | + 43,4 | —32 | + 29 | + 38,3 | + 32,3 |
| 5000—20000 „ | + 24,7 | + 38 | —38 | + 16 | + 42,2 | + 26,6 |
| 2000— 5000 „ | + 8,7 | + 28 | —43 | + 4,8 | + 26,7 | + 15,9 |
| 1000— 2000 „ | + 1,1 | + 12,7 | —53 | — 5 | + 10 | + 5,2 |
| unter 1000 „ | — 11,2 | + 13,7 | —64,4 | — 18 | + 20 | — 1 |

Die aufgeführten statistischen Übersichten zeigen folgendes Ergebnis:

1. Die gesamte städtische Bevölkerung ist von 1885 bis 1910 von 488 900 auf 722 000 Seelen d. i. 47,5 % gewachsen. Der evangelische Teil stieg um 45 %, der katholische um 67 %, während der jüdische Teil um 46,5 % zurückging. Die deutsche Bevölkerung nahm von 1895—1910 um fast 23 %, die polnische um 46,2 % zu. Die Abnahme der jüdischen Bevölkerung um 12 400 Seelen in der gleichen Zeit hat den Zunahme-Quotienten der deutschen Bevölkerung herabgedrückt. Die Mehrheit der gesamten städtischen Bevölkerung einschließlich der deutschen Städte des Westens der Provinz ist heute noch deutsch (51,2 : 48,6); aber der Anteil der Deutschen vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist zurückgegangen von 1895—1910 von 55,4 auf 51,2, während der polnische Teil entsprechend gestiegen ist. Die prozentuale Zunahme von Jahrfünft zu Jahrfünft läßt aber deutlich erkennen, daß der Zunahme-Quotient des polnischen und des katholischen Anteiles stetig zurückgeht (18,9 — 11,2 — 10,4) während der deutschen Anteil zuletzt wieder steigt (9,6 — 5,7 — 6,1). Auch der Rückgang des Zunahme-Quotienten der evangelischen und der jüdischen Bevölkerung wird im letzten Jahrfünft geringer.

Es ist also im allgemeinen eine Verschiebung in der städtischen Bevölkerung zugunsten des Polentums eingetreten, und zwar seit 1895 um 8,2 Prozent. Eine solche Polonisierung der Städte mußte — wie eingangs bemerkt — eintreten, da die Landbevölkerung zu 68 % und mehr polnisch

Digitized by Google

ist und auch die natürliche Vermehrung der polnischen Bevölkerung fast doppelt so stark[1]) ist als die der Deutschen.

2. Ein Vergleich der einzelnen Städtegruppen mit einander läßt die Tatsache erkennen: je kleiner die Stadt ist, desto rascher sinkt der Zunahme-Quotient der gesamten Bevölkerung, um schließlich negativ zu werden. Von 1885—1910 sinkt der Zunahme-Quotient der einzelnen Gruppen von 88 auf 1 und — 1.

Ganz deutlich grenzen sich die 49 Städte unter 2000 Einwohnern in beiden Übersichten von 1885—1910 und 1895—1910 von den übrigen ab. Der Zunahmequotient ist hier auffallend niedriger als bei den Städten über 2000 Einwohnern, nämlich um 24,6; bei der evangelischen Konfession tritt ein plötzliches Sinken um 28,4 ein und der Quotient wird schließlich negativ, bei der jüdischen um 9, bei der katholischen sogar um 34, d. h. die Städte unter 2000 Einwohner entwickeln sich nicht mehr, sondern sterben in ihrer Mehrzahl ab. Nur einzelne von ihnen zeigen — wie unten ersichtlich — Ansätze zu neuem Leben.

Was den Anteil der Konfessionen betrifft, so tritt der allgemeine Rückgang am deutlichsten bei der jüdischen Bevölkerung hervor: von — 40 fallend auf — 71. Nur in den Städten von 2000 bis 5000 Einwohner ist die Abnahme etwas geringer. Das findet seine Erklärung darin, daß jener Gruppe eine Anzahl sogenannter Ansiedlerstädte angehören, in denen die Abwanderung der Juden nachläßt. Während bei der evangelischen Bevölkerung der Zunahmequotient je kleiner die Städte, auch desto niedriger und schließlich negativ wird, tritt bei der katholischen Bevölkerung in den kleinsten Städten wieder eine Steigerung ein: von 14 auf 21 bzw. 12,7 auf 13,7. Im Verhältnis der deutschen zur polnischen Bevölkerung gilt das gleiche wie bei den Konfessionen. Der Zunahmequotient sinkt je kleiner die Stadt wird und wird auf deutscher Seite schließlich negativ, steigt aber unerwartet bei den kleinsten Städten auf polnischer Seite von 10 auf 20. Daraus erhellt der Schluß: Je kleiner die Stadt, desto rascher verfällt sie der Polonisierung, desto ungünstiger müssen die Verhältnisse für die deutsche und natürlich auch für die gesamte Bevölkerung der Stadt werden.

3. Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten in den einzelnen Städtegruppen vom Hundert der Einwohnerzahl ist nach dem Stande von 1910 folgender:

| Städte von | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch |
|---|---|---|---|---|---|
| 25—27 000 Einw.: | 42,5 | 54,5 | 2,9 | 59,6 | 40,2 |
| 5—20 000 „ | 37,6 | 38,2 | 4,2 | 54,3 | 45,7 |
| 2— 5 000 „ | 33,5 | 63 | 3,5 | 44,5 | 55,5 |
| 1— 2 000 „ | 27 | 70,2 | 2,7 | 42 | 58 |
| unter 1 000 „ | 32,1 | 65,3 | 2,5 | 42 | 58 |

[1]) vgl. Zeitschrift d. Kgl. Stat. Landesamts 52. Jahrgang 1912 IV. Abteilung S. 382.

Digitized by Google

Die Übersicht zeigt am deutlichsten: Je größer die Stadt, je stärker ist das Deutschtum, je kleiner die Stadt desto größer ist der Anteil des Polentums. —

## II. Die Entwickelung der Städte.

Während die Städte in ihrer Gesamtheit wie die einzelnen Städtegruppen einen Rückgang des Deutschtums und mehr oder weniger einen allgemeinen Stillstand nachweisen, so ändert sich doch das Bild zum Besseren, wenn man aus allen Gruppen diejenigen Städte herausgreift, die überhaupt eine Entwicklungsfähigkeit in den letzten 15 Jahren, 1895—1910 zeigen.

Von den 129 Städten nahmen an Einwohnerzahl in dieser Zeit zu:

1 Stadt um 112 % (Posen),
9 Städte von 50—100 %[1])
30 „ „ 25— 50 %[2]),
29 „ „ 10— 25 %[3]),
29 „ „ 1— 10 %[4]) und
31 „ nahmen an Einwohnerzahl ab[5]).

Von den abnehmenden Städten, haben 19 unter 2000 Einwohner, 9 Städte 2000—5000 Einwohner, die übrigen drei sind

[1]) Jarotschin 77 %, Schönlanke 75 %, Kosten 69 %, Kolmar 68 %, Gostyn 63 %, Birnbaum 62 %, Janowitz 61 % (seit 1885 182 %), Sandberg 55 %, Schneidemühl 53 % (seit 1885 110 %).

[2]) Pakosch 49 %, Kruschwitz 47 %, Grätz 45 %, Ostrowo 42 %, Bartschin 42 %, Rostschin 42 %, Wreschen 41 %, Mogilno 41 %, Wollstein 40 %, Obornik 40 %, Samter 40 %, Crone a. d. B. 39 %, Wissek 38 %, Schroda 38 %, Punitz 38 %, Znin 36 %, Görchen 36 %, Moschin 36 %, Opalenitza 35 %, Pleschen 33 %, Bentschen 32 %, Gembitz 32 %, Strelno 30 %, Wongrowitz 30 %, Ritschenwalde 30 %, Pudewitz 30 %, Scharfenort 29 %, Schildberg 28 %, Lissa 26 % (seit 1885 45 %) Mietschisko 25 %.

[3]) Bromberg (ohne Vororte) 24 %, Gnesen 24 % (seit 1885 63 %), Exin 24 %, Mrotschen 24 %, Hohensalza 23 % (seit 1885 98 %), Fordon 23 %, Argenau 22 %, Schrimm 21 %, Nakel 19 % (seit 1885 37 %), Kroeben 18 %, Gollantsch 18 %, Kriewen 17 %, Miloslaw 16 %, Margonin 15 %, Tremessen 15 %, Netzwalde 14 %, Krotoschin 13 % (seit 1885 31 %), Pinne 13 %, Buk 12 %, Stenschewo 12 %, Oberfitzko 12 %, Rogasen 12 %, Kempen 11 %, Meseritz 11 %, Wronke 11 %, Witkowo 11 %, Grabow 11 %, Pogorzela 10 %, Kletzko 10 %.

[4]) Neutomischel 9 %, Rogowo 9 %, Friedheim 9 %, Zirke 9 %, Raschkow 9 %, Schulitz 8 %, Borek 8 %, Koschmin 8 %, Bnin 8 %, Gonsawa 7 %, Dolzig 7 %, Wirsitz 7 %, Budsin 6 %, Adelnau 6 %, Bojanowo 5 %, Schwersenz 5 %, Wielichowo 5 %, Lobsenz 4 %, Mur.-Goslin 4 %, Schokken 4 %, Mixstadt 4 %, Santomischel 4 %, Kobylin 3 %, Schmiegel 3 %, Filehne 3 %, Schwarzenau 3 %, Czarnikau 2 %, Neustadt b. Pinne 2 %, Storchnest 0,1 %.

[5]) Kurnik 0 %, Schwetzkau 0 %, Fraustadt 0,5 %, Czempin 1,4 %, Rakwitz 1,5 %, Usch 1,5 %, Reisen 1,5 %, Schubin 2 %, Rothenburg a. O. 3 %, Zduny 3 %, Unruhstadt 3,4 %, Tirschtigel 3,5 %, Powidz 4,3 %, Jutroschin 4,6 %, Samotschin 5 %, Kopnitz 5 %, Rawitsch 7 %, Schwerin 7 %, Neustadt a. W. 7,7 %, Labischin 8 %, Dobrzyca 8 %, Sulmierschütz 9 %, Bomst 9 %, Xions 9,6 %, Jaratschewo 10,7 %, Schlichtingsheim 10,9 %, Bretz 11 %, Blesen 13,8 %, Zerkow 14,8 % und Sarne 27,5 %.

Digitized by Google

Fraustadt (7500), Rawitsch (11 500), Schwerin (6700). Ihre Abnahme ist auf ihre ungünstige Lage in der Nähe größerer Städte (Breslau, Lissa, Glogau, Landsberg a. W.) zurückzuführen, die allen Verkehr naturgemäß an sich ziehen.

Bei einer Betrachtung der zunehmenden Städte wird man sich darüber klar sein, daß aus der Zunahme nicht ohne weiteres auf eine wirtschaftliche Entwicklung geschlossen werden kann. Die Zunahme kann eine rein zufällige und vorübergehende sein, z. B. während der Bauperiode einer Eisenbahn in den kleinen Städten (Adelnau seit 1905 6 %), sodaß später wieder ein Rückgang der Bevölkerungsziffer zu erwarten ist, wie es deutlich in Schubin eintrat, wo die Bevölkerung 1900—1905 zunahm und 1910 wieder auf den Stand von 1900 zurückgegangen ist. So wird auch der Zeitpunkt zu beachten sein, in dem die Periode der Zunahme bzw. stärkeren Zunahme eintritt, weil daraus auf den Faktor geschlossen werden kann, der den Zuwachs der Bevölkerung veranlaßt hat, und auf die Schnelligkeit der Zunahme, die für die Beurteilung der Frage mit maßgebend ist. Wenn Krotoschin in 15 Jahren nur 13 % zunimmt, so deutet das auf eine Entwicklung nicht hin. Man wird vielmehr auf eine beginnende Entwicklung der einzelnen Stadt erst dann schließen können, wenn neue und dauernde Erwerbsgelegenheiten in größerer Zahl entstanden sind. Aus den in obiger Anmerkung aufgeführten Zunahmeprozenten seit 1895 ist also auf eine wirtschaftliche Entwicklung der betr. Stadt nicht ohne weiteres zu schließen.

Das Wachstum der Bevölkerung der Städte tritt ein, wenn man von geringem Zuwachs als natürliche Zunahme[1]) absieht, und von 1895 ab mindestens 10 Prozent Zunahme in je 5 Jahren zu Grunde legt bei 6 Städten[2]) in der Periode von 1885—1895, bei 15 Städten[3]) zwischen 1895 und 1900, bei 20 Städten[4]), in der Zeit von 1900 bis 1905 und bei 12 Städten[5]) in der Zeit nach 1905. Danach würden von den 129 Städten der Provinz 53 eine Zunahme aufweisen, die auf eine Entwicklung, wenn auch zum Teil eine geringe, schließen lassen.

Bei 47 von den 53 Städten fällt der Beginn der Entwicklung in die Zeit seit 1895.

---

[1]) In der Provinz Posen beträgt auf 1000 Lebende der Geburtenüberschuß durchschnittlich 1906—10 jährlich rund 18. Die natürliche Vermehrung beträgt danach für den Zeitraum von 5 Jahren 9 %. Vgl. Stat. Jahrbuch 1912, S. 32, 37, 50.

[2]) Janowitz, Schneidemühl, Hohensalza, Gnesen, Lissa, Nakel.

[3]) Kosten, Gostyn, Kolmar, Sandberg, Pakosch, Kruschwitz, Obornik, Schroda, Görchen, Opalenitza, Znin, Gembitz, Strelno, Wongrowitz, Pudewitz.

[4]) Jarotschin, Schönlanke, Birnbaum, Grätz, Ostrowo, Mogilno, Kostschin, Bartschin, Wreschen, Samter, Crone a. d. Br., Wissek, Punitz, Pleschen, Bentschen, Ritschenwalde, Mietschisko, Exin, Fordon, Schrimm.

[5]) Wollstein, Moschin, Scharfenort, Argenau, Gollantsch, Kriewen, Margonin, Pinne, Raschkow, Oberfitzko, Grabow und Kempen.

Digitized by Google

Die gesamte städtische Bevölkerung in den beiden Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen nahm zu:

| | in Posen: | in Westpreußen: |
|---|---|---|
| 1871—1885: | 64 000 = 15 %, | 72 800 = 21 %, |
| 1885—1895: | 52 000 = 10,7 %, | 55 400 = 13,2 %, |
| 1895—1905: | 126 000 = 23,2 %, | 89 900 = 19,2 %, |
| 1900—1910: | 108 000 = 18 %. | 82 400 = 15 %. |

In der unter den gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen stehenden Provinz Ostpreußen [1]) nahm die städtische Bevölkerung zu:

| | |
|---|---|
| 1871—1885: | 76 000 = 19 %, |
| 1885—1895: | 63 000 = 13,4 %, |
| 1895—1905: | 84 000 = 15,8 %, |
| 1900—1910: | 78 800 = 13,4 %. |

Vergleicht man die beiden Ansiedlungsprovinzen zusammen mit Ostpreußen, so ergibt sich folgende Zunahme:

| | Posen und Westpreußen: | in Ostpreußen: |
|---|---|---|
| 1871—1885: | 18 %, | 19 %, |
| 1885—1895: | 11,8 %, | 13,4 %, |
| 1895—1905: | **21,3** %, | **15,8** %, |
| 1900—1910: | 16,8 %, | 13,4 %. |

Während in Posen und Westpreußen mit dem Jahre 1895 eine Zunahme der städtischen Bevölkerung von 11,8 auf 21,3 — um 9,5 — stattfindet, tritt in Ostpreußen nur eine Steigerung von 13,4 auf 15,8 — um 2,4 — ein, und die weitere Entwickelung in Ostpreußen bleibt hinter der in Posen und Westpreußen zurück. Daraus folgt, daß in diesen beiden Provinzen ein Faktor wirken muß, der in Ostpreußen nicht vorhanden ist. Das ist die Tätigkeit der Ansiedlungs-Kommission, der Goldregen, der über die Provinzen ergangen ist und naturgemäß die Städte sowohl wie beide Nationalitäten berühren mußte, der Menschenstrom, die neuen Arbeitskräfte, die Steigerung des Verkehrs, von Produktion und Konsum, die Entstehung neuer Absatzgebiete für das städtische Gewerbe — es sei nur des Baugewerbes, des gesteigerten Konsums von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen, Konfektion und dergl. gedacht — die auch die Bildung von industriellen Unternehmen begünstigt hat. Damit ist auch erwiesen, daß es nicht die Zollpolitik ist, die die Entwickelung der Provinzen Posen und Westpreußen allein herbeigeführt hat, wenn sie auch ganz gewiß mitgewirkt hat. Wäre aber die Ostmarkenpolitik — wie von anderer Seite behauptet wird — wirkungslos, so müßte Ostpreußen die gleiche Entwickelung zeigen wie das ärmere Posen und Westpreußen. Das ist aber nicht der Fall. *So ist die innere Kolonisation zugleich die beste Städtepolitik für die Ostmarken.* Denn sie schafft neuen Absatz und neue Erwerbsgelegenheiten. Das ist das allein Richtige. *Nur solche*

[1]) Schlesien oder Brandenburg zum Vergleich heranzuziehen ist deshalb nicht angängig, weil dort große Industriezentren vorhanden sind, und auch in Pommern sind infolge der Lage der Provinz die Verhältnisse andere.

Digitized by Google

Momente zu fördern, die neue Existenzmöglichkeiten schaffen, und diese mit Deutschen zu besetzen, kann das Ziel einer ostmärkischen Städtepolitik sein, die auf Erfolg rechnet.

Es ist oben bereits gesagt worden, daß die Faktoren, die im einzelnen Falle die Entwicklung der Stadt herbeigeführt haben, zu erkennen sind. Als solche kommen in Frage: Industrie, Eisenbahn (Eisenbahnknotenpunkte und Verkürzung der Entfernungen) Garnisonen, Errichtung von Schulen, Internaten und ähnlichen Anstalten, Eingemeindungen, Momente, die eine Zunahme der Stadt direkt herbeiführen, ferner der Handelsverkehr bei einigen Grenzstädten und die Bauernansiedlung, als indirekt wirkende Mittel. —

Die Kleinsiedlung d. h. die Ansiedlung von gewerblichen und industriellen Arbeitern, kleinen Beamten und Handwerkern im Stadtgebiet kommt als städtebildender Faktor in dem Sinne nicht in Betracht[1]). Sie schafft keine neue Erwerbsmöglichkeiten, sie unterstützt vielmehr nur den städtebildenden Faktor insofern, als sie die durch ihn herangezogenen Existenzen wirtschaftlich günstiger stellt, ihnen bessere Wohnungen schafft. Die Kleinsiedlung vermehrt die Erwerbsmöglichkeiten für dritte nur durch den Bau der Häuser selbst und durch eventl. Festhalten pensionierter Beamter am Orte. Beide Fälle sind aber zu gering, um überhaupt ins Gewicht fallen zu können. Wenn z. B. in Raschkow 34 Stellen geschaffen worden sind, deren Inhaber sich durch Landarbeit bei den umwohnenden Ansiedlern ernähren[2]), so ist der städtebildende Faktor der Arbeitgeber, ohne den die Existenz des Kleinsiedlers unmöglich ist. Der Wert der Kleinsiedlung liegt aber darin, daß der Ansiedler einen deutschen Arbeiter beschäftigt und die Zahl der Deutschen dadurch in Raschkow gestiegen ist. Für das wirtschaftliche Leben von Raschkow bedeutet der Kleinsiedler sehr wenig, er würde das gleiche bedeuten, auch wenn er bei dem Ansiedler im Dorfe wohnte. Aus diesem Grunde zeigen auch diejenigen Städte, in denen Kleinsiedler selbst in größerer Zahl angesiedelt sind, keine Zunahme, über die natürliche Vermehrung hinaus. Eine solche tritt nur dann ein, wenn gleichzeitig ein Faktor vorhanden ist, der neue Erwerbsmöglichkeiten schafft. Das beweist schon Raschkow (1770 Einw.). Die Stadt nahm 1905—1910 (Zeit der Besiedlung 1906—10) nur um 6,2 % zu, trotz 34 Kleinsiedlerfamilien, die auf ca. 200 Seelen zu veranschlagen sind. Der Ansiedler geht nicht nach Raschkow, sondern nach Ostrowo zum Markt, weil Raschkow zu klein ist, seine Produkte ihm abzunehmen, wie seine Ansprüche zu befriedigen. In Rogasen sind 32 Kleinsiedlerstellen geschaffen worden, die Gesamtbevölkerung der Stadt vermehrte sich seitdem nur um 6 %, und blieb damit ebenfalls hinter der

[1]) Nach einer Aufstellung der Spezial-Kommission in Posen sind bis Ende 1912 430 Kleinsiedlerstellen in 27 Städten begründet worden. Davon waren etwa 160 gewerbliche Arbeiter.

[2]) Vgl. Riechert, Die Kleinsiedelungen der Königl. Generalkommission zu Bromberg, Seite 46, Berlin 1908.

Digitized by Google

natürlichen Vermehrung zurück. In Schwersenz wurden 1907—1910 31 Stellen geschaffen. Die Bevölkerung der Stadt nahm 1905 bis 1910 nur um 8,7 % zu, nicht über die natürliche Vermehrung hinaus, und dabei entwickelte die Stadt eine Reihe gewerblicher Unternehmungen. Tritt eine über die natürliche Vermehrung der Bevölkerung hinausgehende Zunahme in Städten ein, in denen Kleinsiedlungen geschaffen sind, wie z. B. in Kolmar (37 Kleinsiedlerstellen), so ist nicht die Kleinsiedlung, sondern die Industrie, deren Angestellte und Arbeiter seßhaft gemacht wurden, der städtebildende Faktor.

Es wird für die Frage der ostmärkischen Städtepolitik von Interesse sein festzustellen, in welcher Weise die einzelnen Faktoren auf die Entwicklung der Stadt und die Nationalitäten ihrer Einwohner gewirkt haben. Treffen mehrere solcher Faktoren bei einer Stadt gleichzeitig zusammen, so ist anzunehmen, daß die Zunahme der Bevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung nach der einen oder anderen Richtung rascher sein wird. Diese Fragen zu untersuchen soll in Folgendem versucht werden.

Bei der Einteilung der Städte ist zunächst darauf Bedacht genommen worden, daß jede Stadt ein gewisses gewerbliches Leben, auch kleinere industrielle Unternehmungen hat — dadurch unterscheidet sie sich wirtschaftlich vom Dorfe — und daß sie ein gewisses Verkehrszentrum bildet. Um ein Bild von der Wirkung des einen oder anderen Faktors zu gewinnen, mußte das charakteristische Merkmal der Stadt maßgebend sein, und Städte, die zwar über die natürliche Vermehrung hinaus zugenommen haben, aber ein Charakteristikum nicht deutlich erkennen ließen, weil mehrere Faktoren gleichzeitig, aber alle nur in ersten Anfängen vorhanden waren, mußten aus der Betrachtung ausscheiden. Es mußten weiterhin die deutschen Städte, die an der Westgrenze der Provinz im deutschen Sprachgebiet liegen, fortbleiben, weil durch ihre Einbeziehung das gewonnene Bild zugunsten des Deutschtums verschoben und damit das Nationalitätenverhältnis nicht richtig zum Ausdruck gekommen worden wäre.

Es ist ferner zu berücksichtigen: Der Eisenbahnverkehr im Ansiedlungsgebiete und auch industrielle und gewerbliche Anlagen in den Städten dieses Gebietes sind der Bauernansiedlung nachgefolgt. Sie hat durch die erhöhte Steigerung von landwirtschaftlicher Produktion[1]) und Konsum auch den erhöhten Eisenbahn- insbesondere Frachtverkehr herbeigeführt[2]) und ist für Handel und Industrie ein neues Absatzgebiet geworden, das ihre Ertwicklung ermöglicht und gefördert hat.

Die Industrie ist ein allgemein anerkannter städtebildender Faktor. Auch wenn sie ihre Entstehung oder Förderung der Bauernansiedlung verdankt, erscheint es zweckmäßig, die Ansiedlungsstädte mit Industriebildung in der Gruppe der Ansiedlungsstädte neben den reinen Ansiedlungsstädten zu betrachten. Neben den großen Eisenbahnknotenpunkten sind einige

[1]) Vgl. Keup u. Mührer „Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft" Berlin 1913.

[2]) Vgl. Vosberg a. a. O. S. 15 und 17 flg. und „Statistische Darstellungen aus dem Kreise Gnesen" herausgegeben vom Kreisausschuß Gnesen 1911 S. 20 flg.

Digitized by Google

Städte vorhanden, die Eisenbahnkreuzungspunkte sind, die aber nicht Sitz einer Verwaltung geworden, sondern nur ein Verkehrszentrum sind. Auch diese Städte sind zu einer besonderen Gruppe zusammengestellt worden. Es mußten aber hierbei zwei Eisenbahnverkehrspunkte gesondert berücksichtigt werden, die sich durch Industrie und Gründung von neuen staatlichen Anstalten vor den anderen auszeichnen. Um das Bild der Posenschen Städte zu vervollständigen, mußte schließlich diesen Städtegruppen eine Gruppe von Städten gegenüber gestellt werden, die zu den Typen der Posenschen Städte gehören, solche, die von Latifundien und befestigtem Großgrundbesitz eingeschlossen sind.

Es wären danach zu unterscheiden:

1. Industriestädte,
2. Ansiedlungsstädte,
3. Eisenbahnknotenpunkte,
4. Eisenbahnverkehrsstädte,
5. Grenzverkehrsstädte,
6. Garnisonstädte,
7. Städte mit Ansiedlerumgebung, Eisenbahnverkehr, Industrie und staatlichen Anstalten,
8. Städte im befestigten Großgrundbesitz.

## 1. Die Industrie-Städte.

Hohensalza, Nakel, Kosten, Samter, Schroda, Gostyn, Kolmar, Opalenitza, Kruschwitz, Pakosch, Crone a. Br. und Görchen.

Daß diese 12 Städte, deren Größe zwischen 26000 und 2600 Einwohnern schwankt, nicht Industriestädte im Sinne des schlesischen oder westfälischen oder auch nur des Industriebezirks in der Lausitz sind, braucht wohl nicht besonders betont werden. Es handelt sich in einzelnen Fällen oft nur um ein größeres Unternehmen, eine Zuckerfabrik, die aber bei der Kleinheit der Stadt schon genügt, um dem Orte ein industrielles Gepräge aufzudrücken. Die Zuckerfabriken Posens gehören zu den bedeutenderen Betrieben ihrer Art. Sie beschäftigen gerade zur Zeit der Volkszählung (1. Dezember) eine größere Zahl Arbeiter, und schon daraus geht hervor, daß sie für die zahlenmäßige Zu- und Abnahme der Stadt und der Nationalität ihrer Einwohner von Wichtigkeit sind. Die Stadt Schönlanke im Kreise Czarnikau ist als rein deutsche Stadt außer Betracht geblieben. Die Stadt Gostyn ist zwar zugleich ein Eisenbahnverkehrszentrum, doch hat die dortige Industrie (Zuckerfabrik) erst den Eisenbahnverkehr nach sich gezogen. In der Nähe einiger der genannten Städte liegen zwar Ansiedlergemeinden, doch sind sie infolge ihrer geringen Zahl und zum Teil auch der kurzen Zeit ihres Bestehens wegen für die Stadt ohne wesentliche Bedeutung.

Diese Städte haben nun folgende Entwicklung genommen:

Digitized by Google

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 19 666 | 39 551 | 4 199 | 27 030 | 36 370 | 63 418 |
| 1905: | 24 059 | 54 378 | 3 269 | 32 177 | 49 528 | 81 705 |
| 1910: | 24 801 | 60 703 | 2 734 | 33 056 | 55 176 | 88 280 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten beträgt vom Hundert der Gesamtbevölkerung:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 31 | 62 | 6,5 | 42,5 | 57 |
| 1905: | 29 | 66 | 4 | 39 | 61 |
| 1910: | 28 | 68 | 3 | 37,5 | 62,5 |

Zunahme 1895—1910 in %:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| + 26 | + 53 | — 35 | + 22 | + 51,5 | + 39 |

Zunahme 1905—1910 in %:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| + 3,5 | + 10,8 | — 16,5 | + 2 7 | + 11,4 | + 8 |

Die Polen nahmen 1895—1910 um fast $2^1/_2$ mal so stark zu als die Deutschen. D. h. die Industrie wirkt polonisierend.

## 2. Die Ansiedlungsstädte.

Gnesen, Mogilno, Wongrowitz, Znin, Janowitz, Pudewitz, Kostschin und Pleschen.

Als Ansiedlungsstädte sind diejenigen Städte aufzufassen, um die ein dichter Kranz neuer deutscher Bauerngemeinden entstanden ist, und dadurch die Erwerbsmöglichkeiten vermehrt wurden. Die Besiedlung der Gemeinden muß im allgemeinen wenigstens fünf Jahre vor der letzten Volkszählung, deren Ergebnis hier in Betracht kommt, d. h. vor 1905 beendet gewesen sein, da andernfalls die Ansiedler aus den oben bereits angeführten Gründen als städtebildender Faktor noch nicht in Frage kommen können. Eine bestimmte Zahl von Gemeinden anzusetzen, ist nicht möglich, da die Größe der eingeschlossenen Stadt, die Lage der Ansiedlungsgemeinden, die Nähe anderer Marktplätze und andere lokale Verhältnisse mitbestimmend sind.

Die von Ansiedlungsgütern und -Gemeinden umgebene Stadt Schmiegel kommt als Ansiedlungszentrum noch nicht in Betracht. Keine der bereits bestehenden neuen Landgemeinden ist vor 1905 geschaffen. Die Stadt Wreschen, die in der Denkschrift des Staatsministeriums „20 Jahre deutscher Kulturarbeit 1886—1906" unter den Ansiedlungsstädten genannt ist, ist unten als Garnisonstadt behandelt worden, weil der stärkere Bevölkerungszuwachs auf die Belegung der Stadt mit Garnison im Jahre 1904 zurückzuführen ist. Es ist aber bei Besprechung der Garnisonstädte des Charakters der Stadt zugleich als Ansiedlungsstadt Rechnung getragen worden.

Digitized by Google

Bei Janowitz ist die aus dem Rittergut gleichen Namens entstandene Landgemeinde Janowitz-Ost mitgezählt worden, da sie mit der Stadt unmittelbar zusammenhängt und eine wirtschaftliche Einheit mit ihr bildet. Behörden, die ihren amtlichen Wohnsitz in der Stadt haben, sitzen heut in Janowitz-Ost, wo sich z. B. auch die evangelische Schule der Stadt befindet. Eine Scheidung zwischen Stadt Janowitz und Janowitz-Ost steht nur noch auf dem Papier.

Von den oben genannten Städten haben Gnesen und Znin Industrie. Um ein klares Bild von der Wirkung der Bauernansiedlung zu erhalten, sind zunächst diese beiden Industrieorte aus der Betrachtung ausgeschieden. Ohne diese beiden Städte zeigen die Ansiedlungsstädte folgendes Bild:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 4 776 | 14 600 | 1 719 | 7 100 | 13 990 | 21 095 |
| 1905: | 6 158 | 18 668 | 1 213 | 8 183 | 17 871 | 26 057 |
| 1910: | 7 326 | 20 660 | 1 015 | 9 332 | 19 721 | 29 055 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 22,5 | 69 | 8 | 33,5 | 66 |
| 1905: | 23,5 | 71,5 | 4,6 | 31,4 | 68,5 |
| 1910: | 25 | 71 | 3,5 | 32,1 | 67,8 |

Zunahme 1895—1910 in %:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| + 54 | + 41 | — 41 | + 31 | + 41 | + 38 |

Zunahme 1905—1910 in %:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| + 19 | + 10,7 | — 16 | + 14 | + 10,3 | + 11,5 |

Die Polen nahmen 1895—1910 um 10 stärker zu als die Deutschen, 1905—10 ist aber eine um 3,7 stärkere Vermehrung der Deutschen eingetreten. Auch der Anteil der Nationalitäten verschiebt sich seit 1905 zu Gunsten des Deutschtums.

Mit Einbeziehung von Gnesen und Znin verschiebt sich das Bild folgendermaßen:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 12 653 | 29 005 | 3 269 | 17 430 | 27 500 | 44 928 |
| 1905: | 14 550 | 36 864 | 2 434 | 19 020 | 34 832 | 53 871 |
| 1910: | 16 264 | 40 582 | 2 018 | 20 757 | 38 169 | 58 941 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

Digitized by Google

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 28,5 | 64 | 7,2 | 38,5 | 61 | |
| 1905: | 27 | 68 | 4,5 | 35,4 | 64,6 | |
| 1910: | 27,5 | 69 | 3,5 | 35,2 | 64,7 | |
| Zunahme 1895—1910 in %: | | | | | | |
| | + 28,5 | + 39,5 | — 38 | + 19 | + 36,5 | + 31,5 |
| Zunahme 1905—1910 in %: | | | | | | |
| | + 11,8 | + 11 | — 17 | + 9,1 | + 9,6 | + 9,4 |

Das Verhältnis der Deutschen zu den Polen ist also hier ungünstiger für die Deutschen als in den reinen Ansiedlungszentren. Der polonisierende Einfluß der Industrie überholt die Zunahme der Deutschen um fast das Doppelte.

Die genannte Denkschrift des Staatsministeriums veröffentlicht S. 262 flg. eine Gegenüberstellung der Bevölkerungsbewegung in folgenden sieben Ansiedlungs- und acht vorwiegend von Großgrundbesitz eingeschlossenen, sogenannten Nichtansiedlungsstädten:

Schönsee, Briesen in Westpreußen und Gnesen, Janowitz, Mogilno, Wreschen, Wongrowitz in Posen, als Ansiedlungsstädte,

Christburg und Stuhm in Westpreußen und Santomischel, Grätz, Rawitsch, Krotoschin, Kosten, Zerkow in Posen, als Nichtansiedlungsstädte.

Das Ergebnis der Untersuchung ist:

Zunahme von 1885—1905

| | Ansiedlungsstädte | Nichtansiedlungsstädte |
|---|---|---|
| Seelenzahl | + 47,40 % | + 8,47 % |
| Haushaltungen | + 45,14 % | + 16,64 % |
| Deutsche | + 32,19 % | — 5,75 % |
| Polen | + 56,70 % | + 35,67 % |
| Evangelische | + 58,54 % | + 2,54 % |
| Katholiken | + 57,38 % | + 25,51 % |
| Juden | — 39,59 % | — 54,25 % |

Die Fortsetzung dieser Übersicht 1905—1910 bezüglich der Nationalitäten führt zu folgendem Ergebnis:



Digitized by Google

| | 1905 | | 1910 | | 1905—1910 | | 1885—1910 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | A.-St.[1]) | N.-St. | A.-St. | N.-St. | A.-St. % | N.-St. % | A.-St. % | N.-St. % |
| Seelenzahl | 52 247 | 45 031 | 57 936 | 47 262 | +10,9 | + 4,9 | +63,4 | +13,8 |
| Deutsche . | 19 322 | 23 617 | 22 190 | 25 244 | +14,8 | + 6,9 | +51,8 | + 0,8 |
| Polen . . . | 32 901 | 20 853 | 35 725 | 21 986 | + 8,5 | + 5,4 | +70,1 | +43 |

Hierzu ist zu bemerken:

1885—1910:

In den A.-Städten nimmt das Deutschtum um 51,8 %, das Polentum um 70,1 % zu, Differenz 18,3. Von 1885—1905 betrug diese Differenz noch 24,5. Es ist also ein Rückgang in der Zunahme des Polentums festzustellen.

In den N.-Städten nimmt das Deutschtum um 0,8 %, das Polentum um 43,0 % zu, Differenz 42,2. Von 1885 bis 1905 betrug diese Differenz nur 41,3. Die stärkere Vermehrung des Polentums ist also hier im Fortschreiten begriffen.

Das Deutschtum nimmt in den A.-Städten um 51,8 %, in den N.-Städten 0,8 % zu, Differenz 51. Von 1885 bis 1905 betrug die Differenz nur 37,9. Das Deutschtum schreitet also in der Entwicklung vorwärts.

Das Polentum nimmt in den A.-Städten um 70,1%, in den N.-Städten um 43 % zu, Differenz 27. Von 1885 bis 1905 betrug diese Differenz nur 21. Die Polonisierung nimmt also nicht so rasch zu, wie das Deutschtum.

1905—1910.

In den A.-Städten nimmt das Deutschtum um 14,8 %, das Polentum nur um 8,5 % zu, d. h. die Zunahme des Deutschtums in den A.-Städten ist im letzten Jahrfünft eine stärkere geworden als die des Polentums. Die Differenz zu Gunsten des Deutschtums beträgt bereits 6,3, während von 1900—1905 diese Differenz nur 4,3[2]) beträgt. Die Verhältnisse für das Deutschtum gestalten sich also günstiger.

In den N.-Städten nimmt das Deutschtum um 6,9 %, das Polentum um 5,4 % zu, d. h. die deutsche Bevölkerung hat um 1,5 stärker zugenommen als die polnische. Von 1900—1905 nahm das Polentum in dieser Städtegruppe um 13,1 stärker zu als das Deutschtum.

Das Deutschtum nimmt in den A.-Städten um 7,9 stärker zu als in den N.-Städten.

Das Polentum nimmt in den A.-Städten nur um 5,2 stärker zu als in den N.-Städten.

[1]) A. St. = Ansiedlungsstädte, N. St. = Nichtansiedlungsstädte.

[2]) 1900—1905: Zunahme in den A.-Städten der Deutschen + 11,28 %, der Polen + 15,64 %.

Digitized by Google

### 3. Die Eisenbahnknotenpunkte.

Bentschen und Jarotschin.

Schneidemühl ist als rein deutsche Stadt fortgelassen.

Als Eisenbahnknotenpunkte sind diejenigen Orte verstanden, in denen die Eisenbahn für die Stadt nicht bloß den Verkehr erschließt, sondern eine Zentrale der Betriebs- und Verkehrsverwaltung geschaffen hat und durch Anhäufung von Beamten, Angestellten und Arbeitern den Bürgern der Stadt Erwerbsmöglichkeiten erweitert bzw. neu geschaffen hat.

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 2551 | 3900 | 442 | 3807 | 3086 | 6893 |
| 1905: | 3870 | 4931 | 334 | 5151 | 3984 | 9135 |
| 1910: | 4543 | 5867 | 312 | 5982 | 4740 | 10725 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 37 | 56 | 6,4 | 51 | 44,5 | |
| 1905: | 42,5 | 54 | 3,5 | 56,5 | 43,5 | |
| 1910: | 42 | 54,5 | 2,9 | 55,5 | 44,1 | |
| Zunahme 1895—1910 in %: | | | | | | |
| | + 78 | + 50,5 | — 29,5 | + 57 | + 53 | + 55,5 |
| Zunahme von 1905—1910 in %: | | | | | | |
| | + 17 | + 19 | — 6,5 | + 16 | + 19 | + 17,5 |

Die Zunahme der Deutschen ist also um 4 seit 1895 stärker als die der Polen, doch scheint diese stärkere Vermehrung seit 1905 bereits wieder zurückzugehen.

### 4. Die Eisenbahnverkehrsstädte.

Obornik, Rogasen, Exin, Schubin, Kröben—Birnbaum und Grätz.

Im Gegensatz zu den Eisenbahnknotenpunkten handelt es sich hier um Städte, die Kreuzungspunkte von Bahnstrecken geworden sind, in denen durch Verkürzung der Entfernung die Umgebung der Stadt nähergebracht, der Verkehr nach der Stadt erleichtert und gehoben wird, ohne daß eine besonders starke Vermehrung der Beamtenschaft eingetreten ist. Rogasen gehört zwar nicht zu den Städten, die sich entwickeln, da es seit 1895 nur um 12% zugenommen hat, und sollte darum aus der Betrachtung ganz ausgeschieden werden. Es erschien aber wegen der Gleichartigkeit seiner Lage mit Obornik doch notwendig es hier mit einzufügen. Die Städte Grätz und Birnbaum, die ebenfalls Eisenbahnverkehrsstädte sind, sind besonders betrachtet worden, da ihre Zunahme zum größten Teil auf Eingemeindungen anstoßender Dörfer zurückzuführen ist.

Die Städte Obornik, Rogasen, Exin, Schubin und Kröben sind in ihrer Lage insofern ähnlich, als sie weniger bäuerliche und zum Teil



Digitized by Google

(Kröben, Exin, Schubin) stark polnische Umgebung haben. Die in der Nähe liegenden Ansiedlungsgemeinden sind noch nicht alt und an Zahl gering, sodaß sie nur einen unwesentlichen Einfluß ausüben können. In den fünf Städten verkehren täglich je 20 und 22 Lokalzüge, die diese Orte mit der Nachbarschaft verbinden, dadurch aber auch den Verkehr nach dem größeren Nachbarorte zu ihren Ungunsten ablenken.

Exin liegt vor den Toren von Nakel, Schubin neigt nach Bromberg, Obornik liegt ¾ Bahnstunden von Posen, Rogasen zwischen Obornik und dem größeren Wongrowitz und auch nur eine Bahnstunde von Posen entfernt und Kröben ist nur 20 Kilometer von Gostyn.

Wie die nachstehende Übersicht ergibt, stehen die Städte ziemlich still, sie haben in 15 Jahren nur 17,5 % zugenommen, dabei haben die Deutschen sich nur um 6 %, die Polen um 28,5 % vermehrt. Die polnische Umgebung ist anscheinend durch den Bahnverkehr herangezogen worden. Der kulturell höherstehende Deutsche benutzt die Verkehrsgelegenheit seine Bedürfnisse besser in der größeren Nachbarstadt zu decken.

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 4709 | 9740 | 1732 | 7460 | 8620 | 16181 |
| 1905: | 4979 | 11910 | 1239 | 7391 | 10733 | 18128 |
| 1910: | 5351 | 12571 | 1081 | 7905 | 11103 | 19011 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 29 | 60 | 10,7 | 46 | 53,5 | |
| 1905: | 27,4 | 65 | 6,8 | 40,5 | 59 | |
| 1910: | 28 | 66 | 5,6 | 41,5 | 58 | |
| Zunahme 1895—1910 in %: | | | | | | |
| | + 13,5 | + 29 | — 37,5 | + 6 | + 28,5 | + 17,5 |
| Zunahme 1905—1910 in %: | | | | | | |
| | + 7,5 | + 5,5 | — 12,8 | + 6,9 | + 3,4 | + 4,8 |

Die Zunahme der Einwohnerschaft ist gering. Die Polen haben 1895—1910 um 22 stärker zugenommen als die Deutschen. In dem letzten Jahrfünft 1905 bis 1910 nimmt die deutsche Bevölkerung wieder stärker zu als die polnische und die Gesamtbevölkerung. Das findet seine Erklärung wohl darin, daß in dem letzten Zeitraum neue Bahnlinien gebaut wurden, die deutsche Kräfte heranzogen. Erst die nächste Volkszählung wird zeigen, ob diese Wirkung eine dauernde oder nur eine vorübergehende ist.

Auch in Grätz und Birnbaum ist ein täglicher Lokalzugverkehr von 20 bzw. 26 Zügen und die Städte sind erst nach 1905 durch den Bau neuer Bahnlinien Verkehrszentren geworden. Die Zunahme der Bevölkerung, die von 1895—1910 in Grätz 36 %, in Birnbaum 64 % beträgt,

Digitized by Google

ist in der Hauptsache, wie bereits bemerkt, auf Eingemeindungen zurückzuführen. In Birnbaum wurde das anstoßende Dorf Lindenstädt Anfang des Jahrhunderts eingemeindet; in Grätz um die gleiche Zeit die Landgemeinde Doktorowo. Grätz sah sich zu diesem Schritt gezwungen, weil es durch befestigten Grundbesitz begrenzt nur durch Eingemeindung der genannten Landgemeinde eine Ausdehnungsmöglichkeit gewinnen konnte. Beide Städte zeigten nach der Eingemeindung, d. h. seit 1905 keine wesentliche Zunahme mehr. Grätz nimmt in den letzten fünf Jahren nur noch um etwa 6 %, Birnbaum um 3 % zu. Die Industrie in Grätz, die bekannten Grätzer Bierbrauereien, mit starkem Export hat die Entwicklung der Stadt in den letzten Jahrzehnten nicht beeinflußt.

In Birnbaum nahm die Bevölkerung von 1895—1910 zu:

| | Evangel. | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | + 57% | +102% | — 47% | + 58% | +112% | + 64% |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung war im Jahre 1910:

| 60 | 36 | 2 | 85 | 14 |
|---|---|---|---|---|

In Grätz nahm die Bevölkerung zu in %:

| von | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1885—1905: | + 29 | + 46,7 | — 31,5 | + 17 | + 48 | + 36 |
| 1905—1910: | — 4,6 | + 11,5 | — 30,5 | — 9,3 | + 12,3 | + 5,9 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung im Jahre 1910 ist:

| 19 | 77 | 3 | 26 | 74 |
|---|---|---|---|---|

Hier hat durch die Eingemeindung das Polentum eine starke Zunahme erfahren, und die deutsche Bevölkerung nimmt im letzten Jahrfünft über 9 % ab.

Eisenbahnverkehrszentren, die sich gut entwickeln, sind noch die Städte Lissa und Wollstein. Ihre Einreihung in diese Gruppe erscheint aber deshalb nicht gerechtfertigt, weil neben dem Eisenbahnverkehr noch andere Faktoren sich geltend machen. Ihre Behandlung erfolgt an letzter Stelle besonders.

### 5. Die Grenzverkehrsstädte.

Fordon, Kempen, Ostrowo, Schildberg.

Es handelt sich hier um Städte, die infolge ihrer Lage an der russischen Grenze einen Handelsverkehr mit Rußland entwickelt haben. Der Verkehr ist in Ostrowo am stärksten. In der Grenzstation Neu-Skalmierschütz ist der größte Güterbahnhof der Provinz entstanden, und von dort über Ostrowo vollzieht sich die Haupt-Ein- und Ausfuhr von und nach Rußland. Ähnlich, wenn auch nicht annähernd so stark, liegen die

Digitized by Google

Verhältnisse in Kempen und Schildberg, wo der Verkehr über Wilhelmsbrück bzw. Grabow stattfindet. In Fordon ist es der Flößer- und Schiffsverkehr aus Rußland auf der Weichsel; Bromberger und andere Firmen haben hier Vertretungen.

Die Städte haben sich, wie folgt, entwickelt:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 6 943 | 12 908 | 2 812 | 11 400 | 11 260 | 22 660 |
| 1905: | 8 671 | 16 000 | 2 053 | 12 868 | 13 854 | 26 725 |
| 1910: | 9 343 | 18 228 | 1 884 | 13 735 | 15 751 | 29 491 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung beträgt:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 30,5 | 57 | 12 | 50,5 | 49,5 | |
| 1905: | 32 | 60 | 7,7 | 48 | 51,6 | |
| 1910: | 31,5 | 62 | 6,4 | 46,5 | 53 | |
| Die Zunahme 1895—1910 beträgt in %: | | | | | | |
| | +34,5% | +41% | —29 | +20,3 | +40 | +30 |
| Die Zunahme 1905—1910 beträgt in %: | | | | | | |
| | +7,7 | +13,8 | —8,5 | +6,7 | +13,6 | +10,3 |

## 6. Die Garnisonstädte.

### Schrimm und Wreschen.

Seit 1895 haben in der Provinz Posen nur zwei Städte Garnison erhalten: Schrimm und Wreschen je ein Bataillon Infanterie im Jahre 1904. Beide Städte lassen sich aber nicht sozusagen in einen Topf werfen. Die Umgebung von Wreschen ist zum Teil besiedelt worden, und wenn auch ein Teil der Ansiedlungsgemeinden näher an Miloslaw liegt, so macht sich doch in Wreschen der Einfluß der Bauernansiedlung bemerkbar. Wreschen ist auch aus diesem Grunde in der bekannten Denkschrift des Staatsministeriums „20 Jahre deutscher Kulturarbeit" zu den Ansiedlungsstädten gezählt worden. Da beide Städte, Schrimm und Wreschen, zum gleichen Termin eine gleich starke Garnison erhielten, auch sonst in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen 1895 ziemlich gleichartig waren, wenn auch Schrimm durch Gymnasium und Landarmenhaus wohl in Vorteil war, so ist es interessant die Entwicklung der Städte zu vergleichen.

Schrimm (ohne Ansiedlerumgebung).

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 975 | 4 217 | 607 | 1 906 | 3 890 | 5 799 |
| 1905: | 1 560 | 4 669 | 396 | 2 298 | 4 327 | 6 625 |
| 1910: | 1 608 | 5 065 | 318 | 2 278 | 4 713 | 6 993 |

Digitized by Google

Das Verhältnis der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 16,5 | 72,5 | 11 | 33 | 67 | |
| 1905: | 23,5 | 70,5 | 6 | 34,5 | 65 | |
| 1910: | 24 | 72 | 4 | 32,5 | 67,3 | |
| | Die Zunahme 1895—1910 beträgt in %: | | | | | |
| | +65 | +20 | —48 | +19,5 | +21 | +20,5 |
| | Die Zunahme 1905—1910 beträgt in %: | | | | | |
| | +3,5 | +8,5 | —19,5 | —1 | +9 | +5,5 |
| | Wreschen (mit Ansiedlerumgebung). | | | | | |
| 1895: | 852 | 3753 | 543 | 1630 | 3519 | 5148 |
| 1905: | 1722 | 4899 | 386 | 2429 | 4578 | 7007 |
| 1910: | 1744 | 5196 | 320 | 2432 | 4828 | 7267 |

Das Verhältnis der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 16,5 | 73 | 10 | 31,5 | 68 | |
| 1905: | 24,5 | 69,8 | 5,5 | 34,5 | 65 | |
| 1910: | 24 | 71,5 | 4,4 | 33,4 | 66 | |
| | Die Zunahme 1895—1910 beträgt in %: | | | | | |
| | +102 | +38 | —41 | +49,5 | +37 | +40,8 |
| | Die Zunahme 1905—1910 beträgt in %: | | | | | |
| | +1 | +6 | —17 | +1 | +5 | +3,5 |

Der Vergleich der beiden Städte zeigt:

1. Schrimm zählte 1895 651 Einwohner mehr als Wreschen. 1910 ist Wreschen um 274 Einwohner größer als Schrimm. Schrimm nahm um 20 %, Wreschen um 40 % zu.
2. Der Anteil der deutschen Bevölkerung war 1895 in Schrimm 33 %, in Wreschen nur 31,5 %. 1910 ist das Verhältnis fast umgekehrt. Der Anteil der deutschen Bevölkerung ist in Schrimm auf 32,5 % gesunken, in Wreschen auf 33,4 % gestiegen.
3. Der Anteil der polnischen Bevölkerung ist im Jahre 1910 in Schrimm höher als im Jahre 1895, in Wreschen ist er gesunken.
4. Die Zunahme der deutschen Bevölkerung 1895—1910 beträgt in Wreschen 49,5 %, in Schrimm nur 19,5 %.
5. Die Zunahme der polnischen Bevölkerung 1895—1910 ist in Wreschen stärker als in Schrimm, aber die Differenz des deutschen und polnischen Zunahme-Quotienten ist für das Deutschtum günstiger (30 : 16).

Digitized by Google

6. Die Abwanderung der jüdischen Bevölkerung ist in Schrimm (— 48) stärker als in Wreschen (— 41).

Wreschen hat also wohl die günstigere Entwicklung genommen; sie ist zweifellos auf die Tätigkeit der Ansiedlungskommission zurückzuführen.

7. Auch die weitere Entwicklung 1905—1910 spricht zu Gunsten der Ansiedlungsstadt.

### 7. Städte mit Ansiedlerumgebung, Industrie, Eisenbahnverkehr und staatlichen Anstalten.

Lissa und Wollstein.

Beide Städte sind Kreuzungspunkte mehrerer Bahnlinien mit Lokal- und Fernverkehr. In der Umgebung beider Orte bestehen einige ältere Ansiedlungsgemeinden, doch nicht in solcher Zahl, daß man die Städte zu den Ansiedlungsstädten rechnen könnte. Beide grenzen an befestigten Großgrundbesitz. Wollstein wird im Osten von polnischem Fideikommiß begrenzt, während Lissa von deutschem Fideikommißbesitz fast ganz umschlossen ist, und in absehbarer Zeit an der Grenze der Ausdehnungsmöglichkeit angekommen ist. Beide Städte haben ferner Industrie entwickelt. Das größere und bedeutendere Lissa naturgemäß mehr. Seitens des Staates sind beide Städte durch die Errichtung von Schullehrer- und Lehrerinnenseminaren, Präparandenanstalten und Internaten gefördert worden, wodurch nicht bloß die deutsche evangelische und katholische Bevölkerung sich vermehrte, sondern auch die Erwerbsmöglichkeiten der Bürgerschaft erweitert wurden. Beide Städte haben ihren deutschen Charakter noch bewahrt, wie aus der folgenden Übersicht der Bevölkerungsbewegung der Städte hervorgeht.

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 8653 | 6630 | 1535 | 13804 | 3015 | 16819 |
| 1905: | 10008 | 8475 | 1229 | 16046 | 3667 | 19713 |
| 1910: | 10856 | 9795 | 992 | 17366 | 4279 | 21665 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung beträgt:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 51 | 39 | 9 | 82 | 17,8 | |
| 1905: | 51 | 43 | 6 | 81 | 18,6 | |
| 1910: | 50,5 | 45 | 4,5 | 80 | 19,8 | |

Die Zunahme 1895—1910 beträgt in %:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| +25,5 | +47,5 | — 35,5 | +25,5 | +42 | +29 |

Die Zunahme 1905—1910 beträgt in %:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| +8,5 | +15,5 | — 19,5 | +8 | +16,5 | +10 |

Digitized by Google

## 8. Städte im Gebiete des befestigten Großgrundbesitzes.

Krotoschin, Adelnau, Neustadt b. Pinne, Obersitzko, Kurnik, Kobylin, Miloslaw, Labischin, Schwarzenau und Reisen.

Es sind oben Fälle erwähnt worden, in denen Städte durch An- bzw. Umgrenzung von Fideikommißbesitz in ihrer Ausdehnungsmöglichkeit beschränkt zu werden drohen. Es legt dies die Frage nahe, wie die vom befestigten Großgrundbesitz umgebenen Städte sich entwickelt haben. Es handelt sich dabei nicht um derartige räumliche Begrenzung wie im Falle Lissa, sondern um die Lage der Stadt im Gebiete dieses Großgrundbesitzes.

Es sind dies Fideikommisse und Latifundien, wo die ländliche Bevölkerung abgesehen von der Familie des Besitzers, falls er dort wohnhaft ist, und seine landwirtschaftlichen Angestellten meist Arbeiter sind, und der Bauer fehlt. Der Großgrundbesitzer ist nicht in der Lage seine Bedürfnisse sämtlich am Orte zu decken. Er muß auswärts in größeren Orten einkaufen. Seine Wirtschaftsbedarfsartikel werden beim Großhändler billiger und wohl auch besser eingekauft. So bleibt als Käufer und als Konsument nur der landwirtschaftliche Arbeiter übrig, meist polnische Saisonarbeiter, die bedürfnislos ihren Lohn nach Möglichkeit sparen und das wenige, was sie am Orte einkaufen, in polnischen Geschäften erwerben. Die notwendige Folge ist die, daß die Einwohner der Stadt aus Mangel an Erwerbsmöglichkeiten abwandern, und die Stadt von Jahr zu Jahr zurückgeht. Je kleiner diese Orte sind, desto rascher werden sie, wie die Statistik im ersten Teile nachgewiesen hat, polnisch. Der Deutsche, der auf die Kundschaft des polnischen Arbeiters nicht sicher rechnen kann, wandert zuerst ab; an seine Stelle tritt der Pole. Fand doch z. B. in Santomischel nach der zitierten Denkschrift des Staatsministeriums S. 126 von 1885—1905 eine Abnahme der deutschen Handwerksmeister von 55 auf 13 und demgegenüber eine Zunahme der polnischen von 22 auf 55 statt. Sogar eine Stadt wie Krotoschin von heute 13 000 Einwohnern mit starkem Eisenbahnverkehr wird durch den Latifundienbesitz der Fürsten Thurn und Taxis in seiner wirtschaftlichen Entwicklung niedergehalten.

Die Herrschaft Reisen, die die gleichnamige Stadt umschließt, ist zwar heute nicht mehr fideikommissarisch gebunden, doch ist diese Eigenschaft erst vor etwa zwei Jahren mit dem Übergang der Herrschaft an den Fiskus aufgehoben worden.

Krotoschin wird von dem preußischen Thronlehn der Fürsten von Thurn und Taxis, rund 14 000 Hektar, umschlossen. 20 000 Hektar von 49 800 Hektar Kreisfläche sind fideikommissarisch gebunden. Adelnau wird von Anteilen der Herrschaft Krotoschin und der Fürstl. Radziwill'schen Herrschaft Przygodzice mit zusammen 20 000 Hektar umschlossen. Außer diesen beiden Besitzern ist kein Großgrundbesitzer im gleichnamigen Kreise; fast die Hälfte der Kreisfläche befindet sich in fürstlichem Eigentum. Die Herrschaft Kurnik, deren polnischer Besitzer im Auslande lebt, umfaßt 9 600 Hektar in der Umgebung der Stadt. Das polnische Majorat Miloslaw

Digitized by Google

umschließt die gleichnamige Stadt mit 5 200 Hektar. Obersitzko wird von einer 10 000 Hektar großen Herrschaft umgeben, deren Besitzer seit einigen Jahren ein Deutscher ist. Labischin wird von der polnischen Majoratsherrschaft Luboström von 12 000 Hektar, Schwarzenau von dem 6 400 Hektar großen polnischen Majorat Czerniejewo eingeschlossen. Kobylin wird von zwei deutschen Fideikommißbesitzern mit zusammen 10 400 Hektar begrenzt und Neustadt b. Pinne von zwei polnischen Majoraten mit zusammen 4 000 Hektar. Die Herrschaft Reisen umfaßte in ihrem bei der Stadt Reisen gelegenen Anteile 5 500 Hektar.

Die gleichfalls von Majoraten begrenzten Städte Tirschtiegel (3 000 Hektar) und Schlichtingsheim (281 Hektar) liegen im rein deutschen Sprachgebiete und sind deshalb in der folgenden Aufstellung fortgelassen worden. Lissa kann in den Kreis dieser Betrachtung nicht einbezogen werden, weil hier andre Faktoren gleichzeitig wirken.

| | Evangelisch | Katholisch | Jüdisch | Deutsch | Polnisch | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 9 612 | 17 704 | 2 565 | 13 680 | 16 200 | 29 890 |
| 1905: | 9 205 | 20 278 | 1 706 | 12 906 | 18 271 | 31 193 |
| 1910: | 9 623 | 21 116 | 1 353 | 12 974 | 19 088 | 32 078 |

Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1895: | 32 | 59 | 8,6 | 45,5 | 54 |
| 1905: | 29,5 | 65 | 5 | 41,5 | 58 |
| 1910: | 30 | 65,5 | 4 | 40 | 59,5 |

Die Zunahme 1895—1910 beträgt in %:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| + 0,1 | + 19 | — 47 | — 5 | + 18 | + 7,5 |

Die Zunahme 1905 bis 1910 beträgt in %:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| + 4,5 | + 4 | — 20,5 | + 0,5 | + 4,5 | + 2,8 |

Diese Städtegruppe zeigt keine Entwicklung. Die Zunahme des Polentums ist um 23 stärker als die des Deutschtums, sie wird zwar zahlenmäßig von den Industriestädten übertroffen, doch findet hier ein direkter Rückgang des Deutschtums um 5 % statt, während in den Industriestädten die deutsche Bevölkerung um 22 % zunahm.

Man könnte einwenden, daß diese Städte infolge ihrer geringen Größe keine Anziehungskraft ausüben, und deshalb auch weiter zurückgehen. Doch in ähnlich kleinen Städten wie Mietschisko (1317 Einwohner), Pogorzela (1787 Einwohner), Rogowo (803 Einwohner), Bartschin (1586 Einwohner), Kletzko (1838 Einwohner), Kriewen (1860 Einwohner), in deren Umgebung von der Ansiedlungs-Kommission Güter aufgeteilt und besiedelt worden sind, beginnt sich neues Leben bemerkbar zu machen. Seit 1895 nahm Mietschisko um 25,5 %, Pogorzela um 10 %, Rogowo um 9 %, Bartschin um 42 %, Kletzko um 10 %, Kriewen um 18 % zu.

Digitized by Google

Um ein vollständiges Bild der vorstehenden statistischen Untersuchungen zu erhalten, muß sowohl die Zunahme der Bevölkerung, wie der Anteil der einzelnen Konfessionen und Nationalitäten vom Hundert der Gesamtbevölkerung der einzelnen Gruppen mit der Zunahme und dem Anteil an der gesamten städtischen Bevölkerung der Provinz als Maßstab verglichen werden.

## III. Ergebnisse.

Die städtebildenden Faktoren waren oben als direkt wirkende und indirekt wirkende bezeichnet worden. Erhält eine Stadt Garnison, entstehen Industrieen, werden Behörden in dieselbe verlegt, so wird die städtische Bevölkerung ohne weiteres dadurch zahlenmäßig anwachsen. Durch den nunmehr eintretenden stärkeren Konsum werden neue Erwerbsmöglichkeiten entstehen, und so wird die direkte Bevölkerungszunahme eine wirtschaftliche Entwicklung herbeiführen und solange fortsetzen, bis die durch den gesteigerten Konsum entstandene Nachfrage gedeckt ist. Dann wird der Grad der Schnelligkeit der Entwicklung abnehmen und auf die natürliche Vermehrung zurückgehen. Ist der städtebildende Faktor ein indirekt wirkender — Handelsverkehr (hier Grenz- und Eisenbahnverkehr) und die Bauernansiedelung — so kann eine plötzliche, starke Zunahme der Bevölkerung der Stadt nicht eintreten. Es tritt hier vielmehr erst die Wirkung ein, die bei direkt wirkenden Faktoren erst mit der Steigerung des Konsums, also der Folgewirkung eintritt.

Direkt wirkende Faktoren werden stets eine, unter Umständen sprunghafte Zunahme der Bevölkerung hervorrufen. Geht dieser Faktor vom Staat aus, Eisenbahnverwaltung, Garnison, Schulen, so wird die deutsche Bevölkerung der betreffenden Stadt zunehmen. Geht der Faktor von privater Seite aus, Industrie, so wird den größeren Vorteil die polnische Seite haben. Die Industrie zieht Arbeiter heran und diese sind fast ausschließlich Polen. Liegt das industrielle Unternehmen in polnischer Hand, werden auch die Angestellten — nicht bloß die Arbeiter — Polen sein, und so wird es zur Polonisierung der Stadt rascher beitragen. Die neu entstehenden Erwerbsmöglichkeiten werden von Polen besetzt werden, da infolge des streng durchgeführten Boykotts der Deutsche auf Absatz wenig oder garnicht zu rechnen hat. Durch Industriebildung wird also eine Vermehrung des Polentums in der Stadt eintreten. Deckt der vom Staat ausgehende Faktor seinen Bedarf nicht ausschließlich beim Deutschen, wenn z. B. dieser nicht vorhanden oder nicht leistungsfähig ist, so muß auch dieser Faktor — wenigstens teilweise — polonisierend wirken.

Bei indirekt wirkenden Faktoren ist der Verkehr, Handels- wie Eisenbahnverkehr, von der Bauernansiedlung zu unterscheiden. Erstere können nur der ganzen Bevölkerung dienen, letztere soll ausschließlich den Deutschen zu Gute kommen. Ferner kann der Handelsverkehr durch Einflüsse irgendwelcher Art von der betreffenden Stadt abgelenkt werden oder sonstwie zu Grunde gehen. Der Bauer aber sitzt fest, verkauft er, so

Digitized by Google

tritt ein anderer an seine Stelle. Der Ansiedlerbesitz unterscheidet sich vom alten Bauernbesitz noch vorteilhaft dadurch, daß er vom größeren Besitzer nicht aufgezogen werden kann. So wird vom Lande aus eine dauernde Nachfrage in der Stadt stattfinden und neue Erwerbsmöglichkeiten werden entstehen. Da aber der einzelne Bauer an sich kein großer Konsument für die Stadt ist, so kann nur die Masse wirken. Je dichter und älter die deutsche bäuerliche Bevölkerung ist, desto größer ist der wirtschaftliche Vorteil für die Stadt, desto eher wird auch eine Abwanderung vom Land nach der Stadt stattfinden. Deckt der Ansiedler seinen Bedarf beim Polen, so wird auch er polonisierend wirken, andernfalls germanisierend. Außer dieser Wirkung tritt die Abwanderung des Ansiedlernachwuchses nach der Stadt ein, und vermehrt so die deutsche Bevölkerung zahlenmäßig in ihr. 18 % des Ansiedlernachwuchses durchschnittlich geht bisher in die ostmärkischen Städte. Die städtische Bevölkerung vermehrt sich im allgemeinen durch den Zuzug vom Land. Es ist oben bereits erwähnt worden, daß 44 % der städtischen Bevölkerung in Preußen nicht am Orte geboren sind. Fast die Hälfte der Einwohner der Städte ist also vom Lande oder von der Kleinstadt und in diese vom Lande zugewandert. Ist das Land dünn bevölkert — Latifundien, Großgrundbesitz — so wird die Zuwanderung nach der Stadt gering sein, d. h. der Großgrundbesitz wirkt hemmend auf die Entwicklung der Städte. Er tut es aber auch wirtschaftlich, weil er, wie oben bereits ausgeführt, Erwerbsmöglichkeiten für die Kleinstadt nicht schaffen kann.

Der Eisenbahnverkehr verkürzt die Entfernungen. Er kann der Stadt nutzen dadurch, daß er den Konsumenten schneller und öfter heranzieht. Er kann aber auch schaden, dadurch, daß er den in der kleinen Stadt und ihrer Umgebung wohnenden Konsumenten nach dem größeren Nachbarorte mit seinem größeren und besseren Angebot abzieht. Ist die Umgebung der Städte der Provinz überwiegend polnisch (deutsch zu polnisch wie 1 : 3, steigend bis 1 : 8), so wird die Eisenbahn, die geschlossene polnische Sprachgebiete durchquert, den polnischen Konsumenten vom Lande öfter in die Stadt bringen als früher und polonisierend wirken, da der polnische Bauer der sicherste Kunde des polnischen Gewerbetreibenden ist. Erschließt die Eisenbahn deutsche Sprachgebiete, so wird sie germanisierend wirken.

Durch den Handels- und Eisenbahnverkehr und die Bauernansiedlungen werden also Erwerbsmöglichkeiten geschaffen. Diese werden durch Zuzug besetzt, und so gewinnt die Stadt. Der Zuziehende vermehrt wiederum den Kreis der Konsumenten in der Stadt. Die zahlenmäßige Zunahme der Einwohner der Stadt wird langsamer sein. Es wirken also die indirekten Faktoren umgekehrt als die direkten. Sie schaffen erst Erwerbsmöglichkeiten und verursachen durch deren Besetzung eine Vermehrung der Bevölkerung. Der letztere Weg ist der wirtschaftlich vorteilhaftere, denn er schafft erst die Werte, auf denen aufgebaut werden kann, während die direkt wirkenden Faktoren erst aufbauen und dann die wirtschaftliche Basis für den Aufbau schaffen. Dies dürfte sich äußerlich durch Steigen der Preise bemerkbar machen. Treffen mehrere Faktoren bei einer Stadt gleichzeitig zusammen, so wird die Wirkung intensiver sein.

Digitized by Google

Es ist aber auch möglich, daß der eine oder andere der Faktoren gleichzeitig polonisierend wirkt und so eine germanisierende Wirkung wieder aufhebt.

Wie stellen sich nun die oben gegebenen statistischen Übersichten zu diesen Ausführungen?

Die stärkste Bevölkerungszunahme zeigen die Eisenbahnknotenpunkte mit 55 %, eine direkte Wirkung. Dann die Garnisonstädte mit Ansiedlerumgebung 48,8 %, direkte und indirekte Wirkung gleichzeitig. An dritter Stelle stehen die Industriestädte mit 39 %, direkte Wirkung. Dann folgen die Ansiedlungsstädte im Durchschnitt mit 35 %, indirekte Wirkung. Die Zunahme der übrigen Städtegruppen bleibt hinter der durchschnittlichen Zunahme der gesamten städtischen Bevölkerung der Provinz zurück. An fünfter Stelle kommen nun die Garnisonstädte im Durchschnitt mit 30 %, direkte Wirkung, und die Grenzverkehrsstädte ebenfalls mit 30 % indirekte Wirkung. An sechster Stelle stehen die Eisenbahnverkehrsstädte mit Ansiedlerumgebung und staatlichen Anstalten mit 28,5 % direkte und indirekte Wirkung gleichzeitig. Es folgen schließlich die Eisenbahnverkehrsstädte mit 17,5 %, indirekte Wirkung. Die im befestigten Großgrundbesitz liegenden Städte zeigen überhaupt keine Entwicklung.

Untersuchen wir die einzelnen Gruppen näher.

## 1. Die Eisenbahnknotenpunkte.

Die Verlegung von Eisenbahnbehörden in die Stadt hat ein sprunghaftes Anwachsen der Bevölkerung der Städte um 55,5 % (21,5 über die durchschnittliche Zunahme aller Städte der Provinz exkl. der deutschen Städte an der Westgrenze [1]) herbeigeführt. Es sind dies Beamte, Angestellte und Eisenbahnarbeiter, d. h. in der Mehrzahl Deutsche. So nimmt das Deutschtum um 57 % (34 über dem Durchschnitt aller Städte) zu. Von den Eisenbahnarbeitern ist zweifellos ein Teil polnisch; so nimmt auch das Polentum zu: + 53 % (7 über dem Durchschnitt) (Tabelle 1). Es entstehen neue Erwerbsmöglichkeiten. Tabelle 2 zeigt, daß diese vom Polentum besetzt werden: Die Polen nehmen von 1905—1910 um 19 %, die Deutschen um 16 % zu, trotzdem der Anteil der deutschen Bevölkerung 1910 noch um 11 höher ist als der der Polen (Tabelle 3), aber auch hier steigt der polnische Anteil von 1905—1910 von 43,5 auf 44,1. Der Eisenbahnlokalverkehr durchschneidet polnisches Sprachgebiet (Jarotschin). Die wirtschaftliche Entwicklung scheint noch im Fortschreiten; denn die Zunahme von 1905—1910 (Tabelle 2) ist mit 17,5 % höher als die durchschnittliche Zunahme aller Städte (8 %). Hier sind anscheinend noch Erwerbsmöglichkeiten vorhanden, die von Deutschen besetzt werden könnten, zumal der städtebildende Faktor der Staat ist. Geschieht dies nicht, so werden diese Stellen vom Polentum besetzt werden, weil es in der nahen und weiten Umgebung der Städte stark überwiegt. Welche Erwerbsmöglichkeiten vorliegen, dies festzustellen, geht über den Rahmen dieser Untersuchung hinaus.

[1]) Es sind hier diese Zahlen zum Vergleich heranzuziehen, da Schneidemühl in der Gruppe der Eisenbahnknotenpunkte fortgelassen wurde.

Digitized by Google

**Tabelle 1.**

**Die Zunahme der Bevölkerung nach Konfessionen und Nationalitäten verglichen mit der Zunahme der gesamten städtischen Bevölkerung der Provinz von 1895—1910.**

| | Evang. | Kath. | Jüdisch | Deutsch | Poln. | Insges. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gesamte städtische Bevölkerung der Provinz . . . . . | + 38 | + 46 | — 33 | + 23 | + 46 | + 33,5 | |
| Gesamte städtische Bevölkerung ausschl. der neun westlichen deutschen Städte [1]) . . . . | + 28 | + 47 | — 33,5 | + 22,5 | + 46 | + 34 | |
| Städtegruppen: | | | | | | | |
| 1. Industrie-Städte . . . . . | + 26 | + 53 | — 35 | + 22 | + 51,5 | + 39 | |
| 2. Ansiedlungs-Städte | | | | | | | |
| a) ohne die Industrie-Städte Gnesen und Znin . . . | + 54 | + 41 | — 41 | + 31 | + 41 | + 38 | Durchschnitt der Gesamtzunahme 35 %. |
| b) mit Gnesen und Znin. . | + 28,5 | + 39,5 | — 38 | + 19 | + 36,5 | + 31,5 | |
| 3. Eisenbahnknotenpunkte . . . | + 78 | + 50,5 | — 29,5 | + 57 | + 53 | + 55,5 | |
| 4. Eisenbahnverkehrs-Städte . | + 13,5 | + 29 | — 37,5 | + 6 | + 28,5 | + 17,5 | |
| 5. Grenzverkehrs-Städte . . . | + 34,5 | + 41 | — 29 | + 20 | + 40,5 | + 30 | |
| 6. Garnison-Städte | | | | | | | |
| a) mit Ansiedler-Umgebung . | + 102 | + 38 | — 41 | + 49,5 | + 37 | + 40,8 | Durchschnitt der Gesamtzunahme 30 %. |
| b) ohne „ „ . | + 65 | + 20 | — 48 | + 19,5 | + 21 | + 20,5 | |
| 7. Eisenbahnverkehrs-Städte mit Ansiedler-Umgebung, Industrie und staatlichen Anstalten . . . . . | + 25,5 | + 47,5 | — 35,5 | + 25,5 | + 42 | + 29 | |
| 8. Städte im befestigten Großgrundbesitz . . . . . | + 0,1 | + 19 | — 47 | — 5 | + 18 | + 7,5 | |

[1]) Schneidemühl, Schönlanke, Schwerin, Bleſen, Brätz, Meſeritz, Tirſchtiegel, Fraustadt und Schlichtingsheim. In ihnen iſt der Anteil der polniſchen Bevölkerung nur 3,7 %.

Digitized by Google

Tabelle 2.

**Die Zunahme der Bevölkerung nach Konfessionen und Nationalitäten verglichen mit der Zunahme der gesamten städtischen Bevölkerung der Provinz von 1905—1910.**

| | Evang. | Kath. | Jüd. | Deutsch | Poln. | Insges. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Gesamte städtische Bevölkerung der Provinz | + 7,3 | + 10,4 | — 12,9 | + 6,1 | + 10,4 | + 8,3 |
| Gesamte städtische Bevölkerung ausschließlich der neun westlichen Städte | + 6,8 | + 12 | — 12,8 | + 5,5 | + 10 | + 8 |
| Städtegruppen: | | | | | | |
| 1. Industrie-Städte | + 3,5 | + 10,8 | — 16,5 | + 2,7 | + 11,4 | + 8 |
| 2. Ansiedlungs-Städte | | | | | | |
| a) ohne die Industrie-Städte Gnesen und Znin | + 19 | + 10,7 | — 16 | + 14 | + 10,3 | + 11,5 |
| b) mit Gnesen und Znin | + 11,8 | + 11 | — 17 | + 9,1 | + 9,6 | + 9,4 |
| 3. Eisenbahnknotenpunkte | + 17 | + 19 | — 6,5 | + 16 | + 19 | + 17,5 |
| 4. Eisenbahnverkehrs-Städte | + 7,5 | + 5,5 | — 12,8 | + 6,9 | + 3,4 | + 4,8 |
| 5. Grenzverkehrs-Städte | + 7,7 | + 13,8 | — 8,5 | + 6,7 | + 13,6 | + 10,3 |
| 6. Garnison-Städte | | | | | | |
| a) mit Ansiedler-Umgebung | + 1 | + 6 | — 17 | + 1 | + 5 | + 3,5 |
| b) ohne „ „ | + 3,5 | + 8,5 | — 19,5 | — 1 | + 9 | + 5,5 |
| 7. Eisenbahnverkehrs-Städte mit Ansiedler-Umgebung, Industrie und staatlichen Anstalten | + 8,5 | + 15,5 | — 19,5 | + 8 | + 16,5 | + 10 |
| 8. Städte im befestigten Großgrundbesitz | + 4,5 | + 4 | — 20,5 | + 0,5 | + 4,5 | + 2,8 |

Digitized by Google

Tabelle 3.

## Der Anteil der Konfessionen und Nationalitäten vom verglichen mit dem Anteil an

| Jahr: | 1895 | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | Evang. | Kath. | Jüd. | Deutsch | Polnisch |
| Gesamte städtische Bevölkerung der Provinz | 38,8 | 54 | 6,9 | 55,4 | 44,5 |
| Gesamte städtische Bevölkerung mit Ausnahme der neun westlichen deutschen Städte [1] | 36,5 | 55,5 | 7,2 | 51,5 | 48 |
| **Städtegruppen:** | | | | | |
| 1. Industrie-Städte | 31 | 62 | 6,5 | 42,5 | 57 |
| 2. Ansiedlungs-Städte | | | | | |
| a) ohne die Industrie-Städte Gnesen und Znin | 22,5 | 69 | 8 | 33,5 | 66 |
| b) mit Gnesen und Znin | 28,5 | 64 | 7,2 | 38,5 | 61 |
| 3. Eisenbahnknotenpunkte | 37 | 56 | 6,4 | 51 | 44,5 |
| 4. Eisenbahnverkehrs-Städte | 29 | 60 | 10,7 | 46 | 53,5 |
| 5. Grenzverkehrs-Städte | 30,5 | 57 | 12 | 50,5 | 49,5 |
| 6. Garnison-Städte | | | | | |
| a) mit Ansiedler-Umgebung | 16,5 | 73 | 10 | 31,5 | 68 |
| b) ohne „ „ | 16,5 | 72,5 | 11 | 33 | 67 |
| 7. Eisenbahnverkehrs-Städte mit Ansiedler-Umgebung, Industrie und staatlichen Anstalten | 51 | 39 | 9 | 82 | 17,8 |
| 8. Städte im befestigten Großgrundbesitz | 32 | 59 | 8,6 | 45,5 | 54 |

[1]) Schneidemühl, Schönlanke, Schwerin, Wlesen, Brätz, Meseritz, Tirschtiegel,

Digitized by Google

**Hundert der Bevölkerung der einzelnen Städtegruppen** der gesamten städtischen Bevölkerung der Provinz.

| 1905 | | | | | 1910 | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Evang. | Kath. | Jüd. | Deutsch | Polnisch | Evang. | Kath. | Jüd. | Deutsch | Polnisch |
| 37,6 | 58 | 4,3 | 52,1 | 47,5 | 37,2 | 59,2 | 3,5 | 51,2 | 48,6 |
| 35,5 | 60 | 4,4 | 48 | 51,5 | 35 | 61 | 3,6 | 47 | 52,5 |
| 29 | 66 | 4 | 39 | 61 | 28 | 68 | 3 | 37,5 | 62,5 |
| 23,5 | 71,5 | 4,6 | 31,4 | 68,5 | 25 | 71 | 3,5 | 32,1 | 68,5 |
| 27 | 68 | 4,5 | 35,4 | 64,6 | 27,5 | 69 | 3,5 | 35,2 | 64,7 |
| 42,5 | 54 | 3,5 | 56,5 | 43,5 | 42 | 54,5 | 2,9 | 55,5 | 44,1 |
| 27,4 | 65 | 6,8 | 40,5 | 59 | 28 | 66 | 5,6 | 41,5 | 58 |
| 32 | 60 | 7,7 | 48 | 51,6 | 31,5 | 62 | 6,4 | 46,5 | 53 |
| 24,5 | 69,8 | 5,5 | 34,5 | 65 | 24 | 71,5 | 4,4 | 33,4 | 66 |
| 23,5 | 70,5 | 6 | 34,5 | 65 | 24 | 72 | 4 | 32,5 | 67,3 |
| 51 | 43 | 6 | 81 | 18,6 | 50,5 | 45 | 4,5 | 80 | 19,8 |
| 29,5 | 65 | 5 | 41,5 | 58 | 30 | 65,5 | 4 | 40 | 59,5 |

Fraustadt und Schlichtingsheim.



Digitized by Google

### 2. Die Industriestädte.

Die Bildung der Industrie hat die Einwohnerzahl der Städte um 39 % vermehrt (5 % über die durchschnittliche Zunahme aller Städte der Provinz ausschließlich der deutschen Städte des westlichen deutschen Sprachgebietes [1]) (Tabelle 1). Die Industrie zieht — wie gesagt — polnische Arbeiter in großer Zahl heran: Es wächst in der Tat das Polentum hier sprungartig um 51,5 % (5 stärker als die Gesamtbevölkerung dieser Städtegruppe und aller Städte). Die Zunahme des Polentums ist stärker als in allen anderen Gruppen und übertrifft die Zunahme des Deutschtums (22 %) um fast das $2^1/_2$fache, ebenfalls stärker als in allen anderen Gruppen. Die neuen Erwerbsmöglichkeiten werden durch Polen besetzt: Tabelle 2 zeigt eine um 9 stärkere Zunahme der Polen als der Deutschen und der Anteil der Deutschen (Tabelle 3) sinkt von 1895—1905—1910 von 42,5 auf 39 bzw. 37,5 während der Anteil des Polentums von 57 auf 61 bzw. 62,5 steigt. Das langsamere Steigen dieses Anteils in den letzten fünf Jahren und die geringere Zunahme der Gesamtbevölkerung (Tabelle 2), die bis auf die durchschnittliche Zunahme aller Städte gesunken ist (8 %), scheinen darauf hinzudeuten, daß die neu entstandenen Erwerbsmöglichkeiten von Polen bereits besetzt worden sind, d. h. daß die Städte am Ende einer Entwicklungsperiode zu stehen scheinen. Die deutsche Bevölkerung ist im letzten Jahrfünft mit 2,7 % Zunahme (Tabelle 2) hinter der natürlichen Vermehrung zurückgeblieben, ist also abgewandert, wie das Sinken des deutschen Bevölkerungsanteils (Tabelle 3) beweist.

Schönlanke ist noch deutsch. Dankenswerte Aufgabe wäre es, der dortigen deutschen Industrie deutsche Arbeiter in größerer Zahl zuzuführen und zu erhalten, d. h. durch Kleinsiedlung seßhaft zu machen, wie es in Kolmar geschehen ist.

### 3. Die Ansiedlungsstädte.

Durch die Besiedlung der Umgebung der Stadt sind in dieser neue Erwerbsmöglichkeiten entstanden. Die Bevölkerung der Städte ist um durchschnittlich 35 % gestiegen (2,5 % über den Durchschnitt der Zunahme aller Städte). Die Ansiedlungsstädte sind eingeteilt worden in reine Ansiedlerstädte und solche mit Industriebildung. Die Industriestädte sind, wie wir gesehen, zur Zeit anscheinend am Ende einer Entwicklungsperiode. Wir haben weiterhin gesehen, daß die Industrie polonisierend wirkt. Diese Entwicklung spiegelt sich deutlich in den Zahlen wieder. Die reinen Ansiedlerstädte nehmen um 38 % (4,5 über den Durchschnitt) zu, während die Ansiedlungs-Industrie-Städte mit 2 unter dem Durchschnitt bleiben. Letzteres ist um so auffallender, als die Industriestädte eine raschere Entwicklung nachweisen. Es muß also hier ein die Entwicklung hemmendes

[1]) Es muß hier die letztere Zahl zum Vergleich herangezogen werden, da Schönlanke in der Gruppe der Industrie-Städte nicht berücksichtigt wurde.

Digitized by Google

Moment vorliegen. Zunächst liegt die erste Entwicklungsperiode von Gnesen in der Zeit zwischen 1885 und 1895. Die Zunahme stieg in den 10 Jahren um 30 %, 1885—1905 um 50,5 %. So kommt also ein Teil der Entwicklung der Stadt bei Berechnung von 1895 ab zahlenmäßig nicht zum Ausdruck. Ferner: Gnesen ist ein Eisenbahnverkehrszentrum geworden. Es ist den Großstädten Posen und Bromberg näher gerückt, und an anderer Stelle [1]) ist nachgewiesen worden, daß die Beamten und Offiziere für über eine halbe Million Mark ihres jährlichen Gesamteinkommens auswärts, in Posen, Bromberg, Breslau und Berlin einkaufen.

Während in den reinen Ansiedlungsstädten die Zunahme des Polentums nur um 10 stärker ist als die des Deutschtums (Tabelle 1), so überwiegt sie in den Ansiedlungs-Industrie-Städten die Zunahme des Deutschtum um 17,5. Der polonisierende Einfluß der Industrie kommt hier zum Ausdruck. Er hebt den germanisierenden Einfluß der Bauernansiedlung zum Teil wieder auf. Dieser macht sich bei den reinen Ansiedlungsstädten deutlich geltend: Die Zunahme des Deutschtums ist um 8 höher als die des Durchschnitts aller Städte, während sie mit Ausnahme der Eisenbahnknotenpunkte in allen Fällen, wo die Bauernansiedlung als Faktor nicht in Betracht kommt, unter dem Durchschnitt zurückbleibt. 1905—1910 ist die Zunahme des Deutschtums in den reinen Ansiedlungsstädten sogar fast um 4 stärker als die des Polentums und um 8 über dem Durchschnitt. Auch in den Ansiedlungs-Industriestädten ist die Differenz zwischen der Zunahme des Deutschtums und des Polentums nur noch 5 (Tabelle 2).

Die neu entstandenen Erwerbsmöglichkeiten sind auch in den reinen Ansiedlungsstädten wenigstens zum Teil bis 1905 vom Polentum besetzt worden. Bauern wie Beamte mußten teilweise beim Polen kaufen, weil Deutsche in allen Branchen nicht vertreten sind. In letzter Zeit scheint das besser geworden zu sein. Bis 1905 sinkt der Anteil des Deutschtums und der des Polentums steigt. Von 1905 ab aber steigt der Anteil des Deutschtums wieder und die Bewegung des Polentums scheint zum Stillstand zu kommen (Tabelle 3).

Die Ansiedlungsstädte nehmen auch nach 1905 noch stärker zu, als der Durchschnitt. Es werden danach anscheinend auch weiterhin neue Erwerbsmöglichkeiten entstehen. Der Zuzug nach der Stadt wird allmählich deutsch werden.

### 4. Die Garnisonstädte.

Die Verlegung der Garnison in die Städte mußte eine plötzliche Zunahme der Einwohnerschaft zur Folge haben. Gleichzeitig mußte damit die deutsche Bevölkerung wachsen. 1895—1910 nehmen die Bevölkerung in Wreschen um 40,8 %, in Schrimm um 20,5 %, die Deutschen in Wreschen um 49,5 %, in Schrimm um 19,5 % zu. Wenn die Zunahme der Bevölkerung von Schrimm hinter der des Durchschnitts um 13 zurück-

[1]) Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 119, Teil I, S. 122. Bosberg, die Stadt Gnesen.



Digitized by Google

geblieben ist, so liegt ein die Entwicklung hemmendes Moment vor. Der Kreis Schrimm zählt 65 Gutsbezirke mit 51 000 Hektar und 129 fast durchweg polnische Landgemeinden mit nur 37 000 Hektar. Das Überwiegen des Großgrundbesitzes aber wirkt wie oben in der Gruppe der „Städte in befestigten Großgrundbesitz" und der sogenannten „Nichtansiedlungsstädte" nachgewiesen ist, ungünstig auf die Entwicklung der kleinen Städte ein. So wird in Schrimm der Vorteil, den die Garnison gebracht hat, zum Teil wieder aufgehoben; denn das Polentum nimmt stärker zu als das Deutschtum (21 : 19,5). Die durch die Garnison entstandenen neuen Erwerbsmöglichkeiten sind anscheinend bis auf einen Bruchteil mit Polen besetzt worden. Der Rest ist in Wreschen zum größeren Teil, in Schrimm zum kleineren Teil von Deutschen besetzt worden. Wie Tabelle 3 zeigt, stieg in Wreschen der Anteil der deutschen Bevölkerung von 1895 bis 1905 bis 1910 von 31,5 auf 34,5 und sank auf 33,4, während der Anteil des Polentums von 1905 bis 1910 von 65 auf 66 stieg. In Schrimm dagegen stieg 1905 bis 1910 der Anteil des Polentums um 2,3, während das Deutschtum den gleichen Teil einbüßte. Die prozentuale Zunahme (Tabelle 2) von 1905 bis 1910 zeigt das Vordringen des Polentums noch deutlicher. Es nahm in Wreschen um 4, in Schrimm um 10 stärker zu als das Deutschtum. In Schrimm fand eine Zunahme der Deutschen überhaupt nicht mehr statt. Die Zunahme der Gesamtbevölkerung seit 1905 bleibt in beiden Städten hinter dem Durchschnitt um 3 bzw. 5 zurück. Die Entwicklungsperiode, die die Garnison gebracht hat, ist danach anscheinend am Ende.

Der deutlich hervortretende Unterschied zwischen der Entwicklung beider Städte — mit und ohne Ansiedlerumgebung — ist oben bereits besprochen worden. Aber auch Wreschen hat stärkere polnische als deutsche Umgebung, und die Bauernansiedlung hat längere Jahre still gelegen.

### 5. Die Grenzverkehrsstädte.

Der Handelsverkehr ist ein indirekt wirkender Faktor. Die Zunahme der Bevölkerung blieb mit 30% (Tabelle 1) um 3,5 hinter der durchschnittlichen Zunahme zurück. Von den Städten der Gruppe macht Ostrowo insofern eine Ausnahme, als seine Bevölkerungszunahme 42 % ist, d. h. 8,5 über dem Durchschnitt steht. Je größer die Stadt ist, desto rascher wird der Verkehr wirken. Der Handelsverkehr mit Rußland hat zunächst eine Vermehrung der Eisenbahnbeamten zur Folge gehabt. So ist auch die Zunahme des Deutschtums in Ostrowo 33 % (10 über dem Durchschnitt). Die Deutschen haben auch die neu entstandenen Existenzmöglichkeiten zum Teil besetzt. Das Polentum vermehrte sich um 47 %, und seine Zunahme 1905 bis 1910 ist mit 14,5 % um 4 über dem Durchschnitt, aber das Deutschtum hat im gleichen Zeitraum seine Position so ziemlich gehalten. Es ist 1905—1910 mit 10 %, d. h. um ebenfalls 4 über dem Durchschnitt geblieben. Der Anteil des Deutschtums vom Hundert der Gesamtbevölkerung ist 1895: 48 %, 1095: 47 %, 1910: 46 %, der des Polentums 52 %, 53 %, 54 %. Wenn man aber in Rücksicht zieht, daß der

Digitized by Google

Kreis Ostrowo nur 53 Landgemeinden mit 17 400 Hektar und 32 Gutsbezirke mit 23 400 Hektar zählt und weiter in Rechnung stellt, daß in den Landgemeinden 2 600 Deutsche und 19 600 Polen, in den Gutsbezirken 391 Deutsche (!) und 6 300 Polen leben, vom Lande also ein polonisierender Einfluß ausgeübt worden ist, so kann wohl mit einem gewissen Recht der Handelsverkehr als ein das Deutschtum fördernder Faktor aufgefaßt werden.

In der ganzen Gruppe der Grenzverkehrsstädte ist das Polentum um 6, das Deutschtum nur um 3 hinter der durchschnittlichen Zunahme (Tabelle 1) zurückgeblieben und der Anteil der Nationalitäten (Tabelle 3) hat sich seit 1905 zu Gunsten des Deutschtums verschoben. Diese Zahlen bestätigen die durch Ostrowos Entwicklung gefolgerte Annahme. Die Zunahme der Gesamtbevölkerung der Gruppe 1905—1910 ist um 2 über dem Durchschnitt, beweist also, daß diese Städte entwicklungsfähig sind. Deutsche und Polen (Tabelle 2) vermehren sich ebenfalls über den Durchschnitt.

Die Zahlen lehren uns aber auch, daß in diesen Städten ein Konkurrenzkampf zwischen den Nationalitäten bestehen muß, in dem das Deutschtum einen schweren Stand hat, aber sich hält. Die Landbevölkerung wird letzten Endes über die Stadt entscheiden. So sorge man dafür, den Zuzug nach der Stadt, ganz besonders bei Ostrowo, in dem durch den Verkehr dauernd neue Erwerbsmöglichkeiten entstehen, durch Besiedlung der Umgebung zu verdeutschen. Die Ansiedler aus der Gegend von Raschkow decken ihren Bedarf in Ostrowo, aber ihre Zahl ist entsprechend der Größe der Stadt zu gering.

### 6. Die Eisenbahnverkehrsstädte mit Ansiedlerumgebung, Industrie und staatlichen Anstalten.

Die Städte haben nur um 29 % zugenommen, und sind damit um 4,5 unter dem Durchschnitt geblieben. Lissa hat sich nur um 26 %, Wollstein dagegen um 39 % vermehrt, steht also um 5 über dem Durchschnitt. Lissa hat die stärkere Industrie, Wollstein zahlreichere Bauernumgebung. Im Kreise Lissa sind 28 500 Hektar Gutsbezirksfläche und 18 200 Hektar Landgemeinden. Im Kreise Bomst sind 42 100 Hektar Gutsbezirksfläche und 55 700 Hektar Landgemeinden. So sind die bäuerlichen Verhältnisse für Wollstein günstiger. Dazu kommt die bereits erwähnte Einschließung von Lissa durch fideikommissarisch gebundenen Großgrundbesitz. Die Industrie wirkt polonisierend und zwar zweifellos stärker polonisierend als die staatlichen Anstalten germanisieren. In der Tat hat auch das Polentum stärker zugenommen als das Deutschtum (42 % : 25,5 %). Die neuen Erwerbsmöglichkeiten sind zum größeren Teil vom Polentum besetzt worden: Nach Tabelle 2 hat das Polentum noch einmal so stark zugenommen als das Deutschtum (16,5 % : 8 %). Der Anteil der deutschen Bevölkerung (Tabelle 3) ist seit 1895 von 82 auf 81 gefallen, der des Polentums von 17,8 auf 19,8 gestiegen. Die Tabelle 2 zeigt, daß die Zunahme der gesamten Bevölkerung der Gruppe 1905—1910 2 über dem Durchschnitt

Digitized by Google

ist. Die Städte sind also noch in einer Vorwärtsentwicklung. Neue Erwerbsmöglichkeiten werden voraussichtlich noch entstehen, die, trotzdem der Anteil der Deutschen und Polen von der Gesamtbevölkerung (Tabelle 3) 80 : 19,8 ist, von Polen besetzt werden, weil der treibende Faktor die Industrie ist.

### 7. Die Eisenbahnverkehrsstädte.

Die Städte sind durch Bahnbauten, Eisenbahnverkehrszentren geworden. Dennoch hat eine Entwicklung nicht stattgefunden. Die Zunahme der Bevölkerung dieser Städte beträgt seit 1895 nur 17,5 % und bleibt mit 16 unter dem Durchschnitt. Die polnische Bevölkerung hat um 28,5 %, die deutsche nur um 6 % zugenommen. Die Zunahme beider Nationalitäten bleibt ebenfalls weit hinter dem Durchschnitt zurück. Die Erwerbsmöglichkeiten müssen für das Polentum vorteilhafter gewesen sein. Der Verkehr muß hier dem kulturell höher stehenden Deutschtum der Städte von Nachteil gewesen sein. Die Zunahme 1905—1910 (Tabelle 2) läßt im allgemeinen keine Besserung erkennen, da sie um 3—4 unter der durchschnittlichen Zunahme zurückbleibt. Dagegen scheint sich für das Deutschtum die Situation hier ein wenig zu bessern, da seine Zunahme den Durchschnitt um 0,7 übertrifft und auch stärker ist als die des Polentums. Es ist allerdings zweifelhaft, ob diese Zunahme nicht eine zufällige ist.

### Schlußwort.

Zu welchem Ergebnis führen die vorstehenden Untersuchungen?

1. Die Bevölkerung der 129 Städte der Provinz Posen ist heute fast zur Hälfte polnisch. Seit 1895 hat sich das Verhältnis der Nationalitäten um 8,2 % zu Gunsten des Polentums verschoben, doch erscheinen die Aussichten für die Zukunft für das Deutschtum etwas günstiger, da der Zunahmequotient auf polnischer Seite langsam sinkt. Ohne die neun deutschen Städte an der Westgrenze der Provinz im deutschen Sprachgebiet besitzt das Polentum bereits 53 % der städtischen Bevölkerung. Schaltet man Posen und Bromberg ebenfalls von der Betrachtung aus, so waren die typischen Posener Provinzstädte bereits 1885, d. h. vor Gründung der Ansiedlungs-Kommission überwiegend polnisch.

2. Je kleiner die Stadt, desto stärker ist der Anteil des Polentums und desto rascher verfällt sie der Polonisierung.

3. Von den 129 Städten zeigen nur etwa 50 eine über die natürliche Vermehrung hinausgehende Entwicklung.

4. Von den städtebildenden Faktoren erzielt die Verlegung von Eisenbahnverwaltungen in einzelne Städte (Eisenbahnknotenpunkte) am raschesten Erfolge; doch vermag sie nicht der Zunahme des Polentums auf die Dauer die Stirn zu bieten. Einen ähnlichen Zeiterfolg erreichen die Errichtung anderer staatlicher Anstalten und Garnisonen. Die Industrie wirkt polonisierend. Der einzige Faktor, der für die Zukunft und auch auf wirtschaftlichem Gebiete Erfolg für das Deutschtum verspricht, ist die

Digitized by Google

Bauernansiedlung. Nur durch die Verdeutschung des Zuzuges vom Land nach der Stadt, ist es möglich, die durch den einen oder anderen städtebildenden Faktor entstehenden Erwerbsmöglichkeiten mit Deutschen zu besetzen. Nur auf diesem Wege kann Nachfrage und Angebot in den mittleren und kleinen Provinzstädten im allgemeinen sich regeln. Der Handelsverkehr zeigt eine germanisierende Tendenz in ähnlicher Art wie die Bauernansiedlung. Beide sind als indirekt wirkende Faktoren, wenn sie auch nicht so plötzliche Erfolge für das Deutschtum zeigen, wie die direkt wirkenden Faktoren Eisenbahnverwaltung und Garnison geeigneter, weil sie von vornherein auf gesunde wirtschaftliche Basis aufbauen. Die Kleinsiedlung kommt als städtebildender Faktor nicht in Betracht. Sie ist ein sekundäres Mittel, dazu geeignet im Interesse des Deutschtums fördernd zu wirken, wo die Industrie poloniſiert, d. h. in den größeren Industriestädten durch Ansiedlung von deutschen Arbeitern. Sie löst in der heutigen Gestalt mehr die Wohnungsfrage als die städtische Arbeiterfrage.

Das Überwiegen des Großgrundbesitzes, insbesondere von Latifundien und Fideikommissen in der Umgebung der Städte wirkt auf die Entwicklung größerer Städte hemmend, befördert die Poloniſierung kleinerer Städte und führt zu ihrem vollständigen Stillstand und Rückgang.

5. Aufgabe einer ostmärkischen Städtepolitik kann es nur sein
   a) die städtebildenden Faktoren, d. h. die Momente, die Erwerbsmöglichkeiten fördern und neu schaffen, zu fördern, vor allem die indirekt wirkenden Mittel, die Bauernansiedlung und auch den Handelsverkehr, weil sie am vorteilhaftesten für die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschtums sind. Sie sind allgemeine und großzügige Mittel, die zugleich imstande sind, Eisenbahnverkehr und Eisenbahnknotenpunkte zu schaffen. Wird das Land deutsch bewohnt, so wird auch der Zuzug vom Land nach der Stadt deutsch werden, die neu entstehenden Erwerbsmöglichkeiten werden mehr von Deutschen besetzt werden und in der Stadt wird die fehlende deutsche Unter- und Mittelschicht allmählich entstehen.
   b) Die vorhandenen deutschen wirtschaftlichen Faktoren in den einzelnen Städten zu festigen und die Besetzung der vorhandenen und entstehenden Existenzmöglichkeiten mit Deutschen zu fördern, soweit letztere sich durch den Zuzug vom Lande nicht von selbst regelt.

Digitized by Google

# Schule und Kirche im Sprachenkampfe der Ostmark.

Von Richard Rassek.

## I.

Die Schule ist ein Politikum. Nirgends empfindet man die Wahrheit dieses Wortes mehr als in der Ostmark. Im öffentlichen Leben, in der Presse und im Parlament erscheint die Schule als der umstrittenste Posten im Kampf der Nationalitäten. Jede von ihnen weiß, von welch entscheidender Bedeutung die Arbeit des Lehrers an der Schuljugend ist. Gemäß dem Grundsatz: „Wer die Schule hat, der hat die Zukunft" suchen Deutsche und Polen einen möglichst großen Einfluß auf das heranwachsende Geschlecht zu erlangen. — Das Hauptmittel, nationale Ideale zu übertragen, ist die Sprache. Das Objekt, um das auf dem Schulgebiet darum am meisten gekämpft wird, ist die Unterrichtssprache. Landessprache oder Muttersprache, Berücksichtigung der Bildungsbedürfnisse des künftigen Bürgers oder der Wünsche der Familie, Erziehung für die Interessen des Staates oder für die des Volkstums — das sind einige der Gegensätze, die bei diesem Kampfe aufeinanderprallen.

Das entscheidende Wort in allen Schulangelegenheiten, also auch in Sachen der Unterrichtssprache, steht dem Staate bzw. dessen ausführender Behörde, der preußischen Regierung, zu. Diese Machtbefugnis des Staates stützt sich auf das geltende positive Recht. Grundlegend für das Verhältnis des Staates zur Schule ist der Satz des Allgemeinen Landrechts (Teil II, Titel 12, § 1): „Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staates, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben." Auch die preußische Verfassung sichert dem Staate das Recht zu, in den Schulen seinen Willen zur Anerkennung zu bringen. Es geschieht im Artikel 23, der den Wortlaut hat: „Alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht vom Staate ernannter Behörden". Ausgestattet mit diesen Grundrechten, hat der Staat die Sprachenfrage in den Schulen geregelt. In welchem Sinne diese Regelung erfolgt ist, geht aus den diesbezüglichen Erlassen und Verfügungen hervor. Für die höheren Schulen, einschließlich der Lehrerseminare, ist die deutsche Sprache als Unterrichtsmittel ohne Einschränkung vorgeschrieben. Für die Volksschulen bestehen in den verschiedenen Bezirken mit zweisprachiger Bevölkerung besondere Verfügungen, die zwar nicht dem Wortlaute, wohl aber dem Inhalte nach übereinstimmen. Es wird genügen, wenn ich nur eine von ihnen herausgreife. Für den Regierungsbezirk Oppeln ist die Verfügung vom 20. September 1872 grundlegend. Ihr wesentlicher Inhalt ist folgender: „Die deutsche Sprache soll fortan nicht nur Unterrichtsgegenstand, sondern obligatorisches Unter-

Digitized by Google

richtsmittel in allen Unterrichtsgegenständen sein. Nur der Religionsunterricht auf der Unterstufe hat sich in Schulen mit nicht deutsch redender Jugend in der Muttersprache der Kinder zu vollziehen, mit der Maßgabe, daß der Memorierstoff den Kindern, soweit tunlich, in deutscher Sprache einzuprägen ist." „Schulen, in welchen 25 Prozent der Schulkinder der deutschen Nationalität angehören, sind als rein deutsche anzusehen und zu behandeln." „Wo die gesamten Verhältnisse es erfordern oder gestatten, werden wir auch solche Schulen als rein deutsche zu erklären in der Lage sein, wo der oben genannte Prozentsatz nicht ganz erreicht sein sollte."

Diese Bestimmungen im Verein mit der Tatsache, daß die Lehrer ausschließlich in deutscher Sprache ausgebildet werden, also zur Erteilung eines polnischen Unterrichts nur selten befähigt sind, haben zur Folge gehabt, daß der Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen nahezu ausgeschaltet ist.

Bei der Wahl zwischen der offiziellen Landessprache und der Muttersprache hat sich also der Staat für die erstere entschieden. Aus welchem Grunde? Selbstverständlich kann man von einem modernen Staate ohne weiteres erwarten und verlangen, daß seine Maßnahmen, zu denen er auf Grund des geltenden, positiven Rechts zweifellos berechtigt ist, auch sittlich fundiert sind.

Zunächst ist für sein Verhalten die öffentliche Wohlfahrt des Gesamtstaates ausschlaggebend: Salus rei publicae suprema lex esto. Die Einheitlichkeit des Staatsorganismus und hierdurch mittelbar seine Existenzfähigkeit würde durch die utraquistische Sonderung der Staatsbürger mit der Zeit in Frage gestellt werden. Die Auflösung des festen Staatsgefüges in einen Nationalitätenstaat wäre die Folge der staatlichen Gleichberechtigung beider Sprachen. Wir würden mit dieser Praxis auf direktem Wege den Zuständen unseres Nachbarstaates Österreich-Ungarn zusteuern. Wäre eine solche Lösung der Sprachenfrage für unser Vaterland wünschenswert? Frieden brächte sie uns nicht, sondern vermehrten Hader, wie es die Tatsachen beweisen, die sich jenseits der schlesisch-böhmischen Grenze jahraus, jahrein abspielen. Übrigens wäre eine solche Scheidung der Untertanen nach sprachlichen Rücksichten schwer durchführbar. Wo die Nationalitäten in örtlich klar abgegrenzten Gebieten wohnen, wie es z. B. in der Schweiz, in Siebenbürgen oder in den baltischen Provinzen Rußlands der Fall ist, liegt die praktische Durchführbarkeit einer schmerzlosen Scheidung der Nationalitäten im Bereiche der Möglichkeit. Wo sich aber die Nationalitäten so durchwachsen, wie es teilweise in Böhmen oder in noch höherem Grade bei uns der Fall ist, da wird jede Maßnahme dem einen Volksstamm zuliebe, dem andern zuleide ausfallen. Nur deutsch, nur polnisch oder polnisch und deutsch — wir mögen wählen, wie wir wollen, wir werden die Wünsche der beiden Nationalitäten nie restlos erfüllen. Im Widerstreit der Meinungen kann man es darum der preußischen Regierung nicht verargen, wenn sie den gordischen Knoten, den die Sprachenfrage in der ostmärkischen Schule bildet, in dem Sinne zerhaut, daß sie die Kinder nur in deutscher Sprache ausbilden läßt.

Digitized by Google

Zweckmäßigkeitsgründe sind es weiterhin, die für das Verhalten des Staates den Ausschlag geben. Die staatliche und private Verwaltung, der amtliche und außeramtliche Verkehr des öffentlichen Lebens vollzieht sich nun einmal in deutscher Sprache, kann sich aus praktischen Gründen nur in dieser Sprache vollziehen. Sonst müßte ein kompliziertes Dolmetschersystem zwischen die deutsche und polnische Nationalität geschoben worden. Woher sollte der Staat, um nur ein Beispiel zu wählen, soviel zuverlässige, polnisch sprechende Beamte hernehmen, um die Hunderte polnischer Versammlungen, die alljährlich stattfinden, zu überwachen? Oder sollte er darauf verzichten? Dann würde der Gebrauch der polnischen Sprache eine Bevorzugung des einen Volksteils bedeuten; dieser besäße dann in seiner Sprache eine verschlossene Tür, hinter der er sich jeglicher Kontrolle entziehen könnte. Es ist ein undurchführbares Verlangen, für Gerichte, Eisenbahn, Post, kurz für die gesamte Verwaltung eine weitschichtige Beamtenschaft zu schaffen, die die Sprache der Minderheit beherrscht, und außerdem ein ganzes Heer von Lehrern, fähig, in polnischer Sprache zu unterrichten, ausbilden zu lassen.

Auch die Wohlfahrt der einzelnen Untertanen erheischt ein Eingreifen des Staates bei Regelung der Sprachenfrage. Die polnische Bevölkerung selbst hat den größten Nutzen von der Erlernung der deutschen Sprache. Die Verbesserung ihrer materiellen Lage, die Wahrnehmung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte, die erfolgreiche Konkurrenz im sozialen Leben, alles das ist davon direkt abhängig. Für den Polen, der sich außerhalb der polnischen Sprachgebiete seinen Lebensunterhalt sucht, ist der Besitz der deutschen Sprache von ebenso großem Wert, wie etwa das Englische für den in die Fremde ziehenden deutschen Kaufmann. Der Nurpole wird sich schwerlich aus dem niedrigen Kulturniveau seiner Volksgenossen herausarbeiten. Alle Polen, die es im wirtschaftlichen Kampfe zu etwas gebracht haben, sind gewandt im Gebrauche der deutschen Sprache.

Die Maßnahmen des Staates werden von den Polen heftig bekämpft. Ihren lebhaftesten Widerhall finden ihre Vorwürfe in den Polendebatten, die alljährlich bei Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhause wiederkehren. Der Tenor dieser Anklagen ist der Satz: Die preußische Volksschule raubt dem polnischen Volke Sprache und Nationalität. Die wichtigsten Argumente, mit denen diese Behauptung gestützt wird, lassen sich in drei Gruppen einteilen. Es sind 1. religiös-kirchliche, 2. pädagogische Einwände und 3. Folgerungen aus dem sogenannten Naturrecht.

Besonderen Eindruck auf die Massen suchen die Polenführer durch Berufung auf Verordnungen kirchlicher Autoritäten zu erzielen, nach denen die Verwendung der Muttersprache im Religionsunterricht eine religiöse Pflicht sein soll. In erster Linie wird hierbei das Tridentinum zitiert. Dasselbe schreibt im VII. Hauptstück der 24. Sitzung den Bischöfen und Pfarrern vor, dem Volke „die Wirkung der Sakramente und die heiligen Lehren unter der Feier der Messe oder dem Gottesdienste zu erklären". Dies soll „fromm und umsichtig", und zwar in der jedesmaligen Volks-

Digitized by Google

sprache geschehen, si opus sit et commode fieri poterit, d. h. wenn es notwendig ist und schicklich geschehen kann.

Auf den ersten Blick erkennt man, daß es sich hier um eine rein kirchliche Angelegenheit handelt, um eine Unterweisung, die etwa dem heutigen Beicht- und Kommunionunterricht entspricht. An einen Religionsunterricht, wie er heutigentags in der Volksschule erteilt wird, haben die Verfasser schon deshalb nicht denken können, weil von Schulen in unserem Sinne damals noch gar nicht die Rede war.

Nun könnte demgegenüber eingewandt werden, daß die heutige Volksschule, die „Tochter der Kirche", als eine Hilfsanstalt der Kirche, der mit der missio canonica versehene Lehrer der Gegenwart als Stellvertreter des Pfarrers betrachtet werden und demnach die Muttersprache auch für den Religionsunterricht der heutigen Volksschule reklamiert werden könnte. Indessen selbst unter der Voraussetzung, diese Umdeutung der gegenwärtigen Verhältnisse wäre statthaft, ist das Tridentinum keine so unbedingte Stütze der Behauptung, der Religionsunterricht dürfe nur in der Muttersprache erteilt werden. Bindend wäre die Bestimmung zunächst nur dann, wenn es sich um eine kirchliche Glaubenslehre, ein Dogma, handelte. Dies ist aber nicht der Fall. Das betreffende Kapitel gehört vielmehr zu den Reformbeschlüssen, die als Forderungen jener Zeit auch nur relative Gültigkeit für die damaligen Verhältnisse beanspruchen können und schon damals durchaus nicht allgemein anerkannt wurden. In Spanien z. B. fanden sie nur eine durch die Reichsgesetze eingeschränkte Aufnahme, in Frankreich, Ungarn und andern Ländern stießen sie sogar auf Widerspruch. Diese Tatsache ist übrigens durchaus keine vereinzelte Erscheinung. Zu allen Zeiten sind von Rom aus Bestimmungen erlassen worden, die eingestandenermaßen den Charakter relativer Verbindlichkeit besitzen. Dafür folgender Beleg aus neuerer Zeit: Am 15. 4. 1905 erließ Papst Pius X. die Enzyklika Acerbo nimis, welche die Bestimmung enthält, daß alle Pfarrer an den Sonntagen eine volle Stunde die Sonntagschristenlehre für die Jugend halten sollten. Auf eine Anfrage des deutschen Episkopats erklärte der Papst, daß durch den ausgiebigen Religionsunterricht, wie er in Preußen von Geistlichen und Lehrern erteilt wird, den Forderungen jener Enzyklika vollauf Genüge geschehe. So hat die Kirche immer den mannigfachen Verhältnissen der verschiedenen Länder Rechnung getragen.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zu den Sprachbestimmungen des Tridentinums zurück. Die Berufung auf diese Verordnung ist auch noch nach anderer Richtung hin anfechtbar. Man vergegenwärtige sich, daß in der alten Kirche die Volkssprache, die lingua vernacula, nur minimale Verwendung fand im Gegensatz zum Lateinischen, dem eine fast absolute Herrschaft im Gottesdienste zuerkannt wurde. Nur selten wurde in Predigt und Lehre seitens der Pfarrer die Muttersprache herangezogen. Nun aber kamen andere Zeiten und mit ihnen stellten sich gebieterisch neue Forderungen ein. Diese zu erfüllen und die Pfarrer zu verpflichten, das Volk in einer ihm verständlichen Sprache zu unterweisen, das ist die Absicht

Digitized by Google

des Tridentinums. An die Anwendung der Volkssprache im Gegensatz zu einer andern nationalen Sprache ist bei Abfassung des Tridentinums nicht gedacht worden.

Beachtenswert ist auch der Wortlaut der einschlägigen Stelle: Die Pfarrer sollen die Unterweisung „fromm und umsichtig" handhaben und zwar, „wenn es notwendig ist und schicklich geschehen kann, in der Volkssprache". Es braucht wohl keines besonderen Beweises, daß diese Voraussetzungen des Tridentinums in unseren Schulen nicht zutreffen. Nie kann die Volkssprache fromm und schicklich dort eingeführt werden, wo eben um ihretwillen Streit und Hader herrscht.

Neben dem Tridentinum wird seitens der Polen auch auf die Beschlüsse einzelner Synoden hingewiesen. Allein diese Beschlüsse sind nichts weiter als Wiederholungen des Tridentinums mit passenden Ausführungsbestimmungen ohne selbständige Bedeutung. Die sogenannten Reformdekrete des Tridentinums durften nämlich in den einzelnen Staaten nicht publiziert werden; daher fand die Publikation nach und nach auf den Provinzialsynoden statt, so in Olmütz 1568 und 1591.

Von oberschlesischen Polen wird häufig ein Erlaß des Fürstbischofs Heinrich aus dem Jahre 1873 angeführt, der den Religionsunterricht in der Muttersprache anordnen soll. Aber auch hier kann man nur wiederholen, was vom Tridentinum gesagt wurde. Alle solche Erlasse haben nur relative Gültigkeit für die besonderen Verhältnisse in besonderen Zeiten. Seit 1873 haben sich die ausschlaggebenden Umstände in Oberschlesien mächtig geändert. Wahrscheinlich mit aus diesem Grunde ist jener Erlaß in die neueren Sammlungen kirchlicher Bestimmungen gar nicht aufgenommen worden. Ich habe bisher vergeblich nach diesem Erlaß gesucht. Das Heute verlangt eben ein anderes Handeln als das Ehedem. Es ist ein verfehltes Beginnen, vergilbte Gesetze aus verstaubten Akten herauszuholen bei Entscheidung aktueller Fragen. Der Gegner kann möglicherweise ebensoviel und ebenso gewichtige Bestimmungen entgegengesetzter Tendenz herausgraben. Für den vorliegenden Fall weise ich nur auf ein Beispiel hin, das der fromme Schulrat Kellner Seite 342 seiner Lebensblätter anführt. Es handelt sich um einen Erlaß einer katholischen Kirchenbehörde aus dem Jahre 1832, in dem es u. a. heißt: „Es ist zwar nicht anzunehmen, aber möglich, daß wenig unterrichtete Eltern mancher Schulkinder gegen das Erlernen der deutschen Sprache Bedenklichkeiten haben und vielleicht glauben könnten, daß die deutsche Sprache der Religion, zu der nach ihrer Ansicht die polnische Sprache ein wesentliches Erfordernis ist, Gefahr bringen dürfte. Solchen Leuten .... ist dieser irrige Wahn und ihre irrige Ansicht von der deutschen Sprache in bezug auf die Religion durch geeignete Vorstellungen zu benehmen, ihnen dagegen der Nutzen der deutschen Sprache begreiflich und eindringlich zu machen ...."

Ich hebe ausdrücklich hervor, daß ich diese Verordnung nicht heranziehe, um mit ihrer autorativen Kraft meine Ansicht zu stützen, — wiewohl man sie tatsächlich noch heute Satz für Satz unterschreiben könnte —, sondern nur um den Nachweis zu führen: Mit der Berufung auf Verfügungen aus

Digitized by Google

alter Zeit läßt sich ein Streit, wie er gegenwärtig in der Ostmark besteht, nicht zur Entscheidung bringen.

Schwerer fallen Einwände ins Gewicht, die im Anschluß an den Artikel 24 der Verfassung: „Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften" ins Feld geführt werden. Aus diesem Artikel ist von mancher Seite gefolgert worden, daß in Sachen des Religionsunterrichts der Kirche das alleinige Bestimmungsrecht zustehe. Erzbischof Stablewski machte den Vorschlag, den Religionsunterricht ausschließlich in die Hände der Geistlichen zu legen. Die Schlesische Zentrumsversammlung in Neiße faßte im Jahre 1906 die Resolution: „Der Parteitag der Zentrumsleute betont nachdrücklich, daß das Recht, den Religionsunterricht, Katechismus, Biblische Geschichte und Kirchengeschichte zu erteilen, ausschließlich der Kirche zusteht . . ., daß ferner der Religionsunterricht nach dem Willen der Eltern in der Muttersprache zu erteilen ist". Ähnlich lauten die Beschlüsse des Katholikentages in Breslau. M. E. richten sich diese Forderungen gegen Rechtsverletzungen, die im Grunde genommen gar nicht bestehen. Prinzipiell bestreitet nämlich niemand der Kirche das Recht, den Religionsunterricht zu erteilen. Tatsächlich üben in vielen Gemeinden die Geistlichen dieses Recht auch aus, ohne daß staatliche Organe daran Anstoß nehmen. Selbst der aus der dunkelsten Kulturkampfzeit stammende Ministerial-Erlaß vom 15. Februar 1876 garantiert dem Geistlichen die Ausübung dieses Rechtes. Allerdings ist hieran die Bedingung geknüpft, daß der Geistliche „in bezug auf seine Stellung zum Staate der Schulaufsichtsbehörde kein Bedenken erregt und allen ressortmäßigen Anordnungen derselben in bezug auf Schulzucht usw. entspricht". Aber dieser Vorbehalt ist eine einfache Folgerung aus der Definition der Schule als einer Veranstaltung des Staates, einer Definition, die allen gesetzlichen Maßnahmen zur Grundlage dient und die wir selbst auf Schritt und Tritt anerkennen.

Geradezu bedenklich erscheint mir aber das Streben, den Religionsunterricht von der Schule abzuschnüren und ihn ganz und gar der Kirche zu überlassen. Gesetzt, dem Staate fiele es einmal ein, darauf einzugehen, was wäre die Folge? Dann hätten wir wohl den Religionsunterricht ganz in unserer Hand, aber in demselben Augenblick auch — die konfessionslose Schule. Das Gespenst, das durch das Volksschulunterhaltungsgesetz gebannt worden ist, stände dann drohender denn je vor uns.

Für die Geistlichen würde übrigens das auf sie allein beschränkte Recht der Erteilung des Religionsunterrichts eine ständige Kalamität bedeuten. Was heute als Recht gefordert wird, ist morgen zur Pflicht geworden. Woher sollten die Geistlichen zur Erfüllung dieser Verpflichtung Kraft und Zeit hernehmen? Schon der auf bestimmte Tage und Stunden fixierte Beicht- und Kommunionunterricht greift nicht selten störend in die Seelsorgertätigkeit ein.

Nicht für eine Änderung, sondern für eine Konservierung der gegenwärtigen Verhältnisse sollten wir unsere Kräfte einsetzen. Welches sind diese Verhältnisse? Die konfessionelle Schule steht, um mit dem

Digitized by Google

Abgeordneten Porsch zu reden, bei uns gesicherter da als in irgend einem andern Lande. Der Religionsunterricht wird zwar von staatlich angestellten Lehrern erteilt, aber von Lehrern, die durch die missio canonica zugleich zu Beauftragten der Kirche geworden sind. Außerdem steht dem Geistlichen, abgesehen von der Befugnis, die religiöse Unterweisung selbst zu übernehmen, das Recht zu, den Religionsunterricht in der Schule zu leiten.

Hiergegen erheben manche Geistliche folgenden Einwand: Rechte haben wir wohl, aber die staatlichen Organe engen sie uns so ein, daß der kirchliche Einfluß zur Chimäre geworden ist. Das gilt besonders von der Leitung des Religionsunterrichts.

Es ist durchaus begreiflich, wenn staatliche Übergriffe energisch zurückgewiesen werden. Allein, vielleicht wird man in Frieden auskommen, wenn man sich die Grenzscheide zwischen kirchlicher Leitung und staatlicher Aufsicht genau ansieht.

Beim Religionsunterricht kommt es, wie bei jedem anderen Unterricht, auf das „Was" und auf das „Wie", auf einen substanziellen und einen accidentiellen Teil an.

Kein Streit herrscht über die Unterrichtssubstanz Denn daß nach Artikel 12 der Verfassung und nach den §§ 13, 14 II 11 des A. L. R. die Religionslehre nichts enthalten darf, was den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten entgegenläuft, erkennt jedermann ohne weiteres an, der den Bestand des Staates anerkennt. Abgesehen hiervon kümmert sich der Staat, der als solcher paritätisch ist, um den Inhalt der religiösen Unterweisung überhaupt nicht. Auch über das „Wie" des Religionsunterrichts herrscht in den meisten Fällen keine Meinungsverschiedenheit. Denn daß in den technischen Fragen, betreffend die Methode, den Lehrplan usw., nur technisch gebildete Schulmänner ein entscheidendes Urteil abgeben können, erkennt auch die Kirche an. Im allgemeinen wird man sich schiedlich, friedlich auf die Formel einigen können: den substantiellen Teil der Kirche, den accidentiellen dem Staate.

Wo entsteht nun der Streit? Die Antwort auf diese Frage führt uns zu dem Hauptgegenstand unserer Abhandlung zurück, zur Wahl der Unterrichtssprache. Hier streiten sich die Leute herum. Die Entscheidung in diesem Streite hängt nach dem Vorstehenden von der Beantwortung der Frage ab: Zu welchem Teile des Religionsunterrichts ist die Sprache zu rechnen? Die einfachste Überlegung genügt, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß es sich bei der Sprache um etwas Accidentielles, Zufälliges handelt. Das kirchliche Glaubensgut bleibt überall dasselbe, kennt keine Sprachenscheiden. Der Besitz der Religiösität ist unabhängig davon, welcher Nation oder Sprache der Mensch angehört. Die eine, heilige Kirche, die den ganzen Erdball umspannt, ist zur Hüterin der religiösen Glaubensgüter gesetzt, zur Sprache steht sie in direkter Beziehung nicht. Ganz in diesem Sinne urteilt auch der als pädagogische Autorität hochgeschätzte Schulrat Kellner, der in seinen „Lebensblättern" schreibt: „Der Glaube ist an Sprachformen nicht gebunden ... und nur böser Wille oder beschränkte

Digitized by Google

Urteilskraft können behaupten, daß mit dem Deutschen zugleich die Religion der Kinder und des Volkes gefährdet werde." Nur mittelbar hat die Kirche ein Interesse an der Wahl der Sprache. Sie muß natürlich verlangen, daß ein angemessenes Quantum an religiösem Gut den Kindern übermittelt, ein gewisser Grad an religiösem Wissen, Fühlen und Wollen in ihnen erzeugt und darum diejenige Sprache gewählt werde, mit der man am sichersten zum Ziele gelangt. Ich finde es vom kirchlichen Standpunkt aus für unklug und inkorrekt, sich an eine bestimmte Sprache, sei es auch die Muttersprache, zu binden und etwa für die Ostmark zu verlangen: „Nicht bloß auf der Unterstufe, sondern auch auf der Mittelstufe muß der Religionsunterricht oder ein Teil desselben in polnischer Sprache erteilt werden". Nein, auch noch auf der Oberstufe kann dies notwendig oder schon auf der Unterstufe unzweckmäßig sein, letzteres dann nämlich, wenn die deutsche Sprache sicherer und schneller zu dem oben gesteckten Ziele hinführt. Die Untersuchung über die Zweckmäßigkeit eines Unterrichtsmittels ist aber nicht mehr Sache der Kirche, sondern gehört in das Gebiet der Pädagogik. Richten wir nunmehr unser Augenmerk auf die pädagogischen Einwände, welche die Gegner der preußischen Schulpolitik gegen die Anwendung der deutschen Sprache als obligatorisches Unterrichtsmittel erheben.

Auch die pädagogische Beweisführung der Gegner setzt bei dem Religionsunterricht an. Sie läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen: 1. Die religiösen Wahrheiten haben für das Gemüt, für das kirchliche und praktisch-religiöse Leben nur dann einen Wert, wenn sie verstanden werden; 2. verstanden, erkannt und damit empfunden werden sie aber nur dann, wenn sie in das Gewand der Muttersprache gekleidet werden; 3. wollen wir also lebendige Religiösität, so müssen wir auch die Muttersprache für den Religionsunterricht fordern.

Dem ersten Satze ist ohne weiteres zuzustimmen, obwohl er keineswegs unbedingt gilt. Wir alle kennen jenen Handwerksburschen der Hebbelschen Erzählung „Kannitverstan", der beim Anhören der holländischen Predigt, von der er kein Wort verstand, dicke Tränen vergoß und von ihr mehr gerührt war als daheim von der deutschen. Ein beweiskräftiges Beispiel ist auch das lateinische Gebet der Klosterschwestern, das trotz seiner gar nicht oder nur mangelhaft verstandenen Sprache dennoch religiöse Andacht auslöst. Übrigens hat wohl schon jeder die Erfahrung gemacht, daß er einst auf der Schulbank manche Sprüche, manche Liederverse usw. in sein Gedächtnis aufgenommen hat, für die ihm erst in der Schule des Lebens das rechte Verständnis aufgegangen ist, und dies trotz der Anwendung der Muttersprache im Unterricht. Es ist auch nicht zu vergessen, daß dem Verständnis nach zwei Seiten hin Schranken gesetzt sind. Einmal durch den Stoff selbst. Es ist teilweise eine schwere Kost, die dem Schüler im Religionsunterricht geboten wird. Vor manchen Glaubenswahrheiten sinkt das fromme Gemüt still ins Knie, auch ohne sie durch das Medium des Verstandes erfaßt zu haben. Andererseits findet die verständige Auffassung des Stoffes ihre Begrenzung im erkennenden Subjekt. Es ist ja klar, daß man bei Kindern nur von einem relativen Verständnis reden darf,

Digitized by Google

von einem Verständnis, das dem Grade nach sich wesentlich von dem eines gebildeten Erwachsenen unterscheidet. Wenn manche offizielle und nichtoffizielle Revisoren des Religionsunterrichts in utraquistischen Schulen finden, daß ein mangelhaftes religiöses Verständnis vorliegt, so ist noch immer zu überlegen, ob ein berechtigter Grad von Verständnis verlangt wird, ob bei gleichen Forderungen unter gleichen Verhältnissen nicht auch solche Kinder versagen würden, die ausschließlich in der Muttersprache den Religionsunterricht empfangen haben. Man möge nur z. B. polnische Kinder nach dem Verständnis des polnischen Vaterunsers fragen. Die oberschlesischen Kinder werden vielfach schon beim ersten Worte versagen, weil das Wort „Ojciec" für den Begriff „Vater" in manchen Gegenden wenig gebräuchlich ist. Doch zugegeben, daß die Anrede und wohl auch die vierte Bitte bis ins Niveau des Verständnisses emporgestiegen sind — das Übrige ist sicherlich in Dämmerung gehüllt. Wenn polnische Abgeordnete mit Behagen erzählen, welche sonderbaren Auffassungen und Verwechselungen religiöser Begriffe bei polnischen Kindern, die den deutschen Religionsunterricht besuchen, vorkommen, so kann sie jeder Lehrer leicht darüber aufklären, daß man dergleichen auch beim polnischen Religionsunterricht, ja mit deutschen Kindern im deutschen Religionsunterricht erleben kann. Im großen und ganzen ist immerhin dem Grundsatz zuzustimmen, daß eine verständnismäßige Auffassung als Voraussetzung religiöser Verstandes- und Herzensbildung zu fordern ist.

Wenden wir uns aber nunmehr dem Satz zu: Nur die Muttersprache ist für den Religionsunterricht verwendbar. Diese Behauptung schießt in ihrer absoluten Form übers Ziel hinaus. Das menschliche Gemüt ist ein eigen Ding. Ich habe polnische Predigten gehört, die beim Gefühl der Hörer glatt vorbeigingen, und ich habe andererseits deutschen Predigten beigewohnt, die tief ins Herz der Hörer polnischer Abstammung schlugen. Wäre es richtig, daß nur die Muttersprache für religiöse Unterweisung geeignet ist, so würde die Kirche, die doch selbst Lehrerin und Erzieherin des Volkes sein soll und will, inkorrekt handeln. Denn dem Gebrauch des Lateinischen in der Kirche würde dadurch das Urteil gesprochen sein. Hier ist der theoretisch und praktisch gebildete Pädagoge die einzig kompetente Persönlichkeit, das entscheidende Wort zu sprechen. Und was wird er uns antworten, wenn er jahrelang polnischen und deutschen Religionsunterricht an utraquistischen Schulen erteilt hat? Er wird sagen: „Bei Anwendung der deutschen Sprache müssen wir uns mit einem recht bescheidenen Maß von Erfolgen begnügen, aber bei Anwendung der polnischen Sprache geht es erst recht nicht, da schrumpft der Erfolg einer mühsamen Arbeit auf ein bedeutungsloses Minimum zusammen". Und woher kommt das?

Das polnische Kind tritt, wie jedes Kind aus Familien, die auf einem niedrigen Bildungsniveau stehen und sozial rückständig sind, mit wenig entwickelter Sprachkraft in die Schule ein. Sein muttersprachlicher Vokabelschatz ist gering, häufig mit deutschen Wörtern in polonisierter Form durchsetzt und dem Kinde nur in der mundartlichen Aussprache des Wasserpolnisch geläufig. Der Unterricht der Schule, speziell der Religionsunterricht,

Digitized by Google

bringt nun an das Kind eine Fülle von neuen Begriffen, für die diesem die sprachlichen Bezeichnungen fehlen. Die polnische Vokabel ist ihm ein ebensolches Novum wie die deutsche.

Nun ist es ja allerdings anfänglich nicht gleichgültig, welche von den Vokabeln man an das Kind heranbringt. Sicherlich wird das wenn auch schwach entwickelte polnische Sprachgefühl die polnische Vokabel schneller apperzipieren und in seine kleine Gedankenwelt einfügen als das deutsche Wort. Bald aber ändert sich das Verhältnis. Da der gesamte übrige Unterricht in der Schule sich in deutscher Sprache vollzieht und da die neuen Anschauungen überall mit deutschem Wort verbunden werden, so ist das deutsche Sprachmaterial in kurzer Zeit reicher als das polnische, bald steht auch das deutsche Sprachgefühl dem polnischen an perzipierender Kraft nicht nach. Der auf sich selbst angewiesene polnische Religionsunterricht kann nicht gedeihen, es fließt ihm aus dem übrigen Unterricht kein Lebenssaft zu, und bald muß er verkümmern. Pädagogisch berechtigt ist darum der polnische Religionsunterricht nur am Anfange der Schulzeit. Gedeihen könnte er nur dann, wenn auch der Anschauungs- und Leseunterricht usw. in polnischer Sprache erteilt würde.

Die Konsequenten unter den Gegnern der preußischen Schulpolitik verlangen darum schlankweg die polnische Sprache als Unterrichtssprache. Mit ihnen ist nicht zu rechten. Die Verwirklichung ihrer Forderung liefe auf eine Polonisierung zweisprachiger Landesteile hinaus, die den Deutschen Kultur und Wohlstand verdanken. Die notwendige Folge hiervon wäre die Abschnürung dieser Landesteile zu einem selbständigen Verwaltungsbezirk mit polnischer Landessprache nach dem Vorbild Galiziens. Auch bei diesem Entwicklungsstadium könnte die Sehnsucht nach der Wiederaufrichtung des polnischen Reiches nicht stehen bleiben, alles Konsequenzen, von denen bereits oben die Rede war. Daß der preußische Staat Maßnahmen trifft, welche die Möglichkeit einer solchen Entwicklung verhindern, ist begreiflich; sein Selbsterhaltungstrieb nötigt ihn dazu.

Weniger konsequent, aber politisch klüger und praktischer verfahren diejenigen, die zwar das Polnische als Grundsprache verlangen, daneben aber auch mit der Ausbildung der Kinder in deutscher Sprache einverstanden sind. Das Deutsche solle aber nicht Unterrichtsmittel, sondern ein Unterrichtsfach sein. Dieses müsse durch Vermittlung der polnischen Sprache, also auf dem Wege der Übersetzung, den Kindern gelehrt werden.

Dieser Vorschlag ist leider undurchführbar. Die Ausbildung der Kinder in beiden Sprachen ist eine unterrichtstechnische Unmöglichkeit. Schon in rein deutschen Schulen sind befriedigende Resultate im deutschen Sprachunterricht nur zu erreichen, wenn Lehrer und Schüler ihre vollen Kräfte für diesen Zweck einsetzen. Eine entsprechende Ausbildung in ausschließlich polnischer Sprache würde natürlich den Einsatz gleicher Kräfte verlangen. Und in utraquistischen Schulen sollte es gelingen, beide Sprachen zu gleicher Vollkommenheit zu entwickeln? Dann hätte entweder der mathematische Satz: „Die Summe ist größer als die Summanden", keine Gültigkeit mehr, oder unsere Schüler und Lehrer müßten Übermenschen



Digitized by Google

sein. Solange das nicht zutrifft, bleiben jene Forderungen nur graue Theorie, mit der sich in Wirklichkeit nichts Ganzes und nichts Halbes erreichen läßt. Der Erwerb sachlicher Kenntnisse bleibt verkümmert; das Kind lernt in keiner der beiden Sprachen logisch urteilen.

Die Erfahrungen unserer höheren Schulen bestätigen diese Beweisführung. Wohl befähigt der fremdsprachliche Unterricht dieser Schulen die Schüler, leichtere, in der Fremdsprache abgefaßte Schriftsätze zu verstehen. Aber zu einer für das praktische Leben ausreichenden Fertigkeit im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache bringt er den Schüler nicht. Und doch haben es die höheren Schulen mit Schülern zu tun, welche diejenigen der utraquistischen Schulen in bezug auf Reife und Qualität haushoch überragen. Auch die äußeren Verhältnisse der Volksschulen in polnischen Gegenden, die Klassenfrequenzen, die Unterstützung, welche die Familie der Schule leistet usw., lassen sich mit denen der höheren Schule gar nicht vergleichen.

Für einen Unterricht in polnischer und deutscher Sprache sind auch die Lehrer der Gegenwart gar nicht geeignet. Viele beherrschen wohl die polnische Umgangssprache, aber sie können nicht das Hochpolnische, können es nicht reden, noch viel weniger es lesen und schreiben oder darin methodischen Unterricht erteilen. Es fehlt ihnen die Ausbildung in dieser Sprache. Die Forderung, daß in den Volksschulen polnisch und deutsch unterrichtet werden soll, führt darum zu der Konsequenz, daß auch die Seminarbildung durch die Aufnahme der polnischen Sprache erweitert werden müßte. Diese Mehrbelastung hielte die gegenwärtige Organisation der Lehrerbildung nicht aus, oder die Qualität des Wissens und Könnens müßte zugunsten der Quantität Schaden leiden. So kommen wir auch nach dieser Seite zu einer verschlossenen Pforte in der Mauer der Wirklichkeit, an der uns ein dringendes Halt geboten wird.

Ein auf dem Dualismus der Sprachen aufgebauter Unterricht wäre übrigens keine Neuerscheinung in der Ostmark. Bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist nach dieser Formel in unsern Schulen gearbeitet worden. Aber der Erfolg war in jeder Beziehung minimal. Zahllos sind die Berichte aus jenen Jahrzehnten, die über die geradezu negativen Ergebnisse des Schulunterrichts lebhafte Klage führen. So konstatieren die Examinatoren an den Lehrerseminaren in den 60er Jahren, „daß die Vorbildung der utraquistischen Präparanden, auch in der mündlichen und schriftlichen Behandlung der polnischen Sprache, nicht selten so auffallend mangelhaft ist, daß sie nur mit Aussicht auf zweifelhaften Erfolg dem Unterricht des Seminars übergeben werden können". (Verordnung der Königlichen Regierung zu Oppeln vom 7. Juni 1865.) Von ausschlaggebender Bedeutung waren aber „die Ergebnisse der gründlichen, unter Zuziehung angesehener Männer aus verschiedenen Lebensstellungen anfangs der 70er Jahre vorgenommenen Revisionen, die endgültig den Nachweis erbrachten, daß mit doppelter Unterrichtssprache das Ziel der Volksschule nicht zu erreichen ist". (Kultusminister Studt.)

Digitized by Google

Ein besonders klassischer Zeuge für den Mißerfolg des zweisprachigen Unterrichts ist aber der von Polen und Philopolen hochgeschätzte Schulrat Bogedain, ein Mann von zweifellos fleckenlosem Charakter. Als er 1848 von Posen nach Oppeln kam, um die Schulaufsicht dieses Bezirks zu übernehmen, da fand er, „daß man weder ordentlich deutsch noch ordentlich polnisch gekonnt hat". Bogedain zog aus diesen Tatsachen seine Schlüsse: „Eine ausreichende Bildung kann die Volksschule nur bei einheitlicher Unterrichtssprache vermitteln". „Erst muß dem Volke eine tüchtige, allgemein menschliche Bildung, wenn auch in hochpolnischer Sprache, vermittelt werden; dem Deutschen wird es sich dann unter dem stillen Einfluß des Lebens von selbst zuwenden." „Das Germanisieren bleibe dem sanften Einflusse des Lebens überlassen." Diesen Grundsätzen gemäß entfaltete Bogedain eine lebhafte Reformtätigkeit. Sein von grundehrlicher Überzeugung getragener Eifer ließ ihn sogar soweit gehen, daß er selbst in Gemeinden, die um erhöhte Pflege des Deutschen in der Schule vorstellig wurden, an seiner Methode festhalten ließ. Gewiß lag es nicht in seiner Absicht, dem Deutschtum in Oberschlesien Schaden beizufügen. Aber in solchen Fällen entscheidet nicht der gute Wille, sondern die Wirkung. Und die Wirkung war die, daß die oberschlesische Schule und ihre Lehrer durch ihn eine Zeitlang tatsächlich poloniſiert worden sind. Der polnischen Presse ist damals der Boden bereitet worden. Das Volk konnte und wollte nun auch hochpolnisch lesen. Die deutsche Sprache aber mußte verkümmern. Es kann darum nicht wundernehmen, wenn sich die preußische Regierung zwar spät, aber doch endlich bewogen fühlte, mit der bisherigen Praxis zu brechen. Ganz im Sinne Bogedains entschloß sie sich für eine einheitliche Unterrichtssprache, nur legte sie die deutsche Sprache als solche fest.

Mit dieser Schwenkung war auch eine Änderung der Methode des Deutschlehrens verbunden. An Stelle der Übersetzungsmethode trat die direkte, naturgemäße Lehrweise, die auf Zuhilfenahme der Muttersprache beim Unterricht verzichtet. Die Gegner bestreiten, daß man auf diese Weise Kindern Kenntnisse vermitteln und zum Verständnis bringen könne. Dies Verfahren müsse zu Sprachquälerei und zur Ertötung des kindlichen Geisteslebens führen. Die Lehrerschaft denkt hierüber anders. Alle fachmännischen Autoritäten sind sich heute darüber einig, daß man deutsch lehren könne, ohne das Zwischenmittel der polnischen Sprache durch direkten Anschluß der deutschen Wort- und Satzformen an die bezeichneten Dinge und Vorgänge. Naturgemäß ist diese Lehrweise, weil sie sich das Verfahren der Spracherlernung zum Muster nimmt, dessen sich die Mutter bedient, um die eigene Sprache auf ihr Kind zu übertragen. Ist das Verfahren pädagogisch unrichtig, so haben wir alle pädagogisch unrichtig sprechen gelernt, aber wir haben es doch erlernt.

Neben den kirchlich-religiösen und pädagogischen Bedenken werden gegen die preußische Schulpolitik auch Einwände erhoben, die sich angeblich aus dem sogenannten Naturrecht ergeben sollen. Ein dehnbarer Begriff tritt uns in diesem Worte entgegen. Es würde uns zu weit führen, wollten wir dem Wesen dieses Begriffs, seinem Inhalt und Umfang weiter nach-



Digitized by Google

gehen. (Vergl. über diese Frage Fr. Alb. Maria Weiß O. Pr., Soziale Frage, Teil I, Seite 181—207.) Was ist im Namen des Naturrechts nicht schon alles gefordert worden! Die Männer der ersten Republik leiteten aus ihm das Recht der Revolution her. Wenn das Naturrecht überhaupt einen Sinn haben soll, so kann es nur als die göttliche Stimme des Gewissens aufgefaßt werden, die sich als verpflichtende Richtschnur für unser sittliches Tun und Lassen in unserem Gemüt kundgibt. Aber von eben dieser Richtschnur lassen sich auch die Gesetzgeber des preußischen Staates leiten. Man wird unmöglich annehmen wollen, daß sie bei ihren Maßnahmen für die Schule wider ihr Gewissen handeln. Auch sie fügen sich in die Forderungen des Naturrechts. Vor dem natürlichen Recht der Eltern, über das Wohl und Wehe ihrer Kinder zu bestimmen, machen sie halt, soweit sich dieses Bestimmungsrecht auf sein natürliches Wirkungsgebie beschränkt, auf Familie und Haus. Sobald aber die Rechte der Öffentlich keit in Frage kommen, sobald ein Widerstreit der Interessen innerhalb des Untertanenverbandes vorliegt, tritt die Pflicht an den Staat heran, regelnd einzugreifen und die Interessengruppen zu gegenseitigen Konzessionen zu veranlassen. In diesem Sinne ist auch seine Entscheidung in bezug auf die ostmärkische Schulsprache aufzufassen. Von einem Raube der Muttersprache kann dabei gar nicht die Rede sein. Es ist noch keiner deutschen Regierung eingefallen, zu verbieten, daß der Vater zur Mutter, die Mutter mit den Kindern, der Freund mit dem Freunde polnisch spreche. Der Gebrauch der Muttersprache in der Familie, in den Lebenskreisen, in welchen Sitten und Gebräuche zur besonderen Entfaltung gelangen, bleibt unangetastet.

Geraubt kann übrigens nur werden, was vorher als Besitz vorhanden ist. Sehen wir uns diesen Besitz des Kindes, also die Sprache, die es in die Schule mitbringt, einmal genauer an. Sein Umfang ist gering. Er setzt sich nicht etwa nur aus den Wort- und Satzformen zusammen, die das Kind von der Mutter ererbt hat, sondern umfaßt Sprachelemente, die es von den Personen der gesamten Umgebung erlernt hat. Insofern ist der Ausdruck Muttersprache irreführend. Dagegen gehört zum Wesen der Muttersprache das Merkmal der Ursprünglichkeit. Die Muttersprache ist das Idiom, mit dem sich der werdende Gedankeninhalt zuerst verbindet. Wird mit Sachen und Vorgängen, für die noch keine sprachlichen Äquivalente in der Seele des „polnischen" Kindes vorhanden sind, ein deutsches Wort fest verknüpft, so daß dieses zu seelischem Besitz wird, so ist eben dieses deutsche Wort ein Stück Muttersprache des Kindes. Verfährt die Schule so, daß sie in anschaulicher Weise dem Kinde sprachliche Worte übermittelt, für die es polnische Bezeichnungen noch nicht besessen hat, so kann man unmöglich ihr Verfahren als Raub der Muttersprache bezeichnen. Denn der muttersprachliche Besitz wird nicht vermindert, sondern vermehrt.

Ein Raub kann indessen auch da vorliegen, wo einem Menschen etwas vorenthalten wird, was er von Rechts wegen zu fordern hat. Jeder Mensch, so meinen die Gegner unserer Schulpraxis, habe nun aber ein natürliches Recht auf Ausbildung in seiner Muttersprache. Ausbildung in der Mutter-

Digitized by Google

sprache oder sinnrichtiger in der Sprache der Mutter — wie vielen Menschen wird sie zuteil? Den meisten Deutschen nicht. Denn die Sprache der Mutter und des Hauses ist meist der Dialekt; die Schule aber bildet im Hochdeutschen aus. Ausbildung in der Sprache der Mutter hieße für das oberschlesische Kind Ausbildung im Wasserpolnischen. Hiermit wäre aber den Polenführern nicht gedient. Sie wollen die Ausbildung in der hochpolnischen Schriftsprache. Diese aber ist für den Oberschlesier und in geringerem Grade auch für den Polen der andern ostmärkischen Bezirke — eine Fremdsprache. Diese Fremdsprache in der preußischen Volksschule zu kultivieren, würde einem Polonisieren der Ostmark gleichkommen.

Germanisieren und Polonisieren, zwei häßliche Worte, wie Scylla und Charybdis, die eng beieinander wohnen. Wer führt uns ungefährdet zwischen ihnen durch? Ich glaube, die Praxis der Gegenwart hat den richtigen Kurs eingeschlagen, wenn sie der Familie läßt, was der Familie gehört, die Sprache der Mutter, und der staatlichen Schule gibt, was dem Staate ist: die deutsche Landessprache.

## II.

Auch die Kirche, namentlich die katholische, hat im Nationalitätenkampfe der Ostmark seit jeher eine hervorragende Rolle gespielt. Das Verhalten der Geistlichen war vielfach der Gradmesser für die Beurteilung der Polenfrage. In Oberschlesien hat man an eine Gefahr für das Deutschtum bis an das Ende des vorigen Jahrhunderts nicht glauben wollen, weil man annahm, der loyale Klerus bilde den sichersten Schutzdamm gegen polnisch-nationalen Radikalismus. In Posen lag umgekehrt die Schwere des Kampfes für das Deutschtum in dem Umstand, daß der Klerus gegen die Politik der Regierung Partei ergriffen hatte. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Verhältnisse etwas verschoben. Der offen zur Polenpartei sich bekennende Geistliche ist auch in Oberschlesien keine seltene Erscheinung mehr, und umgekehrt haben sich viele Geistliche Posens von der nationalpolnischen Partei abgewandt.

Anders als die Stellung des Lehrers ist die Stellung des Geistlichen im Sprachenkampfe. Für den Lehrer ist die Richtung seines Handelns klar vorgezeichnet. Als mittelbarer Beamter des Staates kann er nur in dem Sinne einer Förderung deutschnationaler Interessen wirken. Nur die Größe seines Eifers und der Grad seiner Tüchtigkeit machen ihn zu einem mehr oder weniger geschätzten Förderer der deutschen und zu einem mehr oder weniger gefürchteten Gegner der polnischen Sache. Für den Geistlichen dagegen ist eine gebundene Marschroute nicht vorhanden. Er kann sich für oder wider die eine oder die andere Nationalität entscheiden oder dem Parteigetriebe auf sein Verhalten überhaupt keinen Einfluß gewähren. Als Mensch, der selbst einer bestimmten Nationalität angehört, wird er natürlich eine politische Überzeugung besitzen und von ihr in seinem außeramtlichen Verhalten beeinflußt werden. Politischer Indifferentismus ist auch bei einem Geistlichen eine unmännliche Eigenschaft. Aber in seinem

Digitized by Google

Verhalten als Geistlicher sollte er, soweit es menschliche Schwäche und menschliches Irren zulassen, sich nie von parteipolitischen, sondern nur von religiös-kirchlichen Grundsätzen leiten lassen. Hieraus ergibt sich, daß er bei Ausübung seines dreifachen Amtes als Seelsorger, als Prediger und als Lehrer diejenige Sprache wird wählen müssen, durch die er am sichersten religiös-kirchlichen Zwecken zu dienen glaubt.

Die geringste Schwierigkeit wird ihm die Wahl der Sprache bei der Seelsorge im engern Sinne (bei der Beichtstuhlpraxis, bei Krankenbesuchen usw.) machen. Hier entscheidet einzig und allein die Sprache des Pfarrkindes. In dieser Sprache hat der Geistliche den Trostsuchenden anzuhören und Trost zu spenden. In den meisten Fällen wird hierbei die Muttersprache des Pfarrkindes zur Verwendung kommen müssen.

Schon schwieriger liegen die Dinge im Predigeramte. Wo die Parochianen nur einer Nationalität angehören, da gibt es natürlich keine Sprachenfrage. Das ist aber in der Ostmark fast nirgends der Fall. Selbst in den als rein polnisch geltenden Gegenden wird sich eine deutsche Minderheit, namentlich unter der durch die deutsche Schule gebildeten jüngeren Generation, finden, bei der das Bedürfnis nach einer deutschen Predigt vorliegt. In solchen Fällen bleibt nichts übrig, als polnische und deutsche Gottesdienste einzurichten oder deutsche und polnische Predigten zu halten. Die Schwierigkeiten, die hiermit verknüpft sind, wird der Geistliche um des Wohles seiner Pfarrkinder gern auf sich nehmen. Sonst kann es geschehen, daß sich die Angehörigen der zurückgesetzten Sprache von der Kirche abwenden. Von dem Geistlichen wird man nach vorstehenden Ausführungen verlangen müssen, daß er beide Sprachen beherrscht. In eine utraquistische Gegend gehört ein utraquistischer Geistlicher.

Schwer und verantwortungsvoll ist die Wahl der Sprache, deren sich der Pfarrer als Lehrer der Beicht- und Kommunionkinder bedienen soll. Hier ganz besonders ist es notwendig, daß er sich nur von religiösen und rein pädagogischen Gesichtspunkten leiten lasse. Mit einem blanken Entweder — Oder läßt sich die Sprachenfrage hier gar nicht lösen. Die Antwort kann nur in allgemeiner Form erteilt werden und soll lauten: Im Beicht- und Kommunionunterricht ist diejenige Sprache zu verwenden, die am schnellsten und sichersten zum Ziele führt, zu dem Ziele, religiöses Wissen zu vermitteln und religiöses Empfinden und Wollen zu erwecken. Um ein Urteil über die anzuwendende Sprache nach vorstehenden Gesichtspunkten zu gewinnen, müssen wir uns den geistigen Standpunkt der Kinder, die wir im Beicht- und Kommunionunterricht vor uns haben, genauer ansehen.

Mit dem sechsten Lebensjahr ist das Kind in die Schule eingetreten. Bis dahin stand es in leiblicher und geistiger Beziehung fast ausschließlich unter der Obhut des Elternhauses. In dem an sich dürftigen Besitzstande an sachlichen und sprachlichen Vorstellungen, den es sich im vorschulpflichtigen Alter angeeignet hat, sind die religiösen Kenntnisse nur mit einem minimalen Bruchteil vertreten. „Vater unser", „Gegrüßest seist Du, Maria", das ist alles, was das polnische Kind beim Eintritt in die Schule kennt. Der

Digitized by Google

Schulunterricht setzt sofort mit der deutschen Sprache ein. Auch der Religionsunterricht wird, wie wir oben gesehen haben, meist schon in der Unterklasse deutsch gelehrt. Ob das berechtigt ist oder nicht, ob die im ersten Teil dieser Arbeit dargelegten Gedankengänge zutreffend sind oder nicht, darüber ist hier nicht zu disputieren. Wir haben uns nur auf den Boden der Tatsachen zu stellen. In deutscher Sprache lernt das Kind also von den heiligen Männern des Alten und Neuen Testamentes und von den großen Taten Gottes erzählen. In deutscher Sprache hat es die Fragen und Antworten des Katechismus mit seinen oft gar zu schwierigen Begriffen kennen gelernt, in deutschem Wort singt es seine Kirchenlieder usw. Mit diesem Fonds an religiösen Vorstellungen und den hiermit unzertrennlich verbundenen Äquivalenten des deutschen Wortes tritt nun das Kind mit dem zehnten oder elften Jahre in den Beichtunterricht ein.

Wie wird sich nun eine vorurteilsfreie Pädagogik diesen Tatsachen gegenüber verhalten? Sie einfach abweisen und den Religionsunterricht in polnischer Sprache von neuem anfangen, das scheint mir ein nicht nur unpädagogisches, sondern auch bedenkliches Experiment zu sein. Man mag hierbei noch so vorsichtig vorgehen, die Kinder werden es doch spüren, daß man ihnen zu verstehen geben will: „Alles, was ihr bisher gelernt habt, hat keinen Wert, hätte nicht gelernt zu werden brauchen". Alle Zeit und Mühe, welche die Lehrer angewandt haben, alle mühsame Arbeit, welche die Kinder selbst dem Erlernen ihres Wissens gewidmet haben, soll vergeblich gewesen sein. Ich bin der Ansicht, daß eine solche auch nur in unbeabsichtigter Weise beigebrachte Meinung wie Reif auf das kindliche Herz wirken muß. Seine ganze Freude am Können, das es gern betätigen möchte, sein ganzer Stolz auf seine Kenntnisse, die es andern gern zeigen möchte, wird grausam gedämpft.

Aber das ist nur eine Seite der Gefahr. Mit dem verworfenen Worte ist auch die durch dasselbe bezeichnete Sache gefährdet. „Ist das bisher Gelernte wertlos, so sind auch die göttlichen und kirchlichen Gebote nicht bindend für mich." Ist dieser Schluß, der sich in dem Kinde oft instinktiv vollzieht, nicht naheliegend? Das aufkeimende Mißtrauen muß doch schließlich seine Schatten auch auf das Verhältnis des Kindes zur Kirche und zu seinem Seelsorger werfen. Fraglos wirkt es schädigend auf die Schule ein. Es wäre sonderbar, wenn das Kind, von seinen älteren Mitschülern gehörig instruiert, sich nicht sagte: „Weshalb soll ich den deutschen Religionsunterricht in der Schule lernen, wenn ich später so wie so den polnischen lernen muß, und wenn das Gelernte keinen Wert für mich hat?" Die selbstverständliche Folge ist, daß die Schule mit Unfleiß und Unlust, wenn nicht gar mit Widersetzlichkeit zu kämpfen hat, und daß dadurch ihre Autorität empfindlichen Schaden leiden muß. Ohne daß eine besondere Absicht besteht, wird das Kind in den Widerstreit parteilicher Meinungen gezerrt. Es merkt, daß zwischen seinen Autoritäten eine Disharmonie herrscht. Es sieht sich Konflikten ausgesetzt, die in das große Gesetz der Nächstenliebe die Kluft „Hie deutsch — hie polnisch" reißen, Konflikten, die man dieser Altersstufe doch noch ersparen sollte.

Digitized by Google

Nun kann eingewandt werden, daß die in der Schule in deutscher Sprache gelernten Sprüche, Liederverse, Legenden usw. gar nicht brauchbar seien, um sie im Beicht- und Kommunionunterricht verwenden zu können. Es seien nur auswendig gelernte Worte, die einzig und allein im Gedächtnis, wo ihre Spur bald verloren geht, haften, aber gar nicht in den Verstand, geschweige denn in das Gemüt gedrungen sind. Gewiß kann in vier Schuljahren mit polnischen Kindern in deutscher Sprache etwas Vollkommenes nicht geleistet werden. Ich kann mir vorstellen, daß dort manchmal mechanisch eingedrillt wird, wo verständnismäßiges Erfassen erforderlich wäre. Aber im großen und ganzen kann man doch sagen, daß unsere Lehrer sich redliche Mühe geben, das, was sie lehren, auch zum Verständnis zu bringen und für die gemütliche und moralische Seite der kindlichen Seele auszuwerten. Entschieden ist durch die Arbeit der Schule ein Fundament gelegt,auf dem man fortbauen kann, wenigstens mit weit größerem Erfolge — und das ist der springende Punkt der ganzen Frage —, als auf den religiösen Kenntnissen, die das Kind in polnischer Sprache auszudrücken imstande ist. Was weiß denn das Kind in polnischer Sprache? Außer den im vorschulpflichtigen Alter gelernten Gebeten vielleicht noch ein paar Liederverse, die es zu Hause oder in der Kirche hat singen hören. Und wie steht es mit seinem übrigen sprachlichen Material? Das Kind beherrscht im günstigsten Falle einen großen Teil des Wortschatzes der Umgangssprache, das ist aber alles. Nun weiß aber jeder, daß in dem polnischen Katechismus, in der polnischen biblischen Geschichte usw. zahllose Ausdrücke vorkommen, die in der Umgangssprache gar nicht vorhanden sind. Alle diese Ausdrücke müßten erst neu gelernt werden und deshalb, ehe sie sich als geistiges Eigentum dem übrigen Seeleninhalt assimilieren, alle Stufen vom unklaren Erfassen bis zum klaren Verstehen durchmachen. Warum aber neue Schwierigkeiten schaffen, wenn das Kind eine hinreichende Anzahl sprachlicher Bezeichungen besitzt, die es mit genügender Klarheit anwenden kann? Ich habe selbst, als ich im oberschlesischen Industriebezirk als Kaplan den Beichtunterricht in polnischer Sprache erteilen mußte, den Kindern viele Ausdrücke des polnischen Katechismus erst dadurch zum Verständnis gebracht, daß ich ihnen das entsprechende Wort des deutschen Katechismus nannte.

Hierzu kommen noch andere wichtige Momente. Jede vernünftige Katechetik verlangt, daß das Kind bestimmte Stoffe des Katechismus auswendig wisse. Das Einprägen kann aber in der kurzen Unterrichtsstunde nicht besorgt werden. Das Kind bedarf eines Hilfsbuches, aus dem es die Memorierstoffe lernt. Wie soll das aber geschehen, wenn das Kind nicht polnisch lesen kann? Wir müßten also im Beichtunterricht dem Kinde nebenbei das polnische Lesen beibringen. Die der Erlernung des polnischen Lesens gewidmete Zeit geht aber der eigentlichen religiösen Unterweisung verloren. Die notwendige Folge davon würde sein, daß wir am Stoffe kürzen müßten. Denn es stehen uns im ganzen doch nur wenige Monate für den Beicht- und Kommunionunterricht zur Verfügung. In heutiger Zeit aber dürfte der religiöse Unterricht nicht gekürzt, sondern derselbe

Digitized by Google

müßte in einem viel weiteren Umfange als bisher erteilt werden. Um das zu ermöglichen, müssen wir mit der kurzen Zeit recht sparsam umgehen und sie nicht zu polnischen Lese- und Sprachstudien verwenden, die nicht unseres Amtes sind; denn wir sind nicht Sprach-, sondern Religionslehrer.

Zu Gunsten des polnischen Beichtunterrichts wird häufig gesagt, daß gerade durch ihn das Verständnis des in der Schule deutsch Gelernten vertieft werde; denn jedermann wisse aus Erfahrung, daß die Übertragung eines fremdsprachlichen Stoffes in die Muttersprache verständige Auffassung zu fördern ungemein geeignet sei. Dieser Einwand mag seine Richtigkeit haben, wenn die Übertragung des fremdsprachlichen Stoffes tatsächlich eine Übersetzung in die Muttersprache ist. Die Muttersprache aber ist des Kindes Umgangssprache, nicht das Schriftpolnisch, nicht die Vokabeln und schweren Satzkonstruktionen des polnischen Katechismus, Gebetbuches usw. Wo sollte es diese polnische Schriftsprache auch her haben? Es ist also, selbst wenn wir den Fall setzen, daß das deutsche Sprachidiom dem Kinde fremd geblieben sei, eine Übersetzung aus einer fremden Sprache in eine andere — fremde Sprache. Man greife nur einen beliebigen Satz aus dem gelernten deutschen Katechismus heraus und sage den Kindern behufs Erzielung „eines besseren Verständnisses" die entsprechende Wendung des polnischen Buches. Hat sich das Kind bei dem deutschen Worte nichts gedacht, beim polnischen wird es sich schwerlich mehr denken.

Für den deutschen Beicht- und Kommunionunterricht bleibt die Schule auch eine treue Gehilfin des Priesters. Sie arbeitet ihm nicht nur in ihrem Religionsunterricht direkt in die Hände, sondern der gesamte übrige Unterricht kommt ihm in indirekter Weise zugute, insofern, als er durch weitere Übung in der deutschen Sprache das Kind immer mehr befähigt, am Unterricht des Pfarrers mit Erfolg teilzunehmen. Die deutsch erlernten Religionsstoffe werden in den drei bis vier Schuljahren, während welcher das Kind noch weiter die Schule besucht, häufig wiederholt, vertieft und erweitert. Das in polnischer Sprache erworbene Wissen dagegen steht isoliert da und wird darum leicht vergessen.

Nun lautet aber unsere Antwort auf die gestellte Frage nicht, daß der Pfarrer sich ausschließlich der deutschen Sprache im Beicht- und Kommunionunterricht bedienen soll, sondern daß er die Sprache anwenden wird, die ihn am sichersten zum Ziele führt. Es ist ohne weiteres zu konzedieren, daß schwach beanlagten Kindern gegenüber, die oft nicht einmal über das Ziel der Unterstufe einer dreiklassigen Volksschule hinauskommen, das polnische Wort manchmal mehr am Platze ist als das deutsche. Ja, auch bei einem normalen Kinde werde ich nicht jedem polnischen Worte ängstlich aus dem Wege gehen, sondern es anwenden, wenn ich sehe, daß damit das Ziel rascher erreicht werden kann. Es ist der erzieherische und unterrichtliche Grundsatz des Individualisierens, der mich in jedem Falle und jedem Kinde gegenüber leitet.

Auch die voraussichtlichen Lebensverhältnisse des jungen Menschen wollen bei Beurteilung der Sprachenfrage im kirchlichen Religionsunterricht

Digitized by Google

beachtet werden. Non scholae, sed vitae est discendum. Infolge der Freizügigkeit einerseits, des Aufschwungs der Industrie andrerseits bleiben viele unserer Landsleute, namentlich die intelligenteren unter ihnen, nicht mehr in ihrer ostmärkischen Heimat, sondern gehen nach dem deutschen Westen. Der junge Mann, der in der Heimat seine Religion nur in polnischer Sprache kennen gelernt hat, hat wenig Gelegenheit, das Wort Gottes zu hören, wenig Gelegenheit, zur heiligen Beichte zu gehen; denn der Gottesdienst am Ort seiner Arbeit ist deutsch, der Ortsgeistliche versteht kein Polnisch. Es wird allerdings, so gut es geht, für die polnisch sprechende Bevölkerung auch in den rein deutschen Gegenden gesorgt. Aber es ist doch nicht möglich, daß da, wo etliche polnisch sprechende Arbeiter sich befinden, gleich ein polnisch sprechender Geistlicher angestellt und polnischer Gottesdienst eingeführt wird. So bleibt ein Arbeiter, der seinen Glauben nur in polnischer Sprache kennt, ohne Predigt, ohne Empfang der Sakramente. Er wird lau und gleichgültig gegen die Kirche und verliert schließlich jeden moralischen Halt. Man soll nur die Klagen der Geistlichen in solchen Gegenden gerade über das sittliche Leben der polnisch sprechenden Bevölkerung hören. Ganz anders liegt die Sache, wenn jener Auswanderer aus der Ostmark sein religiöses Wissen auch in deutscher Sprache gelernt hat. Er kann dann die deutsche Predigt leidlich verstehen und bei dem deutschen Geistlichen beichten. So bleibt er auch fern von seiner Heimat ein gläubiger Sohn seiner Kirche.

Kirche und Schule — sie werden ihre Aufgabe in der Ostmark nur lösen können, wenn Geistliche und Lehrer Hand in Hand arbeiten. Gelegenheit hierzu ist reichlich vorhanden. Ich will am Schluß nur auf die deutschen Schulmessen und Schulgottesdienste hinweisen, deren Ausbau im Interesse der gemeinsamen Arbeit an der religiösen Erziehung der Jugend nicht genug empfohlen werden kann. — Besonders eng gestalten sich die Beziehungen zwischen dem Lehrer und dem Geistlichen, wenn der letztere zugleich Ortsschulinspektor ist. Ich weiß wohl, daß gegen die geistliche Ortsschulaufsicht gewichtige Bedenken erhoben werden. Aber der Wert, der dieser Einrichtung m. E. beizumessen ist, sollte alle Bedenken zurückdrängen. Sie fesselt das Interesse des Geistlichen an die Arbeit der Schule und sichert im Sprachenkampfe die Einheit des Handelns, die der Ostmark nottut.

Digitized by Google

# Deutsche Volksbildungsarbeit in Oberschlesien.

Von **Roland Brauweiler.**

## I.

Wenn im Folgenden versucht werden soll, ein Bild der auf die geistige Hebung des Volkes gerichteten deutschen Kulturarbeit in Oberschlesien zu geben, so kann es sich bei der Mannigfaltigkeit unseres modernen Bildungswesens nicht um eine erschöpfende Berücksichtigung aller hierbei in Frage kommenden Faktoren handeln. Vielmehr sollen unter den auf das geistige Leben der Bevölkerung einwirkenden Einrichtungen nur diejenigen hervorgehoben und in einem kurzen Überblick in ihrem Zusammenhange dargestellt werden, die kraft ihrer besonderen Einwirkung auf die breiten Massen des Volkes für die Gesamtentwicklung von größerer Bedeutung sind. Wegen ihrer weniger unmittelbaren Beziehungen zu dem eigentlichen Volksbildungswesen werden die vorwiegend wirtschaftlichen und karitativen Maßnahmen aus der Darstellung ausgeschieden.

Der Anstoß zum planmäßigen Ausbau der Volksbildungseinrichtungen in Oberschlesien durch Zusammenarbeiten von Behörden und Privaten hat sich aus den eigenartigen sprachlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen des Bezirkes ergeben, die auch die Richtlinien der Arbeit entscheidend beeinflußt haben, so daß hierüber einige kurze Bemerkungen vorausgeschickt werden müssen. Statistische Angaben sind hier wie in den weiteren Darlegungen nicht zu umgehen, da sie am kürzesten über die Entwicklung und den jetzigen Stand der Dinge unterrichten.

Der Regierungsbezirk Oppeln, der heute kurz Oberschlesien genannt wird, hatte nach der letzten Volkszählung von 1910 2 207 981 Einwohner. Von diesen waren der Muttersprache nach:

| | | | |
|---|---|---|---|
| deutsch ..... | 884 045 | = 40,05 % | der Gesamtbevölkerung |
| polnisch ..... | 1 169 340 [1]) | = 52,960% | „ „ |
| tschechisch (böhmisch und mährisch) oder einer anderen fremden Sprache angehörig .. | 65 099 | = 2,948% | „ „ |
| deutsch und eine andere Sprache sprechend (zweisprachig)..... | 89 497 | = 4,053% | „ „ |

[1]) Die Gesamtzahl der Polen in Preußen betrug 1910: 3 500 621. Oberschlesien ist also mit mehr als einem Drittel aller preußischen Polen der bei weitem am stärksten von Polen bewohnte Bezirk der Monarchie. (Posen 900 059, Bromberg 378 831, Marienwerder 373 773, Arnsberg 119 130, Danzig — ohne Kassuben — 102 080 usw.).

Digitized by Google

Annähernd rein deutsch sind von den 19 Landkreisen des Bezirks nur zwei, von den sieben kreisfreien Städten nur eine, die übrigen mehr oder minder gemischtsprachig, wobei die tschechische Bevölkerung mit insgesamt 55 494 Köpfen sich vorwiegend auf den Landkreis Ratibor mit 47 199 und den Kreis Leobschütz mit 5 410 Einwohnern mährischer Zunge verteilt. Elf Kreise haben mehr als 60 Prozent alteingesessene Bevölkerung nichtdeutscher Muttersprache, sodaß nach § 12 des Reichsvereinsgesetzes das Polnische als Versammlungssprache zugelassen ist. Die Sprachgrenze schneidet im Westen des Bezirks die Kreise Falkenberg und Neustadt derart, daß in Falkenberg von 37 526 Einwohnern 33 286, in Neustadt von 97 537 Einwohnern 51 489 der deutschen Zunge angehören. Außerdem besitzt der Kreis Leobschütz eine erhebliche deutsche Mehrheit (unter 82 635 Einwohnern 69 901 Deutsche).

Die besitzende Oberschicht ist sowohl im Industriebezirk wie in den agrarischen Teilen von Oberschlesien mit verschwindenden Ausnahmen deutsch und ebenso auch zum weitaus überwiegenden Teil der gewerbetreibende Mittelstand. Die fremdsprachigen Elemente stellen demnach in Oberschlesien im Gegensatz zu Posen fast ausschließlich die breite Masse der industriellen und bäuerlichen arbeitenden Bevölkerung dar. Diesem für das Deutschtum günstigen Moment steht die ungünstige geographische Lage gegenüber, indem der Bezirk mit Ausnahme des Nordwestens überall an die russische und österreichische Grenze anstößt, darunter auch an das Kronland Galizien, wo der Mittelpunkt der gesamten nationalpolnischen Bestrebungen zu suchen ist. Der freie Grenzverkehr zwischen Österreich und Deutschland ermöglicht eine starke Einwirkung gerade der galizischen Polen auf die oberschlesische Bevölkerung.

Entsprechend der Lage der Kohle im Osten von Oberschlesien drängt sich die Montanindustrie[1]) auf einen räumlich verhältnismäßig wenig ausgedehnten Bezirk zusammen, der die Landkreise Beuthen, Kattowitz, Zabrze und die Städte Beuthen, Kattowitz, Königshütte und Gleiwitz umfaßt. Außerdem greift die Industrie noch auf Teile der anstoßenden Kreise Tarnowitz, Pleß, Rybnik und die Umgebung der Stadt Gleiwitz über. Die Einwohnerzahl der erstgenannten drei Landkreise und vier Städte betrug 1910 822 974, so daß auch unter Hinzurechnung der industriellen Bevölkerung der Kreise Tarnowitz, Pleß und Rybnik die Bewohner des sogenannten Industriebezirks noch nicht die Hälfte der gesamten Einwohner des Regierungsbezirks ausmachen. Da auf die polnische Zunge im engern Industriebezirk 407 882 Einwohner entfallen, stellt auch die polnische Bevölkerung des Industriebezirks unter Hinzurechnung derjenigen der drei genannten anstoßenden Kreise mit insgesamt etwa einer halben Million Köpfen noch nicht die Hälfte der polnischsprechenden Bevölkerung des Bezirks dar. Der Rest der Gesamtbevölkerung und auch des polnischen Anteils der Bevölkerung lebt abgesehen von den größeren Städten und vereinzelten industriellen Landorten in mehr oder weniger rein landwirt-

[1]) Näheres über diese s. „Ostland" Bd. I S. 70 fg. und 278 fg.

Digitized by Google

schaftlichen Verhältnissen, ein Umstand, der von Außenstehenden bei der Beurteilung Oberschlesiens meist nicht genügend beachtet wird.

Der gemischtsprachige Teil des Bezirks ist bereits im 14. Jahrhundert vom polnischen Reich abgetrennt worden und seither nicht mehr mit ihm verbunden gewesen, so daß er politisch seine eigene Entwicklung genommen und schon sehr früh auch unter deutscher Einwirkung gestanden hat. Dies hat auf die Sprache insofern zurückgewirkt, als das Idiom der oberschlesischen Polen nicht das Hochpolnische der Provinz Posen ist, das zugleich die polnische Schriftsprache und — auch in der oberschlesischen Polenpresse — die Zeitungssprache ist, sondern das sogenannte Wasserpolnisch, welches als eine Mischung von Altpolnisch mit deutschen Einsprengungen charakterisiert wird. Und zwar ist die Zusammensetzung derart, daß der Wortschatz der früheren primitiveren Zeit polnisch ist, während die später erst dem Volke zugeführten Begriffe einer höheren Kultur großenteils aus dem Deutschen entnommen sind. In die polnische Zeitung und das polnische Buch muß sich also der oberschlesische Pole, wenn er nicht, wie es leider auf verschiedenen Wegen geschieht, polnischen Sprachunterricht genossen hat, an der Hand der polnischen Grundelemente des Wasserpolnischen mühsam einlesen, ein Vorgang, der durch Anhören hochpolnischer Predigten und Versammlungsreden unterstützt wird. Die gemeinsamen geschichtlichen Erinnerungen und völkischen Beziehungen zwischen Oberschlesien und den bis zur Teilung beim Königreich Polen verbliebenen Gebieten sind bei dieser Sachlage sehr gering, sodaß die seit den 70 er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit wachsender Rührigkeit betriebenen Bemühungen von großpolnischer Seite, Oberschlesien in das Netz der polnischnationalen Wühlarbeit einzubeziehen, schon aus diesem Grunde den Stempel der Unwahrhaftigkeit tragen.

Infolge des durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens bedingten Fehlens eines tiefergreifenden kulturellen Einflusses im Lauf der geschichtlichen Entwicklung ist die fremdsprachige Bevölkerung Oberschlesiens bis in die neuere Zeit auf einem recht niedrigen Stand der allgemeinen Bildung und Lebenshaltung verblieben, ohne daß etwa hierfür mangelhafte Anlagen der Bevölkerung entscheidend gewesen wären. Der fremdsprachige Oberschlesier ist vielmehr intelligent und aufnahmefähig. Als daher der industrielle Aufschwung und die zunehmende politische Gefährdung Oberschlesiens dazu drängte, der Frage der kulturellen Höherhebung des Volkes größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, fanden diese Bestrebungen einen noch wenig bearbeiteten, aber durchaus tragfähigen Boden vor und es durfte gehofft werden, daß in dem nun anhebenden Ringen um die Seele des oberschlesischen Volkes derjenige Aussicht auf Erfolg haben würde, der seinen Einfluß am schnellsten und nachdrücklichsten auszuüben in der Lage war. Man konnte also nicht warten, bis etwa die aus der Bevölkerung selbst hervortretenden kulturellen Bedürfnisse zu besonderen Maßnahmen nötigten, sondern es mußte umgekehrt mit Anregungen und der Schaffung von Bildungsmöglichkeiten an das oberschlesische Volk herangegangen werden, um den noch schlummernden Bildungs-

Digitized by Google

trieb zu wecken und ihn rechtzeitig in die Bahn der deutschen Kultur zu lenken. Einmal mußten bei den heutigen Verkehrsverhältnissen die guten und schlechten Errungenschaften der modernen Kultur auch nach Oberschlesien vordringen, und besonders im Industriebezirk war es unausbleiblich, daß mit dem schnellen Entstehen und Wachsen der Städte und stadtähnlichen Industriegemeinden auch ein gewisses Maß städtischer Kultur sich entwickelte und auf die Massen einwirkte. Falls man es nun unterließ, für diese Kultur eine deutsche Grundlage zu schaffen und ihr nach Möglichkeit ein deutsches Gepräge zu geben, so mußte notwendig das Polentum, das an die Sprache und manche Instinkte des Volkes anknüpfen konnte, den Boden belegen. Wenn also auch heute noch mitunter eingewendet wird, daß das Deutschtum durch die kulturelle Hebung der fremdsprachigen Bewohner der Ostmark sich selbst seine Gegner erziehe und ihnen die Waffen in die Hand drücke, die sie später gegen ihre Lehrer richteten, so wird hierbei vergessen, daß das Unterlassen dieser Bemühungen gleichbedeutend mit einer kampflosen Räumung des Kampfplatzes und damit der Preisgabe des ostmärkischen Deutschtums gewesen wäre. Die Frage, wie die Dinge lägen, wenn man nicht rechtzeitig die deutsche Kultur mit Nachdruck eingesetzt hätte, ist jedenfalls noch von keinem dieser Kritiker schlüssig beantwortet worden.

Da das hiernach gegebene Ziel der deutschen Bildungsarbeit nur bei schneller Erfassung der weitesten Volkskreise zu erreichen ist, mußte erstrebt werden, möglichst bald an möglichst vielen Stellen mit möglichst vielen Mitteln zu wirken. Den staatlichen Behörden fiel hierbei die Aufgabe zu, neben der Ausgestaltung und zur Ergänzung des Schulwesens die kommunale und private Initiative auf dem Gebiet der freiwilligen Bildungspflege zu beleben, geeignete bestehende Organisationen zu stärken, neue zu schaffen und, wo dies erforderlich war, finanziell helfend einzugreifen, alles dies unter sorgfältiger Beachtung der großen Verschiedenheit der Voraussetzungen für diese Arbeit in den industriellen und den agrarischen Teilen des Bezirks. Daß hierbei nicht jedes Samenkorn aufgehen und manches Pflänzchen wieder verdorren würde, war vorauszusehen; auch waren im Anfang der Entwicklung auf dem Neuland, um das es sich handelte, die richtigen Wege vielfach erst zu suchen und nicht immer sogleich zu finden. Es läßt sich aber, obwohl Vieles noch im Werden ist, wohl schon heute sagen, daß die Grundgedanken und die Gesamtrichtung des Vorgehens von vornherein richtig waren.

## II.

Da alle Volksbildungsmittel in ihrer Bedeutung und ihrem Einfluß davon abhängig sind, auf wie weite Kreise und mit welchem Nachdruck sie sich geltend machen können, so steht wie überall anderwärts auch in Oberschlesien die Volksschule im Mittelpunkt des gesamten Volksbildungswesens. Alle andere Arbeit mit Ausnahme der Vorbereitung auf die Volksschule beruht auf ihrem Erziehungswerk. Sie wird in ihren Erfolgen entscheidend dadurch beeinflußt, inwieweit es der Volksschule gelungen ist, ihre Zöglinge intellektuell und moralisch einer weiteren Erziehung zu-

Digitized by Google

gänglich zu machen. In einem gemischtsprachigen Landesteil wie Oberschlesien tritt noch die besondere Aufgabe hinzu, den Kindern mit fremder Muttersprache das Deutsche in Wort und Sinn so geläufig zu machen, daß ihre Aufnahmefähigkeit für die sonstigen deutschen kulturellen Einflüsse annähernd ebenso groß ist, wie bei Kindern deutscher Herkunft. Nur wenn dieses Ziel erreicht wird, kann eine innere Gewinnung des fremdsprachigen Elements für das Deutschtum erhofft werden.

Die deutsche Erziehungsarbeit in Oberschlesien konnte daher erst mit der Zeit mit voller Wirkung einsetzen, in der durch Ausschaltung jeglichen fremdsprachigen Unterrichtes die Volksschule in den Stand gesetzt war, ihren Einfluß nur durch das deutsche Wort zur Geltung zu bringen. Amtlich wurde dieser Zustand — mit gewissen Ausnahmen für den Religionsunterricht — in Oberschlesien im Jahre 1872 angebahnt, doch mußten noch Dezennien vergehen, ehe die hier ergangenen Anordnungen allenthalben in die Praxis überführt worden waren und bis sich auf dem umstrittenen Gebiet des Deutschunterrichts im Zweisprachengebiet die zu ihrer Durchführung zweckmäßigsten Unterrichtsformen entwickelt haben.

Wenn soeben gesagt ist, daß die Volksschule im ganzen System der Volksbildungseinrichtungen von überragender Bedeutung ist, so kommt ihr diese Stellung außer wegen ihrer unmittelbaren Erziehungsarbeit noch um deswillen zu, weil sie in ihrer Lehrerschaft auch für alle sonstige Bildungsarbeit die Haupttruppe der Arbeiter stellt. Die oberschlesischen Lehrer und Lehrerinnen haben sich auch außerhalb ihrer pflichtmäßigen Berufstätigkeit der Volksbildungsarbeit auf allen Gebieten mit solcher Hingabe und solchem Verständnis angenommen, daß ihnen ein sehr wesentliches Verdienst an dem Erreichten zukommt. Das sei mit Dank hervorgehoben.

Ehe nun auf die Volksschule in Oberschlesien selbst weiter eingegangen wird, muß zunächst noch ihrer Vorstufe, der Kleinkinderschule gedacht werden, die neben ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung in gemischtsprachigen Bezirken infolge der besonderen sprachlichen Schwierigkeiten für das Wirken der Volksschule auch erziehlich eine nicht unwesentliche Vorarbeit leisten kann. Diesem Gebiet der privaten Bildungsarbeit hat sich in Oberschlesien die staatliche Hilfe schon seit Anfang der 70 er Jahre angenommen. Seitdem hat sich das Kleinkinderschulwesen in allen Teilen des Bezirks schnell weiterentwickelt, so daß im Anfang dieses Jahres der Bezirk bereits 270 Kleinkinderschulen besaß, zu denen 19 187 Kinder allergrößtenteils polnischer Muttersprache angemeldet waren. Durch regelmäßige Revisionen und Prüfung der Eignung der Lehrkräfte vor Erteilung der Genehmigung zur Leitung dieser Schulen wird dafür gesorgt, daß diese ihre besondere erziehliche Aufgabe so weit erfüllen, als es die Aufnahmefähigkeit der Kinder ermöglicht. Der Erfolg ihrer Vorarbeit wird auch von der Lehrerschaft allgemein anerkannt.

Eine eingehende Darstellung der Geschichte der oberschlesischen Volksschule selbst mit ihren Wandlungen und ihrer jetzigen Wirksamkeit ist für einen späteren Jahrgang dieses Jahrbuches in Aussicht ge-

Digitized by Google

nommen. Im Folgenden sollen daher nur die wesentlichsten Veranstaltungen zur Unterstützung des Erziehungswerkes der Volksschule und einige Einzelzweige ihrer Tätigkeit geschildert werden, die nicht zum allgemeinen pflichtmäßigen Programm der Volksschule gehören, deren Ausbau aber in Oberschlesien besonders wichtig und charakteristisch ist. Zur Gewinnung eines Maßstabes dafür, um welche außerordentlichen Aufgaben es sich bei dem Kinderreichtum der oberschlesischen Bevölkerung für die Volksschule handelt, seien noch kurz die Ergebnisse der Schulstatistik vom 1. Mai 1912 mitgeteilt. Zu diesem Termin waren vorhanden:

| | |
|---|---|
| Schulen | 1 610 |
| Schulkinder | **446 607** |
| Lehrer | 6 779 |
| Klassenzimmer | 6 775 |

Unter den die Arbeit der Schule unterstützenden Veranstaltungen ist vorerst derer zu gedenken, die den Kindern deutschen Lesestoff zuführen und sie durch die Heranbildung des Lesebedürfnisses und Erziehung zu häuslicher Lektüre den nach der Schulentlassung eintretenden Einflüssen des deutschen Schrifttums zugänglich machen sollen.

Für die häusliche Lektüre der Schulkinder ist zunächst in großem Umfang durch Schülerbüchereien gesorgt. Nach der Statistik des Schuljahres 1910/11 hatten von den damals 1568 Schulen des Bezirks 1538 eine besondere Schülerbücherei, deren Gesamtbücherbestand 207 547 Bücher betrug. Die Büchereien wurden fast von allen Kindern der für die Benutzung in Frage kommenden Jahrgänge regelmäßig benutzt. Hierzu treten periodische Jugendschriften, und zwar vorwiegend die für Oberschlesien ins Leben gerufenen Zeitschriften „Das Kindergärtchen" und „Der junge Oberschlesier", die in dem eben genannten Jahr in 64 191 Exemplaren von Schulkindern gelesen wurden. Durch Bücherverteilung bei verschiedenen Anlässen und vor allem auch durch den planmäßig betriebenen Verkauf der im Verfolg des Kampfes gegen die Schundliteratur in den letzten Jahren von den verschiedensten Verlagen herausgegebenen billigen Ausgaben guter volkstümlicher Schriften an Schulkinder wird dafür gesorgt, daß die Kinder auch Bücher als Eigentum besitzen und für die Anlegung von Hausbüchereien den Grundstock legen. Alle diese Maßnahmen gewinnen dadurch eine besondere Bedeutung, daß bei der geringen Bildung der meisten Erwachsenen die von den Kindern ins Haus gebrachten Schriften auch von den Angehörigen in großem Umfang mitgelesen oder wenigstens, soweit ihre Lesefähigkeit nicht ausreicht, ihnen von den Kindern vorgelesen werden.

Zu einem Erziehungsmittel größten Stiles hat sich in Oberschlesien das Jugendspiel an den Volksschulen entwickelt. Es wurde schon früh erkannt, daß nichts mehr geeignet ist, die Jugend in der schulfreien Zeit heranzuziehen und sie gleichzeitig körperlich, geistig und auch sprachlich zu fördern, als ein frisches Spiel, durch das der natürliche Trieb des Kindes

Digitized by Google

nach frohem Ausgeben seiner Kraft befriedigt wird. Besonders im Industriebezirk mit den vielfach mißlichen Familien- und Wohnungsverhältnissen ist kein Mittel mehr berufen, Gesundheit und Frohsinn unter die Jugend zu tragen und sie auch den bedenklichen Einflüssen der Straße wenigstens zeitweise zu entziehen, als das Jugendspiel. Hier war es denn auch, wo schon im Anfang der neunziger Jahre die ersten Anfänge freiwilligen Jugendspielbetriebes im Anschluß an die Volksschule gemacht wurden. Auf Grund der hier gewonnenen günstigen Erfahrungen stellte die Regierung im Jahre 1901 ein einheitliches Programm für den Spielbetrieb in Stadt und Land auf, in dem bereits zum Ausdruck gebracht wird, daß neben dem unmittelbaren Nutzen für die Schuljugend der Jugendspielbetrieb gleichzeitig die Vorbereitung und Grundlage für das Volksspiel und die sonstige Pflege körperlicher Übungen durch die schulentlassene und erwachsene Bevölkerung sein sollte. Wegen der Einzelheiten dieses Programms und überhaupt der Grundgedanken des Vorgehens auf diesem Gebiet sowie dessen Entwicklung bis 1907 sei auf die von dem Begründer der systematischen Volksbildungspflege in Oberschlesien, Oberregierungsrat Dr. Küster, im amtlichen Auftrag verfaßte Denkschrift „Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien" (Ostland Bd. I S. 207 unten) verwiesen. Den durch die Anstellung eines hauptamtlich wirkenden Beamten im Jahre 1904 wesentlich unterstützten amtlichen Bemühungen ist es gelungen, die Bewegung so zu fördern, daß im Jahre 1912 an 995 Schulorten und 1232 Schulsystemen in allen Teilen des Bezirks sich regelmäßig 91 883 Schulkinder (50 226 Knaben und 41 657 Mädchen) unter Leitung von 2 385 Lehrern und Lehrerinnen in der schulfreien Zeit zum Spiel zusammenfanden. Durch Ausbildung der Spielleiter in besonderen Kursen — in 84 Kursen wurden bisher 6435 Personen, darunter 3736 Lehrer und 760 Lehrerinnen ausgebildet — wurde dafür Sorge getragen, daß Auswahl und Betrieb der Spiele nach einheitlichen Gesichtspunkten und mit dem ausgesprochenen Ziel erfolgte, die Jugend durch allmähliche Steigerung der Schwierigkeit der Übungen und durch besondere Pflege einiger ausgesuchter Spiele (Schlagball ohne Einschenker, Barlauf, Korbball, Faustball) auf die Fortsetzung dieser Übungen nach der Schulentlassung planmäßig vorzubereiten. Besondere Spiel- und Turnplätze von ausreichender Größe, die für die ganze Spielentwicklung von erheblicher Bedeutung sind, sind bereits in nicht weniger als 842 Schulorten vorhanden.

Hand in Hand mit der Pflege des Spiels in der guten Jahreszeit ist auch dem Eislauf der Volksschuljugend während des Winters Aufmerksamkeit zugewendet worden, sodaß auch die oberschlesischen Kinder im Gegensatz zu der früheren Übung gelernt haben, daß zum Eislaufen zwei Schlittschuhe gehören und nicht nur einer. Im Jahre 1912 wurde der Eislauf an 351 Orten mit 19 778 Schulkindern (14 154 Knaben und 5621 Mädchen) auf 229 natürlichen und 46 künstlichen Eisbahnen betrieben. Auf diesem Gebiet verdankt Oberschlesien maßgebende Anregungen den Sportfreunden aus dem benachbarten Österreichisch-Schlesien, wo der Eislauf zu sehr hoher Blüte entwickelt ist. Zu anderem Wintersport (Schnee-



Digitized by Google

schuhlaufen und Rodeln) ist das fast durchweg flache Gelände Oberschlesiens leider ungeeignet. Zur Ergänzung von Spiel und Eislauf werden Wanderungen mit den Schulkindern unternommen, bei denen diese wenigstens ihre engere Heimat gründlich kennen lernen sollen.

Wie bei dem Wandern und auch beim Spiel das deutsche Lied eine wesentliche Rolle spielt, so wird dessen Pflege auch sonst große Fürsorge zugewendet. Für die Schule ist ein besonderes Liederbuch, das mit einem entsprechenden Liederbuch für die schulentlassene Jugend in einen inneren Zusammenhang gebracht ist, geschaffen worden. Die Herstellung eines Kanons derjenigen Lieder, die sich alle Kinder zum unverlierbaren Eigentum machen sollen, wird vorbereitet. Als besondere Leistung auf diesem Gebiet verdienen die Schulkinderkonzerte hervorgehoben zu werden, die in mehreren Orten des Industriebezirks regelmäßig veranstaltet werden und einen starken Eindruck auf die Bevölkerung machen.

Zur Schulung der Hand und des Auges der Knaben und zur Erziehung zu Genauigkeit und Sauberkeit dient der Handfertigkeitsunterricht, der als freiwilliger Lehrgegenstand nach den letzten Aufnahmen in 54 im Anschluß an die Volksschule eingerichteten Werkstätten mit 1777 Schülern, und zwar vorwiegend im Industriebezirk betrieben wurde. Auf seine Ausbreitung ist neben seinem allgemeinen erziehlichen Wert auch noch um deswillen Gewicht gelegt worden, weil er die Auswahl der zu feinerer Handarbeit befähigten Knaben erleichtert und diese bei der Berufswahl unterstützt. Im Vordergrunde stehen leichte Holz- und Pappearbeiten.

Während dieser Unterricht allenthalben freiwillig betrieben wird, ist der für die Vorbereitung der Mädchen für die praktischen Anforderungen des späteren Lebens bestimmte Haushaltungsunterricht fast durchweg dort, wo er eingeführt ist, in den pflichtmäßigen Unterricht eingegliedert. Das heutzutage überall mehr und mehr anerkannte Bedürfnis, die Mädchen in die notwendigsten Kenntnisse der Hauswirtschaft durch geregelten Unterricht rechtzeitig einzuführen, tritt in Oberschlesien besonders dringend hervor, wo sich der allgemeine Tiefstand der Kultur bei sehr vielen Frauen der unteren Bevölkerungsschichten in einem äußerst geringen hauswirtschaftlichen Können und dem Fehlen des Sinnes für Ordnung, Sauberkeit und häusliches Behagen ausprägt. Die sich hieraus ergebenden unbefriedigenden häuslichen Verhältnisse sind besonders im Industriebezirk einer der wesentlichsten Gründe für den Kneipenbesuch und die trotz eines erkennbaren Rückganges auch heute noch erschreckende Trunksucht der Männer mit all ihren mißlichen Folgen für das Familienleben und die wirtschaftliche und gesundheitliche Lage der Arbeiterbevölkerung. Die rapide Entwickelung minderwertigerer öffentlicher Vergnügungen und der wachsende Komfort der Kneipen trägt noch dazu bei, den Mann von seiner Häuslichkeit abzuziehen, wenn nicht die Frau es versteht, ihm sein Heim wohnlich und anheimelnd zu gestalten. Um hier zu helfen, ist an sich natürlich ein Unterricht am wirksamsten, den die Frauen so kurz vor ihrer Verheiratung durchmachen, daß das Gelernte bei ihnen noch frisch haftet und

Digitized by Google

mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch in die Häuslichkeit übertragen wird. Da aber die Versuche, diese Altersstufe zu freiwilliger Beteiligung heranzuziehen, zunächst auf vollständige Verständnislosigkeit stießen, war man im Anfang der Entwicklung darauf angewiesen, die weibliche Jugend zunächst da mit diesem Unterricht zu erfassen, wo ein Zwang zur Beteiligung ausgeübt werden konnte, nämlich in der Volksschule. Daß auf dieser Grundlage später auch die Heranziehung der schulentlassenen Mädchen und jungen Frauen gelungen ist, ist weiter unten darzulegen.

Der Landkreis Beuthen ging schon in den neunziger Jahren mit der Einführung von Haushaltungsunterricht in den Volksschulen vor. Ihm folgten die andern industriellen Teile des Bezirkes und allmählich auch einige Teile des flachen Landes, wo bei den maßgebenden Persönlichkeiten besonderes Interesse vorlag. Hier waren allerdings gewisse organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden. Während nämlich in den größeren Städten und Industriegemeinden die Anzahl der in Frage kommenden Kinder die Anstellung besonderer technischer Lehrkräfte erlaubte und hier auch die baulichen Einrichtungen leichter zu schaffen waren, war auf dem flachen Lande besonders die Lehrerinnenfrage nicht leicht zu lösen. Es wurde nun auf verschiedene Weise vorgegangen. Teilweise sind wissenschaftliche Volksschullehrerinnen in besonderen Kursen so weit vorgebildet worden, daß sie unter kleineren Verhältnissen einen ersprießlichen hauswirtschaftlichen Unterricht erteilen können. An anderer Stelle haben sich nahe zusammenliegende Schulverbände in der Form zusammengeschlossen, daß der zentral gelegene Schulverband eine technische Lehrerin anstellte und die nötigen Einrichtungen schuf, während die Mädchen der übrigen Schulverbände gastweise für den technischen Unterricht dem anstellenden Verband gegen anteilige Übernahme der sächlichen und persönlichen Kosten zugewiesen wurden, sodaß eine ausreichende Beschäftigung der Lehrerin ermöglicht wurde. Endlich werden auch die Lehrkräfte der Wander-Haushaltungsschulen, von denen weiter unten noch zu sprechen sein wird, zur Erteilung von Haushaltungsunterricht in den Volksschulen im Laufe des Sommers, wo sie in ihrer Haupttätigkeit entlastet sind, und teilweise auch während des Winters neben den Kursen für Schulentlassene herangezogen.

Der Stand des Haushaltungsunterrichts an schulpflichtige Mädchen ist heute so, daß nach der letzten Aufnahme an 109 Orten und 216 Schulsystemen 9684 Kinder der Wohltat dieses Unterrichts teilhaftig wurden, also jährlich rund 10 000 Mädchen die Schule mit dieser wertvollen Ausrüstung für das Leben verlassen.

Besondere Aufgaben erwachsen im Industriebezirk und den größeren Städten aus den Gefahren, die sich für die Kinder in der *schulfreien Zeit* durch den Einfluß der Straße und in vielen Fällen aus den häuslichen Verhältnissen ergeben, und zwar sind hier die Anforderungen an die Hilfe der Erziehungsorgane besonders groß während der Ferienzeit, wo sich die Kinder ohne eine angemessene Beschäftigung — wie sie den Landkindern gerade während der Ferien zuteil wird — aufsichtslos herumtreiben. Daß auf diesem sehr wichtigen Gebiet der vorbeugenden Jugendpflege in erster



Digitized by Google

Linie das Jugendspiel einzutreten berufen ist, ist bereits oben berührt worden, und es wird daher auch auf möglichste Ausdehnung der Ferienspiele hingewirkt. Dem gleichen Zwecke dienen Ferienwanderungen, die von der Lehrerschaft mit den Schülern unternommen werden, ferner Ferienlesezimmer für Kinder, mit denen in einigen Städten in jüngster Zeit gute Erfahrungen gemacht worden sind. Eine immer wachsende Bedeutung gewinnen für diese Frage die Kinderhorte. Hier haben die Kinder, in deren Häuslichkeit es besonders traurig aussieht, Gelegenheit, unter guter Aufsicht ihre Schularbeiten anzufertigen und sich nachher mit Spielen, Gesang und geeigneter Lektüre zu erholen. Für ihre Gesundheit wird durch Verabreichung von Milch und Semmeln und vielfach durch ärztliche Überwachung gesorgt. Der Bezirk hat neben einer Anzahl von Anstalten, in denen schutz- oder erholungsbedürftige Kinder zu voller Unterkunft untergebracht sind und unter denen der „Friedenshort" der Schwester Eva von Tiele-Winckler in Miechowitz und das Kinderheim des Kreises Beuthen in Rokittnitz hervorgehoben seien, zurzeit 19 Kinderhorte, deren Zahl sich hoffentlich recht bald erheblich erhöhen wird.

* * *

Nachdem so die verschiedensten Mittel zu einer möglichst nachdrücklichen und vielseitigen Einwirkung auf die Kinder im volksschulpflichtigen Alter zusammenwirken, ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Gewinn der Volksschule nach der Schulentlassung nicht verloren geht, sondern erhalten und vertieft wird — das Arbeitsgebiet der in ihrer Wichtigkeit jetzt allenthalben erkannten Jugendpflege.

Ein der Volksschule vergleichbares Erziehungsinstrument steht für die schulentlassene Jugend leider nicht zur Verfügung. Berufen, ihre Stelle einzunehmen, ist in erster Linie die Fortbildungsschule, deren Tätigkeitsfeld aber sowohl dem Kreis der erfaßten und erfaßbaren Jugendlichen wie auch dem Umfang der Einwirkung nach zu beengt ist, als daß ihr die Lösung der hier vorliegenden Aufgaben allein überlassen bleiben könnte. Immerhin steht sie aus vielen Gründen bei der erziehlichen Beeinflussung der Schulentlassenen im Vordergrund und ist auch in Oberschlesien in allen drei Zweigen, der gewerblichen, kaufmännischen und ländlichen Fortbildungsschule mit allen Kräften ausgebaut worden. Hier mußte auf die Ausbildung dieser Organisation und ihre beherrschende Stellung im Rahmen der Jugendpflege schon um deswillen das größte Gewicht gelegt werden, weil die Fortbildungsschule in ihrer ganzen Wirksamkeit entscheidend von staatlichen und kommunalen Behörden beeinflußt wird und damit sichergestellt ist, daß bei ihrer Arbeit der Pflege vaterländischen Geistes und der Entwicklung staatsbürgerlichen Verständnisses die aus nationalen Gründen erforderliche Vorzugsstellung zugewiesen wird. Der Bezirk hatte im vergangenen Winter 76 gewerbliche, 34 kaufmännische und nicht weniger als 504 ländliche Fortbildungsschulen mit 16 387 Schülern in den gewerblichen, 3364 in den kaufmännischen und 15 310 in den länd-

Digitized by Google

lichen Schulen. Wenn berücksichtigt wird, daß 1902 erst 49 gewerbliche Fortbildungsschulen mit 8599 Schülern, 30 kaufmännische mit 1650 Schülern und nur 61 ländliche mit 1431 Schülern bestanden haben, so läßt das erkennen, mit welcher Energie hier gearbeitet worden ist. Zu diesen auf kommunaler Grundlage errichteten Schulen treten noch 20 Werkfortbildungsschulen mit 2202 Schülern und 7 Innungsschulen mit 250 Schülern sowie eine größere Anzahl von Fachschulen hinzu. Von der seit 1910 für Schlesien gegebenen Möglichkeit des Besuchszwanges bei der ländlichen Fortbildungsschule ist zuletzt in 315 dieser Schulen Gebrauch gemacht worden. Auch schon vor Einführung dieses Gesetzes hatten die Schulen eine recht erhebliche Zahl von Schülern heranzuziehen vermocht, indem 1909 die 326 vorhandenen Schulen bereits von 7890 Schülern besucht wurden, doch zeigt schon jetzt die Erfahrung, daß der Besuchszwang für die erstrebenswerte Erfassung des größten Teils der ländlichen Jugend auf die Dauer unentbehrlich ist und daher der gesetzliche Rückhalt eine große Wohltat für die oberschlesische Volksbildungsarbeit bedeutet.

Wenn nun schon die eigentliche Unterrichtstätigkeit der Fortbildungsschulen von erheblicher erziehlicher Wirkung ist, so kommt noch hinzu, daß sie den gegebenen Ansatzpunkt für eine ganze Reihe von sonstigen Veranstaltungen der Jugendpflege bieten. An allen Schulen werden die Schüler außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeit zu Spielen, Wanderungen, Besichtigungen von gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, zu Gesang und Vorträgen herangezogen. Vor allem aber sind an vielen Orten im Anschluß an die Fortbildungsschule Jugendheime eingerichtet, die den jungen Leuten besonders an den Sonntag-Nachmittagen Unterkunft und einen erziehlichen geselligen Anschluß an ihre Altersgenossen bieten. Besondere Jugendheime dieser Art bestanden im vergangenen Winter an 53 gewerblichen, 22 kaufmännischen und 260 ländlichen Fortbildungsschulen. Auf die Schaffung weiterer Heime wird mit Nachdruck hingewirkt.

Durch eine vor einigen Jahren ins Leben gerufene Zeitschrift für die werktätige Jugend Oberschlesiens, den „Jugendruf", wird eine regelmäßige erziehliche Beeinflussung auch auf diesem Wege erstrebt.

Ein großer Teil der schulentlassenen männlichen Jugend findet weiter Unterkunft in den Zöglingsabteilungen der Vereine zur Pflege körperlicher Übungen, von denen unten noch zu sprechen sein wird, in Berufsorganisationen (z. B. den Handlungsgehilfenverbänden) und auch in den konfessionellen Jugendvereinen, die neuerdings ihre ursprünglich mehr auf dem seelsorgerischen Gebiet liegende Tätigkeit auch auf die Pflege des Sports und bildender Unterhaltung ausgedehnt haben. In jüngster Zeit ist endlich als Helfer auch der Jung-Deutschland-bund aufgetreten und hat bei dem erfreulichen Interesse der oberschlesischen Bevölkerung an allem Militärischen schnell Anklang gefunden. Die zweckmäßigste Form seiner Einordnung in den Rahmen der älteren Jugendpflegeeinrichtungen ist noch nicht überall gefunden, doch wird hier wohl die weitere Erfahrung die richtigen Wege weisen, damit die in dieser Bewegung

Digitized by Google

steckende Werbekraft auch in Oberschlesien und zwar vor allem zur Heranziehung der bisher noch von keiner Organisation erfaßten Jugendlichen nutzbringend verwertet werden kann.

Für die weibliche schulentlassene Jugend, bei der der Fortbildungsschulunterricht bisher nur im beschränkten Maße für die kaufmännischen Angestellten eingeführt ist — von den oben genannten kaufmännischen Fortbildungsschulen sind 14 auch von Mädchen besucht — sind im Industriebezirk eine Anzahl Mädchenheime eingerichtet. Viele junge Mädchen dieses Alters gehören auch den Vereinen zur Pflege körperlicher Übungen an. Bei dem stark entwickelten kirchlichen Sinn der Oberschlesier hat ferner ein großer Teil der weiblichen Jugend seinen Anschluß in den konfessionellen Vereinen gefunden.

Besondere Bedeutung kommt aber auf dem Gebiete der Pflege der schulentlassenen weiblichen Jugend wiederum der hauswirtschaftlichen Unterweisung zu, die sich im Industriebezirk und in den ländlichen Bezirken in verschiedenen Formen entwickelt hat.

Im Industriebezirk und in den Städten findet sich zunächst eine nicht unerhebliche Zahl von besonderen Haushaltungs- und Handarbeitsschulen für Schulentlassene, die vorwiegend von den Werkverwaltungen und von katholischen Ordensniederlassungen eingerichtet sind. Daneben hat sich eine der Fortbildungsschule für die männliche Jugend ähnliche Form der Organisation des Haushaltungs- und Handarbeitsunterrichts für Schulentlassene im Industriebezirk und in den Städten sehr bewährt und daher auch schnell entwickelt, nämlich Kurse, die unter Verwertung der Einrichtungen und der Lehrkräfte der Volksschulen veranstaltet werden und bei in der Regel halbjähriger Dauer ihre Zöglinge 4 bis 6 Abendstunden in der Woche in Anspruch nehmen. Diese seit einigen Jahren unter besonderer Berücksichtigung der industriellen Arbeiterin eingerichteten und verhältnismäßig wenig kostspieligen Kurse, für die sich aus der Erfahrung heraus zweckmäßige Normal-Lehrpläne entwickelt haben, haben fast überall über Erwarten lebhaften Zuspruch von jungen Mädchen und jungen Frauen der Arbeiterbevölkerung gefunden. 1909 wurden an 7 Orten 11 Kurse mit 269 Teilnehmerinnen abgehalten, 1911 bereits an 24 Orten 37 Kurse mit 1082 Besucherinnen und die noch nicht abgeschlossene Statistik für 1912 bringt eine erhebliche weitere Steigerung.

Während diese Kurse davon ausgehen, daß die in städtischen oder industriellen Verhältnissen arbeitenden jungen Mädchen und Frauen das ganze Jahr hindurch gleichmäßig beschäftigt sind und sich daher in der Regel nur für eine geringe Stundenzahl in der Woche freimachen können, bringen es die Arbeitsverhältnisse der ländlichen Arbeiterin mit sich, daß sie den größten Teil des Jahres über vollständig und erschöpfend in Anspruch genommen ist, dagegen während der Wintermonate ein erheblich geringeres Maß von beruflicher Arbeit zu leisten hat. Sie kann daher während der landwirtschaftlichen Arbeitszeit in der Regel garnicht, dagegen in der winter-

Digitized by Google

lichen Ruhezeit täglich zur hauswirtschaftlichen Unterweisung herangezogen werden, so daß sich auf dem Lande bei sogar größerer Zahl der Unterrichtstage als bei den Industriekursen die hauswirtschaftliche Unterweisung auf eine beschränkte Anzahl von Wochen zusammendrängen läßt. Aus dieser Sachlage ergibt sich für das flache Land als die zweckmäßigste Form der Organisation die Wanderhaushaltungsschule, die mit in der Regel achtwöchigen Kursen von Ort zu Ort wandert. Diese neben der hauswirtschaftlichen Ausbildung der ländlichen Arbeiterin auch derjenigen in der landwirtschaftlichen Innenarbeit dienstbar zu machende Einrichtung, mit deren Einführung der Kreis Tarnowitz im Jahre 1905 den Anfang machte, werden im kommenden Winter alle 16 nicht vorwiegend industriellen Kreise des Bezirkes mit einer Ausnahme besitzen. Außerdem hat auch der industrielle Kreis Zabrze für einige noch überwiegend ländlichen Ortschaften eine Wanderhaushaltungsschule ins Leben gerufen. Im vergangenen Jahre wurden in diesen Schulen 1341 junge Mädchen und Frauen ausgebildet.

* * *

Die bisher geschilderten, größtenteils nur für die heranwachsende Jugend bestimmten Erziehungseinrichtungen werden ergänzt durch diejenigen, die ohne Unterschied alle Altersklassen zu erfassen suchen.

Unter diesen steht die Volksbücherei in Oberschlesien nach Umfang und Durcharbeitung der Organisation wohl unerreicht da. Dieser Zweig des oberschlesischen Volksbildungswesens sowie die hiermit im Zusammenhang stehenden sonstigen Einrichtungen zur Verbreitung volkstümlichen Schrifttums sind in Band I des Ostland, Seite 205 fg. eingehend geschildert, so daß hierauf nur kurz Bezug genommen zu werden braucht. Daneben sei wieder auf die Denkschrift „Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien" besonders hingewiesen. Die Zahl der Bücherausgabestellen im Bezirk ist inzwischen auf 1237 gestiegen, davon 168 Standbüchereien und 1069 Stationen der Wanderbüchereien.

Die Aufgabe, dem nach des Tages Arbeit einer Ausspannung bedürftigen Volke Gelegenheit zu bieten, neben den üblichen minderwertigen Vergnügungen von Zeit zu Zeit eine Erholung wertvollerer Art zu finden, die mit einer unaufdringlichen Belehrung verbunden ist und auch der Pflege vaterländischen Geistes dient, fällt den Volksunterhaltungsabenden — oder besser Volksbildungs- oder Volksabenden — zu, die in Oberschlesien seit langen Jahren planmäßig gefördert worden sind. Die hierbei maßgebenden Gesichtspunkte und die organisatorischen Maßnahmen der Regierung sind in der obengenannten Denkschrift so eingehend dargelegt, daß auch hier für die Entwickelung bis 1907 der Kürze halber auf diese Veröffentlichung verwiesen werden kann. Die Zahl dieser Veranstaltungen ist seither von Jahr zu Jahr weiter gewachsen — vom 1. 7. 1911 bis 31. 6. 1912 fanden 1402 Abende statt —. Gleichzeitig ist darauf hingearbeitet worden, den Bildungsgehalt der Abende, bei denen anfangs, um die Bevölkerung heranzuziehen, naturgemäß das rein Unterhaltende im

Digitized by Google

Vordergrund stehen mußte, nach jeder Richtung zu vertiefen. Dies ist erstrebt worden durch die beratende Tätigkeit der Auskunftsstelle für oberschlesische Volksunterhaltung, von der besonders auf Einheitlichkeit und zweckmäßige Gestaltung der Programme, und auf Verbesserung der Qualität der einzelnen Teile des Programms vor allem der Theaterstücke, Gedichte und Gesangsvorträge, hingewirkt worden ist. Den größten Einfluß auf die Erhöhung des Gehalts der Abende hat aber die Einrichtung einer Lichtbilderzentrale im Anschluß an die Auskunftsstelle im Jahre 1909 gehabt. Von dieser werden an Schulen, Fortbildungsschulen und Vereine Lichtbilder-Reihen aus den verschiedensten Gebieten, die fast sämtlich für Oberschlesien eigens zusammengestellt und mit besonderen Vortragstexten versehen sind, unentgeltlich ausgeliehen, und zwar nicht nur zur Veranstaltung öffentlicher Volksabende, sondern auch für Vorträge innerhalb der Schulen, Fortbildungsschulen, Jugendheime, Vereine usw. Die Landkreise sowie eine größere Anzahl von Kommunen, Volks- und Fortbildungsschulen sind im Besitz von Lichtbilderapparaten und stellen diese gleichfalls in der Regel unentgeltlich den Veranstaltern von Volksabenden und geeigneten Vereinen für ihre Veranstaltungen zur Verfügung. Die Zentrale besitzt zur Zeit 78 Lichtbilder-Reihen und außerdem 32 Märchen-Reihen, die bei dem naiven Sinn der oberschlesischen Bevölkerung auch von den Erwachsenen besonders gern gesehen werden[1]). Zur Erleichterung des gemeinsamen Gesangs solcher Lieder, auf deren möglichste Verbreitung Gewicht gelegt wird, werden an passenden Stellen Textbilder eingeschaltet, sodaß auch die Liedertexte auf der Leinwand erscheinen. Die Zahl der Entleihungen betrug im Gründungsjahr 1909 600 und ist inzwischen auf 1567 im letzten Jahre gestiegen. Etwa die Hälfte entfällt auf geschichtliche und heimatkundliche Stoffe, deren Behandlung Gelegenheit zu einer unaufdringlichen Gegenaufklärung gegenüber den Geschichtsfälschungen der polnischen Agitation bietet. Bei der sehr starken Nachfrage nach Lichtbildern haben die industriellen Kreise Kattowitz und Beuthen eigene Verleihstellen eingerichtet, wodurch die Verleihzentrale in Oppeln in sehr erwünschter Weise entlastet wird. Um den Eindruck der Vorträge zu unterstützen, werden seit einiger Zeit geeigneten Bilderreihen, z. B. solchen geschichtlichen Inhalts, eine Anzahl einschlägiger Bücher mitgegeben, die nach dem Vortrage an die Zuhörer ausgeliehen werden, eine Einrichtung, die Anklang gefunden hat und sich zu bewähren scheint.

Da die Teilnahme der Bevölkerung durch Zuweisung eigener Verantwortung für die Ausgestaltung der Abende gesteigert wird, ist mit Erfolg darauf hingewirkt worden, daß die Veranstaltung der Abende möglichst auch von populären Vereinen (Volksbildungsvereinen, Kriegervereinen, Gesangvereinen, Turn- und Spielvereinen usw.) übernommen wird.

[1]) Näheres siehe in dem von dem Leiter der Auskunftsstelle, Lehrer Scholz, herausgegebenen Katalog: „Programme, Lichtbildervorträge, Theaterstücke für die Volks- und Elternabende in Oberschlesien." Zu beziehen durch die Buchhandlung von Muschner in Oppeln. (Preis 1 Mk. bei Massenbezug weniger.)

Digitized by Google

Einer bildenden Abendunterhaltung für das Volk dienen weiter die volkstümlichen Vorstellungen, die von den Theatern in Oppeln, Gleiwitz, Beuthen, Kattowitz und Ratibor mit staatlicher Unterstützung veranstaltet werden. Für die Industriegemeinden ist ein eigenes Wandertheater, das „Oberschlesische Volkstheater", ins Leben gerufen worden, das seinen Sitz in Königshütte hat und von hier aus eine größere Zahl von Orten des Industriebezirks mit Vorstellungen versorgt. Die Frage, wie auch die großen Bildungsmöglichkeiten, die im Kino leider meist noch unerschlossen schlummern, am besten ausgenützt werden, ist in Oberschlesien, wo zur Zeit 65 Kinos, darunter 5 Wanderkinos, bestehen, noch nicht gelöst. Doch besteht die Hoffnung, daß die großen Schwierigkeiten dieser Aufgabe zu überwinden sein werden.

Endlich muß noch der volkstümlichen Konzertveranstaltungen, insbesondere der Volksliederabende einiger Lehrergesangvereine, die sich eine ausgedehnte und dankbare Zuhörergemeinde erworben haben, gedacht werden. Daß sich auch auf dem Boden Oberschlesiens die Kunstpflege zu hoher Blüte bringen läßt, beweist auf diesem Gebiet der nach seinem verdienstvollen Begründer benannte Meistersche Gesangverein in Kattowitz, ein gemischter Chor, dessen Aufführungen auch nach dem Urteil auswärtiger Kenner zum Besten gehören, was an Chorgesang im ganzen Osten unseres Vaterlandes geleistet wird.

Auch die geistigen Kräfte der Breslauer Universität sind in den Dienst der oberschlesischen Volksbildungsarbeit gestellt worden, indem in einer Anzahl von Städten des Bezirks im Winter mit Staatsunterstützung volkstümliche Vorträge von Professoren der Universität abgehalten werden.

An Museen ist Oberschlesien als Land einer jüngeren Entwickelung nicht reich. Die vorhandenen, nämlich das Oberschlesische Museum in Gleiwitz und die Museen in Neiße, Oppeln und Beuthen, tragen vorwiegend heimatkundlichen Charakter. Besonders das Oberschlesische Museum in Gleiwitz ist dank seiner zentralen Lage und der Rührigkeit seiner Leitung berufen, eine wertvolle Sammelstätte oberschlesischer Kunstgegenstände, gewerblicher Erzeugnisse und geschichtlicher Erinnerungen zu werden. Ein eigenes Schulmuseum in Gleiwitz hat es sich zur Aufgabe gestellt, durch Sammlung und systematische Ordnung von Lehr- und Lernmitteln dem Fachmann Belehrung und Anregung zu bieten und außerdem in einer geschichtlichen Abteilung Material aus der Entwicklungsgeschichte der oberschlesischen Volksschule zu sammeln und hierdurch Unterlagen für das weitere Studium dieser noch nach mancher Richtung der Klärung bedürftigen Frage zu beschaffen.

Weniger als bei den eben geschilderten, unmittelbar zu Bildungszwecken ins Leben gerufenen Veranstaltungen tritt nach Außen die Bedeutung für die Volksbildung bei den deutschen Vereinen der verschiedensten Art hervor, deren Oberschlesien eine große Zahl besitzt. Und doch gehören diese zum Teil zu den erfolgreichsten Trägern deutscher Kultur und deutschen Geistes.

Digitized by Google

In erster Linie verdienen hier die Vereine zur Pflege körperlicher Übungen genannt zu werden, die sich in Oberschlesien besonders stark und vielseitig entwickelt haben. Die größten und in sich geschlossensten Organisationen bilden die Vereine der deutschen Turnerschaft und des Oberschlesischen Spiel- und Eislaufverbandes. Diese Vereine knüpfen in ihrer Arbeit an die oben geschilderte vorbereitende Tätigkeit der Volksschule an und haben vermöge des Ernstes, mit dem sie ihre Ziele verfolgen, und ihres Einflusses gerade auch auf die untere Volksschicht für die gesundheitliche, geistige und nicht zuletzt für die nationale Erziehung des oberschlesischen Volkes eine hohe Bedeutung. Wer ein Turn-, Spiel- oder Eislauffest in Oberschlesien besucht, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß hier in der Erfassung und sportlichen Durchbildung einer noch vor kurzem mehr als zurückgebliebenen Bevölkerung geradezu Hervorragendes geleistet worden ist, wie es sich nur durch die planmäßige Vorbereitung in der Volksschule erklären läßt. Die deutsche Turnerschaft umfaßt in Oberschlesien nach der letzten Aufnahme 140 Vereine mit 18 292 Mitgliedern, der oberschlesische Spiel- und Eislaufverband 376 Vereine mit 19 020 Mitgliedern, die großenteils dem Arbeiterstand angehören.

Bei der werbenden Kraft des deutschen Liedes und der Sangeslust des Oberschlesiers ist es zu begrüßen, daß auch die Männergesangvereine in Oberschlesien eine erhebliche Ausdehnung gewonnen haben. In den drei großen im Bezirk vertretenen Verbänden, dem „Schlesischen Sängerbund" mit 99 oberschlesischen Vereinen und 5294 Mitgliedern, dem „Oberschlesischen Sängerbund" mit 65 Vereinen und 2087 Mitgliedern und dem „Oberschlesischen Arbeitersängerbund" mit 28 Vereinen und 4291 Mitgliedern sind annähernd 12 000 Sänger zusammengefaßt.

Von den übrigen Vereinsgruppen verdienen neben den Kriegervereinen, die nach der neuesten Aufnahme in 724 Vereinen 82 388 Mitglieder besitzen und damit zahlenmäßig die stärkste Macht im Vereinsleben darstellen, und dem Flottenverein mit 7559 Mitgliedern Hervorhebung besonders die Unterbeamten-, vor allem die Eisenbahner-Vereine, und namentlich die deutschen Arbeitervereine, die zum Teil konfessionell organisiert sind. Durch Pflege deutschen Worts und Geistes und durch bildende Vereinsveranstaltungen tragen auch diese Vereine wesentlich zur kulturellen Förderung des Volkes bei.

Auf das reich gegliederte konfessionelle Vereinswesen kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Die gesamte Haltung der konfessionellen Vereine und ihr Wert für die deutsche Kultur hängt von der Person der jeweiligen Leiter im besonderen Maße ab. Im Allgemeinen aber kann wohl gesagt werden, daß auch auf diesem Gebiet wie ferner auf dem, bei dem ausgesprochen kirchlichen Sinn des Volks natürlich noch weit wichtigeren des eigentlichen kirchlichen Lebens — Beicht- und Kommunionunterricht, Schulmessen, Gemeindegottesdienst — in den in Oberschlesien glücklicherweise nicht mehr seltenen Parochieen, deren Geistlicher der deutschsprachlichen Entwicklung kein Hemmnis

Digitized by Google

bereitet, ein allmählicher und selbstverständlich in seiner Wirkung auf die Umgangssprache höchst bedeutsamer Fortschritt des Deutschen in Wort und Lied hervorzutreten beginnt.

Ehe dieser Überblick über die wesentlichsten Volksbildungsfaktoren abgeschlossen wird, sei noch mit einem Wort der deutschen Presse Oberschlesiens gedacht. Es erscheinen im Bezirk neben den verschiedensten Zeitschriften nicht weniger als 104 deutsche Zeitungen und zwar 24 täglich, die übrigen mindestens wöchentlich. 21 haben eine ausgesprochene politische Richtung, die übrigen sind teils farblos, teils Stadt-, Kreis- und Gemeindeblätter. Da von ihren zusammen annähernd 300 000 Abonnenten der größte Teil in Oberschlesien wohnen dürfte, spielen sie ganz abgesehen vom Inhalt schon als Trägerinnen des deutschen Wortes eine erhebliche Rolle und haben über die polnische Presse, die sich allerdings leider zu einem Bestand von 12 Zeitungen mit über 60 000 Abonnenten entwickeln konnte, immer noch ein starkes Übergewicht.

* * *

Die vorstehend getrennt geschilderten verschiedenartigen Zweige des oberschlesischen Volksbildungswesens greifen in ihrer Wirksamkeit naturgemäß vielfach aufeinander über, und es wird planmäßig dahin gearbeitet, ihre gegenseitigen Beziehungen möglichst rege zu gestalten und durch tunlichst vielseitige Ausnützung der vorhandenen Einrichtungen deren Nutzeffekt zu heben und Kosten zu ersparen. Die Leitung der ganzen Volksbildungsarbeit in Oberschlesien, soweit diese durch die Behörden geleistet oder durch sie beeinflußt wird, ist im Interesse der Einheitlichkeit in den Fragen der Organisation und der Bewilligung staatlicher Beihilfen in der Regierung in Oppeln straff zusammengefaßt, die für einige Zweige des Volksbildungswesens zu ihrer technischen Beratung und teilweise auch zur Mitwirkung bei der Durchführung ihrer organisatorischen Maßnahmen besondere Hilfskräfte herangezogen hat.

Es würde zu weit führen, wenn an dieser Stelle auf die finanzielle Seite der Arbeit im Einzelnen eingegangen würde. Der Staat tritt auch außerhalb seiner gesetzlichen Aufgaben, wie bereits oben berührt, insoweit helfend ein, als dies zur Anregung und zum Ausbau der verschiedenen Organisationen und besonders auch zur Belebung der Mitarbeit und finanziellen Anteilnahme der örtlichen Beteiligten erforderlich erscheint. Den amtlichen Bemühungen ist es gelungen, die örtlichen Hilfskräfte in sehr erheblichem Umfang zu erschließen, und besonders verdient die Opferwilligkeit der Kommunen und Kreise sowie der meisten industriellen Verwaltungen in der Übernahme der stetig anwachsenden freiwilligen Lasten für die kulturelle Arbeit mit Anerkennung hervorgehoben zu werden.

Auch die Darstellung der Gegenarbeit von der polnischen Seite liegt nicht im Rahmen dieses Aufsatzes. Es sei nur kurz bemerkt, daß fast auf allen nicht der behördlichen Genehmigung unterliegenden Gebieten der Volksbildungsarbeit auch von polnischer Seite

Digitized by Google

Organisationen geschaffen oder in der Entstehung begriffen sind, die sich größtenteils als eine Nachahmung des deutschen Vorbildes darstellen. Ihre Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, doch scheint die Beobachtung, daß trotz größter Anstrengungen die polnischen Volksbildungsorganisationen in Oberschlesien nach dem eigenen Eingeständnis der polnischen Presse sich nicht recht entwickeln wollen, zu der Hoffnung zu berechtigen, daß das Deutschtum hier den Boden bereits zu sehr belegt hat, als daß auf ihm die gegnerischen Bestrebungen noch leichte Nahrung finden könnten.

## III.

Die vorstehenden Ausführungen werden dargetan haben, daß man sich in Oberschlesien bemüht, zielbewußt und mit allen verfügbaren Mitteln an der Hebung der Bevölkerung durch Zuführung deutscher Kultur zu arbeiten. Es liegt nun nahe, daß nach den Wirkungen dieser kulturellen Ostmarkenpolitik gefragt wird.

Hier ist zunächst zu berücksichtigen, daß es sich um eine Frage der Massenerziehung handelt und daher die Wirkung der getroffenen Einrichtungen erst dann voll zur Geltung kommen kann, wenn diese extensiv und intensiv vollkommen ausgebaut sind. Dieser Zustand ist noch nicht annähernd erreicht. Ein Teil des Weges ist zurückgelegt, und besonders die Volksschule ist schon heute ein Bollwerk ersten Ranges für die deutsche Kultur. Im Übrigen aber ist noch sehr Vieles weiter auszugestalten und soweit, wie z. B. auf dem Gebiete der Volksbücherei, ein gewisser äußerer Abschluß nahe ist, ist dieser Zustand erst in neuester Zeit erreicht und kann daher erst für die Zukunft voll ins Gewicht fallen. Sodann ist zu bedenken, daß es gerade auf dem Gebiet kultureller Einwirkung an genauen Maßstäben für die Feststellung der Ergebnisse fehlt. Man ist hierbei zunächst auf Einzelbeobachtungen angewiesen. Diese zeigen in Oberschlesien eigentlich überall einen mehr oder weniger großen Einfluß der deutschen Bildungsarbeit auf das Volk. Einen gewissen Anhalt für die Gesamtwirkung gibt lediglich die Sprachenstatistik, da man jeden Fortschritt der deutschen Sprache in Oberschlesien auch mit Sicherheit als einen solchen der deutschen Kultur betrachten kann. Die Fehler, die gerade bei der Sprachenstatistik mit ihren nicht ganz sicheren und erst bei den letzten Zählungen etwas schärfer umrissenen Begriffen unvermeidlich sind, wiederholen sich bei allen Aufnahmen mehr oder weniger und verlieren daher für den bei der vorliegenden Frage anzustellenden Vergleich der verschiedenen Aufnahmen stark an Bedeutung. Sollte eine Verschiebung eingetreten sein, so würde diese wahrscheinlich nicht dem Deutschtum zugute kommen, da die polnische Presse, deren Verbreitung zugenommen hat, sich mit wachsendem Zielbewußtsein um die Erweckung eines polnischen Nationalgefühls in ihrem Leserkreis bemüht, und vor der letzten statistischen Aufnahme ihren Lesern nachdrücklichst eingepeitscht hat, nur ja ihre polnische Nationalität bei der Zählung nicht zu verleugnen oder von den Zählern beeinträchtigen zu lassen.

Digitized by Google

Es seien nun zunächst die Ergebnisse der beiden letzten Volkszählungen über die Sprachenverhältnisse für den ganzen Bezirk gegenübergestellt:

I. Die einzelnen Sprachen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung:

| | deutsch | polnisch | sonst fremdsprachig | deutsch und eine andere Sprache (zweisprachig) | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 37,197 % | 56,925 % | 3,165 % | 2,713 % | 100 % |
| 1910 | 40,039 % | 52,960 % | 2,948 % | 4,053 % | 100 %. |
| mithin 1910 | + 2,842 % | — 3,965 % | — 0,217 % | + 1,340 % | |

II. Die einzelnen Sprachen in sich:

| | deutsch | polnisch | sonst fremdsprachig | deutsch und eine andere Sprache (zweisprachig) | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 757 137 | 1 158 765 | 64 419 | 55 230[1]) | 2 035 601 |
| 1910 | 884 045 | 1 169 340 | 65 099 | 89 497[1]) | 2 207 981 |
| mithin 1910 | + 126 858 | + 10 575 | + 680 | + 34 267 | + 172 380 |
| = | + 16,754 % | + 0,913 % | + 1,055 % | + 62,044 % | + 8,468 % |

Diese Ziffern zeigen in Tabelle I einen für den kurzen Zeitraum von 5 Jahren erheblichen Fortschritt des Deutschen, einen verhältnismäßig noch stärkeren Rückgang des Polnischen, einen geringen Rückgang des sonstigen fremdsprachigen Elements und eine nicht unerhebliche Zunahme der Zweisprachigen. Stärker noch prägen sich die Veränderungen aus bei der in Tabelle II vorgenommenen Berechnung der Entwicklung der Sprachen in sich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Statistik auch die am 1. Dezember im Bezirk vorhandenen, größtenteils fremdsprachigen Ausländer mitumfaßt, deren Zahl von 24 371 im Jahre 1905 auf 35 295 im Jahre 1910 gestiegen ist, also die Ergebnisse zu Ungunsten des Deutschtums beeinflußt.

Um nun festzustellen, wie sich die Dinge in den wirtschaftlich verschiedenen beiden Hälften des Bezirks gestaltet haben, sind im Folgenden die gleichen Zahlen wie in Tabelle I und II getrennt für den Industriebezirk und den übrigen Bezirk gegeben, wobei als „Industriebezirk" wiederum die Landkreise Beuthen, Kattowitz und Zabrze und die Stadtkreise Beuthen Gleiwitz, Kattowitz und Königshütte zusammengefaßt sind. Ein noch

[1]) davon deutsch und polnisch { 1905: 54 094 / 1910: 88 798

Digitized by Google

sichereres Bild der verschiedenen Entwicklung in den rein industriellen und rein ländlichen Teilen des Bezirks würde sich ergeben, wenn die industriellen Teile der Kreise Tarnowitz, Rybnik und Pleß dem Industriebezirk zugerechnet und die größeren Städte mit ihrer eigenartigen kulturellen Lage im ganzen Bezirk ausgeschieden würden. Von Beidem ist der Einfachheit halber abgesehen. Auch in der vorliegenden Form lassen die folgenden Tabellen wertvolle Schlüsse zu:

### Industriebezirk.

III. Die einzelnen Sprachen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung:

| | deutsch | polnisch | sonst fremdsprachig | deutsch und eine andere Sprache (zweisprachig) | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 12,892 % | 20,710 % | 0,119 % | 1,403 % | 35,123 % |
| 1910 | 16,111 % | 18,473 % | 0,298 % | 2,391 % | 37,273 % |
| mithin 1910 | + 3,219 % | — 2,237 % | + 0,179 % | + 0,988 % | + 2,150 % |

IV. Die einzelnen Sprachen in sich:

| | deutsch | polnisch | sonst fremdsprachig | deutsch und eine andere Sprache (zweisprachig) | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 262 422 | 421 566 | 2 413 | 28 562 | 714 963 |
| 1910 | 355 727 | 407 872 | 6 581 | 52 794 | 822 974 |
| mithin 1910 | + 93 305 | — 13 694 | + 4 168 | + 24 232 | + 108 011 |
| = | + 35,555 % | — 3,248 % | + 172,731 % | + 84,840 % | + 15,107 % |

### Der übrige Bezirk.

V. Die einzelnen Sprachen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung:

| | deutsch | polnisch | sonst fremdsprachig | deutsch und eine andere Sprache (zweisprachig) | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 24,305 % | 36,215 % | 3,046 % | 1,310 % | 64,877 % |
| 1910 | 23,928 % | 34,487 % | 2,650 % | 1,662 % | 62,727 % |
| mithin 1910 | — 0,377 % | — 1,728 % | — 0,396 % | + 0,352 % | — 2,150 % |

Digitized by Google

## VI. Die einzelnen Sprachen in sich:

| | deutsch | polnisch | sonst fremdsprachig | deutsch und eine andere Sprache (zweisprachig) | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 494 765 | 737 199 | 62 006 | 26 668 | 1 320 638 |
| 1910 | 528 318 | 761 468 | 58 518 | 36 703 | 1 385 007 |
| mithin 1910 | + 33 553 | + 24 269 | — 3 488 | + 10 035 | + 64 369 |
| = | + 6,782 % | + 3,292 % | — 5,625 % | + 37,629 % | + 4,117 % |

Hier zeigt sich zunächst in der letzten Spalte der Tabellen IV und VI, daß die Zunahme der Bevölkerung im Industriebezirk wesentlich stärker ist als im übrigen Bezirk, eine Erscheinung, die sich in der Hauptsache durch die Aufsaugung von Arbeitskräften durch den Industriebezirk auf Kosten des übrigen Bezirks erklärt. Ferner wird aber der Beweis erbracht, daß die soeben festgestellte Verdeutschung ganz überwiegend auf den Industriebezirk entfällt.

Eine anders angeordnete Übersicht der Fortschritte und Rückgänge der Sprachen im Jahre 1910 (gegenüber 1905) ergibt folgendes Bild:

### Im Industriebezirk.

| | Im Ganzen. | Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Bezirks. |
|---|---|---|
| deutsch ..... | + 93 305 | + 3,219 %, |
| polnisch ..... | — 18 694 | — 2,237 %, |
| sonst fremdsprachig | + 4 168 | + 0,179 %, |
| zweisprachig ..... | + 24 232 | + 0,988 %. |

### Im übrigen Bezirk.

| | Im Ganzen | Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Bezirks. |
|---|---|---|
| deutsch ..... | + 33 553 | — 0,377 %, |
| polnisch ..... | + 24 269 | — 1,728 %, |
| sonst fremdsprachig | — 3 488 | — 0,396 %, |
| zweisprachig ..... | + 10 035 | + 0,352 %. |

Also im Industriebezirk: absoluter und relativer Fortschritt der Deutschen und der Zweisprachigen, absoluter und relativer Rückgang der Polen, absoluter und relativer — im ganzen aber belangloser — Fortschritt der anderen Fremdsprachigen, der im wesentlichen auf die stärkere Heranziehung ruthenischer Arbeiter zurückzuführen sein dürfte.

Im übrigen Bezirk: absoluter Fortschritt und relativer Rückgang der Deutschen und Polen, absoluter und relativer Fortschritt der Zwei-

Digitized by Google

sprachigen, absoluter und relativer Rückgang der sonstigen Fremdsprachigen.

Der relative Rückgang der Deutschen und Polen im übrigen Bezirk, der mit dessen Beeinflussung durch den Industriebezirk zusammenhängt, ist bei den Deutschen mit 0,377 % gering, bei den Polen dagegen mit 1,728 % ziemlich stark, ein Beweis, daß auch in diesem Teil des Bezirks das Deutschtum Boden gewinnt. Besonders ist auch an der westlichen Sprachgrenze trotz kleiner Schwankungen im Durchschnitt eine nicht ungünstige Entwicklung festzustellen.

Im ganzen Bezirk liegt also die Tendenz des Fortschritts des deutschen und des Rückgangs des polnischen Elements vor, wie dies auch schon in den früheren Zählungsperioden nach den folgenden Ziffern sich gezeigt hat:

| | Deutsche % der Gesamtbevölkerung. | Polen % der Gesamtbevölkerung. |
|---|---|---|
| 1890 ..... | 35,90 | 58,23 |
| 1900 ..... | 36,63 | 56,11 |
| 1905 ..... | 37,19 | 56,92 |
| 1910 ..... | 40,03 | 52,95. |

Der kleine Fortschritt der Polen zwischen 1900 und 1905 ist, wenn nicht überhaupt in die Statistik sich hier oder bei der vorhergehenden Zählung irgendwelche besondere Fehler eingeschlichen haben, jedenfalls durch die weitere Entwickelung wieder mehr als wett gemacht.

Welches sind nun die Gründe der verschiedenartigen Entwickelung im Industriebezirk und im übrigen Bezirk? Mitscherlich[1]), der nur die Zahlen für den ganzen Bezirk vergleicht, schreibt den Fortschritt des Deutschtums im Bezirk Oppeln lediglich der Zuwanderung deutscher Arbeitskräfte in den Industriebezirk zu. Diese Erklärung ist, wie schon der absolute Rückgang der Polen im Industriebezirk erkennen läßt, nicht ausreichend. Nachweisbar gelingt nämlich die aus nationalen Gründen erstrebte Heranziehung deutscher Arbeiter von auswärts in den Industriebezirk nur in sehr geringem Umfang. Die von außerhalb des Regierungsbezirks in den Industriebezirk zuwandernden deutschen Elemente gehören ganz überwiegend dem Mittelstand und den obersten sozialen Schichten an und fallen zahlenmäßig wenig ins Gewicht. Jedenfalls aber kann diese nicht erhebliche Zuwanderung von Deutschen und der durch die umgekehrt vorhandene Abwanderung von oberschlesischen Polen nach dem Westen der Monarchie eintretende Stärkeverlust der Polen durch das Anwachsen der Zahl der in der Statistik mit auftretenden fremdsprachigen Ausländer wieder als ausgeglichen gelten. Die nachgewiesene starke Verschiebung der Sprachenverhältnisse vollzieht sich demnach in der Hauptsache innerhalb der einheimischen Bevölkerung und zwar durch eine, im Industriebezirk am stärksten ausgeprägte Verdeutschung des polnischen Elements. Wenn dies schon die obenstehende Zusammenstellung der

[1]) Waldemar Mitscherlich, „Die Ausbreitung der Polen in Preußen." Leipzig 1913. S. 210.

Digitized by Google

absoluten und relativen Bewegung der deutschen und polnischen Sprache vermuten läßt, die ja auch außerhalb des Industriebezirks ein Vordringen des Deutschtums zeigt und im Industriebezirk sogar einen absoluten, durch deutsche Zuwanderung keinesfalls zu erklärenden Rückgang der Polen, so erhält diese Annahme eine wesentliche Unterstützung durch die überraschend starken Fortschritte der erst seit 1905 schärfer von der Statistik erfaßten Zweisprachigen, die als einzige Gruppe in allen Teilen des Bezirks sowohl eine absolute wie auch relative Zunahme zeigen. Wie nämlich jeder aufmerksame Beobachter weiß, stellen diese Zweisprachigen in ihrer großen Mehrheit Elemente dar, die zu der polnischen Muttersprache das Deutsche hinzugelernt haben — der entgegengesetzte Fall ist verhältnismäßig selten, auch fallen die von Hause aus Zweisprachigen wenig ins Gewicht — und nun im Verkehr beide Sprachen mit der gleichen Sicherheit sprechen. Die Gründe, weshalb sie sich bemüht haben, das in der Schule erlernte Deutsche zu bewahren und möglichst beherrschen zu lernen, sind allermeist wirtschaftlich sozialer Art. Der aus der polnischen Unterschicht nach oben Strebende weiß in Oberschlesien, daß die Oberschicht deutsch ist und daß er nur bei voller Beherrschung der deutschen Sprache Aussicht auf soziales Fortkommen in Oberschlesien selbst und natürlich erst recht außerhalb Oberschlesiens in den deutschen Teilen unseres Vaterlandes hat. Da nun im Industriebezirk die deutsche Oberschicht besonders stark ist und ihren deutschen Charakter mit dankenswerter Entschiedenheit kraft ihres sozialen Übergewichts überall zur Geltung bringt, andererseits auch hier die Möglichkeiten, sozial und wirtschaftlich in die Höhe zu steigen, besonders zahlreich und jedenfalls viel größer sind als auf dem flachen Land, vollzieht sich hier der Übergang zum Deutschen in sehr viel größerem Umfang. Das allgemeine rasche Vorwärtsschreiten aller Verhältnisse im Industriebezirk bringt zu solchem Streben neben den äußern Möglichkeiten auch die inneren Impulse, während auf dem Land die beharrenden Kräfte das Übergewicht haben. Die Kinder dieser vorwärtsstrebenden Elemente sind meist schon rein deutsch, da bei ihnen auch die Hausprache in der Regel das Deutsche ist. Man kann diesen typischen Vorgang in einzelnen Familien genau verfolgen, in denen die strebsamen, beanlagten Mitglieder dem Deutschtum zuwachsen, die übrigen polnisch bleiben. Auf dem flachen Lande fehlt diese Erscheinung auch nicht ganz, ist aber bei den dort vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen naturgemäß wesentlich seltener.

Und nun die Bedeutung der Volksbildungsarbeit für diese Entwicklung? Es leuchtet ohne weiteres ein, daß sie es ist, die überhaupt erst den geschilderten Übergang zum Deutschtum ermöglicht und ihm die Wege ebnet. Ohne die Grundlage der deutschen Schule, ohne die Fortbildungsschule und die zahlreichen sonstigen deutschen Bildungsmöglichkeiten würde ein Emporsteigen ins Deutschtum in solchem Umfang wie ihn die Statistik nachweist vollkommen unmöglich sein. Diese Ansicht kommt auch in der polnischen Presse unter dauernden Angriffen auf die deutschen Bildungseinrichtungen und Warnungen vor ihrer Benutzung immer wieder zum Ausdruck. Selbstverständlich wird die Verdeutschung



Digitized by Google

auch noch durch andere Umstände erleichtert und unterstützt, durch das deutsche äußere Gepräge der Städte und größeren Gemeinden, die deutsche Sprache der Behörden und industriellen Verwaltungen, die in großem Umfang deutsche Geschäftssprache, die deutsche Sprache bei den Verkehrseinrichtungen und nicht zuletzt die militärische Dienstzeit der Männer. Die Hauptstütze aber sind die deutschen Bildungseinrichtungen, die auch wiederum im Industriebezirk mit seinen reich gegliederten Schulen und der Fülle privater und kommunaler kultureller Wohlfahrtseinrichtungen — man denke zum Beispiel an die vorbildlichen Wohlfahrtseinrichtungen der Donnersmarckhütte in Zabrze — mit erheblich größerem Nachdruck wirken können als auf dem weniger gut ausgestatteten flachen Lande.

Daß sie übrigens im Sinne des Deutschtums auch auf diejenigen fremdsprachigen Elemente wirken, die nicht mit Bewußtsein zum Deutschen übergehen, ist von vornherein anzunehmen und auch zu beobachten. Der größte Teil von diesen fällt zwar zurzeit noch nach dem Verlassen der Schule, obwohl bei tüchtigen Lehrern die aus der Schule Entlassenen das Deutsche mit gleicher Sicherheit sprechen wie das Polnische und sogar ihr Wortschatz im Deutschen wesentlich reicher ist, unter dem Einfluß der polnischen Hausprache der älteren Generation wieder in die mehr oder minder ausschließlich polnische Umgangssprache zurück. Aber es spielt sich auch bei diesen Elementen und zwar vorwiegend soweit sie auch nach dem Verlassen der Schule in dauernder und kräftiger Berührung mit dem Deutschen bleiben — also in den größeren Städten und Industriegemeinden und an der Sprachgrenze —, in größerem Umfang als gewöhnlich angenommen ein innerer sprachlicher Prozeß ab, dessen genauere Erforschung sehr reizvoll und für die Erklärung der sprachlichen Entwicklung in Oberschlesien nicht ohne Bedeutung wäre, nämlich die zunehmende Durchsetzung der polnischen vulgären Sprache mit deutschen Bestandteilen. Nicht nur, daß in der Unterhaltung des Volks oft ganze rein deutsche Sätze mit polnischen abwechseln, sondern es mehren sich auch innerhalb des Wasserpolnischen die deutschen, polnisch korrumpierten Worte und Wendungen, sodaß in einer scheinbar polnischen Unterhaltung oft der größte Teil der Worte von einem geschulten Ohr als deutsch mit polnischen Endungen zu erkennen ist. Es darf wohl angenommen werden, daß auch diese sprachliche Evolution, die eine Fortsetzung der Entwicklung darstellt, der das Wasserpolnische schon seit Jahrhunderten unterliegt und die durch den stärkeren Druck der heutigen deutschen Einwirkungen jetzt beschleunigt wird, für die Verdeutschung Oberschlesiens von nicht geringer Bedeutung ist. Auch hier hat sich der Widerstand der polnischen Presse geregt, die nicht ohne Erfolg in ihrem Leserkreis auf eine Vereinigung des Wasserpolnischen und seine Annäherung ans Hochpolnische hinarbeitet.

Als wesentlichster Faktor der Verdeutschung muß aber wohl zurzeit noch die bewußte Annahme des Deutschen durch die sozial und kulturell vorwärts strebenden Elemente bezeichnet werden. Der Verdeutschungsprozeß in Oberschlesien stellt sich also vorwiegend als ein dauerndes Zuwachsen ursprünglich polnischer Elemente der breiten unteren Schicht zu

Digitized by Google

der deutschen Schicht der sozial und kulturell Höherstehenden dar, durch welches diese Oberschicht stetig an Schwergewicht gewinnt und nun ihrerseits auch wieder mit steigendem Druck nach unten wirkt. Hieraus darf die Hoffnung abgeleitet werden, daß das Deutschtum mit dem Fortschritt der Kultur immer weiter nach unten vordringt. Und zwar geht diese Entwickelung weitaus am schnellsten im Industriebezirk vor sich, sodaß man es als ein Glück für das Deutschtum bezeichnen kann, daß dieser gerade im Osten des Bezirks als ein Schutzgürtel vor der Grenze vorgelagert ist. Von dort aus geht mit der stetig wachsenden Bedeutung des Industriebezirks im Rahmen des ganzen Bezirks ein deutscher Einfluß aus, dem die oben nachgewiesene eigene, wenn auch langsamere Verdeutschung der ländlichen Teile des Bezirks entgegenkommt.

Dieser Prozeß ist allerdings, wie das auch heute noch vorhandene zahlenmäßige Übergewicht der polnischen Sprache zeigt, erst in den Anfängen, und es wäre ein schwerer Fehler, wenn auf Grund der bisherigen, bei aller Zurückhaltung in der Einschätzung des Werts des statistischen Materials doch wohl kaum zu leugnenden und auch von der polnischen Presse mit einer gewissen Resignation anerkannten Fortschritte des Deutschtums die ihm offen und geheim entgegenwirkenden Widerstände und das sprachliche Beharrungsvermögen unterschätzt würden. Es wird noch langer Zeit und noch vieler zäher und vor allem konsequenter Arbeit, nicht nur auf dem Gebiet der Förderung der Volksbildung sondern auch auf demjenigen der wirtschaftlichen Gegenarbeit bedürfen, bis dieses eigenartige und wertvolle Land kulturell und sprachlich mit den preußischen Stammlanden ganz verschmolzen ist. Auch werden bei der zunehmenden Schärfe der von Außen nach Oberschlesien hineingetragenen nationalpolnischen Agitation und der Skrupellosigkeit der Mittel, mit der sie das Volk zu betören und in eine landfremde politische Richtung hineinzudrängen sucht, vielleicht Schwankungen nicht erspart bleiben. Die Gesamtrichtung der Entwicklung wird aber wohl kaum noch eine andere werden, da alle diejenigen Kräfte, die auf die Gewinnung Oberschlesiens für das Deutschtum hinwirken, sich in Zukunft nur verstärken können, und da zu hoffen ist, daß mit dem zunehmenden Einfluß der deutschen Kultur und Aufklärung das oberschlesische Volk immer mehr in seiner breiten Masse erkennt, wo seine wahren Freunde sind und daß sein Fortkommen und seine Zukunft allein beim Deutschtum zu suchen ist.



Digitized by Google

# Staatliche Kolonisationsversuche in der Provinz Posen unter Friedrich Wilhelm IV[1]).

Von **Manfred Laubert.**

Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. hatte bekanntlich eine jähe Schwenkung der preußischen Polenpolitik zur Folge. Das seit dem Warschauer Aufstand von 1830/31 unter Flottwells Leitung befolgte straffe System wurde durch ein außerordentlich konziliantes Verfahren ersetzt, um durch weitgehende Zugeständnisse die widerstrebenden Elemente in der Provinz Posen für die Regierung zu gewinnen. So auch auf kolonisatorischem Gebiete. Der von Friedrich Wilhelm III. zum Ankauf polnischer Herrschaften im Wege der Zwangsversteigerung zwecks Weiterveräußerung an deutsche Rittergutsbesitzer ausgeworfene „Güterbetriebsfonds" verlor seine germanisatorische Bedeutung, weil der neue König auf eine Petition des Provinziallandtages von 1841 den Wiederverkauf der Besitzungen ohne Rücksicht auf die Nationalität der Bewerber gestattete. 1843 bestimmte er, einer Anregung von Flottwells Nachfolger, dem Grafen Arnim folgend, daß aus den Zinsen dieses Fonds jährlich 40 000 Rtl. zur Anlage von Chausseen verwendet würden, um der überlegenen deutschen Kultur das Einströmen in die Provinz zu erleichtern und damit auf friedlichem Wege einen Ausgleich der nationalen Gegensätze herbeizuführen. Zwei Jahre später wurde sogar die von dem Minister der Domänen und Forsten, Grafen Stolberg gewünschte, vom Staatsministerium nur gegen die Stimme des Generaladjutanten von Thile und das mahnende Votum des Prinzen von Preußen befürwortete Auflösung des Güterbetriebsfonds, unter Einverleibung seiner Kapitalien in die Generalstaatskasse und unter Übergang der vorhandenen Grundstücke an die Domänenverwaltung, genehmigt[2]).

Unmittelbar darauf, im Winter 1845/46, traten aber die Früchte der unseligen Versöhnungspolitik in den polnischen Aufstandsversuchen so greifbar zu Tage, daß sich die leitenden Staatsmänner vorübergehend

[1]) Nach den Oberpräsidialakten XVII A. 2 Nr. 5 im Staatsarchiv zu Posen und den Akten Rep. 77 L VII 438 im Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

[2]) Vgl. meinen Aufsatz: Enteignung und Staatskolonisation usw. Schlesische Zeitung von 1911, Nr. 823.

Digitized by Google

zu energischeren Maßnahmen aufrafften. Nun erlebte Flottwell den Triumph, daß man theoretisch wenigstens wieder in die Bahnen seiner vielgeschmähten Kolonisationspolitik einlenkte. Ein praktischer Erfolg wurde freilich nicht erzielt, weil man dem schwankenden Charakter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. entsprechend mit durchaus ungenügenden Mitteln an die Durchführung des Planes ging und vor lauter Bedenklichkeiten nicht zum Entschlusse kam. Trotzdem ist das Experiment, wie wir sehen werden, auch für die heutigen Verhältnisse lehrreich.

Flottwell hatte bei dem damaligen Fehlen eines polnischen Mittelstandes sehr richtig in dem Adel den Träger der nationalen Opposition erkannt und ihn daher durch deutsche Rittergutsbesitzer zu ersetzen getrachtet. Dieses Ziel wurde auch im folgenden Jahrzehnt weiter verfolgt. Gelegenheit zu Ankäufen der fraglichen Art trat wieder reichlich ein, nachdem der jüngste Aufstand gleich allen früheren den polnischen Adel materiell erschöpft und Subhastationen an die Tagesordnung gebracht hatte. Auch mit einem Sinken der unnatürlich in die Höhe getriebenen Güterpreise durfte man dabei rechnen. Zuerst war im Dezember 1845 von Graf Mathias Mielżyński als Bevollmächtigtem der Erben des Grafen Heinrich Dzieduszycki dem Staat die Herrschaft Neudorf, eine der bedeutendsten der Provinz, mit 63 000 Morgen, zum Kauf angeboten worden. Zwar hatte Stolberg in letzter Zeit mehrfach betont, daß die zum Erwerb der Domänen bestimmten Fonds für den Augenblick erschöpft seien und die Verschmelzung des Güterbetriebsfonds mit der Generalstaatskasse stand unmittelbar bevor, aber hiermit war nicht gesagt, daß man künftig auf jede derartige politisch oder finanziell vorteilhafte Operation verzichten wolle. Der Oberpräsident von Beurmann versäumte deshalb nicht, das in vielfacher Hinsicht überaus wichtige Anerbieten zur Entscheidung des Ministers zu bringen. Er hatte freilich früher selbst geäußert, daß „der An- und Verkauf von Gütern in politischer Beziehung den Erfolg, den man davon erwartet, nicht vollständig gehabt habe. Der Grund hiervon möchte vielleicht teils darin zu suchen sein, daß das Geschäft bei den damaligen, so sehr niedrigen Getreidepreisen nicht in einem größeren Umfange gehandhabt worden ist, teils in dem beim Wiederverkauf stattfindenden Verfahren, wo m. E. die finanziellen Rücksichten zu sehr im Vordergrunde standen, teils endlich darin, daß die angekauften Güter zerstreut in der Provinz lagen." Es wäre wohl zweckmäßiger gewesen, von den deutschen Grenzkreisen aus mit den Erwerbungen vorzugehen, denn ein „einzelner deutscher Gutsbesitzer in einer ganz polnischen Gegend wird weder auf dem Kreistage, noch auf die Verbreitung deutscher Sitte und Kultur einen erheblichen Einfluß gewinnen."

Neudorf genügte aber in letzterer Hinsicht allen Erfordernissen, denn es grenzte an den überwiegend deutschen Kreis Birnbaum und an die Herrschaft Filehne in dem auf dem rechten Netzeufer gleichfalls deutschen Kreis Czarnikau. Der Ankauf bedeutete also eine sehr zweckmäßige Hinausschiebung der nationalen Scheidelinie. Doch auch wirtschaftlich hoffte Beurmann auf ein günstiges Resultat. Die Forsten (45 000 Morgen)

Digitized by Google

konnten mit dem Biezdrowoer Walde (22 000 Morgen), über dessen Ankauf der Fiskus mit Graf Bniński in Unterhandlung stand, zu einem sehr schönen Komplex vereinigt werden, dessen Holzabsatz bei der günstigen Lage zwischen Warthe und Netze vielverheißend war. Da die Dziedusźyckischen Erben noch bedeutende Güter in Galizien besaßen, aber nach zuverlässiger Quelle 200 000 Tlr. Wechselschulden ihres verstorbenen Vaters decken mußten, waren sie mutmaßlich geneigt, Neudorf bei hoher Anzahlung, wie sie ein Privatmann schwerlich leisten konnte, verhältnismäßig billig abzugeben. Beurmann schloß: „Ein so bedeutender Grundbesitz in den Händen eines dem Gouvernement abgeneigten Polen ist wegen des mit demselben verbundenen Einflusses immer bedenklich und es möchte sich politisch nicht rechtfertigen lassen, eine Gelegenheit wie die vorliegende nicht zu benutzen." Zudem war Mielżyński einer der verbissensten polnischen Grundherren der Provinz und darum sein Anerbieten bemerkenswert (an Stolberg 10. De. 1845).

Stolberg verkannte nicht, daß es, von anderen Erwägungen abgesehen, wünschenswert sei, den Übergang des gewaltigen Besitzes an einen illoyalen Acquirenten zu verhindern. Aus Mangel an geeigneten Mitteln glaubte er aber zu seinem Bedauern sich zunächst ablehnend verhalten zu müssen (an Beurmann 26. Jan. 1846). Am 20. März ließ er Beurmann jedoch wissen, daß es „in Anregung gekommen, ähnliche Operationen, wie früher schon mittelst des s. g. Güterbetriebsfonds im Großherzogtum Posen stattgefunden haben, wieder in Gang zu bringen und dabei vielleicht auch auf Güter-Aquisitionen aus freier Hand Bedacht zu nehmen." Am 29. April gab der Minister hierzu folgende Erläuterung:

„Zunächst kommt es zwar noch darauf an, die erforderlichen Geldmittel zur Disposition zu stellen. Indessen ist es rathsam, schon im voraus die Art und Weise zu besprechen, wie am zweckmäßigsten das Geschäft zu betreiben sein dürfte. Es leuchtet ein, daß es für das finanzielle Interesse keineswegs ersprießlich sein würde, künftig weitere Güter-Ankäufe auf dem gewöhnlichen officiellen Wege einzuleiten. Vortheilhafter lassen sich dergleichen Geschäfte unstreitig durch Privatpersonen verhandeln, wenn dabei die erforderliche strenge Discretion beobachtet wird, so daß die Verkäufer nicht vorzeitig von den obwaltenden Verhältnissen Kenntnis erhalten. Die den Commissaren zu ertheilende Vollmacht wird daher nicht eng beschränkt werden dürfen, wobei dann aber von der Voraussetzung auszugehen ist, daß die dazu zu wählenden Individuen, in Hinsicht auf Sachkunde, Integrität und Uneigennützigkeit alles Vertrauen verdienen, außerdem aber auch an und für sich in Verhältnissen stehen, nach welchen nicht von vornherein im Publico Muthmaßungen entspringen, welche den Zweck vereiteln würden[1])."

Beurmann bezweifelte nicht, daß sich mehrere in jeder Hinsicht geeignete Privatpersonen seiner Provinz, wie Freiherr von Massenbach-Białokość, Freiherr von Hiller-Betsche, von Reiche-Rozbitek (Kreis Birnbaum) und von Leipziger-Pietrunke (Kreis Chodziesen) bereit finden lassen würden, sogar ohne Provision lediglich gegen reichlich bemessens Entschädi-

[1]) Der hier angeregte Gedanke ist von dem in der Provinz Posen ansässigen Legationsrat a. D. H. Küpfer sehr ausführlich in einer Denkschrift von 1837 entwickelt worden, vgl. meinen Aufsatz in den Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, XIX. S. 187—221.

Digitized by Google

gung an Diäten und Fuhrkosten in der gewünschten Weise bei Güterankäufen für staatliche Rechnung mitzuwirken. Noch sicherer ließen sich aber alle schädlichen Mußmaßungen im Publikum vermeiden, wenn es dem Minister gelang, Sachverständige aus anderen Provinzen vorzuschieben. Hierbei mochte es allerdings im fiskalischen Interesse liegen den Unterhändlern eine Provision von dem Betrag zu bewilligen, um den sie das Kaufobjekt unter dem von der Verwaltung normierten Maximalpreis erstehen würden. Ferner ließ sich der bei dem Gütererwerb verfolgte Zweck vielleicht befördern, wenn man Landwirten der älteren Provinzen von einigem, jedoch nicht zureichendem Vermögen bei Gutsankäufen im Posenschen aus öffentlichen Kassen Kapitalien gegen Eintragung auf die betreffenden Güter zu mäßigen Zinsen, 3½—4 Prozent, unter Abzahlung in kleinen Raten gewährte. Dadurch wurde jedenfalls die beim Erwerb seitens fisci nicht immer zu umgehende lästige Administration überflüssig (an Stolberg 13. Mai).

Dieser Wendung entsprechend veränderte Stolberg auch seine Ansicht in der Neudorfer Frage. Am 20. April beauftragte er den Oberpräsidenten mit näheren Informationen, da vielleicht doch Umstände eintreten konnten, die es ermöglichen würden, dem Kauf näher zu treten. Beurmann hatte sich nach dem ersten Ministerialbescheid noch an den Intendanten der königlichen Güter, Wirklichen Geh. Rat Kammerherrn von Massow gewendet, der ihm früher seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, bei passender Gelegenheit größere Besitzungen im Posenschen für die Hofkammer der königlichen Krongüter aufzukaufen. Jetzt wandte er sich an Mielżyński mit der Bitte um Auskunft, wurde aber, mutmaßlich infolge der inzwischen eingetretenen Wirren, überhaupt keiner Antwort gewürdigt (an Massow 1. Febr., an Mielżyński 13. Mai).

Doch bald bot sich Ersatz für das verfehlte Unternehmen. Zunächst wurde Graf Julius Radoliński genötigt, auf zwei Jahre ein staatlies Darlehen von 25 000 Tlrn. zu erbitten, da seiner Angabe nach sich die Konjunkturen für Kapitalbedürftige in der Provinz so ungünstig gestaltet hatten, daß sie Geld gar nicht oder nur zu ruinösen Bedingungen erlangen konnten (an Beurmann 8. Mai). Er mochte sich aber von diesem Ausweg keinen sonderlichen Erfolg versprechen, denn schon im Januar hatte er dem Finanzminister von Bodelschwingh seine Herrschaft Borzęciszki (heut Radenz, Kreis Krotoschin) zum Kauf angeboten. Aber erst am 5. Mai ersuchte der Geh. Oberfinanzrat Thoma (2. Abt. des Ministeriums des Königlichen Hauses) den Oberpräsidenten, mit der vom Besitzer gewünschten Vermeidung der Publizität über den für Borzęciczki geforderten Preis nähere Erkundigungen einzuziehen, obwohl es noch unbestimmt war, ob fernere Gütererwerbungen im Posenschen, besonders aus freier Hand, zu realisieren sein würden. Auch in diesem Fall empfing Beurmann auf seine Anfrage (13. Mai) keine Antwort mehr und das Projekt scheint gleichfalls durch die politischen Zwischenfälle vereitelt worden zu sein.

Digitized by Google

Dafür lenkte jetzt der Oberpräsident in einem Bericht an Bodelschwingh und Stolberg vom 4. Juli die Frage des Gütererwerbs im Großherzogtum Posen durch Deutsche in allgemeinere Bahnen. Veranlassung gaben ihm hierzu mehrfache Anfragen, ob der Staat geneigt sein würde, solchen durch Hergabe von Kapitalien gegen billige Bedingungen zu erleichtern. Um dergleichen Schreiben beantworten zu können, trug Beurmann folgende Momente vor:

„. . . . Ich habe mich bereits anderweit darüber ausgesprochen, daß voraussichtlich der Werth der Güter in der Provinz Posen sinken, und daß eine Zeit eintreten wird, welche zu Ankäufen geeignet sein dürfte. Ich habe deshalb darauf angetragen, das frühere Project, Güter für Rechnung des Staats zu erwerben, wieder aufzunehmen. Wenn jedoch von einer solchen Operation ein wesentlicher Nutzen erwartet werden soll, so müssen bedeutende Mittel zur Disposition gestellt werden, und ich glaube annehmen zu müssen, daß dies gerade im gegenwärtigen Augenblicke Anstand findet. Wäre diese Voraussetzung richtig, so scheint es beinahe, als ob der Zweck, einen deutschen Rittergutsbesitzer-Stand in der Provinz Posen zu bilden, in größerem Umfange durch Bewilligung von Darlehen erreicht würde, abgesehen davon, daß die mit der Acquisition durch den Fiscus verbundenen Weitläufigkeiten, die Gefahren der Administration, die Verstimmung, welche eine solche Operation bei den Polen hervorrufen müßte, hier wegfallen würden. Es käme nur darauf an, daß bei der Bewilligung solcher Darlehen einige bestimmte Grundsätze festgehalten würden, welche die Erreichung des Zwecks sicherten, und die Staatskassen vor Verlusten bewahrten.

1. Die hauptsächlichste Garantie würde immer in der Persönlichkeit desjenigen liegen, dem das Darlehen bewilligt wird; ich glaube indessen wohl, daß sich Männer aus anderen Provinzen des Staates finden werden, denen man das nöthige Zutrauen in dieser Beziehung würde schenken können. Es wäre aber auch
2. unumgänglich nöthig, daß der Käufer einen verhältnißmäßig nicht unbedeutenden Theil des Kaufgeldes aus eigenen Mitteln zu entrichten im Stande sei, theils um den Fiscus wegen seines Darlehns sicher zu stellen, theils um Speculanten abzuhalten, welche nichts zu verlieren haben. Man würde fordern können, daß ein Viertheil, vielleicht auch ein Drittheil des Kaufgeldes von dem Acquirenten aus eigenen Mitteln gedeckt werden könnte.
3. Eine fernere Frage wäre die Sicherstellung, daß die acquirirten Güter nicht nach einigen Jahren von den Käufern wieder mit Vortheil an Polen verkauft würden. Bei den früheren Operationen des Güterbetriebsfonds hat man, um dies zu verhüten, theils dem Fiscus das Vorkaufsrecht vorbehalten, theils die Rittergutsqualität auf die Person des Acquirenten und seiner Descendenten beschränkt. Die Erfahrung hat indessen gezeigt, daß mit diesen Stipulationen der Zweck nicht vollständig erreicht worden ist; insbesondere ist das Vorkaufsrecht dadurch unwirksam geworden, daß durch die Conjuncturen der letzten Jahre der Preis der Güter so in die Höhe getrieben war, daß Fiscus nicht ein einziges Mal von dem vorbehaltenen Vorkaufsrechte hat Gebrauch machen können. Um diesen Übelstand zu vermeiden läßt sich vielleicht
   a) das Vorkaufsrecht in der Weise stipuliren, daß dasselbe, wenn der Acquirent verkaufen will, für den ersten Acquisitionspreis geltend gemacht werden könnte. Diese Bedingung [wird] nur dann vielleicht unzureichend erscheinen, wenn der Werth des Gutes vorzugsweise in einem Walde bestände, durch dessen Devastirung das Gut an Werth bedeutend verringert würde. Man könnte auch
   b) die Bedingung stellen, daß im Falle des Verkaufs das vom Fiscus dargeliehene Capital sofort baar ausgezahlt werden müsse; oder endlich könnte man
   c) vom Acquirenten verlangen, daß er dem Gute die Eigenschaft eines Familien-Fideikommisses gebe.

Digitized by Google

Die Bedingungen ad a und c möchten wohl die wirksamsten sein.

4. Endlich käme es noch darauf an, die Zahlungs-Modalitäten zu bestimmen, unter denen die Darlehne zu bewilligen wären. Dieselben müssen günstig sein, denn sie sollen den Anreiz zum Niederlassen in einer Provinz geben, welche im übrigen wenig Annehmlichkeit bietet. Ich würde mir erlauben, einen Zinsfuß von 2 bis $2^1/_2$ p Cent und eine Amortisation von 1 p Cent vorzuschlagen.

Jedenfalls hat man bei der Bewilligung von Darlehnen den Vortheil, daß zur Erreichung des Zwecks (Heranziehung deutscher Gutsbesitzer) gleich von Anfang an Privat-Capitalien benutzt werden. Stellt der Staat vorläufig nur 500 000 Tlr. zur Disposition, so würde eine gleiche Summe aus dem eigenen Vermögen des Acquirenten dazu verwandt werden, und, wenn auf den erkauften Gütern, wie anzunehmen ist, Pfandbriefe, vielleicht auch im Betrage von 500 000 Tlrn. stehen, so würde mit einer vom Staate vorzuschießenden halben Million ein Grundbesitz im Werth von anderthalb Millionen Thalern in die Hände deutscher Grundbesitzer übergehen.

Ich erlaube mir gehorsamst anzufragen, ob ich, wenn Anträge auf Bewilligung von Darlehnen bei mir gemacht werden, dieselben in der angedeuteten Art vorbereiten, u. Ew. pp. demnächst vorlegen darf."

Als Beleg seiner Anführungen konnte Beurmann gleich nachher den Ministern ein Gesuch des Premierleutnants a. D. von Strantz vorlegen, worin dieser zum Ankauf des Anton von Zołtowski gehörigen, zur Subhastation kommenden Rittergutes Zajączkowo (Kreis Samter) ein staatliches Darlehen von 26 000 Tlrn. erbat. Er konnte 20 000 Tlr. aus eigener Tasche bezahlen und war bereit, sich allen Bedingungen, insbesondere einer Beschränkung des Wiederverkaufsrechtes, zu unterwerfen, da er sich ein dauerndes Besitztum zu gründen wünschte. Was der Oberpräsident über seine Persönlichkeit erfahren hatte, diente ihm durchaus zur Empfehlung, und der Fall erschien ganz dazu angetan, um durch staatliche Beihilfe der Provinz einen zuverlässigen deutschen Gutsbesitzer zu gewinnen. Eine sorgsame Prüfung mußte natürlich vorangehen, doch zunächst bedurfte es einer Entscheidung auf den allgemeinen Antrag vom 4. Juli, damit der Oberpräsident wußte, wie er seine Vorschläge zu formulieren habe.

Die königliche Beschlußfassung auf den ministeriellen Immediatbericht wurde aber ungebührlich lange verzögert und inzwischen hatte Strantz wohl seine Absicht aufgegeben, denn wir hören nichts mehr von der Sache. Erst am 22. Oktober erging von Stolberg an Beurmann folgende Verfügung:

„. . . . Nächstdem bemerke ich, wie Seine Majestät der König zu genehmigen geruhet haben, daß Seitens des Fiscus in den ehemals zum Herzogthum Warschau gehörig gewesenen diesseitigen Landesteilen, geeignete Rittergüter bei vorkommenden Subhastationen oder anderen sich darbietenden günstigen Gelegenheiten angekauft und demnächst nach Befinden der Umstände, als Rittergüter von geringerem Umfange wieder veräußert, oder als bäuerliche Etablissements dismembrirt oder endlich, was namentlich bei größeren Herrschaften zu beachten sein wird, in beiderlei Weise zugleich, und zwar ebenfalls nach den, bei der Dismembration der Domainen in Anwendung kommenden Grundsätzen, [1]) zur Veräußerung gebracht werden und daß geeigneten Falls auch hypothekarisch sicher zu stellende Darlehne zu $3^1/_2$ pro Cent jährlicher Zinsen innerhalb der ersten drei Viertheil des Gutswerths an solche deutsche Erwerber in der Provinz Posen bewilligt werden können, welche nicht nur im Allgemeinen von

[1]) Vgl. unten S. 163 f.

Digitized by Google

zuverlässiger Gesinnung sind, sondern auch durch hinlängliches Vermögen und anderweitig die nöthige Garantie für Conservirung ihres Grundbesitzes bieten.

Indem ich Euer Hochwohlgeboren von diesen Allerhöchsten Bestimmungen in Kenntniß setze, ersuche ich Sie gleichzeitig, die Subhastationen von Rittergütern im Großherzogthume Posen im Auge zu behalten und für den Fall, daß zum Ankauf geeignete derartige Güter zur Subhastation kommen, möglichst zeitig ihre Anträge wegen deren Erwerbung bei mir zu machen. Den letzteren sehe ich auch entgegen, wenn es darauf ankommen sollte, qualificirte und zuverlässige Individuen von deutscher Abkunft bei der Erwerbung von Rittergütern im Großherzogthum Posen durch Bewilligung von hypothekarisch hinlänglich sicher zu stellenden Darlehnen zu unterstützen.

Der für beiderlei Zwecke zu meiner Disposition gestellte Fonds, ist für jetzt verhältnismäßig nicht von Beträchtlichkeit, indem er nur etwa 360 000 Tlr. beträgt, was Euer Hochwohlgeboren demnach bei Ihren Anträgen berücksichtigen wollen. Auch läßt sich noch nicht mit Zuverlässigkeit übersehen, ob und wie weit in Zukunft dieser Fonds wird verstärkt werden können. Es erscheint daher um so nothwendiger, vorerst in nähere Erwägung zu ziehen, ob auf ein Sinken der Güterpreise im Großherzogthume Posen, dessen Eintritt als Folge der gegenwärtigen Geldverhältnisse sehr wahrscheinlich sein möchte, zu rechnen und deshalb für jetzt dem Ankauf von Gütern pro fisco noch Anstand zu geben sein dürfte. Hierüber ersuche ich Euer Hochwohlgeboren daher mir baldigst Ihre Ansicht mittheilen zu wollen.

Um den Zweck dieser Operationen zu sichern, ist es unerläßlich, gegen den schnellen Wechsel im Besitz und gegen den Übergang der Güter an politisch unzuverlässige Besitzer geeignete Cautelen und namentlich auch dagegen Vorkehrungen zu treffen, daß Speculanten diese Operationen benutzen, um aus denselben einen Geld-Gewinn zu ziehen und damit hiernächst die Provinz wieder zu verlassen. Zu diesem Ende sind daher beim Wiederverkauf der Rittergüter resp. Ritterguts-Antheile, die den gesetzlich erforderlichen Flächeninhalt haben, den Käufern die ritterschaftlichen und ständischen Rechte nur unter den für Beleihungen ex nova gratia vorgeschriebenen Einschränkungen zu verleihen, ein Beleihungs-Modus, welcher bei Domainen-Parzellen, die als Rittergüter veräußert werden, schon auf allgemeinen Bestimmungen beruht.

Außerdem erscheint es nöthig, den Gutserwerbern einen Theil der Kaufgelder gegen hypothekarische Sicherstellung und gegen Verzinsung zu $3^1/_2$ pro Cent zu stunden, etwa in der Art, daß innerhalb der nächsten 5 Jahre die Kündigung fiscalischerseits nicht erfolgen solle, sofern das Gut im Besitz des Käufers oder seiner männlichen ehelichen Descendenz bleibe, und daß erst nach Ablauf dieses Zeitraumes, dem Fiscus ein halbjähriges Aufkündigungs-Recht zustehen solle. Eine derartige Cautel wird selbstredend auch bei der Bewilligung von Darlehnen zum Ankauf von Rittergütern zu treffen sein. Euer Hochwohlgeboren wollen daher sowohl diesen Gegenstand, sowie die sonst noch in dieser Hinsicht zu treffenden Sicherungs-Maaßregeln und demnächst auch die Frage: welche Cautelen deshalb bei den bäuerlichen Besitzungen zu treffen sein werden, in nähere Erwägung ziehen und mir demnächst Ihre Ansicht hierüber mittheilen.

Schließlich bemerke ich noch, daß bei den vorzunehmenden Dismembrationen, nach Umständen auch auf die Errichtung von Kirchen und Pfarren Bedacht zu nehmen sein wird, und empfehle diesen Gegenstand daher ebenfalls Ihrer Fürsorge.

Im Uebrigen muß bei den vorzunehmenden Operationen Alles, was zu einer Aufregung der polnischen Bevölkerung beitragen könnte, möglichst vermieden werden, was Euer Hochwohlgeboren demnach sorgfältig beachten wollen. Den Inhalt dieser Verfügung ersuche ich zu secretiren."

Beurmann erachtete die vom Minister zur Abschreckung von Spekulanten und zur Verhütung eines Weiterverkaufs vorgeschlagenen Kautelen für recht zweckmäßig, bezweifelte aber doch nach den bisherigen Erfahrungen, ob sie allein ausreichen würden. Vielmehr glaubte er bei seiner Forderung verharren zu müssen, daß das fiskalische Vorkaufsrecht

Digitized by Google

für den ersten Erwerbspreis unter Begebung aller Entschädigungsansprüche für Meliorationen, eventuell nur auf gewisse Zeit, etwa 30 Jahre, ausbedungen werde, sofern der Käufer nicht durch andere Mittel für die Erhaltung des Gutes im Besitz seiner Familie sorge[1]). Allerdings konnte man die zu ergreifenden Schutzmaßregeln von Fall zu Fall je nach der Persönlichkeit des Erwerbers strenger oder milder einrichten. Die endgültige Beschlußfassung hierüber erklärte der Minister zunächst noch aussetzen zu müssen (Stolberg an Beurmann 21. Januar 1847).

Jedenfalls war vom Wort zur Tat überhaupt noch ein weiter Weg. Das Gesuch des Oberamtmanns Paschke, Besitzers der Herrschaft Storchnest, um ein Darlehen von 60 000 Tlrn. lehnte der Monarch glatt ab und gab statt dessen Stolberg zu erwägen, ob es nicht angemessen wäre, das Gut bei einer Zwangsversteigerung staatlicherseits zur Weitergabe an einen zahlungsfähigen deutschen Käufer zu erstehen (Kabinettsordre v. 15. Sept. 1846). Das Oberpräsidium erklärte den Erwerb pro fisco „für dringend wünschenswert" (an Stolberg 23. Sept.). Bei der weiten Verbreitung des Deutschtums im Fraustädter Kreise, wo sich leicht ein angenehmer Verkehr finden ließ, konnte man mit Sicherheit auf Angebote von Acquirenten deutscher Herkunft zählen. Die Nähe der Städte Fraustadt und Lissa und die gute Chausseeverbindung mit Schlesien mußte es dem Besitzer gleichfalls weniger fühlbar machen, „daß er außerhalb Deutschlands lebt." Die geplante Eisenbahn von Posen nach Schlesien versprach auch eine wesentliche Verbesserung der jetzt schon durchaus günstigen Absatzverhältnisse jener Gegend. Ferner lag Storchnest wiederum an der nationalen Grenzscheide und schon deshalb war seine Erhaltung für das Deutschtum erstrebenswert. Ohne Zutritt des Staates stand zu besorgen, daß die letzten politischen Ereignisse die Konkurrenz deutscher Bewerber ungünstig beeinflussen würden. Endlich plante der Vormund der Sułkowskis, Oberappellationsgerichtspräsident von Frankenberg, einen Ankauf der Herrschaft. „Bei den mir bekannten Gesinnungen des Fürsten Sułkowski — kommentierte Beurmann diese Tatsache —, unter deren Einfluß der Fürst in hohem Maße steht, ist es aber dringend zu wünschen, daß die Vergrößerung des jetzt schon so bedeutenden fürstlichen Grundbesitzes, besonders in einer Gegend, wo sein Einfluß ohnehin schon sehr bemerklich ist, verhindert wird, zumal die bäuerlichen Eingesessenen der Herrschaft Storchnest der Mehrzahl nach der polnischen Nationalität angehören." Der Ankauf der 6380 Morgen großen Besitzung zum Betrag der Subhastationstaxe (rund 115 000 Tlr.) mußte sich glänzend rentieren, wenn die 2081 Morgen Hutung kulturfähig waren. Dann konnte hier eine deutsche Dorfschaft neu gegründet werden. Ins Gewicht fiel zum Schluß, daß der Bank eine Forderung von 33 728 Tlrn. zustand.

Doch selbst diese warme Empfehlung wäre erfolglos geblieben und bei der Langsamkeit des Verwaltungsmechanismus der Staat wieder

[1]) Derartig rigorose Maßnahmen mußten freilich nicht nur die Reflektanten abschrecken, sondern auch die Kultur der Güter höchst nachteilig beeinflussen.

Digitized by Google

zu spät gekommen, da Stolberg sich zu seinem Bedauern außer Stande erklärte, bis zum Lizitationstermin (12. Okt.) einen Entschluß zu fassen, wenn nicht durch ein Abkommen Paschkes mit seinen Gläubigern die Subhastation überhaupt vermieden worden wäre. (Stolberg an Beurmann 22. Okt., Antw. 27. Okt.)

Beurmanns Eifer erlahmte aber trotz aller Mißerfolge nicht. Ein Sinken des Güterwertes ließ sich nach seinen Erkundigungen bis zur Stunde nicht wahrnehmen; noch bei den jüngsten Käufen waren die früheren Preise gezahlt worden. Nichtsdestoweniger stimmten die Urteile der Eingeweihten darin überein, daß ein Rückschlag höchst wahrscheinlich sei. Vielfach war bereits die Besorgnis laut geworden, daß die im Dezember fälligen Pfandbriefzinsen nur unvollständig eingehen würden. Bei der Jahreswende fehlten von 496 687 Tlrn. dann zwar bloß 24 505 Tlr. und auf einige Rückstände ließ sich in kurzem rechnen, aber zahlreiche Besitzer hatten ihren Verpflichtungen nur mit unglaublichen Anstrengungen, durch Holzschläge, Verkauf künftiger Ernten und Spirituslieferungen gegen verlustreiche Vorschußzahlungen, gerecht werden können. So mußte erst die Zukunft zeigen, ob man auf eine Häufung der Gutsveräußerungen und ein Fallen der Preise rechnen durfte. Für den Augenblick wagte Beurmann hierüber kein sicheres Urteil.

Mit Hilfe der Oberlandesgerichte zu Bromberg und Posen stellte der Oberpräsident gleichzeitig fest, daß zurzeit neben einem unbedeutenden Gut nur die ansehnlichen Besitzungen Wziąchow und Małejow des Grafen Joseph von Sokolnicki im Krotoschiner Kreise mit 130 227 Tlrn. Taxwert zur Zwangsversteigerung kommen sollten. Stolberg machte selbst den Oberpräsidenten auf die günstige Gelegenheit aufmerksam, weil er irrtümlicher Weise die Güter trotz ihres guten Bodens für so deteriorierte hielt, daß zur Übernahme ein unverhältnismäßig hohes Kapital erforderlich sein würde, was den Preis herabdrücken mußte (Verf. v. 13. Dez.). Hingegen bestätigte die Taxe, daß sich aus der 6901 Morgen großen Herrschaft neben zwei Restgütern mit Rittergutsqualität von je 1000 Morgen 40 bis 50 bäuerliche Wirtschaften auf der Vorwerksfeldmark und 40 auf dem Forstgrund nach Ablösung der Servitute bilden ließen. Bei der Taxe war jede Überspannung sorgsam vermieden worden und nach Beurmanns Ansicht konnte gefahrlos für den Fiskus bis zu 140 000 Tlrn. mitgeboten werden. Eine Vermehrung der deutschen Gutsbesitzer war im Krotoschiner Kreis namentlich wünschenswert und noch einmal wird betont, daß die Lage in einem Grenzgebiet an sich schon vorteilhaft war, weil die Deutschen sich erfahrungsgemäß hier leichter ansiedelten, auch geistig und materiell besser gediehen und namentlich ihr Volkstum treuer wahrten als bei ihrer Vereinzelung im Innern der Provinz (an Stolberg 29. Dez.). Der ängstliche Minister wollte trotzdem über den Taxwert nicht hinausgehen und befürchtete vor allem von dem Bekanntwerden der staatlicherseits gehegten Absicht ein unnatürliches Emporschrauben des Preises. Bis zu 140 000 Tlrn. zu gehen gestattete er erst, als Beurmann nochmals Gegenvorstellungen erhob und auf Sokolnickis hohe Personalschulden hinwies, die ihn vor-

Digitized by Google

nehmlich zur Verlegung seines Wohnsitzes nach Polen veranlaßt haben sollten. Auch diese Konzession erwies sich als ungenügend, denn da es an polnischen Bewerbern nicht mangelte, wurde der Gräfin Raczyńska erst bei einem Gebot von 147 500 Tlrn. der Zuschlag erteilt und die Regierung hatte das Nachsehen (Beurmann an Stolberg 7. Febr. u. 10. März, Antw. 2. März 1847).

Eine andere vielversprechende Aussicht eröffnete das erneuerte Anerbieten des Grafen Kasimir von Potulicki, seine Herrschaften Slesin und Samsieczno (Kreis Bromberg) dem Fiskus abzutreten. Fielen dann noch die Güter einiger bei den Aufstandsversuchen kompromittierter Polen dem Staat zu, so ließ sich durch jenen Erwerb von Wirsitz bis Bromberg längs der Netze und des Kanals eine sieben Meilen fortlaufende deutsche Vormauer bilden. Darum rieten Beurmann und der Bromberger Regierungspräsident Freiherr von Schleinitz dringend zum Ankauf, hatten aber damit keinen Erfolg.

Doch die Erwerbsgelegenheiten drängten sich. Alsbald empfahl der Gutsbesitzer Klemke-Podolin unter Beifügung von Anschlägen dem Oberpräsidenten den Erwerb der Florian von Wilkonskischen Güter Wapno und Stolężyn im Kreise Wongrowitz. Dann kam hier das gerichtlich auf 66 564 Tlr. abgeschätzte ehemalige Gratialgut Łaskowo eines Herrn von Bojanowski unter den Hammer (3000 Morgen). Da die Gebäude durch den Vorbesitzer, Rittmeister von Schwichow, vorzüglich in Stand gesetzt waren, eignete es sich weniger zur gänzlichen Parzellierung als zur Erhaltung in Form von zwei oder auch eines Rittergutes nebst etwa zehn Bauernstellen. „Unter allen Umständen — urteilte aber Landrat v. d. Recke — erscheint es höchst wünschenswert, daß Łaskowo für den Fiskus angekauft werde." An Deutschen, die dadurch einen Kristallisationspunkt gewinnen würden, fehlte es in der Umgegend nicht. In den nächsten Dörfern Ośno, Schwichowo und Kwasuty saßen 22 meist katholische, doch deutsche Wirte, andere in einigen entfernteren Ortschaften und den Städten Janowitz und Łopienno. An deutschen Gutsbesitzern war aber in jener Gegend nur einer, Wirth in Łopienno, vorhanden. Von den 73 stimmberechtigten Mitgliedern des Kreistages waren bloß 12 deutschen Namens; zwei davon lebten außerhalb der Provinz und bei mehreren war es zweifelhaft, ob die Behörden ihre Anwesenheit als einen Gewinn betrachten durften. Ein politisch regsamer Vertreter des Deutschtums war darum dringend notwendig (Recke an Beurmann 2. Mai). Zur selben Zeit verfiel die von Radzimirskische Herrschaft Orchowo im Mogilnoer Kreis (gerichtliche Taxe 107 042 Tlr.) dem Schicksal von Łaskowo. Da es „von wesentlichem Interesse" war, in beiden Fällen einer Kräftigung des deutschen Elementes Vorschub zu leisten, fragte Beurmann an, ob Stolberg geneigt sei, auf den Ankauf einzugehen? (Ber. v. 8. Juni). Er riet, bei Orchowo nicht über 107 000 Tlr., bei Łaskowo, das Schwichow 1842 für den allseitig als recht hoch betrachteten Preis von 75 000 Tlrn. veräußert hatte, nicht über 80 000 Tlr. zu bieten. Diese Beträge entsprachen der Abschätzung des Regierungs- und Domänendepartementsrats Hoffmann (Gutachten

Digitized by Google

v. 23. Mai zum Bericht von Schleinitz). Die Taxe von Orchowo war von zwei polnischen Gutsbesitzern gefertigt und flößte Schleinitz nicht volles Vertrauen ein, denn die in der Provinz üblichen landschaftlichen Taxprinzipien ließen den Kommissaren weiten Spielraum, was diese nach der öffentlichen Meinung nicht selten benutzten, um dem Interesse des Besitzers gemäß den Wert zu drücken oder zu überspannen.

Stolberg faßte nun in der Tat den Erwerb beider Herrschaften ernstlich ins Auge, wünschte aber noch eine nähere Wertermittelung, die Beurmann nach Schleinitz' Vorschlag bei Łaskowo Wirth übertrug (Stolberg an Beurmann 24. Juni, dieser an Schleinitz 29. Juni). Dieser war bereit selbst 80 000 Tlr. für das Gut zu zahlen, das er zur Stärkung des Deutschtums teilweise parzellieren und an bäuerliche Besitzer austun wollte, war aber auch über die Möglichkeit eines staatlichen Ankaufs sehr erfreut, die ihm die Aussicht eröffnete, einen Landsmann als Nachbarn zu erhalten. Doch schon regte sich wieder die Bedenklichkeit des Ministers. Der von Wirth aus dem guten Zustand der massiven Gebäude gegen eine Parzellierung hergeleitete Einwand erschien ihm stichhaltig und mit Rücksicht hierauf das an sich vielleicht billige Gebot von 80 000 Tlrn. gefährlich[1]). Im Interesse fisci lag mehr der Ankauf von Gütern mit wohlfeileren Gebäuden. Außerdem war zur Verstärkung des zum Gütererwerb verfügbaren Fonds für jetzt keine Aussicht vorhanden. Stolberg wollte deshalb lieber die ganze Summe auf einmal für eine größere Herrschaft anlegen als sie durch Akquisition mehrerer Güter zersplittern, zumal solche vermutlich relativ teuerer waren als ein großer Komplex. Zu diesen Anschauungen bekehrte sich nun auch Beurmann. Wenngleich er den Erwerb von Rittergütern nicht bloß unter dem Gesichtspunkt der möglichen Dismembration beurteilte, sondern ihn auch für geboten hielt, um den der Regierung abgeneigten Teil der Bevölkerung nach und nach durch zuverlässige Männer zu ersetzen, so glaubte er doch unter den obwaltenden Umständen auf Łaskowo verzichten zu müssen, denn gerade damals eröffnete ihm Massenbach Aussicht auf eine Erwerbung, die genau den vorhandenen Mitteln entsprach (an Stolberg 14. Sept. auf Reskr. v. 12. Aug.).

Es handelte sich dabei um die dem Grafen Anton von Łącki gehörige Herrschaft Bolewice (Kreis Buk), deren Ankauf der Freiherr persönlich dem Minister in Berlin warm empfahl. Er erachtete 300 000 Tlr. für einen nicht zu hohen Preis, obwohl die Taxe weit niedriger schloß und man seit ihrer Aufnahme kaum mit einer Wertsteigerung rechnen durfte, da weder der mit steter Geldnot kämpfende Besitzer noch der bankerotte Pächter Kurowski etwas für die Güter getan hatten. Aber sie war namentlich in Hinsicht der Forsten sehr niedrig ausgefallen. Daher wurde ihre Revision unter Zuziehung von Massenbach angeordnet (Regierungsrat Noah an Beurmann 25. Okt., dieser an Massenbach 3. Nov.). Der Freiherr, der damals als Kommissar der Regierung sich mit der Heranziehung von Kolo-

[1]) 1892 zahlte die Ansiedlungskommission der Gräfin Sokolnicka für Łaskowo 625 000 ℳ.

Digitized by Google

nisten befaßte, hatte von vornherein eine Parzellierung der Herrschaft im Sinn. Doch der Reflektant, an den er als Wiederabnehmer dachte, der Deputierte — man könnte sagen: Locator — Wilhelm Quack aus Düsseldorf, zeigte wenig Neigung für das Geschäft. Bei der Besichtigung war er von der Güte des Bodens enttäuscht und fragte mehrmals, ob dieser auch Weizen tragen würde? Jedenfalls überzeugte er sich, daß etwaige Ansiedler in den ersten Jahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würden. Es erschien ihm weit vorteilhafter, wenn seine Landsleute aus dem Westen sich fertige Wirtschaften kaufen konnten. Auch einige Neumärker, die Massenbach damals wie schon öfter in ähnlichen Fällen nach der Besichtigung von Jerka[1]) aufgesucht hatte, waren unterwegs auf verkäufliche Bauerngehöfte gestoßen und brachten den Kommissar auf den Gedanken, ob nicht durch Landräte und Distriktskommissare Verzeichnisse und Beschreibungen derartiger bäuerlicher Nahrungen an ihn eingesandt werden könnten, um sie Quack zuzustellen. Ihn bezeichnete er als einen wirklich sehr verständigen Mann, mit dem er dauernde Verbindung zu unterhalten beabsichtigte, weil er in hervorragendem Maße geeignet war, die im Westen herrschende Auswanderungslust nach Posen abzulenken. Massenbachs Freudigkeit für den Erwerb von Bolewice war bei näherer Prüfung stark abgekühlt. Łącki und sein Schwiegersohn, Graf Bniński, blieben bei der Forderung von 325 000 Tlrn. stehen und verlangten außerdem 1000 Dukaten Schlüsselgeld, 3000 Klaftern Holz, die letzte Ernte und einige erschwerende Reservatrechte (Massenbach an Beurmann 4. Dez.).

Beurmanns Gutachten verzögerte sich und vorher wollte Stolberg keine Entscheidung treffen. Er hatte offenbar aber bereits die Lust verloren. Für die Auffrischung des schlechten Inventars befürchtete er ein Opfer von 35 000 Tlrn. Dann erschien eine stets mit erheblichen Verlusten verknüpfte Administration unvermeidlich. So glaubte er den Ankauf ablehnen zu müssen, wenn der Besitzer seine Forderung nicht noch bedeutend ermäßigte, „da ich auf dergleichen Acquisitionen nur dann eingehen kann, wenn sie absehbar mit erheblichem Vorteil für den Staat verknüpft sind."

Angesichts dieses Dogmas ist es erklärlich, daß man die vielen Fälle gar nicht mehr in Erwägung zog, bei denen damals noch eine Gütererwerbung im großen Stil möglich gewesen wäre. Zunächst kam das den Valerian und Marianne von Węgierskischen Erben gehörige Rittergut Węgry I im Kreise Adelnau (Taxe: 116 635 Tlr.) teilungshalber zur Subhastation, dann Goray (Kreis Birnbaum, Taxe: 147 673 Tlr. Besitzer: Kaufmann Roestelsche Erben), Rusiec (Kreis Wongrowitz, landschaftliche Taxe: 39 227 Tlr., Besitzer: Peter v. Radziminski), Miłosławice (Kreis Wongrowitz, landschaftliche Taxe: 117 827 Tlr.; Besitzer Peter von Brodnicki[2]) und Zajączkowo (Kreis Samter, landschaftliche Taxe 52 629 Tlr.; Besitzer:

[1]) Vgl. unten S. 163.

[2]) 1897 von Georg Bilajewski für 400 000 ℳ an die Ansiedlungskommission verkauft.

Digitized by Google

Anton v. Zołtowski). (Nach den Berichten der Oberlandesgerichte zu Bromberg und Posen an Beurmann. Februar bis September).

Auch der zweite von Beurmann zur Heranziehung eines deutschen Großgrundbesitzerstandes empfohlene Weg, die Gewährung billiger Darlehne, wurde 1847 trotz mehrfacher Gesuche nicht beschritten. Zunächst erbat der Hauptmann a. D. von Mach ein solches von 30 000 Tlrn. zum Ankauf des von Chmielewskischen Rittergutes Woynowo bei Bromberg. Beurmann war einer Befürwortung nicht abgeneigt, wenn Mach den Betrag hypothekarisch sicher stellte und den Rest des Kaufgeldes von 25 000 Tlrn. nachweisbar aus eigenen Mitteln bezahlen konnte. An den ihm zur Verhütung einer Weiterveräußerung auferlegten Bedingungen scheint sich der Hauptmann aber gestoßen zu haben, denn er ließ nichts mehr von sich hören (Mach an Beurmann 1. Juni; Antw. 3. Juni). Der zweite Reflektant war der Sohn eines Domänenpächters, Premierleutnant a. D. Carl von Trotha. Er hatte krankheitshalber den Abschied genommen, wollte sein Vermögen von 14—15 000 Tlrn. zur Seßhaftmachung im Posenschen benutzen und hatte dafür das von Brodnickische Gut Wilkowo (Kreis Samter) ins Auge gefaßt. Beurmann, der die Familie des Antragstellers seit langem als eine hochachtbare kannte, ließ durch Reiche und Amtsrat de Rège-Dusznik Erkundigungen einziehen. Beide bezeichneten den Preis von 65 000 Tlrn. für das 1262 Morgen große Gut als angemessen. Trotha wollte 10 000 Tlr. anzahlen, um noch etwas Betriebskapital in Händen zu behalten. 12 000 Tlr. waren in Pfandbriefen eingetragen. Der Oberpräsident befürwortete nun die Gewährung eines staatlichen Darlehns von 37 750 Tlrn., sodaß nur noch 5250 Tlr. zu decken blieben. Als Gegenleistung verlangte er: 1. Verwandlung der unbeschränkten Rittergutsqualität in eine beschränkte, beim Verkauf erlöschende; 2. Rückzahlung des noch ungetilgten fiskalischen Darlehns im Fall der Veräußerung; 3. Eintragung des staatlichen Vorkaufsrechts auf 30 Jahre ohne Entschädigung für spätere Meliorationen. Dafür sollten die Verzinsungs- und Rückzahlungsmodalitäten so günstig wie möglich geregelt werden (3½ % Zinsen, Amortisation von 1½ % nach Ablauf von 5 Jahren). Beurmann war überzeugt, daß Trotha auf diese Weise bestehen konnte und man an ihm einen loyalen Besitzer gewinnen werde (an Stolberg 27. Dez.). Aus dem Schweigen der Akten läßt sich entnehmen, daß auch dieser Plan nicht realisiert wurde.

Ein Immediatgesuch des Rittergutsbesitzers Hoffmeyer-Złotnik (Kreis Posen) um Überlassung von 18—20 000 Tlrn. aus Staatsfonds zur teilweisen Befriedigung seiner Gläubiger (v. 12. Januar 1847) lehnten Stolberg und der Finanzminister von Düesberg im allerhöchsten Auftrag, da es an den nötigen Fonds hierzu fehlte, ebenso ab wie das eventuelle Gesuch eines Ankaufs von Złotnik für den Staat.

Die Jahre 1846/47 haben somit einen positiven Gewinn des Deutschtums an größeren Gütern im Wege staatlichen Ankaufs trotz vielfacher Anläufe und reicher Gelegenheit nicht gebracht, aber sogar Verluste vermochte die Regierung nicht abzu-

Digitized by Google

wenden. Als 1847 Freiin Helene Friederike von Kottwitz die Güter Orla und Galewo (Kreis Krotoschin), Teile der früher vom Fiskus mit Hilfe des Güterbetriebsfonds erstandenen Gräflich Kalckreuthschen Herrschaft Kozmin, zum Verkauf stellte, versuchte ein Graf Potulicki sie an sich zu bringen. Dem Besitzer von Dobrzyca, Bandelow, gelang es aber, den mecklenburgischen Gutsbesitzer Wackerow für den Kauf zu interessieren. Die Regierung ließ Bandelow wissen, daß sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen werde, sofern sich ein nach Vermögen und Tüchtigkeit geeigneter deutscher Erwerber finden sollte (an Bandelow 18. März). Doch Wackerow zog es schließlich vor, sich in Hinterpommern anzusiedeln, obwohl das Geschäft in Posen augenscheinlich vorteilhafter war, da auch seine Frau „nicht nach Polen gehen wollte." Bandelow bedauerte lebhaft, daß die Deutschen nun wieder eine Stimme auf dem Kreistag verlieren würden, aber Beurmann versah seine Mitteilung am 3. April nur mit der resignierten Randbemerkung, es bleibe nichts übrig, als die Sache ihren gewöhnlichen Weg gehen zu lassen, da der Staat kaum von seiner Befugnis werde Gebrauch machen können.

---

Parallel liefen damals Bestrebungen zu einer Vermehrung der deutschen Bevölkerung durch Aufteilung von pachtfrei werdenden Domänen. Auch hierbei dachte man an die Bildung kleiner Rittergüter und Besiedelung neu eingerichteter Bauernetablissements mit fremden oder einheimischen Kolonisten.

Eine besondere Veranlassung zu letzterer Maßnahme lag in der beständigen Abwanderung preußischer Untertanen nach fremden Erdteilen. Der König wurde daher zu der Bestimmung bewogen, daß zunächst die 1847/49 in der Provinz Posen und im Departement Köslin frei werdenden Domänen, soweit sie hierfür geeignet erschienen, zur Dismembration und Kolonisation verwendet werden sollten, um dadurch qualifizierten, zur Übersiedelung geeigneten Bewerbern aus emigrationslustigen Gemeinden die Möglichkeit zum Ankauf eines ihren Verhältnissen entsprechenden Grundbesitzes zu eröffnen und sie somit dem Inland zu erhalten. Von dieser Anordnung wurden 1847 im Posenschen die Vorwerke Jerka und Dalewo des Amtes Jerka (Kreis Kosten), Chumiętek (Kreis Kroeben), Lojewo (Kreis Inowrazlaw) und die unter Administration stehende Herrschaft Karge betroffen.

Jerka war zur Dismembration im nächsten Jahre bereit zu stellen. Bei den anderen Gütern sollten die Regierungen prüfen, ob und inwieweit etwa besondere in den Lokalverhältnissen begründete Bedenken einer derartigen Disposition entgegenstanden und hiernach ihre Vorschläge einreichen oder noch Einleitung zu einer einjährigen Verlängerung des Pachtkontraktes treffen. Stolberg schärfte ihnen gleichzeitig ein (Erlaß vom 22. Oktober 1846):

„Hierbei ist zu beachten, daß die aus den Vorwerks-Grundstücken zu bildenden bäuerlichen Etablissements ein angemessenes Arrondissement und einen solchen Umfang erhalten müssen, daß sie die Bewerber selbständig als Landwirthe zu ernähren



Digitized by Google

vermögen. Ein Areal von 60 Morgen nutzbarer Grundstücke, wovon der größere Theil in sommerungsfähigem bereits tragbarem Boden besteht, wird dieser Anforderung entsprechen und ist daher als Durchschnittssatz für ein derartiges Etablissement fest zu halten. Von der Bildung von Häusler- und Büdner-Etablissements ist gänzlich abzusehen, da deren Gründung den neuen Ansiedlern überlassen werden kann. Den bereits vorhandenen bäuerlichen Wirthen werden die zu ihrem Bestehen als selbständige Landwirthe erforderlichen Landzulagen muthmaßlich schon bei der stattgefundenen Auseinandersetzung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse gewährt worden sein. Soweit dies nicht geschehen und soweit ein desfallsiges Bedürfniß z. Zt. noch obwalten sollte, ist auf Befriedigung desselben Bedacht zu nehmen. Nächstdem ist zur angemessenen Verwerthung der Vorwerks-Gebäude einerseits und event. auch derjenigen Grundstücke andererseits, welche zur Zerschlagung nicht wohl geeignet erscheinen, zugleich auf die Bildung kleiner Landgüter möglichst Bedacht zu nehmen und sodann deren Umfang so abzumessen, daß ihnen die Ritterguts-Qualität beigelegt werden kann.

Die zu bildenden bäuerlichen Etablissements sind entweder einer schon bestehenden Dorfgemeinde anzuschließen oder, wo dies nicht zulässig erscheint, zu einer neuen Dorfgemeinde zu vereinigen und demnächst sogleich die nöthigen Ländereien für die Schule und für das Schulzen-Amt auszuweisen. Auch ist dafür Sorge zu tragen, daß die Gehöfte der einzelnen Etablissements nicht zu entfernt von einander angelegt und somit die Uebelstände vermieden werden, welche erfahrungsgemäß eine isolierte Lage derselben in mehrfacher Hinsicht, namentlich auch in Bezug auf das Schul-, Kommunal- und Polizei-Wesen mit sich führt.

Der Erbauung neuer Schulhäuser wird es in der Regel nicht bedürfen, da hierzu die vorhandenen Tagelöhner-, Häusler- oder sonst passenden Vorwerksgebäude werden verwendet werden können. Sie das desfallsige Bedürfnis der neuen Ansiedler zu befriedigen sowie, welchem Parochial-Verbande dieselben anzuschließen sein werden, ist jedesmal bei der Einreichung eines Dismembrations-Plans zu berichten.

Die zu bildenden bäuerlichen Etablissements sollen den neuen Ansiedlern zu Erbpachts-Rechten, jedoch ohne Erlegung eines Erbstands-Geldes — um ihre Mittel zu den von ihnen vorzunehmenden Bau-Ausführungen und wirtschaftlichen Einrichtungen nicht zu schwächen — und zwar in der Regel aus freier Hand überlassen werden. So weit ihnen außer dem Grund und und Boden, Gebäude, Feld-Inventarien oder Baum-Inventarien mit überlassen werden können, haben sie den Taxwerth derselben zu erlegen. Die vorhandenen Vorwerksgebäude und Tagelöhner-Häuser sind so weit als thunlich und resp. so weit als sie für die aus den Vorwerksgehöften zu bildenden kleinen Landgüter entbehrlich erscheinen, den zu bildenden bäuerlichen Etablissements beizulegen.

In der Regel sind den letzteren, hinsichtlich der von ihnen zu übernehmenden Erbpachts-Zinsen, drei Freijahre zu bewilligen. Unter besonders ungünstigen, die Bebauung und wirthschaftliche Einrichtung der Stellen ungewöhnlich erschwerenden Umständen kann jedoch die Anzahl der Freijahre bis auf fünf ausgedehnt werden. Auch soll ihnen da, wo dies thunlich ist, das zur Errichtung ihrer Gebäude erforderliche Bauholz auf ihren Wunsch aus den Königl. Forsten für den Tax-Preis überlassen werden."

Unter diesen Gesichtspunkten waren die Dismembrationspläne mit einer näheren Beschreibung der Grundstücke und einer Berechnung des aus den künftigen Zerlegungen zu erwartenden finanziellen Resultates einzureichen. Ferner sollte angezeigt werden, wie viel disponibles Vermögen der Erwerber eines der zu bildenden Etablissements nachweisen müsse, um in bezug auf dessen Bebauung und wirtschaftliche Einrichtung seinen Obliegenheiten gehörig nachkommen zu können, „indem sich die Verwaltungs-Behörde selbstredend nur mit hinlänglich bemittelten Bewerbern einzulassen haben wird." Die Ansiedler sollten deshalb bei ihrem Engagement eine verhältnismäßige Kaution stellen und diese ihnen von den Regierungen

Digitized by Google

ratenweise nach dem Fortschreiten der Bebauung wieder ausgezahlt werden. Von den zu bildenden und zum reinen Verkauf bestimmten Landgütern waren besondere Taxen zusammen mit den bei der Veräußerung zugrunde zu legenden Bedingungen einzureichen. Alle diese Arbeiten mußten dem Ministerium so zeitig zugehen, daß es sie denjenigen Regierungen, in deren Bezirken sich geeignete Bewerber melden würden, zur Verhandlung mit solchen Leuten einschicken konnte.

Endlich hatten die Regierungen in nähere Erwägung zu ziehen, ob außer den genannten noch weitere Domänen und Forstgrundstücke zur Dismembration und Kolonisation in der vorgezeichneten Weise geeignet waren oder ohne pekuniären Nachteil hierfür disponibel gemacht werden konnten? Über das Ergebnis dieser Prüfung wurde demnächst ein separater Bericht erwartet. Hierbei blieb zu beachten, daß durch die Veräußerung von Forstgrundstücken die Deckung des Holzbedarfs einer Gegend nicht beeinträchtigt werden durfte und daß, wenn sich die Abstoßung von Waldparzellen empfahl, die keinen zur landwirtschaftlichen Kultur geeigneten Boden hatten, man den Erwerbern die Konservierung des betreffenden Waldes zur Pflicht machen mußte.

Die Mitteilung dieses Erlasses an Beurmann begleitete Stolberg mit folgenden Ausführungen vom gleichen Tage:

„Euer Hochwohlgeboren wollen aus den heute an die Königlichen Regierungen zu Posen und Bromberg ergehenden Verfügungen ersehen, was ich an dieselben wegen der Dismembration der in ihren Verwaltungsbezirken in den Jahren 1847, 1848 und 1849 pachtlos werdenden Domainen erlassen habe.

Gleichzeitig habe ich die Herren Ober-Präsidenten der westlichen Provinzen, imgleichen der Provinzen Sachsen, Schlesien, Brandenburg und Pommern ersucht, mir für den Fall, daß dort Unternehmungen zu einer Auswanderung bemerkbar werden sollten, hiervon, und zugleich darüber Mittheilung zu machen, ob aus jenen Provinzen hinlänglich qualificierte Colonisten für die in Rede stehenden Dismembrationen zu gewinnen sein dürften.

Der Erfolg hiervon wird zunächst abzuwarten sein. Sollten auf diesem Wege keine annehmbaren Erwerber für die zu bildenden bäuerlichen Etablissements zu gewinnen sein, welche zwar vorzugsweise, jedoch nicht mit gänzlichem Ausschluß der Polen, an Deutsche zu überlassen sind, so werden die Königlichen Regierungen für das Engagement tüchtiger Colonisten und zwar wo möglich aus den Nachbar-Provinzen oder aus den deutschen Kreisen des Großherzogthums Posen zu sorgen haben.

Was die, aus den aufzulösenden Domainen zu bildenden kleinen Landgüter anlangt, welche einen solchen Umfang erhalten müssen, daß ihnen die Ritterguts-Qualität beigelegt werden kann, so dürfen dieselben nur an Deutsche überlassen werden. Eurer Hochwohlgeboren ersuche ich daher, mir bei Einreichung der desfallsigen Taxen von Seiten der Königlichen Regierungen jedes Mal geeignete Individuen namhaft zu machen, welchen die derartigen Güter zu überlassen sein werden."

Das zunächst in Frage kommende Vorwerk Dalewo eignete sich sehr wohl zur Zerlegung in bäuerliche Stellen, da es noch besseren Boden hatte als die schon früher zur Dismembration bestimmten Vorwerke Neuhof und Swiniec des gleichen Amtes. Ebenso ließ sich aber daraus ein Rittergut mit 1400 Morgen nutzbaren Areals bilden. Dann war freilich zu befürchten, daß der nach seiner Vermögenslage hierzu durchaus fähige bisherige Pächter Anton von Jaraczewski als Mitbewerber auftreten werde. Gegen seine Persönlichkeit ließ sich nicht das mindeste



Digitized by Google

einwenden, aber man konnte nicht für die Unwandelbarkeit seiner und seiner Nachkommen Gesinnung garantieren und als Polen durfte ihm das Gut „selbstredend" nicht überlassen werden. Da er mutmaßlich mit den angesehensten Familien des heimischen Adels verwandt war, standen unangenehme Erörterungen über die Gründe seiner Nichtzulassung bevor, die besser durch eine gänzliche Aufteilung von Dalewo unter Bildung eines größeren bäuerlichen Etablissements zur zweckmäßigen Verwertung der vorhandenen Gebäude vermieden wurden (Stolberg an Beurmann 2. Nov., Antw. 6. Nov. 1846).

Die Besiedelungsfrage löste sich bei den zu bildenden Kolonistenstellen und Restgütern anscheinend ohne besondere Schwierigkeiten. Als Bewerber um letztere meldeten sich alsbald mehrere sehr geeignete Männer. Zunächst wünschten der hochverdiente Landrat Major a.D. Liebeskind-Kosten und sein Pleschener Kollege von Rankowitz sich durch Übernahme solcher Besitzungen ein sorgenfreies Alter zu verschaffen. Beide in der Mitte der 60er Jahre stehende Beamten waren der Berücksichtigung würdig, beide blickten auf eine mehr als 35jährige Dienstzeit zurück und beide waren im Leben wenig vom Glück begünstigt worden. Ersterer erbat das eine der beiden im Amt Jerka übrig bleibenden Rittergütchen, Zbęchy, letzterer das Vorwerk Swiniec. Indessen starb Liebeskind bald darauf und bei Rankowitz, der auch zwei seiner Söhne mit größeren Etablissements des Amtes hoffte versorgen zu können, ergaben sich Schwierigkeiten, weil er das ganze Vorwerk oder wenigstens eine Vergrößerung des Restgutes um mehrere hundert Morgen gegenüber dem ursprünglichen Plan (knapp 400 Morgen) beanspruchte. Dadurch wäre dessen völlige Umarbeitung nötig geworden und der Grundgedanke der ganzen Operation: Bildung von Bauerngütern unter Beibehaltung einiger Rittergüter hätte eine Abänderung erfahren. Darum lehnte die Regierung das Ansuchen ab. Außerdem sollte nach der neuesten ministeriellen Disposition die Dismembration erst zu Johannis 1848 erfolgen. Rankowitz erbat daher eine Domänenpacht oder eine anderweitige angemessene Beschäftigung. Als diesem Antrag nicht deferiert wurde, schloß er aber doch mit Massenbach als Kommissar bedingungsweise wegen Übernahme des Hauptetablissements von Swiniec ab (Liebeskind an Beurmann 24. Nov., Rankowitz an Beurmann 2. Dez. 1846 und 10. Jan. 1847, Stolberg an Beurmann 31. Jan., Antw. 9. Febr.: Beurmann an Rankowitz 8. März, Antw. 20. April, Massenbach an Stolberg 20. Dez.). 1847 meldeten sich als Anwärter auf größere Etablissements Kulau-Podstolice bei Budsyn und Premierleutnant a. D. Gutspächter Richter-Głogowo (Kreis Krotoschin).

Vor allem bedurfte es aber einer Auseinandersetzung mit dem Pächter von Jerka, Boldt. Er trug darauf an, ihm die Vorwerke Jerka, Zbęchy und Łuszkowo auf weitere 50 Jahre zu verpachten oder wenigstens die beiden ersten zu künftigen Rittergütern bestimmten zu überlassen (an Stolberg 15. Jan. 1847). Wegen der von ihm in der sicheren Erwartung einer Verlängerung der Pacht aufgeführten Brennereianlagen verdiente er Berücksichtigung. Stolberg erklärte jedoch höchstens den zweiten Antrag

Digitized by Google

für annehmbar, vorausgesetzt, daß Boldt an sich zu der Erwerbung geeignet erschien. Auch sollte noch geprüft werden, ob sich wirklich nur bei Zusammenlegung beider Güter, deren Bildung der Minister durchaus billigte, ein von ihm beabsichtigter großer Berieselungsplan durchführen ließ.

Eine andere von Boldt berührte wichtige Frage betraf die auf den zu dismembrierenden Vorwerken vorhandenen Tagelöhner oder Komorniks. Sie wurden bei der Zerlegung brot- und zum Teil sogar obdachlos und es war für sie schwer, ein neues Unterkommen zu finden. Schon in dem Ministerialreskript vom 22. Oktober 1846 war der Regierung empfohlen worden, ihre Lage, soweit sie eigene Häuser besaßen, durch angemessene Landzuweisungen zu verbessern[1]). Stolberg setzte voraus, daß dieser Gesichtspunkt bei dem Entwurf der Dismembrationspläne beachtet war. Allein auch die nicht mit Häusern angesessenen, auf ihrer Hände Arbeit beschränkten Familien verdienten sorgfältige Beachtung. Es widersprach durchaus der Absicht des Grafen, sie auf die Straße zu setzen und dadurch gegen die Dismembration eine Erbitterung zu erwecken, die man vorsichtig vermeiden mußte. Beurmann wurde daher ersucht, den Gegenstand in sorgsame Erwägung zu ziehen. Das Ministerium schlug vor, für diese Tagelöhner in der Weise zu sorgen, daß man ihnen ihre Wohnungen in den königlichen Gesindehäusern mit einigen nach den Umständen abzumessenden Ländereien in Erbpacht überließ. Dadurch wurden sie in den Stand gesetzt, sich die nötigsten Lebensbedürfnisse wenigstens großenteils selbst zu bauen und außerdem Broterwerb bei den Kolonisten zu suchen, die zumal in den ersten Jahren ihre Hilfe nicht würden entbehren können (Stolberg an Beurmann 26. Jan. 1847).

Gestützt auf das Gutachten des Referenten, Assessors Knopf, vom 7. Februar erstattete Beurmann dem Minister am 9. über die Dismembration von Jerka und Dalewo eingehend Bericht. Es heißt darin:

1. Was die Beschaffung der Kolonisten betrifft, so erscheint vor allen Dingen eine ministerielle Benachrichtigung notwendig, ob auf Ansiedler aus anderen Provinzen zu rechnen ist. Ich kann es nur als „sehr wünschenswerth" bezeichnen, wenn dies der Fall wäre, indem dann jeder Anschein von Willkür oder von Begünstigung der deutschen Nationalität bei der Auswahl der Kolonisten wegfallen würde. Die Zahl der Personen aus der hiesigen Provinz, die sich zur Erwerbung gemeldet haben, ist „sehr groß", Deutsche und Polen, Evangelische und Katholische, Wohlhabende und Arme[2]). Der Zudrang nahm so überhand, daß wir durch öffentliche

[1]) Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen, vgl. unten S. 169.

[2]) Unter anderem hatten sich bei dem Chodzieser Landrat v. Zacha 14 deutsche Wirte für Annahme bäuerlicher Nahrungen gemeldet. Er bezeichnete sie alle als redliche, fleißige und verständige Menschen, die jeder Gemeinde zur Zierde gereichen würden. War ihr Vermögen auch gering, nicht einmal durchweg 1 000 Tlr., so wog ihre moralische Kraft doch wohl einige 100 Tlr. auf. Zacha versicherte, daß sich nach Bekanntmachung der näheren Übernahmebedingungen in seiner ganzen Gegend viele Anwärter finden würden.

Digitized by Google

Bekanntmachung auf den eigentlichen Zweck der Maßregel hingewiesen und angedeutet haben, daß zunächst Bewerber der übervölkerten Teile der Monarchie berücksichtigt werden würden. Wenn wir auch die Meldungen von hinreichend bemittelten Deutschen herausgreifen, so führt das zu keiner Vermehrung des deutschen Elementes, worauf es hier so sehr ankommt, sondern wir machen höchstens einige der Provinz schon angehörige Deutsche etwas wohlhabender. Ich würde es für das Zweckmäßigste halten, wenn aus den Grenzkreisen Schlesiens und der Neumark Kolonisten gewonnen werden könnten. Dann käme ein neues deutsches Element in die Provinz und die vorzugsweise Berücksichtigung von Deutschen wäre weniger auffallend, als wenn man hauptsächlich sie unter den der Provinz angehörigen Bewerbern auswählte. Es wäre deshalb, wenn nicht aus ferneren Gegenden Ansiedler zu beschaffen sind, empfehlenswert, den Landräten der Grenzkreise die Ausmittelung der zur Übersiedelung geeigneten Persönlichkeiten zu übertragen. Sollte dieser Weg fehlschlagen und auf die Bewohner der Provinz rekurriert werden müssen, so hätte man sich wenigstens auf die Grenzgebiete zu beschränken, wo das deutsche Element das weit überwiegende und vorauszusetzen ist, daß es sich durch Nachschub aus den Nachbarprovinzen ergänzen wird. Es würde indessen immer zweckmäßig sein, wenigstens einige Stellen mit Polen zu besetzen, denn es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die ländliche Bevölkerung der Umgegend die ganze Maßregel mit sehr feindseligen Augen betrachtet und darin den Zweck sieht, die polnische Nationalität zu verdrängen.

2. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir daran zu erinnern, daß der hiesige „Verein zur Kolonisation der Juden" beabsichtigt, ländliche Grundstücke zu erwerben und Bauernstellen zu begründen, die von Juden übernommen und selbst bewirtschaftet werden sollen. Euer Exzellenz haben am 6. April 1846 bestimmt, daß hierfür die Dismembration des Domänenvorwerks Strzyżewo[1]) in Aussicht genommen werden soll. Der Verein hat sich nunmehr konstituiert und seine Statuten sind bereits im Dezember 1846 dem Ministerium des Inneren zur Einholung der Allerhöchsten Bestätigung eingereicht. Hiernach würde die Kolonisation der Juden sofort ins Leben treten können, wenn nicht Strzyżewo noch bis Johannis 1849 verpachtet wäre. Wird das Unternehmen, das allgemeinen Anklang gefunden und dem auch der König Unterstützung zugesagt hat, um 2 Jahre verschoben, so ist zu besorgen, daß der Eifer erkaltet und ein Teil der bereit gestellten Mittel für andere Zwecke verwendet wird. Daher bitte ich, die Aufteilung von Jerka zur Bildung einer Kolonie jüdischer Bauern zu benutzen. Die Kräfte der Vereins würden zur Etablierung von mindestens 12—15 Stellen zureichen[2]).

[1]) Amt Ołobok, Kr. Adelnau. Vgl. Oberpräsidialakten XXV A. 37 u. Bloch: Die Kolonisationsbestrebungen des Salomo Eiger, Oberrabbiners von Posen. Jeschurun. Pleschen 1901. Heft 1—4. — Der ganze Plan ist gescheitert.

[2]) Punkt 3 behandelt das Gesuch von Rankowitz.

Digitized by Google

4. Die bedenklichste Seite der ganzen Maßregel bildet das Verhältnis der auf den Vorwerken bisher als Tagelöhner und Deputanten ihren Lebensunterhalt gewinnenden Personen. Da das Ministerialreskript vom 22. Oktober 1846 die Gründung von Häusler- und Büdnerstellen ausdrücklich untersagte, war in dem Dismembrationsplan auf Landzulagen für diese Familien nicht gerechnet worden. Ich kann unmöglich befürworten, daß von dieser Bestimmung abgegangen wird. Die Komorniks im Amt Jerka haben vielfach mit der größten Hartnäckigkeit Überlassung von Land gefordert. Sogar Strafen wegen dieses fortgesetzten Querulierens blieben ohne Erfolg. Würde man den Leuten jetzt gewähren, was sie so ungestüm gefordert haben, so würde das zu den bedenklichsten Exemplifikationen für die Komorniks der ganzen Provinz führen, und den herrschenden Wahn bestärken, daß eine Kabinettsordre existiere, die ihnen allen Landbesitz verheiße. Ich bestreite nicht, daß die Verstimmung der Leute groß ist und daß bei der Auflösung ihrer bisherigen Verhältnisse unangenehme Vorfälle eintreten können, ich würde aber lieber diesen Übelstand in Kauf nehmen als durch Nachgiebigkeit den Glauben unterstützen, daß die unbegründetsten Forderungen zuletzt bewilligt werden, wenn man nur auf ihnen beharrt und sich renitent zeigt. Es handelt sich nur um besitzlose Leute, denn die mit einem Haus angesessenen Tagelöhner des Amtes haben auch hinreichenden Landbesitz.

Die wiederholten Bemühungen des noch einmal nach Jerka gesandten Knopf um eine völlig zufriedenstellende Lösung der Angelegenheit hatten keinen Erfolg. In Frage kommen 44 oder, wenn die Zerschlagung von Łuszkowo aufgegeben wird, 32 Familien. Boldt vermutet, daß die Komorniks sich wohl zur Räumung ihrer Wohnung bewegen lassen würden, wenn man ihnen außer dem im vergangenen Herbst für sie bestellten Roggenland noch die Nutzung des üblichen Kartoffel- und Gartenlandes im künftigen Herbst überließe. Ein Unterkommen, wenigstens ein vorläufiges, würden sie dann in den Gemeinden finden, wo sie zum Teil Verwandte besitzen. Das vom Fiskus zu bringende Opfer wäre gering, aber dieser Ausweg hätte den Nachteil, daß die Leute bis zum Herbst an Jerka gefesselt bleiben und doch wieder dem Staat zur Last fallen, wenn sie dann zum Winter kein Asyl erlangen. Ich wünschte sehr, daß bei der Entfernung der Komorniks die Anwendung exekutiver Gewalt vermieden würde, da das immer einen sehr unangenehmen Eindruck machen und den Schein der Härte auf die ganze Maßregel werfen würde. Jedenfalls kann ich nur darauf antragen, daß der Regierung in dieser Sache möglichst unbeschränkte Vollmacht und namentlich die Autorisation gegeben wird, denjenigen Deputanten und Tagelöhnern, die sich zu einer friedlichen Lösung verstehen, nicht nur die Nutzung von Kartoffel- und Gartenland für das laufende Jahr, sondern auch zur Beschaffung einer Mietswohnung an einem andern Orte ca. 10 Tlr. barer Geldhilfe pro Familie zu gewähren. Der Chausseebau bei Schrimm wird ihnen neue Arbeitsgelegenheit bieten. Gehen Euer Exzellenz auf diesen Antrag ein und wird dem erwähnten Verein eines der Vorwerke überwiesen, so könnte man vielleicht auch ihm die Verpflichtung auferlegen,

Digitized by Google

die Komorniks noch ein Jahr zu behalten. Das wäre um so unbedenklicher als es den Juden doch an Leuten fehlen wird, die mit der Landwirtschaft vertraut sind.

5. Hinsichtlich Boldts unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß er nach Person und Vermögen zum Erwerbe eines Rittergutes geeignet ist. Da nähere Erkundigung bei Knopf ergeben hat, daß der schwebende Berieselungsplan in der Tat wohl nur möglich ist, wenn Jerka und Zbęchy in einer Hand bleiben, würde die Überlassung beider Güter an Boldt der einzige Ausweg sein, um die Anlage durchzuführen. Ich hätte kein Bedenken dagegen. Auch die Regierung ist mit der Zusammenlegung einverstanden. Boldt verdient gewiß den Vorzug vor allen Bewerbern, da die erwartete Auflösung des Pachtvertrages unbestreitbar große Vermögensverluste für ihn im Gefolge hat. Allerdings wünschte ich sehr, daß an der von Euer Exzellenz von vornherein ausgesprochenen Absicht festehalten würde, aus dem Amt Jerka zwei Rittergüter zu bilden. „Für die politischen Verhältnisse der Provinz ist mir die Verstärkung des deutschen Elementes im Stande der Rittergutsbesitzer wichtiger als im Stande der Bauern. Letztere sind an und für sich dem Gouvernement nicht abgeneigt, und, wenn sie gegen dasselbe auftreten sollten, so würde dies nur eine Folge der Verleitung seitens des Adels oder eventuell der Geistlichkeit sein." Ich würde daher lieber, um doch zwei Rittergüter bilden zu können, die Ansetzung bäuerlicher Kolonisten beschränken und das zur Dismembration bestimmte Vorwerk Łuszkowo als Rittergut veräußern, wozu es ganz geeignet ist.

Stolberg erwiderte hierauf sehr eingehend am 26. Februar: Ich bin mit den von Ihnen über die Beschaffung der Kolonisten entwickelten Ansichten im wesentlichen einverstanden und habe bereits danach Einleitung getroffen. Daß die Ansiedlung von Juden mit dieser Dismembration in Verbindung gebracht wird, dem kann ich um so weniger zustimmen, als es hierbei vorzugsweise darauf ankommt, Genossenschaften von Ansiedlern nach dem Posenschen hinüberzuleiten und sie ohne Beimischung fremdartiger Elemente dort zu neuen Gemeinden zu vereinigen.

Ich erkenne an, daß das Verhältnis der vorhandenen Tagelöhner- und Deputantenfamilien die sorgfältigste Beachtung verdient. Ich hätte gewünscht, daß die Sorge für die Zukunft dieser Leute früher erörtert und mir bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes darüber Vortrag gehalten worden wäre. Es würde ganz unzulässig sein, sie jetzt zu Johannis außer Dienst und Brot zu setzen. Einmal können sie die Innehaltung der nicht rechtzeitig gekündigten Dienstkontrakte bis zum nächsten Umzugstermin, mithin bis Neujahr oder Georgi 1848 verlangen. Zum anderen kann sich die Domänenverwaltung nicht bei einer Dismembration einer beträchtlichen Anzahl unbemittelter Arbeiterfamilien, die bisher auf der Domäne Broterwerb gefunden haben, entschlagen und sie ihrem Schicksal überlassen, das um so trostloser sein würde, als nach Mit-

Digitized by Google

teilung des Landrats und Distriktskommissars die Umgegend ihnen keine Gelegenheit zu anderweitiger Unterkunft und dauernder Beschäftigung darbietet. Eine geringfügige Geldunterstützung würde diesen Leuten wohl kaum die Begründung einer neuen Existenz ermöglichen. Überdies wäre es sehr unpolitisch, durch Härte den Haß dieser Leute gegen die Kolonisation und die Kolonisten zu erwecken und dadurch letztere wenigstens für die erste Zeit Vexationen auszusetzen, während es von großer Wichtigkeit ist, die sich darbietenden Hindernisse und Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und „diese erste der auszuführenden Kolonisationen als eine gelungene hinzustellen."

Diese Rücksichten machen es unerläßlich, die Versorgung jener Leute einer weiteren sorgfältigen Erörterung zu unterziehen und darüber zu beschließen, bevor zur Feststellung und Ausführung der Dismembrationspläne geschritten wird. Da die Zeit schon so vorgerückt ist, daß eine Zwischenverhandlung nicht mehr stattfinden kann, wenn Johannis als Ausführungstermin festgehalten werden soll, da ferner übereilte Schritte verhütet werden müssen und endlich der Herbst mehr als das Frühjahr zur Überweisung der Etablissements an die Kolonisten geeignet ist, die dann den Winter zur Anfuhr von Baumaterialien benutzen können, bleibt nichts übrig, als die Ausführung der Dismembration zu verschieben.

Auf diese Sinnesänderung Stolbergs hatte der Umstand eingewirkt, daß von sehr unterrichteter Seite, nämlich von Massenbach, gegen die Aufteilung königlicher Domänen der Provinz Posen in einer Zuschrift vom 22. Februar gewichtige Bedenken erhoben wurden, die um so beachtenswerter waren, weil sie größtenteils mit dem Inhalt des Beurmannschen Berichts vom 9. übereinstimmten. Das Schreiben lautet:

„Ew. Exzellenz sehr geehrtem Auftrage entsprechend, erdreiste ich mich Hochdemselben schriftlich die Bedenken vorzutragen, welche ich gegen die beabsichtigte Parzellierung der Königl. Domainen im Großherzogthum Posen hege.

Zunächst fällt es dort auf, daß Königliche Domainen veräußert werden sollen. Ziemlich allgemein geht man von der Ansicht aus, daß es im entschiedenen Interesse des Gouvernements liege, zur Vermehrung seines Einflusses die fiscalischen Besitzungen möglichst zu vermehren, keinesfalls aber zu verringern.

Daher und weil gewiß viele zu billigen Preisen käufliche Güter die schönste Gelegenheit zur Colonisation gewähren, bezweifelt man zum Theil, daß die Heranziehung deutscher Elemente den eigentlichen Grund für die Veräußerung der Domainen abgebe, vermuthet vielmehr, daß sie nur als Vorwand benutzt werde, und meint den wirklichen Grund in der Besorgniß des Gouvernements zu finden, daß die Provinz doch auf die Dauer nicht zu halten sei. So erweckt jene Maaßregel bei den Uebelwollenden Hoffnungen, während sie die Gutgesinnten entmuthigt, und schon jetzt spricht sich bei vielen der letzteren der Entschluß aus, ihrem Könige zu folgen.

Ein zweites Bedenken beziehet sich auf die sogenannten Komornicks; aufgeregt durch die agrarische Gesetzgebung des Jahres 1823 meinen sie, daß auch ihnen eine entsprechende Eigenthums-Verleihung zustehe, und daß sie ihnen widerrechtlicher Weise vorenthalten werde. Natürlich hat es nie und am wenigsten jetzt an Böswilligen gefehlt, welche Bedacht genommen haben, diese armen Leute in ihrem Wahne und ihrer Aufregung zu erhalten und sie bilden einen Gährungs-Stoff, der aufmerksam zu beachten ist.

Digitized by Google

Sehr böses Blut würde es daher setzen, wenn die zum Theil in großer Zahl auf den Königl. Domainen, namentlich dem jetzt in Rede stehenden Amte Jerka, vorhandenen Komorniks bei der beabsichtigten Colonisation verstoßen, dagegen fremden deutschen Einwanderern zu sehr günstigen Bedingungen Eigenthum verliehen würde. Aber noch weit üblere Folgen wären zu besorgen, wenn ihnen auch nur ein kleines Grundstück übereignet, und so der erwähnten Gährung ein höchst gefährlicher Vorschub geleistet würde. Es betrifft dieses namentlich die ihrer Widerspenstigkeit wegen bekannten Komorniks im Amte Jerka und findet weit weniger Anwendung auf allen bisherigen Privatbesitzungen, auf denen lassen sich vielmehr dergleichen Versuche machen.

Ein drittes Bedenken, welches ich gegen die beabsichtigte wohlfeile Veräußerung der Domainen an deutsche Colonisten hege, besteht darin, daß eine solche Bevorzugung deutscher Bauern von Seiten des Gouvernements, denn etwas anderes wäre es immer, wenn es von Privatleuten hin und her auf Privatgütern geschehe, die polnischen Bauern erbittern würde, was um so übler wäre, da diese gerade denjenigen Theil der polnischen Bevölkerung ausmachen, der dem Gouvernement am treuesten ergeben ist. Die vorgedachten Bedenken werden von vielen treuen Bewohnern des Großherzogthums Posen gehegt und namentlich theilt auch der Herr Ober-Präsident von Beurmann, mit dem ich vor einigen Tagen über die beiden letzten Bedenken gesprochen, und wenn ich ihn richtig verstanden habe, die oben entwickelte Ansicht.

Es fragt sich aber, ob jener Bedenken wegen, die beabsichtigte Kolonisation selbst unterbleiben müßte, und das glaube ich nicht, meine indessen, daß sie auf anderem Wege erzielt werden sollte. Nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten kommt es aber vor Allem darauf an, den großen Grund-Besitz mit Kraft und Consequenz den Händen der polnischen Edelleute zu entwinden und ihn an brave deutsche Männer auszuthun. Geschieht dieses mit Umsicht und Geschicklichkeit, so kann das Geschäft ohne erhebliche pecuniäre Opfer für den Staat so ausgeführt werden, daß es den neuen Acquirenten sehr große Vortheile gewährt, und gern werden diese dagegen die Verpflichtung eingehen in einem längeren Zeitabschnitt das erstandene Grundstück, ohne Genehmigung der Regierung nicht wieder zu veräußern, auch einen genau zu bezeichnenden Theil desselben, unter billigen, von vorne herein zu bestimmenden Bedingungen zu vererbpachten, wobei die Regierung sich die Wahl der Erbpächter vorzubehalten hätte. Würde diese, und die ganze Vermittelung der Colonisation dann einem zuverlässigen Privat-Manne unter angemessenen ihn nicht lähmenden Beziehungen [übertragen], vielleicht ein zu bildender patriotischer Verein zur Seite gesetzt, so würden die obgedachten Uebelstände vermieden und gleichwohl die Zwecke der Germanisierung, auch der Unterbringung Auswanderungslustiger aus anderen Gegenden, ungleich durchgreifender, als auf dem jetzt beabsichtigten Wege, erzielt werden.

Schließlich erlaube ich mir noch ganz gehorsamst anzuführen, daß unbedenklich ein Theil der jetzt zu acquirirenden Besitzungen bald wieder an wohlhabendere Käufer veräußert werden könnte, und daß daher und da die Mehrzahl der polnischen Güter mit bedeutenden Pfandbriefs- und anderen Schulden belastet ist, zur Ausführung der vorgeschlagenen Maaßregel bei angemessener Behandlung der Sache nur ein verhältnismäßig sehr geringes Kapital erforderlich sein dürfte, auch würde es dem Gouvernement gewiß nicht schwer werden, in den verschiedenen Provinzen angesehene Männer zu bewegen, sich im Großherzogthum Posen unmittelbar, d. i. ohne Dazwischenkunft der Regierung anzukaufen. . . ."

Über die Veranlassung zu Massenbachs Einmischung bemerkte Stolberg (an Beurmann):

So wie es notwendig ist, daß die Kolonisten in den westlicheren Landesteilen, wo sich die Auswanderungslust regt, durch bewährte und mit der Landwirtschaft sowie den sonstigen einschlägigen Verhältnissen vertraute Männer engagiert werden, um nur tüchtige und solide Individuen als Ansiedler zu gewinnen, so erscheint es auf der an deren Seite unerläßlich, den Bewerbern bei der Besichtigung der Etablissements deren demnächstiger Überweisung und während der ersten Zeit ihres Dortseins einen

Digitized by Google

gleich tüchtigen und praktischen Mann zur Seite zu setzen, der sie mit den örtlichen Verhältnissen bekanntmachen, mit Rat und Tat unterstützen und ihren etwa sinkenden Mut beleben kann. Hierzu habe ich Massenbach erwählt, der sich bereit erklärt hat, der Sache eine tätige Teilnahme in der erwähnten Weise zu widmen. Ich habe ferner die Posener Regierung aufgefordert, die Pachtkontrakte von Jerka und Dalewo um ein Jahr zu verlängern. Sie ersuche ich, die von Massenbach angeregten Bedenken und besonders den Punkt wegen Behandlung der Arbeiterfamilien näher zu erörtern. Es kommen dabei zwei Klassen solcher Familien in Betracht: 1. Die Eigenhäusler, denen bei der Regulierung zwei Morgen Land für jedes Haus beigelegt wurden und die bisher ebenfalls durch Tagearbeiten auf der Domaine Verdienst gefunden haben. 2. Die in königlichen Häusern vorhandenen besitzlosen Tagelöhner sowie solche Deputantenfamilien, die bei der Auflösung der Vorwerke nicht leicht anderweit unterkommen würden.

Ließen nicht andere Rücksichten die Übertragung von Land an diese Leute besorglich erscheinen, so würde es kein Bedenken leiden, den Eigenhäuslern noch vier bis sechs Morgen Landzulage, den anderen Arbeiterfamilien ihre jetzigen Wohnungen mit sechs bis acht Morgen Land pro Familie gegen Zins zu überlassen und dadurch aus ihnen Häusler zu machen. Es würden dadurch zwar Häuslereteblissements von größerem als dem üblichen Umfang gebildet, allein da sich durch die Dismembration die Gelegenheit zur Handarbeit vermindert, kann die Subsistenz jener Familien nur durch größere Landnutzungen als die gewöhnlichen gesichert werden, die ihnen ihr Bestehen ermöglichen, wenn sie statt der bisherigen 100 nur etwa 50—60 Prozent ihres Lebensunterhaltes durch Tagearbeit verdienen. Alle Gelegenheit hierzu wird ihnen durch die Dismembration keineswegs abgeschnitten werden. Nicht nur die Erwerber der Hauptetablissements werden immer Handarbeiter nötig haben, sondern vermutlich auch die Kolonisten, zumal wenn es vermögende Leute sind, die sich die bessere Kultur ihrer Grundstücke angelegen sein lassen. Wiewohl die Komorniks im Amt Jerka seit geraumer Zeit auf nicht zu billigende Art um Land petitionieren, darf man doch nicht übersehen, daß durch die Aufteilung eine Umwälzung ihrer Lebenslage eintritt und daß es keinen guten Eindruck machen kann, wenn man die freiwerdenden Ländereien an einwandernde Kolonisten überläßt und dagegen bisher auf der Domaine ihr Brot findende Leute, deren Dasein vielleicht durch Häuslerstellen gesichert werden kann, dem Elend preisgibt. Es wird auch nur für die Eigenhäusler und die in königlichen Häusern wohnenden Tagelöhner, die andernfalls durch eine möglichst zu vermeidende Exmission aus ihren Wohnungen entfernt werden müßten, in der erwähnten Art zu sorgen sein. Die Arbeiter der Vorwerke Jerka und Zbęchy werden immer bei den aus diesen zu bildenden Rittergütern und die bei den Bauern wohnenden Komorniks in ihren bisherigen Verhältnissen belassen werden müssen. Daß die Menschen keine der neuen Etablissements erhalten können, wird ihnen wohl begreiflich werden, wenn sie sehen, daß zu deren Erwerbung nur Leute mit 1500—2000 Tlrn. verfügbarem Vermögen zugelassen werden.

Das sind die Gesichtspunkte, die bei der Sache zur Sprache kommen dürften. Vielleicht könnte man die Überlassung von Eigentum auch dadurch vermeiden, daß man die aus den Familienwohnungen mit Zulegung von Land zu bildenden Häuslerstellen den Arbeiterfamilien nur mietweise unter Reservierung der fiskalischen Eigentumsrechte einräumte.

Bei Łuszkowo gab der Minister der Aufteilung den Vorzug vor der Bildung eines Rittergutes. Endlich genehmigte er die Überlassung von Jerka an Boldt, nicht aber auch die von Zbęchy, da bei der Dismembration von Domänen nur die Bildung von Bauernstellen und kleinen Rittergütern beabsichtigt wurde. Diesem Grundsatz wäre die Schaffung eines Besitztums von mindestens 3400 Morgen zuwidergelaufen. Die Berieselungsanlage mußte dem künftigen Erwerber von Zbęchy oder einer Einigung beider Besitzer anheimgestellt bleiben. Durch die Pachtverlängerung war aber Boldts Schicksal auf ein Jahr gesichert.

Digitized by Google

Zur Beförderung der Angelegenheit und zur Beschränkung des schriftlichen Verkehrs nahm im März der Geh. Finanzrat Strantz eine Besichtigung von Jerka vor, zusammen mit Knopf, der die Sache bisher „sehr gut" bearbeitet hatte, und Massenbach. Daran schloß sich am 14. eine Konferenz in Posen, der auch Beutmann und zwei weitere Vertreter der Regierung beiwohnten. Hier sollte auch die Stellung Massenbachs näher abgegrenzt werden, damit er nicht in seinem Wirkungskreis beengt und weitläufigen Korrespondenzen ausgesetzt wurde. Man einigte sich schließlich auf folgende Punkte:

1. Das Gesinde und die Deputanten der aufzuteilenden Vorwerke Swiniec, Dalewo, Łuszkowo und Neuhof sollen den Erwerbern der Hauptetablissements übergeben und sie sollen kontraktlich verpflichtet werden, die Verträge mit diesen Leuten bis Neujahr 1849 innezuhalten. Als Entschädigung für diese Last kann ihnen ein Freijahr bewilligt werden. Nach Ablauf dieser Frist ist es Sache des Gesindes, sich ein neues Unterkommen zu suchen, wozu es hinlänglich Zeit hat.

2. Rücksichtlich der Tagelöhnerfamilien (Komorniks), deren Umzugstermin zu Georgi war, erhob sich gegen den Vorschlag, ihnen die königlichen Wohnhäuser mit 6—8 Morgen Land gegen Zins zu überlassen, aus dem schon angegebenen Grunde Widerspruch. Man fürchtete das böse Beispiel eines solchen, wahrscheinlich bald in der ganzen Provinz bekannt werdenden Verfahrens um so mehr, weil auch die Gutsbesitzer über unberechtigte Ansprüche ihrer Komorniks klagten, die dann den Kampf mit neuem Mut aufnehmen würden. Es galt vielmehr gerade jetzt den Leuten zu zeigen, wie irrig ihre Auffassung war. Hierzu kam der desolate Zustand der räumlich unzureichenden Familienhäuser und vor allem die Erwägung, „daß Leute mit einem Grundbesitz von etwa 8 Morgen in der hiesigen Provinz die unglücklichste und lästigste Einwohner-Klasse bildeten, denn der Grundbesitz allein wäre zu ihrer auskömmlichen Ernährung nicht hinreichend; sie müßten also auf Tagelohn gehen; hierzu aber hätten sie, wie die Erfahrung vielfach gezeigt, keine Lust, sie hielten sich für Bauern, sie verfielen in Schulden und Müßiggang, und würden eine Plage für die Gemeinden der Umgegend". Auch mußte vorausgesetzt werden, daß die anziehenden Kolonisten einen großen Teil der Arbeit mit ihren Familien selbst verrichten würden. Zur dauernden Aushilfe waren ihnen jedenfalls unverheiratete Knechte und Mägde lieber als ganze Familien. Zu vorübergehenden Arbeiten genügten die in den Ortschaften schon vorhandenen Häusler. Hiernach mußte sehr stark bezweifelt werden, ob die Tagelöhnerfamilien an ihrem gegenwärtigen Wohnort hinreichenden Verdienst finden würden. Es erschien deshalb wünschenswert, ihnen nicht nur keinen Grundbesitz zu geben, sondern sich ihrer völlig zu entledigen. Daher wurde auch der Plan verworfen, sie einstweilen als Mieter oder Pächter der Häuser mit je 8 Morgen Land zu dulden und nur nach und nach zu entlassen. Man befürchtete, daß wenn eine Familie sich einmal festgesetzt hätte, man sie später nicht ohne Anwendung von Gewalt werde abschieben können und daß sie in der pachtweisen Überlassung von Grund und Boden nur den ersten

Digitized by Google

Schritt zur Gewährung ihres vermeintlichen Rechtes erblicken werde. Darum fand auch der Vorschlag einer Zuweisung der Tagelöhner und des Gesindes an die Käufer der Hauptgüter keinen Beifall.

Andererseits wurde doch der Befürchtung Raum gegeben, daß die Leute ohne Exmission ihre Wohnungen nicht verlassen würden. Da hierin unbedenklich eine Haß verbreitende Härte lag, einigte man sich schließlich dahin, daß den Tagelöhnern auch nach Ablauf ihrer Kontrakte ihre Behausungen mit höchstens $^1/_2$ Morgen Gartenland zur Miete oder Pacht auf kurze Zeit und mit der Weisung überlassen werden sollten, sich innerhalb dieser Frist unter Beihilfe der Behörden ein neues Unterkommen zu suchen. Wenn sich im Laufe der Zeit herausstellte, daß die eine oder andere Familie an ihrem jetzigen Wohnorte Arbeitsgelegenheit finden würde, so konnte sie auch daselbst belassen werden. Da Boldt die Kontrakte bereits gekündigt hatte, hoffte man mit seiner Hilfe noch im laufenden Jahr einen Teil der Leute los zu werden. Aber selbst ein Geldgeschenk von 10—15 Trn. wollte die Mehrheit den bis Georgi 1848 zum Abzug bereiten Familien nicht bewilligen.

3. Auch für die Häusler, die schon 2 Morgen Land inne hatten, wurde eine Zulage von weiteren 6 Morgen abgelehnt, teils aus den eben angeführten Gründen, teils weil es auf die leer ausgehenden Tagelöhner und Deputanten einen sehr schlechten Eindruck machen mußte, wenn man die an sich schon besser gestellten Häusler vor ihnen noch begünstigte. In politischer Beziehung walteten nach Ansicht der Konferenzmitglieder bei allen diesen Maßregeln keine Bedenken ob.

4. Die früher als Entgelt für die Zuweisung der Tagelöhner beabsichtigte Vergrößerung der Hauptetablissements wurde durch die Fortschaffung jener Leute überflüssig, nur hielt man eine Erhöhung des Areals von Dalewo im Interesse des Pächters v. Jaraczewski für billig.

5. Um Anstoß zu vermeiden, sollten auch Polen bei Austeilung der Bauernhöfe berücksichtigt und zu diesem Zweck gleich 5 Stellen reserviert werden. In Betracht kommen durften aber nur Leute von hinlänglichem Vermögen, zuverlässiger Gesinnung und landwirtschaftlicher Tüchtigkeit.

6. Den Kolonisten sollte bei dem Bau der Gehöfte innerhalb der durch die Zweckmäßigkeit gesteckten Grenzen weiter Spielraum gelassen, aber feste Dachung mindestens beim Wohnhaus zur Pflicht gemacht werden. Wegen der übrigen Annahmebedingungen bedurfte es noch näherer ministerieller Vorschriften.

7. Schulland sollte hinreichend ausgeworfen werden.

8. Die Überlassung von Jerka und Zbęchy an Boldt sollte trotz des ablehnenden Ministerialbescheides nochmals befürwortet werden.

Beurmann motivierte diesen Vorschlag mit dem erneuerten Hinweis auf die geplante Melioration eines bedeutenden Hutungsterrains, auf die Boldt bedrohenden pekuniären Verluste und auf den geringen Wert der Einzelgüter, da für Jerka nur 417 Morgen sommerungsfähigen Bodens, für Zbęchy außer dem Gartenland nur 514½ Morgen wirklich ertrags-

Digitized by Google

fähigen Ackers in Ansatz kamen. Wenn auch zu vermuten stand, daß Boldt zur Abwendung noch größerer Einbußen sich mit der Erwerbung von Jerka allein begnügen würde, so war doch zu befürchten, daß er das Gut weiterverkaufte oder, wenn das die Übernahmebedingungen ausschlossen, verpachtete, um sich anderwärts einen größeren Wirkungskreis zu suchen. Die beiden, noch sehr verbesserungsfähigen Güter zusammen konnten ihn dagegen ausreichend beschäftigen. Es war dringend zu wünschen, daß er auf diese Weise der Provinz erhalten blieb, der er in vielfacher Beziehung, wirtschaftlich wie politisch, erheblichen Nutzen leisten konnte.

Über die von Massenbach vorgetragenen Bedenken äußerte Beurmann:

„Allerdings hat die Maaßregel der Veräußerung von Domainen hiesiger Provinz Aufsehen erregt, und findet die Annahme, daß sie zunächst und hauptsächlich zur Verhütung von Auswanderungen nach fremden Welttheilen angeordnet sei, wenig Glauben; man hält vielmehr dafür, daß lediglich politische Absichten zum Grunde lägen und die Provinz schneller germanisiert werden solle. Betrachtet man die Maaßregel allein von dem letzteren Standpunkte aus, so kann man allerdings entgegnen, daß es in politischer Beziehung vorzugsweise richtig erscheint, deutsche Rittergutsbesitzer in das Land zu ziehen, um den Einfluß des polnischen Adels zu lähmen. Auch ist nicht in Abrede zu stellen, daß die deutschen Domainenpächter, wenn eine gehörige Auswahl getroffen und ihnen ein angemessener Gütercomplex in Pacht überlassen wird, wesentlich zur Förderung des deutschen Elements beitragen; von diesem Gesichtspunkte aus würde es sogar zweckmäßig erscheinen, die fiscalischen Besitzungen zu verpachten, anstatt sich derselben zu entäußern. Daneben könnte dann die Regierung auch noch den Ankauf von Gütern in der hiesigen Provinz begünstigen, und denjenigen von ihnen, welche nicht die ausreichenden Mittel dazu haben, Unterstützung zu Theil werden lassen .... Dagegen kann ich der Ansicht des p. von Massenbach darin nicht beistimmen, daß die Parcellirung der Domainen gerade Besorgnis bei den der Regierung ergebenen deutschen Einwohnern der Provinz erregt habe, und deutsche Gutsbesitzer die Absicht hätten, die Provinz zu verlassen. Wenigstens ist mir hierüber noch nichts bekannt geworden.

Die Maaßregel hat vom politischen Standpunkte aus zwei Seiten, und es läßt sich auch viel zu Gunsten derselben sagen, indem es immer als ein großer Gewinn zu betrachten ist, einen gut gesinnten deutschen Bauernstand hier zu haben, der doch dem polnischen, von der Geistlichkeit sehr abhängigen Bauernstand vorzuziehen sein würde. Wie gegenwärtig die Sache liegt, muß sie übrigens durchgeführt werden, und zwar m. E. in der begonnenen Weise. Der Vorschlag des p. von Massenbach, die Ansiedelungen in der hiesigen Provinz ganz deutschen Privaten zu überlassen, oder denjenigen, welche mit Unterstützung der Regierung Güter ankaufen, gewisse Bedingungen wegen der Ansiedelungen aufzulegen, halte ich für sehr mißlich. Jedenfalls würden dadurch Weiterungen verursacht werden, und der Erfolg der Maaßregel im Sinne der Regierung mehr als zweifelhaft sein. Ich halte es vielmehr, wenn der Hauptzweck, deutsche Auswanderer hierher zu ziehen, am sichersten erreicht und daneben auch die Germanisierung der Provinz befördert werden soll, für das zweckmäßigste, daß der Staat selbst größere Gütercomplexe, und zwar unter der Hand, durch erprobte Männer, ankauft, und einen Theil davon an deutsche Colonisten verleiht, einen andern weiter an Deutsche mit der Rittergutsqualität verleiht. Auf diese Weise behält der Staat die ganze Maaßregel in seiner Hand, und ist nicht gebunden, wenn sich bei der Ausführung hier und dort unvorhergesehene Schwierigkeiten einstellen sollten, die, wenn ein Privatmann dazwischentritt, leicht Differenzen mit sich führen und das Ganze zerstören können. Es sind ferner Ansiedler und Pächter an den Staat gefesselt. Freilich würde ein nicht unbedeutendes Kapital Seitens des Staats zur Disposition gestellt werden müssen."

Digitized by Google

Massenbachs Stellung bei der Ausführung von Dismembrationen, speziell in Jerka, betreffend, mußte er nach Beurmanns Ansicht mit dem Kommissar der Regierung bei Aufstellung der Pläne zugegen sein, da diese die Erfahrung eines praktischen Landwirts erforderte. Dann hatte er den Ansiedlern die nötigen Aufklärungen und Ratschläge zu geben, besonders hinsichtlich der Bauten und ersten wirtschaftlichen Einrichtungen. Wenn sich auch der ihm und dem Regierungskommissar zustehende Wirkungskreis nicht genau abgrenzen ließ, war doch der Ausbruch von Differenzen nicht zu befürchten. Jedenfalls war Massenbachs Vollmacht so ausgedehnt wie möglich abzufassen. Im Interesse der Ansiedler schien es zu liegen, wenn sie nach dem Abschluß der Baukontrakte mit zuverlässigen Meistern in ihre Heimat zurückkehrten und erst zu Johannis 1848 ihre inzwischen fertig gestellten Gehöfte endgültig übernahmen. (An Stolberg 25. März.)

Nach dem Vortrag von Strantz erklärte sich auch Stolberg mit den Konferenzbeschlüssen einverstanden. Er gedachte auch die Besetzung der für die Einsassen der Provinz reservierten Stellen Massenbach zu übertragen. Dann wünschte er die möglichst schnelle Entfernung der Komorniks und Deputanten und war bereit, sie unter Vermittelung des Freiherrn durch kleine Geldunterstützungen zu befördern. Weiter ermahnte er Beurmann, auf die beschleunigte Vollendung der Aufteilungspläne in den vier Amtsvorwerken Jerka, Neuhof, Dalewo und Łuszkowo hinzuwirken. Die fertigen Pläne sollten dem Landesökonomierat Koppe-Wollup[1]) (Kreis Lebus) zugestellt werden, um sie den in seiner Gegend zahlreichen kauflustigen Bauern erläutern und eine Besichtigung der Stellen durch sie vorbereiten zu können. Auch in die Überlassung der beiden oft genannten Rittergüter an Boldt willigte der Minister schließlich ein, wenn jener die Kaufbedingungen erfüllte, in denen unter anderem dem Fiskus für die nächsten 20 Jahre bei Abtretung des Gutes an andere Personen als Aszendenten, Deszendenten oder Geschwister ersten Grades das Vorkaufsrecht zum ersten Erwerbspreis ohne Rücksicht auf etwaige Meliorationen vorzubehalten war. (Thoma an Beurmann, 26. Juni.)

Doch neue Schwierigkeiten türmten sich auf. Die leidigen Komorniks waren keineswegs gewillt, sich an die Luft setzen zu lassen. In einer Verhandlung vom 16. August stellten sie derartig maßlose Ansprüche, daß Massenbach zu deren glatter Ablehnung angewiesen wurde. Ihre Erfüllung hätte die Dismembration von Jerka geradezu vereitelt und das Ministerium fügte hinzu, daß, wenn man die Verhältnisse dieser Leute in solchem Umfang für maßgebend erachten wollte, schwerlich überhaupt eine Dismembration zustande kommen würde. (Thoma an Beurmann 31. Aug.).

Für Beurmann war die ganze Angelegenheit erledigt, als offenbar wurde, daß nach den Erfahrungen Koppes auf fremde Ansiedler nicht zu rechnen sei. Eine Ansetzung von Kolonisten aus seiner Provinz konnte er nicht befürworten, denn er hielt im Interesse der Regierung die Erhaltung

[1]) Joh. Gottlieb Koppe, 1782—1863, der bekannte Schüler Thaers.

Digitized by Google

einer so bedeutenden Domäne wie Jerka für vorteilhafter als die Zerschlagung zugunsten von Einheimischen. Dann lagen die Verhältnisse hier besonders ungünstig wegen der zahlreichen Arbeiterfamilien. Die Posener Regierung hatte gleichfalls die Flinte ins Korn geworfen und eine Neuverpachtung beantragt. Diesem Vorschlag stimmte der Oberpräsident bei, weil Massenbach obenein bereits die Erwerbung eines Rittergutes ins Auge gefaßt hatte — es handelt sich wohl um Bolewice —, wo die Schwierigkeit wegen der Komorniks fortfiel und wo man eher auf die Gewinnung von Kolonisten rechnen durfte, als in Jerka. Zur Vermeidung von Weitläufigkeiten erschien es Beurmann zweckmäßig, wenn man Massenbach, der dieses Vertrauen vollauf verdiente, in der Verfolgung der Sache ganz freie Hand und eine Konkurrenz der Regierung erst nach Vollendung der Dismembrationspläne eintreten ließ (an Stolberg 14. Sept.).

Unterdessen war aber Massenbach mit der Besiedelung fortgefahren. Da er sich der Bewerber aus der Provinz kaum erwehren konnte, hatte er deren etwas mehr angesetzt als ursprünglich vorgesehen war. Seine Berichte zeigen deutlich, wie viel Ärger und wie wenig Dank er für seine aufopfernde Tätigkeit erntete (an Stolberg und Beurmann 20. Dez.). Er selbst schreibt darüber:

Viele machten Ausreden; den einen lag der Annahmetermin zu früh, den anderen zu spät. Brauchbare Leute haben sich zu wenige gemeldet. Ich durfte bei der Prüfung der Vermögensnachweise und Führungsatteste nicht zu peinlich verfahren, um nicht in den Verdacht zu kommen, als wollte ich den Fortgang der Sache hindern. Deshalb habe ich vorgezogen, um dem Geschäft eine feste Grundlage zu geben, bedingungsweise mit den geeignetsten Bewerbern die Engagementsverhandlungen zu vollziehen, so daß die Leute bis zum 1. März 1848 gebunden sind, der Regierung aber freisteht, jeden Augenblick die Kaution zurückzuzahlen und die Verträge wieder aufzuheben. In dieser Art habe ich für Dalewo mit sechs Bewerbern abgeschlossen, während sechs Etablissements noch unbesetzt sind. Ich zweifle nicht, daß sich bald die fehlenden Anwärter finden werden, denn es haben sich schon wieder mehrere gemeldet. Für drei der Engagierten muß ich erst die Genehmigung einholen. Bei einem befürworte ich dringend die Verleihung einer Erbpacht mit Rücksicht auf seine sonstigen Verhältnisse, obwohl sein Vermögen nicht ausreicht. Ein anderer, der auch nur 1000 Tlr. besitzt, ist aus Schlesien gebürtig, aber schon vor zehn Jahren in die Gegend gekommen und würde gern nach seiner Heimat zurückkehren. Durch die Verleihung einer Stelle in Dalewo bliebe er wenigstens der Provinz erhalten. Ein dritter ist ein mir sehr tüchtig erscheinender Pole von einigem Vermögen. Endlich habe ich noch zwei Leute aus der Gegend von Landsberg a. W. und einen aus dem Kreise Storkow engagiert. Da mir die Ansetzung von vier Polen erlaubt war, habe ich die drei anderen für Swiniec angenommen; ich glaube bestimmt für ihre gute Gesinnung einstehen zu können. Es waren dort acht Etablissements vorgesehen. Eins soll der Versorgung von Rankowitz dienen, zwei andere sind zu kleineren Erbpachtgrundstücken für Arbeiterfamilien bestimmt, eines habe ich einem deutschen Katholiken der Umgegend, einem langjährigen Ökonomen von Boldt, zugesagt und eines ist noch verfügbar, um das sich ein früherer, nach seiner Vermögenslage wohl berücksichtigenswerter Schäfer der Domaine bewirbt.

Für Neuhof hat sich nur ein von mir selbst empfohlener Bewerber aus dem Regierungsbezirk Potsdam gemeldet. Die übrigen neun Stellen will niemand haben. Der Boden hat ein sehr steriles Aussehen und es dürfte schwer fallen, dafür Leute aus anderen Provinzen zu gewinnen. Die von mir dorthin geschickten Neumärker antworteten einstimmig, daß wenn sie sich vorschriftsmäßig und ihren

Digitized by Google

Gewohnheiten entsprechend aufbauen sollten, die Kosten außer Verhältnis zur Güte der Grundstücke stehen würden. Mit wenig Geld könne dort keiner fertig werden und mit viel käme keiner solcher Stellen wegen her. Auch meine Versuche, Landeskinder nach Neuhof zu verpflanzen, sind gescheitert. Hätte ich das ganze Vorwerk mit Einheimischen besetzen können, dann wäre es eher gegangen. Aber auch dann hätte es geheißen: Man hat zwar einige Polen genommen, aber für die allerschlechtesten Stellen. Wenn sich wirklich für Neuhof keine fremden Bewerber finden, darf ich dann mit Einheimischen abschließen? Ebenso mit Jaraczewski wegen des Hauptetablissements in Dalewo? Noch kürzlich hat sich ein von Boldt warm empfohlener Pole gemeldet. Schließlich möchte ich mir die Bemerkung erlauben, „daß es mir wirklich nicht nachteilig erscheint, auch Bewerber aus hiesiger Provinz zuzulassen, denn indem viele von diesen ihre bisherigen Grundstücke verkaufen, kämen als Käufer derselben Leute aus anderen Provinzen hierher; es ist sogar für Einwandernde viel leichter, sich hier ein bereits bebautes Grundstück zu kaufen, als erst von Grund auf neu zu bauen; damit werden Eingesessene viel leichter fertig. Auch glaube ich noch die Bemerkung hinzufügen zu müssen, daß jetzt sehr viele Privatleute Lust haben, ihre Güter zu dismembrieren, dabei aber nicht so günstige Bedingungen für die Bewerber stellen können als der Fiskus es thut [1]); sollte man also noch mehr Domainen zu dismembriren beabsichtigen, so hindert man dadurch mehr das Einwandern als daß man es beförderte."

Zum Schluß bat Massenbach um baldige Mitteilung, ob er mit der Aufnahme der Engagementsverhandlungen in der angegebenen Art fortfahren und den bedingungsweise angenommenen Leuten Aussicht auf Bestätigung der Kontrakte machen dürfe? Eine Antwort hierauf findet sich nicht mehr bei den Akten.

Gleichzeitig war im Bromberger Departement die Zerlegung von Lojewo vorbereitet worden. Am 20. Juli 1847 verfügte Stolberg an Schleinitz: Aus der Anweisung zum Gebrauch der allgemeinen Erbpachtsbedingungen und Engagementsverhandlungen, die bei den in den östlichen Provinzen auf Domänen auszuführenden Dismembrationen und Kolonisationen zugrunde gelegt werden sollen, werden Sie ersehen haben, daß bei der Ausführung dieser Dismembrationen neben den hierzu zu ernennenden Regierungskommissaren Ministerialkommissare mitwirken sollen, um den neuen Ansiedlern die Niederlassung in einem fremden Landesteil möglichst zu erleichtern und sie vom praktischen Standpunkt aus sowohl beim ersten Engagement als auch während der ersten Zeit ihrer wirtschaftlichen Einrichtung mit Rat und Tat zu unterstützen. Diese Kommissare werde ich daher aus den hierzu geeigneten Rittergutsbesitzern oder sonstigen praktischen Landwirten ernennen. Ich will zwar nicht voraussetzen, daß unter den Ministerial- und Regierungskommissaren Differenzen entstehen möchten, unter denen die Sache nur leiden würde, indessen mache ich Sie auf diesen Gegenstand doch mit dem Ersuchen aufmerksam, ihn bei Ernennung der Regierungskommissare zu berücksichtigen.

Der als Ministerialkommissar für Lojewo in Aussicht genommene Rittergutsbesitzer Schwartz-Jordanowo, eine hervorragende landwirtschaftliche Autorität, lehnte jedoch das Amt ab, weil er bereits so stark im Dienste der Allgemeinheit tätig war, daß seine Privatangelegenheiten

[1]) Z. B. Graf Michael Mycielski, der hierfür sein Gut Sniały (Kr. Kosten) ausersehen hatte.



Digitized by Google

darunter erheblich litten und er deshalb daran dachte, die Gegend zu verlassen wie früher schon sein Gut Münsterwalde in Westpreußen. Einen Ersatz wußte die Bromberger Regierung nicht zu beschaffen, denn die beiden einzigen nach Gesinnung und Fähigkeit geeigneten Männer der Gegend, Amtsrat von Heyne-Kruschwitz und Oberamtmann Kühne-Strelno, waren gleichfalls durch ihre großen Wirtschaften sehr beschäftigt und zudem beide ohne die notwendige körperliche und geistige Beweglichkeit (Oberregierungsrat Mebes an Stolberg 2. Aug. 1847). Statt dessen rechnete das Kollegium darauf, daß der zuständige Minister die Dismembration aufgeben werde, nachdem das Projekt hierzu unter Assistenz von Schwartz geprüft und ganz unzweckmäßig befunden worden war. Zur Begründung führte Mebes an: Von der Unvorteilhaftigkeit der Zerlegung Lojewos sind die Behörden von jeher durchdrungen gewesen. Daher wurde auch diese Domäne Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre, „als ungefähr ¾ sämtlicher diesseitiger Domainen veräußert wurden" schon damals, wo es Grundsatz war, jedes irgend entbehrliche Vorwerk mittelst Parzellierung oder auch im Ganzen zu veräußern, vom Verkauf ausgeschlossen, dem sie bestimmt nicht entgangen wäre, wenn sich ihre Aufteilung irgend wie hätte rechtfertigen lassen. Die Regierung hat bei der Ausarbeitung des Dismembrationsplanes gegen ihre bessere Überzeugung bloß in Befolgung eines erhaltenen Befehls gehandelt. Würde aber wider Erwarten auf der Dismembration bestanden, so konnte Mebes als Kommissar, wenn nicht königliche Beamte überhaupt als ungeeignet für solche Stellen erachtet wurden, nur einen Domänenrentmeister in Inowrazlaw vorschlagen, der sich lebhaft für die Errichtung bäuerlicher Musterwirtschaften interessierte. Anscheinend hat aber das Ministerium dem Antrag auf Neuverpachtung von Lojewo deferiert, das später im ganzen verkauft wurde.

Nachdem also die zur Parzellierung geeigneten Domänen des Bromberger Bezirks ohne Rücksicht auf den nationalen Gesichtspunkt zwei Jahrzehnte früher verschleudert waren, blieb jetzt, wo man die Stärkung des Deutschtums mit dieser Operation endlich zu verbinden gedachte, nur eine kümmerliche Nachlese, die zu keinem Erfolg führte.

Aber nicht günstiger war das Ergebnis im Regierungsbezirk Posen. Hier handelt es sich auch nur um einen Fall und verhängnisvoller Weise hatten die Behörden ein besonders schwieriges Objekt zum Versuchsfeld für ein Experiment ausersehen, zu dessen Lösung es ihnen noch an Erfahrung mangelte. Bei den Vorwerken Potarzyce, Domachowo und Wymysłowo des Amtes Chumiętek wäre die Ausführung weit einfacher gewesen, da hier die Zahl der zu entfernenden Arbeiterfamilien eine geringe war (Massenbach an Beurmann 7. Sept. 1847). Ein abschließendes Urteil ist allerdings schwer, denn unsere Akten sind nur Bruchstücke, aber die eingeleiteten Dismembrationen kamen 1849 wirklich zur Ausführung, nur ist damit eine Stärkung für das Deutschtum in keiner Weise erzielt, ja sogar eine Verschiebung in der vorhandenen Bevölkerung zu seinen Ungunsten nicht verhindert worden. Es zählten Einwohner:

Digitized by Google

| 1845 | kath. | evang. |
|---|---|---|
| Dalewo | 283 | — |
| Neuhof | 112 | 6 |
| Łuszkowo (Dorf u. Vorwerk | 271 | 7 |
| Zbęchy (Dorf u. Vorwerk | 274 | 15 |
| Jerka | 368 | 54 |
| | 1308 | 82 |

| 1888 | kath. | evang. |
|---|---|---|
| Landgemeinde Dalewo | 500 | 15 |
| Landgemeinde Neuhof | 248 | 8 |
| Landgemeinde Łuszkowo | 551 | 52 |
| Landgemeinde Zbęchy | 545 | 29 |
| | 1844 | 104 |
| Gutsbezirk Jerka | 148 | 6 |
| Gutsbezirk Zbęchy | 41 | 3 |
| Zusammen | 2033 | 113 |

Von den Gütern geriet z. B. Jerka später in polnische Hände.

Gänzlich negativ aber verliefen auch die Versuche durch staatlichen Ankauf größerer Güter den polnischen Adel zu entwurzeln und die Ansiedlung deutscher Bauern oder Rittergutsbesitzer dadurch zu ermöglichen. Das ist freilich kein Wunder angesichts des Stolbergschen Dogmas: Ostmarkenpolitik mit finanziellem Gewinn oder keine.

Trotzdem erscheint es nicht überflüssig, die geschilderten Vorgänge näher zu betrachten. Sie gewähren nicht bloß eine Charakteristik der Regierungsweise Friedrich Wilhelms IV. und seiner Räte, sondern sind auch politisch von Wert noch für die heutige Zeit. Der an sich belanglose Einzelfall in Jerka gibt doch allen beteiligten Behörden Gelegenheit, ihre grundsätzlichen Ansichten in ostmärkischen Kolonisationsfragen zu entwickeln und das gleiche gilt von den theoretischen Erörterungen über fiskalische Gütererwerbungen. Wir gewahren dabei bereits die Keime des heutigen Verfahrens.

In großen Richtlinien war die Entwicklung danach etwa folgende. In Westpreußen zog Friedrich der Große durch Verpachtung der Domänen an Deutsche und durch Heranlockung deutscher Grundherren einen deutschen Rittergutsbesitzerstand groß, legte aber doch das Schwergericht seiner Kolonisationspolitik in die bäuerliche Besiedelung. An dieser Praxis hielten seine beiden Nachfolger in Südpreußen fest, soweit man bei ihnen überhaupt von einer zielbewußten Kolonisation reden kann. Von 1815—30 stagnierte die Bewegung gänzlich. Unter Flottwell stand die Ersetzung des polnischen Adels durch deutsche Rittergutsbesitzer durchaus im Vordergrund, während man einen loyalen Bauernstand durch materielle Wohltaten aus den in der Provinz befindlichen Elementen zu gewinnen hoffte. In dieser Anschauung ist Beurmann noch befangen; auch er legt auf die Heranziehung deutscher Rittergutsbesitzer das größere Gewicht. Stolberg hingegen neigt bereits mehr der bäuerlichen Kolonisation in Form der Erbpacht zu, wünscht aber die Bildung von Restgütern. Das bedeutet immerhin einen Fortschritt im Vergleich zu Flottwells Ansicht. Gemeinsam ist noch allen Instanzen die Abneigung gegen die Begründung von Arbeiterstellen. Auffallend ist der Landhunger, der bereits in den Kreisen der Handarbeiter herrscht. Aber niemand denkt an ihre Seßhaftmachung, niemand ahnt, daß man dadurch zweien der schwersten Schäden unseres Wirtschaftslebens hätte vorbeugen können, der Leutenot im Osten und der Entvölkerung des platten Landes. Dem ganzen Problem gegenüber beobachten wir bei den Behörden



Digitized by Google

Digitized by Google

II. Teil.

# Übersichten

über die einzelnen Zweige der Polenfrage
und des ostdeutschen Wirtschaftslebens
1912/13.

Digitized by Google

Digitized by Google

I.

# Die Polenfrage in Rußland und Österreich

(Oktober 1912 bis Juni 1913.)

Von **Otto Hoetzsch.**

Inhalt: Wirkungen des Balkankrieges auf das Polentum Rußlands und Österreichs S. 183. — Das außerpreußische Polentum und der Panslawismus S. 190. — Das russische Polentum S. 192. — Die Polenfrage in Österreich S. 194. — Nationale Feiern S. 196. — Preßbureaus S. 197.

## I. Die Wirkung des Balkankrieges auf das Polentum Rußlands und Österreichs.

In der diesjährigen Übersicht muß die Rückwirkung der südslawischen Siege auf das Polentum in Rußland und Österreich in erster Linie betrachtet werden. Denn der unvermutet glorreiche Feldzug der Balkanslawen hat in diesem Polentum alles andere sehr stark in den Hintergrund gedrängt. Wie zahlreiche Preßstimmen zeigten, wurden die Siege der Südslawen auch von den Polen als die ihren betrachtet. Wenigstens ein Beleg sei mitgeteilt, und zwar aus dem preußischen Anteil. Die „Gazeta Grudziądzka", die mit ihren 100 000 Abonnenten das größte Polenblatt ist, telegraphierte dem Zaren von Bulgarien wie folgt:

„Im Namen unsrer Abonnenten, die gegen 100 000 zählen, somit gegen eine Million des polnischen Volkes darstellen, wagen wir es, Ew. Majestät zu bitten, unsre heißesten Glückwünsche aus Anlaß der durch die tüchtigen Soldaten Ew. Majestät, durch die brüderliche Armee des bulgarischen Volkes gegen den erblichen Bedrücker des Slawentums und Christentums davongetragenen Siege gnädigst entgegennehmen zu wollen. Wir bitten Gott aus tiefstem Herzen, er möge die Waffen Ew. Königl. Majestät auch in der Zukunft segnen und es der mit Ruhm bedeckten bulgarischen Armee vergönnen, daß sie mit Hilfe der verdienstvollen Verbündeten das begonnene große Werk der völligen Befreiung unsrer slawischen Brüder vom Joche der Ungläubigen, der endgültigen und vollkommenen Vertreibung der Türken aus Europa vollende, ein Werk, das seinerzeit unser Held, König Johann Sobieski III., begonnen, das aber die europäischen Mächte leider nicht früher zu beendigen verstanden."

Darauf lief aus dem Hoflager des Zaren Ferdinand folgende Antwort ein:

„Tief gerührt durch die herrlichen Worte und eure edlen Gefühle hat mich Se. Königliche Majestät beauftragt, den Herren herzlichsten Dank zu übermitteln und zum Ausdrucke zu bringen, wie tief Se. Majestät die Glückwünsche, deren Dolmetscher Ihr geworden seid, zugleich aber auch

Digitized by Google

die historische Erinnerung, welche dieselben wachrufen, empfunden hat. Möge der Allmächtige die Bitten, welche die große polnische Nation für ihre slawischen Brüder in Bulgarien zu ihm erhebt, die stets für die heilige Sache des Glaubens und der Freiheit stritten, erhören!"

Der König von Montenegro, an den auch ein ähnliches Telegramm, das aber nicht veröffentlicht worden ist, abgegangen ist, antwortete:

„Die Glück- und Segenswünsche der Landsleute des großen Sobieski haben mein Herz tief gerührt. Das stolze Werk, welches die ritterliche polnische Nation begonnen, das in unsern Liedern bei uns einen Widerhall gefunden und das euer großer König unter den Mauern Lembergs und Wiens fortgesetzt hat, geht in diesen denkwürdigen Tagen als das Unterpfand einer besseren Zukunft und Einigkeit der gesamten slawischen Welt seiner Vollendung entgegen[1])."

Die Freude der Polen über die südslawischen Siege war nicht ohne weiteres zu erklären, da eine kirchliche Gemeinschaft überhaupt nicht besteht, die Stammesgemeinschaft mindestens sehr entfernt ist und die Sprachgemeinschaft so, daß heute Polen und Südslawen einander im Gespräch positiv nicht verstehen. Sie erklärt sich zunächst daraus, daß das allslawische Gefühl als sog. Neopanslawismus doch auch bei den Polen stärker geworden ist und daß die Niederlagen der Türkei zugleich als Niederlagen der deutschen Politik und Kriegskunst bejubelt wurden (in der polnischen Presse so öfter direkt ausgesprochen). Auch der Vergleich mit den Südslawen, die sich aus der Bedrückung zu immer größerer Unabhängigkeit wiedererhoben haben, spielte dabei in den Polen aufstachelnd mit. Wichtiger aber war, daß im Verlaufe der Balkankrisis ein allgemeiner europäischer Krieg am Gegensatz zwischen Rußland und Österreich auszubrechen drohte. Dann wurde Polen, je nach dem Glücke des Krieges entweder das Zartum oder Galizien, unter allen Umständen Kriegsschauplatz, und da Deutschland keinen Zweifel daran ließ, daß es Österreich unterstützen würde, waren auch die preußischen Polen unmittelbar mit berührt. Damit wurde die Frage unmittelbar aktuell, auf welcher Seite die Polen in einem solchen Kriege fechten würden. Wären sie loyale Staatsbürger des Staates, zu dem die Geschichte sie gewiesen hat, so wäre das keine Frage gewesen. Aber daß überhaupt im österreichischen Anteil ernsthaft erörtert werden konnte, wie sich die Polen stellen würden, ist schon ein wichtiges Ergebnis dieses Winters. In diesen gleich näher zu besprechenden Erörterungen sehen wir einen Beweis dafür, daß die Polen auch in Österreich ihre Stellung zum Gesamtstaate zu revidieren beginnen, mindestens, daß sie, indem sie sich solche Entscheidungen vorbehalten, unter allen Umständen auch dort den Gesichtspunkt ihres Nationalinteresses über das des Gesamtstaates setzen.

[1]) Von bulgarischer Seite ist diese Anbiederung praktisch ausgenutzt worden, indem der Aufruf der Prinzessinnen Eudoxia und Nadjeschda von Bulgarien um eine Sammlung für die Kriegswaisen auch an die polnische Presse gesandt wurde; der „Dziennik Berlinski" veröffentlichte ihn in polnischer Sprache.

Digitized by Google

Es ist bezeichnend, daß auch auf der russischen Seite dies so aufgefaßt wurde. Das Organ der Oktobristen, der „Golos Moskwy", erörterte die Frage: „Mit wem werden die Polen gehen, mit uns oder gegen uns? Dasselbe Rätsel beschäftigt gegenwärtig jeden Polen im Posenschen, im Königreich und in Galizien: Sollen wir mit den Russen oder gegen die Russen gehen?" Deutlich kam in dem Artikel der Wunsch zum Ausdruck, daß auch die nichtrussischen Polen in dieser Krisis sich stärker zu Rußland hinneigen möchten: „Wenn unter den österreichischen Polen sich immer mehr für Rußland freundschaftliche Stimmen finden, so besteht das im Posenschen deutlich vorhandene Russophilentum schon seit langer Zeit. Diese Stimmung der polnischen Gesellschaft müßte die russische Regierung und die russische Gesellschaft zur Lösung der polnischen Frage benutzen." So wurden (Februar 1913) von einem führenden russischen Blatte, das eine mittelparteiliche Richtung vertritt, die alten Gedanken Czartoryskis und Wielopolskis wieder aufgenommen, die während und gleich nach der Revolutionszeit bei den Liberalen in der Zeitung „Rus" zum ersten Male wieder in der Gegenwart ausgesprochen wurden (s. die berühmte Osterumfrage vom 28. März 1904 der „Rus" unter dem Signum „Christ ist erstanden!" und die Veröffentlichung der Diskussion darüber in „Polski vopros v gazetě Ruś"). Es ist die Idee einer Vereinigung der Polen unter dem russischen Zepter, die eine realistisch gemilderte Fassung der nicht aufgegebenen Unabhängigkeitshoffnungen darstellt. Bekanntlich ist dieser Gedanke so seit Jahren von dem bedeutendsten politischen Kopf des heutigen russischen Polentums, von Roman Dmowski, vertreten worden.

Wir erinnern an die Umgestaltung der panslawistischen Idee zu dem sog. Neopanslawismus im Jahre 1908, namentlich unter dem Einflusse des damaligen Obmanns des Polenklubs in der Duma, eben Dmowskis. In Prag, Petersburg usw. wurden auf verschiedenen Zusammenkünften und Festen namentlich mit tschechischer Hilfe diese Ideen weitergetragen, die sich am besten in folgenden Ausführungen der allpolnischen Krakauer Wochenschrift „Rzeczpospolita" (Juni 1912) wiedergeben lassen:

„Polen hat seit Mitte des 18. Jahrhunderts seine politischen Kombinationen immer auf fremde Staatswesen gestützt. Zunächst auf Frankreich, dann auf Preußen und Rußland, seit dem Wiener Kongresse auf Österreich, auf letzteres bis zum russisch-japanischen Kriege. Damals wandten sich die Polen der Meinung zu, daß sie von dem schwachen, von inneren Revolutionen zerrütteten Rußland mehr Nutzen zu ziehen vermögen als von Österreich, obschon es ihnen in den Grenzen des letzteren auch nicht schlecht ging. Es setzt die russische Orientierung ein. Dazu trug auch das Gerücht bei, daß sich Preußen Kongreßpolens zu bemächtigen beabsichtige. Vom geschwächten Rußland erwarteten die Polen große Vorteile. Haben sie bisher solche auch nicht errungen, so dauert doch die russische Orientierung fort."

Diese Gedanken haben während der Krisis 1908 auf 9 zwischen Österreich und Rußland noch nichts bedeutet, haben sich aber doch immer mehr festgesetzt. Ein weiterer Beleg (10. September 1912) aus der

Digitized by Google

„Gazeta Narodowa", dem Organ der Konservativen, sog. Podoljaken (der ostgalizischen großen polnischen Herren):

„Es ist eine leicht zu beantwortende Frage, was für die Polen ein kleineres Übel bedeuten würde: die Vereinigung in einer großen geeinten Masse unter russischem Zepter mit der dank dieser Masse gegebenen Möglichkeit, das Schicksal dieses Staates so mitzubestimmen, daß das Leben des eigenen Volkes durch einen gewichtigeren Einfluß in der Duma und im Reichsrate, aber auch durch die Autonomie Kongreßpolens mindestens erträglicher gemacht werden kann — oder Realisierung des Unheil verheißenden Programmes des preußischen Zarats durch die Verwirklichung der sog. Kneseбeck'schen Grenze, d. i. Einnahme des linken Weichselufers durch Preußen, sowie durch einen auf Kosten des heutigen Rußland gebildeten unabhängigen ukrainischen Staat auf dem Territorium des ehemaligen Polen und der Ukraine, natürlich auch Ostgaliziens, und sei es auch unter der Sekundogenitur der uns am meisten gewogenen Dynastie, durch die darauf erfolgende Schwächung der übrigen Polen unter dem russischen Zepter, Verminderung von deren Widerstandsfähigkeit, Entziehung aller Möglichkeit, sich erfolgreich auf die russischen Behörden zu stützen, Auslieferung der polnischen Bevölkerung in diesem ukrainischen Staate an die Ruthenisierung, also der größten Gefahr für die in Podolien, Wolhynien, der Ukraine und dem heutigen Ostgalizien lebenden Polen."

Und am 11. November 1912 schrieb das „Slowo Polskie", das Organ des früheren Ministers Glombinski:

„Die Orientierung zum Dreibund kann angesichts des möglichen Konflikts zwischen Österreich und Rußland in den heute möglichen Verhältnissen nicht als eine national-politische Orientierung aufgefaßt werden." Diese bewege sich eher in der Richtung zur Erhaltung der „status quo" in den polnischen Ländern, und zwar „bis zu der Zeit, in der die polnische Frage dank der Entwicklung der internationalen Ereignisse und den Fortschritten der polnischen Politik zu ernsthafter Behandlung heranreift!"

Diese Stimmen galizischer Polenblätter zeigen, daß jene Gedanken auch in Galizien Fuß gefaßt hatten, was man früher nicht für möglich gehalten hat. Denn was erwarteten die galizischen Polen, die sich in ihrem Kronland vollkommener Freiheit erfreuten, von einer Angliederung an den russischen Anteil, der in einer scharfen antipolnischen Politik regiert wurde? Darin machen sich geltend die Wahlreform von 1907, überhaupt die beginnende Demokratisierung auch der galizischen Verhältnisse, die aufkommende Ruthenenbewegung, die Wirkungen der ruthenischen Saisonarbeiterauswanderung, besonders nach Deutschland, um nur die wichtigsten Faktoren zu nennen. Es wird damit der in Galizien herrschenden Szlachta allmählich im Laufe der letzten fünf Jahre klar, daß auch in Galizien sich mancherlei wandelt.

Die Krisis dieses Winters war eine Gelegenheit, das recht deutlich zu machen und die Zusammenhänge fester zu ziehen. Auf Grund dieser Tatsachen war auch der genannte Artikel im „Golos Moskwy" geschrieben

Digitized by Google

worden. Dmowski war selbst nach Lemberg gegangen und hatte dort ganz offen eine russophile Aktion eingeleitet. Er kam zusammen mit dem Präsidenten des polnischen Nationalrats, Cienski, und suchte diesen für seinen Gedanken zu gewinnen. Ihm wurde sekundiert von dem Lemberger Universitätsprofessor Grabski, der im „Slowo Polskie" für dieselben Gedanken weiter Stimmung machte. Merkwürdig war, daß in dieser Krise, die jeden Tag zum Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Rußland führen konnte, die galizischen Landesbehörden diese russophile Agitation der Nationaldemokraten duldeten und Dmowski seine Agitation unbehindert durchführen konnte. Nimmt man noch hinzu, daß auch unter den Ruthenen eine russophile Partei, die sog. Altruthenen, besteht, die aus Rußland direkt mit Geld unterstützt wird, so war von russischer Seite jedenfalls genug getan, um den Boden für den Krieg möglichst in für Österreich ungünstigem Sinne zu bearbeiten. Sonderbar war jedenfalls das Bild, wenn im Reichsrat sich unter diesem Gesichtspunkt die Altruthenen Markov und Kurylowitsch mit den polnischen Nationaldemokraten Glombinski, Buzek usw. fanden.

Der weitere Verlauf zeigte freilich, daß es verfrüht war, schon von einer solchen Neuorientierung der polnischen Politik zu sprechen. Sogar in der polnischen Presse wurde diese russophile Strömung und Agitation als dem Hochverrat verwandt bezeichnet. Und als (7. Dezember 1912) die Ruthenen in Lemberg einstimmig den Beschluß faßten, daß „die ruthenische Nation den Zarismus als den größten Feind der Entwicklung ihrer Nation erkläre und das ganze ruthenische Volk fest entschlossen sei, unter allen Umständen treu zu Österreich zu stehen", hielt es die allpolnisch-nationaldemokratische Richtung der Polen doch für geraten, zurückzuziehen und in einer ähnlichen Weise sich auch für ihren Staat auszusprechen. Der konservative „Czas" in Krakau warnte überhaupt vor der Erörterung solcher Fragen, und ebenfalls im Dezember 1912 beantwortete der polnische Landtagsklub in Lemberg die ruthenische Entschließung mit der gleichen Entschließung, daß die Polen im Falle des Krieges auf der österreichischen Seite stehen würden.

Diese Erklärung verlor freilich viel von ihrer Bedeutung durch eine andere Entwicklung, die den Dmowskischen Versuch durchkreuzt hatte. Seine Gedanken hatten, wie sich zeigte, einen Rückhalt bei den sog. Allpolen und den ostgalizischen Konservativen. Dagegen behandelte der Teil der polnischen Presse, der etwas demokratischer ist, diese Anregung sehr skeptisch, lehnte sie zum großen Teil mit mehr oder minder Schärfe ab. Am ausführlichsten und mit der schärfsten Opposition gegen die Russophilen tat das eine Artikelreihe von Ludwig Kulczycki „Dokąd iść?" (Wohin gehen wir? — Lemberg 1912), in der ausführlich das Verhältnis zu Österreich, die Haltung der russischen Polen und der Russophilen und die Stellung der Ruthenen behandelt war. Der sehr real urteilende Verfasser erklärte die Bewilligung einer ruthenischen Universität für notwendig und sprach sich entschieden für ein Zusammengehen mit Österreich aus: „Es ist weder etwas Wunderliches noch Reaktionäres darin, wenn man vom polnischen

Digitized by Google

und demokratisch-radikalen Standpunkte aus die Treue gegen Österreich, seine Unterstützung als Staat empfiehlt in der Überzeugung, daß sie für die Polen, für die europäische Demokratie und als Gegengewicht gegen Rußland notwendig ist." (So der Schluß dieser Ausführungen.) In ihnen kam der Standpunkt der nicht-allpolnischen Demokraten und der Volkspartei zum Ausdruck, aber auch hier fehlt die selbstverständliche Hinnahme der staatsbürgerlichen Pflicht, sondern es spricht nur die nüchterne Überlegung des eigenen Vorteils.

Während dieser Diskussionen und Agitationen hatten aber die hauptsächlich sozialistischen Parteien bereits gehandelt. In diesen Kreisen rüstete man sich für den Ausbruch eines Krieges g e g e n Rußland. In Russisch-polen wurde Hunderttausende von Aufrufen verteilt, die natürlich sofort konfisziert wurden, die direkt zum Aufstand aufriefen. Soweit es durch die Zensur möglich war, veröffentlichte diese Aufrufe der „W i e k N o w y" in Lemberg. Sie gingen von der P. P. S. (der sozialdemokratischen Partei Russisch-polens) aus. Ein Hinweis auf Galizien darin bedeutete, daß die dortigen Unabhängigkeitsparteien sich bereits zusammengeschlossen hatten, als „Konföderierte", mit einem Aufruf an die polnische Volksgesamtheit, bewaffnete Organisationen zu bilden und für einen polnischen Kriegsschatz Beiträge zu sammeln für den Krieg gegen Rußland. Die unterzeichneten Parteien waren die folgenden: das Zentralarbeits-Komitee der polnischen sozialistischen Partei, der National-Arbeiterbund, die Unabhängigkeitsorganisation für das Volk und die für die Intelligenz, die polnische sozialistische Partei für Galizien und Oberschlesien und die polnische Fortschrittspartei. In der Hauptsache also waren das Parteien sozialistischer Natur, die zahlenmäßig keine übermäßig große Anhängerschaft haben mögen. Ihr Aufruf wurde beschlagnahmt, aber bekannt durch eine Interpellation im Reichsrat, die den Wortlaut mitteilte und unter dem Schutz der Immunität sein Bekanntwerden vermittelte.

Diese Bewegung wollte offensichtlich die vorhandene Spannung und den möglichen Kriegsausbruch benutzen für einen bewaffneten Aufstand sozialistisch-republikanischer Färbung. Er machte darum die bürgerlichen Parteien und den Adel einigermaßen stutzig. Die Presse wies den Anspruch dieser „vorläufigen Kommission der konföderierten polnischen Parteien" zurück, im Namen der Gesamtheit sprechen zu dürfen, und sprach sich im Anschluß an die Resolution des Landtagsklubs dafür aus, daß man im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Rußland unter allen Umständen auf der Seite Österreichs zu stehen habe. Andererseits aber wollte man für alle Eventualitäten sich doch gerüstet halten, und so empfahl der frühere Minister Glombinski unter ausführlichem Hinweis auf die politische Lage das Folgende:

„Ob die Polen gleichzeitig eine selbständige Haltung als Nation einnehmen und ihre nationalen Rechte durch die Tat unterstützen sollen, das ist die Frage, welche heute alle Gemüter beschäftigt, die bereit sind, für die Verwirklichung der nationalen Ideale ihr Gut und Leben zu opfern. Von einem polnischen „Aufstand" in dem Sinne, alle nationalen waffen-

Digitized by Google

fähigen Kräfte mobil zu machen, kann deshalb keine Rede sein, weil sich heute diese Kräfte überwiegend in den Heeren der Annexionsstaaten betätigen werden. Aber man kann von einer Organisierung der vom Militärdienst befreiten Kräfte, von einer nationalen Bereitschaft für alle Eventualitäten reden." (Słowo Polskie, 8. Dezember 1912.)

Dieser Rat wurde auch ausgeführt, und im Auftrag des Polenklubs hatte der Nationalrat unter dem Präsidium des genannten Ritter von Cienski eine solche Organisation zu schaffen. Ein Komitee aus 70 Mitgliedern wurde gebildet, um für den Fall einer internationalen Verwicklung alle Waffenfähigen, die dem Verbande des österreichischen Heeres nicht angehörten, zu organisieren. Natürlich waren die Sokolvereine dabei sehr lebhaft beteiligt, ebenso wie die in der letzten Zeit in Galizien (und auch im preußischen Anteil) sehr ausgebildeten „Scout"-Vereine[1]).

So sind also in diesem Winter in zwei Organisationen, jener „vorläufigen Kommission" und diesem Bürgerkomitee des Nationalrats, die Polen militärisch vorbereitet und gerüstet worden für den Fall eines Krieges zwischen Österreich und Rußland. Wenn auch die zweite Organisation ängstlich betonte, daß sie an Aufstand und Offensive nicht dächte, so verfolgte auch sie die selbständig polnischen Zwecke, wie folgender Satz beweist: „Grundsatz des Nationalrats ist vorsichtige Reserve nach außen hin bis zu dem Moment, in welchem man sich im Sinne eines verständig und real aufgefaßten polnischen Interesses in entsprechender Weise wird engagieren können und nicht — in den faktischen Folgen — für eine ausschließlich fremde Angelegenheit. Die zeitliche Reserve nach außen hin bedeutet aber nicht gleichzeitig Passivität im Innern; im Gegenteil, der Nationalrat bzw. das Bürgerkomitee sieht eine energische bürgerliche und militärische Organisation der Gesamtheit, welche zur Schaffung einer Volksmiliz führt, für eine bedingungslose Notwendigkeit an." (Kurjer Poznański, 15. Februar 1913.)

Die „vorläufige Kommission" wurde entschieden zurückgewiesen als eine Wiederholung der Versuche von 1831 und 1863, die in bekannter Weise gescheitert seien. Darum wollte eben der Nationalrat in einer etwas realpolitischeren Art sich rüsten, aber, wie nochmals hervorgehoben sei, nicht für Österreich, sondern für Polen: „Der Leitgedanke des Nationalrats und des bürgerlichen Komitees ist: die Vereinigung aller materiellen und moralischen Kräfte der Volksgesamtheit, damit im geschichtlichen Augenblick die Nation einen selbständigen Standpunkt einnehmen und die kräftigste Aktion, die sie zu Wege bringen kann, nach außen entfalten könnte." (Słowo Polskie, 12. Februar 1913.)

[1]) Die Aufnahme dieser bekannten, von England ausgehenden Bewegung bei den Polen zeigt wiederum, wie die Polen alles der nationalen Idee dienstbar machen. Es gibt schon ein polnisches Scout-Handbuch und der englische Gedanke ist bereits direkt polonisiert, indem er mit der polnischen Nationalidee erfüllt worden ist. In dieser Form hat er auch im preußischen Anteil Unterstützung gefunden.

Digitized by Google

So ist die polnische Welt Galiziens in diesem Winter ganz außerordentlich erregt gewesen und hat Veranlassung gehabt, ihre politischen Gedanken durchzudenken, und diese Erregung hat, wenn auch leise, ihre Wellen geschlagen nach dem preußischen und russischen Anteil. Soweit ich das verfolgen konnte, scheint man sich indes da mehr auf Berichte darüber beschränkt zu haben, als selbst Stellung genommen zu haben, was sich aus der strafferen Behandlung der beiden Gebiete durch ihre Regierungen von selbst erklärt. Man kann nicht sagen, daß die ganze Diskussion und Erregung sich durch besondere Klarheit auszeichneten. Die Idee der Angliederung an Rußland und die des alten unabhängigen Polens, die Vorbereitung für den Krieg und die Unterstützung Österreichs, alles ging durcheinander und ließ im ganzen eine entschieden revolutionäre Stimmung und Entschlossenheit nicht erkennen. Da der Kriegsausbruch auch verhindert wurde, sind alle diese Gedanken auch nicht in die Lage gekommen, in Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Als dauernd wichtig aber bleibt aus diesem Winter, daß das Polentum seit langem wieder einmal Gelegenheit zu haben glaubte, im großen eine politische Krisis für sich ausnutzen zu können, und daß es bei aller Unklarheit in den Richtungen doch auch gegenüber Österreich sich vollkommen darüber klar war: zuerst sein Nationalinteresse und dann das des Gesamtstaates sprechen zu lassen. Es ist keine Frage, daß dies auf die Stellung des Polenklubs im Reichsrat und auf das Verhalten der gesamten österreichischen Politik zu ihren Polen zurückwirken muß.

## II. Das außerpreußische Polentum und der Panslawismus.

Wenn es auch den Rahmen dieses Jahrbuches etwas überschreitet, so sei es erlaubt, diese Frage hier zu behandeln, weil sie so außerordentlich wichtig für die polnischen Hoffnungen überhaupt ist. Die unerwarteten Siege der Balkanslawen haben, wie erwähnt, die allslawische Stimmung auch im Polentum trotz aller Verschiedenheiten und trotz des historischen Gegensatzes zu Rußland merklich gesteigert. Das ist zunächst ein allgemeines Gefühl gewesen, das sofort zerfloß, sobald man versuchte, es sich realpolitisch vorzustellen. Die Vorbereitung des Polentums für den Krieg in Galizien war jedenfalls durchaus gegen Rußland gerichtet. Man kann also nicht sagen, daß für den Neopanslawismus das Polentum sich in diesem Winter als ein einheitlicher Faktor bereit gezeigt habe. Damit bleibt aber die alte große Lücke zwischen Nord- und Südslawen nach wie vor bestehen. Und doch sagen die Polen wiederum ganz richtig: „Es gibt keinen Panslawismus ohne Polen". (Niema Slowiańczyzny bez Polski.) (Swiat Slowiański Oktoberheft 1912.) In einer Polemik gegen die „Slawianskija Iszwiestija" sagte dieselbe, ausgezeichnet über allslawische Dinge orientierende, polnische Monatsschrift (April 1913) ganz richtig, daß der russische Neoslawismus mit dem alten Panslawismus übereinstimme in der unbedingten Gegnerschaft gegen Österreich, daß aber dieser ganze, ob alte oder neue, russische Slawismus im polnischen Interesse nicht läge, da die russischen Polen

Digitized by Google

keine einzige Schule hätten und die österreichischen sich voller Freiheit erfreuten. So stand im Grunde gerade die bewußt polnische nationale Richtung gegen die panslawistische Welle, wie von diesen Kreisen auch mit dem Scharfblick des Hasses gleich im Anfang erkannt wurde, daß der Sieg der Balkanslawen eine Niederlage Rußlands sei, denn: „er verschließt ihm auf immer Expansion und politischen Einfluß in jenen Gegenden." (Dieselbe Zeitschrift Oktober 1912.) Und an derselben Stelle war das eigentlich entscheidende Wort dann gesagt: „Die polnischen Interessen verbinden sich mit den Interessen der Südslawen — in der Frage des Dualismus. In Budapest liegt der „tote Punkt" so vieler Fragen. Solange der Dualismus andauert, können wir von Österreich nichts hoffen; solange der Bau der habsburgischen Monarchie andauert, werden wir enteignet werden und werden die Südslawen ihr Blut vergießen." Ich erinnere mich nicht, von polnischer Seite schon einmal so prägnant den ganzen Gegensatz der Polen gegen Deutschland und Österreich wie auch, wenn man den Satz bis in die letzten Konsequenzen überdenkt, gegen den heute bestehenden russischen Staat gelesen zu haben. Statt des Dualismus der Trialismus und damit die Slawisierung Österreichs überhaupt, — das als Voraussetzung des selbständigen polnischen Staates, mindestens einer Lösung auch des preußischen Anteils, weil in diese Erschütterung Österreichs auch das Deutsche Reich mithereingezogen werden würde, — und, da alle slawischen Hoffnungen sich nur auf unbedingt demokratischer Grundlage verwirklichen lassen, die Auflösung des russischen Staates in eine lockere Konföderation von Nationalitäten, an die vielleicht dann auch die Polen im ganzen ihren Anschluß suchen würden — selten einmal ist aus der polnischen Presse dieser ganze Zusammenhang so deutlich geworden, selten einmal der Beweis so klar geführt, daß in dem Begriff des Panslawismus, wie er heute im Schwange ist, die Polen nichts zu suchen haben wollen und daß mithin dieser als Gegensatz zwischen Slawen- und Germanentum, ganz allgemein gefaßt, eine politische Realität nicht ist.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die Beziehungen zwischen Polen und Russen auf der gemeinsamen slawischen Grundlage weiter gepflegt werden. So sprach im Mai 1913 die neue liberale Zeitung Rußlands, die „Ruß kaja Molwa", in einem Artikel des Fürsten Trubeckoj in diesem Sinne, freilich gleich mit dem praktischen Vorschlage, der diesen Gedanken als unmöglich erweist: es müsse erst die russische Politik aufgegeben und den Polen in Rußland mehr entgegengekommen werden, dann würden die Polen gewonnen und die österreichischen Polen herangezogen werden können. Auch der Hinweis des deutschen Reichstagsabgeordneten von Trąpczynski auf die Folgerungen für die Zukunft der Polen und die Betrachtung der „Nowoje Wremja" dazu scheiterten an derselben Schwierigkeit. Umgekehrt vielmehr weisen die Erfahrungen dieses Winters auf die Interessengemeinschaft nachdrücklich hin, die in der polnischen Frage nicht nur Deutschland und Rußland miteinander verbindet,

Digitized by Google

sondern im selben Sinne jetzt auch Österreich. Auch dessen Politik wird sich immer stärker von polnischem Einfluß lösen und Entwicklungen in Galizien nicht aufhalten, die naturnotwendig und politisch geboten sind. Und das ergibt eine gegensätzliche Stellung Österreichs zu seinen Polen, die wenigstens einigermaßen der Stellung Rußlands und Deutschlands ähnlich wird. Rußland hat auch trotz aller panslawistischen Agitation seine praktische Politik gegenüber den Polen nicht verändert. Versuchen wir, diese beiden Sätze in der Betrachtung des russischen und österreichischen Polenanteils noch etwas genauer zu belegen.

## III. Das russische Polentum.

Die wichtigste politische Frage, die in der bezeichneten Zeit die russischen Polen bewegte, waren die Wahlen zur Reichsduma. Diese sind für sie ungünstig ausgefallen, da sie von den bisherigen elf Mandaten im Weichselgebiet nur neun behaupten konnten. In Lodz wurde der jüdische Kandidat gewählt, in Warschau der Sozialdemokrat, der mit Unterstützung der jüdischen Wahlmänner durchkam und, wie zum Hohne auf die Polen, den alten historischen Namen Jagiello führt. Dmowski ist auch diesmal unterlegen. In Kleinrußland und Litauen sind sechs Polen gewählt worden, d. h. in Wolhynien, Kiew und Podolien; dagegen wurde in Grodno und Minsk kein Pole gewählt. Die Dumafraktion ist mithin 15 Mann stark, von denen 8 zur Nationaldemokratie gehören und der Rest sich auf die anderen Parteien verteilt.

Von den politischen Maßnahmen für das Zartum ist nun die Frage der Städteordnung im Zartum entschieden (s. Ostland, 1. Jahrgang, S. 127). Der Reichsrat hat das von der Duma angenommene Gesetz freilich sehr stark verändert. Es wollte die russische Städteordnung von 1892 ausdehnen auf Polen, freilich mit sehr scharfen Kautelen im russisch-nationalistischen Sinne. Auch hier, wie bei den Semstwos im Westgebiet, wurden drei Kurien gebildet: für Russen, für Juden und für die Polen. Das Wahlrecht, das die Duma gewährt hat, hat der Reichsrat sehr stark erschwert. Vor allem hat er die polnische Sprache aus den Verhandlungen der Stadtverwaltungen ausgeschlossen; alle Sitzungen müssen in russischer Sprache stattfinden. Die Juden sind fast ganz von der Teilnahme an der Verwaltung ausgeschlossen. Gegen alle Erwartung hat die Duma das so verstümmelte Projekt angenommen, das somit endlich Gesetz wird. Es geschah gegen die Stimmen der Kadetten, mit den Stimmen der Oktobristen, Rechten und — Polen. Diese kamen dadurch zum offenen Bruch mit den Kadetten, aber ihnen war lieber, daß diese Selbstverwaltung nun endlich Gesetz werde, und daß die Juden, um deretwillen die Kadetten gegen das Gesetz stimmten, darin benachteiligt sind, ist den Polen ja gerade recht.

Eine Freude ist es auch für sie, daß die (auch im 1. Jahrgang besprochene) Mariawitenbewegung anscheinend ihren Höhepunkt schon überschritten hat. Die amtliche Statistik, die keinen Grund hat, die

Digitized by Google

Zahl herunterzudrücken, wies 1909 fast 70 000, 1912 aber noch nicht 50 000 Bekenner dieser Sekte nach. Am stärksten ist der Rückgang in Lodz und Warschau. Danach ist die Furcht nicht mehr begründet, daß eine Bewegung kirchlicher Art sich durchsetzen werde, die gegen den Bund der römischen Kirche mit dem Polentum gerichtet war, und auch die staatliche Anerkennung hat den Mariawiten nichts genützt.

Die Russifizierung der Warschau—Wiener Bahn (Ostland, 1. Jahrgang, S. 129 f.) schreitet energisch voran. Ihr wird durch die Bestimmung nachgeholfen, daß nur die Beamten als fest angestellt zu betrachten sind, die von dem neuen Direktor der Bahn ernannt sind. Alle russischen Beamten haben diese Ernennung sofort bekommen, während die andern, wenn sie auch schon seit Jahren bei der Bahn tätig sind, nur als provisorisch angestellt gelten. Jedenfalls ist dieses wichtige Rückgrat des Verkehrslebens im Zartum jetzt den Polen endgültig aus der Hand genommen.

Daß auch sonst die alte Politik wieder schärfer eingesetzt hat, dafür ist ein Beleg, daß der Apuchtinsche Erlaß wieder streng durchgeführt wird, nach dem den Schülern staatlicher Anstalten der Gebrauch der polnischen Sprache verboten ist. Auch die Filialen der russischen Bauernagrarbank arbeiten rüstig in derselben Richtung weiter, das russische Element in Polen zu stärken; sie haben im Jahre 1912 33 polnische Güter im Weichselgebiet angekauft und unter orthodoxe russische Ansiedler aufgeteilt. Ebenso wird scharf vorgegangen gegen „polnische Propaganda" von Geistlichen und gegen das Halten von „Geheimschulen".

Die Hoffnungen, die man aus der Rede des Ministerpräsidenten Kokowcow (Januar 1913) schöpfte, haben also getrogen. Damals hatte Kokowcow gesagt: „Ihr wohnt in den Grenzen des Königreiches Polen, also in einem Teile Rußlands, aber es verwehrt Euch niemand, Euer Vaterland mit allen Kräften Eurer Seele zu lieben. Das hindert nicht die gemeinsame Arbeit." Man wollte in dieser Äußerung eine Neigung zu einer anderen Politik sehen unter dem Einflusse der kritischen Erörterungen, von denen oben gesprochen wurde. Aber an der Praxis ist nichts geändert worden, wie auch der langjährige Träger der Regierungspolitik im Zartum, der Generalgouverneur Skalon, nach wie vor seines Amtes waltet.

Das bemerkenswerteste Symptom des öffentlichen Lebens im Zartum sonst ist das Hervortreten eines ungeheuer scharfen Antisemitismus. Die antisemitische Stimmung der Polen ist ja nichts Neues. Im letzten Winter aber ist diese im Zartum zu einem schroffen Gegensatz und einem entschiedenen Boykott der Juden gekommen. Der unmittelbare Anlaß war jene Wahl des Sozialdemokraten in Warschau durch die Juden. Die Juden, die einen großen Einfluß auf die Wahl haben, hatten verlangt, daß der zu Wählende wenigstens nicht gegen die Juden sprechen solle. Da auch das von den bürgerlichen polnischen Parteien abgelehnt wurde, verhalfen sie dem Sozialdemokraten zum Sieg, sodaß die Hauptstadt des polnischen Gebietes durch einen sozialdemokratischen Drechslergehilfen vertreten ist. Daran ist die alte Spannung zum Ausbruch gekommen



Digitized by Google

in einem zielbewußten und planmäßigen geschäftlichen Boykott, der mit größter Rücksichtslosigkeit durchgeführt wird. Vor allem kommt die Abneigung gegen den sog. „Litwak" zum Ausdruck, womit der aus Rußland eingewanderte Jude bezeichnet wird, der sich, weil er zumeist vollkommen russifiziert ist, nicht mehr polonisieren läßt, wie die Juden, die in früheren Jahren mit Deutschen und Polen zusammen das Warschauer Großbürgertum geschaffen haben und die rettungslos polonisiert worden sind. Das Ziel dieses Boykotts ist nach Möglichkeit die Ausscheidung des jüdischen Elements aus dem polnischen Wirtschaftsleben im Zartum. Da dieses schon sehr stark entwickelt ist, wird es wahrscheinlich auch siegreich bleiben und mit einer stärkeren Abwanderung der Juden aus dem Zartum gerechnet werden müssen. Aufzuhalten dürfte die Verminderung des jüdischen Elements aus diesen wirtschaftlichen Gründen ebenso wenig sein, wie das im preußischen Anteil der Fall war.

Anhangsweise sei noch hingewiesen auf das in Warschau bestehende polnische „Informationsbureau", weil nach dessen Vorbild 1912 ein gleiches Bureau in Posen eingerichtet worden ist. Das Warschauer Bureau besteht seit 1905 unter Leitung des bekannten Erasmus Piltz und arbeitet auf unparteilicher Grundlage für die Förderung der sozialen Arbeit. Es wird unterhalten von einem „Verein zur Förderung der sozialen Arbeit" und befaßt sich vor allem mit dem Sammeln von Material, besonders für die Abgeordneten in der Duma und im Reichsrat; es hat einen Jahresetat von 80 000 Rubeln.

## IV. Die Polenfrage in Österreich.

Der alte Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen bewegte sich in der Berichtszeit um die Reform des Landtagswahlrechts. Die Ruthenen haben gesetzlich ein Drittel der Abgeordneten, haben aber nicht einmal das seit Jahren durchsetzen können infolge der bekannten galizischen Wahlmanöver und verlangen mindestens 30 Prozent der Mandate sicher. Der Streit darum hat seit langem die Landtagsarbeit lahm gelegt. Jetzt aber wurde der Ausgleich mit besonderem Nachdruck angestrebt, wohl mit unter dem Einfluß der auswärtigen Ereignisse. Sowohl der Statthalter, Graf Bobrzynski, wie der Landmarschall setzten sich dafür ein. Die Ruthenen gaben auch ihre bisherige Taktik, die den Landtag nicht zum Arbeiten kommen ließ, auf, und so begann eine Ausgleichsaktion, die, wie es schien, diesmal zu einem Abschluß führen sollte, nachdem man wohl vier Jahre an ihm gearbeitet hatte. Man verständigte sich über ein neues Wahlgesetz für den Landtag und über die Reform der Bezirksvertretungen durch Konzessionen, die die Polen wirklich machten. Die Arbeit war soweit, daß sie vom Landtage zu sanktionieren war, als plötzlich (April 1913) die fünf polnischen Bischöfe geschlossen dagegen auftraten und damit die Allpolen wie die podolischen Konservativen stützten. Die Bischöfe beriefen sich darauf, daß die Wahlreform das religiöse Leben gefährde und daß in Ostgalizien die Juden Einfluß bekommen würden, mithin durch die Zunahme der griechischen Ruthenen und der Juden der Einfluß des Katholizismus

Digitized by Google

im Landtage beschränkt werde. Damit war die mühsam herbeigeführte Einigung gescheitert, da die Bischöfe mit den Allpolen und den Konservativen zusammen die notwendige qualifizierte Mehrheit dafür ausschließen können. Durch diese starre Haltung des Episkopats wird nun der Landtag nach wie vor arbeitsunfähig bleiben. Dementsprechend ist auch der Statthalter sofort zurückgetreten und durch den Krakauer Konservativen Witold von Korytowski ersetzt worden.

Nach dem Scheitern der Landtagswahlreform wurde der Landtag aufgelöst. Am 30. Juni fanden die Neuwahlen statt, die eine große Überraschung brachten. Die Ruthenen eroberten 15 Mandate, die Polen verloren in Ostgalizien 10. Dadurch hat sich im Landtag das Kräfteverhältnis verschoben. Der Ukrainische Klub zählt jetzt 31 Abgeordnete, da Demokraten, Radikale und der eine gemäßigte Alt-Ruthene zusammen jetzt eine einheitliche Partei bilden, außerhalb deren nur noch der eine Alt-Ruthene (Russophile; bisher 3) steht. Den Polen blieben damit nur noch 42 Mandate, da der Landtag im ganzen 74 gewählte Abgeordnete zählt. Diese 42 zerfallen in 5 Parteien: (ostgalizische) Konservative, Zentrum, Polnische Volkspartei, Allpolen, Polnische Demokraten, von denen nur die Konservativen und die Volkspartei über 10 Mitglieder haben und keine allein die Zahl des Ukrainischen Klubs erreicht.

Der Ausfall der Wahl beweist, wie sehr die ruthenische Bewegung vorangekommen ist und wie sehr die jahrelange Verschleppung der Wahlreform ihnen nützlich gewesen ist. Die Ruthenen werden jetzt noch weniger geneigt sein, weiterhin nachzugeben, und so ist kaum zu erwarten, daß der neue Landtag arbeitsfähig sein wird. Es ist weiter nicht zu vergessen, daß die Ruthenen noch mindestens 10 Mandate verlangen können, wenn nur die tatsächliche Stärke in Frage kommt, daß andererseits aber zu den gewählten polnischen Abgeordneten noch die Kurie der Großgrundbesitzer und eine Anzahl Virilstimmen kommt, sodaß die polnische Mehrheit im Landtage noch nicht bedroht ist. Aber der Ausgang dieser Wahlen zeigt, daß die Stellung der Polen in Galizien von innen heraus ausgehöhlt ist und daß die Tage ihrer unbedingten Herrschaft in Galizien gezählt sind.

Dieser Fehlschlag wirkt auf den Reichsrat zurück, indem die Ruthenen nun wieder dort die Obstruktion beginnen werden, die sie im vorigen Jahre aufgegeben hatten, um so mehr, als man in der Universitätsfrage nicht einen Schritt weitergekommen ist. Wie scharf die Stimmung wieder geworden ist, dafür kann, wenn auch nicht ausschließlich, herangezogen werden, daß am 11. Juni in Lemberg ein polnischer Universitätsprofessor von einem ruthenischen Studenten erschossen worden ist. Die Verhältnisse in Galizien werden dadurch dauernd kritisch und befördern so die oben angedeutete Entwicklung in der Stellung des Staats zu den Polen überhaupt.

Das wurde naturgemäß auf beiden Seiten empfunden. Das Ministerium in Wien hatte sich energisch bemüht, den Ausgleich zustande zu bringen. Es ist auch wohl möglich, daß, wie die polnische Presse behauptete, Graf Berchtold selbst diese ruthenische Frage aufgegriffen hat, wie auch der Freiherr von Aehrental in derselben Richtung tätig war. Der



Digitized by Google

Vorwurf, daß das auf Einfluß von Berlin her geschähe, ist natürlich unberechtigt. Aber auch im Polenklub ist das Bedenkliche dieser Entwicklung erkannt worden. Der neue Obmann, Dr. Leo, wollte bei der Budgetberatung sich für einen Ausgleich mit den Ruthenen aussprechen. Er mußte das unterlassen, weil der gesamte Polenklub sich dagegen aussprach, unterließ aber dafür auch die beabsichtigte Demonstration, daß in dieser Rede die polnische Frage als die wichtigste Frage der europäischen Politik und des Weltfriedens besprochen werden müsse. Man sieht aus solchen Einzelheiten, die an sich die Berichterstattung nicht rechtfertigen würden, deutlich, wie unsicher allmählich der Polenklub überhaupt in seinen Fundamenten wird[1]).

Sonst ist aus Galizien noch zu berichten, daß Anfang April 1913 die Landtagsfraktion ihr tiefes Bedauern über die Anwendung des preußischen Enteignungsgesetzes aussprach. Der zuerst eingebrachte Wortlaut wurde dabei erheblich gemildert, um einstimmig angenommen zu werden. Immerhin wiederholte die polnische Landtagsfraktion jene Erklärung in den Delegationen, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes Konsequenzen für die Stellung der Polen zur auswärtigen Politik Österreichs, d. h. also zum Dreibund, nach sich ziehen werde. Diese Erklärung war insofern überflüssig, als die Erörterung und Haltung im letzten Winter ohnehin gelehrt hat, daß die Polen keine Anhänger des Dreibundes sind.

Für die ruthenische Seite sei noch berichtet über das jetzt statistisch vorliegende Ergebnis der Reichsratswahl von 1907, die zum ersten Male auf Grund des allgemeinen Wahlrechts durchgeführt wurde, in bezug auf das Verhältnis der ukrainischen zur russophilen Richtung. Danach hatte die erstere 72, die letztere 28 Prozent der Stimmen Ostgaliziens, in ganz Galizien die erstere 71, die letztere 29 Prozent. Das bedeutet, daß die ukrainische Richtung, die den engen Anschluß an Österreich im Programm verficht, beinahe drei Viertel aller Stimmen hatte und die Anhänger Rußlands nur über ein Viertel ausmachen. Bezüglich der Stimmverhältnisse zwischen Polen und Ruthenen ergab sich, daß von den 1907 abgegebenen Stimmen 54 Prozent polnische und 46 Prozent ruthenische Stimmen (aller Richtungen) waren. Dem entspricht die Vertretung im Reichsrat noch in keiner Weise. In Ostgalizien im besonderen wurden 63 Prozent aller Stimmen für die Ruthenen und 37 Prozent für die Polen abgegeben; die Polen sind also im Osten in einer hoffnungslosen Minorität.

## V.

Bei der Erregung aus näher liegenden Ursachen ist es begreiflich, daß weder die Hundertjahrfeier der polnischen Beteiligung an den napoleonischen Kriegen noch die Fünfzigjahrfeier des Aufstands

[1]) Der Ukrainische Klub des Reichsrats hat übrigens einen Appell an die öffentliche Meinung Österreichs herausgegeben: „Die österreichische Politik gegen die Ruthenen" (Abgedruckt in der Ukrainischen Rundschau 1912. S. 204—210), der eine, wenn auch nicht ganz objektive, Übersicht über den Tatbestand in den letzten 40 Jahren ergibt.

Digitized by Google

von 1863 bisher größere Bedeutung gewonnen haben. Nur in Paris, wo die Erinnerungen der Emigration am stärksten sind, ist am 22. Januar 1913 die Fünfzigjahrfeier des Aufstandes in größerem Maßstabe begangen worden[1]). Dagegen wird im Herbst die Erinnerung an den Fürsten Josef Poniatowski gefeiert werden.

Zu den vorhandenen polnischen Preßbureaus in Paris und Rom ist seit 1. Februar 1913 ein solches in London hinzugekommen, geleitet von Dr. J. H. Retinger (London W 6, Lancaster Street). Die Wirkung dieses Preßbureaus hat sich schon geltend gemacht mit Artikeln in der englischen Presse, von denen allerdings nur der im „Spectator" von Bedeutung war. Die Tätigkeit dieser Bureaus ist in England und Frankreich unter allen Umständen schädlich. Wenn wir auch bei solchen Artikeln sofort merken, woher sie stammen, und nur lächeln, wenn z. B. die polnische Presse mit Stolz darauf hinweist, daß sich im April ein Artikel über Polen sogar im „Echo d'Alger" fand, so weiß das Ausland das doch nicht und nimmt diese tendenziösen Artikel als objektive Schilderungen auf.

[1]) Über diese polnischen Kreise, die zwar nicht allzuviel bedeuten, aber wegen ihrer Verbindung mit Europa wichtig sind, unterrichtet die Monatsschrift „Bulletin Polonais", herausgegeben von der Vereinigung der ehemaligen Schüler der Ecole Polonaise in Paris.

Digitized by Google

II.

# Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission; das Polentum in Preußen.

Von Erich Zechlin.

Inhalt: I. Tätigkeit der Ansiedlungskommission S. 198. — Novelle vom 28. 5. 1913 S. 198. — Ansiedelung und Besitzfestigung S. 199. — Landerwerbsgeschäft S. 200. — Siedlungstätigkeit S. 201. — Bauern- und Arbeiteransiedelung S. 201. — Tempo der Ansiedlung S. 202. — Reineinnahmen der Ansiedlungskommission S. 202. — Bevölkerungspolitische Wirkungen S. 203. — Ansiedlungsbewerber, Preise S. 206. — Verhältnis der gekauften Fläche zur Gesamt- und zur Gutsbezirksfläche S. 206. — Enteignung S. 207.—II. Das preußische Polentum. Wirkungen des Balkankrieges und der Enteignung S. 207. — Nationalrat S. 209. — Demonstrationen S. 210. — Boykott in Posen S. 211. — Streik in Oberschlesien S. 212. — Landtagswahlen S. 213.

## I. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission.

Durch die Novelle vom 28. Mai 1913 sind erfreulicherweise die Fonds der Ansiedlungskommission wieder aufgefüllt worden. Der preußische Staat hat jetzt seit 1886 im ganzen für seine ländliche Bodenpolitik in Posen und Westpreußen 955 Millionen Mark, also fast eine Milliarde, bereit gestellt. 725 Millionen Mark waren durch die Gesetze vom 26. April 1886, 20. April 1898, 1. Juli 1912 und 20. März 1908 bewilligt, weitere 230 Millionen sind, da jene 725 Millionen im wesentlichen teils schon erschöpft sind, teils im Laufe des Jahres 1913 ausgegeben werden, durch die diesjährige Novelle ausgeworfen. Im einzelnen sind der Staatsregierung durch die verschiedenen Gesetze zur Verfügung gestellt in Millionen Mark für die:

| | Bauernvermehrung | Besitzfestigung | | Domänen und Forstankäufe | Zusammen |
|---|---|---|---|---|---|
| | | bäuerlicher Grundstücke u. Arbeiteransiedlungen | größerer Güter | | |
| 1886 | 100 | — | — | — | 100 |
| 1898 | 100 | — | — | — | 100 |
| 1902 | 150 | — | — | 100 | 250 |
| 1908 | 125 | 75 | 50 | 25 | 275 |
| 1913 | 75 | 100 | 30 | 25 | 230 |
| Zusammen | 550 | 175 | 80 | 150 | 955 |

Dafür sind bis Ende 1912 im ganzen 4250 qkm Land erworben; es sind 20434 Ansiedlerstellen vergeben und 159 Häuslerstellen in

Digitized by Google

staatlichen Arbeitermiethäusern eingerichtet; wohl 150—200000 Menschen sind durch Siedlung und Besitzfestigung den Provinzen Posen und Westpreußen neu zugeführt oder darin festgehalten worden.

Vergleicht man nun die für die Bodenpolitik in der Ostmark bereitgestellten Mittel im einzelnen, so fällt auf, daß durch die Novelle von 1913 für die Bauernvermehrung, die die „Begründung" des Gesetzentwurfs selbst als „Hauptaufgabe" bezeichnet[1]), nur 75 Millionen Mark angefordert und bewilligt wurden, dagegen für die Besitzbefestigung im ganzen 130 Millionen bereit gestellt sind. In der Tat rührt man damit an eine wichtige und in letzter Zeit öfter erörterte Frage: ob auf die Ansiedlung von Bauern oder auf die Besitzfestigung das Schwergewicht der staatlichen Aktion zu legen sei. Nach der Verteilung der Summen in der letzten Novelle hat es den Anschein, als ob die Staatsregierung die Besitzfestigung zurzeit für wichtiger hält als die Ansiedlung; und der konservative Abgeordnete Dr. v. Kries hat es im Landtage geradezu ausgesprochen (Stenogramm vom 11. 3. 1913), daß die Besitzfestigung „der wichtigste Teil des großen nationalen Werkes der Ostmarkenpolitik" sei. Wir können uns diese Auffassung nicht zu eigen machen. Der Gedanke, zunächst den vorhandenen deutschen Besitz nationalpolitisch sichern zu wollen und erst dann an eine energische Siedlung zu gehen, ist auf den ersten Blick gewiß plausibel. Aber es steht ihm doch folgendes entgegen. Einmal kann die Wohltat der Besitzfestigung einem erheblichen Teil auch des deutschen Grundbesitzes, der gefestigt werden möchte, nicht zuteil werden. Von den 14534 Besitzfestigungsanträgen, die im ganzen bis Ende 1912 bei der Mittelstandskasse und der Bauernbank angebracht waren, sind 3905, also 26,8%, zurückgewiesen worden; zumeist, weil die Verschuldung die zulässige Beleihungsgrenze (75%) überstieg. Gerade die Grundstücke, die über 75% verschuldet, also überschuldet sind, und bei denen deshalb die Gefahr, in polnische Hand überzugehen am größten ist, sind von der Festigung ausgeschlossen. Das Feld für Verluste der deutschen Hand wird also doch immer recht groß bleiben, wenn es auch hoffentlich später infolge der Besitzfestigung sich verkleinern wird. Einstweilen ist das noch nicht der Fall; 1910 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) betrug der Reinverlust der deutschen Hand wieder 7916 ha[2]). Insgesamt betrug Ende 1910 der Verlust der deutschen Hand seit 1896: 92764 ha; er ist bis Ende 1912 auf 99400 ha gestiegen.

[1]) Landtagsdrucksache Nr. 1227 (1912/13) S. 3.

[2]) 893 ha durch Spaltung und 7023 ha ungeteilter Besitz. Die Zahlen der Vorjahre seit 1896 s. Ostland I S. 154. Der dort zum Jahre 1909 angegebene Reinverlust von 6300 ha an ungeteilten Besitzungen erfährt eine Änderung durch den Erwerb des Fideikommisses Reisen, das dem preußischen Staat als Rechtsnachfolger der polnischen Edukationskommission zufiel. Da sein Umfang 7626 ha beträgt, ergibt sich für die deutsche Hand in 1909 ein Reingewinn von 1326 ha an ungeteilten Besitzungen; der Gesamtreinverlust des Jahres schrumpft dadurch auf 344 ha zusammen.

Digitized by Google

Was aber die Hauptsache ist, und das ist hier schon vor einem Jahre betont: die Ostmarkenfrage ist ein Problem der Bevölkerungszahl; es kommt darauf an, möglichst viel deutsche Menschen in die vom Polentum bedrohten Bezirke neu hineinzubringen. Wir müssen, wie es Bismarck ausgedrückt hat, die „Verhältniszahl" zwischen Deutschen und Polen zu unseren Gunsten verbessern. Wir brauchen eine stärkere Vermehrung der Schicht der deutschen Bauern und Landarbeiter; ohne eine solche Stärkung der breiten ländlichen Schichten ist es einfach nicht möglich, die Polonisierung der Städte, der gewerblichen Berufe, des gesamten Wirtschaftslebens in Posen und Westpreußen zu verhindern. Zweifellos ist dabei die Besitzfestigung eine wertvolle und unentbehrliche Hilfsaktion; aber die Verstärkung der ländlichen Unterschichten in der Ostmark *über den gegenwärtigen Stand hinaus* ist nur durch die Ansiedlung möglich, und sie und nicht die Besitzfestigung ist deshalb das Hauptstück „des großen nationalen Werkes der Ostmarkenpolitik."

Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission aber war im Jahre 1912 noch geringer als in den Vorjahren. Der besseren Übersichtlichkeit halber seien hier die Hauptzahlen der letzten Jahre wieder zusammengestellt:[1])

| | Angekauft aus polnischer Hand | Angekauft aus deutscher Hand | insgesamt | Genehmigte Vertragsschlüsse | Ausgetanes Stellenland | Der Durchschnittspreis betrug das .....fache des Grundsteuerreinertrags |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | ha | ha | ha | | ha | |
| 1907 | 1 280 | 8 090 | 9 370 | 1660 | 24 066 | 134,6 |
| 1908 | 1 752 | 12 341 | 14 093 | 1526 | 22 020 | 115,1 |
| 1909 | 3 456 | 17 627 | 21 083 | 1386 | 19 619 | 130,8 |
| 1910 | 1 366 | 12 318 | 14 898 | 1598 (—500) = 1098 | 20 697 | 150,6 |
| 1911 | 1 202 | 7 736 | 8 938 | 1443 (—162) = 1281 | 18 066 | 139,7 |
| 1912 | 8 473 | 16 848 | 25 321 | 864 (— 59) = 805 | 10 479 | 144,1 |

Was zunächst den *Landerwerb* betrifft, so scheint danach die Ansiedlungskommission ganz günstig abgeschnitten zu haben; sieht man von den Jahren 1903—1906 ab, in denen durchschnittlich 30 000 ha jährlich gekauft wurden, so hat das Jahr 1912 überhaupt die höchste Ankaufsziffer seit 1886. Aber davon ist einmal, wenn man die Verhältnisse des freien Gütermarkts beurteilen will, abzuziehen das Fürstl. Sułkowski'sche Majorat Reisen (Kr. Lissa und Rawitsch) mit rund 7600 ha, das dem preußischen Staat im Erbgang zugefallen und außerdem größtenteils verpachtet ist. Nur 320 ha kommen davon 1913 zur Besiedlung. Ferner ist in der Ankaufsziffer enthalten die 5 815 ha große (früher dem Herzog von Sachsen-Altenburg gehörige) Herrschaft Behle (Kr. Czarnikau), die übrigens auch bis 1923 verpachtet ist und

[1]) Ostland Bd. I S. 155. Denkschrift der Ansiedlungskommission für 1912.

Digitized by Google

zu zwei Dritteln (3500 ha) aus Wald besteht. Auch dieser Erwerb ist ein glücklicher Zufall und hat natürlich mit dem Gütermarkt nichts zu tun. Es bleiben also rund 12000 ha übrig d. h. ungefähr eben soviel als in den Vorjahren. Man kann deshalb nicht sagen, daß sich 1912 die Marktverhältnisse für die Ansiedlungskommission gebessert hätten. Aus polnischer Hand sind, zieht man Reisen ab, nur 860 ha erworben worden; also noch weniger als in den Vorjahren[1]).

Noch ungünstiger als das Landerwerbsgeschäft aber hat sich das Besiedlungswerk 1912 gestaltet. Es sind im letzten Jahre 864 rechtsgültige Ansiedlungsverträge geschlossen; darunter sind aber 59 Häuslerstellen, die vorher vermietet waren; neu hinzugekommen sind also nur 805 Bauern- und Arbeiterstellen. Damit vergleiche man die Vorjahre! Und die vergebene Fläche, die sonst meist einen Umfang von 20000 ha und darüber hatte, betrug 1912 nur 10479 ha. An Land sind also rund 50% weniger vergeben worden als sonst; die Zahl der Ansiedler hat sich selbst gegen das schlechte Jahr 1910 um fast 300, gegen 1911 um 476 vermindert und nimmt man gar die jährliche Zahl von Ansiedlern zum Vergleich, die früher auch die Regierung für notwendig hielt, um die „Besserung der Verhältniszahl" zu erreichen (1500), so ist man schon fast auf die Hälfte heruntergegangen. Bei den Beratungen der Budgetkommission vom 17. April 1912 ging der Landwirtschaftsminister davon aus[2]), daß 1912 mindestens 1000 Stellen besiedelt werden müßten; dies Minimum hat sich also nicht erreichen lassen.

Dabei war auch im letzten Jahre unter den 805 vergebenen Stellen wieder eine große Zahl Arbeiterstellen (bis zu 2 ha), nämlich 244 gegen 418 (1911), 563 (1910) und 307 (1909). 13 weitere Stellen (2—5 ha) sind Handwerkerstellen; außerdem sind 1912 zwei Restgüter vergeben; für die verschiedenen bäuerlichen Größenklassen bleiben also nur 546 Stellen. Der Rückgang der bäuerlichen Kolonisation ist seit 1909 also noch viel stärker als es nach den Zahlen über die rechtsgültigen Ansiedlungsverträge den Anschein hat: während früher die gesamte, an sich schon viel umfangreichere Kolonisation im wesentlichen reine Bauernkolonisation war, ist sie in den letzten Jahren nicht nur dem Umfange nach erheblich verringert, sondern auch zu einem Drittel (1912: 30%, 1911: 29%, 1910: 35%, 1909: 27%) Arbeiteransiedlung geworden. Ich habe schon vor einem Jahr hier auf die Bedenken hingewiesen, die es hat, die Arbeiteransiedlung auf Kosten der Bauernsiedlung dergestalt in den Vordergrund zu schieben. So wünschenswert die Arbeiteransiedlung an sich ist, es ist unerfreulich, daß durch ihre starke Betonung die bäuerliche Kolonisation noch mehr zusammenschrumpft als es bei dem herrschenden Landmangel

[1]) Die durch den Beschluß vom 10. Oktober 1912 enteigneten Güter erscheinen natürlich noch nicht in der Denkschrift für 1912, da Ende des Jahres das Verfahren noch nicht durchgeführt war.

[2]) Landtagsdrucksache Nr. 296 (21. Leg. Per., V Sess. 1912) S. 17.

Digitized by Google

schon ohnehin der Fall ist. Denn, daß sich nur durch die bäuerliche Kolonisation die populationistischen und nationalpolitischen Ziele erreichen lassen, um derenwillen die Ansiedlungskommission gegründet ist, darüber ist ja ein Zweifel nicht möglich. Zudem ist die nationale Widerstandsfähigkeit der Arbeiter geringer als die der Bauern. So teilte der Dziennik Bydgoski (3. 4. 1913) mit, daß einige Arbeiter, die von der Ansiedlungskommission bei Wongrowitz angesiedelt sind, Mitglieder der „Polnischen Berufsvereinigung", der polnischen Gewerkschaft, geworden seien. Wir wollen aus solchem hoffentlich nur vereinzelten Fall nicht zu viel folgern; auch bei den bäuerlichen Ansiedlern kommen hier und da Fälle nationaler Pflichtvergessenheit, wenn auch nicht so krasser Art, vor. Aber es fehlt den Arbeitern, die ja ohnehin viel weniger fest sitzen, an einem Zusammenschluß und nationalen Rückhalt, wie ihn die Bauern in den Genossenschaften haben; sie unterliegen deshalb in nationalgemischten oder überwiegend polnischen Gegenden auch leichter den polnischen Einflüssen; außerdem sind ja die angesiedelten Arbeiter zum großen Teile gewerbliche Arbeiter und damit auch der politischen Radikalisierung in höherem Maße ausgesetzt. Nach dieser Richtung werden jedenfalls mit der Zunahme der Arbeitersiedlung bald vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssen. —

Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Ansiedlung in absehbarer Zeit wieder wesentlich energischer betrieben wird. Die Landreserve der Ansiedlungskommission, die in früheren Jahren aufgehäuft war, war schon Ende 1911 zu Ende; sie betrug da nur noch 15 000 ha. Im Jahre 1912 ist eine so geringe Fläche ausgelegt, daß Ende 1912 an reinem Stellenland 20 600 ha vorhanden waren. Dazu sind nach einer Mitteilung an die Presse im ersten Vierteljahr 1913 noch über 9300 ha erworben; wieviel davon freilich gleich für die Besiedlung in Angriff genommen werden kann, ist nicht bekannt. Die Fläche von 20 600 ha reicht für 1700 Ansiedler; mehr als 1000 werden aber im laufenden Jahre schwerlich angesetzt werden; es muß ja auch immer eine gewisse Auswahl an Stellen vorhanden sein. Wie schwer das Ansiedlungsgeschäft jetzt ist, sieht man daraus, daß 1912 von 244 katholischen Bewerbern nur mit 8 endgültige Verträge abgeschlossen werden konnten; „hauptsächlich", wie die Denkschrift sagt, „weil es an einer ausreichenden Stellenauswahl fehlte". So lange die Ansiedlungskommission auf freihändigen Landerwerb angewiesen ist, wird das nicht anders werden; vermutlich wird man in Zukunft sehr oft, ebenso wie 1912, unter der Zahl von 1000 Ansiedlern bleiben müssen.

Die Staatsregierung scheint sich auch damit abzufinden, dauernd verhältnismäßig so wenig Ansiedler im Jahre anzusetzen. In der „Begründung" der Novelle von 1913 heißt es, es werde möglich sein, „die Ansiedlungstätigkeit nach Erschöpfung der für sie bereit zu stellenden 75 Millionen ℳ aus den dem Ansiedlungsfonds zuwachsenden laufenden Einnahmen in angemessenem Umfange so lange als notwendig weiterzuführen." Die jetzt für die Bauernvermehrung bereitgestellten 75 Millionen

Digitized by Google

sollen also die letzte Bewilligung dafür sein. Daß die Auffüllungen des Ansiedlungsfonds aufhören müssen, wenn die Rückeinnahmen bei der Kommission die erforderliche Höhe erreicht haben, ist klar. Wie hoch die Reineinnahmen der Kommission nach Erschöpfung der jetzt bewilligten Kapitalien sein werden, läßt sich heute schon kaum genau feststellen. Verzinst man aber die bis jetzt für die Bauernvermehrung ausgesetzte Summe (475 Millionen) mit 2,02 %[1]), die für die Besitzfestigung (125 Millionen) mit 3,3 %, so würden die Reineinnahmen jährlich 13,7 Millionen ℳ betragen. Dazu kommen dann die Zinsen aus der Gesamtsumme der Reineinnahme bis Ende 1911, die 2 Millionen schwerlich übersteigen dürften, und ferner die Zinsen aus der jetzt bewilligten Summe von 75 Millionen ℳ und 130 Millionen ℳ, die nach den obigen Prozentsätzen berechnet zusammen 5,7 Millionen betragen würden. Das ergäbe jährlich 21,3 Millionen oder unter Berücksichtigung der Steigerung der Zinsen aus den Reineinnahmen rund 22 Millionen ℳ im Jahre. Dafür könnten nach den heutigen Güterpreisen 15 000—16 000 ha im Jahre gekauft werden, was an sich etwa für 1200 Ansiedler reichen, aber in der Praxis kaum gestatten würde, mehr als 800—900 Ansiedler im Jahre anzusiedeln.

So ungefähr würde sich das Bild gestalten, wenn für die Bauernvermehrung keine weiteren Fonds angefordert werden sollen. Daß es nicht erfreulich ist, liegt auf der Hand. Vergleicht man die Bewegung der Nationalitäten in den letzten Jahrfünften[2]), so sieht man, daß im Regierungsbezirk Posen die Polen auch von 1905—10 nicht nur absolut, sondern auch relativ schneller zugenommen haben; bei ihnen betrug die Vermehrung 5,8 %, bei den Deutschen nur 5,02; im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nahmen die Deutschen ab, die Polen zu. Auch im Regierungsbezirk Danzig hat sich die Stellung des Deutschtums den Polen und Kaschuben gegenüber verschlechtert. Vorteile sind dagegen erzielt einmal im Regierungsbezirk Bromberg, wo sich die beiden Bevölkerungsteile von jeher ungefähr die Wage hielten und wo auch weitaus am stärksten gesiedelt ist; hier hat das Deutschtum schon seit 1900 für sich und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung schnellere Fortschritte gemacht als die Polen. Und ferner im Regierungsbezirk Marienwerder, wo von 1905—10 zum ersten Mal die Deutschen eine schnellere Zunahme aufzuweisen haben als die Polen (2,74 % gegen 1,94 %), auch die starke Zunahme der Zweisprachigen um 102 % kann man im wesentlichen ihnen gutschreiben. Aber diese höchst erfreulichen Fortschritte sind doch noch recht gering; sie sind lediglich der starken Siedlung von 1902—1909 zu verdanken. Die „Begründung" der letzten Novelle spricht sich selbst darüber aus, welche Folgen das Einstellen des Siedlungswerkes haben würde. Es heißt da (S. 9): „Obwohl der wirtschaftliche Aufschwung der beiden Provinzen besonders dem dortigen

[1]) Diese Schadloshaltung des Staates berechnet die amtliche Denkschrift „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit" S. 72. Von Stumpfe und von Dewitz ist eine noch niedrigere Verzinsung herausgerechnet.

[2]) Siehe die Tabelle auf der nächsten Seite.

Digitized by Google

| | Deutsche | | Polen[1]) | | Deutsch u. polnisch Sprechende | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | überhaupt | v. H. der Bevölkerung | überhaupt | v. H. der Bevölkerung | überhaupt | v. H. der Bevölkerung |
| **Reg.-Bez. Danzig** | | | | | | |
| 1890 | 421 125 | 71,48 | 109 593 | 18,60 | 5 419 | 0,92 |
| 1900 | 477 593 | 71,71 | 93 021 | 13,97 | 4 217 | 0,64 |
| 1905 | 511 423 | 72,10 | 129 545 | 18,26 | 3 727 | 0,53 |
| 1910 | 532 620 | 71,72 | 102 080 | 13,75 | 5 684 | 0,77 |
| **Reg.-Bez. Marienwerder** | | | | | | |
| 1890 | 508 855 | 60,25 | 321 340 | 38,05 | 11 866 | 1,41 |
| 1900 | 529 807 | 59,02 | 344 895 | 38,42 | 11 883 | 1,32 |
| 1905 | 550 262 | 59,01 | 366 663 | 39,32 | 6 673 | 0,72 |
| 1910 | 565 323 | 58,84 | 373 773 | 38,90 | 13 508 | 1,41 |
| **Reg.-Bez. Posen** | | | | | | |
| 1890 | 382 416 | 33,94 | 736 714 | 65,39 | 6 521 | 0,58 |
| 1900 | 385 500 | 32,17 | 806 123 | 67,27 | 5 857 | 0,49 |
| 1905 | 406 587 | 32,20 | 850 869 | 67,38 | 4 008 | 0,32 |
| 1910 | 427 017 | 31,97 | 900 274 | 67,39 | 6 867 | 0,51 |
| **Reg.-Bez. Bromberg** | | | | | | |
| 1890 | 309 756 | 49,56 | 311 410 | 49,82 | 3 600 | 0,57 |
| 1900 | 332 921 | 48,32 | 351 119 | 50,96 | 4 736 | 0,68 |
| 1905 | 354 714 | 48,99 | 365 337 | 50,46 | 3 322 | 0,46 |
| 1910 | 379 400 | 49,66 | 378 919 | 49,60 | 4 929 | 0,65 |

[1]) Die Kaschuben betrugen im Reg.-Bez. Danzig 1890: 8,62%, 1900: 13,34%, 1905: 8,85%, 1910: 13,49% der Gesamtbevölkerung.

Digitized by Google

| | Zunahme (+) oder Abnahme (—) betrug | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | bei den Deutschen | | bei den Polen[1]) | | bei den deutsch-polnisch Sprechenden | |
| | v. H. der Bevölkerung | v. H. der Deutschen | v. H. der Bevölkerung | v. H. der Polen bzw. Kaschuben | v. H. d. Bevölkerung | v. H. der deutsch und polnisch Sprechenden |
| 1890/1900 | + 0,23 | + 13,41 | — 4.63 (+ 4,72) | — 15,12 (+ 74,98) | — 0,28 | — 21,63 |
| 1900/1905 | + 0,39 | + 7,08 | + 4,29 (— 4,51) | + 39,26 (— 29,48) | — 0,11 | — 12,24 |
| 1905/1910 | — 0,38 | + 4,14 | — 4,51 (+ 4,66) | — 21,20 (+ 59,81) | + 0,24 | + 52,51 |
| 1890/1900 | — 1,23 | + 4,12 | + 0,37 | + 7,33 | — 0,09 | + 0,14 |
| 1900/1905 | — 0,01 | + 3,86 | + 0,90 | + 6,31 | — 0,60 | — 43,84 |
| 1905/1910 | — 0,17 | + 2,74 | — 0,42 | + 1,94 | + 0,69 | + 102,43 |
| 1890/1900 | — 1,77 | + 0,81 | + 1,88 | + 9,42 | — 0,09 | — 10,18 |
| 1900/1905 | + 0,03 | + 5,47 | + 0,11 | + 5,55 | — 0,17 | — 31,57 |
| 1905/1910 | — 0,23 | + 5,02 | + 0,01 | + 5,80 | + 0,19 | + 71,33 |
| 1890/1900 | — 1,24 | + 7,48 | + 1,14 | + 12,75 | + 0,11 | + 31,56 |
| 1900/1905 | + 0,67 | + 6,55 | — 0,50 | + 4,05 | — 0,22 | — 29,86 |
| 1905/1910 | + 0,67 | + 6,96 | — 0,86 | + 3,72 | + 0,19 | + 48,37 |

[1]) Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf die Kaschuben.

Digitized by Google

Deutschtum zugute gekommen ist, ist es doch noch nicht so weit erstarkt, daß es aus eigener Kraft den wirtschaftlichen Machtkampf gegen das Polentum mit Erfolg fortführen und eine weitere staatliche Förderung durch Siedlung und Besitzfestigung entbehren könnte. Dazu ist auch die Ansiedlungspolitik von dem zu verfolgenden Ziele, die beiden Provinzen mit einem festgefügten, seßhaften Deutschtum zu durchsetzen und dadurch den Deutschen wirtschaftlich und national das Übergewicht und dem gesamten öffentlichen Leben ein deutsches, die Polen miterfassendes Wesen zu geben, noch zu weit entfernt. Ohne Unterstützung durch weitere Siedlung würden die vielen Wirtschaftsgebilde, die unter der Einwirkung der staatlichen Geldzuflüsse entstanden und noch nicht gefestigt genug sind, zusammenbrechen; in ihren Zusammenbruch würde eine Reihe anderer, selbst gesunder Teile des wirtschaftlichen Gefüges hineingezogen werden. Der deutsche Bevölkerungsteil, dessen Vorwärtsbewegung nur durch die staatliche Siedlung hervorgerufen ist, würde wieder zurückgehen und zwar um so mehr, je mehr die erneute Lähmung des Wirtschaftslebens die Deutschen wie früher zur Abwanderung triebe." Das wird man Wort für Wort unterschreiben müssen; nur steht bei den verhältnismäßig geringen bis jetzt erzielten bevölkerungspolitischen Erfolgen zu befürchten, daß der Rückgang des deutschen Bevölkerungsteils nicht nur bei einem Stillstand der Ansiedlung, sondern auch schon bei dem jetzigen Nachlassen ihrer Intensität eintritt.—

Im übrigen seien für dieses Jahr nur noch einige Einzelheiten aus der Denkschrift hervorgehoben. Die Zahl der Ansiedlungsbewerber ging auf 8128 zurück gegen 8481 (1911) nnd 8276 (1910); zum ersten Mal seit langen Jahren ist statt der Zunahme ein Rückgang eingetreten. Die Preise sind aber weiter gestiegen; es wurden durchschnittlich 1400 ℳ pro Hektar gezahlt gegen 1395 ℳ (1911) nnd 1114 ℳ (1910); der Durchschnittspreis betrug das 144,1fache des Grundsteuerreinertrages[1]). Dabei ist noch zu beachten, daß bei Reisen nur das 103fache des Grundsteuerreinertrags gezahlt wurde; auch bei Behle blieb der Preis für den Hektar unter dem Durchschnitt des Jahres. Die Hoffnung, daß mit dem Nachlassen der Ansiedlungstätigkeit auch die Preise zurückgehen würden, läßt sich kaum noch aufrechterhalten. Land ist noch genug da; in beiden Provinzen hat die Ansiedlungskommission bis jetzt im ganzen 7,71 % der Gesamtfläche und 13,79 % der Gutsbezirksfläche nach dem Stande von 1888 erworben. Auf die einzelnen Kreise verteilen sich ja die Ankäufe in sehr verschiedener Weise; für die Regierungsbezirke und Provinzen verhalten sich die Zahlen so: In Danzig sind insgesamt erworben 2,55 % der Gesamtfläche und 6,47 % der Gutsbezirksfläche von 1888; in Marienwerder 6,15 % und 11,70 %; in ganz Westpreußen 5,03 % der Gesamtfläche und 10,29 % der Gutsbezirksfläche von 1888.

[1]) Über die Vorjahre s. Ostland Bd. I S. 155.

Digitized by Google

Im Regierungsbezirk Posen sind insgesamt gekauft 7,43 % der Gesamtfläche und 12,16 % der Gutsbezirksfläche von 1888; im Regierungsbezirk Bromberg 14,10 % und 22,75 %. In der ganzen Provinz Posen sind 10,07% der Gesamtfläche und 16,29 % der Gutsbezirksfläche von 1888 im ganzen erworben. Dabei wurden noch 1907 in der Provinz Posen 45,99 % der Gesamtfläche, in Westpreußen 36,84 % im Großbetriebe bewirtschaftet. Für die einzelnen Regierungsbezirke waren die Zahlen: Posen 47,52 %, Bromberg 43,56 %, Marienwerder 40,40 % und Danzig 28,73 %. Nur in den pommerschen Regierungsbezirken und im Regierungsbezirk Königsberg wurde ein noch größerer Teil der Gesamtfläche im Großbetriebe bewirtschaftet als in Posen und Bromberg; auf Bromberg folgte Breslau und dann Marienwerder. Erst in größerem Abstande kamen dann Frankfurt, Oppeln usw. Daß ferner der Besitzwechsel im Kampfgebiet sehr groß ist, ist bekannt. Gerade in der Größenklasse von 100—200 ha wechselten im Jahresdurchschnitt von 1896—1910 in Posen und Bromberg 13,1 % bzw. 12,2 % aller vorhandenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke den Eigentümer; die beiden Bezirke standen damit an der Spitze des Staates. Man kann tief davon überzeugt sein, daß die Erhaltung des Großgrundbesitzes in den berechtigten Grenzen absolut notwendig ist (— welches diese Grenzen sind, wird von Regierungspräsident v. Schwerin-Frankfurt in diesem Jahrgang des „Ostland" auseinander gesetzt —) und wird doch sagen müssen, daß die Ansiedlungskommission in den Ansiedlungsprovinzen und selbst in dem Regierungsbezirk Bromberg noch ein sehr weites Feld ihrer Tätigkeit hat. Also es fehlt nicht an Land, auch nicht am Landangebot an sich, aber es verhält sich so, daß das Land, das zu haben ist, meist nicht zu brauchen ist, und was brauchbar wäre, ist meist nicht zu haben. Hier sollte bekanntlich die Enteignung einsetzen. Der Staat hat ja das Gesetz vom 20. März 1908 im vorigen Jahre auch zum ersten Mal angewandt; da aber das Verfahren über die Höhe der Entschädigungen noch vor den Gerichten schwebt, wird diese erste Enteignungsaktion besser erst in der nächstjährigen Übersicht zu besprechen sein. —

## II.

Das preußische Polentum ist im letzten Winter durch zwei Ereignisse beherrscht worden: den Balkankrieg und die erstmalige Anwendung der Enteignung. Daß die Befreiungskämpfe der slavischen Balkanvölker gegen die Türkei auch im preußischen Anteil das Selbstgefühl und die nationalen Hoffnungen des Polentums lebhaft gesteigert haben, ist zweifellos. Zwar ist es in Preußen natürlich zu offenen Erörterungen darüber, auf welche Seite man sich im Falle eines russisch-österreichisch-deutschen Krieges schlagen solle, nicht, wie in Galizien, gekommen; selbst die Vorgänge in Galizien (s. darüber die vorhergehende Übersicht S. 183 ff.) wurden verhältnismäßig wenig diskutiert. Das leitende Blatt der Posener Nationaldemokratie, der Kurjer Poznański, verhielt sich gegen die „Vorläufige Kommission" ablehnend, wozu ihr

Digitized by Google

starker sozialistischer Einschlag und der Umstand, daß ihr Vorgehen nach polnischem Geschmack zu sehr Österreich zugute kam, in gleicher Weise beitrugen; man hielt es mit der abwartenden Taktik des galizischen Nationalrats. Verhältnismäßig wenig wurden ferner auch in konkreter Weise die Folgen erörtert, die sich aus einer großen europäischen Krise für das preußische Polentum ergeben könnten. Nur die Gazeta Toruńska (17. 11. 1912) gab den stillen Hoffnungen polnischer Politiker so Ausdruck: „Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß für uns nützliche Veränderungen nur eintreten werden, wenn Preußen die entscheidende Stimme in Europa verliert. Das würde erst dann der Fall sein, wenn Preußen entweder isoliert sein, oder in einem Kampf auf Leben und Tod mit England und Frankreich begriffen, nicht imstande sein würde, sein Schwert bei der Gestaltung der osteuropäischen Verhältnisse in die Wagschale zu werfen."

Im wesentlichen aber blieb die öffentliche Diskussion sehr allgemein und kam im ganzen über rein gefühlsmäßige und politisch ganz vage Äußerungen nicht hinaus. Man begeisterte sich an den Siegen der Balkanstaaten; man betonte, daß sie ihre überraschend schnell und gegen den Willen Europas errungene endgiltige Befreiung nur ihrer eigenen Kraft und moralischen Tüchtigkeit verdankten, und schöpfte daraus, so seltsam es klingen mag, die Hoffnung, daß ebenso über kurz oder lang auch dem polnischen Volk die Befreiung gelingen werde. So oft, wie sonst in Jahren nicht, ist im letzten Winter im preußischen Anteil dieser Hoffnung Ausdruck gegeben, meist in der Form, daß die moralische Tüchtigkeit und das gute Recht der Polen doch noch einmal das Übergewicht über die brutale Gewalt des preußischen Staates gewinnen würden. So schrieb — um nur ein Beispiel zu geben — der Kurjer Poznański (8. 11. 1912): „Das steht fest, daß diese Siege den in uns an und für sich schon starken Glauben an die Kraft der moralischen Elemente im Leben der Nationen noch mehr gestärkt haben, im Gegensatz zu der brutalen materiellen Übermacht. Diese Übermacht herrscht manchmal lange Jahre; aber ihre Herrschaft nimmt dermaleinst ein Ende, und dann muß sie sich vor dem Übergewicht der moralischen Kräfte beugen, die bisher mit Füßen getreten sind. Die Balkanländer haben das türkische Joch nicht 100, sondern nahezu 600 Jahre getragen, und dennoch schlägt heut für sie die Stunde der Freiheit, nicht nur gegen den Willen der Landräuber (der Preußen), sondern gegen den des ganzen europäischen Konzerts und ungeachtet der Tatsache, daß vor etwa 14 Tagen noch ganz Europa „die Unantastbarkeit des bisherigen Besitzstandes auf dem Balkan" beteuerte."

Das ist der Ton, auf den unzählige Versammlungsreden und Zeitungsartikel gestimmt waren, und es paßt ja dazu durchaus, wenn die kleine polnische Volkspresse mit besonderem Eifer bei jeder Gelegenheit ihre Leser von der sittlichen Verkommenheit des deutschen Volkes zu überzeugen suchte. Bei der Intelligenz aber kam noch hinzu ein Gefühl der Bitterkeit, daß die am höchsten kultivierte der slavischen

Digitized by Google

Nationen noch die politische Freiheit entbehren müsse, die die tiefer stehenden Balkanslaven schon errungen hätten. Ähnlich wirkte die erstmalige Anwendung des Enteignungsgesetzes (s. Ostland Bd. I S. 149), die zeitlich fast genau mit dem Ausbruch des Balkankrieges zusammenfiel; sie brachte auch den breiten Massen der polnischen Bevölkerung ihre politische Lage in verstärktem Maße zum Bewußtsein. Das alles und die langanhaltende Unsicherheit der internationalen Situation bewirkte auch im preußischen Polentum eine lebhafte politische Erregung und hat den Wunsch und die Hoffnung, aus dem preußischen Staat herauszukommen, zweifellos ganz erheblich verstärkt.

Es ist nun aber den Polen, soweit es sich heute bereits übersehen läßt, doch nur in sehr bescheidenem Maße gelungen, diese Erregung *positiv*, zu einer Stärkung oder Zusammenfassung ihrer Organisationen, auszumünzen. Aus der „energischen Verteidigungsaktion" gegen die Enteignung ist nicht viel geworden. Die Vorschläge, die gemacht wurden, waren von vornherein wenig bestimmt; sie liefen auf die Schaffung eines „Nationalrats", eines „Bureaus der Bodenverteidigung" und eines „Fonds der nationalen Verteidigung" hinaus. Ins Leben getreten ist davon nur der „Nationalrat"[1]). Die Gründung eines „Nationalrats", einer obersten leitenden politischen Stelle, hatte schon vor Jahren Napieralski angeregt und auch der Prälat Wawrzyniak hat sich noch kurz vor seinem Tode (November 1910) bemüht, das Zentralwahlkomitee dazu auszugestalten. Aber wie sich damals die Demokraten dem Ausbau des unter konservativem Einfluß stehenden Zentralwahlkomitees zu einem Nationalrat widersetzt haben, so waren es jetzt die Konservativen, die Schwierigkeiten machten — aus Furcht, auch dies Organ werde der ohnehin schon übermächtigen Nationaldemokratie in die Hand fallen. Eine Posener Korrespondenz des konservativen Krakauer „Czas" (15. 12. 1912) schildert diese Besorgnisse und zugleich das Stärkeverhältnis der beiden Parteien so anschaulich, daß ich ihre wichtigsten Sätze doch hierher setzen möchte: „Die einzig ernstlich organisierte politische Gruppe in Posen ist die Partei der Nationaldemokratie. Geschickt geleitet, bemächtigt sie sich bald offen durch einen raschen Angriff, bald versteckt eines Vorpostens im Lande nach dem andern. Sie handelt dabei mit großer Sachkenntnis. Es ist ihr um das Wesen der gegebenen Aktion oder Einrichtung zu tun, nicht um den äußeren Schein. Sie besetzt deshalb gewöhnlich nicht alle Posten und Stellen der sozialpolitischen Position, die sie zu beherrschen beabsichtigt, sondern gerade nur soviel, um sich die Herrschaft, den andern aber den Schein der Mitwirkung zu sichern. Auf diese Weise bemächtigte sich die Nationaldemokratie verschiedener wirtschaftlicher Vorposten; sie beherrscht

[1]) Auf Grund der Beratungen des Zentralwahlkomitees und der Reichs- und Landtagsfraktion vom 2. und 3. April 1913. Er setzt sich zusammen aus 9 Vertretern des Zentralwahlkomitees, 5 der Reichstags-, 3 der Landtagsfraktion und 2 Mitgliedern des Herrenhauses. Seine Tätigkeit hat er Anfang Juli begonnen.



Digitized by Google

ferner den Straſch-Verein und unſere Vertreterſchaft in Berlin und möchte ſich jetzt auch des Nationalrats bemächtigen." Demgegenüber könnten „im Großherzogtum Poſen die antinationaldemokratiſchen Elemente, obwohl ſie hier vielleicht am ſtärkſten ſind, bei dem Mangel einer Organiſation und gemeinſamen Taktik vorläufig nicht in Betracht gezogen werden." Immerhin brachte es der Widerſtand der Konſervativen dahin, daß dem Nationalrat lediglich eine beratende Rolle zugewieſen wurde. Und da er einſtweilen auch über ein größeres Kapital als 70000 ℳ nicht verfügt — eben genug, wie ein polniſcher Kritiker ſagte, um ein Bureau zu unterhalten —, ſo iſt dieſe polniſche Schöpfung noch nicht ſehr bedeutungsvoll. Damit iſt das, was der letzte Winter bis jetzt poſitiv für das Polentum ergeben hat, eigentlich ſchon erſchöpft; höchſtens könnte man noch das „Informationsbureau" nennen, das Anfang Januar 1913 in Poſen von konſervativer Seite ins Leben gerufen wurde und das die polniſchen Abgeordneten und die Preſſe mit ſtatiſtiſchem Material verſorgen ſoll. Die wichtige Frage, ob die polniſchen Organiſationen unter dem Eindruck der Enteignung einen Zuſtrom von Mitgliedern gehabt haben, läßt ſich heute freilich noch nicht beantworten; nach den bisherigen Beobachtungen ſcheint es in größerem Umfange nicht der Fall geweſen zu ſein. Aber man darf dabei nicht außer Acht laſſen, daß in den letzten Monaten eine ungewöhnlich große Zahl kleiner polniſcher Zeitungen gegründet iſt (ſo in Schwetz, Berent, Löbau, Neuſtadt (Weſtpr.), Schrimm, Schildberg, Schroda) und daß ſich die Ergebniſſe dieſer intenſiveren Agitation erſt in der Zukunft zeigen werden.

So hat ſich einſtweilen die politiſche Erregung des letzten Winters im weſentlichen in zahlloſen Proteſtkundgebungen und -Verſammlungen gegen die Anwendung der Enteignung kundgetan und weiter — zum erſten Mal wieder ſeit langer Zeit — in Straßendemonſtrationen, die an den Jahrestagen der Aufſtände von 1830 und 1863 (29. 11. und 22. 1.) und dann wieder am 20. und 21. Juli ſtattfanden. Es kam dabei, namentlich bei der Fünfzigjahrfeier des Aufſtandes von 1863, zu lebhaften Kundgebungen für die Unabhängigkeit Polens; den Saal des „Bazar Poznański", in dem eine Verſammlung ſtattfand, ſchmückten Inſchriften wie „Gebt uns das Vaterland wieder" und „Polen wird wieder auferſtehn" und auf der Straße wurden dann die bekannten polniſchen Nationallieder geſungen. — In das Kapitel der Demonſtrationen gehört auch die Enteignungsinterpellation im Reichstage (29. und 30. Januar 1913), die bekanntlich zur Annahme eines Mißtrauensvotums gegen den Reichskanzler führte; auch die Ablehnung der Heeres- und Deckungsvorlagen durch die Polen und der Beſchluß der Landtagsfraktion, ſich an den Jubiläumsfeierlichkeiten nicht zu beteiligen, ſeien gleich hier regiſtriert. Übrigens beſtanden die Jubiläumsartikel der preußiſchen Polenpreſſe durchweg aus einer Aufzählung der während der Regierungszeit des Kaiſers erlaſſenen antipolniſchen Geſetze.

Während dieſe Berliner Kundgebungen den Zweck hatten, vor dem Auslande für die polniſche Sache Propaganda zu machen, oder

Digitized by Google

dem tiefen Gegensatz und Haß gegen den preußischen Staat und sein Oberhaupt Ausdruck zu geben, suchte man in den Kampfprovinzen vor Weihnachten den Boykott der polnischen Konsumenten gegenüber den deutschen Kaufleuten und Gewerbetreibenden möglichst zu verschärfen und auf diese Weise sich für die Enteignung schadlos zu halten.

In zahllosen Versammlungen wurde für den Boykott agitiert; die polnische Geistlichkeit machte ebenfalls ihren großen Einfluß auf das Volk dahin geltend; selbst auf der Straße wurden Polen von dem Betreten deutscher Geschäfte zurückgehalten. Eine Untersuchung des polnischen Boykotts, seiner Geschichte und seiner Eigenart, wäre eine ebenso reizvolle wie dankenswerte Aufgabe. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Liga Polska schon 1848 den Boykott mit aller Schärfe gegen die deutschen Gewerbetreibenden anwandte, daß aber andererseits die deutsche Presse es damals ablehnte, dem deutschen Publikum das gleiche Mittel gegenüber den Polen zu empfehlen.[1]) Und ferner muß immer wieder betont werden, daß es nicht der Hauptzweck des polnischen Boykotts ist, die Deutschen zu schädigen, wenn das auch natürlich nebenher geht; sondern man will dadurch in erster Linie den eigenen gewerblichen Mittelstand fördern. Das wird schon in der polnischen Presse der sechziger Jahre deutlich ausgesprochen. Um ihrem neuerwachsenden Mittelstande die polnische Kundschaft zuzutreiben, haben die Polen Jahrzehnte hindurch tagaus, tagein den Boykott gepredigt; er war ihnen zu ihrem wirtschaftlichen Aufsteigen durchaus unentbehrlich. Er sichert dem polnischen Kaufmann mit der polnischen Kundschaft auch die Existenz, und schon aus diesem Grunde, ganz abgesehen von dem verschärften nationalen Gegensatz, werden die Polen nicht aufhören, das „Swój do swego“ (Jeder zu seinem Landsmann) ihren Massen einzuschärfen. Es war eine gänzliche Verkennung dieser Verhältnisse, wenn der „Verband Posener Detailliſten“ im November, nach der Verschärfung des polnischen Boykotts, mit einer Eingabe hervortrat, die darin gipfelte, „die Regierung möchte von allen weiteren Enteignungen absehen, und dadurch ein friedliches Einvernehmen mit unseren polnischen Mitbürgern, das wir ... wünschen, zum Vorteile der schwer geschädigten deutschen Kaufmannschaft und des deutschen Gewerbes wieder herbeiführen.“ Wie nach dem Gesagten nicht anders zu erwarten, hat kein polnisches Blatt auf diese und ähnliche Friedensanerbietungen irgendwie reagiert. Vielmehr blieb den Deutschen nichts übrig, da in der Tat eine Schädigung des deutschen gewerblichen Mittelstandes drohte, als nun ihrerseits die deutschen Kaufleute usw. zu unterstützen und die polnischen Geschäfte zu boykottieren. Dieser Gegenboykott ist mit Nachdruck durchgeführt worden, namentlich dank der Verfügung des Posener Regierungspräsidenten vom 5. Dezember 1912, die unter Bezugnahme auf den Staatsministerialerlaß vom 12. April 1898 die Beamtenschaft eindringlich ermahnte, nur bei Deutschen zu kaufen, und die vom Ansiedlungs-

[1]) Jaffé, Geschichte der Stadt Posen S. 215 Anm. 1, Seite 313—15.



Digitized by Google

präsidenten, dem Bromberger Regierungspräsidenten, dem Generalkommando usw. nachgeahmt wurde; ferner dank der sehr energischen Agitation des Deutschen Ostmarkenvereins, der in verschiedenen Städten, besonders in Posen, „Führer durch die deutschen Geschäfte" herausgab und dadurch die Durchführung des Boykotts erst praktisch möglich machte. Das Ergebnis dieses Kampfes ist exakt natürlich nicht festzustellen[1]). Aber im allgemeinen ist es kaum zweifelhaft. In der polnischen Presse wurde zugegeben, daß „der Boykott uns mehr Schaden zugefügt hat als den Deutschen" (Czas, 9. 5. 1913), und das ist auch der Eindruck auf deutscher Seite: die Mehrzahl der deutschen Kaufleute machte trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Depression ein besseres Weihnachtsgeschäft als 1911. Offenbar rührt dies Ergebnis daher, daß bisher noch viel mehr Deutsche in polnischen Geschäften kauften als umgekehrt, und daß die deutsche Bevölkerung die kaufkräftigere ist. In der Hauptsache hat sich freilich der Güteraustausch auch schon vorher getrennt innerhalb der Nationalitäten vollzogen; an manchen Orten war auch eine Verschärfung des polnischen Boykotts kaum noch möglich, so daß, im ganzen betrachtet, aus der Gewinn- und Verlustrechnung für beide Seiten nicht allzu bedeutende Ergebnisse herauskommen dürften. Das sehr erfreuliche Resultat aber bleibt, daß der deutsche gewerbliche Mittelstand durch den deutschen Gegenboykott vor Schaden jedenfalls bewahrt geblieben ist. Polnischerseits aber hat man die Agitation für den Boykott wieder auf das für den Deutschen zumeist nicht übersehbare Feld der Zeitungsartikel und der persönlichen Einwirkung zurückverlegt, in der leider nicht ganz unberechtigten Hoffnung, daß dann die deutsche Lauheit in nationalen Dingen allmählich wieder hervortreten würde.

Auf einen zweiten wirtschaftlichen Kampf, der aus national-politischen Gründen ausbrach und gleichfalls für das Polentum erfolglos war, auf den Bergarbeiterstreik in Oberschlesien, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden; er ist an anderer Stelle (S. 303 ff. dieses Bandes) behandelt. Es war das erste Mal, daß in Oberschlesien im nationalen Kampfe von der dort ausschlaggebenden polnischen Organisation, der Polnischen Berufsvereinigung, in großem Umfange das Mittel des Streiks angewandt ist. Frühere Ausstände in Oberschlesien waren stets nur ganz lokaler Natur gewesen; diesmal zuerst gelang die Inszenierung eines großen und vorzüglich organisierten Streiks, und zwar, wie nicht genug betont werden kann, eines Streiks aus national-politischen Motiven. Die Gefährlichkeit der Lage in Oberschlesien, wo mit dem nationalen Fanatismus sich der scharfe Klassengegensatz der Industriebezirke verbindet, wurde dadurch grell beleuchtet. Daß dieser

[1]) Das polnische Informationsbureau hat im Februar d. J. eine Enquete unter den polnischen Handels- und Gewerbetreibenden veranstaltet, ob die vermehrte polnische Kundschaft für die polnischen Geschäfte den Schaden ausgeglichen hat, der durch das Fernbleiben der deutschen Kundschaft entstanden ist. Resultate dieser Enquete sind bis jetzt nicht veröffentlicht.

Digitized by Google

Streik in einem Augenblick wiederholt wird, der für die national-polnischen Interessen und in wirtschaftlicher Hinsicht günstig erscheint, ist so gut wie sicher; ebenso ist klar, welche große Stärkung des Polentums die Folge sein würde, wenn die Polnische Berufsvereinigung einmal siegreich bliebe. Um so notwendiger und dringlicher ist deshalb die deutsche Gegenarbeit. Die Methoden für sie sind ja in Oberschlesien längst gefunden; zum Teil wird sie auch schon in mustergültiger Weise durchgeführt (vgl. Ostland Bd. I S. 27 ff. und 205 ff., besonders Bd. II S. 123 ff.). Aber es ist nicht zu leugnen, daß der Staat sowohl wie die Industrie noch erheblich größere Mittel aufwenden könnten und müßten; im Verhältnis zu der Wichtigkeit und Dringlichkeit der oberschlesischen Polenfrage geschieht doch noch viel zu wenig. Ist die oberschlesische Bevölkerung erst einmal so bewußt polnisch geworden wie in Posen, so ist es zu einer Lösung der dortigen Polenfrage zu spät. Solange aber noch die Möglichkeit besteht, mit Erfolg die oberschlesische Bevölkerung im deutschen Sinne zu beeinflussen, müßte der Staat mit größtem Nachdruck darauf hinarbeiten; was die Gegenwart etwa in Oberschlesien versäumt, wird zum guten Teil in Zukunft überhaupt nicht nachzuholen sein. Auch die Industrie könnte in ihrem eigensten Interesse, wie der diesjährige Streik zeigt, für nationale Zwecke noch ganz bedeutend mehr leisten, wenn ja auch z. B. auf dem Gebiete der Wohlfahrtseinrichtungen schon viel geschehen ist. Gerade jetzt, nach der Niederlage der Polnischen Berufsvereinigung, wo vermutlich durch die polnische Arbeiterschaft ein Gefühl der Enttäuschung geht, müßte die deutsche Arbeit in stark vergrößertem Umfange fortgeführt werden, und nichts ist mehr zu wünschen, als daß Staat und Industrie in Zukunft mit vereinten und verstärkten Kräften daran gehen, Gefahren vorzubeugen, deren Eintreten in diesem Jahre zum ersten Mal im Bereich der Möglichkeit war.

Zum Schluß noch ein Wort über die Landtagswahlen. Das wichtigste war, daß das Kompromiß, das bei den Reichstagswahlen in Oppeln zwischen dem deutschen Wahlverein und dem Zentrum geschlossen wurde, ebenso wie bei der Landtagsersatzwahl 1912 auch jetzt erneuert wurde; es wurde ferner ein gleiches Kompromiß in Pleß-Rybnik und in Ratibor sowie in dem westpreußischen Wahlkreise Neustadt-Karthaus-Putzig geschlossen. Infolgedessen gingen den Polen ihre beiden Mandate in Pleß-Rybnik und Ratibor verloren (das in Oppeln hatten sie schon bei der Ersatzwahl 1912 eingebüßt); die drei oberschlesischen Mandate, die sie 1908 mit Hilfe des Zentrums gewonnen hatten, sind ihnen also jetzt mit Hilfe des Zentrums wieder abgenommen. Auch in Karthaus-Putzig hat die bis dahin übergroße polnische Majorität große Einbuße erlitten. Es ist das persönliche Verdienst des Regierungspräsidenten v. Schwerin in Oppeln, das oberschlesische Zentrum in den dortigen national gefährdeten Wahlkreisen auf die deutsche Seite hinübergezogen zu haben. Wenn auch die betreffenden Zentrumsorganisationen nicht einhellig, in Westpreußen noch weniger als in Oberschlesien, diese Politik mitgemacht haben, so ist doch die Erneuerung und besonders die

Digitized by Google

Ausdehnung dieses Kompromisses höchst erfreulich, und auf die Dauer kann dies Verhalten der lokalen Organisationen auf die allgemeine Stellung des Zentrums zur Polenfrage schwerlich ohne Einfluß sein. Einzelne Ansätze dazu sind auch schon vorhanden; allerdings ist auf der anderen Seite leider durch die Schuld des Zentrums die Ostmarkenzulage für die Reichsbeamten endgültig gestrichen worden. Daß sich aber das Verhältnis der Polen zum Zentrum, das so schlecht ist wie möglich, in absehbarer Zeit ändert, kann als ausgeschlossen gelten: die polnische Presse überbietet sich fortgesetzt in heftigen Angriffen auf deutsche Katholiken und deutsch-katholische Geistliche; man sieht in ihnen, da sie angeblich die polnischen Parochianen germanisieren, die schlimmsten Feinde des Polentums und Beleidigungsklagen deutsch-katholischer Pfarrer gegen polnische Redakteure sind daher, besonders in Westpreußen, an der Tagesordnung. Außerdem hat das Zentrum durch seine Politik drei Mandate im Osten gewonnen (1 in Oppeln, 1 in Ratibor, 1 in Konitz-Tuchel); freilich sind ihm dafür in Rheinland-Westfalen, wo die Polen Stimmenthaltung übten, drei Mandate (Dortmund, Bochum-Gelsenkirchen und Mülheim (Ruhr)-Hamborn) verloren gegangen.

Im übrigen verliefen die Wahlen ohne Verschiebungen im nationalen Besitzstande. In Posen erhielten die Nationalliberalen, entsprechend dem vor den Reichstagswahlen geschlossenen Kompromiß, je ein Mandat von Konservativen uud Freisinn (Gnesen-Witkowo und Posen-Land). Auf polnischer Seite kam es bei der Aufstellung der Kandidaten diesmal nur zu wenigen und belanglosen Streitigkeiten; man wollte dem Gegner nach den Ereignissen des Winters nicht das Bild der Zersplitterung gewähren. Die Polen behielten 10 Mandate (7 in Posen, 3 in Westpreußen.)

Zieht man das Fazit, so haben die Polen im letzten Jahre zwei Mandate eingebüßt; sie haben in den wirtschaftlichen Kämpfen in Posen und Oberschlesien eine Niederlage erlitten und auch den Ausbau ihrer Organisationen nur in unvollkommener Weise erreicht. Aber ihre Erbitterung gegen den preußischen Staat hat sich erheblich vertieft und ihre nationalen Hoffnungen haben einen neuen und starken Aufschwung genommen. Und vor allem darf man nicht vergessen, daß das allmähliche wirtschaftliche Sich-Vorschieben der Polen auf dem Lande und besonders in der Stadt, worin ihre Hauptstärke und für uns die Hauptgefahr liegt, nicht von Jahr zu Jahr erkennbar ist; weitgehende Schlüsse darf man schon deshalb aus den Ereignissen des letzten Jahres nicht ziehen.

Digitized by Google

## III.

# Die Besitzbefestigung.

Von Albert Dietrich.

Inhalt: 1. Posen und Westpreußen. Die Novelle vom 28. Mai 1913 S. 215. — Entwicklung und Stand der Besitzfestigung in Posen und Westpreußen bis 31. 12. 12 S. 216. — Die Größe der an der Besitzfestigung beteiligten bäuerlichen Grundstücke S. 216. — Die Bedeutung der starken Beteiligung von Grundstücken unter 5 ha S. 217. — Die Vermittlungs- und Aufteilungstätigkeit der Besitzfestigungsbanken S. 217. — Der Besitzwechsel gefestigter Grundstücke S. 218. — Die Besitzfestigung vom bevölkerungs-politischen Standpunkt S. 219. — Statistik des national-politisch gebundenen Grundbesitzes S. 220. — 2. Ostpreußen, Pommern, Schlesien. Das Anwendungsgebiet des Besitzfestigungsgesetzes vom 23. Juni 1912 S. 224. — Karte des gesamten Besitzfestigungsgebiets S. 224. — Die Schlesische Landgesellschaft m. b. H. S. 225.

### 1. Posen und Westpreußen.

Durch die Novelle vom 28. Mai 1913 zum Ansiedlungsgesetze vom 26. April 1886 ist der Fonds zur Festigung bäuerlicher Güter um 100 Millionen auf 175 Millionen, der Fonds zur Festigung größerer Güter um 30 Millionen auf 80 Millionen erhöht worden. Dabei sei erwähnt, daß aus dem ersteren auch die Mittel zur Seßhaftmachung von Arbeitern auf dem Lande fließen. Die Auffüllung der Besitzfestigungsfonds war notwendig geworden, da ihre Erschöpfung gleich der des Ansiedlungsfonds unmittelbar oder in voraussehbarer Zeit bevorstand.

Nach der Denkschrift der Ansiedlungskommission für das Jahr 1912 waren bis Ende dieses Jahres Rentengegenwerte im Betrage von 70 955 000 ℳ aus dem Fonds zur Besitzfestigung bäuerlicher Grundstücke und im Betrage von 28 759 000 ℳ aus dem zur Besitzfestigung größerer Güter ausgezahlt.

Die folgende Aufstellung zeigt die Ergebnisse der Besitzfestigung bis Ende des Jahres 1912. Sie ergibt für letzteres Jahr wiederum eine nicht unbedeutende Steigerung, namentlich nach der Zahl der durchgeführten Besitzfestigungen. Ein gleich erfreulicher Fortgang darf für das Jahr 1913 angenommen werden, da die beiden Besitzfestigungsbanken, die Deutsche Mittelstandskasse in Posen und die Deutsche Bauernbank in Danzig bei Beginn des Jahres mit der Abwicklung von 1188 (Posen) und 1690 (Westpreußen) insgesamt 2878 Besitzfestigungssachen befaßt waren.

Digitized by Google

Gefestigt sind:

| | Jahr | Posen | | Westpreußen | | Posen und Westpreußen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Zahl | Größe ha | Zahl | Größe ha | Zahl | Größe ha |
| a) bäuerliche Grundstücke | 1906 | 55 | 937,97 | — | — | 55 | 937,97 |
| | 1907 | 396 | 8230,38 | 109 | 3855,89 | 505 | 12086,27 |
| | 1908 | 656 | 13238,27 | 679 | 18232,52 | 1335 | 31470,79 |
| | 1909 | 522 | 9500,19 | 559 | 12944,16 | 1081 | 22444,35 |
| | 1910 | 666 | 10820,64 | 636 | 13931,08 | 1302 | 24751,72 |
| | 1911 | 915 | 15126,68 | 649 | 14280,11 | 1564 | 29406,79 |
| | 1912 | 1010 | 14024,— | 735 | 16180,36 | 1745 | 30204,36 |
| Zusammen am 31. 12. | 1912 | 4220 | 71878,13 | 3367 | 79424,12 | 7587 | 151302,25 |
| b) größere Güter | 1909 | 6 | 3769 | 12 | 5030,84 | 18 | 8799,84 |
| | 1910 | 12 | 8770 | 27 | 9286,02 | 39 | 18056,02 |
| | 1911 | 22 | 15065 | 30 | 13800,— | 52 | 28865,— |
| | 1912 | 14 | 6461 | 41 | 16651,89 | 55 | 23112,89 |
| Zusammen am 31. 12. | 1912 | 54 | 34065 | 110 | 44768,75 | 164 | 78833,75 |

c) bäuerliche Grundstücke und größere Güter zusammen in Posen und Westpreußen am 31. 12. 1912. . . . . 230136 ha.

Die folgende Aufstellung ordnet die gefestigten bäuerlichen Grundstücke nach ihrer Größe:

| | unter 2 ha | von 2 bis 5 ha | von 5 bis 10 ha | von 10 bis 20 ha | von 20 bis 50 ha | von 50 bis 100 ha | von 100 und mehr ha | insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Posen . . . . . | 544 | 688 | 967 | 1034 | 740 | 155 | 92 | 4220 |
| davon im Jahre 1912 | 184 | 176 | 236 | 218 | 139 | 41 | 16 | 1010 |
| Westpreußen . . | 374 | 557 | 736 | 683 | 587 | 287 | 143 | 3367 |
| davon im Jahre 1912 | 115 | 140 | 148 | 148 | 113 | 44 | 27 | 735 |
| Im ganzen . . . | 918 | 1245 | 1703 | 1717 | 1337 | 442 | 235 | 7587 |
| davon im Jahre 1912 | 299 | 316 | 384 | 366 | 252 | 85 | 43 | 1745 |

Von Interesse ist die außerordentlich starke Beteiligung kleiner Besitzungen an der Besitzfestigung. Fassen wir die Grundstücke bis zu 5 ha zusammen, so sind dies in Posen 1232 oder 29,2 %, in Westpreußen 931 oder 27,7 %, zusammen 2163 oder 28,5 % der gefestigten bäuerlichen Grundstücke.

Digitized by Google

Die Festigung dieser Besitzgrößen ist besonders erwünscht, weil in ihnen bekanntermaßen absolut wie verhältnismäßig der stärkste Besitzwechsel stattfindet; was in Posen und Westpreußen gleichbedeutend damit ist, daß bei diesen Besitzgrößen die Gefahr, in polnische Hand überzugehen, am größten ist.

Etwa drei Viertel dieser kleinen Grundstücke sind als Arbeiterstellen anzusprechen. Es erhellt ohne weiteres, daß es eines der erstrebenswertesten Ziele der Besitzfestigung ist, den Stamm an deutschen Arbeitern, die noch in der Ostmark heimisch und an Zahl gar nicht so gering ist, wie man vielfach annimmt, zu erhalten. Gelingt dies, so bleibt auch die Grundlage für eine allmählich fortschreitende Arbeiteransiedlung erhalten. Denn diese wird sich, im Gegensatz zur Bauernansiedlung, in erster Linie auf die eingeborenen deutschen Elemente stützen müssen. Die Bedeutung der Besitzfestigung in dieser Hinsicht wird auch in keiner Weise abgeschwächt, insoweit sie Sachsengänger, also Besitzer betrifft, die außerhalb der Provinz Arbeit nehmen. Im Gegenteil: die Wiege eines deutschen Stammes in dem großen Heere der meist fremdnationalen Wanderarbeiter zu festigen, liegt im Interesse des Gesamtstaates; aber auch der Ostmark selbst, denn die Festigung seines Besitzes wird den deutschen Sachsengänger davon abhalten, im Westen seßhaft zu werden. Sie bewirkt, daß sein wirtschaftliches Schwergewicht in der Heimat bleibt.

Das vierte Viertel dieser kleinen Stellen setzt sich aus landwirtschaftlich und gewerblich gemischten Betrieben zusammen, bei denen jedoch das Gewerbe — Gastwirtschaft, Müllerei, Ziegelei, Stellmacherei, Schmiedehandwerk usw. — zumeist überwiegt. Ihre Besitzfestigung ist insofern von Wichtigkeit, als auf diese Weise die gewerblichen Berufe in deutscher Hand verbleiben und so die notwendige Möglichkeit des Austausches zwischen den einzelnen Berufsständen und Schichten der Bevölkerung nicht zum Schaden der Deutschen verloren geht.

Von wachsender Bedeutung ist die Tätigkeit der Besitzfestigungsbanken als Vermittelungsstellen für Grundstücks-An- und Verkäufe. Mit den Jahren haben die Banken einen umfassenden Überblick über den Gütermarkt ihrer Provinzen gewonnen. Durch vorsichtiges aber sicheres Eingreifen haben sie sich das Vertrauen weitester Kreise der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung erworben, sodaß Angebot und Nachfrage sich mehr und mehr von selbst bei ihnen konzentrieren. Von Westpreußen, wo die Besitzfestigung überhaupt geringeren Widerständen begegnet als in Posen, gilt dies im besonderen Maße. Auch auf dem Gebiete der Grundstücksvermittelung bewährt sich das Handinhandarbeiten mit den genossenschaftlichen Organisationen. Schon heute kann von beiden Provinzen gesagt werden, daß infolge dieser Mittlertätigkeit der Besitzfestigungsbanken jene Nervosität, die früher den Gütermarkt hier beherrscht hat, im wesentlichen gewichen ist.

Digitized by Google

Durch die Besitzfestigungsbanken sind bis 31. Dezember 1912:

| | | | |
|---|---|---|---|
| in Posen | 466 | Grundstückskäufe mit | 19 216 ha |
| in Westpreußen | 959 | „ „ | 29 932 ha |
| insgesamt | 1425 | Grundstückskäufe mit | 49 148 ha |

vermittelt worden, wobei es sich ganz überwiegend um bisher nicht gefestigte Besitze handelt. Von diesen Grundstücken sind

| | | | |
|---|---|---|---|
| in Posen | 49 | mit | 2422 ha |
| in Westpreußen | 94 | „ | 2365 ha |
| insgesamt | 143 | mit | 4787 ha |

aus polnischer in deutsche Hand übergeführt worden. Immer häufiger übernehmen gerade Ansiedler zur Erweiterung ihrer Wirtschaften oder, um Söhne selbständig zu machen, polnischen Besitz im Wege der Besitzfestigung.

Die Aufteilung von Gütern erfolgt durch die Besitzfestigungsbanken nur, soweit die Ansiedlungskommission dafür nicht in Frage kommt, also da, wo Güter geringeren Umfangs in der Hauptsache an Anlieger aufzuteilen sind. Von Bedeutung sind einzelne Fälle, in denen die Aufteilung forstfiskalischer Flächen eine zurückweichende deutsche Bevölkerung festigte. Da zeigt sich, wie nationalpolitisch wertvoll der über die Provinzen verstreute große Forstbesitz des Staates ist. In Posen sind bis 31. Dezember 1913 6944 ha, in Westpreußen 6673 ha aufgeteilt, wobei 577 bzw. 217 Teilgrundstücke an Anlieger, deren Stammgrundstücke mitgefestigt wurden, abgegeben, 50 bzw. 138 selbständige Wirtschaften mit neuen Gehöften gebildet wurden und 75 bzw. 39 Restgrundstücke verblieben.

Ein Besitzwechsel gefestigter Grundstücke fand bisher in Posen 432 mal, in Westpreußen 658 mal statt. Davon ging in 127 bzw. 110 Fällen oder in 29,4 % bzw. 16,7 % der gezählten Besitzwechselfälle das Grundstück auf Mitglieder der Familie über. Die Fälle des Eigentumsübergangs auf Fremde machen in Posen 6,7 %, in Westpreußen 15,8 % aller in der Zeit von 1906 bis 1912 durchgeführten Besitzfestigungen aus, im Jahresdurchschnitt also 1,1 % und 2,6 %.

Dagegen beträgt der Besitzwechsel in land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken von 2 ha an, der sich im Wege des Kaufes ohne Teilung vollzieht, im Verhältnis zum Gesamtbestande derartiger Grundstücke im Jahresdurchschnitt 1896 bis 1910 in Posen 5,15 %, in Westpreußen 6,15 %. Beide Provinzen haben den stärksten Besitzwechsel in der Monarchie, nur Ostpreußen kommt ihnen noch nahe. Um so erfreulicher ist es, daß die gefestigten Grundstücke einen verhältnismäßig weit geringeren Besitzwechsel aufweisen, zweifellos eine Wirkung der mit der Besitzfestigung verbundenen Wohltat der Entschuldung. Andererseits widerlegen die angeführten Zahlen über die stattgehabten Besitzwechselfälle die namentlich früher vielfach ausgesprochene Vermutung, daß das mit der Besitzfestigung verbundene Wiederkaufsrecht des Staates die Güter unverkäuflich mache.

Hinwiederum soll man auch nicht auf Grund vereinzelter Fälle, in denen vielleicht die billige Besitzfestigungsrente vom Eigentümer beim Verkauf durch entsprechenden Preisaufschlag zu Kapital gemacht worden

Digitized by Google

ist, ein verallgemeinerndes Urteil fällen. Solche Erscheinungen verdienen allerdings ernste Beachtung (es ist darum verdienstlich, daß von Kries im Abgeordnetenhause darauf hingewiesen hat); sie lassen sich aber auf dem Boden des geltenden Rechts leider nicht verhindern.

Die Begründung zur Novelle vom 28. Mai 1913 würdigt das bisher durch die Ansiedlungs- und Besitzfestigungstätigkeit Geleistete ausführlich auch vom bevölkerungspolitischen Standpunkte; sie schätzt dabei die Zahl der durch die Besitzfestigung dauernd mit dem Boden der Ostmark verknüpften deutschen Bevölkerung auf etwa 47 000 Seelen. Davon würden nach dem Verhältnis der durchgeführten Besitzfestigungen etwa 28 000 auf Posen und etwa 19 000 auf Westpreußen entfallen. Vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus betrachtet, muß aber als Besitzfestigung auch ein großer Teil der Tätigkeit der Ansiedlungskommission angesprochen werden. Mehr als ein Viertel aller von ihr Angesiedelten sind Provinzeingesessene; das sind bis 1912 5335 Familien mit schätzungsweise 32 000 Seelen. Man darf billigerweise annehmen, daß die Mehrzahl dieses deutschen Nachwuchses wie früher der Ostmark den Rücken gekehrt hätte, wenn er sich nicht hier hätte ansässig machen können. Diese auf die Erhaltung des eingesessenen Provinzdeutschtums gerichtete Tätigkeit der Ansiedlungskommission hat bisher in Parlament und Presse noch kaum die verdiente Würdigung gefunden.

Im Rahmen dieser Übersicht interessiert es einmal festzustellen, in welchem Verhältnis der national-politisch gebundene Besitz zu dem nicht gebundenen steht. Dabei sollen die von der Ansiedlungskommission erworbenen und die von den Besitzfestigungsbanken gefestigten Flächen zusammengefaßt werden, da sie unter ein wesentlich gleiches Bodenrecht, unter das Recht des Ansiedlungsrentengutes, gestellt sind, oder, soweit die Ansiedlungskommission das erworbene Land erst aufteilt, gestellt werden. Daneben ist der staatliche oder der unter unmittelbarem staatlichen Einfluß stehende Besitz, sowie der Besitz des königlichen Hauses ohne Unterschied der Eigentumsform gestellt. Der fideikommissarisch gebundene Besitz ist nicht berücksichtigt, da es ohne Kenntnis der Stiftungsurkunden unmöglich ist zu entscheiden, inwieweit die betreffenden Güter nationalpolitisch als gebunden anzusehen sind[1]).

[1]) Als Unterlagen der aufgemachten Statistik dienten für Spalte 2 die 1912 herausgegebenen Gemeindelexika der vier in Betracht kommenden Regierungsbezirke, für Spalte 3, 4, 5 die Anlagen II und XIII a zur Denkschrift der Ansiedlungskommission für 1912, für Spalte 7 und 8 „Provinz Posen", Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche, neunte Auflage 1913, und Niekammers Güteradreßbuch für die Provinz Westpreußen 1912. Die beiden letzteren Unterlagen können, obwohl sie sich auf amtliche Quellen berufen, Anspruch auf vollständige Zuverlässigkeit nicht erheben. Doch mußte auf sie zurückgegriffen werden, da die amtlichen Statistiken über den staatlichen Besitz nach Kreisen geordnet nicht veröffentlicht sind. Die Angaben des preußischen statistischen Jahrbuchs für 1912 über den Flächeninhalt der Staatsforsten Ende 1910 in den einzelnen Regierungsbezirken sind zur Richtigstellung der aus soeben bezeichneten, nichtamtlichen Quellen geschöpften Zahlen, in denen forstfiskalischer Besitz, der außerhalb selbständiger Gutsbezirke liegt, fehlen dürfte, an den Endsummen berücksichtigt.

Digitized by Google

## Regierungsbezirk Posen.

| Laufende Nummer | Kreise | Flächeninhalt der Kreise | Von der Ans.-Kommission erworbene Fläche | Von der Mittelstandskasse gefestigter Besitz: bäuerliche Grundstücke | Von der Mittelstandskasse gefestigter Besitz: größere Güter | Gesamtfläche Spalte 3 bis 5 | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 6) zur Kreisfläche | Staatlicher Besitz: Domänen usw. Besitz des Kgl. Hauses | Staatlicher Besitz: Forsten | Gesamtfläche Spalte 8 und 9 | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 10) zur Kreisfläche |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | ha | ha | ha | ha | ha | % | ha | ha | ha | % |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 1 | Adelnau . . . . | 48 268 | 4 132 | 340 | — | 4 472 | 9,27 | — | — | — | — |
| 2 | Birnbaum . . . | 64 236 | 2 044 | 780 | — | 2 824 | 4,39 | 2 239 | 16 252 | 18 491 | 28,71 |
| 3 | Bomst . . . . | 103 693 | 8 726 | 1 450 | 344 | 10 520 | 10,14 | 1 649 | 11 877 | 13 526 | 13,04 |
| 4 | Fraustadt . . . | 47 718 | 1 887 | 960 | 288 | 3 135 | 6.57 | 3 340 | 141 | 3 481 | 7,29 |
| 5 | Gostyn . . . . | 60 096 | 2 565 | 190 | — | 2 755 | 4,58 | 818 | — | 818 | 1,36 |
| 6 | Grätz . . . . | 42 955 | 828 | 120 | — | 948 | 2,20 | 85 | — | 85 | 0,19 |
| 7 | Jarotschin . . . | 72 134 | 5 527 | 470 | — | 5 997 | 8,31 | 3 651 | — | 3 651 | 5,06 |
| 8 | Kempen . . . . | 45 827 | 2 701 | 380 | — | 3 081 | 6,70 | 5 199 | 789 | 5 988 | 13,06 |
| 9 | Koschmin . . . | 45 329 | 4 508 | 390 | — | 4 898 | 10,80 | 257 | — | 257 | 0,56 |
| 10 | Kosten . . . . | 60 809 | 2 660 | 90 | 760 | 3 510 | 5,77 | 1 483 | 437 | 1 920 | 3,15 |
| 11 | Krotoschin . . . | 49 807 | 3 126 | 670 | — | 3 796 | 7,62 | 284 | — | 284 | 0,57 |
| 12 | Lissa . . . . | 52 485 | 9 414 | 790 | 884 | 11 088 | 21,14 | 469 | — | 469 | 0,89 |
| 13 | Meseritz . . . | 114 728 | 2 552 | 4 520 | 9 199 | 16 271 | 14,18 | 1 381 | 3 836 | 5 217 | 4,55 |
| 14 | Neutomischel . . | 52 300 | — | 690 | 2 535 | 3 225 | 6,16 | 547 | 4 107 | 4 654 | 8,89 |
| 15 | Obornik . . . . | 108 789 | 15 719 | 3 920 | — | 19 639 | 18,05 | 3 271 | 20 573 | 23 847 | 21,91 |
| 16 | Ostrowo . . . . | 41 494 | 519 | 90 | — | 609 | 1,46 | — | 1 039 | 1 039 | 2,53 |
| 17 | Pleschen . . . . | 48 246 | 5 085 | 290 | 1 831 | 7 206 | 14,93 | 1 539 | — | 1 539 | 3,19 |
| 18 | Posen (Ost) . . | 66 355 | 9 944 | 2 780 | — | 12 724 | 19,18 | 1 458 | 2 747 | 4 205 | 6,33 |
| 19 | Posen (West) . . | 63 780 | 5 938 | 270 | — | 6 208 | 9,73 | 1 145 | 348 | 1 493 | 2,34 |
| 20 | Rawitsch . . . | 49 592 | 5 358 | 790 | 218 | 6 366 | 12,83 | 659 | — | 659 | 1,32 |
| 21 | Samter . . . . | 109 346 | 9 865 | 2 130 | — | 11 995 | 10,97 | 4 696 | 8 820 | 13 516 | 9,87 |
| 22 | Schildberg . . . | 51 965 | 1 590 | 1 990 | — | 3 580 | 6,88 | 2 518 | 6 105 | 8 623 | 16,58 |
| 23 | Schmiegel . . . | 55 440 | 6 302 | 610 | 571 | 7 483 | 13,48 | — | 3 000 | 3 000 | 5,41 |
| 24 | Schrimm . . . | 92 765 | 2 441 | 790 | 474 | 3 705 | 3,99 | 2 410 | 4 251 | 6 661 | 7,18 |
| 25 | Schroda . . . . | 79 616 | 5 178 | 1 210 | 398 | 6 786 | 8,52 | 5 759 | — | 5 759 | 7,23 |
| 26 | Schwerin a. W. . | 65 645 | — | 1 170 | 3 409 | 4 579 | 6,97 | 1 225 | 14 511 | 15 736 | 23,97 |
| 27 | Wreschen . . . | 56 191 | 11 404 | 220 | — | 11 624 | 20,68 | 2 762 | 3 188 | 5 950 | 10.58 |
| | Summe . . . | 1 749 609 | 130 013 | 28 100 | 20 911 | 179 024 | 10,23 | — | 102 021 | — | — |
| | | | | | | | | 48 844 | 107 705*) | 156 549 | 8,92 |

*) Nach dem preußischen statistischen Jahrbuch für 1912.



Digitized by Google

## Regierungsbezirk Bromberg.

| Laufende Nummer | Kreise | Flächeninhalt der Kreise ha | Von der Ans.-Kommission erworbene Fläche ha | Von der Mittelstandskasse gefestigter Besitz: bäuerliche Grundstücke ha | Von der Mittelstandskasse gefestigter Besitz: größere Güter ha | Gesamtfläche Spalte 3 bis 5 ha | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 6) zur Kreisfläche % | Staatlicher Besitz: Domänen usw. Besitz des Kgl. Hauses ha | Staatlicher Besitz: Forsten ha | Gesamtfläche Spalte 8 und 9 ha | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 10) zur Kreisfläche % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | |
| 1 | Bromberg . . . | 139 397 | 10 501 | 6 040 | — | 16 541 | 11,86 | 1 438 | 36 527 | 38 010 | 27,27 |
| 2 | Czarnikau . . . | 81 265 | 10 168 | 5 030 | 1 252 | 16 451 | 20,24 | 387 | 11 217 | 11 604 | 14,29 |
| 3 | Filehne . . . . | 76 217 | 1 296 | 2 280 | — | 3 576 | 4,69 | — | 14 892 | 14 892 | 19,53 |
| 4 | Gnesen . . . . | 56 502 | 22 060 | 1 710 | 1 033 | 24 803 | 43,89 | 963 | 677 | 1 640 | 2,90 |
| 5 | Hohensalza . . . | 103 019 | 12 535 | 3 260 | 936 | 16 731 | 16,24 | 1 518 | 17 652 | 19 170 | 18,60 |
| 6 | Kolmar i. P. . . | 109 281 | 5 629 | 8 120 | 1 945 | 15 694 | 14,36 | 1 495 | 12 767 | 14 262 | 13,05 |
| 7 | Mogilno . . . | 73 306 | 15 850 | 2 230 | 1 930 | 20 010 | 27,29 | 1 907 | 2 053 | 3 960 | 5,40 |
| 8 | Schubin . . . . | 91 682 | 10 865 | 2 320 | — | 13 185 | 14,38 | 710 | 4 398 | 5 108 | 5,57 |
| 9 | Strelno . . . . | 61 464 | 6 401 | 1 110 | 1 603 | 9 114 | 14,82 | 1 485 | 6 915 | 8 400 | 13,66 |
| 10 | Wirsitz . . . . | 116 151 | 16 388 | 6 130 | 3 055 | 25 573 | 22,01 | 4 561 | 2 514 | 7 075 | 6,09 |
| 11 | Witkowo . . . . | 58 833 | 5 205 | 830 | — | 6 035 | 10,25 | 234 | 6 335 | 6 569 | 11,16 |
| 12 | Wongrowitz . . | 103 654 | 23 989 | 3 300 | 1 136 | 28 425 | 27,49 | 1 996 | 2 411 | 4 407 | 4,25 |
| 13 | Znin . . . . . | 74 049 | 20 550 | 1 380 | 264 | 22 194 | 29 97 | 2 460 | 7 026 | 9 486 | 12,81 |
| | Summe . . . | 1 144 820 | 161 437 | 43 470 | 13 154 | 218 331 | 19,07 | — | 125 384 | — | — |
| | | | | | | | | 19 199 | 139 423*) | 158 622 | 13,85 |

*) Nach dem preußischen statistischen Jahrbuch für 1912.

Digitized by Google

## Regierungsbezirk Danzig.

| Laufende Nummer | Kreise | Flächeninhalt der Kreise | Von der Ans.-Kommission erworbene Fläche | Von der Bauernbank gefestigter Besitz | | Gesamtfläche Spalte 3 bis 5 | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 5) zur Kreisfläche | Staatlicher Besitz | | Gesamtfläche Spalte 8 und 9 | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 10) zur Kreisfläche |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | bäuerliche Grundstücke | größere Güter | | | Domänen, usw. Besitz des Kgl. Hauses | Forsten | | |
| | | ha | ha | ha | ha | ha | % | ha | ha | ha | % |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 1 | Berent . . . . | 123 999 | 7 511 | 3 660 | 3 451 | 14 622 | 11,80 | 2 036 | 12 511 | 14 547 | 11,73 |
| 2 | Karthaus . . . | 139 724 | 1 932 | 2 540 | 1 294 | 5 766 | 4,12 | 6 811 | 16 163 | 22 974 | 16,44 |
| 3 | Pr. Stargard . | 105 501 | 4 549 | 1 080 | 636 | 6 265 | 5,93 | 8 707 | 35 977 | 44 684 | 42,35 |
| 4 | Dirschau . . . . | 46 700 | 4 078 | 2 400 | 1 990 | 8 468 | 18,13 | 5 233 | 3 004 | 8 237 | 17,63 |
| 5 | Danziger Höhe . | 42 248 | 2 198 | 2 010 | 3 138 | 7 346 | 17,38 | 1 933 | 2 403 | 4 336 | 10,26 |
| 6 | Danziger Niederung . . | 47 211 | — | — | — | — | — | — | 6 875 | 6 875 | 14,56 |
| 7 | Elbing . . . . | 61 512 | — | — | — | — | — | 5 932 | 291 | 6 223 | 10,11 |
| 8 | Marienburg . . | 80 617 | — | 360 | — | 360 | 0,44 | — | 401 | 401 | 0,49 |
| 9 | Neustadt (Westpr.) | 85 217 | — | 2 220 | 1 897 | 4 117 | 4,83 | 5 406 | 17 980 | 23 386 | 27,44 |
| 10 | Putzig . . . . | 58 225 | — | 1 160 | 1 001 | 2 161 | 3,71 | 3 126 | 12 352 | 15 481 | 26,57 |
| | Summe . . . | 790 954 | 20 268 | 15 430 | 13 407 | 49 105 | 6,20 | — | 107 957 | — | — |
| | | | | | | | | 39 187 | 141 075*) | 181 262 | 22,92 |

*) Nach dem preußischen statistischen Jahrbuch für 1912.

Digitized by Google

## Regierungsbezirk Marienwerder.

| Laufende Nummer | Kreise | Flächeninhalt der Kreise | Von der Ans.-Kommission erworbene Fläche | Von der Bauernbank gefestigter Besitz | | Gesamtfläche Spalte 3 bis 5 | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 5) zur Kreisfläche | Staatlicher Besitz | | Gesamtfläche Spalte 8 und 9 | Verhältnis der Gesamtfläche (Spalte 10) zur Kreisfläche |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | bäuerliche Grundstücke | größere Güter | | | Domänen, usw. Besitz des Kgl. Hauses | Forsten | | |
| | | ha | ha | ha | ha | ha | % | ha | ha | ha | % |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 1 | Briesen . . . . | 70 762 | 18 464 | 2 310 | 996 | 21 770 | 30,76 | 4 046 | 6 023 | 10 069 | 14,22 |
| 2 | Flatow . . . . | 153 082 | 5 489 | 7 990 | 2 449 | 15 928 | 10,40 | — | 6 891 | 6 891 | 4,50 |
| 3 | Graudenz . . . | 78 007 | 8 956 | 4 610 | 3 303 | 16 869 | 21,62 | 6 389 | 5 015 | 11 404 | 14,61 |
| 4 | Konitz . . . . . | 141 717 | 9 664 | 950 | — | 10 614 | 7,48 | 1 437 | 45 860 | 47 297 | 33,37 |
| 5 | Dt. Krone . . . | 215 276 | — | 1 300 | 5 444 | 6 744 | 3,13 | 4 595 | 32 194 | 36 789 | 17,08 |
| 6 | Kulm . . . . . | 72 553 | 7 217 | 3 770 | — | 10 987 | 15,14 | 4 546 | 1 451 | 5 997 | 8,26 |
| 7 | Löbau . . . . | 97 117 | 6 968 | 3 890 | 823 | 11 681 | 12,02 | 3 643 | 16 032 | 19 675 | 20,25 |
| 8 | Marienwerder . | 95 910 | 1 651 | 5 590 | 3 741 | 10 982 | 12,45 | 6 176 | 3 934 | 10 110 | 10,54 |
| 9 | Rosenberg . . . | 104 160 | 3 121 | 6 240 | 3 473 | 12 834 | 12,32 | 3 384 | 161 | 3 545 | 3,40 |
| 10 | Schlochau . . . | 213 897 | 193 | 5 280 | 3 043 | 8 516 | 3,98 | 455 | 55 315 | 55 770 | 26,02 |
| 11 | Schwetz . . . . | 166 993 | 17 662 | 6 290 | 3 400 | 27 352 | 16,38 | 5 056 | 36 428 | 41 484 | 24,84 |
| 12 | Strasburg . . . | 106 101 | 10 455 | 2 790 | 2 294 | 15 539 | 14,64 | 3 622 | 13 610 | 17 232 | 16,47 |
| 13 | Stuhm . . . . | 64 161 | — | — | 2 284 | 2 284 | 3,55 | 2 051 | 5 562 | 7 613 | 11,86 |
| 14 | Thorn . . . . | 88 440 | 9 594 | — | 105 | 9 699 | 10,96 | 4 927 | — | 4 927 | 5,57 |
| 15 | Tuchel . . . . | 85 778 | 8 493 | — | — | 8 493 | 9,90 | 1 064 | 25 266 | 26 330 | 30,69 |
| | Summe . . . | 1 753 954 | 107 927 | 51 010 | 31 355 | 190 292 | 10,85 | — | 253 742 | — | — |
| | | | | | | | | 51 391 | 289 194*) | 340 585 | 19,41 |

*) Nach dem preußischen statistischen Jahrbuch für 1912.

Digitized by Google

## 2. Ostpreußen, Pommern, Schlesien.

Zu dem Besitzfestigungsgesetz vom 26. Juni 1912 betr. die außerhalb der Provinzen Posen und Westpreußen gelegenen national gefährdeten Gebiete, ist durch Königliche Verordnung vom 12. März 1913 die nähere Bestimmung erfolgt, welche Bezirke als national gefährdet im Sinne des § 1 Absatz 1 des genannten Gesetzes zu betrachten sind. Soweit diese im Osten der Monarchie gelegen sind, lassen wir sie nachstehend folgen:

### Ostpreußen:

Regierungsbezirk Königsberg, Kreis Rastenburg,
„ Gumbinnen, Kreis Angerburg,
„ Goldap,
„ Oletzko,
„ Allenstein, sämtliche Kreise.

### Pommern:

Regierungsbezirk Köslin, Kreis Bütow,
„ Lauenburg,
im Landkreise Stolp die Amtsbezirke Bochowke, Groß-Nossin, Kose, Mickrow, Schwarz-Damerkow und Wundichow.

### Schlesien:

Regierungsbezirk Liegnitz, Kreis Freystadt,
Stadt- und Landkreis Glogau,
Kreis Grünberg,
„ Lüben,
„ Sagan, auf der rechten Seite des Bobers,
„ Sprottau, auf der rechten Seite des Bobers.

Regierungsbezirk Breslau, Kreis Groß-Wartensleben,
„ Guhrau,
„ Militsch,
„ Namslau,
im Kreise Öls die Amtsbezirke Briese, Groß-Graben, Pontwitz, Stronn, Ulbersdorf,
Kreis Steinau,
„ Trebnitz mit Ausnahme der Amtsbezirke Bischwitz, Hennigsdorf, Hühnern, Kapsdorf, Schebitz,
„ Wohlau.

Regierungsbezirk Oppeln, mit Ausnahme der Kreise Grottkau, Leobschütz und des Stadt- und Landkreises Neiße.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Mit der Durchführung der Besitzfestigung in Schlesien ist die im April 1913 gegründete Schlesische Landgesellschaft m. b. H. zu Breslau beauftragt worden. Die Aufgabe der Gesellschaft besteht außer in der Besitzfestigung nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. Juni 1912 in der Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes überhaupt, sowie in der Ansiedlung von Bauern und ländlichen Arbeitern. Besitzfestigung und innere Kolonisation sollen also auch in Schlesien Hand in Hand gehen wie in den Ansiedlungsprovinzen und wie es in Ostpreußen und Pommern gleichfalls beabsichtigt ist. Das Stammkapital der Schlesischen Landgesellschaft beträgt 5,5 Millionen Mark. An ihr sind der Staat, der Provinzial-Verband Schlesien, die Schlesische Landschaft, die Provinzial-Genossenschaftskasse für Schlesien e. G. m. b. H. (Offenbacher System), die Schlesische Genossenschaftsbank für Betriebsgenossenschaften e. G. m. b. H. (Raiffeisen System) und die Zentral-Genossenschaftskasse der Schlesischen Bauern-Vereine e. G. m. b. H. (Katholische Genossenschaften) beteiligt. Die drei zuletzt genannten Gesellschafter sind die Verbandskassen der drei wichtigsten in Schlesien vertretenen landwirtschaftlichen Genossenschafts-Verbände. Denn wie in Posen und Westpreußen wird die Mitwirkung der örtlichen Genossenschaften bei der Erfüllung der Aufgaben, die der Landgesellschaft gestellt sind, insbesondere bei der Besitzfestigung und Entschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes vorausgesetzt.

Über das Gesamtgebiet der Besitzfestigung im Osten des Preußischen Staates soll die beigefügte Karte, die zugleich diejenigen Gebiete erkennen läßt, in denen überwiegend polnisch oder eine ähnliche Sprache gesprochen wird, ein Bild geben[1]).

[1]) Die Linie, die auf ihr die im Jahre 1900 überwiegend polnisch und masurisch sprechenden Gebiete abgrenzt, ist entnommen der Karte zu dem Buche von Max Sering. Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande. Berlin 1910. Verlag von Paul Parey.



Digitized by Google

## IV.

# Deutsches und polnisches Genossenschaftswesen.

Von Friedrich Swart.

Inhalt: Das Genossenschaftswesen und die Nationalitäten S. 226. — Die Neutralität und ihre Wirkung S. 227. — Stellungnahme Crügers und v. Schmollers S. 228. — Aufbau der genossenschaftlichen Zentralorganisationen S. 231. — Umgestaltung der Raiffeisenorganisation S. 233. — Provinzialisierung in Posen S. 234. — Verband ostpreußischer Genossenschaften S. 235. — Entschuldungsverfahren in Ostpreußen S. 236. — Trennung der Neuwieder Organisation vom Reichsverband S. 236. — Fragen der Liquidität S. 237. — Die ländlichen Zentralkassen der vier Ostprovinzen S. 240. — Die Zentralinstitute für den Warenverkehr S. 240. — Posener Spiritusverwertungsgenossenschaft S. 241. — Daum † S. 241. — Die polnische Verbandsbank und das polnische Genossenschaftssystem S. 241.

Seit dem Erscheinen des ersten Jahrgangs dieses Jahrbuches sind es besonders zwei Fragen des ostdeutschen Genossenschaftswesens, die ein allgemeines Interesse wach gerufen haben: die Stellung der Genossenschaften in der Nationalitätenfrage und die Zentralorganisation der Genossenschaften. Beide Fragen sind grundsätzlich und praktisch von großer Tragweite.

Der „Kampf" zwischen Deutschen und Polen ist im Kern nichts anderes als der Wettbewerb beider Nationalitäten um die vorhandenen und neue Nahrungen. Für den Ankauf einer Bauernwirtschaft oder eines Geschäfts oder für die Einrichtung einer neuen Werkstatt ist regelmäßig Kredit eine Vorbedingung. Die Genossenschaft gewährt ihren Kredit nicht lediglich auf gegebene Sicherheiten, sondern sie berücksichtigt die Tüchtigkeit des Schuldners, d. h. sie gibt Personalkredit. Sie tritt mit ihrem Kredit da ein, wo andere Kreditinstitute versagen und wo außer ihr höchstens Wucherkredit zu bekommen ist. Dadurch wirkt die Kreditgenossenschaft bei der Verschiebung der Nationalitäten mit, und da gerade das strittige Gebiet das kapitalärmste in Deutschland ist, so spielt sie hierbei oft eine entscheidende Rolle. Die übrigen Genossenschaftsarten, die den Betrieb des Landwirts fördern, machen ihn ebenfalls leistungsfähiger im wirtschaftlichen Wettbewerb; auch sie können also ebenfalls auf die Verschiebung der Nationalitäten einwirken, je nachdem welcher sie zugute kommen.

Tiefer als diese unmittelbare wirtschaftliche Wirkung der Genossenschaften geht ihr erziehlicher Einfluß. Die Genossenschaft gewährt auch dem wirtschaftlich Schwachen Kredit, aber sie fordert von ihm, daß er ordentlich, mäßig und sparsam ist; sie erzieht ihn durch den Abzahlungszwang zu diesen Tugenden. Dadurch hat sie die besonders bei den Polen früher allgemeine Trunksucht fast ganz ausgerottet, sie hat den Bauern befähigt, den Übergang zur intensiven Wirtschaft mit ihren bedeutenden Betriebsausgaben und -Einnahmen sicher zu gehen.

Digitized by Google

Der Schuldner, der sich aus eigener Kraft hilft, bekommt ein begründetes Selbstvertrauen, das wieder eine Grundlage der staatsbürgerlichen Betätigung ist. Die Selbstverwaltung der Genossenschaft mit Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung ist eine Schule für die Verwaltung aller gemeinsamen Angelegenheiten, sei es in nationalen Vereinigungen, sei es in Gemeinde und Staat. Die Genossenschaft will innerhalb ihres Wirkungskreises möglichst alle umfassen, um möglichst viel leisten zu können. Sie schließt alle Stände und Berufe zusammen. Sie erzieht zum Bewußtsein gemeinsamer Interessen, sie bekämpft den Eigennutz und das Mißtrauen, sie lehrt den Einzelnen, sich zu seinem eigenen Vorteil dem Ganzen anzupassen und unterzuordnen. Dies Gemeinschaftsgefühl erzieht zur Opferwilligkeit.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit und ein reges Gemeinschaftsleben sind die stärksten Wurzeln der Bodenständigkeit und Heimatliebe, aus ihnen wächst erst das Nationalbewußtsein und der Nationalstolz.

Die Polen haben frühzeitig schon seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts die wirtschaftlichen und moralischen Kräfte der Genossenschaft erkannt und bewußt in den Dienst ihrer Nationalität gestellt, indem sie damit den Volksgenossen wirtschaftlich kräftigten, erzogen und für ihn neue Plätze im Wirtschaftsleben eroberten. Seit 1871 gibt es einen polnischen Genossenschaftsverband. Unter der klugen und planvollen Leitung ihres Patrons Wawrzyniak (1892—1910) breiteten sich die polnischen Genossenschaften mächtig aus und wurden zum wichtigsten Hebel der Fortschritte des Polentums gegen die Deutschen.

Durch die Bücher von Wegener[1]) und Bernhard[2]) wurde zuerst die Bedeutung der Genossenschaften für die wirtschaftliche Erstarkung des Polentums allgemeiner bekannt. Die genossenschaftliche Organisation der Polen war es vor allem, deren Bedeutung Bernhard kennzeichnete, indem er das Wort von einem „polnischen Gemeinwesen im preußischen Staate" prägte.

Die Frage liegt nahe, warum die Deutschen für sich nicht ebenso die Genossenschaften ausgebaut und benutzt haben. Schon Wegener gibt darauf eine kurze Antwort, ebenso Hartmann und der Verfasser in mehreren Aufsätzen über das Genossenschaftswesen in Posen, die im Jahre 1911 veröffentlicht sind.[3]) Als wichtigster Grund für das Zurückbleiben der deutschen Genossenschaften hinter den polnischen wurde die Neutralität, d. h. die nationale Farblosigkeit bezeichnet. Sie galt den deutschen Vorschußvereinen von jeher als Grundsatz. Anfangs war dieser Grundsatz auch von den beiden landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen der Neuwieder und Offenbacher Richtung angenommen. Die erstere

[1]) L. Wegener, Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen. Posen 1903. Jolowicz.

[2]) L. Bernhard, Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat. Die Polenfrage. Leipzig. 1. Aufl. 1907, 2. Aufl. 1910. Duncker & Humblot.

[3]) Im Sammelbändchen „Die Ostmark" (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 351.) Leipzig 1911. B. G. Teubner.



Digitized by Google

erhielt aber seit Ende der 90er Jahre durch ihr Zusammenarbeiten mit der Ansiedlungskommission unter ihrem Verbandsdirektor Hugenberg ein nationales Gepräge und wirkte dadurch allmählich auch auf die Offenbacher Organisation zurück. Heute stehen beide ländlichen Genossenschaften auf dem Standpunkt, keine Genossenschaften zu gründen, die in ihrem wirtschaftlichen Erfolg den Polen zugute kommen und zu einem wesentlichen Teil polnische Mitglieder haben. Der Verband deutscher Genossenschaften (Raiffeisen) vertritt grundsätzlich die Anschauung, daß die Polen überhaupt nicht als Mitglieder aufgenommen werden sollten, woran freilich die Einzelgenossenschaften nicht immer festhalten.

Überall sind die Polen der ärmere Teil der Bevölkerung und haben bei ihrem eifrigen Streben, sich emporzuarbeiten und selbständige Nahrungen zu erwerben, ein großes Kreditbedürfnis. So ist es natürlich, daß ein Teil von ihnen den geschäftlich meist befriedigend geleiteten deutschen Kreditgenossenschaften als Darlehnsnehmer zuströmte, und die polnischen Genossenschaften sehen dies nicht ungern, weil sie dadurch von allzugroßen Kreditansprüchen entlastet werden. In Gegenden, wo die polnische Minderheit noch zu gering ist, um eine eigene Volksbank zu tragen, ist für die Polen der Eintritt in eine deutsche Genossenschaft von selbst gegeben. Die deutschen Spargelder werden also für die Polen und ihr wirtschaftliches Vordringen nutzbar gemacht und damit das wichtigste Moment, das die Deutschen in ihrem Kampfe stärken müßte, ihre größere Kapitalkraft, ausgeschaltet. Jeder Darlehnsnehmer muß nach dem Gesetz Mitglied der Kreditgenossenschaft werden, für den Sparer ist dies nicht vorgeschrieben. Was Wunder, daß allmählich in den Gebieten, deren Bevölkerung überwiegend polnisch ist, die Polen die Mehrheit auch in anfangs deutschen Genossenschaften erlangen, mit der Zeit auch die Leitung an sich reißen und die so gewonnene Organisation und das ersparte Genossenschaftsvermögen planmäßig für ihre Nationalität ausnutzen. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht plötzlich, sondern in langen Jahren. Je mehr das polnische Element eindringt, desto mehr pflegt sich das deutsche zurückzuziehen. Oft ist dieser Vorgang von inneren Kämpfen begleitet, die die Entwicklung der Genossenschaft noch mehr lähmen. Gerade das letzte Jahrzehnt hat eine ganze Anzahl von Beispielen für diesen Vorgang der Polonisierung gebracht, — es sei nur an die kürzliche Polonisierung der Vorschußvereine in Pinne und Znin erinnert —, es handelt sich dabei um einen typischen Vorgang. Verfasser wies in jenen Aufsätzen auf diese Gefahr namentlich für die städtischen Vorschußvereine hin und bemerkte dazu, daß der Anschluß einer so polonisierten Genossenschaft an den polnischen Verband nur eine Frage der Zeit sei.

Der Allgemeine Verband der Vorschußvereine hat dieser Entwicklung mit begreiflicher Unruhe zugesehen und wurde auch durch die veränderte Haltung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände veranlaßt, wiederholt zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Als nun Professor v. Schmoller im Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung (Jahrgang 1912 S. 379) jenes Buch besprach und der Auffassung des Verfassers in dieser Frage zustimmte, brachte der Anwalt des „Allgemeinen Verbandes", Professor

Digitized by Google

Dr. Crüger seinen abweichenden Standpunkt zur Geltung. Als Ergebnis eines mit Schmoller geführten Briefwechsels ist im Jahrgang 1913 des genannten Jahrbuchs S. 813 ein Aufsatz von Crüger erschienen mit der Überschrift: „Die Schulze-Delitzschen Genossenschaften in Posen als ein Bollwerk des Deutschtums".

Crüger gibt zu, daß die Polen besser als die Deutschen die Genossenschaft in der Provinz Posen benutzt und entwickelt haben; er gibt den Behörden die Schuld, die der Entwicklung der Vorschußvereine durch die Förderung des sozialreformerischen und gewerblichen Genossenschaftswesens entgegengewirkt hätten. Crüger bestreitet nicht, daß in deutschen Genossenschaften die Polen allmählich die Oberhand gewonnen haben; hier trage die Lauheit der Deutschen die Schuld, die nicht in der Generalversammlung erschienen und deren Vertreter dadurch von den Polen hinausgewählt werden. Maßregeln, um dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten, hat er nicht vorzuschlagen. Aus der gesetzlichen Pflicht der Genossenschaft, nur wirtschaftliche Zwecke zu verfolgen, folgert er als „selbstverständlich", daß die Genossenschaften nicht dafür in Betracht kommen, den Polen die wirtschaftlichen Existenzbedingungen zu beschränken. Die Aufnahme der Polen in städtische Genossenschaften sei schon deshalb nicht zu vermeiden, weil es keine sichere Unterscheidung von Deutschen und Polen gebe. Auch hätten die Genossenschaften, indem sie die Polen heranzogen, durch die Vergrößerung des Geschäftskreises den Deutschen bessere Bedingungen geboten, wären wohl gar dadurch erst lebensfähig geworden.

Schmoller antwortete mit folgendem Nachwort:

„Crüger meint, die Frage, ob sich „die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften in Posen als ein Bollwerk des Deutschtums gegenüber dem Vordringen der Polen" darstellen, sei falsch gestellt, und er begründet das mit dem rechtlich und wirtschaftlich unpolitischen Wesen der Genossenschaften. Gegen diese Begründung läßt sich zunächst bemerken, daß auch bei bewußter politischer Neutralität der Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften ein ungewolltes Wirken zugunsten des Deutschtums durchaus möglich und dann gegebenenfalls auch objektiv feststellbar wäre. Eine solche Untersuchung wäre eine historische, die sich mit der Frage nach einem Tatbestande im Nationalitätenkampfe der Ostmark beschäftigte. Weshalb soll man also die Frage nicht so stellen können, wie ich sie gestellt habe? Mir scheint, daß die Berufung auf das Gesetz die verschiedenen Arten der Genossenschaften überhaupt nicht davor schützt, daß sie auf ihre politische Haltung (auch außerhalb des Nationalitätenkampfes) geprüft werden. Als man 1855 bis 1880 die neuen Genossenschaften schuf und Leute aus allen damaligen Parteien heranziehen wollte, wurde von den Gründern und Anwälten der Genossenschaften das Prinzip der politischen Neutralität verkündet und so kam es auch als leitende Idee ins Gesetz. Dieses Prinzip war den Verhältnissen, die man damals im Auge hatte, ganz angepaßt, aber es zeigte sich bald, daß die vorhandenen Genossenschaften dieser Idee schon damals nicht vollkommen entsprachen, die Schulze-Delitzsch'schen mit am wenigsten,

Digitized by Google

denn sie sind von jeher und bis heute freisinnig-fortschrittlich gewesen. Das wird Crüger keinem Menschen von politischem Urteil ausreden können.

Wenn und soweit das Prinzip der politischen Neutralität zwischen den Parteien bei den Genossenschaften wenigstens als Ziel seine Berechtigung haben mag, so ist doch die Frage, ob dieses Prinzip auch in einem nationalen Kampfe unbedingte Geltung haben soll, wie er in den Ostmarken herrscht. Das ist dort kein Parteikampf, wie er sich im Streite des fortschrittlichen und des konservativen Prinzips ausdrückt. Es kann vielmehr gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Politik der nationalen Abschließung, wie sie die Polen verfolgen, nur die Vorbereitung für eine beabsichtigte Losreißung von Deutschland darstellt. Und gegenüber solchen Vorgängen wird ein wacher nationaler Instinkt eben stets die sonst im öffentlichen Leben geltenden Prinzipien einer erneuten Prüfung unterziehen und sie entsprechend anders anwenden. Wo das nicht geschieht, liegt ein nationales Versagen vor. In einem Reiche, das doch nicht umsonst das deutsche heißt, deutsch-national gesinnt zu sein, dort, wo in diesem Reiche ein Nationalitätenkampf besteht, alle Institutionen nur so zu benutzen, daß sie nicht dem Gegner des Deutschtums zugute kommen, das ist für einen Deutschen keine Politik, sondern eine Selbstverständlichkeit — müßte es sein.

Darüber, daß die hartnäckig festgehaltene sogenannte politische Neutralität den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften in der Ostmark nichts genutzt hat, läßt die Darstellung Crügers keinen Zweifel: sie stagnieren, sind sogar eher zurückgegangen, wenn man das Wachstum der anderen Genossenschaftsarten damit vergleicht. Crüger sucht freilich die Schuld für diese Stagnation außerhalb seiner Genossenschaften. Aber wen wird er hiervon überzeugen, wenn er (gleich im Anschluß an die Schilderung von der Ungunst der äußeren Verhältnisse für die freisinnigen Genossenschaften) zugeben muß, daß die Polen es trefflich verstanden hätten, das ganze Genossenschaftswesen ihren polnisch-nationalen Zwecken dienstbar zu machen? Sonderbarerweise behauptet Crüger außerdem noch in gleichem Atem, die Polen hätten unter den vorhandenen Genossenschaftssystemen nach sorgfältiger Prüfung das Schulze-Delitzsch'sche ausgewählt und für sich angenommen. Wenn hieran etwas richtig ist, dann ganz gewiß nicht das, daß bei den Polen auch die Schulze-Delitzsch'sche sogenannte Neutralität gilt. Das Gegenteil ist der Fall. Den Polen ist hiernach gelungen, was der Verband Crügers nicht fertig gebracht hat, nämlich das im übrigen festgehaltene Schulze-Delitzsch'sche System mit einem ausgesprochenen Nationalbewußtsein zu verbinden. Nach Bernhards „Polenfrage" (2. Auflage S. 374) sind in 225 polnischen Genossenschaften 217 Geistliche die eigentlichen Leiter. Glaubt Crüger, daß diese 217 Geistlichen in nationaler Hinsicht neutral gerichtete Genossenschaftler sind? Was mögen wohl die polnischen Genossenschaftsführer zu Crügers Breslauer Rede, die er in seiner vorstehenden Abhandlung stolz zitiert, sagen, wenn sie unter sich sind? Er hat da behauptet, es gäbe keine Mittel, um einen kreditsuchenden Mann auf Herz und Nieren zu prüfen, ob er ein

Digitized by Google

königstreuer — also wohl auch deutschgesinnter — Mann sei. Nun, die Polen scheinen solche Mittel für ihre Zwecke doch gefunden zu haben, und sie wenden sie an, obwohl sie sonst nach Crüger Genossenschaftler von Schulze-Delitzscher Observanz sind. Vielleicht ließe sich also von den Polen etwas lernen; möglicherweise wird dann die Stagnation in den freisinnigen Genossenschaften in Posen bald durch ein frisches Wachstum abgelöst werden. —

Den Weg, auf dem ursprünglich deutsche Schulze-Delitzsch'sche Genossenschaften sich in polnische Genossenschaften verwandeln, schildert Crüger selbst sehr interessant und überzeugend. Die deutschen freisinnigen Genossenschaftsmitglieder kommen nicht zu den Generalversammlungen; so wird ohne sie der polnisch gesinnte Vorstand und der polnische Aufsichtsrat gewählt, und wenn dann der Polonisierungsprozeß in der Genossenschaft weitergeht (Polnisch als Genossenschaftssprache usw.), dann müssen sich die Deutschen still ergeben und können sich höchstens damit trösten, daß das geheiligte Prinzip der „politischen" Neutralität wieder einmal gerettet sei. Herrschte bei den freisinnigen Genossenschaftsmitgliedern ein deutsches Nationalgefühl von der gleichen lebendigen Frische wie bei den polnischen, dann wäre eine für das Deutschtum so folgenschwere Lässigkeit undenkbar. Und wenn nun jener Vorgang von Crüger selbst als der typische für die Polonisierung deutsch-freisinniger Genossenschaften angesehen wird, wie kann er sich dann wundern, daß Swart der Ansicht ist, es sei „nur eine Frage der Zeit, wann sie den Anschluß an den polnischen Verband nehmen!" Es scheint vielmehr, daß Swart mit seiner Vermutung nicht allzuweit von der Wahrheit entfernt ist. Ebenso scheint mir die Hoffnung, die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften möchten sich schließlich doch noch als „ein Bollwerk des Deutschtums gegenüber dem Vordringen der Polen" erweisen, durch Crüger selbst leider sehr entkräftet zu sein.

Der Kampf um die Ostmark ist auf deutscher Seite unerläßlich. Kein vernünftiger Deutscher denkt zwar daran, die Provinz Posen ganz und gar zu germanisieren. Aber ein kompakter Gürtel von eingesessenen Deutschen muß geschaffen und erhalten werden, der im Falle von Krieg und Aufstand eine verläßliche Stütze bietet. Und in diesem Gürtel dürfte es auch nur kerndeutsche Genossenschaften geben, die, ohne Parteipolitik zu treiben, doch eben national deutsch gesinnt sein müssen. Aus diesem Grunde bleibe ich bei meinen von Crüger vorstehend zitierten Worten, die ich schon einmal hier in meinem Jahrbuch schrieb: „Daher die Notwendigkeit, Regierung, Großgrundbesitz, Ansiedlungskommission, Genossenschaftswesen, Ostmarkenverein fest einheitlich zusammenzuhalten, um einen Teil der Provinz deutsch zu erhalten".

Bedeutungsvoll wurde das Jahr 1912 für die genossenschaftliche Zentralorganisation. Jede Genossenschaft ist gesetzlich verpflichtet, sich spätestens alle zwei Jahre revidieren zu lassen und pflegt zur Durchführung einer sachverständigen Revision mit anderen Genossenschaften zu einem Revisionsverbande zu gehören, dessen Rat sie auch in andern Fragen in Anspruch nimmt. Jede Genossenschaft hat auch das Bedürfnis

Digitized by Google

nach einer Bankverbindung für ihren Geldausgleich. Die ländlichen Genossenschaften haben sich für diesen Zweck durch gemeinsame Beteiligung besondere Genossenschaftsbanken (Verbandskassen) geschaffen, ebenso auch die deutschen Handwerkergenossenschaften und die polnischen Genossenschaften, während die Vorschußvereine sich auf eine lose Verbindung, vor allem für den Giroverkehr, mit der Dresdener Bank beschränken. Eine Ausnahme machen die Genossenschaften des Verbandes der ost- und westpreußischen Genossenschaften in Allenstein, die sich ebenfalls eine Verbandsbank errichtet haben. Freilich befolgen sie nicht allgemein den Grundsatz, den ganzen Bankverkehr mit ihr abzuwickeln und sie hierzu durch eine entsprechende Beteiligung zu befähigen.

Gerade dieser Grundsatz der Ausschließlichkeit in der Bankverbindung hat aber die ländlichen Genossenschaftsbanken stark und eigenartig entwickelt. Andererseits haben die Genossenschaftsbanken ihre Kredite an die Bedingung geknüpft, daß die Genossenschaft dem ihr nahestehenden Revisionsverbande angehören muß. Sie geben damit nicht nur ihren Beleihungen eine bessere Übersicht und größere Sicherheit, sondern setzen auch den Revisionsverband in die Lage seiner Revision Nachdruck zu geben. Zugleich sind sie das finanzielle Rückgrat des Revisionsverbandes. Dieser kann dadurch tüchtigere Beamte in den Revisionsdienst einstellen und hat die Mittel, um die Gründung neuer Genossenschaften in die Hand zu nehmen. In dieser Verbindung zwischen Genossenschaftsbank und Revisionsverband beruht zum großen Teil die Stärke und Ausdehnungskraft des deutschen ländlichen Genossenschaftswesens; zum guten Teil auch die der polnischen Genossenschaftsorganisation. Die Frage nach der besten Einrichtung einer solchen Zentralorganisation wird verschieden beantwortet; sie ist im letzten Jahr durch die Geldknappheit und die Kriegssorgen, besonders aber durch die Kämpfe innerhalb der Neuwieder Organisation und durch den Zusammenbruch der Reichsgenossenschaftsbank in Darmstadt in Fluß gekommen.

Das ländliche Genossenschaftswesen spaltete sich schon in seinen Anfängen in zwei Richtungen. Raiffeisen faßte seine Genossenschaften nach dem Vorbild Schulze-Delitzsch's anfangs in einem Anwaltschaftsverband (Revisionsverband) in Neuwied zusammen. Für den Geldausgleich bildete er durch Beteiligung seiner Darlehnskassen anfangs provinzielle selbständige Verbandskassen in der Form einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, die sich wieder zu einer Generalbank zusammenschließen sollten. Der Versuch mußte nach der damaligen Lage der Gesetzgebung aufgegeben werden, noch ehe er praktisch auf seine Brauchbarkeit geprüft werden konnte. Raiffeisen gründete nun als einheitliche Zentralbank die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse für Deutschland mit dem Sitz in Neuwied a. Rh. (seit 1910 in Berlin), und zwar in der Form der Aktiengesellschaft, wobei außer einigen Privatpersonen seine Vereine durch Namensaktien beteiligt wurden. Die auch von ihm bald als später notwendig erkannte provinzielle leitende Stelle wollte er seinen Genossenschaften in der Form von Filialen geben. Diese wurden auch einige Jahre nach seinem Tode 1895 sowohl von der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse errichtet als auch von der mit

Digitized by Google

ihr eng verbundenen Firma Raiffeisen und Konsorten, die nach dem Wunsch Raiffeisens nicht nur das zentrale Warengeschäft durchführen, sondern auch seine Ideen ausbreiten und mit ihren Gewinnen hierfür die nötigen Mittel beschaffen sollte.

Anders Haas († 1913), der das Genossenschaftswesen des Großherzogtums Hessen in seinen Anfängen zusammenschloß. Er ging davon aus, daß die genossenschaftlichen Zentralinstitute die Genossenschaften provinziell (und in den Mittelstaaten für diese im Ganzen) selbständig zur Bildung von Revisionsverbänden, Verbandskassen und Zentralwareninstituten vereinigen sollten. Als Raiffeisen 1876 die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse in Neuwied als Aktiengesellschaft mit direkter Beteiligung der Vereine gründete und damit den Gedanken eines provinziell selbständigen Unterbaues endgültig aufgab, schlossen sich ihm die Hessen und Westfalen nicht wieder an, sondern errichteten eigene Genossenschaftsbanken. Im Jahre 1883 schlossen sich diese provinziellen Organisationen zum Reichsverbande der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammen, der seinen Sitz in Offenbach, später in Darmstadt nahm.

Seitdem entwickelte sich ein Wettstreit zwischen beiden Richtungen auf dem noch neuen Felde der ländlichen Genossenschaften. Die von Anfang an vollständige straffe Zentral-Organisation der Neuwieder Richtung und der Name Raiffeisens erleichterten ihr die Ausbreitung auf dem genossenschaftlichen Neuland. Den Anfängen der Offenbacher Organisationen in den einzelnen Provinzen fehlte es zunächst an einer Geldzentrale und den nötigen Anfangskrediten. Diesen Rückhalt gab ihnen der weitblickende Finanzminister Miquel durch die Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse im Jahre 1895, die alsbald zu einem ganz außerordentlichen Aufschwung im Genossenschaftswesen führte.

Im Ganzen war die werbende Kraft der provinziell selbständigen Organisationen größer. In den vier östlichsten Provinzen herrscht in Ost- und Westpreußen das Raiffeisensystem im ländlichen Genossenschaftswesen vor — die Offenbacher Richtung ist dort nur durch zwei lose Molkereiverbände vertreten —, in Schlesien und Posen bildeten sich große Offenbacher Organisationen in Breslau und Posen neben kräftigen Raiffeisenverbänden, sowie die ebenfalls provinzielle Genossenschaftsorganisation des schlesischen Bauernvereins, deren Revisionsverband und Warenzentrale in Breslau ihren Sitz haben, während die Verbandsbank noch in Neisse geblieben ist.

Die Neuwieder Organisation brach im Jahre 1899 mit der konsequenten Zentralisation, indem sie für die den Geldverkehr der sog. Betriebsgenossenschaften (Molkereien, Bezugsgenossenschaften usw.) besondere Landesgenossenschaftsbanken an den Filialorten gründete. Die Leitung dieser Banken wurde in die Hand der Filialdirektoren gelegt, die in den Vorstand der Zentraldarlehnskasse eintraten. Eine weitere Annäherung der Neuwieder Richtung an das Offenbacher System brachte das Jahr 1905.

In diesem Jahre schloß der Neuwieder Generalverband nach geschäftlichen Verlusten in der Zentraldarlehnskasse mit dem Reichsverbande ein Abkommen, wonach die provinziellen Unterverbände Neuwieds das

Digitized by Google

Revisionsrecht erhielten und als selbständige Glieder dem Reichsverbande beitraten, ebenso trat auch die Zentraldarlehnskasse und später der Generalverband in den Reichsverband ein. Der Vertrag sah entsprechende Vereinbarungen zwischen den provinziellen Einzelverbänden beider Richtungen vor, um den Wettkampf zu beseitigen und ihren völligen Zusammenschluß vorzubereiten. Der Reichsverband glaubte, daß die Selbständigkeit der Neuwieder Verbände zu einer Provinzialisierung des Warenverkehrs und schließlich auch des Geldverkehrs der Darlehnskassen in der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse führen würde. Eine Zeitlang ging die Entwicklung auch in dieser Richtung: Der zentrale Warenverkehr mit den Darlehnskassen, den 1899 die Zentraldarlehnskasse von der liquidierenden Firma Raiffeisen und Konsorten übernommen hatte, wurde 1906 in Posen an das Deutsche Lagerhaus Posen übertragen, das 1901 von den Betriebsgenossenschaften der Raiffeisenorganisation in Verbindung mit deutschen Großgrundbesitzern errichtet war. 1909 beschloß die Zentraldarlehnskasse, überall diesem Beispiel zu folgen und übertrug im folgenden Jahre das Warengeschäft für Schlesien an die von ihren dortigen Genossenschaften neuerrichtete Schlesische An- und Verkaufsgesellschaft Raiffeisenscher Organisation, G. m. b. H. in Breslau und für Westpreußen ebenso an die Landwirtschaftliche Großhandelsgesellschaft, G. m. b. H. in Danzig.

Generaldirektor Caspers — zugleich Leiter des Coblenzer Raiffeisenverbandes — legte im Jahre 1910 den Posten als Leiter der Zentraldarlehnskasse und des Generalverbandes nieder. An seine Stelle trat der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Justizrat Dietrich-Prenzlau. Die zentralistische Strömung gewann wieder die Oberhand. Man beschränkte die Selbständigkeit der Provinzen und ihren Einfluß auf die Leitung der Zentraldarlehnskasse, indem man die Filialdirektoren, die als Verbandsdirektoren und Leiter der Landesgenossenschaftsbanken vorwiegend provinzielle Interessen hatten, aus dem Vorstande ausschloß und sie dem Generaldirektor unterordnete. Die Auflösung der wenig leistungsfähigen Landesgenossenschaften in Erfurt, Nürnberg, Frankfurt, Ludwigshafen und Straßburg wurde eingeleitet, die Beleihung ihrer Betriebsgenossenschaften den Filialen zugewiesen. Zu außerordentlichen Abschreibungen und zur Sanierung von Einzelgenossenschaften und Landesgenossenschaftsbanken forderte die Zentraldarlehnskasse eine Beihilfe von den ihr angeschlossenen Darlehnskassen. Sie wählte hierfür die Form einer Beihilfe, die nach 15 Jahren aus dem Reingewinn der Zentraldarlehnskasse zurückgezahlt werden sollte, jedoch nur an solche Vereine, die bis dahin im Verkehr mit ihr bleiben würden. Damit wurde ein starkes Band geschaffen, das die Abtrennung der Darlehnskassen einer einzelnen Provinz gegen den Willen der Zentraldarlehnskasse, etwa zum Anschluß an die schon bestehende Landesgenossenschaftsbank der Betriebsgenossenschaften, sehr erschweren mußte.

Die Posener Raiffeisen-Organisation hatte ihre provinziellen Institute am stärksten ausgebaut. Sie fürchtete für deren Selbständigkeit und glaubte, der nötigen Kredite nach dem Ausscheiden des Verbandsdirektors aus dem Vorstande der Zentraldarlehnskasse nicht mehr sicher zu sein. Dazu

Digitized by Google

kamen grundsätzliche Bedenken, daß die verschärfte Zentralisation auf die Dauer aus Mangel an Übersicht in der Zentrale zu neuen Mißerfolgen führen würde, zumal die Zentraldarlehnskasse bereits im Begriff stand, den Rückhalt an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse aufzugeben, während die Posener Organisation diese in langen Jahren bewährte Verbindung in ihrer Landesgenossenschaftsbank festhielt. Sie trennte sich deshalb im Frühjahr 1911 von der Neuwieder Organisation, indem ihre Darlehnskassen sich der Posenschen Landesgenossenschaftsbank anschlossen. Damit ist die Posener Raiffeisen-Organisation (Verband deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen) durchaus nach dem Offenbacher System eingerichtet. Die Zentraldarlehnskasse versuchte durch eine energische Agitation, die Posener Darlehnskassen zum Austritt aus dem Verbande zu bewegen und in einer neuen Posener Filiale zusammenzufassen. Im ganzen behauptete sie in Posen 21 Darlehnskassen und 2 Dreschgenossenschaften, zu denen sie im Jahre 1912 durch eine erneute Agitation 6 weitere Darlehnskassen zurückgewann, ferner 4 neue Darlehnskassen, die sie im Jahre 1911, und 2, die sie im Jahre 1912 gründete. Die Revision dieser 35 Genossenschaften übertrug sie zunächst dem Generalverbande, dann dem Brandenburgischen Raiffeisenverbande. Als dies zu Schwierigkeiten im Reichsverbande führte, schloß sie die Posener Genossenschaften formell zu einem „Verbande Raiffeisenscher Genossenschaften in der Provinz Posen" zusammen, dessen Leitung dem Berliner Verbandsdirektor verblieb. Die Genossenschaften dieses neuen Verbandes bestehen zur Hälfte ihrer Mitglieder aus Polen und die im Jahre 1912 neu gegründeten beiden Darlehnskassen sind ebenfalls polnisch; daraus erklärt sich auch der Übertritt von 4 polnischen Genossenschaften im Herbst 1912 aus dem alten Raiffeisenverbande, der seit seiner Selbständigkeit (1905) grundsätzlich polnische Gründungen ablehnt.

Ein ähnlicher Gegensatz entstand in Ostpreußen. Dort hatte zwar der Raiffeisensche Revisionsverband die neue Zentralisation gebilligt, nicht aber die Verbandsbank der Betriebsgenossenschaften, die Ostpreußische Provinzialgenossenschaftskasse. Die ihr angeschlossenen Genossenschaften sind vor allem die sog. Ein- und Verkaufsvereine, Genossenschaften mit Speicherbetrieben in den kleinen Städten der Provinz. Sie sind in Ostpreußen meist recht groß und haben durchweg mehrere Filialen. Die Geschäftsführung der Ostpreußischen Provinzialgenossenschaftskasse hatte früher, wie in den andern Filialbezirken, in der Hand des Filialdirektors gelegen. Als dieser jedoch ihre Interessen denen der Zentraldarlehnskasse unterordnete und schwere Verluste entstanden waren, hatte sie sich eine selbständige Leitung geschaffen. Die Zentraldarlehnskasse deckte einen Teil der Verluste, ließ sich aber (1907) dafür von den bei der Provinzialgenossenschaftskasse beteiligten Ein- und Verkaufsvereinen die Zusicherung geben, daß sie bei syndizierten Waren usw. weitere 10 Jahre hindurch die Warenabteilung der Zentraldarlehnskasse als Bezugszentrale benutzen würden. Seitdem versuchte die Landw. Zentraldarlehnskasse, die Leitung der Ostpreußischen Provinzialgenossenschaftskasse wieder in die Hand ihres Filialdirektors zu bringen. In dem provinziellen Wareninstitut, in das

Digitized by Google

wie in den anderen Ostprovinzen, ihre Warenabteilung umgewandelt werden soll, wünscht sie sich mit Hilfe der Darlehnskassen einen maßgebenden Einfluß und den Bankverkehr zu sichern, während die Ostpreußische Provinzialgenossenschaftskasse dies Warengeschäft mit den Betriebsgenossenschaften bilden und selbst mit ihm den Bankverkehr pflegen möchte. Die Verhältnisse werden dadurch verwickelt, daß zwischen den Betriebsgenossenschaften und Darlehnskassen zahlreiche Fäden persönlicher und geschäftlicher Art hin und herlaufen. Die Ostpreußische Provinzialgenossenschaftskasse steht mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Bankverbindung, die das System provinziell selbständiger Verbandskassen für eine geeignetere Grundlage des genossenschaftlichen Geldausgleichs hält. Der Abbruch des Bankverkehrs zwischen der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse und der Preußenkasse mußte auf den ostpreußischen Streit verschärfend wirken. Die Errichtung einer Warenzentrale ist bisher beiden Teilen nicht gelungen, da der eine Teil vertraglich gehindert ist, der andere zuviel Kaufpreis von der Provinz fordert oder die Kräftigung der Provinzialisierung fürchtet. Die Zentraldarlehnskasse ließ allmählich die Warenbezüge der Betriebsgenossenschaften zu Bankkrediten werden, trat somit gegen die Provinzialgenossenschaftskasse in direkten Wettbewerb und veranlaßte die Ein- und Verkaufsvereine, den Grundsatz der Ausschließlichkeit des Bankverkehrs aufzugeben, auf dem die Übersicht der Kreditgabe einer Genossenschaftsbank beruht. Der Provinzialgenossenschaftskasse drohte damit der Boden entzogen zu werden. Sie antwortete, indem sie beschloß, auch Darlehnskassen als Mitglieder aufzunehmen (1912). Sie trat aus dem Raiffeisenschen Revisionsverbande aus, mit der Begründung, daß dieser nachlässig revidiere und die Revision mißbrauche, um die konkurrierenden Interessen der Zentraldarlehnskasse wahrzunehmen. Ein Teil der ihr angeschlossenen Genossenschaften folgte ihr und gründete den neuen „Verband ostpreußischer Genossenschaften", der im Frühjahr 1913 vom Handelsminister das Revisionsrecht erhielt. Die großen Ein- und Verkaufsvereine stehen meist noch schwankend zwischen beiden Teilen.

Nach mehrjährigen Verhandlungen ist die Ostpreußische Landgesellschaft, die der Ostpreußischen Provinzialgenossenschaftskasse nahe steht, mit der Durchführung des Entschuldungsverfahrens in Ostpreußen betraut worden. Da hierbei die Darlehnskassen Träger der Entschuldungsbürgschaften werden und als Inkasso- und Kreditstellen für die Entschuldeten eine neue große und verantwortungsvolle Aufgabe erhalten, so ordnete infolge der erwähnten Beschwerden der Handelsminister eine Untersuchung an, ob die Revision des ostpreußischen Raiffeisenverbandes die nötige Gewähr für eine gewissenhafte und sachgemäße Aufsicht und Beratung biete.

Die neue Betonung der Zentralisation führte im Neuwieder Generalverbande zu einem stärkeren Ausbau der verschiedensten Einrichtungen, die nach dem Abkommen von 1905 ausschließlich dem Reichsverbande zustanden. Die straffe Unterordnung der Neuwieder Verbandsdirektoren führte dazu, daß der Generaldirektor praktisch über die Vielheit ihrer Stim-

Digitized by Google

men in den Körperschaften des Reichsverbandes verfügte; er bedurfte nur weniger anderer Stimmen, um den Reichsverband zu majorisieren. Das war nun freilich die Umkehrung der Folgen, die man im Reichsverbande vom Zutritt der Neuwieder Verbände im Jahre 1905 erwartet hatte. Der zunehmende Gegensatz führte zunächst zum Austritt des Generalverbandes aus dem Reichsverbande (1912), dann zur Auflösung des Abkommens von 1905 zum 1. Juli 1913.

Es waren nicht allein diese genossenschaftlichen Kämpfe, welche die Frage nach dem systematischen Aufbau der Zentralkassen dringlich machten, sondern auch die praktischen Anforderungen des Geldmarktes im Jahre 1912. Die Ernte im Jahre 1911 war zwar an Winterkorn nicht schlecht, ergab aber infolge der Dürre einen Fehlschlag bei der Sommerung der Wiesen, den Futtergewächsen und Hackfrüchten, und dadurch einen Rückschlag im Ertrage des Viehstandes. Auch wirkte die Maul- und Klauenseuche noch immer nach. An die Genossenschaften wurden deshalb im Jahre 1912 ganz außergewöhnliche Kreditansprüche gestellt, denen nur ein geringer Zuwachs, vielfach ein Abzug von Spareinlagen gegenüberstand. In den Verbandsbanken mußte diese Schwankung in verstärktem Maß auftreten. Sie fiel zusammen mit einer allgemeinen Knappheit auf dem offenen Geldmarkt — der Reichsbankdiskont ging im Herbst 1911 auf 5 Prozent, im Herbst 1912 auf 6 Prozent und hielt sich auf dieser Höhe — und seit dem Herbst 1912 mit anhaltenden Kriegssorgen. Durch den Reichsbankpräsidenten Havenstein waren die Banken schon seit längerer Zeit auf die Verbesserung ihrer Zahlungsbereitschaft (Liquidität), besonders für den Kriegsfall hingewiesen und die Reichsbank hatte durch ihre Beleihungsgrundsätze diesen Ratschlägen Nachdruck verliehen. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften und besonders den Verbandsbanken war somit die Prüfung ihres Aufbaues nahegelegt.

Die ländlichen Darlehnskassen sind allmählich zu kleinen Banken herangewachsen, denen Hunderttausende von kurzfristigen Spargeldern anvertraut worden und die infolge der fortschreitenden Intensität des ländlichen Betriebs einen großen Verkehr in laufender Rechnung (z. T. in der Form des Warenbezugs) abzuwickeln haben. Sie sind auch von Jahr zu Jahr stärkeren Schwankungen der Geldbewegung ausgesetzt. Hinsichtlich ihrer Zahlungsbereitschaft verläßt sich die eine Hälfte hauptsächlich auf den offenen Kredit bei ihrer Verbandsbank; die andere Hälfte unterhält bei ihrer Verbandsbank ein Guthaben und ist somit für die eigene Liquidität ebenfalls auf die Verbandsbank angewiesen. Eine Verbesserung dieses Zustandes liegt in einer Erhöhung der eigenen Mittel, nicht bloß durch die Vermehrung der Reserven, sondern auch durch höhere Geschäftsanteile, damit das Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln günstiger wird. Eine zweite Maßnahme ist die Einbürgerung des Wechsels. Eine solche Verbesserung würde natürlich die Zahlungsbereitschaft der Verbandsbanken günstig beeinflussen. In dem von uns behandelten Gebiet gingen die Darlehnskassen des alten

Digitized by Google

Posener Raiffeisenverbandes (Verband deutscher Genossenschaften) allgemein zur Erhöhung der Geschäftsanteile über, durchweg auf den immer noch mäßigen Satz von 100 ℳ, der in den Offenbacher Verbänden schon länger verbreitet ist. Durch eine enge Beschränkung der Dividende wird dabei der kapitalistischen Ausgestaltung der Genossenschaft vorgebeugt. Dagegen halten die Verbände der Neuwieder Organisation auch jetzt noch an dem alten Normalsatz von höchstens 10 ℳ fest.

Die provinziellen Verbandsbanken haben sich durch ihren Bankverkehr mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse gewöhnt, ihren Forderungen an die Einzelgenossenschaften zum großen Teil die Form des Wechsels zu geben, der mit ihrem Giro und dem der Preußenkasse versehen, reichsbankfähig ist. Sie sichern sich hierdurch die nötigen Diskontkredite des offenen Geldmarktes. Durch die Beteiligung der Einzelgenossenschaften mit sehr beträchtlichen Haftsummen (vgl. die unten S. 242 f. gegebene Übersicht) ist ihnen eine breite Grundlage zur Aufnahme von Krediten — von genossenschaftlichen Guthaben und von Bankkredit — gegeben. Die Landw. Zentraldarlehnskasse, die als Aktiengesellschaft nur über ihr eigenes Vermögen verfügt, brachte im Jahre 1913 die seit 1902 schwebende Erhöhung ihres Stammkapitals von 5 auf 10 Millionen Mark zum Abschluß und beschloß die weitere Erhöhung auf 15 Millionen Mark. Sie bleibt damit noch freilich in dem Verhältnis des eigenen zum fremden Kapital hinter den provinziellen Genossenschaftsbanken zurück, da diese durchweg über beträchtliche Geschäftsanteile verfügen und verhältnismäßig größere Reserven gesammelt haben.

Der Gegensatz beider Systeme für die Frage der Zahlungsbereitschaft liegt vor allem darin, ob die Verbandsbank den Geldausgleich nur für eine Provinz oder für eine ganze Anzahl solcher durchführen soll. Letzteres bezweckt die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse, wobei sie zugleich den Geldreichtum westlicher Provinzen mit dem Geldmangel östlicher Provinzen und den verschiedenen Ausfall der Ernten ausgleichen soll. Indessen kommen auch Jahre eines allgemeinen Geldbedarfs, und je mehr sich das Genossenschaftswesen ausbreitet und entwickelt, desto enger wird auch sein Zusammenhang mit den großen Bewegungen des Geldmarktes. Und auch die Ernten gleichen sich nicht notwendig aus, wie das Jahr 1911 zeigte. Die Geldklemme des Jahres 1907 hatte die Zentraldarlehnskasse mit Hilfe der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse überstanden. Als sie diese Bankverbindung abbrach, hatte sie große flüssige Mittel und hoffte sich durch die Zinspolitik solche in genügendem Maße dauernd erhalten zu können. Das Jahr 1912 zeigte, daß dies ein Irrtum gewesen war, sie mußte trotz mehrfacher Zinserhöhungen den offenen Geldmarkt stark in Anspruch nehmen. Es zeigte sich auch die Schwierigkeit, die kommenden Schwankungen rechtzeitig in ihrer Größe zu erkennen, während eine provinzielle Verbandskasse leichter den Geldbedarf voraussieht und ihre Maßnahmen treffen kann. Bekanntlich ist der landesübliche Zinsfuß in Ostdeutschland wesentlich höher als in West- und Süddeutschland. Für das System der Zentraldarlehnskasse (zentraler Geldausgleich über eine ganze

Digitized by Google

Anzahl von Provinzen) wird nun vielfach geltend gemacht, daß dadurch dem Westen ein über durchschnittlicher Zinsfuß für Spareinlagen geboten werden könne, während andererseits dem Osten das Geld zu einem unter dem landesüblichen stehenden Satze gegeben werden könne. Ob dies tatsächlich der Fall ist, mag hier dahingestellt bleiben. Voraussetzung dafür ist jedenfalls ein und derselbe Zinssatz für alle gleichartigen angeschlossenen Genossenschaften, gleichgültig ob sie im Osten oder Westen liegen. Dies hat aber zur Folge, daß sehr viele Genossenschaften im Westen dauernd mehr Spargelder an sich ziehen, als sie unter normalen Verhältnissen im eigenen Bezirk anlegen können. Andererseits werden die östlichen Genossenschaften durch die Billigkeit des Bankkredits davon abgehalten, ihren Spargeldzinsfuß hoch zu halten, um soviel Spargelder an sich zu ziehen, daß sie ihren Geldbedarf normalerweise aus dem eigenen Bezirk aufbringen. Die Folge ist, daß die östlichen Genossenschaften keine richtige Sparpolitik treiben können, da sie oft einen Zinsverlust haben, sobald sie bei der Zentraldarlehnskasse ins Guthaben kommen. Es droht dann die Gefahr des leichtsinnigen Ausleihens (über den Bezirk hinaus) oder der Verschleppung, d. h. man legt keinen Wert auf pünktliche Abzahlung. Beides ist für die Einzelgenossenschaft nicht gesund. Praktisch sind der Erhöhung der Schuldzinsfüße im Westen engere Grenzen gezogen als im Osten. Darum mußte jener Grundsatz eines einheitlichen Zinsfußes in geldteuren Jahren aufgegeben werden, so 1907/08 und auch 1912.

Die provinziellen Verbandsbanken suchen die Verbindung mit dem offenen Geldmarkt durch Vermittlung einer Zentralbank. Für die preußischen Verbandsbanken ist das die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, die, mit etwa 80 Millionen Mark eigenem Kapital ausgerüstet, imstande ist, ihnen zur Sicherung der Zahlungsbereitschaft eine starke Rückendeckung zu gewähren. Eine Zeitlang war es das Bestreben der Leitung des Reichsverbandes, eine eigene genossenschaftliche Zentralbank zu gründen. Indessen die 1904 von den Verbandsbanken des Reichsverbandes gegründete Reichsgenossenschaftsbank in Darmstadt verfügte für diese Aufgabe über zu geringe Mittel, sodaß die preußischen Genossenschaftsbanken es vorzogen, an der Preußenkasse festzuhalten. Die Reichsgenossenschaftsbank verlor den größten Teil ihres Kapitals in verfehlten geschäftlichen Unternehmungen; sie mußte 1912 in stille Liquidation treten und zog die hessische Genossenschaftsbank, die ihr große Depositen anvertraut hatte, mit sich. Es zeigte sich hier das Bedenkliche einer unzulänglichen Zentralbank, die für die anvertrauten Gelder bei größeren Verlusten nicht genug Sicherheit bietet. Auch die Bedenken einer Genossenschaftsbank auf Aktien werden dadurch beleuchtet. Die hessische Genossenschaftsbank war eine solche, und es gehen dabei Spareinlagen der Genossenschaften verloren, während die in der Form der Genossenschaft errichteten provinziellen Verbandskassen mit ihren Haftsummen diese Spareinlagen decken und etwaige große Verluste gleichmäßig auf die Beteiligten verteilen würden.— Die östlichen Genossenschaftsbanken waren größtenteils der Reichsgenossenschaftsbank fern geblieben.

Digitized by Google

Eine Übersicht der ländlichen Verbandskassen der vier östlichen Provinzen bietet die umstehende Tabelle (Tabelle 1). Dabei ist zu beachten, daß den Darlehnskassen der Raiffeisenverbände die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse mit ihren Filialen als Verbandsbank dient.

In engem Zusammenhang mit den ländlichen Zentralkassen steht das zentrale Warengeschäft. Ein solches ist für die ländlichen Genossenschaften unentbehrlich, die den Warenverkehr mit pflegen. Denn sie sind über die Marktkonjunkturen nicht so genau unterrichtet und brauchen deshalb einen Großkaufmann, dem sie unbedingtes Vertrauen schenken können. Sie können auch nur so den Grundsatz durchführen, untersuchte Waren und nach Gehalt zu liefern. Auch die größeren Ein- und Verkaufsvereine können durch eine solche genossenschaftliche Zentrale bessere Bedingungen erreichen. Nach dem Offenbacher System, wie es bei allen selbständigen provinziellen Zentralen der hier behandelten 4 Provinzen besteht, sind hierfür besondere Institute errichtet, deren Leitung regelmäßig mit der Verbandsbank und dem Revisionsverbande in Verbindung steht. Erstere dient auch dem Waren-institut als Bankverbindung. In der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehns-kasse war, wie schon erwähnt, dies Warengeschäft 1899 mit dem Geldgeschäft vereinigt; 1906 –1910 entschloß man sich hierin, das Offenbacher System, anzunehmen, was indessen in Ostpreußen bisher noch nicht durchgeführt ist. Die Wareninstitute haben teils die Form der Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, teils die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Regelmäßig sind neben den Genossenschaften auch größere Einzelbesitzer als Mitglieder zugelassen. Näheres über den Stand und die geschäftlichen Ergebnisse dieser Gesellschaften ergibt die Übersicht auf S. 244 f (Tabelle 2.) Im Einzelnen sei dazu bemerkt, daß der Verlust in der Warenzentrale des schlesischen Bauernvereins im Jahre 1911 zu einem Wechsel der Leitung führte, worauf in den letzten Geschäftsjahren wieder normale Ergebnisse erzielt wurden.

In Westpreußen ging die kleine Bezugszentrale in Neumark im Jahre 1912 in der Großhandelsgesellschaft des Danziger Raiffeisenverbandes auf. Damit ist wohl auch die Übernahme des kleinen von Neumark geleiteten Revisionsverbandes angebahnt. Auf der anderen Seite geriet die west-preußische Raiffeisen-Organisation mit der pommerschen Genossenschafts-zentrale in Konflikt, in dessen Verlauf die Pommersche Hauptgenossenschaft (Stettin) eine Filiale in Danzig errichtete.

In Posen bestand seit 1902 zwischen den beiden ländlichen Verbänden ein Abkommen, wonach die Provinz für Gründungen in zwei fast gleiche Hälften aufgeteilt wurde; die Übernahme von Genossenschaften des einen Verbandes in den anderen Verband sollte nur im beiderseitigen Einvernehmen möglich sein. Dies Abkommen lief 1912 ab und wurde durch ein neues ersetzt, wonach die Teilung für Gründungen bestehen bleibt, die Übernahme be-stehender Genossenschaften freigegeben wurde.

Ein wichtiges Ereignis war der Zusammenschluß der Posener Brennereien nach dem Vorbilde der pommerschen Brennereien zu einer

Digitized by Google

Spiritusverwertungsgenossenschaft, die ihre Interessen gegenüber der weiterverarbeitenden Spritindustrie und bei der Erneuerung der Spiritus-zentrale (für die Zeit nach dem Jahre 1918) wahrnehmen soll. Die große Mehrheit der Posener Brennereien schloß sich dieser Genossenschaft an, die im Jahre 1918 aus den jährlichen Einzahlungen über ein eigenes Kapital von 2 Mill. M. verfügen dürfte. Die Provinz Posen hat mehr Brennereien als jede andere Provinz; es handelt sich somit um ein bedeutendes Unternehmen.

Die Schlesische Raiffeisen-Organisation verlor im Frühjahr ihren Verbandsdirektor Daum, der sie mit großem geschäftlichen Erfolge geleitet hat. Es gelang ihm, die 1899 gegründete Genossenschaftsbank für die Betriebsgenossenschaften kräftig zu entwickeln. Sein Eintreten führte hauptsächlich zu dem Beschluß der Neuwieder Organisation, die Warengeschäfte an selbständige provinzielle Institute zu übertragen. Die Entwicklung des alsbald von ihm errichteten schlesischen Wareninstituts gab ihm Recht. Ein wesentliches Verdienst hat Daum auch an der Gründung der Schlesischen Landgesellschaft, die nach langen Vorverhandlungen unter Beteiligung der drei ländlichen Verbandskassen im Jahre 1913 ins Leben treten konnte. Sein Nachfolger ist der frühere Landrat Steinmann.

Die Besprechung der gewerblichen Verbandskassen und der Verbandskasse der ost- und westpreußischen Vorschußvereine sei dem nächsten Jahrbuch vorbehalten, in dem auch die Entwicklung der einzelnen Genossenschaftsarten weiter verfolgt werden soll. Hier mögen noch einige Ausführungen über die polnische Zentralorganisation folgen.

Schon frühzeitig haben die polnischen Genossenschaften daran gedacht, sich selbst eine Genossenschaftsbank zu schaffen. Nachdem die bank włosciański, eine kleine Aktienbank in Posen, diesen Zweck nicht nach ihrem Wunsch erfüllt hatte und Verhandlungen mit der größten polnischen Einzel-Kreditgenossenschaft, der bank przemysłowców in Posen, nicht zum Ziel geführt hatten, rief man 1886 die bank związku spółek zarobkowych ins Leben. Diese Bank ist eine Aktienbank, an der auch Privatpersonen beteiligt sind; jedoch ist den Genossenschaften satzungsmäßig das Übergewicht gesichert. Das Grundkapital beträgt 6 Millionen Mark und ist bis auf einen kleinen Rest eingezahlt. Davon entfielen Ende 1911 rund 5 Millionen Mark Aktien auf 209 Genossenschaften. Die Reserven betrugen nach der Zuschreibung aus dem Gewinn des Jahres 1911 1½ Millionen Mark. Der Reingewinn betrug (nach Abzug des Vortrags aus dem Vorjahr)

1910 ..... 487 062 ℳ
1911 ..... 519 880 „

Es wurde daraus die herkömmliche Dividende von 6 Prozent verteilt. Von Privaten hatte die Bank Ende 1911 27,3 Millionen Mark Einlagen (1910: 24,8 Millionen Mark) an sich gezogen. Die Genossenschaften hatten bei ihr an diesem Termine 8,9 Millionen Mark Guthaben in laufender Rechnung. Wie sich diese Mittel in der Geldanlage auf Genossenschaften und Private verteilen, ist aus der Bilanz nicht zu ersehen. Einzelheiten ergibt die Übersicht der Bilanzen für 1910 und 1911 auf S. 246. (Tab. 3.)



Digitized by Google

## Die ländlichen Zentralkassen in den Provinzen Ost-

(Nach dem Jahrbuch des Reichsverbandes der

| Firma | Ländliche Zentralkasse e. G. m. b. H. | Ostpreuß. Provinzialgenossenschaftskasse e. G. m. b. H. | Landw. Genossenschaftskasse für Westpreußen e. G. m. b. H. |
|---|---|---|---|
| Sitz der Genossenschaft | Wormditt | Königsberg i. Pr. | Neumark Westpr. |
| Gründungsjahr | 1892 | 1899 | 1895 |
| **Mitgliederzahl Ende 1911:** | | | |
| Darlehnskassen | 70 | — | — |
| Bezugsgenossenschaften | 3 | 13 | 1 |
| Molkereigenossenschaften | — | 4 | 12 |
| Sonstige Genossenschaften | — | 10 | 3 |
| Andere Körperschaften und Vereine | — | 5 | — |
| Einzelmitglieder | — | — | 3 |
| Zusammen | 73 | 32 | 19 |
| **Aktiva:** Kasse | 24 944 | 9 358 | — |
| Wertpapiere | 327 700 | 61 155 | — |
| Wechsel | — | 806 064 | 221 000 |
| Guthaben bei Genossenschaften | 1 188 942 | 1 806 881 | 161 236 |
| Guthaben bei Banken | 100 000 | 9 100 | — |
| Guthaben bei Privaten und Körperschaften | 241 795 | — | — |
| Immobilien und Inventar | 100 | 118 285 | 64 |
| Sonstige Aktiva | 729 693 | 594 162 | 2 889 |
| Summe der Aktiva | 2 613 174 | 3 405 005 | 385 189 |
| **Passiva:** Geschäftsguthaben an Genossen | 184 500 | 475 400 | 60 156 |
| Reserven | 65 826 | 92 106 | 20 877 |
| Einlagen der Genossen | 1 843 323 | 808 484 | 58 166 |
| Bankschulden | 208 084 | 154 399 | 16 867 |
| Spareinlagen und Einlagen von Körperschaften | — | 1 587 835 | — |
| Wechselverbindlichkeiten | 250 000 | — | — |
| Sonstige Passiva | 45 652 | 286 781 | 1 067 |
| Summe der Passiva | 2 597 385 | 3 405 005 | 378 133 |
| Reingewinn | 15 789 | — | 7 056 |
| Umsatz | 25 860 682 | 172 928 176 | 16 358 464 |
| Gesamthaftsumme | 1 875 000 | 4 740 000 | 848 000 |

Digitized by Google

## und Westpreußen, Posen und Schlesien im Jahre 1911. Tabelle 1.

deutschen landwirtschaftl. Genossenschaften für 1912.)

| Westpreußische Provinzialgenossenschaftskasse e. G. m. b. H. | Provinzialgenossenschaftskasse für Posen e. G. m. b. H. | Posensche Landesgenossenschaftsbank e. G. m. b. H. | Provinzialgenossenschaftskasse für Schlesien e. G. m. b. H. | Zentralgenossenschaftskasse des Schlesischen Bauernvereins e. G. m. b. H. | Schlesische Genossenschaftsbank für Betriebsgenossenschaften e. G. m. b. H. (Raiffeisenorganisation) |
|---|---|---|---|---|---|
| Danzig | Posen | Posen | Breslau | Neisse | Breslau |
| 1898 | 1895 | 1899 | 1895 | 1890 | 1899 |
| — | 303 | 182 | 755 | 319 | — |
| 1 | 18 | 12 | — | 20 | — |
| 35 | 21 | 31 | 24 | 14 | 33 |
| 37 | 53 | 76 | 55 | 13 | 47 |
| 4 | 1 | — | — | — | 3 |
| 35 | 4 | 27 | 13 | 6 | 10 |
| 112 | 400 | 328 | 847 | 372 | 93 |
| 21 473 | 46 840 | 242 280 | 32 530 | 54 143 | 8 316 |
| 118 214 | 510 000 | 769 330 | 3 564 818 | 389 890 | 3 766 |
| 220 226 | 2 827 119 | 3 451 226 | 19 039 | — | 81 770 |
| 5 157 205 | 9 323 794 | 13 760 790 | 17 122 679 | 10 115 641 | 2 587 701 |
| 253 598 | 33 371 | — | 1 856 975 | 184 616 | 278 273 |
| 361 840 | 681 | — | 476 665 | — | 227 056 |
| 330 745 | 255 509 | 664 632 | 3 475 | 1 697 | 1 600 |
| 592 100 | 414 899 | 974 818 | 365 794 | 781 | 143 724 |
| 7 055 401 | 13 412 213 | 19 863 076 | 23 441 975 | 10 746 768 | 3 332 206 |
| 306 670 | 1 943 450 | 1 781 184 | 1 862 320 | 1 631 400 | 592 340 |
| 147 295 | 224 236 | 342 475 | 344 279 | 137 000 | 107 263 |
| 1 006 991 | 9 354 012 | 1 245 674 | 20 615 928 | 6 477 104 | 246 498 |
| 572 986 | 1 609 596 | 6 591 968 | — | 1 145 665 | 666 251 |
| 4 963 952 | 41 748 | 6 111 464 | 440 823 | 1 312 380 | 1 670 451 |
| — | — | 3 346 000 | 40 000 | — | — |
| 1 476 | 135 905 | 358 000 | 53 268 | 10 094 | — |
| 6 999 370 | 13 308 947 | 19 776 765 | 23 356 618 | 10 713 643 | 3 282 803 |
| 56 031 | 103 266 | 86 311 | 85 357 | 33 125 | 49 403 |
| 277 412 439 | 235 889 616 | 335 754 966 | 244 059 672 | 89 025 928 | 104 955 092 |
| 3 132 000 | 18 988 000 | 17 846 500 | 37 247 000 | 16 440 000 | 5 620 000 |



Digitized by Google

## Die ländlichen Warenzentralen in den Provinzen Ost- und

(Nach dem Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen

| Firma | Ländl. Wirtschaftsverein zu Insterburg, Zentralgenossenschaft ostpreuß. landwirtsch. Genossenschaften e. G. m. b. H. | Ermländische Hauptgenossenschaft zum An- und Verkauf von landw. Bedarfsartikeln e. G. m. b. H. | Landwirtschaftlicher Kreisverein e. G. m. b. H. |
|---|---|---|---|
| Sitz der Genossenschaft | Insterburg | Mehlsack Ostpr. | Neumark Westpr. |
| Gründungsjahr | 1871 | 1904 | 1889 |
| Berichtsjahr | 1. Januar bis 31. Dez. 1911 | 1. Januar bis 31. Dez. 1911 | 1. Januar bis 31. Dez. 1911 |
| Mitglieder: Genossenschaften | 9 | 60 | 8 |
| Mitglieder: Einzelmitglieder | 300 | 113 | 386 |
| Mitglieder: zusammen | 309 | 173 | 394 |
| Immobilien und Inventar | 433 545 | 54 805 | 127 174 |
| Geschäftsguthaben der Genossen | 245 780 | 3 326 | 60 702 |
| Reserven | 75 195 | 36 651 | 90 490 |
| Gesamthaftsumme | 1 098 000 | 86 500 | 901 000 |
| Fremde Mittel | 1 278 013 | 112 189 | 1 086 789 |
| Gewinn | 30 714 | 2 536 | 4 164 |
| Verlust | — | — | — |
| Düngemittel (Ztr.) | 258 982 | 186 815 | 71 915 |
| Düngemittel (Wert in Mark) | — | — | 195 073 |
| Futtermittel (Ztr.) | 117 044 | 4 712 | 60 193 |
| Futtermittel (Wert in Mark) | — | — | 410 915 |
| Sämereien und Saatgetreide: Menge (Ztr.) | 71 500 | — | 1 832 |
| Sämereien und Saatgetreide: Wert in Mark | — | — | 45 620 |
| Kohlen: Menge (Ztr.) | 176 822 | — | 266 500 |
| Kohlen: Wert in Mark | — | — | 174 451 |
| Sonstige Bezüge: Menge (Ztr.) | 224 | 14 398 | 738 |
| Sonstige Bezüge: Wert in Mark | — | — | 1 581 |
| Landwirtschaftliche Maschinen (Wert in Mark) | — | 87 759 | 9 950 |
| Gesamtbezug (Wert in Mark) | 1 906 969 | 463 769 | 837 590 |
| Getreideabsatz: Menge (Ztr.) | 20 726 | — | 143 328 |
| Getreideabsatz: Wert in Mark | 177 742 | — | 1 100 208 |
| Absatz an Kartoffeln: Menge (Ztr.) | — | — | 125 408 |
| Absatz an Kartoffeln: Wert in Mark | — | — | 208 724 |
| Gesamtwert der verkauften Erzeugnisse Wert in Mark | 177 742 | — | 1 308 932 |

Digitized by Google

## Westpreußen, Posen und Schlesien im Jahre 1911. Tabelle 2.

landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1912.)

| Landwirtliche Großhandelsgesellschaft G. m. b. H. | Landw. Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H. | Deutsches Lagerhaus Posen G. m. b. H. | Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Schlesien e. G. m. b. H. | Landw. Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Schlesischen Bauernvereins e. G. m. b. H. | Schlesische An- und Verkaufsgesellschaft Raiffeisenscher Organisation G. m. b. H. |
|---|---|---|---|---|---|
| Danzig 1909 | Posen 1890 | Posen 1901 | Breslau 1895 | Breslau 1890 | Breslau 1909 |
| 1. Juni 1910 bis 31. Mai 1911 | 1. Januar bis 31. Dez. 1911 | 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 | 1. April 1910 b. 31. März 1911 | 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 | 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 |
| 250 | 54 | 147 | 328 | 236 | 371 |
| — | 119 | 99 | 168 | 50 | 5 |
| 250 | 173 | 246 | 495 | 286 | 376 |
| 1 191 929 | 15 409 | 417 354 | 9 079 | 66 430 | 131 985 |
| 1 500 000 | 146 879 | 500 000 | 557 000 | 221 100 | 800 000 |
| 13 229 | 151 602 | 214 248 | 182 318 | 4 331 | 40 958 |
| — | 864 000 | — | 1 081 000 | 1 068 000 | — |
| 2 361 211 | 898 895 | 1 129 949 | 1 237 556 | 1 096 286 | 1 154 746 |
| 110 443 | 69 118 | 72 321 | — | 33 374 | 140 696 |
| — | — | — | 96 919 | — | — |
| 1 004 800 | 1 030 927 | 1 210 000 | 1 623 954 | 553 810 | 1 145 160 |
| 2 790 111 | 2 196 951 | 3 838 126 | — | 1 015 246 | 2 183 770 |
| 450 623 | 180 449 | 638 000 | 597 564 | 105 024 | 335 389 |
| 2 470 225 | 1 184 519 | 3 282 195 | — | 573 239 | 2 117 690 |
| 8 642 | 1 056 | — | 8 744 | 6 217 | 10 164 |
| 463 694 | 29 581 | 315 265 | — | 171 246 | 221 392 |
| 1 492 059 | 1 235 955 | 1 130 000 | 2 218 900 | 994 220 | 3 465 676 |
| 1 540 398 | 732 905 | 830 806 | — | 630 567 | 3 159 667 |
| 8 943 | 18 176 | — | 1 569 | 163 184 | 82 289 |
| 42 217 | 46 684 | — | — | 1 056 489 | 509 793 |
| 274 385 | — | 287 000 | 126 000 | — | 1 775 750 |
| 7 581 030 | 4 190 640 | 8 553 392 | 9 087 976 | 3 447 087 | 9 968 062 |
| 2 145 807 | 233 953 | 1 033 058 | 112 583 | 129 413 | 234 786 |
| 17 200 539 | 1 955 857 | 8 487 557 | 985 100 | 971 606 | 1 911 512 |
| — | — | — | — | 34 292 | 60 095 |
| — | — | — | — | 85 183 | 138 510 |
| 17 200 539 | 1 955 857 | 8 487 557 | 985 100 | 1 056 789 | 2 050 789 |

Digitized by Google

## Bank związku społek zarobkowych. Tabelle 3.

### Bilanz am 31. Dezember[1]).

| Aktiva | | | Passiva | |
|---|---|---|---|---|
| 1910 | 1911 | | 1910 | 1911 |
| 865 977,73 | 278 206,58 | . . . . Kasse . . . . | — | — |
| — | — | . . Grundkapital . . | 6 000 000 | 6 000 000 |
| 888 750,— | 328 000,— | davon nicht eingezahlt | — | — |
| 127 050,29 | 120 460,— | laufende Rechnung mit . . Genossenschaften. . | 8 065 078,50 | 8 914 372,31 |
| 582 328,11 | 677 453,83 | laufende Rechnung mit . . . Banken . . . | 3 046 265,62 | 682 614,50 |
| 6 907 834,04 | 7 231 751,19 | laufende Rechnung mit . . . Privaten . . . | 24 807 800,67 | 27 337 209,69 |
| 8 042 791,75 | 8 778 256,55 | . . . Effekten . . . | — | — |
| 23 822 974,68 | 25 574 465,82 | . . . Wechsel . . . | — | — |
| 1 647 198,33 | 1 063 367,39 | . . . . Avale . . . . | 1 647 198,33 | 1 063 367,39 |
| — | 126,47 | . . Gerichtskosten . . | 141,22 | — |
| — | — | . . . Reserven . . . | 1 347 875,06 | 1 500 232,21 |
| 2 105 649,67 | 1 697 272,30 | . . . Hypotheken . . . | 270 000,— | 270 000,— |
| 443 331,48<br>21 629,50<br>81 601,27 | 443 331,48<br>21 629,50 | . . Immobilien . . | — | — |
| 100,— | 100,— | . . . Mobilien . . . | — | — |
| — | — | Dividende . für 1907 bis 1911 . | 257 547,35 | 338 162,40 |
| — | — | . . . Tantieme . . . | 21 000,— | 25 000,— |
| — | — | . Vortrag für 1912 . | 74 310,10 | 83 462,61 |
| 45 537 216,85 | 46 214 421,11 | | 45 537 216,85 | 46 214 421,11 |

[1]) Nach Verteilung des Reingewinns.

Digitized by Google

Die Verbandsbank bildet heute einen ähnlichen starken Mittelpunkt für die polnischen Genossenschaften, wie die ländlichen Verbandskassen es für die ihrigen sind. Sie gibt in ihrer Verbindung mit der Leitung des Revisionsverbandes, dem „Patronat", diesem eine Autorität und einen Nachdruck, die den Revisionsverbänden der deutschen Vorschußvereine nicht zu Gebote stehen. Das System weicht freilich von der deutschen ländlichen Verbandskasse etwas ab. Die polnische Verbandsbank pflegt neben dem genossenschaftlichen auch das private Kreditgeschäft, und zwar in großem Umfange, während sich die deutschen ländlichen Verbandskassen grundsätzlich auf den Bankverkehr mit Genossenschaften beschränken. Ferner haben die deutschen Verbandskassen möglichst alle Einzelgenossenschaften des Revisionsverbandes als Mitglieder und stehen mit ihnen im Bankverkehr. Für die polnische Verbandsbank bilden dagegen die Kreditgenossenschaften (meist bank ludowy, „Volksbank" genannt) den Unterbau. Von diesen Volksbanken liegen zwei Drittel in den Städten, der Rest in größeren Dörfern. Die anderen Genossenschaften sollen nicht von der Verbandsbank, sondern von der Bank ludowy finanziert werden. Bisher haben die Polen außer dieser noch zwei Genossenschaftsarten ausgebreitet: den rolnik und die bank parcelacyny.

Die Rolniks entsprechen genau den deutschen „Ein- und Verkaufsvereinen" in den Marktorten der Provinzen Posen, Pommern und Ostpreußen. Sie besitzen einen Speicher für Getreide, Futter- und Düngemittel, Kohlen und landwirtschaftliche Maschinen, der von einem besonderen Geschäftsführer betrieben wird. Ende 1912 gehörten dem Verbande bereits 54 solche Rolniks an, ihre Zahl und ihre wirtschaftliche Bedeutung wird voraussichtlich noch ganz bedeutend wachsen. Ihr Geschäftsbetrieb führt — wie bei den deutschen Ein- und Verkaufsvereinen — zu einer meist beträchtlichen Kreditgewährung. Indem nun der Rolnik seinen Bankkredit von der am gleichen Orte befindlichen Volksbank nimmt, muß er dieser Einblick gewähren und ist meist auch mit ihr durch Personen seiner Verwaltungsorgane verknüpft. Die Volksbank kann durch diese Weise die Gefahren einer mehrseitigen Kreditgewährung an dieselbe Person mildern. Da der Bankkredit immerhin beschränkt ist und die Kreditwünsche der Mitglieder gewöhnlich weiter gehen, so liegt es für den Rolnik nahe, Spargelder anzunehmen und daraus seinen Kredit zu gewähren. Der polnische Verband verwirft dies Verfahren grundsätzlich, da der Rolnik mit der beschränkten Haftpflicht und dem riskanteren Geschäft nicht die für die Spareinlagen des kleinen Mannes nötige Sicherheit bietet. Die Kreditgenossenschaft soll das Monopol dafür haben, und indem sie selbst der Bankier des Rolniks ist, kann sie dessen Wettbewerb um die Spargelder eher unterdrücken.

Ähnliche Fragen erheben sich bei den Parzellierungsgenossenschaften, meist bank parcelacyny oder bank ziemski (Landbank) genannt. Im ganzen zählte der polnische Verband Ende 1911 23 solche Genossenschaften, von denen aber die społka ziemska in Posen und die in Olobok eine besondere Stellung ein-

Digitized by Google

nehmen, ebenso die społka rolników parcelacyny in Posen und die bank parcelacyny in Posen und der eigenartige związek ziemian. Die übrigen sind eine noch neue Art von Genossenschaften, als deren erste die in Priment 1901 entstand. Die Parzellierung sollte ihre erste Aufgabe sein, im Zusammenhang damit und soweit es dazu nötig war, auch das Hypothekengeschäft und die Gewährung von Zwischenkrediten beim Besitzwechsel. Diese letzteren Aufgaben sind mehr und mehr in den Vordergrund getreten; der Verband bezeichnet geradezu als Hauptaufgabe die Neuordnung der bäuerlichen Hypothekenverhältnisse, wie dies auf deutscher Seite die Deutsche Mittelstandskasse und die Deutsche Bauernbank tun, und er erklärt es für zeitgemäß, wenn die größeren Volksbanken eine solche Genossenschaft neben sich haben. Die Vermittlung des bäuerlichen Besitzwechsels und die Parzellierung namentlich größerer bäuerlicher Grundstücke an Anlieger werden daneben fortgesetzt. Diese Verschiebung der Hauptaufgabe erklärt es, daß die Parzellierungsgenossenschaften an Zahl und Geschäftsumfang trotz der Beschränkung der polnischen Parzellierung zugenommen haben.

Die Organisation der Posener Zentrale ist bereits von Bernhard beschrieben. Interessante Ergänzungen bringt das neue Buch von Pawlicki[1]), namentlich über die Stellung des Patrons (des Verbandsdirektors) als Kurator der Verbandsbank. Der Patron ist auch in der Verbandsbank in den wichtigsten Fragen ausschlaggebend. So hat er alle Kredite an Genossenschaften zu genehmigen, die über die reglementmäßige Höhe (ein Drittel des eigenen Vermögens der Genossenschaft) hinausgehen. Er kann auch solche Überkredite fordern und trägt dann die Verantwortung. Er kann jederzeit die Verbandsbank revidieren und den Aufsichtsrat zum Einschreiten veranlassen; dagegen kann die Verbandsbank nur mit seiner Zustimmung eine Kundengenossenschaft revidieren. So ist die monarchische

[1]) W. Pawlicki. Zur Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Provinz Posen (Zschft. f. d. gesamte Staatswissenschaft, hrsg. v. Karl Bücher, Ergänzungsheft 43) Tübingen 1912. Das Buch ist nicht ganz unparteiisch. Es bietet wichtiges Material über das polnische Genossenschaftswesen; die Behandlung des deutschen bleibt dagegen an der Oberfläche, die gezogenen Vergleiche beruhen durchweg auf unrichtiger Grundlage (cfr. die Besprechungen Broses im Aprilheft 1913 des „Posener Landes" S. 184 f. und die des Verfassers im Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung hrsg. v. Schmoller 1913 S. 1014 f.).

Bemerkenswert ist das Eingeständnis Pawlickis, daß der nationale Boykott von den Polen gehandhabt wird, um die Deutschen aus den Städten zu verdrängen. Er sagt darüber (S. 41): „Freilich ist nicht zu leugnen, daß dieses Vordringen den Polen durch den nationalen Boykott, nach dem die Polen mit Aufträgen nur an ihre eigene Landsleute herantreten sollten, in großem Maßstabe erleichtert wurde; jedoch kann man den Polen die Art und Weise, durch die sie ihre Nation wirtschaftlich zu heben versuchten, nicht übel nehmen . . . . . Dieses Eindringen der polnischen Bevölkerung in Handel und Gewerbe hatten einen Rückgang der jüdischen Bevölkerung zur Folge, in deren Händen sich im 19. Jahrhundert fast der ganze Handel und ein großer Teil des Gewerbes und der Industrie befand."

Wer durch die auf das Weihnachtsgeschäft berechnete Boykottbewegung des Herbstes 1912 noch nicht belehrt ist, mag sich aus diesen Worten von der Planmäßigkeit und der Gefahr des polnischen Boykotts überzeugen.

Digitized by Google

Herrschaft des polnischen Verbandsdirektors in der Verbandsbank sicher gestellt; und es ist gewiß eine beachtenswerte Leistung, wie diese praktisch absolute Gewalt trotz aller demokratischen Formen doch satzungsmäßig sicher gestellt ist. Für das polnische Genossenschaftswesen ist diese Einheit ihrer Organisation und die Vereinigung der Macht in der Hand des von der Gunst des Augenblicks und der Parteien unabhängigen Patrons von großem Nutzen. Auf Einzelheiten des Buches wird im nächsten Jahrbuch bei der Darstellung der Einzelgenossenschaften zurückzukommen sein.

Das Jahr 1912 hat auch an die polnische Verbandsbank ganz außergewöhnliche Ansprüche gestellt. Die Kriegssorgen, die man anfangs auf polnischer Seite nicht ungern sah, weil mancher polnische Sparpfennig den deutschen Sparkassen entzogen wurde, sind hie und da auch den polnischen Volksbanken recht unbequem geworden, so namentlich der großen bank przemysłowców in Posen. Diese Erscheinung ist jedenfalls ein Beweis, daß auch die polnischen Volksbanken an ihre Liquidität denken müssen und nicht dadurch, daß sie meist kleine Leute als Sparer und viel kleine Konten haben, gegen Überraschungen geschützt sind. Zu beachten bleibt, daß die Volksbanken in bedeutendem Umfange Gelder im Realkredit festgelegt haben, wenn dies auch bei der Einkleidung fast jedes Darlehns in Wechselform aus den Bilanzen nicht erkennbar ist.

Im Jahre 1912 richtete die Verbandsbank nach dem Muster der deutschen Vorschußvereine eine eigene Girostelle ein, der bis zum Ende des Jahres 27 Genossenschaften beigetreten sind.

Im Frühjahr 1913 eröffnete die Verbandsbank eine Filiale in Thorn, wohl um den westpreußischen Genossenschaften entgegenzukommen, die schon seit langer Zeit Absonderungsbestrebungen haben.

Bekannt ist der starke Einfluß der polnischen Geistlichkeit auf das Genossenschaftswesen, sind doch zurzeit nahezu 300 Geistliche in den Genossenschaften des polnischen Verbandes tätig. Auch der rückwirkende Einfluß dieser wirtschaftlichen Tätigkeit auf den Charakter der Geistlichkeit und ihre seelsorgerische und politische Autorität ist nicht zu unterschätzen. Das päpstliche Dekret der Konsistorial-Kongregation vom 18. November 1910 befahl den Geistlichen, aus ihren genossenschaftlichen Ämtern binnen vier Monaten auszuscheiden. Auf die lauten Proteste hin wurde die Bestimmung zunächst dahin interpretiert, daß sie auf die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat keine Anwendung finden würde. Die Administratoren der Erzdiözese Gnesen-Posen erwirkten am 3. Februar 1911 einen Dispens auf 2 Jahre, diese Frist ist am 18. März 1913 abgelaufen. Das Konsistorium der Diözese Kulm hat bereits Ende 1912 einer Reihe von Geistlichen befohlen, aus den Genossenschaftsvorständen auszuscheiden.

Digitized by Google

## Va.

# Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Posen.

Von **Wilhelm Christiani.**

### I. Das polnische Volksbibliothekswesen[1]).

Dem sehr ausführlichen Bericht des polnischen Volksbibliothekenvereins (Towarzystwo czytelni ludowych) für das Geschäftsjahr 1911/12 (1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912) entnehmen wir folgende Angaben (s. Przegląd oświatowy VII, 267—306).

Der aus 16 Personen bestehende Hauptvorstand in Posen hielt acht Sitzungen ab. Um die Organisation des Vereins zu fördern stellte er den Geistlichen Ludwiczak als Instruktor an, der sein Amt am 1. Februar 1912 antrat. Ludwiczak übernahm auch die Redaktion des Vereinsorgans (Aufl.: 1950). Die Zahl der Kreiskomitees, deren Organisation nicht nur in Schlesien und Westpreußen, sondern auch in Posen noch viel zu wünschen übrig läßt, betrug 79. Viele von ihnen sandten keine oder nur unvollständige Berichte ein. Im Berichtsjahr wurden vier Kreise (Posen-West, Schrimm, Samter, Thorn) geteilt. Die Kreiskomitees hielten insgesamt 107 Sitzungen ab, davon 97 in der Provinz Posen, 8 in Westpreußen und 3 in Schlesien, im Vorjahr fanden dagegen nur 72 Versammlungen statt. Die Kreiskomitees zählen jetzt zusammen 445 Mitglieder gegen 258 im Vorjahr. Während die Zahl der Komiteemitglieder somit stark gestiegen ist, hat die Zahl der Versammlungen nicht in gleichem Maße zugenommen. Dies erklärt sich dadurch, daß ein Teil der Kreise erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres organisiert wurde. In der Provinz Posen kamen im Durchschnitt drei Versammlungen auf den Kreis, in Westpreußen 0,8 und in Schlesien 0,6.

Die Einnahmen beliefen sich auf 64 824,25 ℳ. die Ausgaben auf 44 581,69 ℳ. An Jahresbeiträgen gingen ein

| | | | |
|---|---|---|---|
| im Geschäftsjahr | 1909/10: | 14 374,51 | ℳ. |
| " " | 1910/11: | 18 268,81 | " |
| " " | 1911/12: | 19 991,43 | " |

Einige Komitees sandten die von ihnen gesammelten Mitgliedsbeiträge erst nach dem 30. Juni ein, diese Beiträge konnten daher nicht mehr gebucht werden. An Vermögen waren rund 117 900 ℳ. vorhanden.

Die Angaben über die Zahl der Bibliotheken sind nicht zuverlässig und widersprechen früheren Angaben. Am 30. Juni 1911 bestanden etwa 1550 Bibliotheken, am 30. Juni 1912 1700 Bibliotheken. Die von den Kreiskomitees eingesandten Berichte waren zum Teil ganz unvollständig;

[1]) Über das deutsche Volksbibliothekswesen wird im nächsten Jahrgang berichtet werden.

Digitized by Google

von diesen Berichten konnten daher nur 46 (gegen 40 im Vorjahr) benutzt werden, die aber ebenfalls oft lückenhaft waren.

Aus diesen Berichten sind folgende Angaben geschöpft: die Zahl der Leser nahm in 27 Kreisen zu, in 17 Kreisen nahm sie nur unbedeutend zu und in einem Kreise (Bromberg) ging sie zurück. Bibliotheksrevisionen fanden in 33 Kreisen statt (gegen 21 im Vorjahr), und zwar wurden in 22 (15) Kreisen alle Bibliotheken revidiert, in 11 (6) Kreisen einige. Lesehallen, in denen Zeitungen und Zeitschriften auslagen, gab es in 15 (10) Kreisen. Die Zahl ihrer Besucher wird nicht angegeben; der Bericht teilt nur mit, daß die Lesehallen in 5 (3) Kreisen sehr stark besucht wurden, in 6 (6) Kreisen war der Besuch befriedigend und in (4) (1) Kreisen gering.

Die Zahl der Leser ist zurückgegangen. Sie wird auf 88 000 geschätzt gegen 92 000 im Vorjahr und 107 000 im Geschäftsjahr 1909/10. Die Zahl der verliehenen Bände wird auf 900 000 geschätzt und ist ebenfalls zurückgegangen, denn sie betrug im Vorjahr 1 092 000.

Das Zentraldepot versandte

| | | |
|---|---|---|
| im Jahr 1909/10 ..... | 36 169 | Bände |
| „ „ 1910/11 ..... | 31 427 | „ |
| „ „ 1911/12 ..... | 25 794 | „ . |

Die örtliche Verteilung der versandten Bücher veranschaulicht folgende Tabelle:

| | 1910/11 | 1911/12 |
|---|---|---|
| Posen ..... | 15 986 Bände, | 14 520 Bände |
| Westpreußen ..... | 8 694 „ | 5 393 „ |
| Ostpreußen ..... | 323 „ | 285 „ |
| Oberschlesien ..... | 1 649 „ | 2 715 „ |
| Emigration ..... | 4 775 „ | 2 881 „ |
| Zusammen ... | 31 427 Bände, | 25 794 Bände. |

In Westpreußen erhielten zehn Bibliotheken neue Bücher, und zwar jede Bibliothek durchschnittlich 21 Bände; außerdem wurden dort zwei neue Büchereien gegründet, von denen jede 40 Bände erhielt.

Die am 1. Juli 1912 in Posen eröffnete Kraszewski-Bibliothek (Biblioteka im. Kraszewskiego) erhielt vom Volksbibliothekenverein eine einmalige Unterstützung im Betrage von 5000 ℳ. Sie verleiht seit dem 26. Februar 1913 außer Romanen und Erzählungen auch historische und literarhistorische Werke und besitzt an Werken aus diesen beiden Gebieten 900 Bände.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur hat der Hauptvorstand des Volksbibliothekenvereins mit der Verlagsbuchhandlung Z. Rzepecki & Co. in Posen ein Abkommen geschlossen. Die Firma hat die Herausgabe guter Bücher übernommen, die zum Preise von 10 Pf. verkauft werden sollen. Vom Reingewinn bekommt der Verein einen Teil. Der Hauptvorstand prüft die Bücher.

Der kritische Ausschuß hielt neun Sitzungen ab und prüfte 152 Werke in 168 Bänden. Er empfahl davon 104 Werke in 116 Bänden zum Ankauf.

Digitized by Google

Im ersten Bericht über das polnische Volksbibliothekswesen (Ostland I, 203) sind Angaben über den Bestand und die Benutzung der Bibliotheken einiger polnischer Vereine mitgeteilt. Der dort erwähnte Verband der katholischen Vereine erwerbstätiger Frauen zählte 1912 14 Bibliotheken, in denen 3233 Bände gegen 3035 Bände im Vorjahr vorhanden waren. Verliehen wurden 6219 Bände gegen 4117 Bände im Vorjahr. Die meisten Verleihungen entfielen 1912 auf die Bibliothek des Vereins „Jedność" in Bromberg (1716 verliehene Bände), des Arbeiterinnenvereins in Jersitz (1103 verliehene Bände) und des Vereins „Zgoda" in Hohensalza (700 verliehene Bände). Über die Zahl der Leser liegen keine Daten vor.

Von den dem Verbande der katholischen Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen und Posen angehörenden Vereinen besaßen im Jahre 1912 157 ihre eigenen Büchereien gegen 150 im Vorjahre. In diesen Büchereien waren insgesamt 23 966 Bände vorhanden gegen 23 279 Bände im Vorjahr. Über die Benutzung hatten nur 130 Vereine Berichte eingesandt. Danach betrug die Gesamtzahl der verliehenen Bände 39 428 gegen 37 530 im Vorjahr.

## II. Das deutsche Volksunterhaltungswesen in Posen.

Die „Zentralstelle für Volksunterhaltung in der Provinz Posen" ist eine staatliche Einrichtung und besteht seit dem 15. November 1905. Sie ist der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek angegliedert. Die Zentralstelle hat die Aufgabe, alles zur Einrichtung von Volksunterhaltungs-, Familien- und Vereinsabenden dienende Material zu sammeln und den Leitern solcher Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Sie besitzt Literatur jeder Art und Musikalien, ferner Lichtbilderserien und Texte zur Erläuterung derselben. Der Fiskus hat für sämtliche Landkreise der Provinz Lichtbilderapparate angeschafft, die auf Antrag nach jedem Ort entliehen werden können.

Den Betrieb veranschaulicht folgende Tabelle:

| Jahr | Zahl der vorhandenen Lichtbilderserien | Benutzung der Lichtbilderserien | Versendung von Literatur und Musikalien |
|---|---|---|---|
| 1905/06 | 25 | 172 mal | 420 Bände |
| 1906/07 | 40 | 233 „ | 244 „ |
| 1907/08 | 50 | 304 „ | 241 „ |
| 1908/09 | 55 | 398 „ | 478 „ |
| 1909/10 | 63 | 451 „ | 581 „ |
| 1910/11 | 67 | 415 „ | 458 „ |
| 1911/12 | 70 | 631 „ | 1010 „ |
| 1912/13 | 79 | 670 „ | 772 „ |

Digitized by Google

### III. Das polnische Volksunterhaltungs- und Vortragswesen.

Im Auftrage des Hauptvorstandes des polnischen Volksbibliothekenvereins ist ein besonderer Vortragsausschuß tätig, der aus zehn Personen besteht. Dieser Ausschuß hat im Geschäftsjahr 1911/12 eine Sammlung von Vorträgen „Zbiór przemówień na wiecach T. C. L." herausgegeben. Das Buch enthält zehn Vorträge, u. a. folgende: Bildung und Wohlstand, Die Bildung in unserem Gemeinwesen, Die Notwendigkeit der Bildung, Das Finanzwesen des Volksbibliothekenvereins, Die Aufgaben der polnischen Frau dem Volksbibliothekenverein gegenüber. — Ein zweites Handbuch, das zur Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden und Liebhaberaufführungen geeignetes Material enthalten wird, ist in Vorbereitung.

Seit dem Oktober 1911 besteht eine Ausleihstelle von Lichtbilderserien als besondere Abteilung des Bureaus des Volksbibliothekenvereins in Posen. Über die Zahl der vorhandenen Lichtbilderserien liegen keine, über den sehr regen Betrieb der Ausleihstelle folgende Angaben vor:

| Jahr | Monat | Zahl der versandten Lichtbilderserien |
|---|---|---|
| 1911 | Oktober ..... | 26 |
| „ | November .... | 120 |
| „ | Dezember ..... | 209 |
| 1912 | Januar ..... | 142 |
| „ | Februar ..... | 121 |
| „ | März ..... | 125 |
| „ | April ..... | 57 |
| „ | Mai ..... | 12 |
| „ | Juni ..... | 15 |
| Zusammen .... | | 837 |

Die Lichtbilder beziehen sich auf folgende Gebiete: Religion, Urgeschichte, Naturwissenschaft, polnische Geschichte und Literaturgeschichte, Geographie, Heimatkunde, Naturwissenschaft, Technik, Kunstgeschichte, Märchen. Zu den beliebtesten Lichtbilderserien, die mehr als zehnmal ausgeliehen wurden, gehörten u. a. folgende: Kraśiński (61), Königin Jadwiga (16), Das polnische Jahr (15), Die Himmelskönigin, Unsere Urahnen, Die Weichsel, Skarga (je 13 mal), Lourdes, Kościuszko, Das Heimatland, Wieliczka (je 12 mal), Nazareth, Der Vatikan, Die Anfänge der polnischen Geschichte (je 11 mal). Zehnmal verliehen wurden die Serien: Das Neue Testament, Die Expedition Nansens und Die Passionsgeschichte.

Digitized by Google

## Vb.

# Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Oberschlesien.

Von **Karl Kaisig.**

Das deutsche Volksbildungswesen ist im vorliegenden Jahrbuch von Regierungsassessor Brauweiler erschöpfend behandelt worden, es bleibt nur noch übrig, im Anschluß an den vorjährigen Bericht (Ostland Bd. I, S. 202) die weitere Entwickelung des polnischen Volksbildungswesens zu überschauen.

In Oberschlesien steht weiterhin die Volksbücherei, die von dem Posener Volksbüchereiverein (Towarzystwo Czytelni Ludowych) gespeist wird, im Vordergrunde. Über die kürzlich von diesem Verein errichtete Lichtbilderstelle ist von anderer Seite berichtet worden (Ostland Bd. II S. 253); im Regierungsbezirk Oppeln scheint sie ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen zu haben.

Um in Oberschlesien festen Fuß zu fassen, hat der genannte Verein nach dem Bericht seiner Vereinszeitschrift (Przegląd Oświatowy) einen Vertrauensmann mit dem Auftrage hierher entsandt, Büchereien zu gründen und die Kreisverbände auszubauen. Der Versuch ist jedoch eingestandenermaßen nicht gelungen. Der Hauptvorstand hat daraufhin vom 1. Februar 1912 ab dem Geistlichen Ludwiczak aus Pinne die Aufgabe übertragen, sich im ganzen Vereinsgebiet (d. i. in den polnisch durchsetzten Teilen Preußens) anregend und beratend zu betätigen.

Am 30. Juni 1912 bestanden nach dem im „Przegląd Oświatowy" (Heft 11 des 7. Jahrg.) erstatteten Bericht 91 Büchereien. Sie wurden von 2690 Lesern besucht und verzeichneten im ganzen 22 443 Ausleihungen. Diese Zahlen gelten jedoch nur für die Kreisverbände, die Berichte eingesandt haben. Nicht berichtet hat u. a. der Kreis Oppeln, der in Bezug auf rührige Arbeit in Oberschlesien vielleicht an der Spitze steht. Aber selbst wenn man die angegebenen Zahlen verdoppelt, fallen sie im Vergleich zu den entsprechenden Leistungen des deutschen Büchereiwesens (1911/12: 1194 Büchereien, 133 951 Leser, über zwei Millionen Ausleihungen) vorläufig kaum ins Gewicht. An Geldern wurden der Posener Zentrale aus sieben oberschlesischen Kreisen 431,40 ℳ zugeführt, davon entfielen allein auf den Kreis Oppeln 210 Mark. (Demgegenüber nichtstaatliche Leistungen für deutsche Volksbüchereien Oberschlesiens im Rechnungsjahr 1911/12: 112 183,31 ℳ.)

Die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete des polnischen Volksbildungswesens scheinen literarische Vereine zu sein, besonders Frauenlesevereine, die sich in Beuthen, Kattowitz, Ratibor, Königshütte, Schoppinitz, Zalenze und Deutsch Piekar nachweisen lassen.

Digitized by Google

Man trifft auch hier wieder auf die schon im vorjährigen Bericht festgestellte Tatsache, daß die neuen Gebilde sich alsbald in den Dienst der Tagespolitik stellen. Die Satzungen des am 31. März 1910 gegründeten Frauenlesevereins in Deutsch Piekar bestimmen ausdrücklich, daß Politik nicht ausgeschlossen ist.

Ähnliche Aufgaben wie die Frauenlesevereine verfolgt der am 8. Sept. 1912 gegründete Leseverein „Iskra" (Funke) in Beuthen und der Philaretenverein in Zaborze. Der Verein Iskra hat sich in § 1 seiner Satzung die Förderung des allgemeinen und nationalen Wissens und des Gesellschaftslebens unter den Mitgliedern zur Aufgabe gemacht. Dies wird erstrebt durch Veranstaltung von Unterhaltungsabenden, Versammlungen, Ausflügen, durch Unterhaltung einer Bibliothek und durch Bücher- und Zeitschriftenankäufe. Das rein Bildende ist hier, wie man sieht, unter den Aufgaben an die letzte Stelle gerückt. Durch die Bevorzugung der Geselligkeit wird offenbar die Werbung möglichst vieler Mitglieder erstrebt. Auch hier besagt übrigens § 2: „Während aller Vereinsversammlungen sind Debatten politischer Natur nicht ausgeschlossen". In § 3 ist die Mitgliedschaft ausdrücklich auf Personen polnischer Nation beschränkt.

Der Philaretenverein in Zaborze legt im „Dziennik Sląski" (Königshütte, Stück 217 vom 24. Dez. 1912) seine Aufgaben folgendermaßen dar: „Freunde des Gesanges haben in der Gesangsabteilung Gelegenheit zu singen, und diejenigen, die etwas lernen wollen, können sich die Vorträge anhören, die an jedem Tage, an dem die Bibliothek offen ist, gehalten werden. Sportfreunde haben Gelegenheit, jeden Sonntag gemeinsame Ausflüge zu veranstalten, so daß allen modernen Ansprüchen genügt wird. Unser Zweck ist es, die geistige Bildung durch verschiedene Mittel zu heben, namentlich auf nationalem Gebiet. Die Väter und Mütter fordern wir auf, sich eine Legitimationskarte zu beschaffen und unsere wissenschaftlichen Unterhaltungen zu besuchen. Geöffnet ist die Bibliothek am Montag, Mittwoch und Sonnabend von ½7 bis 9 Uhr."

Dadurch, daß sich die geschilderten Veranstaltungen mehr oder weniger offen in den Dienst der Politik stellen, andersprachige Mitglieder ausschließen und, wie das Beispiel von Bogutschütz beweist, sogar die Berufserklärungen der polnischen Führer mitmachen, unterscheiden sie sich deutlich von den gleichartigen deutschen Einrichtungen und machen es schwer, sie unter dem Gesichtspunkte der Bildungspflege zu würdigen. Wenn das aber schon von den reinen Bildungsveranstaltungen gilt, so verlohnt es wohl kaum, auf die der deutschen kulturellen Wohlfahrtspflege sonst noch gegenübergestellten Einrichtungen, die nicht einmal von der polnischen Volksbildungszeitschrift erwähnt werden, einzugehen. Sie sind ausschließlich Mittel des politischen und nationalen Kampfes und scheiden für einen unter der Überschrift „Volksbildungswesen" erstatteten Bericht aus.

Digitized by Google

# VI.

# Die polnischen Organisationen.

Von **Fritz Vosberg.**

Inhalt: I. Die Entwicklung der Wahlorganisationen S. 256. — II. Der Aufbau der Wahlorganisation S. 259. — III. Die Wirksamkeit der Wahlorganisation S. 263. — Literatur S. 265.

Von den Organisationen des Polentums ist im Folgenden die wichtigste politische Organisation, die Wahlorganisation, behandelt. Die Fortsetzung der im I. Jahrgang des „Ostlandes" behandelten Berufsorganisationen sowie die weiteren politischen, beruflichen und anderen Organisationen bleiben den nächstjährigen Übersichten vorbehalten.

## I. Die Entwicklung der Wahlorganisationen.

Die heutigen Wahlorganisationen des Polentums für die Reichs- und Landtagswahlen stammen aus dem Jahre 1894. Der alte Unterbau der polnischen Fraktion im Reichstage und Landtage entsprach nicht mehr den veränderten Parteiverhältnissen, war verknöchert und wurde von der führenden Adelspartei mißbraucht, ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Adel und Geistlichkeit waren die alleinigen politischen Führer des Volkes gewesen. Die Wahlorganisationen lagen vollständig in den Händen ihrer Partei, und sie setzte ohne Schwierigkeit ihre Abgeordnetenkandidaten durch. Mit dem Erstarken des städtischen Bürgertums aber und dem Entstehen der Demokratie begannen bis dahin schlummernde politische Differenzen sich zu regen. Eine neue Partei entstand, die „Volkspartei". Das war seit etwa Ende der 80er Jahre zu beobachten. Die neue Partei strebte naturgemäß nach politischer Vertretung. Diesem Streben stand das alte, auf die konservative Adelspartei zugeschnittene Wahlreglement im Wege, und die junge Partei wurde so die treibende Kraft, die wichtigste politische Organisation der Polen weiter zu entwickeln. Sie machte zunächst in Versammlungen und Presse (Orędownik, Postęp, Goniec, Przegląd Poznański) Stimmung für Änderung des Wahlreglements. Nahrung und Förderung fand diese Bewegung, als der Przegląd Poznański[1]) ein vertrauliches Rundschreiben des Provinzial-Wahlkomitees für das Großherzogtum Posen vom 18. September 1893 veröffentlichte, in dem die Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees ersucht wurden, mit größter Energie den Bestrebungen der Volkspartei entgegenzutreten. Damit war der Nachweis der Parteilichkeit der Wahlbehörde erbracht, und die Volkspartei drohte mit der Bildung eines zweiten Provinzial-Wahlkomitees[2]). In

[1]) vgl. Nr. 26 v. 23. September 1894.
[2]) vgl. Orędownik Nr. 224 v. 2. Oktober 1894.

Digitized by Google

der Versammlung der Kreisdelegierten und des Provinzial-Wahlkomitees vom 23. Oktober 1894 zu Posen wurde dann ein neues Wahlreglement angenommen. Nur mit Hilfe von zwei konservativen Stimmen (15 : 17) gelang es den Demokraten, diese Reformen der Adelspartei abzuringen[1]). Das neue Wahlreglement erfüllte aber noch nicht die Wünsche der Volkspartei. Insbesondere erregte § 16 Anstoß, welcher den Kreiskomitees das Recht der Präsentation der Abgeordnetenkandidaten und das Recht der Kooptation gewährte, und sie damit in die Lage versetzte, eine bestimmte politische Richtung zu manifestieren und ihre Autorität im Interesse einer Partei auszunützen. Die weiteren politischen Parteikämpfe aber lassen erkennen, daß auch die Volkspartei, wo sie in den Wahlorganisationen das Heft in die Hand bekam, mindestens ebenso einseitig ihre Macht gegen die Adelspartei auszunützen suchte, wie bisher diese den Sozialdemokraten gegenüber es getan hatte.

Die Reformen von 1894 bedeuteten einen wesentlichen Fortschritt im Sinne der Volkspartei, wenn man bedenkt, daß früher die Entscheidung über die Aufstellung der Kandidaten letzten Endes stets im Zusammenhange mit der Dominsel in Posen erfolgte, und die Wahl auch weniger genehmer Kandidaten dort mit aller Kraft durchgesetzt wurde. Was man aber mit den Reformen gleichzeitig erreichen wollte, eine regere und stetige Wahlarbeit und politische Aufklärung der Wähler durch eine gleichmäßige Tätigkeit der Wahlbehörden, gelang ebensowenig wie vorher und auch späterhin bis heute.

Dieser in der Öffentlichkeit wiederholt gerügte Mangel, ferner die durch das weitere Anwachsen der demokratischen Bewegung immer schärfer werdenden Parteikämpfe, die Parteizersplitterung in Oberschlesien, Konflikte und Sezessionen bei den Wahlen in Posen und Westpreußen, ein Wahlkompromiß der Polen im Westen mit dem Zentrum, das in Posen Widerspruch gefunden hatte, all diese Momente waren die treibenden lokalen Kräfte, die 1903 weitere Reformen herbeiführten.

Die Wahlorganisationen waren provinziell geordnet. Es bestanden bis dahin nebeneinander:

1. Das „Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen" mit dem Sitz in Posen,
2. Das „Provinzialkomitee für Westpreußen" mit dem Sitz in Thorn,
3. Der „Polnische Wahlverein für Schlesien" mit dem Sitz in Kattowitz,
4. Das „Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die angrenzenden Provinzen" mit dem Sitz in Bochum,
5. Das „Politische Komitee" mit dem Sitz in Berlin.

Die Provinzialwahlkomitees in Posen und Westpreußen, die als oberste Wahlbehörden in ihren Provinzen fungierten, standen nicht einmal in organischem Zusammenhang; in Oberschlesien war erst 1902 von dem

[1]) vgl. Goniec Wielkopolski Nr. 7 v. 11. Januar 1903.



Digitized by Google

„national aufgeklärten Teile" der polnischen Bevölkerung der „Polnische Wahlverein für Schlesien" durch die Nationaldemokratie (Korfanty) im Gegensatz zur Katolik-Partei gegründet worden, und das Hauptwahlkomitee in Bochum, wie das politische Komitee in Berlin, das mangels festerer Formen nicht volle Anerkennung fand, waren nicht von wesentlicher Bedeutung. Und alle diese Organisationen standen nur durch die Presse miteinander in Fühlung. Sonst trieb jede ihre eigene Politik.

Hatte man früher an dem Grundsatz festgehalten, daß jeder Landesteil seine besondere politische Organisation besitzen und eigene Selbstverwaltung entsprechend seiner historischen Vergangenheit und seinen verschiedenen nationalen Verhältnissen ausüben müsse, so glaubte man Anfang des 19. Jahrhunderts dank der Jahrzehnte langen Agitation in den einzelnen Landesteilen, diese zu einem einheitlichen politischen Ganzen zusammengeschweißt zu haben. Es war die demokratische Anschauung, die die polnische Bevölkerung Posens und Westpreußens mit der Oberschlesiens, Mittel- und Westdeutschlands verband, während die Adelspartei auf Westpreußen und Posen beschränkt war. Aus Oberschlesien war 1903 der erste polnische Abgeordnete in die polnische Fraktion nach Berlin entsandt, und damit äußerlich der innere Zusammenhang Oberschlesiens mit Posen und Westpreußen dokumentiert worden, Wahlangelegenheiten in Westfalen wurden in öffentlicher Versammlung in Posen erörtert, Momente, die als eine innere Rechtfertigung für die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Oberleitung, d. h. einer einheitlichen alle Polen im deutschen Reiche umfassenden Wahlorganisation, der Grundlage für die polnische Fraktion im Reichs- und Landtage, erschienen.

Widerstände gegen die Schaffung einer einheitlichen Wahlorganisation mit einer alle Landesteile umfassenden Wahlbehörde an der Spitze mußten in Posen und Westpreußen in den bisherigen Organisationen seitens der klerikalen Adelspartei und in Oberschlesien seitens der Katolik-Partei überwunden werden. Nach längeren Kämpfen trat dann das „polnische Zentral-Wahlkomitee für das Deutsche Reich" im Dezember 1903 ins Leben.

Die Anerkennung des Zentral-Wahlkomitees als oberste Instanz für alle Wahlangelegenheiten für alle von Polen bewohnten Gebietsteile im Deutschen Reiche bedeutet die Schaffung eines einheitlichen, in sich abgeschlossenen politischen Organismus. Sie bringt die nationale Einheit aller Polen im Gebiete des Deutschen Reiches zum Ausdruck, insbesondere die endgültige Verschmelzung Schlesiens mit den übrigen ehemals polnischen Landesteilen und die Unterordnung und Abhängigkeit der „Emigration" von dem Mutterlande.

Die folgenden Jahre brachten eine Reihe weiterer mehr oder weniger bedeutsamer Verbesserungen innerhalb des bestehenden 1903 geschaffenen Rahmens, die teils auf Zweckmäßigkeitsgründen beruhten, teils von der Demokratie durchgesetzt wurden. Dabei trat das Bestreben hervor, das bisher in den einzelnen Gebietsteilen verschiedenartig ausgebaute System möglichst gleichmäßig zu gestalten.

Digitized by Google

Die Mittel für die Wahlen wurden bisher durch Sammlungen aufgebracht. Dieser Weg erwies sich als unzweckmäßig. Einmal waren die Einnahmen, deren Beschaffung den Kreiskomitees oblag, zu ungleichmäßig und unsicher, dann kam man dabei auch mit den Gesetzen in Konflikt. Infolgedessen ging man seit 1904 dazu über, einen festeren Unterbau zu schaffen und Wahlvereine zu gründen, deren wichtigste Aufgabe die Leistung von Beiträgen ist. Die Wahlvereine bieten außerdem die Möglichkeit, auch außerhalb der Wahlzeit in solchen Kreisen, in denen nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes die deutsche Sprache in öffentlichen Versammlungen angewandt werden muß, Wählerversammlungen in Form von geschlossenen Mitgliederversammlungen abzuhalten. So entstanden 1904 ein „Zentral-Wahlverein für Westfalen, die Rheinprovinz und die angrenzenden Provinzen", 1906 „der Verband der Polnischen Wahlvereine für West- und Ostpreußen und Pommern", 1905 der „Polnische Wahlverein für Berlin und Brandenburg". In demselben Jahre wurde in Posen die Bildung von Wahlvereinen beschlossen. Auch für Schlesien fällt der Ausbau dieser Organisation in jene Zeit. Diese Wahlvereine erhielten allmählich ziemlich gleiche Musterstatuten. Einen größeren Einfluß der Wähler auf die Aufstellung der Abgeordnetenkandidatenliste, um den die Demokratie schon seit 1894 kämpfte, erreichte sie erst durch die Reformen des Wahlreglements und der Statuten in den Jahren 1908/1909 und 1912/1913.

## II. Der Aufbau der Wahlorganisationen.

Der Aufbau der Wahlorganisation ist durch die Statuten, Wahlreglements, Instruktionen für die Kreiskomitees usw. bis in die kleinsten Einzelheiten genau festgesetzt. Er vollzieht sich in drei Instanzen: die Organisation des Kreises, der Provinz und das Zentral-Wahlkomitee. Der Schwerpunkt liegt bei der Provinz. Die Unterschiede in den Organisationen von Posen, West-, Ostpreußen und Schlesien sind nur gering. Dagegen unterscheiden sich diese von den Organisationen der beiden westlichen Gebietsteile.

Zunächst die Organisationen im Osten:

1. Die Kreisorganisation. Der Träger ist hier das Kreiswahlkomitee. Es setzt sich zusammen aus den in den Wählerversammlungen oder von den lokalen Wahlvereinen gewählten Delegierten. In Posen[1]) teilt das Kreiskomitee den Kreis in Bezirke ein. Die Bezirksversammlungen wählen 1. je nach der Wählerzahl mehr oder weniger Mitglieder in das Kreiswahlkomitee, 2. einen Kandidaten und seinen Stellvertreter für das Amt des Kreisdelegierten zur Hauptdelegiertenversammlung und 3. drei Kandidaten für die vom Kreiskomitee aufzustellende Liste der Abgeordnetenkandidaten. Das Kreiskomitee wählt aus der Zahl der in den Bezirksversammlungen gewählten Kandidaten

[1]) vgl. das Wahlreglement, abgedruckt im Dziennik Poznański Nr. 89 vom 20. April 1909 und Orędownik Nr. 292 vom 21. Dezember 1912 bzw. Nr. 62 vom 16. März 1913.



Digitized by Google

je einen Kreisdelegierten zur Hauptdelegiertenversammlung und zwei Kandidaten für die der höchsten provinziellen Instanz vorzuschlagenden zwei Abgeordnetenkandidaten. Um den Willen der Wählerschaft dabei möglichst zum Ausdruck zu bringen, hat das Kreiskomitee als ersten Abgeordnetenkandidaten ohne weiteres denjenigen vorzuschlagen, der in den Bezirks- bzw. Kreisversammlungen die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat, und bei der Auswahl des zweiten Kandidaten zuerst über dessen Gegenkandidaten aus der Bezirksversammlung abzustimmen. Besteht ein Wahlkreis aus mehr als einem landrätlichen Kreise, so wählen die zusammengehörenden Kreiskomitees aus sich heraus ein Wahlkreiskomitee, dessen Obliegenheit darin besteht, gemeinsame Wahlaufrufe zu erlassen, insbesondere sich über die den Bezirksversammlungen zur Wahl vorzuschlagenden Kandidaten für die Abgeordnetenliste zu einigen. Auf diesem Vorschlagsrecht beruht der Einfluß der konservativen Partei auf die Masse der Wähler. In Westpreußen steht an Stelle der Bezirksversammlungen die Kreisgeneralversammlung. In Oberschlesien[1]) wird die Kreisversammlung von den Vertretern der Wahlvereine im Kreise gebildet, deren Zahl sich nach der Anzahl der Wähler richtet, auf je 3000 Wähler eine Stimme. Die Kreisversammlungen stellen hier die Vorschlagsliste der Abgeordnetenkandidaten auf.

Die Kreiskomitees bilden für jede Stadt und jeden Polizeidistrikt ein Subkomitee, bestellen für jeden Wahl- bzw. Urwahlbezirk einen Vertrauensmann und gründen die lokalen Wahlvereine, die unterste Stufe der Organisation. Durch diese unteren Organe werden die Beiträge und Spenden für Wahlzwecke gesammelt, und es ist im einzelnen genau festgesetzt, welche Summe jeder Kreis an die Hauptkasse des Provinzialwahlkomitees abzuführen hat, wieviel das Kreiskomitee erhält und wieviel der Wahlverein für lokale Zwecke zurückbehalten darf.

Die Kreiskomitees leiten die Wahlen in ihrem Kreise und leisten die eigentliche Wahlarbeit, sie führen auch die Wahlstatistik und sammeln Material für Beschwerden über vorgekommene Unregelmäßigkeiten und Einsprüche gegen die Wahl. Die Vertrauensmänner der Kreiskomitees führen auch eine Besitzwechselstatistik und haben die Einwohner ihres Bezirks über die Gefahren, die dem polnischen Besitzer durch Regulierungen der deutschen Besitzbefestigungsbanken drohen, aufzuklären. Den Kreiskomitees fällt auch die Aufgabe zu, alle nicht politischen Wahlen, wie die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen, Krankenkassen, Gewerbegerichten usw., zur Landschaft usw. vorzubereiten und zu leiten, und zwar ohne besondere Anregung und Kontrolle des Provinzialwahlkomitees.

2. Die provinzielle Organisation. An der Spitze der Provinz Posen steht das „Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen" mit dem Sitze in Posen, an der Spitze von Westpreußen das „Provinzialwahlkomitee für Westpreußen, Ermland und Pommern"

[1]) vgl. Kurjer Śląski Nr. 295 vom 22. Dezember 1908 und Gazeta Ludowa (Kattowitz) Nr. 223 vom 2. Oktober 1912 und Nr. 246 vom 27. Oktober 1912.

Digitized by Google

mit dem Sitz in Graudenz, an der Spitze von Schlesien das „Polnische Provinzialwahlkomitee für Schlesien" mit dem Sitz in Gleiwitz.

Die Provinzialwahlkomitees sind nach den Statuten die höchste Instanz in allen Wahlangelegenheiten ihrer Provinz, doch unterliegt ihnen nicht der Abschluß von Wahlkompromissen mit anderen Parteien. Neben bzw. über ihnen steht die Hauptdelegiertenversammlung. Diese ist zusammengesetzt aus den Delegierten der Kreis- bzw. Bezirksversammlungen und wählt aus ihrer Mitte das Provinzialwahlkomitee: in Posen 9, in Westpreußen 7 und in Schlesien 9 Mitglieder. Der Vorsitzende des Provinzialwahlkomitees beruft und leitet die Hauptdelegiertenversammlung, und das Provinzialwahlkomitee hat der Versammlung Bericht und Rechenschaft abzulegen. In der gemeinschaftlichen Sitzung beider Organe werden die Abgeordnetenkandidaten unter Leitung des Komiteevorsitzenden aufgestellt, doch sind hierbei nur die Delegierten, nicht die Mitglieder des Provinzialkomitees wahlberechtigt. Die Wahl erfolgt durch Ballotage. Das Provinzialkomitee macht dann die Namen der aufgestellten Kandidaten öffentlich bekannt, wie es auch die Aufgabe hat, die Kreiskomitees zum Eintritt in die Vorbereitung der Wahlen aufzufordern und die ganze Wahl in der Provinz zu leiten. Streitigkeiten in den einzelnen Wahlkreisen unterliegen der Zuständigkeit des Provinzialkomitees. Änderungen des Wahlreglements, der Satzungen usw. gehören aber zur Zuständigkeit der Hauptdelegiertenversammlung. Das Provinzialwahlkomitee wählt in Posen 6, in Westpreußen, Ermland und Pommern 4, in Schlesien 3 Mitglieder aus seiner Mitte in das Zentralwahlkomitee.

Die Provinzialkomitees unterhalten Informationsbureaus, in denen das von den Kreiskomitees und Vertrauensmännern übersandte Material gesammelt wird. Um einen Überblick über die Tätigkeit der untergeordneten Wahlinstanzen gewinnen und eine Kontrolle ausüben zu können, sind diese verpflichtet, Protokolle über alle Sitzungen und Versammlungen dem Provinzialkomitee einzusenden.

In Schlesien sind nur folgende 16 Kreise berechtigt, Delegierte in die Hauptdelegiertenversammlung zu entsenden: Beuthen Stadt und Land, Kreuzburg, Kosel, Königshütte, Lublinitz, Rosenberg, Oppeln Stadt und Land, Neustadt, Pleß, Ratibor Stadt und Land, Rybnik, Gr. Strehlitz, Tarnowitz und Zabrze. Wohl aber wurden von dem Provinzialkomitee Zählkandidaten in 4 Kreisen Mittel- und Niederschlesiens aufgestellt. In Breslau wurde 1907 ein besonderes Wahlkomitee ins Leben gerufen.

Die Organisation in Mittel- und Westdeutschland:

Für Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen ist die Organisation weniger kompliziert. Die Wähler treten hier direkt mit dem Provinzialwahlkomitee in Fühlung, das aus direkten Wahlen der Wahlvereine hervorgeht. Für Mitteldeutschland besteht „das politische Komitee der Polen in der Fremde auf dem rechten Ufer der Elbe" mit dem Sitze in Berlin.

Digitized by Google

Es setzt sich (§ 1 des Statuts[1]) aus 25 Mitgliedern, die in der Generalversammlung der Delegierten der Wahlvereine des ganzen Bezirkes gewählt werden, zusammen. Die Wahlvereine wählen auf je 100 Mitglieder einen Delegierten. Die Aufgabe der Wahlvereine und des politischen Wahlkomitees ist nach den Statuten beider nicht bloß die Vorbereitung der Wahlen in der oben geschilderten Form, sondern auch die nationale Aufklärung der polnischen Bevölkerung durch Einrichtung von Bibliotheken und Lesehallen, Veranstaltung von Vorträgen, Verbreitung von Flugschriften, Broschüren usw. Die Vereine zahlen die Hälfte der Beiträge an das politische Komitee. Ende 1912 gehörten folgende 25 Vereine dem „Wahlverein für Berlin und Brandenburg" und dem politischen Komitee an: Charlottenburg, Adlershof, Oberschönweide, Gr. Räschen (Lausitz), Hamburg I, Brandenburg (Havel), Schiffbeck, Schöneberg, Tegel, Schulau, Kiel, Neu-Welzow, Weißensee und Lichtenberg bei Berlin, Tempelhof, Rendsburg, Magdeburg, Hamburg II, Berlin Ost, Berlin Südost, Berlin-Wedding, Berlin-Moabit, Berlin Zentrum, Berlin Nord und Neukölln. Der Verband unterhält auch ein Sekretariat und ein Verbandsorgan, den „Polak na obczyznie" (Der Pole in der Fremde). Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk besteht das „polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und die benachbarten Provinzen links an der Elbe" mit dem Sitz in Bochum[2]). Die einzelnen Wahlvereine wählen Delegierte, die das Kreiswahlkomitee bilden. Die Vorsitzenden und Kassierer des letzteren, die Delegierten zum Zentralwahlkomitee und deren Stellvertreter sowie vom Kreiswahlkomitee (auf je 500 Mitglieder der Wahlvereine einer) gewählte Delegierte bilden zusammen das Hauptwahlkomitee. Die Funktionen des Kreiskomitees und des Hauptwahlkomitees sind analog denen der östlichen Wahlorganisationen. Die Haupttätigkeit liegt bei den Kreiskomitees, die außerdem die gleiche „nationale" Aufklärungsarbeit entfalten wie die Organisation in Mitteldeutschland. Nach § 7 des Statuts ist „jeder auf nationalem Boden stehende Pole verpflichtet, zu den Ausgaben des Hauptwahlkomitees vierteljährlich 10 Pfg. nationale Steuer zu zahlen". Zur Kontrolle erhält jeder jährlich eine Legitimationskarte, in der durch Einkleben von Marken quittiert wird. Diese Marken gibt das Hauptwahlkomitee heraus. „Den gehörig legitimierten Kassierern und Vertrauensmännern hat jeder Pole auf Erfordern seine Legitimationskarte vorzulegen, damit festgestellt werden kann, ob er die nationale Steuer regelmäßig entrichtet."

3. Die oberste Wahlinstanz. Die Spitze dieses komplizierten Aufbaues bildet nun das „Polnische Zentralwahl-

[1]) Abgedruckt im Dziennik Berlinski Nr. 65 vom 20. März 1909.

[2]) Die Statuten vom 3. November 1912 sind abgedruckt im Narodowiec Nr. 267 vom 19. November 1912.

Digitized by Google

komitee für das Deutsche Reich" mit dem Sitz in Posen. Nach § 1 seines Statuts[1]) ist das Zentralwahlkomitee „die höchste Behörde für alle Polen, von welchen die einzelnen im deutschen Reichsgebiet bestehenden, von diesem Wahlkomitee bestätigten polnischen Wahlbehörden anerkannt werden." Seine Mitglieder werden (§ 3) „von den leitenden Behörden der polnischen Wahlorganisationen für 1. das Großherzogtum Posen, 2. Westpreußen, Ostpreußen, Pommern, 3. Schlesien, 4. das Emigrantentum aus ihrer Mitte gewählt." Nach dem 1911 abgeänderten Statut setzt es sich (§ 4) aus 15 Mitgliedern und ebensovielen Vertretern zusammen, von denen 6 die Provinz Posen, 4 West-, Ostpreußen und Pommern, 3 Schlesien und je 1 das politische Komitee in Berlin und das Hauptwahlkomitee in Bochum wählen. Als Aufgabe des Zentralwahlkomitees bezeichnet § 10 des Statuts:

1. Vor jeder Wahl in den Deutschen Reichstag und in den preußischen Landtag die Bezeichnung der Wahlbezirke, in welchen Polen als Abgeordnetenkandidaten aufgestellt werden sollen. Bei den Reichstagswahlen wird bei dem ersten Wahlgange immer für Polen gestimmt. (Das bedeutet also, daß bei der Reichstagswahl im ersten Wahlgange Kompromisse nicht abgeschlossen werden dürfen. Diese Bestimmung ist 1912 nach den Wahlen im Kreise Fraustadt-Lissa getroffen worden.)

2. Die Eingehung etwaiger Kompromisse mit anderen Parteien.

3. Die Beilegung etwaiger Streitigkeiten, welche zwischen den Wahlbehörden und Wählern vorkommen, in letzter Instanz.

4. Die Unterhaltung eines Informationsbureaus zwecks:
a) Lieferung glaubwürdigen Materials an die polnische Fraktion;
b) Verbesserung und Ergänzung der Wahlorganisation;
c) Einwirkung auf die öffentliche Meinung sowohl die polnische als die fremde durch die Presse und durch besondere Veröffentlichungen.

Sämtliche Wahlinstanzen, Delegierte usw. sind für eine Wahlperiode, d. h. für 5 Jahre, gewählt.

### III. Die Wirksamkeit der Wahlorganisation.

In seiner Wahlorganisation hat das Polentum einen bis in die kleinsten Kleinigkeiten reglementierten Apparat aufgebaut, der die wichtigste politische Organisation darstellt, und bis zu der im Frühjahr 1913 erfolgten Bildung eines besonderen Nationalrats auch als höchste Instanz in politischen Angelegenheiten galt. Es entsteht die Frage: Funktioniert der Apparat so, wie es gedacht und erwartet wurde? Die Antwort ist: nein, oder wenigstens zum Teil nicht. Wohl sind von den Provinziallkomitees und dem Zentralwahlkomitee Streitigkeiten im Sinne der Statuten geschlichtet, wohl sind

[1]) Abgedruckt im Dziennik Poznański Nr. 141 vom 22. Juni 1910 und Nr. 298 vom 31. Dezember 1912, bzw. im Kurjer Poznański Nr. 248 vom 29. Oktober 1911.

Digitized by Google

die 1908 bei den Landtagswahlen in Schlesien und Westfalen, 1909 bei den Reichstagsersatzwahlen im Wahlkreis Meseritz-Bomst und 1910 in der Landtagsersatzwahl in Leobschütz-Kosel die mit dem Zentrum abgeschlossenen Wahlkompromisse von Parteien und Wählern gehalten worden. Aber die Wahlorganisation besaß nicht die Kraft, offene Auflehnungen im eigenen Lager gegen seine offiziellen Anordnungen zu verhindern. Die Parteileidenschaften erwiesen sich stärker als die nationale Solidarität und die Achtung vor der als Behörde geltenden Organisation. 1909 hatte infolge des Fernbleibens demokratischer Delegierter die Adelspartei die Majorität im Provinzialwahlkomitee erreicht. Die Sezession, die bei der Reichstagsersatzwahl 1910 in Posen Stadt und Land seitens der Demokraten stattfand und mit dem Siege dieser über die Adelspartei (Nowicki contra Sosinski) endete, war ein Beweis der großen sozialen und parteipolitischen Krise, die seit langem das Polentum beschäftigte, zeigte aber auch, daß die Zusammensetzung der Wahlbehörde den tatsächlichen Parteiverhältnissen nicht entsprach. Die demokratische Partei setzte sich über die Statuten und Reglements hinweg und bildete ein besonderes Volkswahlkomitee, das die Wahl leitete. Dem Zentralwahlkomitee blieb schließlich nichts anderes übrig als nachzugeben und die Wahl des nicht offiziellen Kandidaten anzuerkennen, und die Fraktion nahm ihn als Mitglied auf. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich bei den Reichstagswahlen 1912 im Wahlkreise Krotoschin-Koschmin, wo es infolge der Parteikämpfe ebenfalls zur Aufstellung von Gegenkandidaten kam, ohne daß die höheren Wahlinstanzen es verhindern konnten. Die untere Wahlinstanz, das Kreiskomitee, verletzte sogar die Statuten, ein Teil seiner Mitglieder mußte nachträglich zur Niederlegung der Ämter veranlaßt werden, und der Kreisdelegierte setzte sich rechtswidrig wiederum über die Beschlüsse des Kreiskomitees hinweg. Entgegen den Statuten des Zentralwahlkomitees kam es 1912 auch in Fraustadt-Lissa zu einer stillen Spaltung der polnischen Stimmen, deren eine Teil ohne öffentliche Aufforderung für den Grafen Oppersdorff abgegeben wurde. In Berlin bei der Reichstagsersatzwahl 1911 beschloß eine polnische Wahlversammlung den gleichen Bestimmungen entgegen für die Sozialdemokraten einzutreten. Auch in Westpreußen und Schlesien waren zum Teil schwere Konflikte und Verstöße gegen das Wahlreglement durch Parteikämpfe vorgekommen. So ist die Wahlorganisation, die über den Parteien stehen soll, der Schauplatz erbitterter Parteikämpfe. Und die gegenwärtige Zusammensetzung der Wahlinstanzen gibt zwar ein ungefähres, aber kein genaues Bild der Parteistärken im Polentum wieder. Richtiger spiegelt diese die Zusammensetzung der Reichstagsfraktion wieder, da die eingetretenen Konflikte Ungerechtigkeiten der Wahlorganisationen wieder ausgleichen[1]). Die Zusammensetzung nach Parteien ist gegenwärtig folgende:

[1]) Die Zugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten zu den verschiedenen Parteien, wie das „Bürgerliche Zentrum", „Nationalbund", Volkspartei" usw. läßt sich nicht leicht bestimmen, da die Grenzen der einzelnen Partei nicht scharf gezogen sind.

Digitized by Google

| | im Reichstag | im preußischen Landtag | im Zentralwahlkomitee | im Provinzialwahlkomitee | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Posen | Westpreußen | Schlesien |
| Konservative (adliges Kasino und Nationalbund) . . . . . | 6 | 5 | 6 | 5 | 1 | — |
| Gemäßigte Demokraten (Volkspartei und bürgerliches Zentrum) . . . | 5 | 3 | 7 | 2 | 6 | 6 |
| Radikale Demokraten (Nationaldemokratie) . . . . . | 7 | 4 | 2 | 2 | — | 3 |

Die Mitglieder des politischen Komitees in Berlin und das Hauptwahlkomitee zu Bochum gehören alle der Demokratie an.

Die politische Führung der polnischen Bevölkerung liegt heute — abgesehen von den Wahlkomitees in Berlin und Bochum — zu mehr als $^2/_3$ (23 : 47) in den Händen der Demokratie.

Es ist klar, daß Konflikte, wie sie vorgekommen, eine moralische Niederlage der Wahlbehörden bedeuten und nicht dazu beitragen, ihr Ansehen in der breiten Masse des Volkes, die sich als Sieger fühlt, zu heben. Dazu kommt noch ein Punkt: Alle Bemühungen, die Wahlorganisation zu einer dauernd tätigen Einrichtung auszugestalten, sind fehl geschlagen. Sie liegt etwa 4½ Jahre still, und gibt erst ½ Jahr vor der Neuwahl durch ein Rundschreiben und einen Aufruf an die nachgeordneten Instanzen und die Wähler ein Lebenszeichen von sich. So ist es erklärlich, daß die rührige Demokratie sich dem entgegenstellte, als das Zentralwahlkomitee im Jahre 1910 für sich Stellung und Ansehen des seit einigen Jahren erstrebten „Nationalrats" in Anspruch nahm. Der Nationalrat sollte eine angebliche Lücke in der gesamten Organisation des preußischen Polentums ausfüllen. Er sollte die oberste politische Zentralbehörde sein, die nicht die Wahlen, sondern alle großen politischen Bewegungen, wie sie der Schulstreik, die Bewegung gegen die Enteignung usw. darstellen, leitet. Im Frühjahr 1913 ist ein „Nationalrat" neben dem Zentralwahlkomitee geschaffen worden. (Vgl. dazu S. 207 dieses Bandes).

Die polnische Sozialdemokratie (P. P. S.) hat sich an den Kämpfen in den Wahlorganisationen nicht beteiligt. —

Literatur: Bernhard, das polnische Gemeinwesen im preußischen Staate, II. Aufl., Leipzig 1910. — Die gesamte polnische Presse von 1893 bis 1913. —

Digitized by Google

# VII.

# Die ostdeutsche Landwirtschaft.

Von **Erich Kaup.**

Inhalt: Ernte 1912 S. 267. — Viehstand S. 268. — Entwicklung der Schweinebestände S. 268. — Leistungsfähigkeit von Groß- und Kleinbetrieb S. 270. — Lokale Verteilung der Saisonarbeiter S. 273.

## I.

Hatte der Aufsatz an gleicher Stelle im ersten Bande dieses Jahrbuches die Grundlage schaffen sollen für die allgemeine Beurteilung unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse im Osten, so kommt dem vorliegenden bereits die Aufgabe zu, auch den Fluß der Entwicklung ins Auge zu fassen, besonders da, wo dieser eine bedeutsame Wendung genommen hat.

Über Boden und Klima, Verkehrs- und Absatzverhältnisse, Anbau und Erträge der verschiedenen Früchte, Viehzucht und Betriebsverhältnisse hat Privatdozent Dr Augstin das vorige Mal unter Heranziehung der statistischen Daten berichtet. Nicht alle diese Zweige sind unter dem Gesichtspunkte der Entwicklungsfähigkeit von gleicher Bedeutung. Am stabilsten, beharrlichsten in seinem Zustande ist der Boden, am veränderlichsten sind die klimatischen Verhältnisse. Von Sonne und Regen in Menge und Wechsel hängt aber weiter ab, ob sich des Landmanns Scheuern füllen oder nicht. Und volle Scheunen wieder bringen auch gefüllte Ställe und für den heimischen Markt billige Preise für Getreide und Fleisch. Ernteerträge und Viehzucht nehmen also an den Schwankungen der klimatischen Faktoren starken Anteil. Zwischen jenen beiden Extremen, Boden und Klima, aber stehen, sich nur langsam und dennoch gleichfalls bemerkbar verändernd, die übrigen Zweige: Verkehrs- und Absatzverhältnisse, Anbau der Früchte und Betriebsverhältnisse. Sie unterliegen zum Teil ganz bestimmten Entwicklungstendenzen, wirtschaftlichen Gesetzen, in denen im Gegensatz zu jenen obigen der Faktor Mensch die ausschlaggebende, der Faktor Natur die untergeordnete Rolle spielt.

Ihnen gelte zunächst nicht unsere Aufmerksamkeit. Besonders abweichende Witterungsverhältnisse in den beiden vergangenen Jahren und die damit verbundenen Folgen zwingen vielmehr unser Interesse, sich zunächst diesen zuzuwenden. Das Dürrejahr 1911 ist in seiner Abnormität noch zu greifbar im Gedächtnis, als daß ich es nochmals schildern müßte, weniger dürfte es jedoch zum Bewußtsein gekommen sein, daß auch das Jahr 1912 ein stark von der Norm abweichendes gewesen ist, und zwar nach der entgegengesetzten Richtung. Die Sonnenscheindauer hat in diesem Jahre seit Jahrzehnten die niedrigsten Zahlen auf weiten Gebieten aufzuweisen gehabt, die Niederschlagsmenge die höchsten.

Digitized by Google

Trotzdem haben unter diesen unfreundlichen Witterungsverhältnissen in größerem Maße nur die Kartoffeln gelitten, die stellenweise im Herbst stark faulten, teilweise auch erfroren sind. Im übrigen aber ist es gelungen, die Ernte, die sich im feuchten Juni und einigermaßen trockenen Juli gut entwickelt hatte, befriedigend zu bergen, wenn auch die Qualität der späten Halmfrüchte und des Heues oft zu wünschen übrig ließ. Im ganzen jedenfalls kann die Landwirtschaft mit der Ernte 1912 besonders der Quantität nach zufrieden sein. Sie bedeutet sogar in mehreren Früchten eine Standarternte und hat über manchen Verlust des Jahres 1911 hinweggetröstet. Die folgende Tabelle[1]) zeigt, wie sich in den einzelnen Provinzen die Erträge zu einer Mittelernte (letztere gleich 100 gesetzt) stellen:

| | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Kartoffeln | Zuckerrüben | Klee | Wiesen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ostpreußen . . . . . | 112.1 | 111.5 | 104.8 | 99.8 | 97.1 | 104.1 | 96.3 | 97.1 |
| Westpreußen . . . . | 112.7 | 102.8 | 113.7 | 108.2 | 94.8 | 108.2 | 103.0 | 110.1 |
| Brandenburg . . . . | 112.2 | 115.9 | 116.0 | 119.4 | 109.4 | 103.5 | 82.0 | 101.8 |
| Pommern . . . . . | 100.9 | 104.0 | 114.1 | 111.2 | 96.7 | 102.7 | 84.1 | 107.7 |
| Posen . . . . . | 109.8 | 109.7 | 120.5 | 123.3 | 103.4 | 104.1 | 83.9 | 103.2 |
| Schlesien . . . . . | 118.4 | 115.3 | 118.2 | 112.8 | 104.7 | 103.8 | 87.7 | 94.1 |
| Preußen . . . 1912 | 115.1 | 111.1 | 115.3 | 105.2 | 109.1 | 102.1 | 90.8 | 105.3 |
| Preußen . . . 1911 | 107.4 | 110.1 | 103.0 | 96.8 | 81.4 | 57.4 | 71.3 | 76.0 |
| Preußen . . . 1910 | 103.3 | 104.6 | 100.6 | 98.7 | 104.7 | 108.8 | 117.8 | 108.8 |

Da auch in diesem Jahre nach der amtlichen Saatenstandsaufnahme[2]) die Ernte mit Ausnahme des Hafers in weitesten Teilen eine gute Mittelernte verspricht, besonders in den südlichen Gebieten der 6 östlichen Provinzen, so darf man hoffen, daß die dezimierende Wirkung, die die Mißernte von 1911 zusammen mit der damals herrschenden Maul- und Klauenseuche und anderen Umständen unserem Viehstande gebracht hatte, in kurzem überwunden sein wird.

Die Zahlen des Viehbestandes am 1. Dezember 1911 und 1912 und außerdem die des Schweinebestandes vom 2. Juni 1913 waren in Tausenden die folgenden[3]):

[1]) Berechnet auf Grund der Daten S. 138 u. 142 des Stat. Jahrbuchs für d. Pr. Staat 1912.
[2]) Stat. Korresp. 1813 Nr. 31.
[3]) Stat. Korresp. 1913 Nr. 7 u. 29.

Digitized by Google

| | Bevölkerung 1910 | Landw. Nutzfläche ha | Pferde 1911 | Pferde 1912 | Rinder 1911 | Rinder 1912 | Schafe 1911 | Schafe 1912 | Schweine 1911 | Schweine 1912 | 1. Juni a. 1913 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ostpreußen . | 2064 | 2506 | 490 | 498 | 1205 | 1214 | 380 | 344 | 1489 | 1232 | 1097 |
| Westpreußen | 1703 | 1624 | 266 | 271 | 717 | 713 | 418 | 396 | 1138 | 932 | 964 |
| Brandenburg | 4093 | 2193 | 316 | 315 | 857 | 879 | 555 | 523 | 1280 | 1172 | 1129 |
| Pommern . | 1717 | 1999 | 239 | 242 | 817 | 831 | 868 | 806 | 1322 | 1178 | 1140 |
| Posen . . . | 2100 | 2045 | 298 | 298 | 918 | 910 | 301 | 281 | 1288 | 1113 | 1132 |
| Schlesien . . | 5226 | 2532 | 341 | 341 | 1580 | 1604 | 218 | 203 | 1255 | 1191 | 1293 |
| Preußen . . | 40165 | 20984 | 3172 | 3190 | 11682 | 11856 | 4372 | 4107 | 17245 | 15453 | 15441 |

Wie ersichtlich haben die Pferde und Rinder langsam zugenommen (um 0,59 % und 1,49 %), die Schafe in gewohntem Tempo weiter abgenommen (um 6,06 %).

Eine besondere Betrachtung verdienen die Schweine. Mit Ausnahme des Jahres 1907/08, wo sie um 11,09 % fielen, hatten sie einen ähnlichen Sturz (10,39 %) überhaupt noch nicht zu verzeichnen. Von 13,4 Millionen im Jahre 1908 waren sie bis 1911 sprungweise auf 17,2 Millionen hinaufgeschnellt, um dann in einem Jahre das Wachstum zweier voraufgegangener fast ganz wieder einzubüßen. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß hier die Mißernte und die Maul- und Klauenseuche allein die Schuld an dieser betrüblichen Erscheinung trügen. In Wahrheit spielte die Preisgestaltung für Schweine im Jahre 1911 eine ausschlaggebende Rolle mit. Im ersten und zweiten Vierteljahr 1911 erreichten die Preise auf dem größten Markte des Ostens und des Reiches überhaupt, in Berlin, einen seit 1908 nicht dagewesenen Tiefstand (108,09 ℳ pro Doppelzentner Schlachtgewicht für 1 bis 1,2 Doppelzentner schwere Schweine).[1]) Erst das Jahr 1912 brachte dann die bekannte rapide Steigerung der Preise, die einen neuen Kriegszug gegen die Fleischnot entfachte. (Im letzten Vierteljahr hatte sie den Höchststand von 164,7 ℳ pro Doppelzentner erreicht). Schlechte Preise, Futternot und Seuchengefahr haben zusammen gewirkt, um zu jener Dezimierung der Schweinebestände und Fleischknappheit zu führen. Besonders der Großbetrieb gab schnell und in weitem Umfange 1911/12 die unrentabel gewordene Schweinehaltung auf. Die Bestände der Gutsbezirke sind in diesem Jahr um 14,93, die der Landgemeinden dagegen nur um 9,72 % gefallen[2]).

[1]) Vierteljahrshefte zur Stat. d. Dtsch. Reichs 1911/12.
[2]) Stat. Korr. 1913 Nr. 29.

Digitized by Google

Trotzdem die Schweinezucht und Haltung bei weitem die größte Anpassungsfähigkeit an den Bedarf hat, ist auch sie natürlich dem Fehler aller organischen Betriebszweige unterworfen; es vergeht eine größere Spanne Zeit, ehe die Wirkung von Abhilfemaßnahmen zur Geltung kommt. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß auch bis zum Juni 1913 in toto eine Besserung noch nicht zu erkennen ist. Sie ist aber dennoch vorhanden. Die Zahl der jüngeren Schweine ist insgesamt um $^1/_{18}$ gewachsen. Nur in den Gutsbezirken ist sie wie noch mehr die der über ½ Jahr alten weiter gefallen. Die Landgemeinden dagegen haben bereits heute ihren Gesamtbestand vom 2. Dezember 1912 überflügelt, noch mehr aber den in den jüngeren Beständen. Eine unrühmliche Ausnahme im Wachstum macht im Osten allein die Provinz Ostpreußen, während Schlesien in der Vermehrung seiner Schweinebestände an der Spitze des ganzen Staates steht. Wichtiger aber ist, daß überall im Osten — wie auch im Westen — im kommenden Jahre eine erhebliche Steigerung der Bestände sicher zu erwarten ist, ausgenommen immer die Großbetriebe. Bei einer ziemlich gleichen Gesamtzahl von 15,1 Millionen Schweinen waren im Jahre 1907 an Zuchtsauen über ein Jahr vorhanden rund 966 000, dagegen am 2. Juni 1913 nicht weniger als 1 135 300. Die Zahlen für die einzelnen Ostprovinzen sind aus der folgenden kleinen Tabelle ersichtlich:

| | Ostpreußen | Westpreußen | Brandenburg | Pommern | Posen | Schlesien |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1907 | 81 902 | 62 336 | 58 219 | 70 884 | 123 096 | 59 132 |
| 1913 | 93 598 | 73 232 | 61 667 | 76 130 | 136 743 | 67 833 |

Es wird dies natürlich trotzdem nicht hindern, daß in diesem Jahre noch die Schweinepreise hoch bleiben, ja wahrscheinlich wegen der Knappheit überhalbjähriger Tiere noch steigende Tendenz behalten werden. Sicher aber ist nach diesen statistischen Zahlen, wie auch nach den Ernteaussichten, daß für das Jahr 1914 mit durchaus angemessenen, vielleicht sogar mit niedrigen Schweinepreisen zu rechnen ist.

Ein Bild der kolossalen Entwicklung der Schweinebestände auch in den östlichen Provinzen seit 1873 gibt die folgende Tabelle[1]).

Es wurden gezählt in 1000 Stück:

| | am 10. Januar | | am 1. Dezember | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1873 | 1883 | 1892 | 1897 | 1900 | 1904 | 1907 |
| Ostpreußen . . . . . | 464 | 611 | 700 | 779 | 842 | 997 | 1154 |
| Westpreußen . . . . . | 241 | 370 | 425 | 534 | 627 | 767 | 907 |
| Brandenburg . . . . . | 446 | 568 | 763 | 886 | 1035 | 1088 | 1272 |
| Pommern . . . . . | 328 | 445 | 634 | 785 | 936 | 1062 | 1203 |
| Posen . . . . . | 311 | 469 | 549 | 665 | 772 | 937 | 1142 |
| Schlesien . . . . . | 381 | 519 | 659 | 790 | 953 | 983 | 1221 |
| Staat . . . . | 4295 | 5819 | 7726 | 9390 | 10 967 | 12 564 | 15 096 |

[1]) I. Ergänzungsheft z. d. Vierteljahrsheft d. Stat. des Disch. R. 1909.

Digitized by Google

Es ist keine Frage, daß besonders betreffs der Produktion von Schweinefleisch, das 1911 rund 64,5 % alles verbrauchten und im Inlande produzierten Fleisches lieferte, unsere Landwirtschaft ihrer Aufgabe potentiell gewachsen ist; ja es ist meines Erachtens sogar eine gewisse periodisch auftretende Überproduktion in diesem Betriebszweige schuld daran, daß die Schweinepreise ab und zu Tiefstgrenzen erreichen, die die Rentabilität der Schweinehaltung gegenüber den konkurierenden Betriebszweigen in Frage stellen. Je höher die ihr dienenden Rohprodukte unveredelt oder durch andere Zweige der Landwirtschaft verwendet werden können und je stärker die Zahl der Schweine, d. h. ihr Angebot auf dem Markte anwächst, desto eher wird diese Grenze erreicht werden. Es ist daher auch plausibel, warum die am teuersten, weil mit fremden Arbeitskräften produzierenden Großbetriebe in solchen Zeiten am schnellsten vom Schweinemarkt verschwinden. Wenn nun, wie im Jahre 1911, eine Mißernte noch stark vertiefend hinzutritt, so wird die leicht begreifliche Folge sein, daß des Guten in der Abstellung der Schweine und besonders der Mutterſauen zu viel getan wird. Der Erfolg ist eine mehr oder weniger plötzlich auftretende Schweineknappheit, die mit einem gleichzeitigen Steigen der Preiskurve in die Erscheinung tritt. Von neuem wird dadurch die Produktion angeregt, die Schweinebestände wachsen wieder, drücken dann aber erneut auf den Markt, drängen also gegen die Rentabilitätsgrenze an, um damit eine neue Abstellung und Knappheit zu verursachen. In fast gleichmäßigem Wechsel kann man diese Kurvenbewegung in ca. 2 bis 3jährigen Intervallen in der Preisstatistik verfolgen.

Leider verbietet der Raum, auf diese Erscheinung und ihre Folgerungen für die Frage der Möglichkeit, Deutschland mit selbstproduziertem Fleisch zu versorgen, näher einzugehen. *Eine* Anregung möchte ich aber für *die* Teile unseres Ostens, die wie die Ansiedlungsprovinzen im Genossenschaftswesen weit vorgeschritten sind, im engen Anschluß daran nicht unterlassen. Man sollte besonders von seiten der Viehverwertungsgenossenschaften — besser noch der Landwirtschaftskammern und zwar ganz oder teilweise aus dazu bereit zu stellenden staatlichen Mitteln — durch Prämienverteilung in Zeiten niedriger Schweinepreise das Abstellen von Sauen verhindern, ihre Ergänzung im Gegenteil noch durch Nachzucht fördern. Man sollte dies selbst dann tun, wenn dadurch die Notwendigkeit starker Futterzukäufe entsteht. Zur Zeit der bald darauf zu erwartenden Preissteigerung würde sich diese Maßnahme sicher und reichlich bezahlt machen, und zwar nicht nur privatwirtschaftlich, sondern vor allem volkswirtschaftlich.

## II.

Von der Frage der Viehbestände und der Fleischversorgung des Inlandsmarktes komme ich auf eine andere, die für den deutschen Osten von eminenter Bedeutung ist, die innere Kolonisation und die damit wirtschaftspolitisch engverbundene *Frage der Leistungsfähigkeit von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft*. Die Fleischteuerung des vorigen

Digitized by Google

Jahres hat den Anstoß gegeben, daß von Staats wegen 25 Millionen Mark zur Förderung der inneren Kolonisation eingestellt worden sind, ganz abgesehen von den für das national umstrittene Gebiet ausgeworfenen Summen. Die Hoffnung ist, daß durch die Schaffung von Bauernwirtschaften aus großen Gütern eine für den Markt bedeutsame Steigerung der Fleischproduktion entstehen wird, wie man ja überhaupt in der wissenschaftlichen Nationalökonomie seit den aus dem Seringschen Seminar hervorgegangenen Arbeiten von Stumpfe, Auhagen u. a. dazu neigte, dem kleineren Betriebe die wirtschaftliche Überlegenheit zuzuschreiben. Diese letztere Frage wurde jedoch in ganzer Stärke wieder neu entfacht durch einen Artikel des Rittergutsbesitzers von Chłapowski (Turew) in den Preuß. Jahrb. (Februar 1913), der in seinen Überlegungen zu einem entgegengesetzten Resultate kam. Seine Folgerungen gipfeln schließlich in der Frage, ob es nach den dort gemachten Erwägungen nicht gerechtfertigt sei, „die Ansiedler als Staatspensionäre auf Kosten der Allgemeinheit zu bezeichnen."

Das Glück wollte jedoch, daß gerade zur selben Zeit zwei im Auftrage der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule über die gleiche Frage angestellte Untersuchungen zum Abschluß gelangt waren, die auf Grund exakter Zahlen und sehr umfangreichen Tatsachenmaterials die wirtschaftliche Überlegenheit der Bauernkolonisten gegenüber dem normalen Gutsbetriebe des Ostens bewiesen[1]). Meine eigenen Untersuchungen berücksichtigen vier große Rentengutskolonien in Hinterpommern und der Neumark und stellen deren wirtschaftliche Ergebnisse denjenigen der früher auf dem gleichen Boden wirtschaftenden Großbetriebe gegenüber. Gleichzeitig aber sind vier in der Nachbarschaft belegene, möglichst unter gleichen oder besseren Wirtschaftbedingungen arbeitende Großbetriebe (Parallelgüter) zum Vergleich mit herangezogen. Und zwar ist für jeden von ihnen eine Periode von mehreren Jahren um 1900 herum, also parallel den früheren Gutsbetrieben, und eine solche um 1909, also parallel den zu gleicher Zeit untersuchten Rentengutskolonien zugrunde gelegt worden. Die ganze von der Untersuchung berücksichtigte landwirtschaftliche Fläche beträgt rund 30 000 Morgen. In solcher Weise war es möglich, auch die eventuellen Fortschritte der aufgelösten Gutsbetriebe durch diese Parallelreihen zu messen und gleichzeitig einen Maßstab zu gewinnen für die wichtige Frage, ob die früheren Güter für die betreffende Gegend als normale Gutsbetriebe anzusprechen sind oder nicht. Die mit herangezogenen Vergleichsgüter waren nämlich stets bestbeleumundet, teilweise sogar überhaupt die besten der betreffenden Kreise. Ihr Boden war mit einem Reinertrage von 16,91 ℳ pro Hektar, dem der früheren Güter und Rentengutskolonien dagegen nur mit 14,22 ℳ im Durchschnitt bonitiert.

Trotzdem ist die Gesamtheit der Bauernbetriebe der Kolonien nicht allein den früheren, sondern auch den Parallelgütern ganz außerordentlich überlegen. Ihre Leistungen für den Markt erreichen trotz Ernährung fast der doppelten Menschenzahl auf gleicher Fläche im Durchschnitt einen

[1]) Kaup und Mührer, Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. Berlin 1913.

Digitized by Google

Wert von 177 ℳ pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gegenüber 102 ℳ bei den früheren Gütern. Die Parallelgüter vermochten dagegen immer unter Zugrundelegung gleicher Preissätze diesen Wert nur von 115 ℳ auf 150 ℳ zu steigern. Dabei entfielen auf tierische Produkte bei den bäuerlichen Wirtschaften rund $^3/_4$, bei den Gütern und Parallelgütern hingegen nur rund $^1/_4$ bis $^2/_5$ des Absatzwertes. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, muß mir leider versagt bleiben. Ich weise ihretwegen den Leser auf die Untersuchungen selbst hin. Hinzufügen will ich noch, daß die andere Arbeit, die 11 Kolonien im Posenschen mit ebenso viel gut bewirtschafteten und benachbart gelegenen Großbetrieben vergleicht, trotz ganz ungleicher Methode in allen Hauptpunkten zu denselben Resultaten kommt.

Die rein theoretischen Einwände von Chłapowskis sind damit auf das schlagenste widerlegt, ganz abgesehen davon, daß sie auch als solche, als theoretisierende Überlegungen in einer ganzen Reihe von Artikeln als in allem wesentlichen unhaltbar erwiesen worden sind (Präsident Metz in den „Grenzboten" 1913 Heft 15, Dr Keup ebd. Heft 17, Pagenkopf und Prof. Dr Auhagen im Maiheft des Archivs f. i. Kol. u. a.).

Ähnliche Bedenken wie Chłapowski hat dann Herr von Heydebreck-Markowitz mehrfach zur Geltung gebracht. Seine Einwendungen betreffen vor allem die Frage der Überlegenheit der Kleinbetriebe in der Fleischproduktion und der Arbeitsorganisation. In seinem Artikel in Nr. 48 des Zentralblattes der Posener Landwirtschaftskammer (30. Nov. 1912) macht er geltend, daß zum mindesten für die dortige Gegend die bäuerliche Wirtschaft weder im Bestand noch im Absatz von Viehprodukten mit dem Großbetriebe konkurrieren könne, trotzdem es sich bei den herausgegriffenen Beispielen „keineswegs um Ausnahmefälle handele." Dennoch müssen die von ihm angeführten als solche angesehen werden, wie die auf Posen bezüglichen Zahlen der nachstehenden Tabelle ohne weiteres klarmachen. Es wurden am 1. Dezember 1911 gezählt in Tausenden[1]):

| | Pferde in den | | Rinder in den | | Schafe in den | | Schweine in den | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Landgemeinden | Gutsbezirken | Landgemeinden | Gutsbezirken | Landgemeinden | Gutsbezirken | Landgemeinden | Gutsbezirken |
| Ostpreußen . . . | 834.9 | 118.9 | 827.2 | 339.3 | 203.5 | 171.1 | 1 078.9 | 331.7 |
| Westpreußen . . | 179.9 | 58.3 | 516.7 | 170.0 | 131.7 | 277.9 | 816.0 | 243.9 |
| Brandenburg . . | 186.7 | 58.0 | 616.7 | 175.5 | 113.3 | 419.6 | 952.1 | 210.0 |
| Pommern . . . | 109.1 | 97.2 | 429.6 | 336.7 | 178.5 | 677.1 | 741.3 | 460.8 |
| Posen . . . . . | 166.3 | 99.1 | 579.6 | 299.5 | 40.9 | 257.3 | 837.0 | 358.9 |
| Schlesien . . . | 220.1 | 73.8 | 1 186.5 | 350.0 | 14.8 | 201.4 | 1 013.8 | 178.6 |
| Preußen . | 2 079.4 | 554.7 | 9 235,3 | 1 884.2 | 1 855.4 | 2 335.2 | 13 804.0 | 2 027.9 |

[1]) Ergänzungsheft zur Ztschr. des Kgl. Pr. Stat. Landesamts 1912.

Digitized by Google

Es ist ein Fehler, immer wieder für den Großbetrieb Verdienste in Anspruch zu nehmen, auf die er seiner Natur nach füglich kein Anrecht hat. Seine Bedeutung liegt auf ganz anderem Gebiete, auf dem des landw. technischen Fortschritts, als da ist Einführung besserer Arbeitsgeräte und Maschinen, besserer Kulturmethoden und Gebrauch künstlicher Düngemittel. Vor allem aber kommt dem Großgrundbesitz nicht so sehr als Betriebsform denn als Vertretung eines unternehmenden intelligenten und unabhängigen Standes auf dem platten Lande eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche und politische Bedeutung zu. Aus diesen Gründen allein wäre es ein nie wieder gut zu machender Fehler, wie dies die Bürgerkriege für die Landwirtschaft Nordamerikas gelehrt haben, diesen Stand im Osten unseres Vaterlandes zu vernichten. Kein vernünftiger Förderer der inneren Kolonisation wird dazu seine Hand bieten wollen. Das kann und darf aber nicht hindern, da, wo der Großbetrieb in Preußen noch fast die Hälfte und mehr des landwirtschaftlich genutzten Landes inne hat und deshalb seine schädigenden Wirkungen — besonders auf populationistischem Gebiet — seine nützlichen überwuchern, volkreiche Dörfer an seine Stelle zu setzen. Denn abgesehen von der Eindämmung der Landflucht und der höheren volkswirtschaftlichen Bedeutung in der Frage der Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel für das deutsche Volk, steuern diese Dörfer auch dem immer bedrohlicher werdenden Anwachsen des ausländischen Saisonarbeiterbedarfes. 397 000 ausländische Landarbeiter wurden bereits im Jahre 1911 — und zwar ganz vorwiegend in den Großbetrieben des preußischen Ostens — zur Bergung unserer Ernte benötigt. Gerade in den gegenwärtigen außerpolitischen Verhältnissen ist dies ein bedrohliches und kaum zu ernst aufzunehmendes Menetekel.

Folgende Tabelle gibt für das Jahr 1909 einen näheren Einblick in die lokale Verteilung der Saisonarbeiter in den 6 östlichen Provinzen[1]):

| | Ostpreußen | Westpreußen | Brandenburg | Pommern | Posen | Schlesien | Preußen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Legitimierte ausländ. Landarb. insgesamt | 19 781 | 19 848 | 36 559 | 34 840 | 24 864 | 56 941 | 288 260 |
| dto. pro 1000 ha der ldw. Nutzfl. | 7.9 | 11.9 | 16.7 | 17.5 | 12.1 | 22.5 | 10.1 |
| dto. pro 100 ha der Hackfruchtfl. | 10.8 | 8.5 | 10.7 | 14.1 | 7.1 | 14.5 | 10.9 |

[1]) Kühn-Archiv Bd. II, 2. Halbband S. 401: Dr. Schmidt, die Wanderarbeiter in der Landwirtschaft usw. und: Archiv f. inn. Kol. 1913, Heft 7. Dr. Keup, die Ldw. Arbeiterfrage und die inn. Kolon.



Digitized by Google

VIII.

# Der ostdeutsche Handel.

## Von Otto Münsterberg.

Inhalt: Die wirtschaftlich günstige Lage in der Ostmark und im Reiche im Jahre 1912 S. 274. — Bedeutung der modernen Verkehrsmittel S. 275. — Kohlenhandel, Landwirtschaft und Getreidehandel S. 275. — „Nicht marktgängiges" Getreide- und Einfuhrscheine S. 276. — Frachtermäßigung für Futtermittel S. 278. — Handel in Futtermitteln S. 278. — Gerste. Bierbrauerei. Kartoffeln. Künstliche Düngemittel S. 278. — Zuckerernte und Ausfuhr russischen Zuckers S. 279. — Holzhandel S. 279. — Bautätigkeit S. 280. — Kolonialwaren S. 280. — Industrie. Schiffbau. Bernstein S. 280. — Konserven S. 281. — Mangel an ostdeutschen Früchten und an heimischem Geflügel S. 281. — Geldmarkt S. 282. Boykott zwischen Deutschen und Polen S. 283. — Der Seehandel von Königsberg und Danzig S. 283. — Fortbildungsanstalten S. 284.

Der verewigte Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Staatsminister von Goßler, äußerte einmal, „es sei ihm bei der Durchsicht der Handelskammerberichte aufgefallen, daß fast durchweg die Lage des Handels ungünstig beurteilt werde, während er in dem ihm unterstellten Gebiet wachsenden Wohlstand wahrnehme".

Diese Beobachtung war zweifellos richtig. In dem sorgenvollen Kampfe des Handels- und Gewerbetreibenden ist er leicht geneigt, die Unvollkommenheiten und Mängel der Gegenwart, die Unsicherheit der Zukunft stärker zu sehen als die erzielten Erfolge.

Im Gegensatze zu jener Beobachtung gewährt die Lektüre der Jahresberichte über das Jahr 1912 eine helle Freude. Sie beginnen, dem Sinne nach, fast durchweg mit den gleichen Worten, daß „die wirtschaftlich günstige Lage des Jahres 1911 sich auch auf 1912 übertragen und Handel und Industrie im großen und ganzen günstig gearbeitet haben". Diese Einmütigkeit ist um so bemerkenswerter, als gegen Schluß des abgelaufenen Jahres Wolken genug den Horizont verdunkelt haben. Wenn zur Zeit zwar der Friede auf dem Balkan nahe erscheint, so wird erst das Jahr 1913 in vollem Umfange erkennen lassen, wie weit die schädlichen Wirkungen des Balkankrieges sich auch auf die östlichen Provinzen des preußischen Staates erstreckt haben.

Die gute Entwickelung des Wirtschaftslebens im Jahre 1911 tritt besonders scharf vor Augen in den Ziffern des deutschen Außenhandels. Er betrug:

| | | Millionen Tonnen | Milliarden Mark |
|---|---|---|---|
| in Einfuhr: | 1910 ..... | 64,5 | 8,9 |
| | 1911 ..... | 68,4 | 9,7 |
| | 1912 ..... | 71,4 | 10,3 |
| in Ausfuhr: | 1910 ..... | 54,2 | 7,5 |
| | 1911 ..... | 59,2 | 8,1 |
| | 1912 ..... | 65,5 | 8,9 |

Digitized by Google

Diese Zahlen zeigen einen sehr erfreulichen Aufschwung, der um so günstiger erscheint, als die Ausfuhr der Menge nach um 20 Prozent, die Einfuhr dagegen nur um 11 Prozent, dem Werte nach um 15 und 18 Prozent gestiegen sind. Auf der steigenden Ausfuhr beruht vor allem Deutschlands Bedeutung im Welthandel und die Entwickelung des Gewerbefleißes kommt darin am meisten zum Ausdruck, aber auch der Wettbewerb mit anderen Völkern, denen Deutschland unbequem geworden ist. Es ist gut, daß endlich auch in Großbritannien das Verständnis dafür wächst, daß man die deutsche Entwickelung wohl mit besseren Methoden, nicht aber mit den Waffen in der Hand besiegen kann.

Von Jahr zu Jahr schließen sich die Maschen des Verkehrs enger und enger über die ganze Welt. Der Bau von Eisenbahnen, die Entwickelung des Dampfschiffverkehrs nehmen überall zu, Telephon und Telegraph — mit und ohne Draht — werden mehr und mehr das natürlichste Mittel des täglichen Verkehrs, auch in weit entfernten, von den Hauptverkehrsstraßen abgelegenen Orten und Einzelwohnungen. Das Automobil ist heute nicht mehr ein Gegenstand des Luxus, sondern wird, weil es stets arbeitsbereit und unabhängig von Fahrplänen ist, ein wichtiges Hilfsmittel für den Personen- und Lastenverkehr. Eine nicht geringe Anzahl von Firmen z. B. sendet ihre Reisenden nicht mehr auf der Eisenbahn, sondern vermittels ihrer Kraftwagen durch die Provinzen und erreicht dadurch erhebliche Ersparnisse an Zeit und Geld. Kann unter Benutzung all dieser modernen Hilfsmittel der Verkehr sich ins Unendliche ausdehnen, so hat auf der anderen Seite die Empfindlichkeit gegen Störungen im Welthandel und die Empfänglichkeit für Fernwirkungen erheblich zugenommen. Im guten, wie im bösen Sinne.

So hat der Krieg um Tripolis für die Häfen der Ostmark eine günstige Wirkung gehabt.

Die Dardanellensperre hat die Ausfuhr von Getreide über die Schwarzmeerhäfen zeitweise unmöglich gemacht; infolgedessen ist ein nicht unerheblicher Teil dieser Güter über Danzig und Königsberg ausgeführt worden und hat zur Belebung des Verkehrs dieser wichtigsten Häfen der Ostmark beigetragen. Der gewaltige Streik der Bergarbeiter in England hat ihnen dagegen erheblichen Schaden getan. Der Handel in englischer Kohle war für sie stets von großer Bedeutung und er sicherte den Redereien eine wertvolle Einfuhrfracht für ihre Schiffe. Der Ausfall dieser Einfuhr zwang zu vermehrten Bezügen von deutscher Kohle, vornehmlich aus Oberschlesien, aber auch Westfalen hat erheblichen Anteil daran gehabt; so sind nach Königsberg ca. 55 000 Tonnen, nach Danzig 64 000 Tonnen deutscher Kohle über See verschifft worden.

Der Wandel im Kohlenhandel ist sehr bemerkenswert. Es betrug die Einfuhr von Steinkohlen, Koks und Briketts:

| | | seewärts | bahnwärts | insgesamt |
|---|---|---|---|---|
| in Danzig: | 1910..... | 287 115 t | 237 948 t | 225 063 t |
| | 1911..... | 224 725 „ | 262 979 „ | 487 704 „ |
| | 1912..... | 176 758 „ | 526 459 „ | 703 217 „ |



Digitized by Google

| | seewärts | bahnwärts | insgesamt |
|---|---|---|---|
| in Königsberg: 1910..... | 382 463 t | 50 611 t | 433 074 t |
| 1911..... | 338 209 „ | 61 084 „ | 399 293 „ |
| 1912..... | 295 330 „ | 188 679 „ | 484 009 „ |

Bei einer an sich sehr bedeutenden Zunahme des Kohlenverbrauchs — ein Zeichen günstiger Entwickelung der Industrie — zeigt diese Zusammenstellung den Rückgang der englischen zugunsten der deutschen Kohle.

Für die Holzausfuhr war die Steigerung der Preise des amerikanischen Pitchpine von Bedeutung. Danziger kieferne Balkenhölzer sind deshalb wieder ein in England stark begehrter Artikel geworden.

Aus allen Berichten der ostdeutschen Handelsvertretungen geht von neuem übereinstimmend hervor, welche hervorragende Rolle die gedeihliche Entwickelung der Landwirtschaft für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens spielt, wie wichtig aber auch die kaufmännische Arbeit für die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist.

Die ausgezeichnete Beschaffenheit der 1911er Getreideernte hat noch bis weit in den Sommer 1912 hinein ihre wohltätigen Wirkungen ausgeübt, sodaß eine größere Ausfuhr auch nach Frankreich, Italien und Spanien stattfinden konnte. War die Ernte von 1911 gefährdet durch Dürre, so die von 1912 bei weitem mehr durch Nässe. Die ungünstige Witterung des Herbstes 1912 hat auf die Beschaffenheit des Getreides, vornehmlich von Weizen und Hafer, eine sehr schädigende Wirkung ausgeübt. An Menge des geernteten Getreides hat es nicht gefehlt: im Gegenteil, übereinstimmend wird berichtet, daß sie alle früheren erheblich überstiegen hat. Roggen ist in leidlich guter Beschaffenheit hereingekommen, dagegen hat bei Weizen und bei Hafer, insbesondere bei Weizen, die feuchte Einbringung vielfach dumpfen Geruch, schlechte Farbe und reichlichen Auswuchs erzeugt, sodaß große Mengen nur als Viehfutter verwendet werden konnten. Es wurde dadurch die für menschlichen Verbrauch verfügbare Menge beschränkt, sodaß nach vorübergehender Abschwächung die Preise wieder eine erhebliche Höhe erreichten. Die Mahlmühlen konnten die ungünstige Beschaffenheit des Weizens nur dadurch überwinden, daß der feuchte heimische mit gutem trockenem russischem Weizen vermischt wurde. Bei solcher Mischung soll sogar die Backfähigkeit durch die Beimischung von etwas Auswuchs gewonnen haben.

Die feuchte Beschaffenheit der Ernte hat für den Exporthandel außer schweren Verlusten noch andere ernste Folgen gehabt, auf die wegen ihrer Bedeutung näher eingegangen werden muß.

Die Zollbehörde verweigerte nämlich die Ausstellung von Einfuhrscheinen, weil das ausgeführte feuchte Getreide im Sinne des § 2 der Einfuhrscheinordnung vom 15. 2. 1902 nicht marktgängig sei. Eine Schiffsladung mußte sogar wieder entladen werden, da die Ausfuhr ohne Gewährung des Einfuhrscheines nicht möglich war. Das gleiche Schicksal drohte weiteren Verschiffungen, bis schließlich die maßgebenden Behörden die vorgelegten Proben als noch marktgängige Ware anerkannten.

Digitized by Google

In der Zeitschrift für das Zollwesen bespricht Regierungsrat Dr. Klein diese Frage vom Standpunkte der Zollverwaltung. In dem vorher genannten § 2 heißt es:

„Einfuhrscheine dürfen nur für Fruchtarten von marktgängiger Beschaffenheit erteilt werden. Unerhebliche Abweichungen gelten nicht als „nicht marktgängig".

Da Weizen, Roggen und Hafer, auf die es hier hauptsächlich ankommt, zu Brot oder Futter verarbeitet werden, müßte also als „marktgängig" angesehen werden, was „als Brot- oder Futtergetreide marktgängig sei". „Marktgängig sein" darf nicht mit „gehandelt werden" gleichgestellt werden, auch solche are nicht, die erst durch Aufmischung mit besserem Getreide brauchbar gemacht werden kann. Würde eine solche Auffassung jener wichtigen Bestimmung, die zum Schutze gegen Betrug unbedingt erforderlich ist, Gemeingut werden, so würde dies der kaufmännischen Auslegung des § 2 schnurstracks widersprechen. Es war deshalb sehr dankenswert, daß der Danziger Kaufmann Dr. Paul Damme in der gleichen Zeitschrift auf diese wichtige Frage eingegangen ist. Er weist mit Recht darauf hin, daß man bei der Prüfung des § 2 von dem Wort „Markt" ausgehen müsse. „Was hier geht, d. h. regelmäßig und in größeren Mengen Absatz findet, ist marktgängig." Einen ganz feststehenden Begriff könne es nicht geben, weil ganz andere Faktoren, wie die politische Lage, Beschaffenheit, Angebot, Nachfrage, Preis usw. mit den Ausschlag geben. „Was gestern marktgängig war, mag es heute nicht mehr sein."

Vor allem aber dürfe man bei den Bodenerzeugnissen der Landwirtschaft nicht übersehen, daß nicht die geleistete Arbeit allein auf ihre Beschaffenheit Einfluß habe, sondern Wind, Wetter, Regen, Sonnenschein. Dieser Umstand findet an den großen Getreidebörsen Verständnis und Beachtung. Deshalb werden dort alljährlich Standardmuster für Waren mittlerer Art und Güte aufgestellt, die für den Großhandel maßgebend sind. Die Ernte 1912 hat aber nur etwa 10 Prozent der Gesamtmenge in der Beschaffenheit normaler Jahre gebracht, etwa 90 Prozent hatten unter nasser Witterung gelitten. Dann würde also der größte Teil der Weizenernte „dem normalen Zwecke, als Brotgetreide zu dienen" nicht entsprochen haben. In dieser Auffassung liege ein erheblicher Irrtum. Der Ausgleich für die geringere Güte werde im Preise gefunden und ebenso sei die Auffassung unrichtig, daß die Aufmischung mit fremdem Getreide immer nur eine Verbesserung des geringen einheimischen bedeute. Auch umgekehrt könne es sich um eine Normalisierung zu guten heimischen Getreides durch geringeres ausländisches handeln. Jedenfalls dürfe man nicht davon ausgehen, daß der Gesetzgeber nur für normale Ernten die Gewährung von Einfuhrscheinen geplant habe, verunglücke aber, wie die von 1912, davon habe ausschließen wollen. Das bedeute mit anderen Worten eine Verbesserung guter und eine Verschlechterung schlechter Ernten unter Mithilfe des Staats. Das Richtige werde auch die Zollverwaltung finden, wenn in zweifelhaften Fällen kaufmännische Sachverständige befragt werden.

Digitized by Google

Hoffentlich werden so ungünstige Ernteverhältnisse stets eine so seltene Ausnahme sein, daß die Wiederholung solcher Erörterungen sich erübrigt.

In 1911 war der Mangel an Futtermitteln so groß, daß staatlicherseits mit Ermäßigungen der Frachten und mit Zollerleichterungen der Landwirtschaft zu Hilfe geeilt werden mußte. Selbst diese zweckmäßigen Maßregeln konnten eine große Verminderung des Viehbestandes nicht hindern. Alle Berichte stimmen überein in der Klage über die zu besorgniserregender Höhe gestiegenen Fleischpreise und deren Wirkung auf den Verbrauch anderer Waren. Verschiedentlich wird dabei betont, daß der Rückgang der Textilgeschäfte auf diese Ursache zurückzuführen sei. Die bisher getroffenen Abwehrmaßregeln gegen die Fleischer finden im allgemeinen keine sehr günstige Beurteilung. Die Unternehmungen der Städte zur Beschaffung billigen russischen Fleisches werden als unzulänglich bezeichnet.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß infolge der verminderten Fleischproduktion auch die davon abhängigen Gewerbe, wie Verwertung des Fettes, der Häute und Knochen über verminderte Tätigkeit zu klagen hatten.

Bromberg hebt die gute Ernte Rußlands 1911 in Sonnenblumen, Dotter, Hanf und Rübsen hervor. Ein großes Geschäft in russischem Futterkuchen war die Folge, das, dank auch des ermäßigten Eisenbahntarifs, bis nach dem Rheinland und Süddeutschland den Versand gestattete. Der Umsatz in Ölkuchenmehl war 1912 doppelt so groß als 1911.

Der Absatz von Melassefutter nimmt zu, da Rohmelasse zurzeit sehr billig ist.

Große Schwierigkeiten bereitete im Herbste der Handel in Gerste, da die Händler bei sehr großen Vorräten meist nur feine Braugersten und von Futtergersten nur die besseren Partieen absetzen konnten, dagegen mindere Qualitäten auf Lager behielten, die schwer Absatz fanden. Die Läger waren schließlich mit Partien minderwerter Gerste überfüllt, wodurch schwere Verluste herbeigeführt wurden. Ähnlich lag es mit Hafer.

Die Bierbrauerei litt unter mangelhaftem Absatz wegen der kühlen Witterung, während gute Braugerste und Hopfen teuer waren.

Die Kartoffelernte war sehr unbefriedigend. Große Mengen verdarben auf den Feldern, weil sie wegen andauernden Regens nicht geerntet werden konnten.

Dazu kamen später weitere Schäden durch frühe Fröste. Aber auch die dem Boden entnommenen Kartoffeln faulten leicht, so daß die verarbeitenden Industrien, wie Branntweinbrennereien, Hefe- und Stärkefabriken gleich nach der Ernte Tag und Nacht arbeiten mußten, um tunlichst schnell die dem Verderben ausgesetzte Frucht zu verwerten. Die Fabriken von Kartoffelflocken arbeiteten befriedigend.

In besonders engem Zusammenhange mit der Landwirtschaft steht der Absatz von künstlichen Düngemitteln. Infolge der zunehmend intensiven Kultur des Bodens der ganzen Ostmark wächst der Bedarf in einem so

Digitized by Google

erfreulichen Maße, daß in Danzig eine große neue chemische Fabrik hat errichtet werden können. Die älteren großen Unternehmungen dieser Art haben andauernd guten Erfolg erzielt und spielen eine wichtige Rolle in der Industrie des Ostens.

Auch die Zuckerrübe hat unter der Nässe gelitten. Posen berichtet, daß — trotz großer Ernte — im Herbste zunächst Rübenmangel festzustellen war, da des schlechten Wetters wegen andere dringende Feldarbeiten dem Herausnehmen der Rüben vorangehen mußten. Ostpreußen ist an der Zuckerproduktion nur mit der Fabrik in Rastenburg beteiligt, während der Rübenbau in den Provinzen Westpreußen und Posen zunimmt. Der Zuckergehalt und die geerntete Menge erwiesen sich schließlich als gut, während 1911 die Ergebnisse sehr ungünstig gewesen waren. Infolge des Übergangs von einer schlechten zu einer guten Ernte in der ganzen Welt, die eine große Steigerung der verfügbaren Mengen an Zucker zur Folge hatte, zeigte der Markt Preisschwankungen, die zu einem bedeutenden Preisfalle führten. —

Die Kampagne 1911/12 hatte 31, dagegen die Kampagne 1912/13 55 Millionen Zentner Zucker ergeben, sich also fast verdoppelt. Der Preis für Zucker war im Januar 1912 ℳ 15,—, im Februar ℳ 16,50, später dagegen nur noch ℳ 9,— für den Zentner von 50 kg. Die Zuckerraffinerien waren gut beschäftigt. Die mitteldeutschen und westdeutschen Raffinerien hatten nur schwer ausreichende Mengen von Rohware erhalten können, so blieb in jenen Gebieten für die ostdeutschen Raffinerien ein befriedigender Markt. Nach England dagegen war der Export granulierten Zuckers durch die starke Ausfuhr russischen Zuckers unterbunden.

Für die russische Zuckerausfuhr hat Danzig in den letzten Jahren in erster Reihe gestanden. Die Zufuhr betrug 1911 24 109 Tonnen, 1912 dagegen nur 17 677 Tonnen, einmal als Folge verminderter Ernte, dann aber auch, weil die Bestimmungen der Brüsseler Konvention die russische direkte Ausfuhr erleichtert haben.

Erheblich sind im Zuckerhandel, wie auch für andere Massenartikel, die Klagen über Mangel an Eisenbahnwagen. Nach den Erklärungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten ist zu erwarten, daß der Wiederkehr dieser Schwierigkeiten nunmehr vorgebeugt ist.

Die nasse Witterung, die der Landwirtschaft so schweren Schaden zugefügt hat, war für den Verkehr günstig, da alle Flüsse und Kanäle reichlich Wasser führten, und der Wasserverkehr daher sehr belebt war, im Gegensatze zu dem zu trockenen Jahre 1911.

Unter dessen ungünstigen Verhältnissen hatte 1911 besonders der Holzhandel gelitten. Jetzt kamen nicht nur die aus 1911 überwinterten Transporte frühzeitig herein, sondern auch, bis auf etwa 80 Traften, der ganze frische russische Einschlag. Allerdings war die Flößerei sehr erschwert durch die gesteigerten russischen Löhne, und infolge von lang anhaltenden Stürmen und Regengüssen war die Verflößung langsamer, als der Wasserreichtum erwarten ließ, so daß z. B. die letzten Weichseltraften erst am 18. November Schilno passierten.

Digitized by Google

Bei dem günstigen Wasserstand waren die schlechten Verhältnisse der russischen Weichsel nicht so störend, wie in früheren Jahren. Es bleibt aber ein dringender Wunsch des gesamten Handels, daß durch deutsch-russische Verhandlungen die Regulierung des russischen Flußteils endlich erfolge. Etwa siebzig Jahre lassen sich diese Klagen rückwärts verfolgen, wie auch jetzt diese Frage immer wieder auftaucht, wie z. B. in dem Jahresberichte von Graudenz.

Holzhandel und Holzindustrie berichtete im großen und ganzen über günstiges Geschäft. In Memel, Königsberg und Danzig hat die Einfuhr zugenommen, und die Ausfuhr war sehr rege bei steigenden Preisen. In den beiden letztgenannten Häfen war das Platzgeschäft der Schneidemühlen gut, da sowohl für öffentliche Behörden, wie für Private viel gebaut wurde. Bromberg und Posen dagegen klagen, besonders gegen Schluß des Jahres, wegen des schweren Absatzes. Der teuere Geldstand, die Erschwerung der Kreditgewährung haben auf den Grundstücksmarkt sehr ungünstig gewirkt. Bekannt ist, wie die Beschaffung von Hypothekengeldern selbst zur ersten Stelle den allergrößten Schwierigkeiten begegnet. Daß diese Sorge nicht allein in Deutschland herrscht, sondern daß sie z. B. in England, diesem Lande des großen Kapitals, ziemlich eben so groß ist, ist für die deutschen Interessenten ein geringer Trost. Überall dort, wo die Bautätigkeit rege war, hat auch der Handel in Baumaterialien, die Herstellung von Ziegeln, Dachpappen usw. befriedigende Umsätze und Ergebnisse erzielt.

Die Zufuhr von Heringen war in den Seestädten befriedigend und der Verbrauch belebt. Von Kolonialwaren war der Absatz normal. Sehr bemerkt wurde aber die Zunahme des Verkehrs von Ersatzmitteln, vor allem für Kaffee, dessen Verkauf wegen der teuren Preise entschieden abnahm. Das Gleiche gilt für tierische Fette. Butter war so teuer, daß Margarine und Pflanzenbutter häufig an ihre Stelle traten.

Eine vollständige Reis-Mißernte in Indien hat diesen Artikel stark im Werte gesteigert; der Handel hatte damit sehr schweren Stand, und der Verbrauch ist entschieden zurückgegangen.

Die Lage der Industrie wird bei sehr starkem Bedarf in der ganzen Ostmark überwiegend günstig beurteilt. Natürlich kommen bei ihrer Entwickelung die örtlichen und provinziellen Verhältnisse besonders zur Erscheinung. In Ostpreußen fehlen (außer in Rastenburg) die Zuckerfabriken. Der Seeschiffbau, an dessen Spitze Schichau steht, ist an die Küste gebunden und hat reichliche Beschäftigung gefunden, ebenso wie die Fabriken, die Eisenbahnmaterial herstellen. Die chemischen Fabriken entwickeln sich erfreulich. Ihre Arbeit gilt vornehmlich der Erzeugung künstlicher Düngemittel, von Superphosphaten, Thomasmehl usw., die auch jenseits der deutschen Grenze Absatz finden.

In Danzig nimmt die kunstvolle Verarbeitung von Bernstein stetig wieder zu und hat sich den Weltmarkt gesichert. Geklagt wird aber über die wachsende Schwierigkeit der Beschaffung genügender Mengen Rohmaterial. Trotz intensiver bergmännischer Gewinnung, die überdies viel teurer ge-

Digitized by Google

worden ist, kann der Staat mit seinem Monopol kaum die verlangten Mengen in den geeigneten Bernsteinsorten schaffen.

Posen hat eine gut entwickelte Konservenindustrie, die unter der Ungunst der Witterung sehr zu leiden hatte. Pflaumen fielen fast ganz aus (statt 10 000 Zentnern konnten in einem besonders angeführten Falle nur 800 geliefert werden). Erdbeeren mußten aus Holland bezogen werden, da die heimische Provinz nicht genug liefert. Es ist das sehr bedauerlich. Da die Erdbeere im Osten gut gedeiht und sehr aromatisch wird, sollte die Landwirtschaft sich des Anbaues dieser Frucht besonders annehmen. Das fernere Gedeihen gerade dieser Industrie kann für den Osten sehr anregend wirken. Steinpilze waren so reichlich, daß ihre Menge kaum zu bewältigen war.

Die nasse Witterung war für die bedeutende Geflügelzucht des Ostens sehr abträglich. Der Verlust durch Absterben war viel größer, als in trockenen Jahren, berichtet die Handelskammer in Bromberg. In Tilsit wird geklagt über die knappe Zufuhr russischen Geflügels, während dessen gute Beschaffenheit gerühmt wird. Gleichzeitig wird aber betont, — ähnlich wie dies eben von Erdbeeren erwähnt ist —, daß leider die einheimische Geflügelaufzucht lange nicht genug leiste. Sollte es wirklich nicht möglich sein, diese volkswirtschaftlich so wichtige Produktion zu heben, wo doch Deutschland Millionen ins Ausland für Geflügel senden muß? Dies ist um so wichtiger, als die Preise stetig steigen, weil Fleisch immer teurer wird. Es ist bemerkenswert, wie dieser Ausgleich in den Preisen sich überall automatisch vollzieht. Die Volksernährung findet es immer schwieriger, teure Nahrungsstoffe durch billigere zu ersetzen, nachdem auch Fische der Preisbewegung aufwärts gefolgt sind.

Ostpreußen erfreut sich des Besitzes von fünf blühenden Zellstoffabriken.

In mehreren Berichten wird darauf hingewiesen, daß die Erfolge der Industrie insofern vielfach nicht den Erwartungen entsprochen haben, als die Erhöhung der Gestehungskosten durch höhere Arbeitslöhne, teuere Rohstoffe und Halbfabrikate, nicht immer ausreichend in den Verkaufspreisen zum Ausdruck kamen. Ferner wiederholt sich die Klage früherer Jahre, daß Staat, Gemeinde und Private nicht die Produktion der Ostmark in dem Grade fördern, wie sie es nach ihren Leistungen verdienen und daß man oft, aus alter Gewohnheit, dem westlichen Fabrikate den Vorzug gebe. Die Handelskammer in Bromberg sagt dazu wörtlich Folgendes:

„Die durchaus leistungsfähige Industrie unseres Bezirks ist vielfach auf die Unterstützung des Staates und der Gemeinden durch Vergebung von Lieferungen angewiesen. Es sollte das Prinzip Anwendung finden, daß mindestens der Zuwachs an Bedarf dem Osten übertragen wird; dann haben die bisher beschäftigten Fabriken des Westens keinen Anlaß zu berechtigten Beschwerden, um so weniger, da sie zumeist neben Staat und Gemeinde auch leistungsfähige Privatunternehmer haben, wie sie in dem weniger industriell entwickelten Osten fehlen. Leider ist

Digitized by Google

aber eine hinreichende Berücksichtigung der Industrie des Ostens noch immer nicht wahrzunehmen, und es werden Arbeiten wegen belangloser Preisdifferenzen nach dem Westen vergeben, die in mindestens gleicher Güte hier angefertigt werden könnten."

Diese Klagen erscheinen durchaus berechtigt. Die Industrie des Ostens arbeitet unter schwierigeren Verhältnissen, als die des Westens, da ihr Brenn- und Rohstoffe nicht so unmittelbar zuwachsen, wie dort und ihr Absatz viel begrenzter ist, nach Rußland ohnehin durch die Zollmauern sehr eingeengt wird. Es ist wirklich nicht zu viel verlangt, wenn man den Auftraggebern der Ostmark zuruft: Kauft im Osten, was übrigens der Bund der ostdeutschen Industriellen unermüdlich tut.

Interessant ist eine Kontroverse, die die Handelskammer Graudenz zur Kenntnis bringt.

Die Kalksandsteinfabrik in Rohdsen hatte für die Tonne Kohle 50 Pfg., also 5 ℳ für den Waggon von 10 Tonnen, nach ihrer Station Mischke mehr Fracht zu zahlen, als andere Fabriken nach dem nahegelegenen Graudenz. Die Untersuchung ergab, daß die Oberschlesische Kohlenkonvention für Graudenz mindere Preise stellte, weil bis dorthin die englische Kohle auf dem Wasserwege dringen konnte. Da das wasserfern gelegene Mischke diesen natürlichen Vorteil nicht hat, so muß es eben teurer zahlen.

Der Bericht sagt dazu: „Wo englische Kohle konkurrieren könne, beanspruche man zum Schutze der nationalen Arbeit Herabsetzung der Eisenbahntarife, die somit nur dem Produzenten, nicht dem Verbraucher nütze. Diese Politik bedeutet eine Unterbindung der deutschen Industrie."

Wie im Reiche, und man darf hinzufügen, ziemlich in der ganzen Welt, litten Handel und Gewerbe im Osten unter den sehr schwierigen Geldverhältnissen, die gegen den Herbst im Gefolge der Balkanwirren besonders fühlbar wurden. Die Furcht vor kriegerischen Verwickelungen für Deutschland selbst, dessen Nachbarn, Rußland und Österreich-Ungarn, sichtbar mobilisierten, führte zeitweise zu panikartigen Zuständen. Das Publikum wurde noch besonders argwöhnisch durch die starke Ausgabe kleiner Banknoten und Kassenscheine — die übrigens in der Mannigfaltigkeit ihrer Formate für den großen Verkehr so unhandlich als möglich sind — und begann, bares Geld, Gold und Silber, festzuhalten. Millionen Mark sind auf diese Weise in den alten Sicherheitsbehälter, den „Strumpf" gelegt und dort Monate lang festgehalten worden. Den Banken und Sparkassen wurden große Summen entzogen, die erst gegen Jahresschluß, als der politische Horizont sich lichtete, langsam zurückzufließen begannen. Es scheint, daß alle öffentliche Belehrung über die Unzweckmäßigkeit solcher Geldentnahmen ergebnislos abprallt an dem unbestimmten Gefühl der Massen, daß nur der körperliche Besitz von hartem Gelde Sicherheit bietet. Wie oft aber läßt sich nachweisen, daß Leichtsinn, Vergeudung gerade diesen scheinbar so sicheren Besitz zerstören.

Digitized by Google

Die Geldknappheit hatte zur Folge, daß die Reichsbank den Diskontsatz dauernd steigern mußte. Er war vom 1. Januar bis 11. Juni 5 Prozent, vom 11. Juni bis 24. Oktober 4½ Prozent, um drei Wochen später wieder auf 5 Prozent zu steigen. Am 14. November 1912 ist er dann auf 6 Prozent erhöht worden und auf diesem bedauerlich hohen Satze bis weit in das Jahr 1913 hinein geblieben.

Der Durchschnittssatz des Reichsbankdiskonts war 4,946 Prozent in 1912 gegen 4,397 Prozent in 1911. Dieser hohe Geldstand mußte Einschränkungen des Kredits zur Folge haben, die zum Teil nützlich wirkten, soweit es sich um die Korrektur vorhergegangener Übertreibungen handelte. Es ist aber klar, daß bei einem Zinssatze von 7½ bis 8 Prozent für Bankkredite an die Kundschaft Handel und Industrie schließlich nur noch schwer arbeiten können.

Überaus bedauerlich sind die Erschwerungen der ohnehin schwierigen Verhältnisse durch die Differenzen nationaler Art, die in den Bezirken von Posen und Bromberg besonders fühlbar wurden. Der Boykott der Polen gegen Deutsche und umgekehrt von Deutschen gegen Polen, der außerordentlich zu beklagen ist, wird immer empfindlicher.

Die Handelskammer in Posen sagt dazu folgendes:

„Hat bedauerlicherweise sich auch schon bisher eine Trennung der beiden Nationalitäten in einzelnen Beziehungen gezeigt, so sind diese Verhältnisse jetzt dermaßen verschärft worden, daß das geschäftliche Leben darunter leidet. Unsere Provinz ist von der Natur und durch ihre geographische und politische Lage in gewerblicher Hinsicht schon so ungünstig gestellt, daß ihre Bevölkerung eigentlich alle Ursache hat, vereint und nicht national gespalten an der Fortentwickelung des wirtschaftlichen Lebens zu arbeiten."

Da zur Zeit der Abfassung dieses Berichts noch nicht sämtliche Berichte der Handelskammern vorliegen, muß auf die Beibringung umfassender statistischer Ziffern verzichtet werden. Wenigstens aber konnten die Ergebnisse des gesamten Seeverkehrs der Häfen Königsberg und Danzig hier noch Aufnahme finden.

Königsberg-Pillau:

| | | |
|---|---|---|
| Einfuhr ..... | 2635 Schiffe mit | 2 305 119 Kubikmetern, |
| Ausfuhr ..... | 2568 Schiffe mit | 2 313 720 Kubikmetern, |
| Insgesamt ..... | 5203 Schiffe mit | 4 618 839 Kubikmetern. |

Es ist gegen 1911 eine Verminderung eingetreten, die vornehmlich auf geringere Kohlenzufuhr und verminderten Holzexport zurückzuführen ist. Dieser Rückgang beträgt 428 000 Festmeter, d. h. die Ausfuhr ist fast um ein Drittel geringer als 1911, da die Ausfuhr von „Nonnenholz" beendet war, die in beider Vorjahren großen Umfang angenommen hatte.

Digitized by Google

In Danzig hat im Laufe der Jahre eine sehr erhebliche Zunahme stattgefunden. Der Gesamtgüterverkehr seewärts (ein und aus) betrug:

| | | |
|---|---|---|
| 1890 | 922 380 | Tonnen (1000 kg), |
| 1900 | 1 510 610 | „ |
| 1910 | 1 796 256 | „ |
| 1911 | 2 243 496 | „ |

er ist also in 21 Jahren auf fast das zweieinhalbfache gestiegen.

Die Ziffern für das Jahr 1912 allein sind die folgenden:

| | | |
|---|---|---|
| Einfuhr | 2299 Schiffe mit | 2 620 198 Kubikmetern, |
| Ausfuhr | 2120 Schiffe mit | 1 760 408 Kubikmetern, |
| Insgesamt | 4419 Schiffe mit | 4 380 606 Kubikmetern. |

In Danzig hat die Einfuhr die Ausfuhr bedeutend überwogen. Die erhöhte Bedeutung der Spedition einerseits, wie die — infolge der mehrfach erwähnten Ernteverhältnisse — erschwerte Getreideausfuhr kommen hierbei zur Geltung. In Königsberg dagegen ist die Einfuhr, allerdings nur um die geringe Menge von rund 8600 Kubikmetern, hinter der Ausfuhr zurückgeblieben.

In Königsberg ist die Entwickelung des Seeverkehrs eine so erfreuliche, daß die schweren Lasten für Verzinsung und Tilgung des Kapitals für den Seekanal getragen werden konnten. Die Einnahmen haben die Voranschläge überschritten. Mit Recht verlangt die Kaufmannschaft Herabsetzung der hohen Hafengebühren.

In Danzig ist endlich die Verbreiterung des Hafenkanals bis auf hundert Meter im Werke. Bei der zunehmenden Größe der modernsten Kriegsschiffe und der Schiffe für den Transatlantischen Verkehr genügten die alten Abmessungen schon längst nicht mehr. Und die Ereignisse des Frühjahrs 1913, daß von zweien solcher Riesenschiffe, die eben die Schichauwerft verlassen hatten, im Hafenkanal das eine, unmittelbar vor dem Hafen auf der Reede das andere, festkamen und nur in sorgenvoller Arbeit abgebracht werden konnten, beweisen die Notwendigkeit der Verbreiterung und Vertiefung des Hafens. Da der Verkehr überhaupt wächst, sind Untersuchungen im Gange, wie der gesamte Hafen leistungsfähiger gemacht werden könne.

Die Reedereien in den Seeplätzen haben dieses Mal allgemein ausgezeichnete Ergebnisse gehabt. Frachten waren sehr stark gestiegen. Trotzdem hat der Weltverkehr diese Erhöhung willig getragen.

Mit Anerkennung und Freude darf der Bericht feststellen, daß das Bildungsbedürfnis in den kaufmännischen und industriellen Kreisen andauernd wächst. Dies geht aus den zahlreichen Fortbildungs-Fachschulen für Männer und Frauen hervor, die an die Handelskammern und Vorsteherämter angegliedert, vielfach von ihnen geleitet und unterhalten werden. Sogar die Frage einer Handelshochschule ist in Königsberg ernst erwogen. Seit 1907 bestehen dort entsprechende Kurse, zur Umwandlung in eine Hochschule ist aber die staatliche Genehmigung bislang noch nicht erteilt. Königsberg fürchtet eine Abwanderung von Studenten an

Digitized by Google

andere kaufmännische Hochschulen. Stadt und Kaufmannschaft treten in bestem Einvernehmen energisch für die Schaffung dieser wichtigen Anstalt ein.

Eine günstige Weltkonjunktur hat, wie schon am Eingange dieses Berichts hervorgehoben wurde, überall ihren Segen verbreitet. Ist sie ihrem Ende nahe? Diese Frage wird das Jahr 1913 zu lösen haben. Es scheint aber in der Tat, daß der Höhepunkt überschritten ist, und daß die hochgespannten Erwartungen herabgesetzt werden müssen. Ein so hoher Geldleihsatz muß die Handelsbewegung lähmen, dem Unternehmungsgeiste schwer erträgliche Fesseln anlegen. Auch Staaten und Gemeinden werden sich daran gewöhnen müssen, in der Beanspruchung von Krediten zurückhaltender zu sein. Weil man Jahre lang so leicht und billig Geld geliehen erhielt, galt allmählich das starke Anwachsen von Schulden fast als eine Art Ehrenpflicht. Hier schieben die Verhältnisse des Geldmarkts einen Riegel vor. Manche Arbeit wird verschoben werden müssen, bis die Geldverhältnisse leichter geworden sind.

Der weniger erfreuliche Ausblick auf 1913 darf aber nicht dazu führen, zu vergessen, daß das Jahr 1912 — trotz mancher Enttäuschungen im Einzelnen — auch der Ostmark reichen Segen gebracht und in Stadt und Land in allen Kreisen des Volks fördernd gewirkt hat. —

Nach Abschluß des vorstehenden Berichts ist noch der Jahresbericht Memels erschienen. Er bestätigt die günstige Entwickelung des Handels, der indessen unter der verminderten Einfuhr englischer Kohle gelitten hat. Die Zufuhr von Holz, wie auch die Preise im Ein- und Verkauf waren erheblich gestiegen. Der zunehmende Holzbedarf Rußlands macht den Einkauf immer schwieriger und teurer.

Der Gesamt-See-Verkehr betrug (ein und aus) 596 069 RT, gegen 613 092 RT in 1911, ist also etwas kleiner, während der Warenumsatz umgekehrt von 102 auf 130 Millionen Mark gestiegen ist. Der Hauptartikel Memels Holz ist in der Ausfuhr um eine Million Mark auf rund 28 Millionen, die Einfuhr um fast 50 % auf 21 Millionen Mark gestiegen. Die Schneidemühlen und die Werke der Schälindustrie (für Zigarrenkistenbretter) waren gut beschäftigt. Von besonderem Interesse für weitere Kreise sind die Bemerkungen über den Papier- und Zellstoffmarkt, der genährt wird durch den in allen Kulturländern ungeheuer wachsenden Massenverbrauch an Holzpapier. Die Beschaffung des Rohstoffs wird immer schwieriger. Der Absatz steht unter dem Druck einer überstürzt gewachsenen Zellstoff-Fabrikation, die jetzt zu einer gewissen Konsolidierung gekommen zu sein scheine, die aber nur durchgeführt werden könne, wenn auch die Preise des Fabrikats sich auf angemessener Höhe halten.

Digitized by Google

IX a.

# Die deutsche und polnische Industrie in Ost-, Westpreußen und Posen.

Von **Wilhelm John.**

Inhalt: Die bisherige Entwickelung der ostdeutschen Industrie S. 286. — Die Notwendigkeit, die industrielle Tätigkeit in der Ostmark zu heben S. 287. — Mittel zur Hebung der Industrie S. 289. — Die Lage der östlichen Industrie im verflossenen Jahre S. 289. — Die industrielle Wirksamkeit der Polen S. 296. — Der polnische Fabrikantenverband S. 296. — Die polnische Gewerbeausstellung in Pleschen S. 298.

Im industriellen Westen des Vaterlandes, wo sich sozusagen ein Fabrikbetrieb an den andern reiht, weist man oft mit einem gewissen Achselzucken des Bedauerns auf den „industriearmen Osten" hin. Gewiß kann unsere Ostmark, wenigstens was die Provinzen Posen und Westpreußen betrifft, in bezug auf Industrie den Vergleich mit dem Westen nicht aushalten; sie ist eben vorwiegend landwirtschaftlichen Charakters. Trotzdem haben wir auch im Osten, unter dem ich hier die Provinzen Posen, Westpreußen und Ostpreußen sowie Hinterpommern verstanden wissen möchte, die trotz mancher örtlicher Verschiedenheiten im großen und ganzen als ein Wirtschaftsgebiet zu betrachten sind, viele blühende Industriebetriebe, deren Zahl und Bedeutung von Jahr zu Jahr wächst. Über die gewerblich tätigen Personen in den Gewerbebetrieben der Provinzen Posen und Westpreußen mögen folgende Ziffern der Berufszählung des Jahres 1907 Aufschluß geben, die inzwischen noch bestiegen sind:

| | |
|---|---|
| Bergbau, Hütten, Salinen, Torfgräberei | 2 569 |
| Industrie der Steine und Erden | 26 155 |
| Metallverarbeitung | 20 462 |
| Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate | 28 064 |
| Chemische Industrie | 2 698 |
| Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Firnisse | 2 063 |
| Textilindustrie | 1 841 |
| Papierindustrie | 2 091 |
| Lederindustrie | 3 781 |
| Industrie der Holz- und Schnitzstoffe | 30 358 |
| Industrie der Nahrungs- und Genußmittel | 56 927 |
| Baugewerbe | 72 693 |
| Polygraphische Gewerbe | 4 201 |
| Insgesamt | 253 903 |

Digitized by Google

Von der Endsumme von 253903 fallen auf die Provinz Posen 131 934, auf die Provinz Westpreußen 121 969 Personen. Näheres besagt die Tabelle in dem Buche: „Die deutsche Ostmark," S. 345. Wie wir sehen, beschäftigt das Baugewerbe die meisten Personen, dann folgen die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, die Maschinenindustrie, die Industrie der Steine und Erden, die Metallverarbeitung und erst in weitem Abstande die übrigen Gewerbe. Am wenigsten entwickelt sind der Bergbau und die Textilindustrie, die früher im Osten eine große Zahl von Kleinbetrieben aufwies.

Für die Rückständigkeit der östlichen Industrie sind eine Reihe von Gründen bestimmend. Vor allem mangelt es dem Osten an Bodenschätzen, namentlich an Kohle und Eisen, den beiden Hauptfaktoren der industriellen Tätigkeit. Dazu kommen die Abgeschlossenheit der Ostmark vom großen Verkehr, die Kapitalarmut des Ostens, die Schwierigkeiten, welche die Arbeiterfrage birgt, die Beschränkung des Absatzgebietes, die Mangelhaftigkeit des Verkehrswesens usw. Nichtsdestoweniger hat sich die Industrie der deutschen Ostmark im Laufe der letzten Jahrzehnte in erfreulichem Maße entwickelt, vor allem durch die Tatkraft und den Unternehmungsgeist von tüchtigen Männern, die es verstanden haben, die großen Hindernisse, die sich ihnen in den Weg stellten, zu überwinden. Besonders anzuerkennen ist, daß manche Betriebe ihr Absatzgebiet über die östlichen Provinzen hinaus bis ins ferne Ausland ausgedehnt haben.

Ohne Zweifel bietet sich die Möglichkeit, die industrielle Tätigkeit der Ostmark noch wesentlich zu steigern. Erinnert sei nur an die Worte, die der Kaiser bei der Eröffnung der Technischen Hochschule zu Danzig am 6. Oktober 1904 sprach: „Mögen immer unsere Ostprovinzen nach Lage und Naturverhältnissen für eine industrielle Entwickelung weniger günstige Bedingungen darbieten als andere Landesteile, das technische Wissen verleiht ja gerade vielfach die Macht, zu ergänzen, was die Natur versagt." Hinweisen möchte ich auch noch auf die umfangreichen Wasserkräfte des Ostens, namentlich in der Provinz Westpreußen, auf die bedeutenden Torflager und auf die ausgedehnten Braunkohlenlager, besonders in der Provinz Posen.

Die ostdeutsche Industrie *kann* aber nicht bloß, sondern sie *muß* auch zu höherer Entwickelung gebracht werden; denn es ist eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Schon im Jahre 1879 bei der Beratung des Zolltarifs im Reichstage erklärte die Regierung, daß in den östlichen Provinzen mehr Industrie geschaffen werden müsse; es sei dies eine Daseinsfrage für jene Gegenden. Diese Überzeugung hat sich in immer weiteren Kreisen Bahn gebrochen. Insbesondere war es der verstorbene Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Staatsminister D. Dr. v. *Goßler*, der für die Verwirklichung jener Idee seine ganze Tatkraft einsetzte. Seitdem ist der von ihm begründete Verband Ostdeutscher Industrieller unablässig zur Förderung der östlichen Industrie tätig. Seiner Wirksamkeit sind, dank dem Verständnis und der Unterstützung, die er bei den Reichs- und

Digitized by Google

Staatsbehörden, sowie bei den Organen der Selbstverwaltung findet, bereits manche schätzenswerte Erfolge beschieden gewesen.

Aus wirtschaftlichen Gründen, sagte ich, muß die östliche Industrie weiter entwickelt werden; denn die Landwirtschaft, die das Rückgrat der östlichen Volkswirtschaft bildet, ist allein nicht in der Lage, den Volkswohlstand und damit die Kultur des Ostens in wünschenswerter Weise zu heben. Auch politische Gründe sind, wie oben betont wurde, für die Förderung der östlichen Industrie maßgebend. Mit jener Mittelstandspolitik, die nur das Alte konservieren will, kommen wir nicht vorwärts. Es muß ein größerer Stil in das ganze Wirtschaftsleben des Ostens kommen. Wir müssen heraus aus der wirtschaftlichen Verteidigungsstellung, wir müssen selbst als Angreifer vordringen. Und dazu ist das geeignetste und anderseits ein unentbehrliches Mittel die Industrie. Im Handwerk, in der Landwirtschaft, im Kleinhandel kann der Pole mit uns erfolgreich und sogar überlegen konkurrieren: in der Großindustrie kann er es jedenfalls noch nicht und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus nicht. Wir müssen von unserer geschäftlichen Intelligenz, von unserm Kapital, von unserer Arbeitsenergie in den Osten werfen, soviel wir nur anderswo entbehren können, um hier einen größeren Zug, einen modernen Geist in das Wirtschaftsleben zu bringen, der uns die Überlegenheit über den polnischen Wettbewerb sichert. Die Industrie schafft eine wirtschaftliche Atmosphäre, in der der polnische Mittelstand nicht wie bisher gedeihen kann. Es schadet nichts, wenn auch der Stand der Industriearbeiter hier und da einen gewissen polnischen Beisatz bekommen sollte. Die germanisierende Kraft der Industrie ist nicht in dem Sinne aufzufassen, als ob nun die ganze industrielle Arbeiterschaft hier im Osten aus lauter Deutschen, etwa aus Ablegern der west- und mitteldeutschen Industrie, zusammengesetzt sein müßte. Es wird sich nicht vermeiden lassen, hier und da, namentlich in die Schichten der ungelernten Arbeiter, auch Polen einzustellen; nur muß natürlich streng vermieden werden, Ausländer dabei zuzulassen. Die Hauptsache bleibt, daß die leitenden Kreise, das Kapital, der neue Mittelstand, den die Industrie heranbildet, die Techniker, Buchhalter, Werkführer und die große Masse der Arbeiter selbst deutsch sind.[1])

Die Abneigung, die an manchen Stellen, namentlich in der Landwirtschaft, gegen die „Industrialisierung des Ostens" herrscht, ist unbegründet. Der Vorwurf, daß die Industrie der Landwirtschaft die Arbeiter entziehen würde, ist nur in gewissem Umfange zutreffend. Sicherlich würde der bedauerliche Arbeitermangel, der hauptsächlich der sogenannten „Sachsengängerei" zuzuschreiben ist, wesentlich gemildert, und es würden manche Familien dadurch der Landwirtschaft im Osten erhalten bleiben,

[1]) Hintze, Die Industrialisierungspolitik Friedrichs des Großen (verglichen mit den von Goßlerschen Plänen für Westpreußen). Vortrag, gehalten bei Gelegenheit der sechsten ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Ostdeutscher Industrieller am 19. September 1903 in Danzig. — Abdrücke dieses Vortrages werden auf Wunsch von der Geschäftsstelle des Verbandes in Danzig unentgeltlich abgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Digitized by Google

daß man einem Teile der Familienangehörigen Arbeitsgelegenheit zu guten Lohnsätzen in industriellen Betrieben und den anderen Mitgliedern Gelegenheit geben würde, durch häusliche Tätigkeit im Dienste der Industrie ihr Einkommen zu steigern, kurzum, wenn man ihnen die Lebenshaltung verschaffen würde, die sie im Westen suchen. Jene landflüchtigen Elemente, die sich der östlichen Industrie zuwenden, sind der Landwirtschaft unter allen Umständen verloren; sie kehren dem Lande den Rücken, ob sie im Osten oder im Westen Arbeit finden. Für sie bietet die östliche Industrie nur die ersehnte Möglichkeit, passende Arbeitsgelegenheit in der Nähe statt im Westen zu finden. Wenn sie im Osten bleiben, verzehren sie wenigstens den Arbeitsverdienst in der Heimat, während sie bisher die Volkszahl und damit den Wohlstand des Ostens durch Auswanderung vermindern. Vor allem aber sollte man beherzigen, daß die Industrie die Kaufkraft der Bevölkerung hebt und hierdurch der Landwirtschaft den ihr vielfach fehlenden Markt unmittelbar vor der eigenen Tür schafft. Auch den übrigen Erwerbsständen, besonders dem Handel und dem Handwerk des Ostens würde der Aufschwung der Industrie hohen Vorteil bringen.

Zur Hebung der Industrie des Ostens haben natürlich alle, die dazu berufen sind, nach besten Kräften beizutragen, also die Industriellen einerseits und die Staats- und Kommunalbehörden andererseits. Die Industriellen müssen unablässig bestrebt sein, ihre Kenntnisse in technischer, kaufmännischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht zu mehren und ihre Betriebe nach Möglichkeit zu vervollkommnen. Besonders müssen sie darauf Bedacht nehmen, einen leistungsfähigen Arbeiterstamm zu schaffen und einen tüchtigen Nachwuchs heranzubilden. Aufgabe der Behörden ist es, der Industrie, die mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ihre ungünstige Lage nach Möglichkeit zu erleichtern, so durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, durch Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für den Bezug der Rohstoffe und für den Versand der fertigen Erzeugnisse, durch Ausgestaltung des technischen Unterrichtswesens, des Fortbildungsschulwesens und vor allem durch die möglichst weitgehende Berücksichtigung der östlichen Industrie bei der Vergebung von öffentlichen Aufträgen. Überhaupt müssen die Behörden sich angelegen sein lassen, das, was der östlichen Industrie not tut, ausfindig zu machen, um ihren berechtigten Wünschen und Beschwerden, soweit es angängig ist, Rechnung zu tragen. Alles in allem muß an die Stelle vereinzelter und gelegentlicher Maßnahmen eine zielbewußte systematische *Industriepolitik* treten.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wollen wir einen Rückblick auf die *Lage der ostdeutschen Industrie im verflossenen Jahre werfen*[1]). Wie die deutsche Volkswirtschaft im Jahre 1912 einen geradezu erstaunlichen Höhepunkt erreicht hat und Handel und Wandel, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu schöner Blüte gelangt sind,

[1]) S. Jahresbericht des Verbandes Ostdeutscher Industrieller über 1912. Zahlen über die Produktion der einzelnen Industriezweige lassen sich nicht beibringen, da eine bezügliche Statistik nicht geführt wird.



Digitized by Google

so hat auch die östliche Industrie im großen und ganzen einen erfreulichen Aufschwung genommen. Dieser hielt bis in den Herbst des Berichtsjahres an, wo die Lage des Erwerbslebens seit dem Ausbruch des Balkankrieges, durch den ein allgemeiner europäischer Krieg in unmittelbare Nähe gerückt wurde, sich erheblich zu verschlechtern begann. Zu den politischen Ereignissen, die eine ausgesprochene Kriegsfurcht erzeugten und das Geschäftsleben lähmten, kamen noch die außerordentlichen Schwierigkeiten auf dem Geldmarkte. Endlich war die Landwirtschaft infolge der durch anhaltende Regengüsse hervorgerufenen Mißernte in ihrer Kaufkraft sehr geschwächt und deshalb zu Neuanschaffungen wenig geneigt. Dies übte einen ungünstigen Rückschlag auf diejenigen Industriezweige aus, die hauptsächlich in der Landwirtschaft ihre Käufer haben.

Um die wichtigeren Industriezweige des Ostens kurz zu betrachten, so war in der Holzindustrie der Absatz der Sägemühlen zu Anfang des Berichtsjahres im allgemeinen zufriedenstellend. Nach Berlin, Sachsen, Hamburg und den Ostseeplätzen fanden größere Verkäufe zu erhöhten Preisen statt, sodaß in einigen Artikeln wegen Mangels an Vorrat bald eine gewisse Knappheit herrschte; jedoch ließ der Absatz bald merklich nach, weshalb manche Firma gezwungen war, Preisermäßigungen, besonders für Stammbretter, eintreten zu lassen, wenn es ihr überhaupt noch gelang, ihre Ware abzusetzen. Dazu kam die Schädigung der Bretterbestände durch das Regenwetter, das im Anfang August einsetzte. Daß die schlechte Lage des Baumarktes das Holzgeschäft sehr nachteilig beeinflußte, braucht nicht besonders betont zu werden. Wenn trotzdem die östliche Schneidemühlenindustrie leidlich beschäftigt war, so war dies auf den größeren Bedarf anderer Industriezweige, so der Waggonfabriken, zurückzuführen. Die Fabriken, welche Türen, Leisten und dergleichen herstellen, waren im allgemeinen gut beschäftigt, erzielten aber meistens keine angemessenen Preise für ihre Erzeugnisse. Der Türenfabrikation erwuchs wiederum von Seiten Schwedens, das trotz der auch hier gestiegenen Holzpreise eher zu billigeren als zu erhöhten Preisen seine Ware anbot, ein scharfer Wettbewerb.

Die Metallindustrie ist zum großen Teile von dem Stande des Baugewerbes abhängig, namentlich die Betriebe, die Eisenkonstruktionen herstellen. Sie wurden vielfach für behördliche Bauten in Anspruch genommen, wenngleich sie es häufig erleben mußten, daß Aufträge, um die sie sich beworben hatten, an westliche Unternehmer übertragen wurden. Die Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen hatte reichlichen Absatz; besonders begehrt waren Erntemaschinen und Dreschmaschinen. Allerdings entsprach das Herbstgeschäft infolge der Schwierigkeiten, die den Landwirten beim Hereinbringen der Ernte durch die fortwährenden Regengüsse bereitet wurden, nicht den Erwartungen. Eine große Fabrik, die den allgemeinen Maschinenbau betreibt, Dampfkessel und gewerbliche Anlagen verschiedenster Art herstellt, hat hauptsächlich ihre Erzeugnisse nach dem Auslande ausgeführt, weil in Deutschland trotz der erhöhten Anstrengungen nur eine geringfügige Vermehrung des Absatzes zu erreichen war.

Digitized by Google

Wohl bei allen Maschinenfabriken hat das anhaltende Steigen der Eisen- und Holzpreise und die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter nachteilig auf den Verdienst eingewirkt, da die Preise für die fertigen Erzeugnisse nicht entsprechend erhöht werden konnten. — Im Schiffbau herrschte reges Leben; so hat die größte Schiffswerft des Ostens im Jahre 1912 auf ihren beiden Werften in Danzig und Elbing Fahrzeuge mit einem Raumgehalt von 39 600 Bruttoregistertonnen und mit 162 700 indizierten Pferdekräften abgeliefert; wogegen 131 380 Bruttoregistertonnen mit 716 600 indizierten Pferdekräften im Bau verblieben. — Der Wagenbau hatte zahlreiche Aufträge zu erledigen. Die Tätigkeit der Waggonfabriken wurde durch die umfangreichen Bestellungen der preußischen Staatsbahnverwaltung gegen das Vorjahr wesentlich gesteigert, wenn auch ein großer Betrieb in Königsberg (Pr.) noch immer nicht seiner Leistungsfähigkeit entsprechend zu tun hatte.

Die Ziegelindustrie wurde durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse sehr geschädigt; dazu trat die Steigerung der Kohlenpreise und die Erhöhung der Arbeitslöhne. Im Absatz der Ziegeleien ist infolge der verringerten Bautätigkeit ein merklicher Rückgang eingetreten. — Die einzige Zementfabrik im Nordosten war ungemein stark beschäftigt, da sie für behördliche Bauten große Lieferungen auszuführen hatte, während der Bedarf der privaten Bautätigkeit sehr zu wünschen übrig ließ. Im Sommer hatte die Fabrik, wie jedes Jahr, über Arbeitermangel zu klagen.

Einer der wichtigsten Zweige der östlichen Industrie ist die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel. Zunächst kommt die durch zahlreiche Betriebe vertretene Müllerei in Betracht. Sie stand im Anfang des Berichtsjahres ziemlich günstig. Als jedoch die neue Ernte infolge der ungünstigen Witterung nicht geborgen werden konnte und daher nur in ungenügender Menge auf den Markt gebracht wurde, wurde die Müllerei unlohnend; überdies hatten Weizen und Roggen durch Nässe, Brand und Auswuchs stark gelitten und ergaben eine in Beschaffenheit und Menge geringe Ausbeute. Zur Verschärfung der Lage trug auch die starke Ausfuhr von Roggen bei, durch die das beste Getreide den inländischen Mühlen entzogen wurde. Andererseits drückten die aus minderwertigem, billigem Getreide hergestellten Erzeugnisse sehr auf den Markt.

Die Spirituserzeugung war in den ersten Monaten des Berichtsjahres infolge der überaus geringen Kartoffelernte des Jahres 1911 so gering, daß man für den Herbst eine noch nie dagewesene Knappheit an verfügbarer Rohware befürchtete, wenn der Gefahr nicht beizeiten mit durchgreifenden Mitteln vorgebeugt würde. Diesem Umstande trug die Reichsregierung Rechnung, indem sie das Brennrecht erhöhte und den Kartoffelbrennereien die sonst verbotene Verwendung von Korn und Mais freigab, während andererseits die Spirituszentrale durch eine wesentliche Erhöhung des Abschlagspreises für Rohspiritus zu vermehrter Spirituserzeugung anregte. Jene Maßnahmen hatten einen vollen Erfolg, und da



Digitized by Google

im Herbst die neue Erzeugung, zum Teil wegen der sehr stark auftretenden Kartoffelfäule, über Erwarten früh einsetzte, vollzog sich der Übergang in die neue Kampagne ohne jede Schwierigkeit mit ausreichenden Beständen. Freilich hatte der hohe Preisstand wiederum eine Minderung des Verbrauchs zur Folge. Der Absatz für Trinkzwecke blieb um etwa 3 Millionen Liter hinter der vorjährigen, keineswegs hohen Verbrauchszahl zurück. Demgemäß war auch der Absatz der Spritfabriken etwas kleiner als im Vorjahre. — Die Likörfabrikation lag sehr im argen, einmal wegen der hohen Preise, welche die Spirituszentrale forderte, sodann wegen des sozialdemokratischen Branntweinboykotts und der Teuerung der Lebensverhältnisse, nicht zum wenigsten auch infolge der Antialkoholbewegung. — Die großen Bierbrauereien des Ostens haben es verstanden, ihre Erzeugung zu steigern, obwohl ihnen das nasse und kühle Wetter im Herbst und die Antialkoholbewegung starken Abbruch tat. — Der Umsatz der Mineralwasserfabriken ist durch die kühle und regnerische Witterung des Sommers und Herbstes ganz bedeutend zurückgegangen. Die Preise werden durch die von Jahr zu Jahr sich mehrenden Kleinbetriebe, die von Nichtfachleuten errichtet werden, sehr gedrückt, sodaß oft kaum die Selbstkosten gedeckt werden. Ohne Zweifel herrschen in der Mineralwasserindustrie ungesunde Verhältnisse, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Die Zuckerindustrie des Ostens hatte im allgemeinen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Infolge der Dürre im Jahre 1911 war die Ernte in Zuckerrübensamen völlig mißraten. Die großen deutschen Rübensamenfirmen konnten ihre Abschlüsse nur zum Teil erfüllen, und es mußte deshalb Ersatz aus dem Auslande, namentlich aus Rußland, unter großen Geldopfern bezogen werden. Dieser Samen war vielfach mit Futterrübensamen verfälscht, wodurch manche Fabriken großen Schaden erlitten. Sodann wurde durch das Regenwetter im Spätsommer und Herbst 1912 die Getreideernte sehr verzögert und erschwert, andererseits die Herbstbestellung sehr in die Länge gezogen. Infolgedessen war es vielen Landwirten unmöglich, mit der Rübenernte zeitig zu beginnen. Während der ganzen Rübenernte blieb das Wetter schlecht. Die Rüben kamen sehr schmutzig in die Mieten und konnten infolge der anhaltenden Nässe nicht genügend trocknen. Dazu trat um die Mitte November plötzlich scharfer Frost ein, wodurch ein großer Teil der Rüben in der Erde einfror, der nachher nur unter großen Schwierigkeiten und mit erheblichen Kosten geerntet werden konnte. Die Felder und Wege waren aufgeweicht und dadurch die Abfuhr der Rüben aufs höchste erschwert. Schließlich bewirkte der Wagenmangel auf den Eisenbahnstationen empfindliche Störungen. Der Zuckergehalt der Rüben stellte sich wesentlich niedriger als im Vorjahre. — Während für die deutschen Zuckerraffinerien das Betriebsjahr 1911/12 infolge der Mißernte des Jahres 1911 in Rübenzucker und der daraufhin eingetretenen maßlosen Spekulation, auch zufolge des Wettbewerbs des auf eine gute Zuckerernte blickenden Nachbarstaates Rußland sich sehr schwierig gestaltete, waren die beiden Raffinerien in Danzig um

Digitized by Google

die Beschaffung ihres Rohmaterials nicht verlegen. Allerdings machte sich hier der Wettbewerb des russischen Zuckers, der zum großen Teile über den Hafen von Danzig-Neufahrwasser ging, sehr fühlbar; namentlich wurde die Ausfuhr von ostdeutschem Zucker nach England dadurch völlig unterbunden. Dafür entwickelte sich ein lebhaftes Zuckergeschäft vom Osten nach Westdeutschland.

Die Lage der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie war durch die großen Preisschwankungen auf dem Rohstoffmarkte gekennzeichnet. In der ersten Hälfte hatte man mit mäßigen Preisen für Kakaobohnen, dagegen mit hohen Zuckerpreisen zu rechnen; im zweiten Halbjahr aber stiegen die Notierungen für Kakaobohnen auf einen übermäßig hohen Stand, während die Preise für Zucker sprungweise fielen. — Die Honigkuchenindustrie war mit ihrem Absatz zufrieden, wenn auch gerade in der Hauptverkaufszeit, kurz vor dem Weihnachtsfeste, die allgemeine Kriegsfurcht die Kauflust des Publikums wesentlich einschränkte.

In der Tabakindustrie bestand die ungünstige Wirkung der Steuergesetze des Jahres 1909 in ungeschwächtem Maße fort. Wenn auch die Beschäftigung der Zigarrenfabriken ziemlich flott verlief, war der Verdienst infolge der hohen Steuer, die auf dem Rohtabak und den Erzeugnissen lastet, und wegen des hohen Preisstandes der Rohtabake unzulänglich. Sodann wurde die Zigarrenindustrie durch die Zunahme des Zigarettenrauchens in Deutschland beeinträchtigt. — Die Zigarettenindustrie wurde unablässig durch das Vordringen des amerikanischen Tabaktrusts beunruhigt, der nichts mehr und nichts weniger anstrebt, als das gesamte deutsche Tabakgewerbe in seine Hand zu bekommen. Auch hier im Osten haben die Erzeugnisse des Trusts, der mehrere große deutsche Fabriken angekauft hat, sie aber unter der alten Firma weiterführt, bereits in großem Umfange Eingang gefunden und tuen der heimischen Zigarettenfabrikation empfindlichen Abbruch. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die deutschen Zigarettenraucher ihren Bedarf nur von truſtfreien Fabriken beziehen; namentlich aber sollten in den Kasinos und Kantinen des Heeres und der Marine sowie in den Speiseanstalten der staatlichen Betriebe nur deutsche Erzeugnisse verkauft werden. Mit großer Besorgnis für die Zukunft blickt die Zigarettenindustrie auf die verheerenden Wirkungen des Balkankrieges in den Gegenden, aus denen sie hauptsächlich ihren Rohtabak bezieht. Es ist zu befürchten, daß sowohl infolge des Krieges, als auch durch die Machenschaften des Tabaktrusts, der die Erzeugung mancher Gebiete aufgekauft hat, die Preise für griechische und türkische Tabake, die bereits im Vorjahre eine beträchtliche Höhe erreicht hatten, eine weitere Steigerung erfahren werden.

Die Papier- und Pappenindustrie konnte ihre Erzeugung zwar schlank absetzen, jedoch ließen die Preise für die Erzeugnisse viel zu wünschen übrig. Gegen die Einfuhr von nordischen Lederpappen ist unsere Lederpappenfabrikation durch unsere Zölle nur ganz ungenügend geschützt, da die Fabriken in den skandinavischen Ländern wegen der ihnen zu Gebote stehenden gewaltigen Wasserkräfte und aus anderen Gründen

Digitized by Google

erheblich billiger arbeiten, als die deutschen Fabriken. — Die für die Papierfabrikation arbeitende Zellstoffindustrie hatte vor allem darunter zu leiden, daß die Preise für das hauptsächlichste Rohmaterial, das Fichtenholz, auf eine noch nicht dagewesene Höhe gestiegen sind; fernere Preissteigerungen sind zu erwarten, sodaß die Fabriken in den nächsten Jahren mit erheblich vermehrten Herstellungskosten rechnen müssen.

Was die chemische Industrie betrifft, so hatten die Fabriken für künstliche Düngemittel ausgedehnten Absatz wie zuvor. Allerdings litt die Erzeugung von Calcium-Carbid, das in großen Mengen zur Herstellung des Kalkstickstoffes, jenes wichtigen Ersatzmittels für Chilesalpeter, gebraucht wird, sehr unter dem Wettbewerb der skandinavischen Werke, denen, wie eben bemerkt, reiche Wasserkräfte zur Verfügung stehen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die durchaus nicht gering zu bewertenden Wasserkräfte des Ostens, namentlich der Provinz Westpreußen, für diesen Industriezweig mehr als bisher nutzbar gemacht würden. — Die Seifenfabrikation hat ein böses Jahr hinter sich; denn zunächst ließ der Absatz viel zu wünschen übrig, sodann waren die Preise für die Rohstoffe das ganze Jahr hindurch sehr hoch; einige Artikel erreichten sogar einen kaum zu erschwingenden Preis. Auch das Überhandnehmen der mit aufdringlicher Reklame angepriesenen Waschpulver hat zum Niedergange der Seifenindustrie beigetragen. Endlich wird noch darüber geklagt, daß die Zahl der Konkurse und der fruchtlosen Zwangsvollstreckungen bei der Kundschaft der Seifenfabrikanten gestiegen ist. — Die Fabrikation von Carbolineum, Asphalt-Dachpappen und verwandten Stoffen, die im Baugewerbe Verwendung finden, blieb infolge der mangelhaften Bautätigkeit gegen das Vorjahr zurück. Die Herstellung verteuerte sich durch das beträchtliche Anschwellen des Preises für Rohteer infolge der immer mehr zunehmenden Knappheit dieses Stoffes. Außer zu Straßenbauzwecken finden nämlich der Rohteer und seine Destillate neuerdings in großem Umfange Verwendung für Dieselmotore. Durch die große Nachfrage der Staatsbahn nach Steinkohlenbriketts wurden bedeutende Mengen Pech, das von der Teerproduktenfabrikation benötigt wird, dieser entzogen, was wiederum eine erhebliche Preissteigerung bewirkte.

In der Lederindustrie dauerte das Anziehen der Preise für Rohhäute, das schon im Vorjahre eingetreten war, fort. Sowohl amerikanische als auch deutsche Häute behaupteten einen hohen Preisstand. Hieran war namentlich die Knappheit an Vieh schuld, die ja auch in den Fleischpreisen zum Ausdruck kam. Im übrigen hatte die Lederindustrie flotten Absatz, da die Schuhfabriken, Treibriemenfabriken und sonstigen Abnehmer von Leder reichlich zu tun hatten. Die lederverbrauchenden Werke, besonders die Schuhfabriken, klagen aber sehr über die hohen Preise, die sie für ihr Rohmaterial zahlen mußten, zum Teil auch über Knappheit an Leder; ihr Gewinn war daher gering.

Die allgemeine Lage der Zündholzindustrie hat sich, obwohl man von der am 1. Juli 1911 eingetretenen Zwangskontingentierung unmittelbar eine Gesundung erhofft hatte, erst in der zweiten Hälfte

Digitized by Google

des Berichtsjahres etwas gebessert. An eine Erweiterung des Absatzgebietes der einzelnen Fabriken war allerdings nicht zu denken, weil die Zwangskontingentierung sie hinderte, ihre Erzeugung zu vergrößern. Eine starke Beeinträchtigung erfährt die Zündholzindustrie nach wie vor durch die Zündholzersatzmittel, die so billig hergestellt werden, daß sie in immer weitere Kreise dringen. Es erscheint daher dringend nötig, daß ihre Besteuerung, die von vielen Seiten gefordert, bald eingeführt wird. Gegen Ende des Berichtsjahres traten bei einigen der wichtigsten Rohstoffe für die Zündholzfabrikation, z. B. Espenholz, Leim usw., ganz beträchtliche Preissteigerungen ein, sodaß die Fabrikanten genötigt waren, die Verkaufspreise für die Erzeugnisse etwas zu erhöhen.

Das Buchdruckgewerbe konnte zwar über Mangel an Beschäftigung nicht klagen, jedoch wurde der Nutzen durch den Wettbewerb von minderwertigen Druckereien sehr geschmälert, vor allem aber durch die Erhöhung der Löhne, die der neue Buchdruckertarif mit sich gebracht hat, und die etwa 14 v. H. beträgt.

Noch einige Worte über das Baugewerbe, das bereits mehrfach gestreift wurde. Hier machte sich die Steifheit des Geldmarktes sehr empfindlich bemerkbar. Privatbauten wurden in wesentlich geringerem Umfange als sonst ausgeführt. Dagegen boten die Bauten für die staatlichen und kommunalen Behörden reiche Arbeitsgelegenheit. Freilich wurden diese Bauten vielfach nicht an östliche Unternehmer, sondern an Berliner und andere Firmen aus dem Westen vergeben, die sich im Berichtsjahre ganz besonders um die östlichen Ausschreibungen bemühten. Die Folge war ein allgemeines Unterbieten der Preise, weshalb viele Firmen ohne nennenswerten Gewinn, einige sogar mit Verlust arbeiteten. Die mit dem Baugewerbe eng zusammenhängende Granit-, Marmor- und Sandsteinindustrie führt mit Recht lebhafte Beschwerde darüber, daß viele Steinmetzarbeiten, die im Osten sehr gut hätten ausgeführt werden können, nach Berlin oder dem weiteren Westen vergeben wurden.

Was oben wiederholt über das Mißverhältnis zwischen den Gestehungskosten und den Preisen für die fertigen Waren gesagt wurde, gilt mit wenigen Ausnahmen von allen Industriezweigen. Die Preise der meisten Rohstoffe sind bedeutend gestiegen und auch die Arbeitslöhne vielfach in die Höhe gegangen; dagegen hielt es sehr schwer, für die Erzeugnisse bessere Verkaufspreise bei der Kundschaft durchzudrücken. Demgemäß entsprach der Unternehmergewinn nicht der aufgewandten Mühe und den Sorgen, die sich für den heutigen Unternehmer von Tag zu Tag mehren, namentlich im Osten, wo das Absatzgebiet beschränkt ist und die Mitbewerber aus dem Westen ihre Erzeugnisse um jeden Preis an den Mann zu bringen suchen.

Die Arbeiterverhältnisse waren im allgemeinen insofern günstig, als Ausstände und andere Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur selten vorkamen. Dagegen herrschte in manchen Betrieben Mangel an wirklich brauchbaren und tüchtigen Arbeitern, namentlich für solche Verrichtungen, die eine größere Geschicklichkeit und Zuverlässigkeit erfordern.

Digitized by Google

Wie bereits angedeutet, hatte die ostdeutsche Industrie auch im vergangenen Jahre wiederum sehr unter dem Vorurteil zu leiden, das bei vielen Behörden und Privatpersonen gegen östliche Erzeugnisse herrscht, und das erfolgreich zu bekämpfen, oft geradezu unmöglich erscheint. Aber es muß bei den Beamten im Osten, die mit der Vergebung von behördlichen Aufträgen betraut sind, die Erkenntnis Platz greifen, daß es ihre nationale Pflicht ist, das Unternehmertum des Ostens, der dem Vaterlande so Großes und so Hohes geleistet hat und ein Bollwerk gegen das vordringende Slawentum bilden soll, nach besten Kräften zu unterstützen. Auch das große Publikum sollte sich daran gewöhnen, mehr als bisher die östlichen Bezugsquellen zu berücksichtigen, gemäß dem vom Verband Ostdeutscher Industrieller betonten Grundsatze: „Kaufet im Osten!" und zwar soll der Deutsche nur beim Deutschen kaufen.

Nachdem wir so die Tätigkeit der deutschen Industriellen in der Ostmark betrachtet haben, wollen wir auch die industrielle Wirksamkeit der Polen einer kurzen Erörterung unterziehen. Wie das Polentum auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens dem Deutschtum Wettbewerb zu bereiten und es zu überflügeln trachtet, so auch im Großgewerbe, der Industrie. Allerdings wird es voraussichtlich noch gute Weile haben, bis die polnische Industrie in der Ostmark eine größere Bedeutung erlangt hat. Hoffen wir, daß die Bestrebungen unserer Feinde, die leider in mancher Beziehung von so hohem Erfolge gekrönt sind, wenigstens hier das ihnen vorschwebende Ziel nicht erreichen werden. Von dem richtigen Gedanken ausgehend, daß eine feste Organisation vor allem geeignet ist, auch diese Idee in die Tat umzusetzen, ist gegen Ende des Jahres 1910 von polnischer Seite der „Fabrikantenverband für das Deutsche Reich mit dem Sitze in Posen" gegründet worden. Sein Zweck ist, wie es in dem bezüglichen Aufruf heißt, die Hebung des heimischen Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft, sowie der Interessen der Mitglieder.

Der polnische Fabrikantenverband sucht seinen Zweck zu erreichen durch:

a) Prüfung der einheimischen Bedürfnisse und Ausfindigmachung von Absatzwegen;
b) Gründung und Förderung neuer Unternehmungen, deren Mangel sich fühlbar macht, mit besonderer Berücksichtigung solcher Unternehmungen, die im Heimatlande vorkommende Rohstoffe verarbeiten;
c) Reorganisierung bestehender Fabriken auf reellen kaufmännischen Grundlagen, soweit ein Bedürfnis vorliegt; durch Unterstützung im Verfall begriffener Unternehmungen mittels Einführung einer eigenen Verwaltung oder Liquidation für den Fall, daß ein Unternehmen keine Daseinsberechtigung hat, d. h. sein Weiterbestehen keinen Gewinn mehr verheißt;
d) Prüfung und Ausbeutung von Erfindungen durch Verteidigung der Interessen der Erfinder;
e) Bekämpfung jeglichen unlauteren Wettbewerbs;

Digitized by Google

f) gemeinsame allgemeine Ausstellungen, Wanderausstellungen (Jahrmärkte), Modellausstellungen, Reklamen;
g) Ausbildung der der Industrie sich widmenden Jugend;
h) ein Informationsbureau für Berufsangelegenheiten, durch ein Bureau für Rechtsschutz, Patente und Kreditangelegenheiten;
i) ein Stellenvermittelungsbureau für Ingenieure, Techniker, Meister und Fabrikarbeiter;
k) Wareneinkaufsgenossenschaften.

Sodann heißt es: Der Verband kann in seiner Mitte auch die Gründung einer Pensionskasse für Beamte der ihm angehörigen Fabriken in Erwägung ziehen, wodurch sich fähige Industriekräfte leichter in das Land hineinziehen und stabilisieren lassen würden.

Die Mitglieder setzen sich aus aktiven, unterstützenden und Ehrenmitgliedern zusammen. Aktives Mitglied kann jeder Inhaber eines Industrieunternehmens oder einer größeren Werkstatt, die eigene Erzeugnisse herstellt, sein, ferner eingetragene Handelsfirmen, Vereine und Genossenschaften.

Bald nach seiner Begründung zählte der neue Verband etwas über 70 Mitglieder. Man kann nicht leugnen, daß sein Vorstand eine rührige Tätigkeit entfaltet. Unter den Angelegenheiten, mit denen er sich bisher beschäftigt hat, sei die Aufstellung einer Statistik erwähnt. Man begründete diese Maßnahme damit, daß auf Grund der amtlichen Berufszählung vom Jahre 1907 sich nicht feststellen lasse, welcher Teil der industriellen Erzeugung der Ostmark sich in *polnischen* Händen befinde, vor allem, wieviele der schon bestehenden Unternehmungen in polnischem Besitze seien. Diese Lücke soll durch die „spezielle Statistik" der Polen vervollständigt werden. Hiernach sind in 28 Kreisen des „Großherzogtums", aus denen der Verbandsleitung Material zugegangen ist, insgesamt 257 polnische Unternehmungen gezählt worden, darunter 86 Anlagen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 48 Anlagen der Holzindustrie, 38 Betriebe der Metallindustrie usw.

Im Berichtsjahre behandelte eine besondere Kommission des Fabrikantenverbandes die Frage, wie materielle Vorteile für die Verbandsgenossen herbeigeführt werden könnten, so durch Prämienermäßigung bei Versicherungen usw.; ferner organisierte sie einen gemeinsamen Einkauf von Kohlen und traf die nötigen Maßnahmen für die Einführung einer gemeinsamen Schutzmarke. Diese soll das kaufende polnische Publikum auf die polnischen Industrieerzeugnisse aufmerksam machen. Der Verband wurde in zwei Abteilungen geteilt, in die chemisch-technische und die der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen. Er zählte im Frühjahr 1913 112 Mitglieder.

Vor einiger Zeit hat der Verband einen *Nachweis polnischer Erzeugnisse* herausgegeben, damit das polnische Publikum weiß, welche Ware es verlangen soll. Dieser Nachweis ist in einer Stärke von 80 000 Stück gedruckt und einer Anzahl Zeitungen beigelegt wo rden

Digitized by Google

Dem Vorstand gehören zurzeit folgende Herren an: Kammerherr Cegielski, Vorsitzender; Dr. A. Seyda und Sew. Samulski, stellvertretende Vorsitzende; Dr. M. Kryzan, Schriftführer usw.

Man muß zugeben, daß die neue Organisation zielbewußt und tatkräftig arbeitet, wenn auch ihre Bestrebungen, polnische Industrieunternehmungen ins Leben zu rufen, bisher nur geringe Erfolge gehabt haben. Um die hier in Betracht kommenden Vorgänge während der beiden letzten Jahre kurz zu erwähnen, so nenne ich folgende: In der Stadt Posen soll eine polnische Wäschefabrik mit einem Grundkapital von 100 000 Mark errichtet werden; eine Genossenschaft gründete mit einem Kapital von 80 000 Mark eine Schokoladenfabrik in Posen; ein polnisches Konsortium beabsichtigt, eine Zuckerfabrik unweit Konin ins Leben zu rufen; in Kutnik soll eine polnische Zündholzfabrik errichtet werden; ferner ist angeregt worden, eine polnische Margarinefabrik in Moschin bei Posen einzurichten; in Patosch wurde im Herbst eine von einer polnischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung erbaute Mühle durch den Abgeordneten, Propst Kurzawski feierlich eingeweiht, die den neuesten Anforderungen der Mühlentechnik entsprechend eingerichtet und vorläufig für eine Arbeitsleistung von täglich 240 Zentnern bestimmt ist; in Gostyn errichtete ein polnischer Kaufmann eine Bürsten- und Pinselfabrik; neuerdings hat ein polnischer Seifenfabrikant aus Gnesen in Posen eine zweite Seifenfabrik eröffnet; endlich sei noch darauf hingewiesen, daß die polnische Zigarettenfabrik „Patria" in Posen eine Erhöhung des Aktienkapitals um 900 000 Mark auf 3 Millionen Mark vorgenommen hat.

Ohne Zweifel äußert sich der Wille der wirtschaftlichen Betätigung bei den Polen neuerdings sehr lebhaft. Dies zeigte sich auch bei der polnischen Gewerbeausstellung, die vom 15. August bis 8. September 1912 in Pleschen stattfand und mit einer großen nationalen Feier eröffnet und geschlossen wurde. Es beteiligten sich daran etwa 150 Firmen. Fast 23 000 Personen, darunter Scharen von Schulkindern unter geistlicher Führung, haben sie besucht. Allerdings war sie mindestens zu ¾ eine Ausstellung deutscher Erzeugnisse. Sie bewies, daß die polnische Industrie der deutschen weit unterlegen, und daß das polnische Erwerbsleben vom deutschen Wirtschaftsleben abhängig ist. Sie läßt aber auch das Streben des Polentums nach wirtschaftlicher Selbständigkeit erkennen. Vom politischen Standpunkte aus betrachtet war die Ausstellung eine Veranstaltung wie jede andere zu national-polnischem Zwecke: sie erstrebte die Förderung des polnischen Gewerbfleißes, die Hebung des polnischen Volksstolzes und sollte einen Anreiz zur wirtschaftlichen Sperre über die Deutschen bieten. Jedenfalls hat die Ausstellung für uns Deutsche in der Ostmark den Beweis erbracht, daß wir es nicht nötig haben, den polnischen Gewerbetreibenden vor dem deutschen zu bevorzugen, wie es leider vielfach geschieht.[1])

[1]) Fritz Bosberg in der Zeitschrift: „Die Ostmark", Nr. 11, vom November 1912.

Digitized by Google

## IX b.

# Die oberschlesische Industrie.

Von **Georg Hoffmann.**

Inhalt: Steinkohlenbergbau S. 299. — Erzbergbau S. 301. — Koks- und Zinderanstalten S. 301. — Brikettfabriken S. 301. — Eisenindustrie S. 301. — Zinkindustrie S. 302. — Arbeiterverhältnisse S. 303. — Verkehrsverhältnisse S. 308. [1])

Steinkohlenbergbau. Im Jahre 1912 betrug die Steinkohlenförderung 41 543 442 Tonnen gegen 36 622 969 Tonnen des Vorjahres, sie stieg demnach um 4 920 473 Tonnen = 13,4 %. Dieses an sich schon sehr erfreuliche Ergebnis des Jahres 1912 erscheint noch günstiger, wenn man erwägt, daß gleichzeitig die Steinkohlenförderung in Preußen nur um 10,4 % gesteigert werden konnte, daß also Oberschlesien seine Förderung erheblich mehr, als dem Durchschnitt entspricht, steigern konnte. Und ebenso erfreulich ist der Umstand, daß der Absatz noch stärker anwachsen konnte als die Förderung. Er betrug 38 339 012 Tonnen in 1912 gegen 33 080 414 Tonnen in 1911, stieg also um 5 258 598 Tonnen = 15,9 %. Hand in Hand mit dieser Steigerung von Förderung und Absatz ging eine Erhöhung der durchschnittlichen Erlöse für eine Tonne Kohle. Bei einem Gesamterlöse für verkaufte Kohle in den Jahren 1912 und 1911 von 341 584 962 ℳ und 289 141 522 ℳ betrug der Erlös je Tonne 8,951 ℳ und 8,781 ℳ, stieg also um 0,17 ℳ je Tonne. Der bisher höchste Erlös von 9,465 ℳ je Tonne im Jahre 1908 ist dann allerdings immer noch um 0,514 ℳ höher als der vorjährige. Aber insgesamt beweisen die mitgeteilten Zahlen eine bedeutende Entwickelung des Steinkohlenbergbaus im vergangenen Jahre.

Möglich wurde diese Entwickelung vorwiegend durch äußere, dem oberschlesischen Bergbau besonders günstige Umstände. In allererster Linie ist hier der große englische Kohlenarbeiterstreik zu nennen, der vom 1. März bis zum 9. April dauerte und die englische Kohlenausfuhr fast völlig ins Stocken brachte. Ein gleichzeitig im Ruhrrevier ausgebrochener Streik von allerdings nur kurzer Dauer, der einen Teil der dortigen Belegschaft ergriff, hinderte diesen größten deutschen Kohlenbezirk an der vollen Ausnutzung der durch den englischen Streik veranlaßten Konjunktur, und Oberschlesien konnte die dadurch hervorgerufenen Ausfälle in Deutschland selbst, namentlich in Berlin und dem Ostseegebiet, decken und wurde darüber hinaus zu Lieferungen nach den Hafenstädten, der Elbmündung, nach russischen, skandinavischen und adriatischen Häfen, ja nach England

[1]) Die Zahlen dieser Übersicht sind, soweit nicht anders bemerkt, der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein, entnommen.

Digitized by Google

selbst herangezogen. Das beweisen folgende Zahlen. Es betrug der Versand in Tonnen an

| Jahr | oberschlesischer Kohle [1] | | englischer Kohle [1] | |
|---|---|---|---|---|
| | nach Groß-Berlin | nach dem Ostseegebiet [2] | nach Groß-Berlin | nach den Ostseehäfen [3] |
| 1911 | 1 628 555 | 3 422 084 | 1 411 944 | 2 848 591 |
| 1912 | 2 516 248 | 4 339 348 | 1 426 434 | 1 773 580 |
| 1912 gegen 1911 + | + 887 693 | + 917 264 | + 14 490 | — 1 075 011 |
| 1912 gegen 1911 − | | | | |

So erfreulich aber auch diese Zahlen sind, so zeigt doch der Umstand, daß trotz des Streikes sogar noch eine geringfügige Steigerung des Verbrauchs englischer Kohlen in Groß-Berlin eintreten konnte, daß die englische Kohle das am Beginn des Jahres verlorene Feld teilweise wiedererobern konnte und daß eine dauernde Besserung der Stellung Oberschlesiens keineswegs erreicht worden ist und ohne Tarifermäßigung auch nicht erreicht werden kann.

Ebenso günstig lagen die Verhältnisse für die Ausfuhr oberschlesischer Kohle nach Österreich-Ungarn und Rußland. Auch hier ist der Grund einesteils in dem Zurücktreten des englischen Wettbewerbs zu suchen, anderenteils ließen die günstigen Ernten in beiden Ländern, die gute Lage der Industrie und die durch die hohen Preise für Naphtarückstände veranlaßte Rückkehr vieler Verbraucher, so auch der österreichischen Staatsbahnen, zur Kohlenfeuerung den Bedarf an Kohle steigern.

Es betrug der Hauptbahnversand in Tonnen

| | 1911 [4] | 1912 [5] |
|---|---|---|
| nach Rußland . . . . . | 1 365 280 | 1 462 350 |
| „ Österreich-Ungarn . | 8 337 558 | 9 486 290 |

Auch der Absatz an die übrigen Hauptabnehmer ist gewachsen. Innerhalb des Regierungsbezirks Oppeln wurden mit der Hauptbahn 6 287 653 Tonnen[6]) gegen 4 784 852[7]) im Vorjahre verladen. An die übrigen Zweige der Großindustrie wurden 1912 6 290 749 Tonnen = 16,4 % des Gesamtabsatzes gegen 5 776 408 Tonnen = 17,5 % des Gesamtabsatzes im Vorjahre abgesetzt. Die prozentuale Verringerung des Absatzes an die oberschlesische Industrie beweist wiederum, daß diese auch bei

[1]) zuzüglich Koks und Briketts.
[2]) d. h. den Verkehrsbezirken: Provinzen Ost- und Westpreußen, ost- und westpreußische Häfen, Provinz Pommern, pommersche Häfen, Großherzogtümer Mecklenburg—Schwerin usw., Häfen Rostock, Wismar usw.
[3]) d. s. die Häfen Stettin, Swinemünde, Wismar, Rostock—Warnemünde, Neufahrwasser, Danzig, Königsberg, Pillau, Memel und einige kleinere Häfen.
[4]) Nach der Statistik der Güterbewegung.
[5]) Vorläufige Zahlen; die endgültigen sind noch nicht erschienen.
[6]) Vorläufige Zahlen; die endgültigen sind noch nicht erschienen.
[7]) Nach der Statistik der Güterbewegung.

Digitized by Google

durchaus zufriedenstellendem Geschäftsgange nicht imstande ist, mit dem Fortschreiten des Steinkohlenbergbaues Schritt zu halten.

Erzbergbau. Die Förderung an Eisenerzen weist eine Steigerung um 9,9 % auf; während im Jahre 1911 auf den Eisenerzförderungen sowie den Zink- und Bleierzgruben zusammen 150 197 Tonnen gefördert wurden, waren es im Berichtsjahre 165 110 Tonnen. Auch der allerdings vorwiegend auf Schätzung beruhende Wert der Erze ist etwas gestiegen. Die Gesamtförderung an Zink- und Bleierzen und Schwefelkies (die Zahlen im einzelnen s. Anlage II) ist um 5,6 %, ihr Geldwert um 14,9 % gestiegen.

Koks- und Zinderanstalten. Die Geschäftslage war günstig, die Produktion des Vorjahres konnte, obwohl es bereits Höchstzahlen aufwies, um 13,2 % (Koks und Zinder zusammen) gesteigert werden, ihr Geldwert um 11,7 %. Ebenso wuchs die Produktion an Nebenprodukten.

Brikettfabriken. Die Produktion stieg um 14,0 %, ihr Geldwert um 16,7 %.

Eisenindustrie. Für die gesamte Eisenindustrie bedeutet das Berichtsjahr einen erfreulichen Fortschritt. In allen Zweigen der Eisenindustrie konnte die Erzeugung bedeutend gesteigert werden, die Entwickelung der Preise war im großen und ganzen befriedigend, stand aber freilich in keinem Verhältnis zu der guten Beschäftigung der Werke.

Die Produktion an Roheisen konnte zum ersten Mal auf über 1 Million Tonnen gebracht werden; sie betrug genau 1 048 356 Tonnen und überstieg damit die des Vorjahres um 8,8 %. Auch der Wert der Produktion stieg. Während der Durchschnittswert einer Tonne Roheisen in 1911 63,00 ℳ betragen hatte, betrug er 1912 65,75 ℳ. Die Notierungen der einzelnen Eisensorten waren durchweg um 3 bis 4 ℳ, vereinzelt bis zu 7 ℳ höher als im Vorjahre, das gleichfalls eine Steigerung von 2 bis 4 ℳ gebracht hatte. Allerdings konnten diese höheren Eisenpreise noch nicht voll ausgenutzt werden, da teilweise noch Abschlüsse aus der Zeit des Tiefstandes der Preise erledigt werden mußten.

Aber so erfreulich diese Entwickelung der Roheisendarstellung Oberschlesiens an sich ist, sie hat doch mit der Entwickelung der Roheisenerzeugung im Deutschen Reiche bei weitem nicht Schritt halten können. Die Roheisenerzeugung des Deutschen Reiches und Luxemburgs stieg von 15 557 030 Tonnen in 1911 auf 17 852 571 Tonnen in 1912, also um 14,76 %. Die Folge dieser starken Steigerung der deutschen Produktion war, daß Oberschlesiens Anteil daran auf 5,92 % (im Vorjahre 6,21 %) sank.

Zu erwähnen ist noch, daß jetzt alle Hochofenwerke Deutschlands und Luxemburgs, die Roheisen verkaufen, in einem einzigen Syndikat vereinigt sind, nachdem die lothringischen und luxemburgischen Hochofenwerke dem deutschen Roheisenverbande, mit dem sie bis dahin nur durch ein Preiskartell verbunden waren, nunmehr als Mitglieder beigetreten sind.

In der Eisen- und Stahlgießerei konnte die Produktion an Gußwaren insgesamt um 17,1 %, an Röhren um 17,5 %, ihr Wert

Digitized by Google

um 19,5 % gesteigert werden. Die Geschäftslage war befriedigend, die Preise zogen mehr oder weniger an. In der Gußröhrenindustrie machten die Einigungsbestrebungen Fortschritte.

Die Flußeisenerzeugung stieg um 13,8 %, den Hauptanteil daran hatte, wie früher, die Produktion der Siemens-Martinöfen mit 1 046 957 Tonnen gegen 877 565 im Vorjahr. An Schweißeisen wurde eine Kleinigkeit, nämlich 0,7 %, weniger erzeugt als im Vorjahr. Die Walzwerke konnten ihre Produktion an Fertigerzeugnissen um 17,8, deren Wert um 20,1 % steigern. Die Produktion von Halbzeug zum Verkauf sank etwas. Im ganzen war das Jahr auch für diesen Zweig der Eisenindustrie günstig. Die Beschäftigung der Werke war gut, die Preise stiegen. Allerdings blieben sie noch bei weitem hinter den Höchstpreisen früherer Hochkonjunkturen zurück, ihre Entwickelung wurde durch die kriegerischen Unruhen und den hohen Geldstand gehemmt.

Als Ereignisse, die die Entwickelung der Eisenverarbeitung günstig beeinflußten, sind die am 30. April/1. Mai 1912 erfolgte Verlängerung des Stahlwerksverbandes bis zum 30. Juni 1917 — allerdings unter Fallenlassen der bisherigen Kontingentierung der B-Produkte — sowie die am 30. Januar 1912 erfolgte Verlängerung der Oberschlesischen Stahlwerks-Gesellschaft um 5 Jahre zu nennen.

In der Verfeinerungsindustrie konnte die Gesamtproduktion um 19,3 %, ihr Wert um 25,9 % gesteigert werden. Auch in diesem Zweige der Eisenindustrie bestand der für das vergangene Jahr überhaupt bezeichnende Unterschied zwischen Beschäftigung und Preisen. Während die Beschäftigung überall gut war, standen die Preise unter einem gewissen Druck, der dadurch hervorgerufen wurde, daß mehrere Verbände nicht oder nur für kurze Zeit verlängert werden konnten. So konnte das Gas- und Siederöhren-Syndikat, dessen Auflösung im vorigen Jahresbericht erwähnt worden ist, nicht erneuert werden. Eine Preiskonvention, die an seine Stelle trat, vermochte die Preise nicht nennenswert zu beeinflussen, zumal da sie nur einen Teil der Produktion umfaßt. Der am 31. Dezember 1912 abgelaufene Walzdrahtverband konnte nur bis zum 30. Juni 1913 verlängert werden, daher waren die Preise für Drahtwaren unsicher.

Zinkindustrie. Für die Herstellung von Rohzink, die um 8,3 % stieg wurden insgesamt 527 591 Tonnen Zinkerze verarbeitet, von denen 436 004 Tonnen = 82,65% aus Oberschlesien, 91 587 Tonnen = 17,4% anderwärts herstammten. Der Wert der Rohzinkproduktion stieg um 13,7%, der Durchschnittswert einer Tonne betrug 499,11 ℳ gegen 475,39 ℳ, das entspricht einer Steigerung um 5%. Dagegen wies die Produktion an Zinkblech einen Rückgang um 15,7%, ihr Geldwert einen solchen um 11,8% auf. Der Wert einer Tonne Zinkblech wies eine Steigerung um 4,6 % auf. Der Rückgang in der Zinkblechproduktion ist auf die durch die Lohnkämpfe in England und teilweise in Deutschland bedingte Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Erst im Mai wurden die Verhältnisse günstiger und die erhöhte Bautätigkeit belebte das Geschäft in Zinkblechen. Die Kriegsbesorgnisse

Digitized by Google

gegen Ende des Jahres führten aber wieder eine Zurückhaltung der Käufer herbei und nötigten die Walzwerke teilweise zu Betriebseinschränkungen.

Die Verhältnisse auf dem Schwefelsäuremarkte blieben weiter ungünstig. Die Produktion stieg wiederum stärker als die Rohzinkerzeugung, es kamen auf 1 Tonne Rohzink 1,508 Tonnen Schwefelsäure (bezogen auf 50 grädige Säure). Der gesteigerte Absatz war deshalb nur unter Preisopfern möglich. Der Absatz an schwefliger Säure stieg etwas bei höheren Erlösen. Superphosphat erzielte gleichfalls einen Mehrabsatz, jedoch bei schlechteren Preisen als im Vorjahre.

Arbeiterverhältnisse. Die Jahresdurchschnittslöhne wiesen in den wichtigsten Zweigen der Montanindustrie auch im vergangenen Jahre Steigerungen auf. Von größeren Arbeitseinstellungen blieb die Montanindustrie im Gegensatz zum Ruhrrevier im Jahre 1912 verschont, nur auf einigen Gruben traten im letzten Drittel des Monats März Teile der Belegschaften in den Ausstand, der aber in keinem Falle bedrohlichen Umfang annahm.

Dagegen brach im Frühjahr 1913 ein Streik aus, der auf einzelnen Gruben am 19., auf der Mehrzahl am 21. April begann und bis nach Pfingsten dauerte. Angezettelt wurde der Streik, der sich auf die Steinkohlengruben des Zentralreviers, des Rybniker und des Hultschiner Reviers und in seinem Höhepunkt auch auf einzelne Erzgruben erstreckte, schon im Laufe des Monats März von der auf großpolnischem Boden stehenden „Polnischen Berufsvereinigung" (Sitz Kattowitz), die in der Hauptsache folgende Forderungen an die Werkbesitzer richtete: Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Bewilligung eines jährlichen Urlaubs unter Fortzahlung des Lohnes, bessere Behandlung seitens der Werkbeamten. Unterstützt wurden die Forderungen von dem sozialdemokratischen Alten Bergarbeiterverband, den Christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Organisation, während sich die katholischen Fachabteilungen (Berliner Verband) fernhielten.

Wenn man die Forderungen der Organisationen unbefangen prüft muß man zu dem Ergebnis kommen, daß sie keineswegs zu einem Streik berechtigten, dessen wirtschaftliche Folgen für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber gleich verhängnisvoll sein mußten. Was zunächst die Hauptforderung, die Erhöhung der Löhne, angeht, so muß festgestellt werden, daß diese gerade beim Steinkohlenbergbau in den letzten Jahren gestiegen und zwar stärker gestiegen sind als die Erlöse. Das beweist die folgende Zusammenstellung:

Nach der amtlichen Lohnstatistik betrugen die Löhne

| | für die eigentlichen Bergarbeiter Mark | für sämtliche Bergarbeiter Mark |
|---|---|---|
| 1908 | 4,04 | 3,52 |
| 1909 | 3,97 | 3,48 |
| 1910 | 3,91 | 3,44 |
| 1911 | 3,98 | 3,48 |
| 1912 | 4,22 | 3,64 |

Digitized by Google

Die Erlöse für eine Tonne Kohle betrugen

| | | |
|---|---|---|
| 1908 | 9,465 | ℳ |
| 1909 | 9,430 | „ |
| 1910 | 9,108 | „ |
| 1911 | 8,781 | „ |
| 1912 | 8,951 | „ |

Daraus geht einmal hervor, daß die Löhne den bis jetzt höchsten Stand des Jahres 1908 überschritten haben, daß also gerade jetzt die Forderung nach Lohnerhöhung gänzlich unberechtigt ist. Zum anderen ist aus der Zusammenstellung zu ersehen, daß die Erlöse für die Tonne Kohle im Gegensatz zu den Löhnen gefallen sind, daß also der Anteil der Löhne an den Selbstkosten ständig steigt. Nun weisen die Arbeiterführer immer auf andere preußische Bergbaureviere, namentlich auf Westfalen, hin, wo höhere Löhne als in Oberschlesien gezahlt werden, und verlangen die gleichen Löhne für Oberschlesien. Demgegenüber muß betont werden, daß die Verhältnisse in beiden Revieren doch völlig verschieden sind. In Oberschlesien mit seinen mächtigen Flözen leistet der mit der eigentlichen Hereingewinnung beschäftigte Häuer soviel Kohle, daß mehrere jüngere Arbeiter (Schlepper) mit dem Füllen der Förderung in die Förderwagen und deren Weiterbeförderung beschäftigt werden. In anderen Revieren, z. B. Westfalen, in denen die Verhältnisse weniger günstig liegen, ist genau das Gegenteil der Fall. Dort sind mehrere Häuer beschäftigt, um die für einen Füller nötige Kohle zu gewinnen. Die Folge ist, daß zur Gewinnung und Förderung derselben Kohlenmenge in Oberschlesien verhältnismäßig wenige hoch bezahlte Häuer und verhältnismäßig viele niedriger bezahlte, weil jüngere, Schlepper beschäftigt sind. Bei der Berechnung des Durchschnittslohnes werden aber alle diese Leute zusammengerechnet, sodaß natürlich für Oberschlesien geringere Durchschnittszahlen herauskommen als für Westfalen. Die beiden Zahlen sind also nicht ohne weiteres vergleichbar. Die bestbezahlte Klasse der Bergarbeiter, die der Häuer, verdient auch in Oberschlesien in der Mehrzahl Löhne von über 6 Mark täglich. Der vierte Teil der Häuer verdient Löhne von mehr als 7 Mark. Dazu kommt aber noch, daß der oberschlesische Arbeiter wirtschaftliche Beihilfen, wie Freikohle, billige Wohnungen usw., seitens der Verwaltung erhält, die im Durchschnitt den Wert von etwa 300 Mark erreichen. Diese Zahlen beweisen, daß der Hinweis auf höhere Löhne in anderen Revieren ganz irreführend ist, weil er die tatsächlichen Verhältnisse nicht berücksichtigt. Schließlich muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß gerade der oberschlesische Arbeiter sehr viel weniger Schichten verfährt als irgend ein anderer Bergarbeiter Preußens, daß er es also in der Hand hat, durch erhöhte Arbeitsleistung seinen Jahreslohn entsprechend zu erhöhen. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden wird von Seiten der Arbeiterführer immer damit begründet, daß sie in allen anderen Revieren eingeführt sei. Auch dieser Hinweis ist falsch. Von der oberschlesischen Steinkohlenförderung stammen fast genau $^2/_3$ aus Flözen, die über 3 m mächtig sind, und nur $^1/_3$ stammt aus weniger mächtigen Flözen. Während also der Bergmann

Digitized by Google

in anderen Revieren teilweise die ganze Schicht über liegend arbeiten muß, kann der oberschlesische Arbeiter fast ausnahmslos seine Arbeit vor gut ventilierten, hohen Arbeitsorten stehend verrichten. Die fast ausschließliche Anwendung von Sprengarbeit zur Gewinnung bringt es ferner mit sich, daß innerhalb der normalen, etwa 10 stündigen Arbeitszeit ganz von selbst eine Anzahl von Pausen eintritt, weil die Arbeiter warten müssen, bis die Schwaden der Sprengschüsse abgezogen sind und bis sich das durch den Schuß erschütterte Gebirge wieder beruhigt hat. Dieser Fall tritt während einer Schicht mehrmals ein, sodaß die tatsächliche Arbeitszeit keinesfalls mehr als etwa 8 Stunden beträgt. Diese Pausen fallen in anderen Revieren, in denen der Schlagwettergefahr wegen so gut wie gar nicht geschossen werden kann, weg. Schließlich bauen die oberschlesischen Steinkohlengruben im allgemeinen in wesentlich geringeren Teufen als die anderer Reviere; daher sind die Temperaturen geringer. Die Arbeitsbedingungen sind also in Oberschlesien, darüber ist gar kein Zweifel, günstiger als anderswo. Daher kann die Schicht ohne Schaden für die Bergarbeiter länger ausgedehnt werden als anderswo, und sie muß es, um die nötige Leistung zu erzielen. Auf diesem Standpunkt stehen übrigens nicht nur die oberschlesischen Bergverwaltungen, sondern auch die Bergbehörden, wie die Ausführungen des Preußischen Handelsministers in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 16. April 1913 beweisen, in der er das Ansinnen der polnischen Abgeordneten, in den Streik einzugreifen, zurückwies. Die Bewilligung eines jährlichen Urlaubs an die Bergarbeiter ist eine gänzlich aussichtslose Forderung. Man muß bedenken, daß es sich um etwa 120 000 Arbeiter handelt, deren Fehlen auch nur für ganz kurze Zeit bei dem in Oberschlesien ohnehin herrschenden Arbeitermangel zu den schwersten Schädigungen führen würde. Was schließlich die letzte Forderung, bessere Behandlung seitens der Werksbeamten, betrifft, so haben die Bergarbeiter ihre gesetzlichen Vertretungen in den Arbeiterausschüssen, um derartige Klagen dem Werksbesitzer vorzutragen. Man mag also über die Arbeiterverhältnisse in Oberschlesien denken, wie man will, man wird jedenfalls zu der Überzeugung kommen müssen, daß die vorgebrachten Klagen unter keinen Umständen einen Streik rechtfertigten. Es herrscht auch in weiten Kreisen die Überzeugung, daß die vorgebrachten Forderungen durchaus nicht der wahre Grund zum Streik waren, sondern daß andere Gründe nationalpolnischer Natur im Spiele waren. Dafür sprechen mehrere Umstände. Die Polnische Berufsvereinigung ist, das ist wiederholt festgestellt worden, als ein politischer Verein anzusehen, der zwar nicht nach seiner Satzung, aber nach seiner gesamten Tätigkeit den Zweck hat, polnisches Wesen durch Zusammenschluß polnisch gesinnter Arbeiter unter Ausschluß der Deutschen zu fördern, ihren Einfluß bei den Wahlen auszuüben und die Interessen des Nationalpolentums zu fördern. Es besteht eine einheitliche, bis in die kleinsten Verbände geregelte Organisation, und es wird Sorge getragen, daß in allen Ortsgruppen die gleichen Grundsätze herrschen und die gleichen Ziele verfolgt werden. (Urteil des Königlichen Landgerichts Gleiwitz vom 20. Januar 1910 und andere Urteile.) Die



Digitized by Google

Meinung, daß die Polnische Berufsvereinigung den Streik unternommen hat, um ihre schwindende Bedeutung zu heben, also um der polnischen Bewegung neue Mitglieder zuzuführen und sie dadurch zu kräftigen, besteht übrigens auch in Arbeiterkreisen. So schreibt „Der Arbeiter", das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, in seiner Nummer 14 vom 6. April 1913: „Vor Wochen lasen wir bereits in den oberschlesischen Blättern, daß die polnische Berufsvereinigung an großem Mitgliederschwund litt, daß die Streikkassen leer seien; ein Streik könne nur den Zweck haben, der Polnischen Berufsvereinigung mit Hilfe des Schreckgespenstes eines Streiks neue Mitglieder zuzujagen. Die Arbeiter selbst müssen bei dem Streik unterliegen. Sogar die sozialdemokratischen Blätter schilderten die Dinge in dieser Weise." Und schließlich haben im Ausland erscheinende polnische Zeitungen die nationale Seite des Streikes offen zugegeben, wie z. B. der in Sosnowice in Russisch-Polen erscheinende „Kurjer Zaglembia," der in seiner Nummer 112 vom 29. April folgendes schreibt:

„Der Kampf, der gegenwärtig in Oberschlesien tobt, hat nicht nur soziale und wirtschaftliche, sondern auch nationale Bedeutung. Die Verbesserung der Lage, um die der polnische Arbeiter in Oberschlesien kämpft, ist gleichzeitig eine Verbesserung der Situation des polnischen Elements. Eine Niederlage des polnischen Arbeiters in Oberschlesien käme einer nationalpolnischen Niederlage im Kampfe mit dem Germanismus gleich. Die Niederlage wäre doppelt, wenn der polnische Arbeiter Rußlands oder Österreichs dazu beitragen sollte. Das Nationalbewußtsein hat sich in den letzten Jahrzehnten unter der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien entwickelt, und zwar ziemlich gut. Zweifelsohne wäre es für dasselbe aber ein schwerer Schlag, wenn sich dem polnischen Arbeiter in Oberschlesien der polnische Arbeiter Rußlands oder Österreichs entgegenstellen sollte. Vor dieser nationalen Niederlage müßten vor allem diejenigen schützen, die einen Einfluß auf die Arbeitermassen haben. Sie müßten selbst den unaufgeklärtesten Massen erklären, welch schädliche Rolle die „Streikbrecher" aus Rußland und Galizien gegenüber dem oberschlesischen Kampfe spielen."

Als die Bergverwaltungen es ablehnten, mit den Verwaltungen über deren Forderung zu verhandeln, reichten diese Kündigungslisten mit etwa 10 000 Unterschriften ein. Allerdings konnten nicht alle diese Kündigungen als rechtsgültig angesehen werden, weil die Unterschriften zum Teil auf losem Bogen ohne Text standen und auf mehreren Gruben die Arbeiter erklärten, sie wüßten nicht, wofür sie ihre Unterschrift gegeben hätten. Am 19 April, dem Tage, zu dem gekündigt worden war, traten dann aber weit mehr Arbeiter, als gekündigt hatten, in den Ausstand. Auch Belegschaften solcher Gruben, von denen gar keine Forderungen eingereicht waren, traten in den Streik ein. Die Zahl der Ausständigen nahm in den ersten Tagen ständig zu und nach und nach traten immer mehr Gruben in den Ausstand. Das ist wahrscheinlich kein Zufall, sondern geschah auf Anweisung der Streikleitung, die auf diese Weise den Eindruck erwecken wollte, daß der Streik immer mehr zunehme. Schließlich standen etwa 60 000 Mann

Digitized by Google

im Ausstande. Der Streik war, das muß anerkannt werden, vorzüglich organisiert und bedeutete insofern eine Überraschung gegenüber allen früheren Arbeiterausständen in Oberschlesien, bei denen wohl anfangs eine große Begeisterung herrschte, die aber sehr rasch abflaute. Ebenso vorzüglich und durchgreifend waren die Maßnahmen, die von Seiten der Behörden getroffen worden waren, um Ausschreitungen zu verhindern. Es waren rechtzeitig ausreichend Polizeimannschaften von auswärts herangezogen worden und außerdem wurden in sämtlichen Ortschaften des Industriebezirks die Schankstätten polizeilich geschlossen. Auch die Arbeiterführer wirkten auf ein ruhiges Verhalten der Belegschaft hin. Daher bot das äußere Bild der oberschlesischen Ortschaften gegen sonstige Zeiten kaum einen Unterschied. Ausschreitungen kamen auch nur vereinzelt vor.

Das Ziel der Verbände war es wohl gewesen, durch einen gut organisierten Streik die Verwaltungen zu überraschen und in ganz kurzer Zeit zum Nachgeben zu bewegen. Die Werke gaben aber nicht nach, sondern lehnten die Forderungen der Arbeiter nach wie vor ab und hielten mit den verbliebenen Arbeitern die Förderung, so gut es ging, aufrecht. Die Polnische Berufsvereinigung, die über verhältnismäßig geringe Mittel verfügt, schob die Auszahlung der Streikunterstützungen zunächst mehrmals hinaus und zahlte endlich verhältnismäßig geringe Beihilfen. Der Streik konnte infolgedessen schließlich nicht mehr aufrecht erhalten werden. In einer Sitzung vom 17. Mai beschloß die Polnische Berufsvereinigung den Streik abzubrechen. Um aber ihre Niederlage zu verhüllen, verbreitete sie das Gerücht, daß von 58 Gruben 53 eine Verbesserung der Löhne zugesagt hätten. Auch die 5 Gruben, die jegliche Aufbesserungen abgelehnt hätten, würden sicher weich werden. Unter diesen Umständen hätten die Vertrauensmänner eine Unterbrechung des Streiks beschlossen. Der Kampf würde unterbrochen, um zu sehen, ob die Arbeitgeber ihre Zusicherung erfüllen würden. Aber die Kraft der Arbeiter sei nicht gebrochen, und die Arbeiter hätten nicht nachgegeben. Daraufhin nahmen die Ausständigen die Arbeit allmählich wieder auf. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Erklärung der Polnischen Berufsvereinigung auf Unwahrheit beruht. Keine einzige Werksverwaltung hat sich zu Zugeständnissen an die Ausständigen bereit erklärt. Auch ist eine außergewöhnliche Erhöhung der Löhne durchaus nicht zugesichert worden, wohl aber hatten die Grubenverwaltungen von vornherein erklärt, daß, falls es die Absatzverhältnisse zuließen, die Löhne auch weiterhin gesteigert werden sollten. Die Erklärung der Berufsvereinigung hat nur den Zweck, ihre Niederlage zu verhüllen.

Die Folge des Streiks ist ein sehr erheblicher Lohnausfall für die streikenden Arbeiter, der sich auf mehrere Millionen beläuft, und natürlich auch eine Schmälerung des Verdienstes der kleinen Gewerbetreibenden, deren Wohlergehen mit dem der Arbeiter auf das engste zusammenhängt. Auch die Gruben haben erheblichen Schaden erlitten, vor allen Dingen dadurch, daß durch den Streik alte Geschäftsbeziehungen unterbrochen worden sind, die nun mit Mühe aufs neue angeknüpft werden müssen,



Digitized by Google

falls sie nicht überhaupt an die konkurrierenden Bezirke verloren worden sind. Eine weitere Folge des Streikes ist eine verstärkte Abwanderung oberschlesischer Bergleute nach anderen Revieren und damit eine Verschärfung in der an sich schon schwierigen Arbeiterversorgung des oberschlesischen Steinkohlenbezirks.

Die Verhältnisse der Hauptzweige der übrigen Industrien Oberschlesiens können nicht besprochen werden, da ihre Ergebnisse zurzeit noch nicht bekannt geworden sind. Ihre Besprechung muß daher der nächstjährigen Übersicht vorbehalten bleiben.

Verkehrsverhältnisse. Die im vorigen Jahre mitgeteilten Zahlen über den Versand und Empfang an den Hauptgütern in Oberschlesien können für das Jahr 1912 noch nicht zusammengestellt werden, da die amtliche Statistik der Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen erst im Herbst erscheint. So kann hier nur auf einige besonders hervorstechende Erscheinungen in den oberschlesischen Verkehrsverhältnissen kurz eingegangen werden. Besonders günstig waren im abgelaufenen Jahre die Wasserverhältnisse auf der Oder. Die milde Witterung gestattete fast das ganze Jahr hindurch die Benutzung des Wasserweges. Diese günstigen Verhältnisse werden durch folgende Zahlen beleuchtet. Nach Mitteilungen der zuständigen Eisenbahndirektionen, veröffentlicht in der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, betrug der Umschlag oberschlesischer Steinkohlen in Tonnen:

| | 1911 | 1912 |
|---|---|---|
| in Cosel—Oderhafen . . . | 1 208 181 | 2 302 620 |
| in Oppeln . . . . . | 3 220 | 305 |
| in den Breslauer Häfen . . | 254 162 | 620 218 |
| zusammen . | 1 465 563 | 2 923 143 |

Das Jahr 1912 brachte also gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme an Wasserverladung um 99,5 Prozent. Noch stärker ist die Zunahme der Kohlenmenge, die Berlin auf dem Wasserwege aus Oberschlesien erhielt. Diese Menge betrug 1912 540 470 Tonnen gegen 209 888 Tonnen im Vorjahr, das entspricht einer Steigerung um 157 %. Es muß aber daran erinnert werden, daß im Jahre 1911 die Schiffahrtsverhältnisse besonders schlecht waren.

Sehr unangenehm machte sich dagegen seit etwa Mitte September ein starker Wagenmangel bemerkbar. Nach der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke fehlten im September 5392, im Oktober 42 585, im November 60 133, im Dezember 34 349 Wagen, d. h. bis zu 18,3 % der Gesamtbestellungen. An einzelnen Tagen fehlten 20 bis 30 %, ja bis zu 38 % der angeforderten Wagen. Die Folgen eines solchen Wagenmangels waren naturgemäß Betriebsstörungen und Versandausfälle, die den Gruben wie den Arbeitern einen nach Millionen zählenden Schaden zufügten.

Digitized by Google

Anlage I.

# Übersicht
## der in den Jahren 1911 und 1912 in der oberschlesischen Montan-Industrie verdienten Jahres-Durchschnittslöhne.

(Nach der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein.)

In Mark.

| Betriebe | 1911 | | | 1912 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Männliche Arbeiter über 16 Jahren | Männliche Arbeiter unter 16 Jahren | Weibliche Arbeiter | Männliche Arbeiter über 16 Jahren | Männliche Arbeiter unter 16 Jahren | Weibliche Arbeiter |
| I. Steinkohlengruben . . | 1188,30 | 349,51 | 378,15 | 1268,34 | 364,51 | 401,16 |
| II. Eisenerzgruben [1]) . . | — | — | — | — | — | — |
| III. Zink- und Bleierzgruben . . . . . | 1069,10 | 245,39 | 323,42 | 1080,85 | 243,44 | 329,36 |
| IV. Koksanstalten und Zinkerfabriken . . . | 1166,17 | 365,60 | 422,53 | 1147,56 | 405,83 | 464,17 |
| V. Brikettfabriken . . . | 984,88 | 469,99 | — | 1071,56 | 500,35 | — |
| VI. Hochofenbetrieb . . . | 1169,73 | 350,21 | 408,72 | 1207,75 | 379,19 | 404,69 |
| VII. Eisen- u. Stahlgießerei | 1048,45 | 331,37 | 299,21 | 1122,97 | 328,95 | 349,76 |
| VIII. Fluß- und Schweißeisenerzeugung, Walzwerksbetrieb . . . . | 1147,19 | 425,30 | 384,33 | 1197,73 | 440,96 | 394,28 |
| IX. Verfeinerungsbetriebe. | 1127,30 | 339,85 | 400,00 | 1166,88 | 360,00 | 444,22 |
| X. Zinkblenderöstöfen . | 1186,24 | 418,92 | 414,42 | 1283,86 | 390,15 | 402,86 |
| XI. Rohzinkerzeugung . . | 1172,87 | 314,97 | 390,90 | 1260,72 | 320,59 | 424,45 |
| XII. Zinkblechwalzwerke . . | 1104,60 | 410,91 | 278,92 | 1103,88 | 509,74 | 304,45 |
| XIII. Blei- und Silberhüttenbetrieb . . . . . | 988,56 | 331,79 | 494,58 | 1047,11 | 341,97 | 406,33 |

[1]) Die Division der Lohnzahlen durch die Arbeiterzahlen gibt kein richtiges Bild von den Jahres-Durchschnittslöhnen, weil nur ein Teil der Arbeiter das ganze Jahr hindurch auf den Gruben arbeitet.

Digitized by Google

## Die Hauptergebnisse der oberschlesischen Montan-

(Nach der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke,

| Betrieb | | Produktion 1911 t | 1912 t |
|---|---|---|---|
| I. Steinkohlengruben | Steinkohlen . . . . | 36 622 969 | 41 543 442 |
| II. Eisenerzgruben | Eisenerze . . . . . | 142 152 | 153 895 |
| III. Zink- und Bleierzgruben | Galmei . . . . . | 118 960 | 128 773 |
| | Zinkblende . . . . | 375 210 | 393 290 |
| | Bleierze . . . . . | 47 722 | 48 587 |
| | Eisenerze . . . . . | 8 045 | 11 215 |
| | Schwefelkies . . . . | 10 557 | 12 853 |
| IV. Koksanstalten und Zinderfabriken | Koks . . . . . | 1 723 226 | 1 939 619 |
| | Zinder . . . . . | 119 893 | 145 893 |
| | Teer . . . . . | 133 838 | 152 933 |
| | Schwefelsaures Ammoniak . . | 30 182 | 35 072 |
| V. Brikettfabriken | Steinkohlenbriketts . | 336 092 | 383 212 |
| **Eisenhütten.** | | | |
| VI. Hochofenbetrieb | Roheisen . . . . . | 963 382 | 1 048 356 |
| | Blei . . . . . | 102 | 169 |
| | Ofenbruch usw. . . | 779 | 1 052 |
| VII. Eisen- u. Stahlgießerei | Gußwaren 2. Schmelzung . . . . . | 80 992 | 94 822 |
| | Stahlformguß . . . | 10 049 | 11 694 |
| VIII. Fluß- und Schweißeisenerzeugung, Walzwerksbetrieb | Stahlformguß . . . | 9 130 | 9 993 |
| | Halbzeug . . . . . | 226 770 | 216 186 |
| | Fertigerzeugnisse der Walzwerke . . . | 806 617 | 949 813 |
| IX. Verfeinerungsbetriebe | Erzeugnisse aller Art | 289 162 | 344 915 |
| **Zink- und Bleihütten.** | | | |
| X. Zinkblenderöstbütten | Schwefelsäure, berechn. als 50-grädige Säure | 213 317 | 254 008 |
| | Wasserfreie flüssige schweflige Säure . | 2 357 | 2 855 |
| XI. Rohzinkdarstellung | Rohzink . . . . . | 155 628 | 168 496 |
| | Zinkstaub . . . . . | 15 016 | 7 307 |
| | Zinkoxyd . . . . . | 58 | — |
| | Blei . . . . . | 1 485 | 1 247 |
| | Kadmium . . . . . | 42,9 | 42,8 |
| XII. Zinkblechwalzwerke | Zinkblech . . . . . | 61 972 | 52 250 |
| | Blei . . . . . | 475 | 380 |
| XIII. Blei- und Silberhütten | Blei . . . . . | 41 811 | 41 313 |
| | Glätte . . . . . | 3 441 | 2 663 |
| | Silber . . . . . | 10,6 | 11,8 |

Digitized by Google

## Industrie in den Jahren 1911 und 1912.

Anlage II.

(Herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein.)

| Geldwert der Produktion[1]) | | Zahl der Arbeiter | | Arbeiterlöhne (Jahres-Gesamtbetrag) | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1911 | 1912 | 1911 | 1912 | 1911 | 1912 |
| ℳ | ℳ | | | ℳ | ℳ |
| 305 912 035 | 353 015 934 | 117 791 | 120 638 | 130 830 020 | 142 677 004 |
| 823 482 | 954 000 | 1 404 | 1 262 | 923 513 | 826 429 |
| 1 639 738 | 2 014 228 | 11 863 | 12 027 | 10 595 162 | 10 827 420 |
| 30 214 679 | 33 756 573 | | | | |
| 4 584 459 | 6 084 787 | | | | |
| 51 780 | 72 310 | | | | |
| 130 089 | 157 940 | | | | |
| 24 971 097 | 27 798 000 | 3 956 | 4 276 | 4 004 866 | 4 484 838 |
| 689 995 | 875 000 | | | | |
| 2 955 396 | 3 986 000 | | | | |
| 7 173 469 | 8 779 000 | | | | |
| 3 680 896 | 4 296 481 | 348 | 380 | 298 972 | 347 787 |
| 60 689 446 | 68 933 474 | 4 989 | 5 249 | 5 119 426 | 5 518 985 |
| 31 267 | 67 892 | | | | |
| 68 445 | 103 101 | | | | |
| 11 034 421 | 13 181 105 | 3 679 | 3 796 | 3 560 577 | 3 879 985 |
| 3 377 547 | 4 138 231 | | | | |
| 2 765 280 | 3 116 941 | 19 688 | 20 190 | 21 220 487 | 22 724 910 |
| 22 401 934 | 19 543 512 | | | | |
| 114 134 873 | 137 043 675 | | | | |
| 75 586 360 | 95 157 854 | 14 737 | 15 930 | 15 096 767 | 16 852 621 |
| 3 025 438 | 3 585 000 | 2 791 | 2 865 | 2 983 170 | 3 267 270 |
| 117 850 | 143 000 | | | | |
| 73 984 269 | 84 098 113 | 8 592 | 8 683 | 8 679 135 | 9 456 088 |
| 2 833 118 | 3 482 185 | | | | |
| 14 500 | — | | | | |
| 396 392 | 436 740 | | | | |
| 224 254 | 267 399 | | | | |
| 31 692 407 | 27 942 488 | 1 147 | 974 | 1 209 202 | 1 038 459 |
| 122 603 | 130 111 | | | | |
| 11 731 695 | 14 609 531 | 810 | 792 | 773 114 | 780 666 |
| 1 001 209 | 978 719 | | | | |
| 785 365 | 983 821 | 191 795 | 197 062 | 205 294 411 | 222 682 462 |

[1]) Teilweise geschätzt.

Digitized by Google

Anlage III.

## Verkehr auf der oberschlesischen Schmalspurbahn.

(Nach den Ermittelungen der Königlichen Eisenbahndirektion Kattowitz.)

| Lfd. Nr. | Bezeichnung der Güter | Versand im Jahre 1911 t | Versand im Jahre 1912 t |
|---|---|---|---|
| 1 | Eisenerze | 279 423 | 263 069 |
| 2 | Schwefelkies | 10 102 | 12 305 |
| 3 | Schlacken | 87 339 | 101 413 |
| 4 | Zink- und Bleierze | 645 350 | 668 387 |
| 5 | Roheisen | 144 235 | 142 526 |
| 6 | Steinkohlen und Koks | 1 931 002 | 2 094 673 |
| 7 | Kalksteine und Dolomit | 592 467 | 641 995 |
| 8 | Blei und Zink | 23 133 | 33 488 |
| 9 | Holz | 41 993 | 51 882 |
| 10 | Eisen und Maschinenteile | 47 306 | 48 848 |
| 11 | Stoffe zum Spülversatz | 281 360 | 190 385 |
| 12 | Kalk | 11 037 | 10 780 |
| 13 | Sand | 84 634 | 89 731 |
| 14 | Ziegel | 102 751 | 87 522 |
| 15 | Schutt und Räumasche | 69 243 | 79 802 |
| 16 | Zinder und Lösche | 150 269 | 159 707 |
| 17 | Sonstige Güter | 54 539 | 67 169 |
| | Zusammen | 4 556 183 | 4 743 702 |

Digitized by Google

## Verkehr im Oberumschlaghafen Cosel 1911 und 1912.

(Nach Zahlen der Königlichen Eisenbahndirektion Kattowitz.)

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bergverkehr | | | | | | | | Talverkehr | | | | | | | |
| Jahr | Eisenerze t | Zinkerze t | Schwefelkiesabbrände t | Phosphate t | Alteisen t | Roheisen t | übrige Güter t | Gesamtverkehr t | Kohle t | Eisen t | Getreide t | Blei t | Rohzink t | Holz t | übrige Güter t | Gesamtverkehr t |
| 1911 | 119 907 | 44 752 | 104 799 | 25 422 | 9 398 | 6 591 | 41 930 | 352 799 | 1 208 181 | 21 703 | 4 098 | 941 | 11 529 | 8 672 | 29 733 | 1 284 857 |
| 1912 | 578 359 | 112 003 | 188 603 | 59 847 | 54 882 | 46 452 | 48 802 | 1 088 948 | 2 302 620 | 16 420 | 11 263 | 549 | 40 627 | 11 626 | 44 638 | 2 427 743 |

Digitized by Google

# Ostland, Jahrbuch für ostdeutsche Interessen

## Inhalt des **ersten** Jahrganges (1912).

### I. Teil: Aufsätze.


**Zur Einführung.** Von Professor Dr. Otto Hoetzsch in Berlin.

**Deutsche Sprachgrenzen und Sprachenkämpfe.** Von Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer in Berlin.

**Die Abwehrmaßnahmen des Deutschtums in Oberschlesien auf finanziellem Gebiete.** Von Landrichter Dr. Ernst Sontag in Berlin.

**Der deutsche Osten im Verkehrssystem der Gegenwart.** Von Professor Dr. Kurt Wiedenfeld in Köln.

**Der Handel der Ostmark.** Von Kommerzienrat Otto Münsterberg in Danzig.

**Die oberschlesische Montanindustrie und ihre Entwickelung in den letzten beiden Jahrzehnten.** Von Bergassessor Georg Hoffmann in Kattowitz.


### II. Teil:

### Übersichten über die einzelnen Zweige der Polenfrage und des ostdeutschen Wirtschaftslebens 1911/12.


I. **Die Polenfrage in Rußland und Österreich.** Von Professor Dr. Otto Hoetzsch in Berlin.

II. **Die Polenfrage in Preußen einschl. der Tätigkeit der Ansiedlungskommission.** Von Dr. Erich Zechlin in Posen.

III. **Die Besitzfestigung.** Von Dr. iur. Albert Dietrich in Posen.

IV. **Deutsche Kleinsiedlung in Posen und Westpreußen.** Von Regierungsrat Karl Nehring in Posen.

V. **Deutsches und polnisches Genossenschaftsleben in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien.** Von Dr. Friedrich Swart in Posen. Anlage: **Bilanzen der Volksbanken in Oberschlesien.** Von Landrichter Dr. Ernst Sontag in Berlin.

VI. a) **Deutsches und polnisches Volksbildungsleben in Posen.** Von Dr. Wilhelm Christiani in Posen.

b) **Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Oberschlesien.** Von Verbandsbibliothekar Karl Kaisig in Gleiwitz (Oberschlesien).

VII. **Die polnischen Organisationen.** Von Generalsekretär Fritz Vosberg in Posen.

VIII. **Die ostdeutsche Landwirtschaft.** Von Privatdozent Dr. Max Augstin in Berlin.

IX. **Deutsches und polnisches Handwerk.** Von Dr. Friedland Krause in Posen.

X. **Die oberschlesische Industrie.** Von Bergassessor Georg Hoffmann in Kattowitz.


**Preis brosch. M. 4,—, geb. M. 5,—.**

Digitized by Google

Digitized by Google

32101 073599217

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google